

Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen, wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Die Redaktion

Teil E
Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E VIII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee
Seiten E 1 – E 14

Predigtkreis & Freedom-House-Index, Niedergang der Freiheit weltweit fast gestoppt & Ann-Marie, Opfer von Brokstedt – Wenn das einzige Kind getötet wird & Will die SPD auch Judenhasser einbürgern?

E. b) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 15– E 63**

- 01) Keine Auskunft über 8,1 Mrd. Deutschlands an die UNO
- 02) Die Klimadebatte beginnt am falschen Ende – zielführende Diskussionen Unerwünscht. Von PETER HAISENKO
- 03) Konferenz in Moskau – Gegenangriff gegen den Amerikanischen Einfluss
- 04) Die «Atlantische Frage»: Kann nur atomare Eskalation die alten Hegemonieansprüche brechen? Von REDAKTION
- 05) Phänomene der Eine-Welt-Herrschaft: Über Globalpolitik und Drehtüren atlantischer Schattenwirtschaft
- 06) Gefährliches Kräfteressen im Indopazifik – Deutschland ist mit von der „Partie
- 07) Umfrage: 80 % der Chinesen machen die USA für den Ukraine-Konflikt verantwortlich
- 08) Dr. Norbert van Handel – Europa, der wirkliche Idiot
- 09) Über die „Eigentümer der Welt“ – die Geschichte von BlackRock

E. c) Wanderungen und Einwanderungen **Seiten E 54 – E 64**

- Keine Berichte -

E. d) Länder weltweit – im Überblick **Seiten E 65 – E 111**

- 01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 28.06.2023
- 02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 26.06.2023
- 03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 23.06.2023
- 04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 18.06.2023
- 05) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 12.06.2023
- 06) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 07.06.2023
- 07) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 02.06.2023

E. e) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.

Seiten E 112

- Keine Berichte -

E. f) Europa, Europa und die Welt

Seiten E 113 – E 128

Europäische Union (EU) (Seiten E 113 - E 128)

- 01) Orban auf EU-Gipfel: „EU am Rande des Bankrotts“.
Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER
- 02) Elfte Sanktionspaket der EU ist beschlossen
- 03) EU-Migrationspakt: Massiver EU-Vorstoß alle Mitgliedsländer mit
„Flüchtlingen“ per Zwangsverteilung zu fluten
- 04) EU will keine Umweltauflagen für Privatjets – Eliten werden „verschont“
- 05) Geplantes EU-Pfandsystem: „Ökologischer und ökonomischer Wahnsinn“
– Milliarden Bierflaschen vor Vernichtung
- 06) Kein neues EU-Sanktionspaket dank Ungarn und nun auch Griechenland
- 07) Mutter aller Zensuren im Anmarsch: Digitalgesetz soll alle nicht
systemkonforme Meinungen beseitigen. Von CLAUDIA MARCU

E. g) Mitteleuropa

Seiten E 127 – E 131

- 01) Knalleffekt: AUF1 ab Herbst auch im echten Fernsehen!

E. h) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 132– E 269

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 132– E 191)

- 01) Faeser will AfD, zweitstärkste Partei in Umfragen, wegen
„Rechtsextremismus“ verbieten
- 02) ACHTUNG REICHELT! Die ZDF-Aussteigerin Christine Prayon ist eine
Heldin
- 03) 140 Jahre Diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Korea
- 04) Was wollt Ihr? Teil 2. Von Ed Koch
- 05) Was wollt Ihr? Von Ed Koch
- 06) Wähler, enteignet die Undemokraten! Von WOLFGANG HÜBNER
- 07) Erneute „Abfuhr“ für Baerbock diesmal in Südafrika
- 08) ACHTUNG REICHELT! Was Ihnen nicht passt, brüllen sie nieder!
Von JULIAN REICHELT
- 09) ACHTUNG REICHELT! Die größte Gefahr für unseren Wohlstand heißt
Robert Habeck. Von JULIAN REICHELT
- 10) Erwartungsgemäß. Von Ed Koch
- 11) Schwierige Zeiten. Von Ed Koch

- 12) Aktionstag gegen „Hasspostings“ in der Bunten Republik.
Von CONNY AXEL MEIER
- 13) Im besten Deutschland aller Zeiten – montags keine Postzustellungen
Mehr
- 14) Kalenderwoche 24 - 12. bis 18.06.2023. Von Ed Koch
- 15) „Stimmung kocht“ – Riesenkrach bei deutschen Grünen wegen Baerbock
- 16) 53,2 Mrd. Euro deutsche Klimahilfe versickerte weltweit in „dubiosen
ausländischen“ Kanälen
- 17) Ampel genehmigt sich selbst „Inflationsausgleichsbonus“ von 3.000 Euro
- 18) Kalenderwoche 23 - 23.05. bis 11.06.2023. Von Ed Koch
- 19) Dresden: Kosten für Migration treiben Stadt in finanziellen Ruin
- 20) Evangelischer Kirchentag in Nürnberg: Christen in der AfD informieren
trotz Ausgrenzung
- 21) Linksfaschistischer Vorstoß: Verbot der Alternative für Deutschland?
Ansichten eines Mitglieds. Von SVEN KORTE
- 22) Bernhard Zimniok (AfD): Entwicklungshilfe an Einhaltung von Rück-
führungsabkommen knüpfen
- 23) Kretschmer fordert Migranten-Obergrenze im Grundgesetz
- 24) Kalenderwoche 22. – 29.05. bis 04.06.2023. Von Ed Koch
- 25) Münster als Probelauf – Verbot von Einfamilienhäusern deutschlandweit
geplant
- 26) 16 Gründe, warum die AfD bei Wahlumfragen auf der Überholspur ist.
Von MEINRAD MÜLLER
- 27) NRW: 4-Sterne-Hotel soll für „Flüchtlinge“ um € 600.000,- Miete p. M.
angemietet werden

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 192 – E 240)

- 01) Grandioses Sportereignis. Ed Koch
- 02) Impressionen vom ersten ROCKTREFF-Tag
- 03) Viel mehr als „nur“ Briefmarken. Von Ed Koch
- 04) Rocktreff startet heute
- 05) Green Buddy Award zeichnet zum 12. Mal herausragende Nach-
haltigkeitsprojekten aus. Erstmals Preis für Erneuerbare Energien und
Sonderpreis „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ verliehen
- 06) Ein überragendes Zeitdokument. Von Ed Koch
- 07) Nicht alles, was möglich ist, muss gemacht werden. Von Ed Koch
- 08) Neuer Job für Christine Richter. Von Ed Koch
- 09) Da kommen einem die Tränen. Von Ed Koch
- 10) Kennedy Forum. Von Ed Koch
- 11) Singe, wem Gesang gegeben. Von Ed Koch
- 12) Die etwas andere Bank. Von Ed Koch
- 13) Ein grandioses Spektakel. Von Ed Koch
- 14) Würdevoller Abschied von Rainer Penk. Von Ed Koch

- 15) Trauer um Rainer Penk. Von Ed Koch
- 16) Ja, sie leben noch: De Randfichten und der Holzmichl. Von Ed Koch
- 17) Erinnerungen an Kennedy. Von Ed Koch
- 18) Sie ist wieder da, die Kuppel. Von Ed Koch
- 19) Chaostage beim rbb. Ein Gastbeitrag von Ansgar Hocke
- 20) Steglitz, wir haben ein Problem! Wie Berlin zum Mars flog. Von Ed Koch
- 21) Zweierlei Maß. Von Ed Koch
- 22) „75 Jahre Luftbrücke“ – Jubiläumsausstellung im Rathaus Schöneberg.
Von Ed Koch
- 23) Die Legende lebt. Von Ed Koch
- 24) So geht's auch. Von Ed Koch

Österreich (Seite E 241)

- Keine Berichte -

Südtirol (Seiten E 242 – E 253)

- 01) Schweigespirale zu Hungerstreik für 105-Jährige Südtirolerin
- 02) AHTB-Obmann Wechselberger in Hungerstreik getreten
- 03) Das angebliche „Gemetzel“ und „Blutbad“ auf der Porze-Scharte.
Die Aufrechterhaltung einer staatlichen Lücke

Schweiz (Seiten E 254 – E 269)

- 01) Schweiz: Migranten-Mob randaliert auch in Lausanne als „Reaktion“ auf Frankreich
- 02) „Kulturbereicherung“ in der Schweiz: Muslimische Soldaten dürfen nach Mekka beten
- 03) PRO Schweiz stellt sich gegen WHO-Komplott zur Entmachtung der Nationalstaaten. Von REDAKTION
- 04) Bürgerbewegung «PRO Schweiz» für Souveränität, Neutralität, Freiheit und Switzerland first! Von REDAKTION

E. i) Ostmitteleuropa	Seiten E 270 – E xxx
------------------------------	-----------------------------

Polen (Seite E 270)

- 01) Hunderttausende Linke in Warschau auf Anti-Regierungs-Demonstration – Was steckt dahinter?

Tschechien (Seite E 207)

- 01) Polen will Braunkohleabbau im grenznahen Turau (poln. Turów) bis 2044 – Fiala pocht auf Garantien

- 02)** In Tschechien wurde der Opfer des kommunistischen Regimes gedacht
- 03)** Wissenschaftler enthüllen DNS-Übertrag in Gersten-Chromosomen
- 04)** Tschechische Sozialdemokraten ändern Namen ihrer Partei

S l o w a k e i (Seite E 207)

- 01)** Slowakei prescht weltweit vor: Bargeld in die Verfassung aufgenommen!

U n g a r n (Seiten E 208 – E 219)

- 01)** Orbán gibt „Bild“-Interview – Signal an Zelenskij: Das Kriegstreiber-Narrativ neigt sich dem Ende zu (VIDEO)
- 02)** Ungarischer Außenminister: Europa driftet immer näher in die Katastrophe.
Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster
- 03)** Orbán: Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland – Brüssel ist wie Sowjetunion
- 04)** Ungarischer EU-Fidesz-Abgeordneter: EU-Migrations-Vertrag war ein „Putsch“ – Feiges Österreich.
Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR Forster

S e r b i e n (Seiten E xxx – E xxx)

- 01)** Serbien entlässt Minister wegen Forderung nach Russland Sanktionen
- 02)** Novak Djokovic: „Kosovo ist das Herz Serbiens“

E. j) Osteuropa

Seiten E 220– E 229

U k r a i n e (Seiten E 220 – E 226)

- 01)** Kommt es zu Friedensverhandlungen über den Ukrainekrieg?
- 02)** Selenskij in auswegloser Lage – Suche nach Friedenslösung in Kopenhagen
- 03)** Fakten zur Kachowka-Staudamm Sprengung – Die westlichen Propagandalügen widersprechen jeder Logik.
Von PETER HAISENKO
- 04)** Kachowka-Staudamm-Katastrophe: Neue Flüchtlings-Welle im Anrollen
- 05)** Kachowka-Anschlag: Zur Verantwortung des Kiewer Regimes und seiner westlichen Herren
- 06)** Anschlag auf Wasserkraftwerk Kachowka: Was machten die UN seit Oktober 2022?
- 07)** „WP“: Ukrainische Gegenoffensive führt durch eigene Minenfelder

R u s s l a n d (Seiten E 227 - E 229)

- 01)** Wladimir Putin mit seiner zweiten Klarstellung an das russische Volk
- 02)** Putin spricht zum militärischen Personal des Ministeriums für Verteidigung
- 03)** Russland plant Austritt aus WTO und WHO
- 04)** Lawrow im RT-Interview: «Verhalten des Westens scheint von Wunschdenken geprägt!»
- 05)** „Kadyrows Armee“ und Wagner Söldner kehren wieder an die ukrainische Front zurück
- 06)** Russland an der Schwelle zum Bürgerkrieg? +UPDATE 25.6. – 13h45+ Kadyrow: Prigoschin handelte „aus Wut“
- 07)** Wer oder was steckt hinter dem Machtkampf in Russland?
- 08)** Ansprache Putins nach Prigoschins Handlungen auf eigene Faust. Von REDAKTION
- 09)** Lawrow nach Treffen der CSTO: «NATO möchte kämpfen... Wir sind bereit!». Von REDAKTION
- 10)** Russland: Nawalny Sprecherin zeigt sich für baldigen Umsturz optimistisch

D. k) Kaukasusgebiet / Türkei

Seite E 230

- Keine Berichte -

E. l) Südosteuropa

Seiten E 231 – E 233

- Keine Berichte -

E. m) Süd- und Westeuropa

Seiten E 234 - E 246

- Keine Berichte -

E. n) Nordwest- und Nordeuropa

Seiten E 247 - E 250

S c h w e d e n (Seiten E 271 – E 272)

- 01)** Schweden will aus Scheitern einer völlig verfehlten Migrationspolitik die Konsequenzen ziehen



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Pfarrer Steffen Reiche u.a., Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee
Seiten E 1 – E 14

Predigtkreis & Freedom-House-Index, Niedergang der Freiheit weltweit fast gestoppt & Ann-Marie, Opfer von Brokstedt – Wenn das einzige Kind getötet wird & Will die SPD auch Judenhasser einbürgern?

Steffen Reiche

12.06.2023

Liebe Predigtkreisgemeinde,
herzlich grüße ich Sie mit der Predigt von gestern zur Areopag-Rede in Athen von dem Apostel Paulus.
Ihr Steffen Reiche

Predigt von Steffen Reiche am 1. Sonntag Trinitatis

Gnade sei mit Euch und von dem, der da war, der da kommt und der bleiben wird in Ewigkeit.

Liebe Schwestern und Brüder,

bitte lassen Sie uns doch heute mal nach Athen fliegen – die griechische Metropole, die Philosophenstadt, die Stadt mit dem Areopag. Die Stadt der wohl wirkmächtigsten Philosophen in der gesamten Weltgeschichte – von Sokrates und seinen Schülern Platon und Aristoteles.

322 vor Christus starb auch der letzte der großen Drei. 30 nach Christus war Paulus dann da.

Also knapp 300 Jahre nach der größten Zeit Athens, als von ihr aus im Geist der Philosophen die Welt geprägt worden ist.

Hellas, Griechenland, spielt im Römischen Reich eine wichtige Rolle. Man schreibt und denkt Griechisch in dem von Rom aus regiertem Reich. Das Neue Testament ist in Griechisch geschrieben. Und im Pantheon der Griechen und der Römer klingen die Götternamen zwar etwas anders, in Rom heißt Zeus nun Jupiter. Zeus-Jupiter, schleudert einen Blitz und ist der oberste Gott der griechisch-römischen Götterwelt. Es ist beides sehr ähnlich....

Und es sind aber nicht nur die eigenen Götter, denen man dort in Altäre baut. Auch alle möglichen anderen Götter, die mit ihren Völkern, den Menschen, die sie verehren, hier nach Athen oder nach Rom gekommen sind, werden Altäre gebaut. Und nun werden sie hier auch angebetet.

Die Götter Roms oder Griechenland muss man anbeten. Denn sie sorgen für das Wohlergehen des Reiches. Die anderen darf man, bzw. kann man anbeten. Muss man aber nicht.

So tolerant und götter-offen sind Athen und dann später Rom.

Sie können sich Athen ein bisschen wie eine Kathedrale vorstellen, wo es ja auch überall Kapellen gibt für die Heiligen, denen die Kapellen gewidmet sind. In Athen aber sind es Götter, die von den Athenern oder denen, die bei ihnen leben, an den vielen verschiedenen Altären verehrt werden.

Seite E 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Hören wir auf Lukas, was er von dieser Reise des Paulus erzählt: Apg. 17, 17ff

Als aber Paulus auf seiner Missionsreise in Athen war, ergrimmte sein Geist in ihm, da er die Stadt voller Götzenbilder sah. Und er redete zu den Juden und den Gottesfürchtigen in der Synagoge und täglich auf dem Markt zu denen, die sich einfanden. Einige Philosophen aber, Epikureer und Stoiker, stritten mit ihm. Und einige von ihnen sprachen: Was will dieser Schwätzer sagen? Andere aber: Es sieht aus, als wolle er fremde Götter verkündigen. Denn er verkündigte das Evangelium von Jesus und von der Auferstehung.

Sie nahmen ihn aber mit und führten ihn auf den Areopag und sprachen: Können wir erfahren, was das für eine neue Lehre ist, die du lehrst? Denn du bringst etwas Neues vor unsere Ohren; nun wollen wir gerne wissen, was das ist. Alle Athener nämlich, auch die Fremden, die bei ihnen wohnten, hatten nichts anderes im Sinn, als etwas Neues zu sagen oder zu hören.

Paulus aber stand mitten auf dem Areopag und sprach: „Ihr Männer von Athen, ich sehe, dass ihr die Götter in allen Stücken sehr verehrt. Denn ich bin umhergegangen und habe eure Heiligtümer angesehen und fand einen Altar, auf dem stand geschrieben: Dem unbekanntem Gott. Nun verkündige ich euch, was ihr unwissend verehrt.

Gott, der die Welt gemacht hat und alles, was darinnen ist, er, der Herr des Himmels und der Erde, wohnt nicht in Tempeln, die mit Händen gemacht sind. Auch lässt er sich nicht von Menschenhänden dienen wie einer, der etwas nötig hätte, da er doch selber jedermann Leben und Odem und alles gibt. Und er hat aus einem Menschen das ganze Menschengeschlecht gemacht, damit sie auf dem ganzen Erdboden wohnen, und er hat festgesetzt, wie lange sie bestehen und in welchen Grenzen sie wohnen sollen, dass sie Gott suchen sollen, ob sie ihn wohl fühlen und finden könnten; und fürwahr, er ist nicht ferne von einem jeden unter uns.

Denn in ihm leben, weben und sind wir; wie auch einige Dichter bei euch gesagt haben: Wir sind seines Geschlechts. Da wir nun göttlichen Geschlechts sind, sollen wir nicht meinen, die Gottheit sei gleich den goldenen, silbernen und steinernen Bildern, durch menschliche Kunst und Gedanken gemacht. Zwar hat Gott über die Zeit der Unwissenheit hinweggesehen; nun aber gebietet er den Menschen, dass alle an allen Enden Buße tun. Denn er hat einen Tag festgesetzt, an dem er richten will den Erdkreis mit Gerechtigkeit durch einen Menschen, den er dazu bestimmt hat und den er vor allen Menschen bestätigt hat, indem er ihn von den Toten auferweckt hat.“

Als sie von der Auferstehung der Toten hörten, begannen die einen zu spotten; die andern aber sprachen: Wir wollen dich darüber ein andermal weiterhören. So ging Paulus weg aus ihrer Mitte. Einige Männer aber schlossen sich ihm an und wurden gläubig; unter ihnen war auch Dionysius, einer aus dem Rat, und eine Frau mit Namen Damaris und andere mit ihnen.“

Was verkündigt der zum Paulus gewordene Saulus nun den Griechen und den Römern?

Lukas fasst es so zusammen in seinem Evangelium mit der angehängten Apostelgeschichte, die er ja ganz ausdrücklich für die Heiden, für die Völker geschrieben hat: Paulus verkündigt die Frohe Botschaft, das Evangelium von Jesus und der Auferstehung. Und danach kommt die ganze Rede des Paulus, die er den so an allem Neuen interessierten Griechen und Römern hält.

Und hier, an dieser Stelle in Raum und Zeit entsteht nun dieser wundervolle Dreiklang von Glauben, Denken und Handeln, der das Abendland, der Europa und den Westen, ja die Welt prägen wird. Der Dreiklang, der nun durch Paulus zu einer Harmonie entwickelt und gebildet wird:

Die Geradlinigkeit und Klarheit des griechischen Denkens, das den Verstand bildet,

Die Geradlinigkeit und Klarheit des römischen Rechts, das das Handeln prägt und

Die Geradlinigkeit und Klarheit des jüdischen Glaubens, der das Leben prägt.

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Paulus verkündigt Gott den Schöpfer, der nicht in quasi menschlicher Weise selber Hand anlegt und seine Schöpfung formt, sondern der alles durch sein Wort schafft. Gott bleibt dabei im Jenseits, aus dem heraus er alles durch sein Wort ins Werden, ins Sein führt.

Diese Radikalität, Gott als den ganz Anderen zu denken, stiftet und ermöglicht über Jahrhunderte, im Grunde sogar zwei Jahrtausende, bis heute, einen Glauben, der so ganz neu und anders ist.

Und der die Welt sehr nachhaltig verändert. Und eben auch neu versteht.

Und diesen Gott darf man, weil er so transzendent ist, so ganz anders, für uns nicht begreifbar, fassbar, nun nicht einfach so mit menschlichen Gebilden und seien sie noch so schön, aus Gold oder Silber oder Stein, darstellen.

Denn wenn wir lebendig sind und doch wenig niedriger als Gott, dann darf Gott nicht mit von uns geschaffenen, aber letztlich toten Figuren dargestellt, vorgestellt werden. Und so stellt ihnen Paulus den Gott vor, den sie einfach mal so mitgedacht haben, den noch unbekanntem Gott, den die Athener um sicher zu gehen, auch einen Altar errichtet haben.

Und in diesem, den Griechen und den Römern noch unbekanntem Gott, wird nun nicht der Gott eines Volkes offenbar gemacht und verehrt, sondern der Gott über allen Göttern.

Nicht mehr der Gott eines Volkes, sondern der Gott aller Völker. Der Gott, der allen Nationen, allen *nationes*, also allen verschiedenen Geburten, je ihren Ort zugeordnet hat, den Lebensort, ihr Territorium. Heute reden wir von Staaten, Nationalstaaten, Geburtsstaaten.

Dieser Gott ist eben mehr noch als die verschiedenen Götter es je sein könnten oder wollten, der Gott aller Völker. Und im Grunde eben nicht nur der Gott aller Völker. Sondern die Götter der Völker sind neben ihm im Grunde nur Götzen, Nichtse, von Menschenhand gebildete Abbilder von Göttern. Die es im Grunde gar nicht gibt.

Denn dass sich in diesem neuen Menschen, diesem so ganz anderen Menschen – Jesus, der Gott aller Völker, der einzig wahre und wirkliche Gott gezeigt und offenbart hat, sieht man daran, dass Jesus von den Toten auferweckt worden ist. Die durch die Auferweckung durch Gott mögliche Auferstehung Jesu ist das Siegel auf seine Botschaft.

Matthäus, der sein Evangelium, seine Frohe Botschaft für Judenchristen schrieb, der stellt ans Ende seiner Schrift den Auftrag Jesu, an die sich langsam bildende Kirche: Den Missionsauftrag, den Taufauftrag. Und mit diesem Schlusssatz, wird das Judenchristentum geöffnet, gesandt zu allen Völkern: „Gehet hin in alle Welt und machet zu Christen alle Völker und taufet sie auf den Namen Gottes und lehret sie halten alles, was Jesus zu ihnen gesagt hat.“ Matthäi am letzten.

Manche vermuten, dass dieser Satz eher von der Kirche als von Jesus selber stammt.

Das kann sein. Aber es ist eine adäquate Zusammenfassung des ganzen Evangeliums.

Es ist die zu Wort gewordene Haltung Jesu in seinem Leben und Sterben.

Bis dahin war jeder Glaube immer nur der Glaube eines Volkes. Ein Volk verehrte seinen Gott und erst wenn es unterworfen worden war, wenn es eine Siegermacht gab, dann wurde auch der Gott des siegreichen Volkes mit verehrt. Denn er hatte den eigenen Gott ja besiegt, überwunden, sich als stärker erwiesen.

Und das Eigenartige ist nun, dass der Gott von dem Paulus redet, der sich durch die Mission offenbarte

- etwas was es bis dahin überhaupt nicht gab, nicht denkbar und auch nicht sinnvoll war – dass dieser Gott, der bis dahin nur in Israel verehrt wurde, wiederum 300 Jahre später durch den Kaiser Konstantin anerkannt und geglaubt wird. Obwohl er gerade nicht militärisch gesiegt hat! Denn Israel ist ja besiegt worden! Die Römer haben Israel im Jahr 70 überrannt, Jerusalem zerstört und den Tempel gleich mit, so dass bis heute nur noch die Klagemauer steht.

Seite E 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Diese Mission ist eine Erfindung der Christen! Eine Entdeckung, die Paulus gemacht hat, nein besser eine Offenbarung, die den Juden zuteil geworden ist, nein noch klarer: der Auftrag Jesu für seine Kirche.

Paulus ist der erste, der durch das ganze Römische Weltreich gezogen ist, um allen Menschen guten Willens, allen *hominibus bonae voluntatis*, die Frohe Botschaft weiter zu sagen.

Etwas Vergleichbares gab es vorher niemals.

Es ist völlig un-erhört, dass ein Volk seinen Glauben mit allen Anderen teilen will.

Durch diesen Missionsauftrag wird nun das erste Mal das ganze menschliche Universum in den Blick genommen! Es kommt durch den Auftrag Jesu überhaupt erst in den Blick.

Heute wird diese Geschichte immer nur von ihren Schattenseiten her erzählt, als ob sie nur aus diesen Schattenseiten bestünde. Der Letzte, der Kirchengeschichte als Missionsgeschichte erzählt hat, war vor über 100 Jahren Adolf von Harnack, der große und bedeutende Ordinarius und Präsident der Berliner Kaiser-Wilhelm-Universität.

Ich finde, man muss erst mal verstehen und darstellen, was war, ehe man es dann auch kritisch betrachtet. Das ist das Großartige, was wir heute kennen und können: uns kritisch mit etwas auseinander zu setzen. Aber davor muss man ja zuerst nochmal das, was wirklich war zusammensetzen. Und darf es nicht einfach als Bekannt voraussetzen.

Alle Völker der Welt sind auch zumindest einmal erobert gewesen. Sie alle waren mal besetzt von anderen. Da gibt es keine Ausnahme. Und einige oder nein: viele, haben dann auch später die Kraft entwickelt, andere zu erobern, einzunehmen, zu besetzen.

Und da hat es immer Übergriffigkeiten gegeben. Und natürlich auch riesige Unterschiede.

Bei uns z.B. ist es doch erst knapp 80 Jahr her, dass wir nach einem barbarischen Krieg, den Deutschland zweimal über die Welt gebracht hat, eingenommen, erobert und ja befreit worden sind durch Russen und Amerikaner, Briten und Franzosen. Und das ging auch auf ganz verschiedene Weise. Und das wird in den 4 Besatzungszonen bis heute auch unterschiedlich erinnert.

Und manchmal waren die, die sich heute als Eroberte, darstellen, selber als Eroberer noch schlimmer, als die, von denen sie erobert worden sind.

Zum Beispiel in Neuseeland, wo die Maori, die zu Recht von den Briten und den Amerikanern, von den Weißen, die Neuseeland im Pazifik erobert haben, als die Urbevölkerung anerkannt werden wollen.

Aber zum einen hat der Vertrag von Waitanga, der da am Rande von Auckland zwischen Maori und den Amerikanern geschlossen worden ist, insofern Weltgeschichte geschrieben, als da 1820 die Ureinwohner in einem Vertrag als Partner (fast) auf Augenhöhe anerkannt worden sind. Diejenigen, die als sie selber die Chatham-Inseln 300 km entfernt im Pazifik eroberten, die Moriori alle umbrachten. Es gibt heute eben leider keine mehr. Und das muss man doch dann in den Gesprächen über die Kolonialgeschichte auch mit erzählen, dass es einen großen Fortschritt gegeben hat, von dem Verhalten der Maori zu dem Verhalten der britischen Eroberer.

Kolonialgeschichte ist ja immer von der Missionsgeschichte nicht zu trennen.

Die Eroberer in Kolumbien, die Spanier und Portugiesen, haben sich um die Menschen nicht geschert. Sie waren ihnen nur als Arbeitskräfte wichtig und ansonsten waren sie ihnen nur wie Haustiere. Aber die Missionare, die doch eigentlich nur für die Spanier und Portugiesen mitgekommen waren, die haben sich damals schon gefragt, ob man die Indios, die Ureinwohner nicht taufen sollte?

Und der Dominikanermönch Bartolome des Las Casas, der hat durch und in seinen Glauben erkannt, dass man die Indios nicht nur taufen darf, sondern sogar soll und dass sie insofern, sichtbar für alle, als Menschen anerkannt werden und die gleichen Rechte haben wie wir. Völlig zu Recht wird er deshalb heute als Vater der Menschenrechte verehrt und anerkannt.

Seite E 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Denn er musste das Recht, sie zu taufen, vor Kaiser Karl V. und vor dem Papst gegen einen anderen Dominikaner erkämpfen.

Morgen vor 247 Jahren wurde die *First Declaration of rights* in Virginia erlassen. Sie gilt als die erste Erklärung der Menschenrechte. Hier sind das erste Mal Menschenrechte erklärt worden.

Sie ist damit der Vorläufer der Amerikanischen Verfassung und der Erklärung der Menschenrechte 1789 durch die Französische Revolution.

Wir müssen uns als Deutsche, als Europäer, als Menschen im Westen, für unsere Kolonialgeschichte verantworten. Ganz klar. Wie auch alle anderen Völker sich für Ihre Kolonial- und Eroberungsgeschichten verantworten müssen. Sich denen stellen müssen. Nicht nur wir. Denn auch die fälschlicher Weise von uns als Indianer oder Indios bezeichneten Ureinwohner Amerikas haben doch durchaus kriegerische Geschichte erlebt, sich gegenseitig erobert und Territorien streitig gemacht.

Und wenn 6 Jahrzehnte nachdem sich die Völker Afrikas stolz und zu Recht, als unabhängig erklärt haben, sie noch immer keine intakten Staaten aufbauen konnten und so schlecht leben, dass immer mehr Menschen ihr Leben riskieren, um bei denen, denen sie die Kolonialgeschichte vorwerfen, Asyl zu finden, dann muss auch das heute mitbedacht werden. Denn das wäre doch eine schlimme Fortsetzung des Imperialismus, wenn wir nun zwar nicht mehr alles erobern wollen, aber an allem schuld sein wollen. Oder alles mit unserer Schuld begründen.

Paulus verkündet denen in Athen, dass wir alle in Gott leben, weben und sind.

„Denn in ihm leben, weben und sind wir.“ ist einer der mir liebsten und wichtigsten und schönsten Sätze der Bibel.

Und deshalb will ich Gott auch erkennen! Bekennen! Gottesdienst feiern!

Wohlwissend, dass ich ihn nicht wie einen Teil der Schöpfung erkennen kann. Denn Gott ist nicht Teil seiner Schöpfung. Weil er alles durch sein Wort geschaffen hat, kann man nicht mit unserem Hirn, dass nur Raum und Zeit zu denken vermag, in seine Dimensionen denken.

Diese Bescheidenheit lehrt uns die jüdisch-christliche Weise zu glauben.

Gestern hatten wir im Studentendorf Schlachtensee unseren Gesprächskreis „Mittendrin“. Und ein mir sehr angenehmer Mensch sagte, er sei zwar noch in der Kirche, aber Agnostiker. Und er klang ein wenig stolz, dass er so konsequent denken würde, dass er weiß, dass er nichts weiß.

Und erzählte mir dann beim Gehen von seiner Camus-Lektüre.

Mir geht es da anders. Ich kann und will ohne Gott, ohne meinen Glauben an Gott nicht mehr leben. Diese Absurdität kann und will ich nicht aushalten. Muss ich ja auch nicht.

Jeder kann sich frei entscheiden.

Ohne Ostern ist alles nichts, „denn dann können wir nur fressen und saufen! Denn morgen sind wir tot.“ So sagt es Paulus in seinem Brief an die Gemeinde in Korinth. Und anders, aber ähnlich, in Athen. Ohne Ostern riecht alles nach Tod und das muss man dann wegfeiern.

Wenn wir radikal ehrlich sind, wir Christen und die Atheisten, dann müssen wir sagen: Es steht *fifty fifty*. Kann sein, kann nicht sein. Keiner weiß es. Beide Seiten haben die gleiche Sicherheit. Aber ich muss für mich sagen, ich entscheide mich bei *fifty fifty* für die schönere Hoffnung.

Die Atheisten sagen uns: „Wer glaubt, muss wissen was er tut.“ Na klar. Tun wir!

Wohl wissend, dass wir nicht wissen, sondern glauben!

Auf Gott zu Ostern vertrauen!

Seite E 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Und es eben nicht selber in der Hand haben, keine Versuchsanordnung aufbauen können und die Auferweckung Jesu von den Toten beweisen könnten.

Der Gläubige muss wissen, was er tut, wenn er glaubt. Ja. Da haben die Atheisten recht. Aber das gilt natürlich *vice versa* auch. Auch der Atheist muss wissen, was er tut, wenn er nicht glaubt. Blaise Pascal, der große Philosoph, Wahrheitsliebender des 17. Jahrhunderts, wusste es und fragte: „Gibt es Gott überhaupt? Das weiß ich nicht. Keiner weiß es, weil man Gott nicht wissen kann. Aber ich wette oder streite mit Euch, dass es ihn gibt.“

Und die Bibel hat doch selber, in dem es in der Bibel 3 Schöpfungsgeschichten gibt, gezeigt, dass sie immer mit dem Stand ihrer Erkenntnisse den Glauben an Gott den Schöpfer bekennt.

Und deshalb möchte ich Ihnen zum Schluss eine der mir liebsten Geschichten erzählen, die das Leben so schreibt:

Im Jahr 1892 sitzt ein älterer Herr in einem Pariser Zug und liest in der Bibel. Neben ihm ist ein junger Student in wissenschaftliche Fachliteratur vertieft. Nach einiger Zeit fragt der junge Mann seinen Nachbarn: „Glauben Sie etwa noch an dieses alte Buch voller Fabeln und Märchen?“ „Ja, natürlich. Aber es ist kein Fabelbuch, sondern das Wort Gottes!“

Der Student ereifert sich: „Sie müssen sich einmal ein wenig mit unserer Geschichte beschäftigen. Zur Zeit der französischen Revolution vor knapp 100 Jahren wurde die Religion als Illusion entlarvt! Nur Leute ohne Kultur glauben noch, dass Gott die Welt in sechs Tagen erschaffen hat. Sie müssten mal hören, was die Wissenschaft zu diesem Schöpfungsmärchen sagt.“ „Nun“, erwidert der ältere Herr, „was sagen denn die heutigen Wissenschaftler dazu?“ - „Da ich sogleich aussteigen muss, habe ich keine Zeit, Ihnen das ausführlich zu erklären. Aber geben Sie mir doch bitte Ihre Karte, damit ich Ihnen wissenschaftliche Literatur zu diesem Thema senden kann.“

Der alte Herr öffnet darauf seine Briefftasche und gibt dem jungen Mann seine Karte. Als der sie liest, fühlt er sich kleiner als eine Ameise. Mit gesenktem Haupt verlässt er den Zug. Auf der Karte stand: Prof. Dr. Louis Pasteur, Generaldirektor des naturwissenschaftlichen Forschungsinstituts, Nationale Universität Frankreich und ein Satz: „Ein wenig Wissenschaft trennt uns von Gott. Viel Wissenschaft bringt uns Ihm näher.“ Dr. Louis Pasteur

Amen.

<https://youtu.be/L5WTFv9iBoY> Über das Ende des Universums

https://www.faz.net/aktuell/fotografie/wie-der-fotograf-johnny-miller-ungleichheit-mit-bildern-festhaelt-18683252.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

Freedom-House-Index

Niedergang der Freiheit weltweit fast gestoppt

Von Clemens Wergin

Die Nichtregierungsorganisation 'Freedom House' erfasst die Anzahl der Demokratien in der Welt. Erstmals seit 17 Jahren wurde der Trend des demokratischen Niedergangs gebrochen. Das ist aber kein Grund zur Entwarnung – nicht nur Wladimir Putin treibt die Unfreiheit voran.

<https://www.welt.de/politik/ausland/article244196317/Freedom-House-Index-Niedergang-der-Freiheit-weltweit-fast-gestoppt.html>

Vernichtungskrieg: Russlands Zivilisationsbruch

Von Richard Herzinger

Zögerliche Waffenhilfe, verstärktes Drängen auf „Verhandlungen“, wachsende Gleichgültigkeit angesichts horrender Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Es ist bedrückend und beängstigend, dass ein großer Teil der deutschen Öffentlichkeit nicht erkennen kann oder will, worum es sich bei dem russischen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine tatsächlich handelt – um einen Zivilisationsbruch, der nicht nur die gesamte demokratische Welt, sondern das Fundament der Humanität schlechthin bedroht.
<https://herzinger.org/vernichtungskrieg-russlands-zivilisationsbruch>

Ann-Marie, Opfer von Brokstedt. Wenn das einzige Kind getötet wird

Von Henryk M. Broder



Mit 17 aus dem Leben gerissen: Ann-Marie Kyrath • *Quelle: Familie Kyrath*

Ann-Marie war gerade 17, als ihr ein einschlägig vorbestrafter Palästinenser das Leben nahm. Ihre Eltern sagen, wenn es zum Prozess kommt, soll nicht nur über die Traumata des Täters geredet werden, sondern auch über die Leiden der Opfer. Und über die Fehler der Politik. Ein Hausbesuch.

Birgit und Michael Kyrath stehen nebeneinander, halten sich an den Händen fest und weinen. Sie trauern um ihre Tochter Ann-Marie, die am 25. Januar Opfer einer tödlichen Messerattacke wurde, genau eine Woche nach ihrem 17. Geburtstag.

Die Eltern stehen am Grab ihrer Tochter, auf dem die Blumengebinde und Kränze seit der Beerdigung am 10. Februar liegen und langsam verwelken. Auf einer der Schleifen steht der Satz: „Wir hatten uns schon so gefreut, dich kennenzulernen.“

Es ist der letzte Gruß der Eltern von Danny, Ann-Maries Freund, der sie seinen Eltern vorstellen wollte, nachdem die beiden beschlossen hatten, ein Paar zu werden.



Zum Gedenken: Danny und Ann-Marie • Quelle: Henryk M. Broder

Dazu kam es nicht mehr, denn Danny saß neben Ann-Marie in dem Regionalzug, der auf dem Weg von Kiel nach Hamburg zum Schauplatz eines Blutbades wurde. Ein 33 Jahre alter, [mehrfach einschlägig vorbestrafter Mann](#), den die Innenministerin von Schleswig-Holstein als einen „staatenlosen Palästinenser“ identifizierte, zog kurz vor der Einfahrt in Brokstedt ein Messer und stach auf die Reisenden ein. Wenige Minuten später waren zwei Menschen – Ann-Marie und Danny – tot und sieben verletzt, drei davon schwer.



Auf dem Grab von Ann-Marie: der Kranz der Eltern ihres ebenfalls ermordeten Freundes • Quelle: Henryk M. Broder

Wie in solchen Fällen üblich, gab die Polizei schon am folgenden Tag bekannt, es werde „in alle Richtungen ermittelt“, man habe keine Hinweise auf einen „terroristischen Hintergrund“ gefunden und wolle nicht ausschließen, „dass der mutmaßliche Angreifer geistig verwirrt sein könnte“.

Seite E 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Birgit und Michael Kyrath ist es egal, ob der „mutmaßliche Angreifer“ geistig verwirrt war oder im Auftrag einer terroristischen Organisation handelte. Für sie zählt nur, dass er ihre Tochter umgebracht hat, ihr einziges Kind, und sie fürchten, dass sich irgendein Gutachter findet, der den Messerstecher für schuldunfähig erklärt.

Und falls es doch zu einem Prozess kommt, dann soll nicht nur über die Traumata der Täter geredet werden, sondern auch über die Leiden der Opfer und deren Angehörigen. Und über Politiker, die keine Verantwortung übernehmen wollen.

Eine „Fehlinformation“, die zwei junge Menschenleben kostet

Wie Innenministerin Nancy Faeser, die sich nach der Tat darüber wunderte, dass „der Tatverdächtige“ noch im Lande war, obwohl er längst „hätte abgeschoben werden können“, wenn man nur gewusst hätte, wo er sich aufhält: „Wir haben versucht, an ihn ranzukommen, und hätten wir gewusst, dass er in U-Haft sitzt, hätten wir ihn anhören und dann abschieben können.“ Inzwischen wisse man, „dass es eine Fehlinformation gab“.

Michael Kyrath kann es nicht fassen. Ohne diese „Fehlinformation“ wären zwei junge Menschen noch am Leben. Und die Person, die am Ende der Befehlskette darüber entscheidet, wer abgeschoben wird, wäscht ihre Hände in Unschuld und denkt nicht an einen Rücktritt. „Das kann man ihr doch nicht durchgehen lassen.“

Michael Kyrath ist ein Praktiker. 1974 geboren, machte er nach dem Abitur eine Ausbildung zum Zahntechniker samt Meisterbrief, studierte Volks- und Betriebswirtschaft und übernahm von seinem Vater die Firma Kyrath Zahntechnik in Elmshorn, die er noch immer führt. Als junger Mann fuhr er Tourenwagenrennen, und wenn ihn heute der Temporausch packt, dann setzt er sich in seinen Super Morris Mini mit 300 PS unter der Haube und fährt zum Nürburgring, um dort ein paar Runden auf der Nordschleife zu drehen.



Michael Kyrath in der nach seinem Vater benannten Gasse • Quelle: Henryk M. Broder

Kyrath hat bei der Freiwilligen Feuerwehr Elmshorn mitgemacht und dabei nicht nur entlaufene Katzen von Dächern geholt. Nach 15 Jahren hörte er auf, um mehr Zeit für sich

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

und seine Familie zu haben. Und für sein XXL-Hobby, den Bau einer LGB-Modelleisenbahn-Anlage im Garten seines Hauses. Bis jetzt hat er fast 400 Meter Schienen der Spurweite G (45 Millimeter) verlegt, Bahnhöfe, Brücken, Berge, Täler und Tunnel nachgebaut und das Ganze so programmiert, dass er sechs Züge zugleich auf die Strecke schicken kann. Im Moment ruht der Betrieb, die Lokomotiven und die Waggons überwintern im beheizten Keller, allesamt originalgetreue Modelle der Rhätischen Bahn, die im Kanton Graubünden operiert. Für Michael Kyrath ist es Work in Progress, denn: „Eine Eisenbahn, die fertig ist, ist keine richtige Eisenbahn.“

Im Sommer 2015 zog es die Kyraths in den äußersten Norden. In zwei Wochen legten sie 9000 Kilometer zurück. Von Elmshorn nach Hirtshals an der Spitze von Jütland, mit der Autofähre nach Kristiansund in Norwegen und dann immer weiter über Stavanger, Bergen, Trondheim, die Lofoten, Tromsø und Alta bis zum Nordkap, 500 Kilometer oberhalb des Polarkreises und nur noch 2.100 Kilometer unterhalb des Nordpols. Danach ging es durch Schweden zurück nach Elmshorn.



Mochte auffällige Hüte: Ann-Marie •
Quelle: Familie Kyrath

Kyrath hat die Expedition wochenlang vorbereitet und vom ersten bis zum letzten Tag dokumentiert, jeden Ort, jede Brücke, jede Raststätte und jeden Wasserfall fotografiert und aus der Fülle des Materials ein hundert-seitiges „Roadbook“ gemacht. Ann-Marie war damals neun Jahre alt und haderte gelegentlich mit ihren Eltern, wenn sie irgendwo zu lange oder nicht lange genug anhielten. Mit 13, 14, fing Ann-Marie an, sich für Mode zu interessieren, vor allem die der 50er- und 60er-Jahre, und erhob Audrey Hepburn zu ihrem Vorbild.

„Mit dem Strom zu schwimmen, das war nicht ihr Ding“

Auf einem Antiquitätenmarkt in Elmshorn fand sie alte Burda-Schnittmusterbögen und in Glückshorn eine Schneiderin, die mit diesen Vorlagen etwas anfangen konnte. Zu einem Fest an der Anne-Frank-Gemeinschaftsschule in Nordhorn, die Ann-Marie bis zum Sommer letzten Jahres besuchte, trug sie ein blaues Retrokleid und sah darin aus, als käme sie gerade von einem Casting bei Metro-Goldwyn-Mayer.

„Das war keine Marotte“, sagt Ann-Maries Mutter, Birgit Kyrath. Als Österreicherin, 1969 in Neulengbach bei Wien geboren, kann sie gut verstehen, dass eine junge Frau „fesch“ aussehen will, statt in zerrissenen Jeans und Oversize-Pullovern herumzulaufen. Ann-Marie

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

nahm das sehr ernst. „Selbst, wenn wir nur zum Bauhaus wollten, um Bretter zu kaufen, zog sie sich fein an und legte Make-up auf“, erinnert sich der Vater, „mit dem Strom zu schwimmen, das war nicht ihr Ding“.

Während ihre Mitschüler mit Fridays for Future gegen den Klimawandel demonstrierten, blieb sie allein im Klassenzimmer sitzen und demonstrierte so ihren „Anspruch auf einen geregelten Unterricht“. Wobei sie jedem, der vorbeikam, erklärte, sie sei auch für den Schutz des Klimas und würde gerne mitmachen, vorausgesetzt, die Demos fänden an einem unterrichtsfreien Tag statt, Samstagvormittag zum Beispiel.

Trotzdem, oder vielleicht deswegen, war sie bei den Mitschülern beliebt und geschätzt. An der [Trauerfeier für Ann-Marie](#) nahm die ganze Schule teil. Der gesprochene Nachruf auf die „Freundin und Klassenkameradin“ war eine ironisch unterlegte Liebeserklärung an einen Menschen, „der immer positiv durchs Leben ging“, „auffallende Hüte“ trug und „mindestens einmal pro Unterrichtsstunde“ zum Lippenstift griff, um die rote Farbe aufzufrischen.

Kann es einen noch sinnloseren Tod geben?

Birgit und Michael Kyrath trauern um ihre Tochter und deren Freund, den zwei Jahre älteren Danny. Mutter Birgit erinnert sich an einen Anruf von Ann-Marie. „Mama, jetzt ist es offiziell, wir sind zusammen!“, rief sie ins Telefon. Und als sie Danny zum ersten Mal nach Hause brachte, um ihn ihren Eltern vorzustellen, „saßen die beiden brav am Tisch und hielten Händchen unter dem Tisch“.

Jetzt stehen gerahmte Fotos von Ann-Marie und Danny nebeneinander auf einer wuchtigen Kommode im Wohnzimmer, umgeben von allerlei Erinnerungsstücken aus Ann-Maries Leben; ein kleiner Plüschbär namens Charly, den sie immer bei sich trug, hält Wache. Er hat das Blutbad überlebt.



Plüschbär Charly • Quelle: Henryk M. Broder

Wie wird man mit einem solchen Schmerz fertig? Kann es einen schlimmeren, einen noch sinnloseren Tod als den aus der Hand eines amoklaufenden Mörders geben?

Birgit und Michael Kyrath sind bekennende Katholiken, sie gehen nicht jeden Sonntag zur Kirche, aber sie glauben an Gott und daran, dass es ein Leben nach dem Tod gibt, in welcher Gestalt auch immer. Mutter Birgit sagt, sie unterhalte sich jeden Tag mit Ann-Marie. „Ich spüre meine Tochter, weil ich sie spüren will.“

Quelle: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus244208313/Brokstedt-Ann-Marie-17-Jahre-alt-Wenn-das-einzige-Kind-getoetet-wird.html>

s. auch:

Ibrahim A.

Schlicht überlesen, nicht nachgefragt, überfordert – die Versäumniskette im Fall Brokstedt

Von Ulrich Exner

Im Brokstedt-Komplex wird das umfassende Behördenversagen überdeutlich. Zugleich ist auch mehrere Wochen nach der Bluttat noch erstaunlich unklar: Was machte Ibrahim A. eigentlich zwischen der Haftentlassung in Hamburg und seiner mutmaßlichen Amoktat?

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus243790875/Messerattacke-von-Ibrahim-A-Die-Versaeumniskette-im-Fall-Brokstedt.html>

Neuer Ampel-Zoff

[Will die SPD auch Judenhasser einbürgern?](#)

[FDP: Kein Pass für Antisemiten – Rot-Grün blockiert!](#)



**Ist zuständig für den Entwurf zur Reform der Einbürgerung:
Innenministerin Nancy Faeser (52, SPD). –**

Foto: picture alliance / Laci Perenyi, picture alliance / photothek

Von Zara Riffler

09.03.2023 - 14:02 Uhr

Ist der SPD-Plan zur Erleichterung der Staatsbürgerschaft ein Demokratie-Risiko? Nach BILD-Informationen liegt die Reform des Einbürgerungsrechts auf unbestimmte Zeit auf Eis, denn die demokratischen Bedenken der Liberalen lassen SPD und Grüne unbeeindruckt.

Hintergrund ist ein brisantes Problem. Im Entwurf von Nancy Faesers (52, SPD) Innenministerium ist eine Frage ungeklärt: Wie wird sichergestellt, dass von den Millionen Menschen, die von den Plänen profitieren würden, tatsächlich ALLE auch die Werte des Grundgesetzes teilen?

Die FDP will vor allem, dass Antisemitismus zum Ausschlusskriterium bei Einbürgerungen wird – aber Rot-Grün sieht am Entwurf KEINEN Nachbesserungsbedarf.

Der Faeser-Plan: Ein deutscher Turbo-Pass

Der Faeser-Entwurf sieht ein Turbo-Tempo vor: Die Staatsbürgerschaft soll bereits nach 5 Jahren statt 8 Jahren verliehen werden, bei besonderer Integrationsleistung nach 3 statt 6 Jahren.



□ Hier geborene Kinder ausländischer Eltern sollen automatisch Deutsche werden, wenn ein Elternteil seit fünf Jahren rechtmäßig einen Aufenthalt hat. Auch müssten sie sich ab dem 18. Lebensjahr nicht mehr zwischen der deutschen und der Staatsbürgerschaft ihrer Eltern entscheiden.

Das wäre die größte Erleichterung der Einbürgerung, die es in der Geschichte der Bundesrepublik je gab – zu einem Zeitpunkt, in dem das Land in einer neuen Flüchtlingskrise steckt, illegale Migration wächst und Abschiebungen stocken.

Seite E 1 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Experten schätzen, dass mehr als zwei Millionen Ausländer von der Reform profitieren. Mehr als fünf Millionen Menschen ohne deutschen Pass leben seit mehr als 10 Jahren in Deutschland.

Wird Turbo-Einbürgern zum Risiko für die Demokratie?

Vorhaben, um die Integrationsleistung aufrechtzuerhalten und die Einstellung gegenüber dem Grundgesetz zu prüfen: bleiben im SPD-Entwurf aus.

Die FDP bleibt in dem Ampel-Zoff seit Monaten standhaft.

Ihre Forderungen:



□ Die Liberalen sehen es als wichtigen Integrationsbeitrag, dass NUR eingebürgert werden kann, wer seinen Lebensunterhalt bestreitet. Auch soll der Einbürgerungstest nicht mehr durch den Abschlusstest des Integrationskurses ersetzt werden können.

Nach dem SPD-Entwurf würde sich an der sogenannten Ermessenseinbürgerung nichts ändern, wodurch auch Personen, die von staatlichen Leistungen leben, eingebürgert werden können.



□ Zur Bedingung müsse das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung werden. Durch strenge Kriterien soll geprüft werden, ob der Antragsteller wirklich auf den Boden des Grundgesetzes steht.

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai (46) zu BILD: „Eingebürgert werden darf nur, wer seinen eigenen Lebensunterhalt bestreiten und für seine Familie sorgen kann. Darüber hinaus ist eine echte Loyalitätserklärung zum Grundgesetz außerordentlich wichtig. Wer unsere Werte nicht akzeptiert, kann nicht eingebürgert werden.“

Doch den Liberalen geht es um noch mehr: Antisemiten sollen keine Staatsbürger werden ...



Dezember 2017: Protestierer verbrennen eine selbstgemalte Flagge mit dem Davidstern in Berlin-Neukölln. Immer wieder finden in Deutschland regelmäßig antisemitische Demonstrationen statt – besonders in Berlin-Neukölln, wo 150 000 Menschen mit Migrationshintergrund wohnen • Foto: picture alliance / Jüdisches Forum

Wie BILD erfuhr, ist für die FDP besonders wichtig: die historische Verantwortung.

Bei antisemitischen Einstellungen dürfe es keinen Pass geben!



□ Die Liberalen schlagen dafür einen Eid und Test vor. Sowie die Möglichkeit eines Katalogs, in dem auch kleinere Delikte definiert sind. Die FDP will, dass es geprüft wird, ob der Antragsteller auf antisemitischen Demonstrationen mitlief und Mitglied von verfassungsfeindlichen Organisationen ist.

Brisant: Wie BILD aus Ampel-Kreisen vernahm, sehen SPD und Grüne das offenbar anders. Beide würden am Entwurf keinen Nachbesserungsbedarf sehen.

Der Migrationsexperte **Ahmad Mansour** (46) zu BILD: „Schade, dass wir gerade die Einstellung zu sexueller Selbstbestimmung, zur Meinungsfreiheit und dem Existenzrecht Israels in der Einbürgerung gar nicht beachten – so schafft man keine Anreize zu Integration, sondern im Gegenteil zu Desintegration und Aufbau von Parallelgesellschaften!“ *Auf BILD-Anfrage zitierte das BMI bloß die „Vereinbarungen im Koalitionsvertrag“. Zu Antisemitismus als Ausschlusskriterium: kein Wort. Eine Antwort der Grünen-Fraktion blieb auf BILD-Anfrage aus.*

Quelle: <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/neuer-ampel-zoff-will-die-spd-auch-judenhasser-einbuergern-83122412.bild.html>

01) Keine Auskunft über 8,1 Mrd. Deutschlands an die UNO

24. 06. 2023



Bild: Christoph Soeder Credit: dpa

Nach Vorgaben der UNO soll Deutschland im Jahr 2022 satte 8,1 Milliarden Euro, im Rahmen einer UN-Klimafinanzierung, zur Verfügung gestellt haben.

Damit soll mitgeholfen werden vermeintliche Auswirkungen der weltweiten Klimakrise zu bekämpfen.

Keine Auskunft darüber an Medien

Nachfragen von Medien zu diesbezüglichen Projekten werden jedoch rigoros einfach nicht beantwortet, die recherchierten Ergebnisse jedoch überraschen.

Im Februar des Vorjahres war bekannt geworden, dass Bundesaußenministerin Annalena Baerbock die ehemalige Co-Vorsitzende von Greenpeace International Jennifer Morgan als Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik in das deutsche Auswärtige Amt geholt hatte.

Im Oktober 2022 hatte die mittlerweile zur Staatssekretärin ernannte Morgan dann postwendend mitgeteilt, dass Deutschland „in der Verantwortung“ stehe, „die Entwicklungsländer beim Klimaschutz und bei Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen“.

Seite E 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Dafür waren rund 8,1 Milliarden Euro in den „[Umsetzungsplan für die Klimafinanzierung](#)“ (Climate Finance Delivery Plan) geflossen. Medienrecherchen ergaben, dass große Summen der internationalen Gelder in Investitionen und Projekte wie ein Kohlekraftwerk, ein Hotel und Schokoladengeschäfte geflossen waren, *UME* hatte berichtet.

2015 hatten die Industriestaaten bei ihren Klimagesprächen in Paris das anvisierte Ziel bekräftigt, dass ab dem Jahr 2020 jährlich rund 100 Milliarden US-Dollar aus Industrieländern in Klimaschutzprojekte in Schwellenländern investiert werden sollen.

Von den deutschen 8,1 Milliarden Euro im Jahr 2022 stammten demnach 5,3 Milliarden aus Haushaltsmitteln, so ein [Focus-Artikel](#).

Angaben dazu werden von Grünen nicht geliefert

Hinsichtlich der weiterhin unbekanntem Nutzung der Steuergelder heißt es nun, „eine konkrete Liste, was von dem deutschen Anteil an dieser Summe bezahlt wurde, liefern die grüne Außenministerin Annalena Baerbock und ihre dafür zuständige Klimaschutz-Staatssekretärin, die ehemalige Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan, bisher nicht.“

Diesbezüglich hat ein Team von Journalisten der Nachrichtenagentur *Reuters* und von *Big Local News*, einem Journalismus-Programm der US-Stanford University, Tausende von vorliegenden [Aufzeichnungen analysiert](#), „welche die Länder bei der UNO eingereicht hatten“, um ihre Beiträge, also Investitionen, zu dokumentieren.

Zu den höchst [erstaunlichen Ergebnissen](#) (*UME* hatte berichtet) der Auswertungen heißt es, „Italien unterstützte ein Einzelhandelsunternehmen bei der Eröffnung von Schokoladen- und Gelatinegeschäften in Asien.“

Die Vereinigten Staaten boten ein Darlehen für die Erweiterung eines Küstenhotels in Haiti an.

Belgien unterstützte den Film „La Tierra Roja“, eine Liebesgeschichte, die im argentinischen Regenwald spielt.

Und Japan finanziert ein neues Kohlekraftwerk in Bangladesch und einen Flughafenausbau in Ägypten“.

Fehlende Rechenschaftspflicht fördert „Missbrauch“

Die Finanzierung der fünf erwähnten Projekte belief sich laut vorliegender Zahlen „auf insgesamt 2,6 Milliarden US-Dollar“. Alle vier Länder deklarierten dabei ihre Nutzung der Gelder als sogenannte „Klimafinanzierung“.

Ein Sprecher der belgischen Regierung verteidigte zum Beispiel die Anrechnung des Zuschusses für den Regenwald-Liebesfilm als Klimafinanzierung, „da der Film die Abholzung von Wäldern und damit eine Ursache des Klimawandels“ thematisiere.

Das Rechercheteam resümiert, dass „das Fehlen eines einheitlichen Systems der Rechenschaftspflicht es den Ländern ermöglicht habe, ihre eigenen zu entwickeln“.

„Das UN-Klimasekretariat erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur *Reuters*, dass es den Ländern selbst überlassen sei, ob sie einheitliche Standards einführen wollen. **Die Industrieländer hätten sich dagegen gesträubt, dies zu tun.**“

Das verantwortliche deutsche Auswärtige Amt geht dabei noch einen Schritt weiter und schweigt generell zu bekannten Investitionen.

Mark Joven, Staatssekretär im philippinischen Finanzministerium, wird laut dem *Reuters*-Artikel mit der Feststellung zitiert, „dies ist der wilde, wilde Westen der Finanzen. Im Grunde genommen ist alles, was sie Klimafinanzierung nennen, Klimafinanzierung.“

Abschließend heißt es in dem Artikel, die Auswertungen der Papiere hätten ergeben, dass bei den beteiligten Ländern „die Beschreibungen, die sie offenlegen, oft vage oder nicht vorhanden sind“.

Dies geschehe in einem Maße, „dass in Tausenden von Fällen nicht einmal das Land genannt wird, in das das Geld geflossen ist“. Selbst die in den Berichten aufgeführten Empfängerländer konnten demnach „manchmal nicht sagen, wie das Geld ausgegeben wurde“.

Staatssekretärin Morgan ließ auf der [Website des Auswärtigen Amtes](#) im Oktober 2022 mitteilen, „unser Fortschrittsbericht zeigt die Vielzahl der bereits laufenden Aktivitäten, macht aber auch deutlich, wo noch mehr passieren muss.“

Es zeigt sich an den Ergebnissen des Rechercheverbunds, die Offenlegung der deutschen Geldflüsse an internationale Klimaprojekte wurde damit anscheinend nicht gemeint.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Die Klimadebatte beginnt am falschen Ende – zielführende Diskussionen unerwünscht

Von PETER HAISENKO

23. 06. 2023



BILD-Schlagzeile aus 1957! Wie panisch die heutigen Klimahysteriker agieren, erkennt man daran, dass vor 64 Jahren hier kühler Kopf trotz 56 Grad bewahrt wurde.

Nahezu jeder Beitrag zur Klimadebatte beginnt mit dem Satz: „Natürlich bin auch ich für den Klimaschutz.“ Wer diesen Glaubenssatz nicht vortragen will, wird zu diesen Talkrunden nicht zugelassen. So wird dafür gesorgt, dass die wirklich wichtige Auseinandersetzung gar nicht stattfinden kann. Die Frage darf nicht diskutiert werden, ob es überhaupt einen menschengemachten Klimawandel gibt und ob ein wärmeres Klima wirklich schlecht wäre.

Es erinnert an das Mittelalter und die Frage, ob die Erde eine Scheibe ist. Der damals unumstrittene Meinungsführer war die katholische Kirche und wer die Gestalt der Erde in Frage stellte, landete schon mal auf dem Scheiterhaufen. So ähnlich ergeht es heute allen, die offizielle Narrative hinterfragen. Natürlich werden die nicht mehr real verbrannt, aber der virtuelle Scheiterhaufen ist nicht weniger fatal für die betroffenen. Ihre vormals anerkannte Fachkompetenz wird in den Dreck gezogen und wo immer möglich wird ihre Lebensgrundlage zerstört. Es bedarf also einer gehörigen Portion Mutes, die wirklich grundsätzlichen Fragen anzusprechen. Das ist einer Demokratie unwürdig.

Bei den öffentlichen Klimadebatten wird nach den Glaubensbekenntnissen nur noch darüber gesprochen, wie und mit welchen Nebenwirkungen das Klima gerettet werden soll. „Klimaschutz“ ist das Zauberwort. Da beginnt schon die Begriffsverwirrung. Dereinst war Klimaschutz der Schutz vor dem Klima. Wie man sich durch geeignete Kleidung und

Behausung vor ungünstigem Wetter schützen kann. Das gilt bis heute. Wir in den gemäßigten Zonen haben Wollpullover und in Arabien trägt man Kaftane, die wie eine kleine Klimaanlage vor großer Hitze schützen können. Oder aber fast gar keine Kleidung, weil man sie im Klima der Südsee einfach nicht braucht.

Irgendwo gibt es immer Hitze oder Kälte

Über den Erdball verteilt, nach Lage der Breite und besonderer Gegebenheiten, gibt es verschiedene Klimazonen. Die reichen von arktischem Klima über gemäßigte Zonen zu mediterranem Klima, weiter über die ariden Zonen großer Hitze in den Rossbreiten (etwa 30 Grad Nord oder Süd) bis in die Tropen. In jeder dieser Zonen haben sich die Menschen ihr Leben so angepasst, dass sie überleben können. Sie betreiben Klimaschutz, schützen sich vor den Härten des jeweiligen Klimas. Das Klima selbst schützen zu wollen, ist blanker Unsinn und da sollten die ersten Fragen aufkommen. Wovor soll das Klima geschützt werden?

Die moderne Wissenschaft ermöglicht es, Eis-Bohrkerne von mehr als tausend Metern Tiefe zu ziehen und auszuwerten. Die Ergebnisse sind unbestechlich. Sie zeigen auf, dass sich das Erdklima seit jeher ständig, zyklisch, verändert hat. Von Eiszeiten bis hin zu Warmzeiten, die immer mit Zeiten des Friedens und der Hochkulturen einher gegangen sind. Ich nenne hier nur beispielhaft das „Römische Klimaoptimum“ oder die Zeit der Gotik, deren Durchschnittstemperaturen etwa drei Grad höher lagen, als sie heute sind. Es steht außer Zweifel, dass der Mensch an diesen Vorgängen keinerlei Anteil hatte. Jetzt befinden wir uns am Ende einer „kleinen Eiszeit“ und können hoffen, dass wir uns auf das nächste Klimaoptimum zubewegen. Der Irrsinn an der falschen Debatte ist folglich, dass man Klimazustände zurückwünscht, die Not, Krieg und Auswanderung gebracht haben. Die Menschen aus Europa sind nicht aus Lust und Tollerei nach Amerika ausgewandert, sondern aus schierer Not, um nicht zu verhungern. Der Weg nach Amerika war lebensgefährlich.

Faktenfreie Diskussionen

Alle diese Fakten dürfen in die Klimadebatten nicht eingebracht werden. Jegliche Zweifel am menschengemachten Klimawandel sind verboten und werden mit religiöser Inbrunst als Ketzerei verdammt. Der Sinn von „CO₂-Einsparungen“ darf nicht hinterfragt werden. Wie war das mit der Erde und der Scheibe? Allerdings war es damals dann doch so, dass sich selbst die Kirche der objektiven Wissenschaft beugen musste. Diese Niederlage wird heute mit allen Mitteln verhindert. Eben indem man dafür sorgt, dass diese Form der Diskussion gar nicht aufkommen darf. Das aber beweist, dass sich die Ökosekten sehr wohl darüber bewusst sind, dass sie sich einer solchen Diskussion nicht stellen können, Mangels wissenschaftlich fundierter Argumente und Fakten.

Das, was als Klimadebatten bezeichnet wird, sind gar keine Debatten. Es sind Propagandaveranstaltungen mit dem Ziel, zielführende Diskussionen zu verhindern. Sie sollen so die letzten Zweifel daran ausräumen, ob es überhaupt einen menschengemachten Klimawandel gibt und den gibt es nicht. Am radikalsten sind natürlich wieder die deutschen Ökosekten dabei. Aber dieses Verfahren zieht sich schon länger durch die deutsche „Diskussionskultur“. Zum Beispiel darf nicht ansatzweise hinterfragt werden, ob das, was wir Demokratie nennen, überhaupt noch eine ist. Ebenso wenig wie angezweifelt werden darf, ob es sinnvoll sein kann, aller Welt Demokratie aufzuzwingen, wenn nötig, mit Gewalt und Bomben.



Die „Klimakatastrophe“ im Laufe der Zeit

Die neuen Religionen

Nein, es darf nicht ansatzweise darüber diskutiert werden, ob die Religion Demokratie reformiert werden sollte oder der Führungsanspruch der USA wirklich Gutes für die Welt bringen kann. Ich erinnere hier nur am Rande daran, dass mit dem Corona-Wahnsinn genauso verfahren worden ist. Oder mit der Doktrin des „aggressiven Russland“ und den Ursachen für das Morden in der Ukraine. Ohne Ideologiefilter würde all das schnell zusammenbrechen. Diese Verbote für ehrliche Debatten sind aber das Merkmal von Diktaturen und keinesfalls zulässig für angeblich demokratische Staaten. Genauso wenig der Versuch, eine echte Oppositionspartei mit faulen Argumenten verbieten zu wollen. Ach ja, wann hat man das letzte Mal einen AfD-Politiker in Diskussionsrunden der ÖRR-Medien gesehen?

Ein Problem mit der AfD ist, dass die Fraktion der AfD im Bundestag mit Abstand den höchsten durchschnittlichen Bildungsgrad aufweist. Dem steht gegenüber, dass kein einziges Mitglied der aktuellen Bundesregierung auch nur ansatzweise über die eigentlich notwendige Qualifikation zur Ausübung seines Amtes verfügt. Das gilt auch für das Führungspersonal der Grünen. Das Einzige, was sie alle können, ist Fragen auszuweichen und sie nicht zu beantworten. Das aber ist ein Merkmal für Psychopathen.

Ohne Glaubensbekenntnis keine Teilnahme an „Diskussionen“

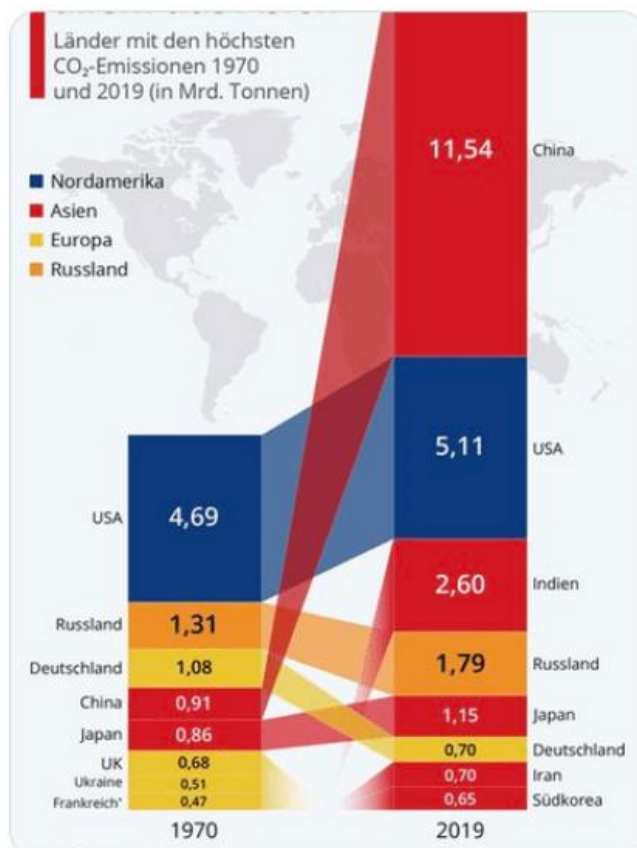
Die Methodik der Meinungsdictatur ist durchschaubar. Sie funktioniert auf allen Ebenen gleich. Es wird eine Doktrin gesetzt und darüber darf nicht diskutiert werden. Alle sogenannten Debatten dürfen dann nur auf dieser Doktrin aufbauen, ihre Grundlage aber

nicht hinterfragen. Wer an solchen „Debatten“ teilnehmen will, muss immer als erstes sein Glaubensbekenntnis zu dieser Doktrin ablegen. Natürlich bin für Klimaschutz... Natürlich ist der „Angriffskrieg“ Russland gegen die Ukraine zu verdammen... Ich bin kein Corona-Leugner... Und jetzt, nachdem die Übersterblichkeit durch die Corona-Spritzen überhandnimmt, kommt die neue Doktrin „Hitzetod“.

Hat man schon jemanden hören dürfen, der richtigerweise fragt, ob die alle einen Vogel haben? Vor allem angesichts der Tatsache, dass Australien und Neuseeland den kältesten Winteranfang seit Beginn der Messungen erleben? Nach einem besonders kalten April und Mai bei uns und auch der Juni war bis jetzt zu kalt. Was wird gegen diese Fakten unternommen? Andauernd prophezeien die Systemwetterfrösche ganz gefährliche Temperaturen von mehr als 30 Grad und die wollen uns Verrecken nicht kommen. Da sollen jetzt Gesetze kommen, die Arbeiten oder Schule verbieten, wenn es warm werden sollte. Ach ja, das hieß früher mal Hitzefrei und das wurde vom Direktor nach Lage entschieden. Und man soll dann bei hohen Temperaturen die Wohnung nicht mehr verlassen und das soll dann auch noch strafbewehrt sein. Da werden sich alle freuen, die in einer Dachwohnung leben und nicht mehr Abkühlung im Freien suchen dürfen.

Maskenzwang bei 30 Grad

Fühlt sich da jemand erinnert an den Corona-Wahnsinn, als Schulkinder bei 30 Grad mit Maulkorb in der Schule sitzen mussten und den nicht einmal zum Sport ablegen durften? Soll es dann auch verboten werden, Urlaub in Ländern zu machen, wo Temperaturen nahe 40 Grad einfach zum Sommer gehören? Zum Beispiel in Griechenland? Oder Dubai, Ägypten oder einfach Sizilien? Da sollte doch die Frage aufkommen, wie es sein kann, dass überhaupt ein Tourist aus diesen Ländern lebend zurückkommen kann. Wie es überhaupt möglich ist, dass dort Menschen leben?



CO²-Ausstoß in Deutschland reduzieren hat praktisch null Effekt solange nicht alle mitspielen!

Seite E 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Alle diese Fragen müssten zuerst diskutiert werden, bevor man darüber diskutiert, wie man das „Klima schützen“ könnte. Das Klima, das der Mensch überhaupt nicht beeinflussen kann. Und die Frage müsste vorrangig behandelt werden, ob der Einfluss des CO₂ tatsächlich und nachweisbar vorhanden ist. Die Eis-Bohrkerne haben nämlich gezeigt, dass es genau andersherum abläuft. Zuerst werden die Meere wärmer und danach steigt der CO₂-Gehalt der Luft an. Wärmeres Wasser kann weniger CO₂ binden, als kaltes. Und es geht um die 0,04 Prozent CO₂, die überhaupt in der Atmosphäre enthalten sind. Solange darüber nicht diskutiert werden darf muss angenommen werden, dass all dieser Irrsinn einem ganz anderen Zweck dient. Darüber sollte sich aber jeder seine eigenen Gedanken machen, denn da befinden wir uns mitten in einem grässlichen Horrorfilm. wichtig.

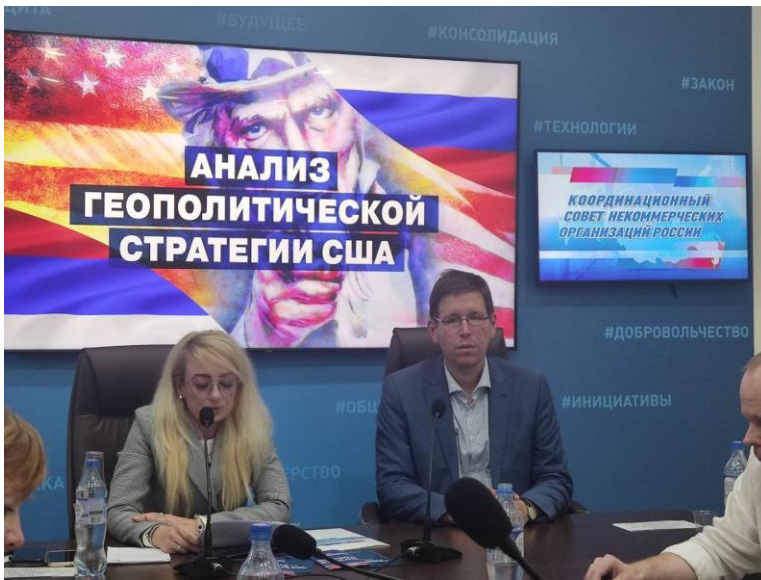


Zum Autor: Peter Haisenko ist Schriftsteller, Inhaber des Anderwelt-Verlages und Herausgeber von AnderweltOnline.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Konferenz in Moskau – Gegenangriff gegen den Amerikanischen Einfluss

19. 06. 2023



Dr. Dragana Trifkovic und Patrick Poppel.- *Bild: privat*

Am 15. Juni fand in Moskau eine Internationale Konferenz, zur Analyse des Amerikanischen Einflusses auf Europa und weltweit, statt.

Den Vorsitz bei dieser Konferenz führten Dr. Dragana Trifkovic (Zentrum für Geostrategische Studien Belgrad) und der österreichische Analytiker Patrick Poppel.



Frau Dr. Trifković analysierte unter anderem den amerikanischen Einfluss auf die Geschichte Serbiens.

Patrick Poppel sprach über den starken Einfluss Amerikas auf die europäischen Staaten.

Dieser Einfluss auf allen Ebenen schadet Europa, da die transatlantische Politik seit jeher auf die Erlangung und den Erhalt ausschließlich „eigener Machtstrukturen“ bedacht ist.

Seite E 24 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die augenblickliche Situation einer kriegerischen Auseinandersetzung auf europäischem Territorium dient vor allem US-Interessen, sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht, als auch im Ausbau US-politischer Machtstrukturen in Europa.

In Zukunft müssen wir die Situation genau analysieren und Gegenstrategien entwickeln. Um den Einfluss des amerikanischen Sektors zurückzudrängen, sind verschiedenste Kampagnen erforderlich.



Im Zuge dieser international besetzten Veranstaltung wurden nicht nur geopolitische wie geostrategische Analysen erstellt, sondern vielmehr auch Gegenstrategien erörtert und entwickelt.

Einer der Veranstalter, Patrick Poppel erläuterte dazu, „unser Ziel ist es, den Einfluss des Amerikanischen Sektors in der Welt auf allen Ebenen zurückzudrängen!“

Ab nun werde man versuchen die Einflüsse auf kultureller und politischer Ebene genau zu analysieren und mit gezielten Kampagnen einzudämmen, so das Resümee der Veranstaltung, „außerhalb des Amerikanischen Sektors.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Die «Atlantische Frage»: Kann nur atomare Eskalation die alten Hegemonieansprüche brechen?

Von REDAKTION

18. 06. 2023



Wie lassen sich atlantische Kriegstreiber noch stoppen?

Der nachstehende Artikel von Professor Sergej A. Karaganow hat in Russland unter Experten eine große Debatte über Atomwaffen, ihre Rolle und die Bedingungen für ihren Einsatz ausgelöst.

Dies gilt insbesondere angesichts des Status von Sergej Karaganow als ehemaliger Präsidentenberater sowohl von Boris Jelzin als auch von Wladimir Putin.

Sergej Karaganow seziert das Versagen der herrschenden westlichen Eliten und ihrer abgewirtschafteten Gesellschaften. Er kommt dabei zu einem grausamen Ergebnis:

«In der Zwischenzeit sind die geschwächten Vereinigten Staaten dabei Europa und andere abhängige Länder zu vernichten, mit dem Versuch sie nach der Ukraine in Konfrontationen zu stürzen. Die lokalen Eliten in den meisten dieser Länder haben die Orientierung verloren und führen ihre Länder in ihrer Panik nach dem Scheitern ihrer eigenen inneren und äußeren Positionen pflichtgetreu zur Schlachtbank. Das Gefühl des größeren Versagens, der Machtlosigkeit, der jahrhundertealten Russophobie, der intellektuellen Degradierung und des Verlusts strategischer Kultur lässt ihren Hass noch erbitterter, als jenen der USA anwachsen...»

Der WW III hat bereits begonnen und kann sich zufällig oder aufgrund der wachsenden Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit der modernen herrschenden Kreise im Westen zu einem ausgewachsenen Flächenbrand ausweiten...

Es könnte der Punkt kommen, die Landsleute und alle Menschen guten Willens zu warnen zu müssen, ihre Häuser in der Nähe von Einrichtungen zu verlassen, die zu Zielen von Atomschlägen in Ländern werden könnten, die das Kiewer Regime direkt unterstützen...

Der Feind muss wissen: Wir sind bereit, einen Präventivschlag als Vergeltung für alle seine gegenwärtigen und vergangenen Aggressionen zu führen, um das Abgleiten in einen globalen thermonuklearen Krieg zu verhindern... »



Mit dem Einsatz seiner Atomwaffen könnte Russland die Menschheit vor einer globalen Katastrophe bewahren

Eine harte, aber notwendige Entscheidung würde den Westen wahrscheinlich zum Einlenken zwingen, ein früheres Ende der Ukraine-Krise ermöglichen und eine Ausweitung auf andere Staaten verhindern.



SERGEI A. KARAGANOV
DSc (History)
Council on Foreign and Defense Policy,
Russia
Honorary Chairman of the Presidium

Die Analyse und Warnung von Professor Karaganow – fünf Minuten vor Zwölf – sollte allen atlantischen Politikern und ihren Mitläufern eine deutliche letzte Warnung sein:

Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit schützt vor Strafe nicht! Es könnte sich schon bald als tödlicher Irrtum herausstellen, leichtfertig davon ausgegangen zu sein, dass Kriegstreiberei aus der Etappe heraus, für die Anführer des «vereinten Westens» absolut sicher und einmal mehr nur gewinnbringend enden könnte. Schon eine Volksweisheit sagt:

«Der Krug geht so lange zum Brunnen bis er bricht!»

Eine harte, aber notwendige Entscheidung

Von Professor Sergej Karaganow, Ehrenvorsitzender des Councils für Außen- und Verteidigungspolitik (SWAP) und akademischer Leiter an der School of International Economics and Foreign Affairs Higher School of Economics (HSE) in Moskau.

Ich möchte Ihnen einige Gedanken mitteilen, die ich schon seit langem hege und die nach der jüngsten Versammlung des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, einer der bedeutendsten in seiner 31-jährigen Geschichte, Gestalt angenommen haben.

Eine Wachsende Bedrohung

Russland und seine Führung, steht meines Erachtens vor einer schwierigen Entscheidung. Es wird immer deutlicher, dass die Auseinandersetzung mit dem Westen auch dann nicht zu Ende sein wird, nachdem wir in der Ukraine einen Teil- oder gar einen vernichtenden Sieg errungen hätten.

Wenn wir die Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson vollständig befreien, würde dies ein Teilsieg sein. Ein etwas größerer Erfolg wäre die Befreiung des gesamten Ostens und Südens der heutigen Ukraine innerhalb von ein oder zwei Jahren. Aber es wird immer noch ein Stück davon übrigbleiben, mit einer noch verbitterteren, ultranationalistischen Bevölkerung, die mit Waffen vollgepumpt ist – eine blutende Wunde, die droht, unweigerlich Komplikationen und einen erneuten Krieg nach sich zu ziehen. Die Situation könnte noch schlimmer sein, wenn wir die gesamte Ukraine unter ungeheuren Opfern befreien und mit einer weitgehend hasserfüllten Bevölkerung auf Trümmern zurückblieben. Es würde Jahrzehnte dauern, sie „rückzuziehen“.

Jede der genannten Optionen, insbesondere die letzte, wird Russland von der dringend notwendigen Verlagerung seines geistigen, wirtschaftlichen, militärischen und politischen Zentrums in den Osten Eurasiens ablenken. Wir würden auf dem wenig aussichtsreichen Weg nach Westen feststecken. Und die Gebiete der heutigen Ukraine, vor allem in der Zentral- und Westukraine, würden Management-, Human- und Finanzressourcen dem Land entziehen. Diese Regionen wurden schon zu Sowjetzeiten stark subventioniert. Und die Feindschaft mit dem Westen würde fortbestehen, da er einen Guerillabürgerkrieg niederer Priorität unterstützen würde.

Eine attraktivere Option wäre die Befreiung und Wiedervereinigung des Ostens und des Südens und die Erzwingung einer Kapitulation von der Rest-Ukraine mit vollständiger Entmilitarisierung, wodurch ein befreundeter Pufferstaat entstünde. Ein solches Ergebnis ist jedoch nur möglich, nachdem es uns gelänge, den Willen des Westens zur Unterstützung die Kiewer Junta, um sie gegen uns auszuspielen zu brechen und sie zu einem strategischen Rückzug zu zwingen.

Und damit komme ich zu einer entscheidenden, aber kaum diskutierten Frage. Die zugrundeliegende, ja grundlegende Ursache des Konflikts in der Ukraine und vieler anderer Spannungen in der Welt sowie des allgemeinen Anstiegs der Kriegsgefahr ist das zunehmende Versagen der modernen herrschenden westlichen Eliten – vor allem der Kompradoren aus Europa, die durch den Globalisierungskurs der letzten Jahrzehnte entstanden sind.

Anmerkung der Redaktion: *Die portugiesischen Kolonialisten benutzten das Wort „Komprador“ zur Bezeichnung lokaler Zwischenhändler, die ihre Ansprüche vermittelten.*

Dieses Scheitern geht einher mit einer rasanten, in der Geschichte beispiellosen Veränderung der globalen Kräfteverhältnisse zugunsten einer globalen Mehrheit, wobei China und teilweise Indien als deren wirtschaftliche Triebkräfte fungieren und Russland dabei ein militärisch-strategischer Anker ist.

Diese Schwächung macht nicht nur die imperial-kosmopolitischen Eliten (Biden & Co) wütend, sondern jagte auch den imperial-nationalen (Trump & Co) den Schrecken ein. Ihre Länder verlieren ihre seit fünf Jahrhunderten bestehende Fähigkeit, Reichtum in der ganzen

Seite E 28 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Welt abzuschöpfen und vor allem mit roher Gewalt politische und wirtschaftliche Ordnungen und kulturelle Dominanz durchzusetzen. Es wird also kein schnelles Ende der sich entfaltenden westlichen defensiven, aber aggressiven Konfrontation geben.

Dieser Zusammenbruch moralischer, politischer und wirtschaftlicher Positionen bahnt sich seit Mitte der 1960er Jahre an; er wurde durch den Zusammenbruch der Sowjetunion nur unterbrochen, nahm aber in den 2000er Jahren mit neuer Kraft wieder Fahrt auf. Die Niederlagen im Irak und in Afghanistan sowie der Beginn der Krise des westlichen Wirtschaftsmodells im Jahr 2008 waren wichtige Meilensteine.

Um diese lawinenartige Talfahrt zu stoppen, hat sich der Westen vorübergehend erfangen. Die Vereinigten Staaten haben die Ukraine in eine Schlaghand verwandelt, die eine Krise auslösen, um Russland – dem militärisch-politischen Kern, der sich von den Fesseln des Neokolonialismus befreien nicht-westlichen Welt – die Hände zu binden: Oder im Idealfall, es einfach in die Luft zu jagen, um darüber die aufstrebende alternative Supermacht China radikal zu schwächen.

Da wir übersahen, dass eine Konfrontation unmittelbar bevorstand bzw. Kräfte gebündelt wurden, handelten wir nur langsam präventiv. Weiters haben wir, dem modernen, vor allem westlichen militärisch-politischen Denken folgend, die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen leichtfertig zu hoch angesetzt, die Lage in der Ukraine falsch eingeschätzt und die militärische Operation nicht erfolgreich genug angesetzt.

Nach dem inneren Scheitern begannen die westlichen Eliten, aktiv das Unkraut zu nähren, das nach siebzig Jahren Wohlstand, Übersättigung und Frieden Wurzeln geschlagen hatte: All diese menschenfeindlichen Ideologien, die die Familie, die Heimat, die Geschichte, die Liebe zwischen Mann und Frau, den Glauben, das Engagement für höhere Ideale, alles, was das Wesen des Menschen ausmacht, ablehnen. Diejenigen, die sich widersetzen, werden ausgemerzt. Ziel ist es, ihre Gesellschaften zu zerstören und die Menschen zu «mankurtisieren», um ihre Fähigkeit zu verringern, sich dem modernen «Globalisten-Kapitalismus» zu widersetzen, dessen Ungerechtigkeit und Schaden für die Menschen und Menschheit immer offensichtlicher wird.

Anmerkung der Redaktion: *«Mankurts» sind Sklaven ohne Verstand und Geschichtsbewusstsein, wie sie der große kirgisische, russische Schriftsteller Tschingis Torekulowitsch Aitmatow beschrieben hat. Nach Aitmatows fiktiver Legende sind «Mankurten» Kriegsgefangene, die zu nicht-autonomen, gefügigen Dienern gemacht werden, indem man ihnen Kamelhaut um den Kopf wickelte und sie der Sonnenhitze aussetzte. Diese Häute trockneten wie ein Stahlband und verursachten Hirnschäden und eine bildliche Zombifizierung. Die Mankurten kannten weder ihren Namen noch ihre Familie oder ihren Stamm: „...ein Mankurt erkannte sich selbst nicht als Mensch.“*

In der Zwischenzeit sind die geschwächten Vereinigten Staaten dabei Europa und andere abhängige Länder zu vernichten, mit dem Versuch sie nach der Ukraine in Konfrontationen zu stürzen. Die lokalen Eliten in den meisten dieser Länder haben die Orientierung verloren und führen ihre Länder in ihrer Panik nach dem Scheitern ihrer eigenen inneren und äußeren Positionen pflichtgetreu zur Schlachtbank. Das Gefühl des größeren Versagens, der Machtlosigkeit, der jahrhundertealten Russophobie, der intellektuellen Degradierung und des Verlusts strategischer Kultur lässt ihren Hass noch erbitterter, als jenen der USA anwachsen.



*Der Entwicklungsvektor der meisten westlichen Ländern zeigt:
Sie bewegen auf einen neuen Faschismus und (bisher)
"liberalen" Totalitarismus zu.*



Weiter und das Wichtigste ist: Die Situation dort wird nur schlimmer. Ein Waffenstillstand ist möglich, aber Aussöhnung ist es nicht. Wut und Verzweiflung werden in Schüben und Wendungen weiter zunehmen. Dieser Vektor der Bewegung des Westens deutet eindeutig auf ein Abgleiten in den Dritten Weltkrieg hin. Er hat bereits begonnen und kann sich zufällig oder aufgrund der wachsenden Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit der modernen herrschenden Kreise im Westen zu einem ausgewachsenen Flächenbrand ausweiten.

Der Vormarsch der künstlichen Intelligenz und die Robotisierung des Krieges erhöhen die Gefahr einer unbeabsichtigten Eskalation. In der Tat können die Maschinen der Kontrolle verwirrter Eliten entgleiten.

Die Situation wird durch den „strategischen Parasitismus“ noch verschärft: In den 75 Jahren relativen Friedens haben die Menschen die Schrecken des großen Krieges vergessen und sogar aufgehört, sich vor Atomwaffen zu fürchten. Überall, aber besonders im Westen, ist der Selbsterhaltungstrieb geschwächt.

Ich habe viele Jahre lang die Geschichte der Nuklearstrategie studiert und bin zu einer eindeutigen, wenn auch scheinbar nicht ganz wissenschaftlichen Schlussfolgerung gekommen. Die Entwicklung von Atomwaffen war das Ergebnis einer göttlichen Intervention. Aus Entsetzen darüber, dass die Menschen – Europäer und Japaner inklusive – innerhalb einer Generation zwei Weltkriege entfesselten und dabei zig Millionen Menschenleben geopfert hatten, übergab Gott der Menschheit eine Waffe des Armageddon, um diejenigen, die die Angst vor der Hölle verloren hatten, zu zeigen, dass es sie gibt. Es war diese Angst, auf welcher der relative Frieden über das letzte Dreivierteljahrhundert beruhte. Heute ist diese Angst verschwunden. Das Undenkbare im Sinne früherer Vorstellungen von nuklearer Abschreckung ist eingetreten: Eine Gruppe herrschender Kreise hat in einem Anfall blinder Wut einen umfassenden Krieg im Unterleib einer nuklearen Supermacht entfesselt.

Diese Angst vor einer nuklearen Eskalation muss wieder verinnerlicht werden. Sonst ist die Menschheit dem Untergang geweiht.

Auf den Schlachtfeldern der Ukraine entscheidet sich nicht nur bzw. nicht so sehr, wie die künftige Weltordnung aussehen wird, sondern vor allem, ob es überhaupt eine Welt geben wird oder ob der Planet aus radioaktiven Trümmern bestehen wird.

Indem wir den Aggressionswillen des Westens brechen, werden wir nicht nur uns selbst retten und die Welt endlich von dem fünfhundert Jahre währenden westlichen Joch befreien, sondern auch die gesamte Menschheit retten. Indem wir den Westen zu einer Katharsis und

damit seine Eliten zur Aufgabe ihres Hegemoniestrebens zwingen, werden wir sie zum Rückzug zwingen, bevor es zu einer globalen Katastrophe kommt. Der Menschheit wird eine neue Chance zur Entwicklung eingeräumt.

Vorgeschlagene Lösung

Es besteht kein Zweifel, dass ein harter Kampf vor uns liegt. Wir werden die verbleibenden internen Probleme lösen müssen: Wir müssen uns endlich vom westlichen Zentrismus in unseren Köpfen und von den Westlern in der Führungsklasse, von den Kompradoren und ihrem eigenartigen Denken befreien. Ohne es zu wollen, hilft der Westen uns dabei. Die dreihundertjährige Reise nach Europa hat uns viel Nützliches gebracht und uns geholfen, unsere große Kultur zu entwickeln. Natürlich werden wir das europäische Erbe darin in Ehren halten. Aber es ist an der Zeit, nach Hause zurückzukehren – zu unserem wahren Selbst. Um zu beginnen mit dem angesammelten Gepäck und unserem eigenen Geist zu leben.

Das Außenministerium hat vor kurzem einen Durchbruch für uns alle erzielt, indem es Russland in seinem außenpolitischen Konzept als eine Staatszivilisation bezeichnete. Ich möchte hinzufügen: Eine Zivilisation der Zivilisationen, offen für den Norden und den Süden, den Westen und den Osten. Die Hauptrichtung der Entwicklung ist heute der Süden und der Norden, vor allem aber der Osten.

Die Konfrontation mit dem Westen in der Ukraine, wie immer sie ausgeht, sollte uns nicht von der strategischen inneren Bewegung – geistig, kulturell, wirtschaftlich, politisch und militärisch-politisch – zum Ural, nach Sibirien und zum Großen Ozean ablenken. Wir brauchen eine neue ural-sibirische Strategie, die mehrere geistige Projekte beinhaltet, darunter natürlich die Schaffung einer dritten Hauptstadt in Sibirien. Diese Bewegung sollte Teil der heute so dringend notwendigen Bemühungen sein, unseren «Russischen Traum» zu artikulieren – das Bild Russlands und der Welt, die wir anstreben wollen.

Ich habe schon oft geschrieben und damit bin ich nicht allein, dass große Staaten ohne eine große Idee ihre Größe verlieren oder einfach verschwinden. Die Geschichte ist übersät mit den Schatten und Gräbern der Mächte, die sie verloren haben. Sie muss von oben kommen, ohne zu erwarten, dass sie von unten kommt, wie es dumme oder faule Menschen tun. Sie muss mit den grundlegenden Werten und Bestrebungen der Menschen übereinstimmen und vor allem uns alle voranbringen. Es liegt jedoch in der Verantwortung der Elite und der Führung des Landes, sie zu formulieren. Die Verzögerung, dies zu erstellen und vorzulegen, ist unannehmbar lang.



Doch damit die Zukunft stattfinden kann, muss der Widerstand der Kräfte der Vergangenheit - des Westens - überwunden werden. Wenn dies nicht geschieht, wird es mit ziemlicher Sicherheit zu einem totalen und wahrscheinlich letzten Weltkrieg kommen.



Und damit komme ich zu dem schwierigsten Teil dieses Artikels. Wir können noch ein oder zwei oder drei Jahre weiterkämpfen und dabei Tausende und Abertausende unserer besten Männer opfern und Zehn- und Hunderttausende von Menschen, die in den Gebieten leben, die sich jetzt Ukraine nennen und in der tragischen historischen Falle gefangen sind, zermalmten. Aber diese Militäroperation kann nicht mit einem entscheidenden Sieg enden, ohne dem Westen einen strategischen Rückzug oder gar die Kapitulation aufzuzwingen. Wir müssen den Westen zwingen, seine Versuche aufzugeben, die Geschichte zurückzudrehen, globale Hegemonie anzustreben und ihn zwingen, sich mit sich selbst zu beschäftigen, seine gegenwärtige multiple Krise aufzuarbeiten. Oder grob ausgedrückt: Der Westen muss sich einfach „verkrümmen“ und darf sich nicht mehr in die Zukunft Russlands und der Welt einmischen.

Dazu muss der Westen seinen verlorenen Selbsterhaltungssinn wiederherstellen, indem man ihn davon überzeugt, dass der Versuch, Russland zu zermürben und die Ukrainer gegen Russland auszuspielen, für den Westen selbst kontraproduktiv ist. Die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung muss wiederhergestellt werden, indem die unannehmbar hohe Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen gesenkt wird, indem die Abschreckungs-Eskalationsleiter berechnend, aber schnell nach oben verschoben wird. Die ersten Schritte sind bereits getan. Es gibt die entsprechenden Erklärungen von Präsident Putin und anderen führenden Politikern, sie haben mit der Stationierung von Kernwaffen und ihren Trägersystemen in Belarus begonnen und die Kampfkraft der strategischen Abschreckungskräfte erhöht. Es gibt viele Stufen auf dieser Leiter. Ich habe etwa zwei Dutzend gezählt.

Es könnte auch der Punkt kommen, die Landsleute und alle Menschen guten Willens zu warnen, ihre Häuser in der Nähe von Einrichtungen zu verlassen, die zu Zielen von Atomschlägen in Ländern werden könnten, die das Kiewer Regime direkt unterstützen. Der Feind muss wissen: Wir sind bereit, einen Präventivschlag als Vergeltung für alle seine gegenwärtigen und vergangenen Aggressionen zu führen, um das Abgleiten in einen globalen thermonuklearen Krieg zu verhindern.

Ich habe schon oft gesagt und geschrieben, dass mit der richtigen Strategie der Abschreckung und sogar des Einsatzes das Risiko eines nuklearen oder sonstigen „Vergeltungsschlags“ auf unserem Territorium minimiert werden kann. Nur wenn ein Verrückter im Weißen Haus sitzt, der auch sein eigenes Land hasst, würden die USA beschließen, zur „Verteidigung“ der Europäer zuzuschlagen und den Preis eines Vergeltungsschlags zu zahlen, indem sie ein angenommenes Boston für ein angenommenes Posen opferten. Sowohl die USA als auch Europa sind sich dessen wohl bewusst, ziehen es aber vor, nicht darüber nachzudenken. Auch wir haben durch unsere friedliebenden Erklärungen zu dieser Gedankenlosigkeit beigetragen. Da ich die Geschichte der US-Atomstrategie studiert habe, weiß ich, dass Washington, nachdem die UdSSR eine glaubwürdige nukleare Vergeltungsfähigkeit erlangt hatte, den Einsatz von Atomwaffen auf sowjetischem Territorium nicht ernsthaft in Erwägung gezogen hat, obwohl es in der Öffentlichkeit bluffte. Wenn Atomwaffen in Erwägung gezogen wurden, dann nur gegen „vorrückende“ sowjetische Streitkräfte in Westeuropa. Ich weiß, dass die Bundeskanzler Kohl und Schmidt aus ihren Bunkern flohen, sobald die Frage eines solchen Einsatzes in den Übungen aufkam.

Der Abstieg auf der Leiter zur Eindämmung und Eskalation sollte recht schnell erfolgen. In Anbetracht des Vektors des Westens – der Degradierung der meisten seiner Eliten – ist jede nachfolgende Entscheidung, die sie treffen, inkompetenter und ideologisch kurzsichtiger als

die vorherige. Und bis jetzt können wir nicht erwarten, dass diese Eliten durch verantwortungsvollere und vernünftigeren ersetzt werden. Dies wird erst nach der Katharsis – nach der Aufgabe der Ansprüche – geschehen.

Wir dürfen das „ukrainische Szenario“ nicht wiederholen. Ein Vierteljahrhundert lang haben wir nicht auf diejenigen gehört, die davor gewarnt haben, dass die NATO-Erweiterung zu einem Krieg führen würde, und haben versucht, zu verzögern und zu „verhandeln“. Im Ergebnis haben wir uns einen schweren bewaffneten Konflikt eingehandelt. Jetzt ist der Preis der Unentschlossenheit um eine Größenordnung höher.

Was aber, wenn sie nicht nachgeben? Was ist, wenn sie den Selbsterhaltungstrieb völlig verloren haben? In diesem Fall müssen wir eine Reihe von Zielen in einer Reihe von Ländern angreifen, um diejenigen, die den Verstand verloren haben, zur Vernunft zu bringen.



Moralisch gesehen ist dies eine beängstigende Entscheidung, da wir Gottes Waffe einsetzen und uns selbst zu schwerem spirituellen Verlust verdammen. Aber wenn wir dies nicht tun, könnte nicht nur Russland untergehen, sondern höchstwahrscheinlich die gesamte menschliche Zivilisation zu Ende gehen.



Man wird diese Entscheidung selbst treffen müssen. Selbst Freunde und Sympathisanten werden sie anfangs nicht unterstützen. Wäre ich Chinese, würde ich kein abruptes und entscheidendes Ende des Konflikts wollen, denn das entzöge US-Streitkräfte und ermöglichte es der Volksrepublik China, Kräfte für eine Entscheidungsschlacht zu sammeln – entweder direkt oder, gemäß den besten Regeln von Sun Tzu, so, dass sich der Feind kampflös zurückziehen müsste. Ich würde mich auch gegen den Einsatz von Atomwaffen aussprechen, weil eine Ausweitung der Konfrontation auf die nukleare Ebene eine Verlagerung auf einen Bereich bedeuten würde, in dem mein Land (China) noch schwach wäre. Außerdem entspricht ein entschlossenes Vorgehen nicht der Philosophie der chinesischen Außenpolitik, die den Schwerpunkt auf wirtschaftliche Faktoren legt (während sie gleichzeitig militärische Macht anhäuft) und eine direkte Konfrontation vermeidet. Ich würde meinen Verbündeten unterstützen, indem ich ihm Rückendeckung gäbe, aber ich würde hinter seinem Rücken handeln und mich nicht in den Kampf einmischen. (Vielleicht verstehe ich diese Philosophie aber auch nicht gut genug und schreibe den chinesischen Freunden Motive zu, die nicht ihre eigenen wären). Wenn Russland Atomwaffen eingesetzt hätte, würden die Chinesen dies verurteilen. Aber sie würden sich auch im Herzen darüber freuen, dass dem Ansehen und der Stellung der Vereinigten Staaten ein schwerer Schlag versetzt worden wäre.

Wie würden wir reagieren, wenn (Gott bewahre!) Pakistan Indien angreifen würde oder umgekehrt? Entsetzt. Wir wären betrübt, dass das nukleare Tabu gebrochen worden sei.

Und dann kümmern wir uns darum, den Opfern zu helfen und unsere Nukleardoktrin entsprechend zu ändern.

Für Indien und andere Länder der Weltmehrheit, einschließlich der Atomwaffenstaaten (Pakistan, Israel), ist der Einsatz von Atomwaffen sowohl aus moralischen als auch aus geostrategischen Gründen inakzeptabel. Ein „erfolgreicher“ Einsatz würde das Nuklear-Tabu entkräften – die Vorstellung, dass solche Waffen niemals eingesetzt werden sollten und dass ihr Einsatz den direkten Weg in ein nukleares Armageddon bedeuteten. Wir könnten nicht mit einer schnellen Unterstützung rechnen, auch wenn viele im „Globalen Süden“ zur Niederlage ihrer ehemaligen Unterdrücker, die geplündert, Völkermorde begangen und ihnen eine fremde Kultur aufgezwungen haben, Genugtuung empfinden.

Aber am Ende werden die Sieger nicht verurteilt. Doch den Rettern würde gedankt. Die europäische politische Kultur erinnert sich nicht an das Gute. Aber der Rest der Welt erinnert sich mit Dankbarkeit daran, wie wir den Chinesen geholfen haben, sich von der brutalen japanischen Besatzung zu befreien, und den Kolonien, das koloniale Joch abzuwerfen. Wenn sie uns anfangs nicht verstehen, wird es noch mehr Anreize geben, uns zu verbessern. Dennoch ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass wir siegen, den Feind ohne extreme Maßnahmen abschrecken und zum Rückzug zwingen können. Um nach einigen Jahren eine Position hinter dem Rücken Chinas einzunehmen, so wie es jetzt hinter dem unseren steht, und es in seinem Kampf mit den Vereinigten Staaten zu unterstützen. Dann kann dieser Kampf ohne einen großen Krieg vermieden werden. Und wir werden gemeinsam zum Wohle aller, auch der Menschen in den westlichen Ländern, gewinnen.

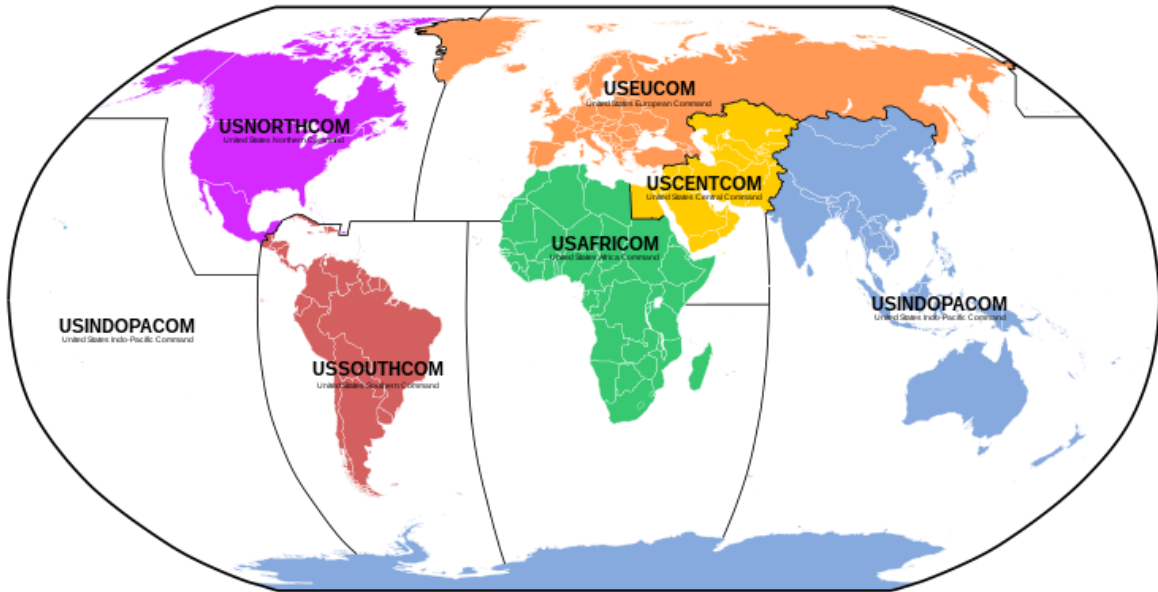
Und dann werden Russland und die Menschheit durch all die Dornen und Traumata hindurch in eine Zukunft gehen, die ich hell sehe – multipolar, multikulturell, vielfarbig und den Ländern und Völkern die Möglichkeit geben wird, ihr eigenes und gemeinsames Schicksal zu gestalten.

Dieser Artikel erschien ursprünglich in der russischen [Wochenzeitschrift Profile](#) Übersetzung aus dem Russischen UNSER MITTELEUROPA

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Phänomene der Eine-Welt-Herrschaft: Über Globalpolitik und Drehtüren atlantischer Schattenwirtschaft

14. 06. 2023



US-Einteilung der Welt nach Kommandobereichen heute.- *Quelle: Lencer, CC BY-SA 3.0 , via Wikimedia Commons*

Der Kampf um & gegen Eine-Welt-Herrschaft

Spannungsfelder mit Gegensätzen von Macht und Interessen zwischen alten und neuen Mächten mit ihren relevanten Gesellschaftskreisen begleitet von ökonomischen Umwälzungen sind die Auslöser von Zeitenwenden in der Weltgeschichte.

Industrialisierung und gleichzeitige Kolonialisierung verschafften Großbritannien die Grundlagen, um sich im 19. Jahrhundert in Konkurrenz dem russischen Zarenreich – der größten Landmacht Eurasiens – als Weltmacht gegenüberzustellen:



Britisches Weltreich im 19. Jahrhundert zur Zeit seiner größten Ausdehnung
 Quelle: *The Red Hat of Pat Ferrick*, Public domain, via Wikimedia Commons

Nach den napoleonischen Kriegen und dem Wiener Kongress im Jahr 1815 konnte ein Gleichgewicht der Kräfte in Europa die Ordnung über ein Jahrhundert bis 1914 sichern:



Europa nach dem Wiener Kongress 1815

Großbritannien



Frankreich



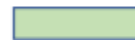
Preußen



Österreich



Russland



Seite E 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die Kontinentalmächte Mitteleuropas und Asiens folgten der Industrialisierung, wie von Großbritannien vorgegeben, mit nur zeitlicher Verzögerung. Globalisierung und Kolonialpolitik wurden maßgeblich von den Seemächten Westeuropas dominiert. Diese Entwicklung veranlasste die Globalisten ihre Zentren globaler Steuerung von vormals Byzanz, Venedig, Genua, Schweiz und Niederlanden in Richtung Westen – das heißt nach Großbritannien und später auch USA – zu verschieben.

An Hoheitsabzeichen lässt sich verbindende Handschrift «globaler» Heraldik ablesen:



Imperiales Emblem der letzten byzantinischen Dynastie der Palaiologen (1259–1453)
Quelle: Cplakidas, CC BY-SA 3.0 <creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>;, via
Wikimedia Commons



Fahnen: Schweiz, Genua, England, City of London, der Royal Navy und Union Jack
Quelle: UnknownVector:User:Marc MongenetCredits:User:-xfi-User:Zscout370, Public domain, via Wikimedia Commons

Quelle: commons.wikimedia.org/wiki/File:Flag_of_Genoa.svg

Quelle: traditional Vector: Nicholas Shanks, Public domain, via Wikimedia Commons

Quelle: Greentubing, Public domain, via Wikimedia Commons

Quelle: Original code by Stefan-Xp with modifications to ratio by Yaddah., Public domain, via Wikimedia Commons

Ab dem Jahr 1190 verwendeten englische Schiffe die Flagge Genuas im Mittelmeerraum und waren unter den Schutz der genuesischen Flotte gestellt. Der englische König musste dafür an Genua einen jährlichen Tribut entrichten. Später wurde die Flagge zu der von England und blieb es bis heute.

Zum ausgehenden 19. Jahrhundert zeichnete sich ab, dass:

Seite E 37 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

- Grossbritannien in seiner Form nicht in der Lage sein würde, seine Monopolstellung gegen schnell wachsende Kontinentalmächte noch länger zu halten.
- die multipolare Weltordnung zur Jahrhundertwende des Jahres 1900 gepaart mit dem sprunghaft steigenden Welthandel den Konzepten der Einen-Welt-Herrschaft von Globalisten diametral entgegen stand.

Vor diesem Hintergrund vereinbarten transnationale Kreise des Vereinten Königreichs die USA als Konzeptstaat im Verbund mit Grossbritannien zum Zentrum globaler Steuerung zu machen. Die Vereinbarung wurde informell auf überstaatlicher Ebene getroffen und wird im Volksmund unter dem verschwommenen Begriff «*Special Relationship*» nach außen hin nur kommuniziert.

Eine Generalprobe der neuen Kombination wurde schon zur Jahrhundertwende über den Zweiten Burenkrieg der Briten (1899 – 1902) und die blutige Kolonialisierung der Philippinen durch die USA über den Amerikanisch-Philippinischen Krieg (1899 – 1902) in konzertierter Aktion möglich gemacht. Nach dem Sprung über den Pazifik auf die Philippinen, folgte im Zuge des 1. Weltkriegs (1914 – 1918) auch der über den Atlantik zur Zerschlagung Mitteleuropas: Dazu waren die Vereinigten Staaten gezwungen dem II. Deutschen Reich am 6. April 1917 und Österreich-Ungarn am 7. Dezember 1917 ihren (Welt-)krieg zu erklären. Die Zerschlagung Mitteleuropas war ein notwendiger Schritt beim Aufbau atlantischer Weltherrschaft.

So hatten die Vertreter der Globalisten den Konzeptstaat USA als globales Steuerungszentrum auf den Trümmern des britischen Reiches im Jahr 1917 neu in Stellung gebracht. Der 1. Weltkrieg hatte jedoch der britischer Weltwährung ein Ende und mit dem Jahr 1919 den US-Dollar zum Nachfolger des Pfund Sterlings gemacht.

Phänomene transnationaler Globalherrschaft

Die Entmachtung von Nationalstaaten und deren Verwandlung in Protektorate, Projekt- oder Souveränstaaten bildet eine der Voraussetzungen monopolärer Globalherrschaft, die von leicht erkennbaren Phänomenen begleitet wird:

Die wundersame Staatenvermehrung nach dem Jahr 1918

Um die Jahrhundertwende 1900 gab es 54 souveräne Staaten, worunter sich neun Großmächte befanden. Eine vom Ansatz her grundsätzlich multipolare Weltordnung.

Die Vereinten Nationen wiesen im Jahr 1945 gerade 51 Gründungsmitglieder aus. Doch nur wenig später waren die Vereinten Nationen auf 193 Staaten angewachsen. Sie von Massenmedien und Politvertretern unermüdlich als «souverän» und «gleich» nur dargestellt.

Doch was lassen atlantische Analysten im kleinen Kreis dazu durchklingen?



***... 2/3 aller Staaten können ihre Bevölkerungen
nicht grundversorgen und sind extern abhängig.
... Ohne jene Unterstützung würde solche
Staaten kollabieren oder besetzt werden.***



Foreign Affairs, Nov./Dez. 2020

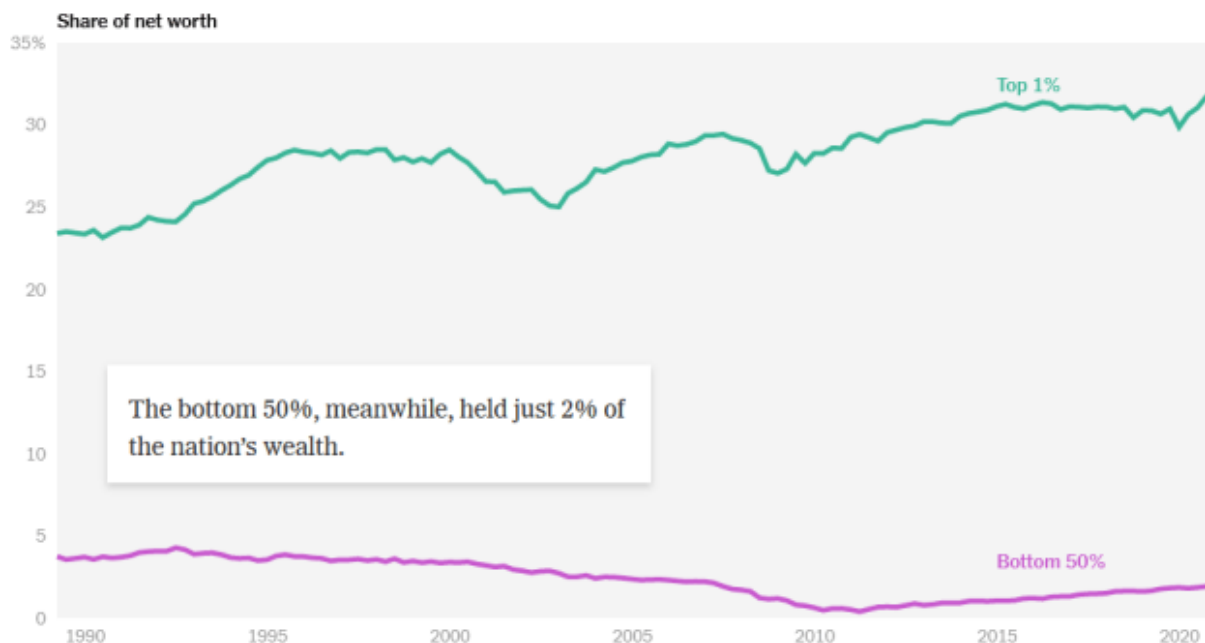
Solche Einsichten atlantischer Politforscher machen klar, dass die wundersame Staatenvermehrung nach dem 1. Weltkrieg vielfach nur Kunststaaten und Protektorate hervorbrachte. So war es keine multipolare Vielfalt, welche die Staatenwelt prägte, als vielmehr monopolare Kräfte, die im Hintergrund wirken.

Ziel der Globalisten ist es im ersten Schritt alle Vielvölkerstaaten aus der Welt zu schaffen: Das waren zum 1. Weltkrieg das Osmanische Reich, die Österreichisch-Ungarische Monarchie und last but not least das wichtigste Land der drei – der Vielvölkerstaat Russland. Russland vereint 180 Ethnien unter seiner Föderation und verfügt über eine Ausdehnung und Ressourcen, die absolute Souveränität und Autarkie zulassen. Doch die Zerschlagung Russlands sollte bis heute nicht gelingen: Nicht im 1. Weltkrieg – nicht im 2. Weltkrieg – nicht in den 90-er Jahren trotz «Reform-Oligarchen» und auch nicht heute, mit NATO samt «vereintem Westen».

Die Zerschlagung der Vielvölkerstaaten verfolgt den Zweck aus den Fragmenten scheinsoveräne Protektorate bzw. Vasallenstaaten zu machen, wie zum Beispiel die Baltenstaaten. In Litauen lebten zurzeit der Staatsgründung im Jahr 1991 noch 3.706 Millionen Menschen – im Jahr 2018 waren es nur noch 2.721 Millionen. Die Restbevölkerungen der Baltenstaaten werden heute von den US-Botschaften aus «betreut». Das erklärt auch, warum z.B. Litauen wegen der Taiwan-Frage die Konfrontation mit China riskiert: Zwergstaaten werden manchmal vorgeschickt.

Die Schere-Arm-Reich vergrößert sich

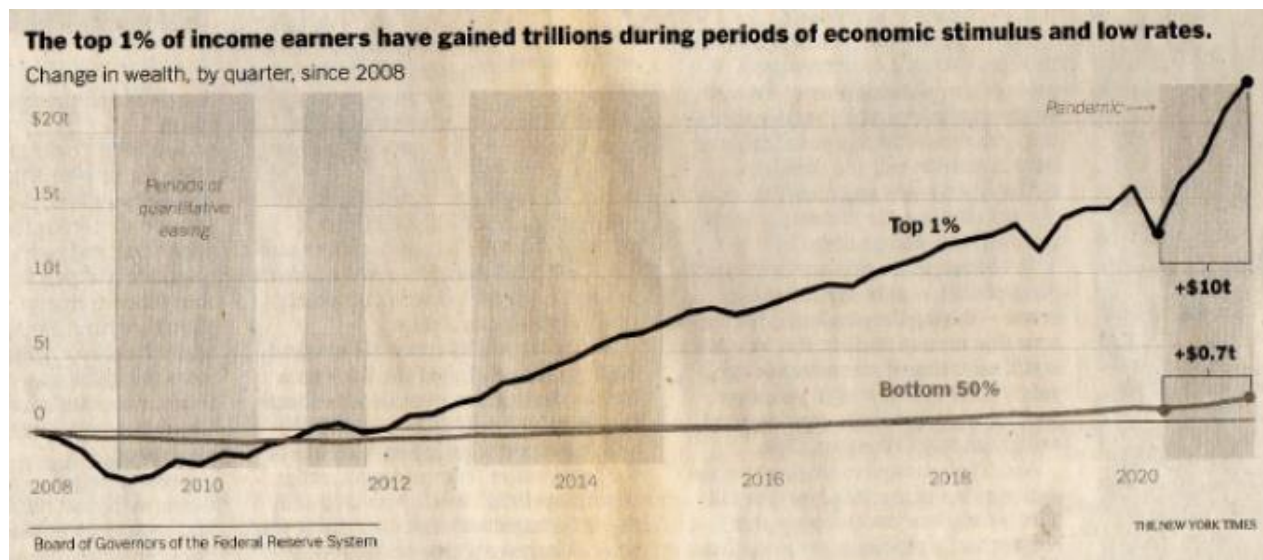
Ein Blick auf die US-Vermögensverteilung von 1990 bis 2020 macht deutlich, dass:



US-Vermögensanteile im Vergleich.- Quelle: NYT – Screenshot

- die reichsten 1% ihren Anteil dank CoV auf 32% hinaufschrauben konnten.
- die unteren 50% jedoch auf einem Vermögensanteil von nur 2% sitzenblieben.

Die Vermögenszuwächse in den USA seit 2008 dank CoV zeigen, dass die:



Vermögenszuwachs in USA: Reichsten 1% – schwarze Linie, untere 50% – in grau | Quelle: NYT Screen Shot

- reichsten 1% ihr Vermögen während CoV um 10 Billionen USD vergrößern konnten
- unteren 50% ihr Vermögen um geringfügige 0.7 Billionen USD nur steigern konnten

Die Statistiken zeigen: Die nationalen Notverordnungen, die sich gegen Mehrheiten richteten, beförderten die drastische Vermögensumverteilung von unten nach oben.

Konflikt zwischen globaler, hegemonialer & nationaler Macht

Die laufende Zeitenwende wird in eine neue Weltordnung münden, die im politischen und militärischen Kampf zwischen den drei folgenden Gruppen entschieden wird:

Die Globalisten

Eine Studie der ETH Zürich hat im Jahr 2009 den Nachweis erbracht, dass im Gegensatz zur verbreiteten Meinung, Globalpolitik wissenschaftlich nachgewiesen werden kann. Sie wird von einer extremen kleinen Gruppe bestimmt und angeführt.

Die Wissenschaftler der ETH aus Zürich fassten, wie folgt zusammen:



Unsere wichtigste Erkenntnis ist, dass einer lokalen Streuung von Kontrolle eine globale Konzentration von Kontrolle und Wert gegenübersteht. Dies bedeutet, dass nur eine kleine Elite von Aktionären einen großen Teil des Aktienmarktes kontrolliert, ohne dass jemals zuvor systematisch darüber berichtet wurde.



**«Backbone of complex networks of corporations»
ETH Zürich 2009 von J. Glattfelder & S. Battiston**

Die Wissenschaftler untersuchten 37 Millionen Unternehmen aus denen sie 43.060 transnationale Konzerne (TCNs) herausfilterten. Ein Kern von 1.318 Unternehmen beherrscht 20% aller Umsätze, doch kontrolliert durch Beteiligungen noch einmal 60% aller weltweiten Erträge: Weniger als 2% aller transnationalen Unternehmen kontrollieren 80% der Umsätze.

Dazu gesellt sich eine Kollusion einiger Dutzend Finanzkonzerne im Stil einer geschlossenen Gesellschaft. Aus dem Report der ETH geht hervor, dass im Gegensatz zur extremen Unternehmens-Kollusion auf globaler Ebene, für die lokalen Unternehmen auf der europäischen Ebene das genaue Gegenteil nur zutrifft.

Diese Entwicklung stellt nicht nur den wirtschaftlichen Wettbewerb in Frage, sondern auch die Souveränität von Nationalstaaten. Denn, anders als Unternehmer nationaler mittelständischer Unternehmen, welche darauf konditioniert wurden, sich nicht ausreichend umfassend ins politische Geschehen einzubringen, sehen Globalisten, neben der Kontrolle ihrer Finanz- & Wirtschaftsmonopole, kein Problem sich auch politisch auszuleben und dem politischen Establishment auf der Staatenebene ihren politischen Willen deutlich zu machen und falls nötig mit Gewalt aufzudrücken.

So zeigten zum Beispiel, die mannigfaltigen «Experten der Wissenschaft» während der CoV-Pandemie, wie man nationale Regierungen handlungsunfähig hält und im Handumdrehen zu Befehlsempfängern transnationaler Interessensgruppen macht.

US-Landeseliten und Hegemonialkräfte

Wie erwähnt, wurden US-Landeseliten im ausgehenden 19. Jahrhundert im Rahmen des «Projekts USA» für ihre künftige Rolle als Weltpolizisten ausgewählt. Der Plan wurde realisiert und bescherte den Vollstreckern unschätzbare Vorteile, wie z.B. die Welt notorisch ausplündern zu dürfen, was sich an den chronischen Defiziten der US-Leistungsbilanz über die Jahrzehnte exakt ablesen lässt.

Das amerikanische Establishment hatte sich schnell an ihren neuen Lebensstil gewöhnt. Ein großes Problem trat erst auf, nachdem die Globalisten zum Ende des vorigen Jahrhunderts entschieden, das atlantische Steuerungszentrum nach Fernost zu verlegen. Es bedeutet, dass viele der bisherigen lokalen Erfüllungsgehilfen im Westen künftig nicht mehr benötigt würden.

Die US-Landeseliten scheinen nicht bereit ihre privilegierte Position als Weltpolizisten und moderne Feudalherren widerstandlos abzugeben. Sie ziehen es vor, mit einer aggressiven Kriegspolitik – man könnte es auch 3. Weltkrieg nennen – an ihrer hegemonialen Position festzukleben.

Der Sekretär des Sicherheitsrates Russlands, Nikolai Patruschew drückte es so aus:





Ich kann die Nationen identifizieren, die [an einer Fortsetzung der Feindseligkeiten] am meisten interessiert sind - das sind die USA und England.

*Russland ist nicht das ultimative Ziel [des Westens].
Ihr ultimatives Ziel ist China.
Sie [beabsichtigen], die Welt zu dominieren, aber
das ist inakzeptabel und wird nicht passieren."*



Nikolai Patruschew zu den Medien am 8.6.2023

Die erste Phase atlantischer Falken im Krieg gegen Russland sah vor, durch einen Putsch in Russland und einem «Sieg» des ukrainischen Militärs parallel (!), Russland zerschlagen und im Anschluss den Hauptschlag gegen China führen zu können. Die Optionen der US-Kriegspartei schließen dabei auch einen begrenzten Nuklearschlag sowohl gegen Russland wie auch gegen China in diesem Zusammenhang nicht aus.

Globalisten sind jedoch nicht bereit ein solches Risiko einzugehen und entschieden – unabhängig von ihren eigenen Plänen – gegen besagte Hoch-Risikopolitik der US-Falken kurzfristig vorzugehen.

Der 85% Rest der Welt als Vertreter einer multipolaren Weltordnung

Dazu zählen die Großmächte Russland, China und Indien mit allen anderen Staaten, die nicht zum Westen zählen – insgesamt 6.6 Milliarden Erdbewohner.

Ein Teil dieser Staaten war einst Opfer kolonialer Geschichte. Das hat sie im neuen Jahrtausend dazu bewegt, sich im geeigneten Moment vom sogenannten «Westen» zu emanzipieren und eine neue gerechtere Weltordnung zu schaffen.

Im Filz der Drehtüren atlantischer Schattenwirtschaft

Hegemoniale Konzepte werden auf der transnationalen Ebene entwickelt, doch müssen zur Umsetzung an Nicht-Staatliche-Organisationen nach unten gereicht werden. Die Realisierung soll nach außen unauffällig erfolgen, um Bevölkerungen möglichst lautlos manipulieren zu lassen. Es genügt dabei, nur jene Bereiche der Steuerung zu besetzen, die zur Realisierung entsprechender Konzepte erforderlich sind, wie vor allem:

- Bildungseinrichtungen, Kartellmedien inkl. Kulturbereich
- Wirtschaftspolitik und Legislative
- Außen- und Währungspolitik

Seit dem 19. Jahrhundert bedienen sich transnationale Eliten dazu sogenannter «Think Tanks», die eine Weiterentwicklung atlantischer Kolonial- & Monopolpolitik auf der

operativen Seite vorantreiben: Wie z.B. anfänglich mit Hilfe der Fabian Society (1884) oder nach dem 1. Weltkrieg über Chatham House (1920). Dem neu erfundenen «Weltpolizisten USA» wurden das Council on Foreign Relations (1921) und auch noch andere artverwandte Konstrukte in Folge zur Seite gestellt.



Die Fabian Society im Wandel der Zeiten: Vom Wolf im Schafspelz zum Logo neu
Quelle: Fabian Society, Public domain, via Wikimedia Commons



Entscheidend ist das Gesamtsystem, nicht nur eine einzige Komponente.- Quelle: CC/PFR

Quadratur des Kreises oder die der globalen Dominanz

Das Ende des Kalten Krieges im Jahr 1990, welches die Phase «offener Grenzen» ähnlich den Zeiten vor 1914 auslöste, ließ Neugründungen von Think Tanks in die Höhe schnellen: Man schätzt, dass es heute über 8.000 solcher Konstrukte weltweit gibt, die von sich behaupten, für staatliche wie auch überstaatliche Auftraggeber entsprechende Themenstellungen zu analysieren oder an der Umsetzung bestehender Konzepte mitwirken dürfen.

Rund 50% aller Think Tanks befinden sich in den USA und Europa und werden von Landeseliten wie auch Globalisten instrumentalisiert. Rund 2.000 davon sind in den USA domiziliert: Sie betreiben in Europa und Asien Zweigniederlassungen, die in den Diensten ihrer Protektoratsverwaltung stehen. Von Außenstehenden werden Think Tanks oft als seltsame oder sogar karikative Art von Vereinen nur wahrgenommen.

Think Tanks werden von überstaatlichen Akteuren projektbezogen eingesetzt, um globale Konzepte umzusetzen und die dazu benötigten Narrative in Umlauf bringen zu lassen. Dazu zählt auch die Außenpolitik der Protektorate vorzugeben bzw. mit jener des Hegemonen zu synchronisieren.

Think Tanks sind im Prinzip «Schattenbetriebe» außerstaatlicher Macht. Zumal die maßgebenden Klans hinter der Steuerungsebene eine Vielzahl von Think Tanks unterhalten (lassen), ist eine Kollusion in Bezug auf konzertierte und verdeckte Aktionen bereits organisatorisch vorgegeben.

Beispielsweise wurde das «*Peterson Institute for International Economics*» erst auf Empfehlung der Präsidenten von GMF und CFR gegründet: So einfach geht das!

Führende Mitarbeiter von Think Tanks arbeiten manchmal auf verschiedenen Plattformen zur gleichen Zeit. In den USA ist es die Sitte, dass Politiker, die nach dem Wechsel der Administration arbeitslos geworden sind, nach dem sogenannten «Drehtür-Prinzip» (*revolving-door-principle*) von Think Tanks temporär aufgefangen werden: Bis zur nächsten Wiederverwendung. So steuert man im Land der unbegrenzten Möglichkeiten Politiker und politische Schachfiguren.

Es gibt auch sogenannte «Phantom-Think Tanks», die gegenüber der Öffentlichkeit einen verfälschten Eindruck vermitteln und ihre wahren Missionen hinter einer Fassade verstecken. Ein irreführender Name kann z.B. in der Außenwahrnehmung Dritter falsche, doch intern durchaus erwünschte Assoziationen, wecken.

Als Fallstudie dazu lässt sich der **German Marshall Fund** ins Treffen führen:



IDEAS LEADERSHIP HOPE

Quelle: German Marshall Fund US – www.gmfus.org

- Anders als das «German» im Namen vermuten lässt, wurde jene Organisation nicht in Deutschland gegründet, sondern unterhält ihr Hauptquartier in Washington DC mit nur Zweigniederlassungen in Berlin, Brüssel, Ankara, Belgrad, Bukarest, Paris und Warschau.
Zu den Zielen der Stiftung zählt, die «Beziehungen» zwischen EU-Staaten und den Vereinigten Staaten zu «vertiefen». Geeignete Nachwuchspflege angehender Politiker wird betrieben, wie schon für Annalena Baerbock oder Cem Özdemir. GFM verfügte im Jahr 2021 über ein Vermögen von Mio. USD 211 und erzielte Erträge von Mio. USD 67.
Die Europäische Kommission, das Deutsche Auswärtige Amt, das Außenministerium Norwegens, die US Agentur für Internationale Entwicklung und das Außenministerium Schwedens spendeten im Jahr 2022 ans GMF jeweils mehr als eine Million US-Dollar.
- Anders als das «German» im Namen vermuten lässt, hat der «Fond» mit dem «Marshall Fund» nichts zu tun, sondern wurde mit einem Geschenk des deutschen Steuerzahlers ganze 25 Jahre nach dem echten Marshall Plan im Jahr 1972 erst aus der Taufe gehoben: Mit Mio. DEM 150, die über ein eigenes Gesetz vom Bundestag der damaligen vier Parteien verabschiedet wurden.
- Offensichtlich war dieser Betrag den Empfängern zu wenig, sodass Helmut Kohl im Jahr 1986 die Schenkung des deutschen Steuerzahlers um weitere 100 Millionen DM aufstockte: Dieses Finanzierungsverfahren erinnert an Tributzahlungen, doch in einem sehr modernen Gewand.
- GMF erklärt auf seiner Webseite in Zusammenarbeit mit News Guard vermeintliche Falschinformationen als «*Falschinhalt-Produzenten*» und «*Manipulatoren*» zu klassifizieren und auch öffentlich anzuprangern.

GMF glaubt zu wissen, dass es zu den letzten US-Präsidenten Wahlen wie auch zur Verbreitung von CoV «*falsche und manipulative Inhalte*» gegeben hätte und fühlt sich berufen, freie Meinungsäußerungen, die nicht passen, zu qualifizieren.

Auf diese Weise werden über den GMF alternative Medien verunglimpft und das Narrativ einer Zensur über die Hintertür schleichend publikumswirksam gemacht.

GMF auf den Spuren der Trilateralen Kommission

Ähnlich der Trilateralen Kommission, die im Juli 1973 auf Anregung von Zbigniew Brzeziński und David Rockefeller gegründet wurde, um eine vereinte Front gegen die UdSSR zu organisieren, scheint die aktuelle Agenda des GMF voll und ganz darauf ausgerichtet, eine «transatlantische Front» gegen China aufzuziehen. Die Vorbereitungen dazu scheinen weit gediehen, wie zwei Anhörungen vor dem US-Senatsausschuss von zwei Senior-Transatlantik-Fellows [Gelehrtenmitgliedern] des «*German Marshall Funds der US*» deutlich machen:

**Ausschuss für auswärtige Beziehungen des Senats
Unterausschuss für Europa und regionale Sicherheitskooperation**

**Anhörung vom 7. Juni 2023 – Schriftliche Aussage
„Angleichung der transatlantischen Ansätze zu China“**

**Andrew Small, Senior Transatlantic Fellow,
German Marshall Fund of the US**

Auszüge der Anhörung:

In den letzten Jahren haben Europa und die Vereinigten Staaten ihre Politik gegenüber der Volksrepublik China (VR China) so stark überarbeitet, wie noch nie zuvor seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Während die Vereinigten Staaten in diesem Prozess weiter und schneller als Europa fortgeschritten sind, haben sich die wirtschaftlichen, politischen und strategischen Bedenken beider Seiten gegenüber der VR China und die Analyse, wie am besten darauf zu reagieren wäre, stark angenähert.

Dies spiegelt sich auch in der Qualität des transatlantischen Austauschs zu China wider. War es früher sogar umstritten, ob Europa und die Vereinigten Staaten entsprechende Bedenken zu China offen ansprechen sollten, so sind die gemeinsamen Bemühungen darüber heute in alle Dimensionen der transatlantischen Beziehungen eingebettet, von Gipfeltreffen bis zur Koordinierung auf Arbeitsebene, von der NATO bis zum EU-US-Handels- und Technologierat (TTC). Die Dringlichkeitslücke, die zwischen den beiden Seiten bestand, beginnt sich zu schließen.

[...]

Zum ersten Mal seit 2019, sind sich europäischen Hauptstädte bezüglich einer Reihe von Politik-Grundsätzen nähergekommen, nachdem schon der Rahmen der EU China als „*Partner, Konkurrenten und Systemrivalen*“ zu behandeln, festgelegt worden war. Die Rede der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen vom März 2023 über den Umgang Europas mit einem China, das „*zu Hause repressiver und nach außen hin selbstbewusster*“ sei, war ein Hinweis auf die Richtung der Entwicklung. Die EU-Mitgliedstaaten haben der Kommission erneut Raum gegeben, mutiger und deutlicher aufzutreten, als einige von ihnen selbst bereit gewesen wären.

[...]

Chinas Rückschlag

[...]

Gleichzeitig hat Peking beschlossen, ein gewisses Maß an Kollateralschaden für sein Ansehen in Europa in Kauf zu nehmen, um seine Beziehungen zu Moskau in Zeiten des Krieges zu vertiefen und zu verbessern. In einer früheren Phase der chinesischen Außenpolitik hätte Xi in den entscheidenden Wochen vor der russischen Invasion weder der gemeinsamen Erklärung mit Putin zugestimmt noch ein Jahr später zu einem solch umstrittenen Zeitpunkt einen umfassenden Staatsbesuch in Moskau unternommen. Aber in dem umfassenderen Kampf, den die VR China nach eigenem Verständnis mit den Vereinigten Staaten führt, sieht Xi in der Partnerschaft mit Russland – selbst mit einem geschwächten Russland – größere strategische Vorteile als in jeder anderen Beziehung.

[...]

Taiwan

Während die chinesisch-russischen Beziehungen und die Frage der Risikominderung an der Spitze der europäischen China-Debatten stehen, nimmt die Taiwan-Frage eine heikle und komplizierte Rolle ein. Das Bewusstsein für die Risiken und den Einsatz, der für Europa auf dem Spiel steht, ist jetzt klarer, denn allein der wirtschaftliche Schock, den ein Konflikt zwischen Taiwan und China auslösen würde, übertrifft den einer russischen Invasion bei weitem. Das Ausmaß der gegen Moskau verhängten Sanktionen hat Europa auch zu einem Akteur bei den Abschreckungsbemühungen im Zusammenhang mit Taiwan gemacht, was

vor achtzehn Monaten noch nicht der Fall war. China ist sich sehr wohl bewusst, dass die Sanktionskoalition auch für den Fall eines Taiwan-Konflikts genutzt werden könnte, und sah, dass Europa gegenüber Russland viel weiter ging, als es erwartet hatte, so dass chinesische Beamte sich beispielsweise über die Auswirkungen des Einfrierens von Zentralbankguthaben Gedanken machen mussten.

Doch während die Europäer nun bereit sind, China bezüglich der Notwendigkeit von Stabilität zu warnen, wird deutlich, dass Europa auch ein Interesse an der Sicherheit beiderseits der Taiwanstraße hat, um kreative Wege zu finden und die Beziehungen zu Taiwan im Einklang mit der Ein-China-Politik auszubauen. Man ist mit einer detaillierten transatlantischen Notfallplanung für etwaige Sanktionsmaßnahmen immer noch vorsichtig. Dies geschieht nicht nur aus neuralgischer Angst, Peking zu verärgern: Die europäischen Entscheidungsträger befürchten auch, dass präventiv vereinbarte Maßnahmen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner eher abschreckend wirken könnten. Im Moment muss die Volksrepublik China berücksichtigen, dass Europa nachweislich in der Lage ist, mit Sanktionen positiv zu überraschen. Und Peking ist sich sehr wohl bewusst, dass die Europäer zwar vorsichtig sein mögen, wenn es darum geht, im Voraus Signale auszusenden, und vielleicht nicht bereit sind, allein wegen Taiwan entschlossen zu handeln, dass aber die Position der USA an vorderster Front in jedem Konfliktszenario dafür sorgen wird, dass Europa sich verpflichtet fühlt, dies trotzdem zu tun.

[...]

Transatlantische Aktionsagenda – Fortschritte und Perspektiven

Wie der jüngste G7-Gipfel in Hiroshima gezeigt hat, sind die Vereinigten Staaten und Europa sowie ihr breiteres Netz von Partnern und Verbündeten im indopazifischen Raum in der Sache enger zusammengerückt. Während die europäischen Staats- und Regierungschefs bei früheren Gipfeltreffen in Bezug auf China noch eine differenzierte Sprache pflegten, die ihre Besorgnis über „Blockpolitik“ und „Konfrontation“ widerspiegelte, sah es bei diesem Gipfeltreffen eher nach einem echten Konsens als nach einem Konsens nur auf dem Papier aus. Die Themen, die auf dem Spiel stehen, sind von großer Bedeutung für die künftige internationale Sicherheitsordnung und wichtige wirtschaftliche Interessen im eigenen Land und werden Gegenstand heftiger innereuropäischer und transatlantischer Debatten sein. Dies als „Spaltung“ darzustellen, verdeckt jedoch die Tatsache, dass dennoch weiterhin Vereinbarungen über wichtige Politikbereiche getroffen werden. Es ist kein analytischer Fehler, den Peking zu begehen pflegt.

Die Bereiche, in denen die Zusammenarbeit am schnellsten vorankommt, liegen bisher auf der defensiven Seite. Die Fortschritte Europas bei der Vereinbarung einer wirtschaftlichen Sicherheitsstrategie bieten die Aussicht, dass es in Fragen von Exportkontrollen bis hin zum Screening von Auslandsinvestitionen aus dem reaktiven Modus herauskommen wird. Doch auch wenn die Vereinigten Staaten weiterhin das Tempo vorgeben, gibt es inzwischen eine Reihe von Bereichen, in denen beide Seiten übereinstimmen und in denen sie ihre Ansätze in den kommenden Jahren aufeinander abstimmen dürften. Trotzdem wird es für die USA wichtig bleiben, in Sicherheitsbereichen wachsam zu sein, in denen sich bereits Lücken und Mängel abzeichnen, wie z. B. der Rückstand einiger europäischer Länder bei der Einführung sicherer 5G-Netze und die weitreichenden Möglichkeiten für chinesische Akteure in anderen Bereichen der digitalen Infrastruktur Europas.

[...]

Schlussfolgerung

Die Vereinigten Staaten und Europa haben in Bezug auf China ein weitaus höheres Maß an Koordinierung erreicht, als es noch vor einigen Jahren plausibel erschien. Man hätte erwarten können, dass der Einmarsch Russlands in der Ukraine den politischen Fokus beider Seiten konsumiert hätte; stattdessen hat er zu einem noch stärkeren Bewusstsein dafür geführt, wie eng der atlantische und der indo-pazifische Raum inzwischen miteinander verbunden sind. Die Koalition, die die Vereinigten Staaten aufbauen müssen, um die gemeinsamen Herausforderungen durch China zu bewältigen, erstreckt sich über mehrere Bereiche und Gegenden. Europa wird auch in den kommenden Jahren ein wichtiger Teil davon sein.

Sachverständigenaussage für den Senatsunterausschuss für auswärtige Beziehungen Unterausschuss für Europa und regionale Sicherheitskooperation

Anhörung vom 7. Juni 2023

„Angleichung der transatlantischen Ansätze gegenüber China“

**Noah Barkin, Senior-Berater, China-Praxis, Rhodium-Gruppe
Visiting Senior Fellow, Indo-Pacific Program
German Marshall Fund of the United States**

Vorsitzende Shaheen, ranghohes Mitglied Ricketts, verehrte Mitglieder des Ausschusses. Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, heute mit Ihnen über die transatlantische Zusammenarbeit in Bezug auf China zu sprechen.

Europas Beziehungen zu China haben sich seit mehr als einem halben Jahrzehnt verschlechtert und spiegeln die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Washington und Peking wider.

In den vergangenen Jahren konzentrierten sich die europäischen Bedenken auf Fragen der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und des Marktzugangs. Inzwischen haben sich diese Sorgen jedoch auf die Bereiche Menschenrechte, wirtschaftliche Zwänge, strategische Abhängigkeiten, Desinformation und Sicherheit ausgeweitet.

Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 trat Europa in eine neue Phase seiner Beziehungen zu China ein. Die „*grenzenlose*“ Partnerschaft, die Xi Jinping und Wladimir Putin in den Wochen vor Kriegsbeginn besiegelten, und Chinas anschließende Weigerung, Russlands Aggression zu verurteilen, zementieren die Sichtweise auf China als Konkurrenten und Systemrivalen. Nicht zuletzt hat der Krieg auch das Bewusstsein für die Risiken eines Konflikts um Taiwan verschärft, und zwar sowohl bei den europäischen Regierungen als auch in den Vorstandsetagen von Unternehmen.

Heute wird in den wichtigsten europäischen Hauptstädten eine intensive Debatte über die Verringerung der wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China geführt. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hielt am 30. März eine wichtige Rede, in der sie für ein „De-Risking“ [Risikominimierung] der europäischen Beziehungen zu China plädierte. In den kommenden Monaten wird Europa damit beginnen, zu definieren, was „De-Risking“ in der Praxis bedeutet.

Die Verhärtung der europäischen Linie kann die Unterschiede zwischen den 27 EU-Mitgliedstaaten und in einigen Fällen auch innerhalb der einzelnen europäischen Regierungen verschleiern. Am angriffslustigsten Ende des Spektrums steht eine Gruppe osteuropäischer Länder unter der Führung Litauens, die eine wertebasierte Außenpolitik verfolgen. Am anderen Ende des Spektrums steht ein Land wie Ungarn. Die größten EU-Staaten, darunter Deutschland und Frankreich, liegen irgendwo dazwischen.

Wie wir auf der jüngsten Chinareise von Präsident Emmanuel Macron gesehen haben, zeichnet sich Frankreich durch seine Unterstützung der europäischen strategischen Autonomie aus – ein Code für ein unabhängiges Europa, das nicht übermäßig von China oder den Vereinigten Staaten abhängig wäre. Deutschland zeichnet sich dadurch aus, dass es von allen europäischen Ländern die bei weitem engsten wirtschaftlichen Beziehungen zu China unterhält. Nach neuen Zahlen der Rhodium Group entfielen im vergangenen Jahr 84 Prozent der gesamten ausländischen Direktinvestitionen der EU in China auf deutsche Unternehmen.

Deutschland ist auch das Land in Europa, in dem die Debatte über die Beziehungen zu China am intensivsten geführt wird. Die Koalition von Bundeskanzler Olaf Scholz ist sich uneins darüber, wie weit und wie schnell die Beziehungen zu China neu justiert werden sollen. Dennoch kann man mit Fug und Recht behaupten, dass das wirtschaftliche „Win-Win“-Narrativ [beidseitiger Gewinn], das die engen Beziehungen zwischen Berlin und Peking in den letzten Jahrzehnten beflügelt hat, durch die Bedingungen vor Ort in China und die Konkurrenz chinesischer Unternehmen zu deutschen Kernindustrien zunehmend untergraben wird.

Abschließend möchte ich noch ein paar Bemerkungen zur transatlantischen Zusammenarbeit in Bezug auf China machen.

Erstens glaube ich, dass die USA und Europa in den letzten zwei Jahren sich in der Sprache, mit der die von China ausgehenden Herausforderungen definiert werden, stark angenähert haben. In den letzten Monaten haben hochrangige Beamte auf beiden Seiten des Atlantiks den Begriff „De-Risking“ übernommen. Und wir haben erlebt, dass sich Beamte von der Idee einer vollständigen wirtschaftlichen Abkopplung von China distanzieren haben.

Zweitens ist diese Annäherung mehr als nur rhetorisch. Es besteht ein wachsender transatlantischer Konsens über die Notwendigkeit, die Abhängigkeit von China zu verringern, auf andere Märkte zu diversifizieren und die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten zu verbessern.

Drittens haben die USA und die EU in den letzten Jahren eine Reihe von strukturierten Dialogen über Herausforderungen im Zusammenhang mit China ins Leben gerufen. Der Handels- und Technologierat USA-EU hielt letzte Woche in Schweden seine vierte Ministertagung ab. China spielt auch in den Diskussionen innerhalb der NATO und der G7 eine immer größere Rolle.

Viertens hat, wie ich bereits erwähnt habe, der Krieg in der Ukraine die USA und Europa enger zusammenrücken lassen und die Risiken eines Konflikts in der Straße von Taiwan in den Mittelpunkt des europäischen Denkens gerückt.

Dennoch ist es falsch, eine perfekte Abstimmung zwischen den USA und Europa in Bezug auf China zu erwarten. Die USA sind eine etablierte Supermacht. Sie spielen eine entscheidende Rolle für die Sicherheit im indopazifischen Raum. Und sie sind nicht eine

Ansammlung von Ländern mit unterschiedlichen Interessen wie die EU. Folglich sehen sie China durch ein anderes Prisma als Europa. Und das spiegelt sich auch in ihrer Reaktion wider.

In den europäischen Hauptstädten hat man keine Lust, China einzudämmen oder zu isolieren, und in einigen Hauptstädten ist man besorgt über den als zu konfrontativ empfundenen Ansatz einiger Politiker in Washington, insbesondere in der Taiwan-Frage.

In Europa besteht ein Konsens darüber, dass man trotz der zunehmenden Spannungen – aber auch wegen dieser Spannungen – weiterhin einen robusten Dialog mit Peking führen muss. Infolgedessen haben wir eine Reihe von Besuchen europäischer Staats- und Regierungschefs erlebt, seit China Ende letzten Jahres seine strikte Null-COVID-Politik beendet hat.

Zwar gibt es in Europa erste Bestrebungen, die Abhängigkeit von China zu verringern, aber die Bereitschaft, im Namen der nationalen Sicherheit einen wirtschaftlichen Preis zu zahlen, ist nicht so ausgeprägt wie in den USA oder in einem Land wie Japan. Die Bedrohungswahrnehmung entwickelt sich in Europa, allerdings eher allmählich. Wie wir in der Ukraine gesehen haben, ist Europa jedoch in Krisenzeiten zu großen politischen Veränderungen in der Lage.

Ich bin davon überzeugt, dass der Aufbau transatlantischer Konvergenz in Bezug auf China und die Begrenzung der Risiken einer Divergenz von einem robusten Engagement der USA und der EU in den Bereichen Handel, Technologie und Sicherheit abhängt, die im Mittelpunkt der Herausforderungen stehen, die Pekings Politik mit sich bringt.

Die gemeinsame Front gegen China

Die Aussagen der beiden GMF-Think-Tank-Mitglieder bestätigen die politischen Ziele: Es geht den Lobbyisten der US-Seite darum, zusammen mit Europa eine Front gegen China aufzubauen und EU-Staaten in die Konflikte des US-Hegemonen hineinziehen.

Bonnie S. Glaser hält im GMF die wichtige Position des Geschäftsführers, *GMF Indo-Pacific*. Sie ist zusätzlich Board-Mitglied im U.S. Komitee beim Council for Security Cooperation für Asien-Pazifik und Mitglied im Council of Foreign Relations sowie beim International Institute for Strategic Studies. Sie ist darüber Non-Resident Fellow beim Lowy Institute, Sydney, Australien und Senior Associate im Pacific Forum. Last but not least ist Bonnie S. Glaser als Senior Advisor für die Taiwan-Asia Exchange Foundation tätig.

Zuvor war sie als Ost-Asien Consultant für das US-Verteidigungs- & Außenministerium tätig, sowie Senior Berater für Asien und Direktor des «China Power Projects» beim Center for Strategic and International Studies (CSIS) und Senior Associate des CSIS International Security Programms.

Als Direktor des «China Power Projects» trat Glaser im Jahr 2019 vor dem «Senate Small Business and Entrepreneurship Committee» [Mittelstands- & Unternehmertum Komitee des US-Senats], zum Thema «Made in China 2025 and the Future of American Industry» [Made in China 2025 und die Zukunft der amerikanischen Industrie] auf, um ihre Einschätzung der Lage aus Sicht amerikanischer Interessen abzugeben.

Bonnie S. Glaser erklärte an anderer Stelle, dass der GMF überparteilich wäre, doch verfolgt eine Agenda, die sich mit den Wünschen Ihrer Kollegen, welche am 7. Juni 2023 vor den US-Senatsschüssen auftraten, stark decken: Es geht darum eine möglichst breite Koalition mit Ländern zu schmieden, um diese auf die atlantische Seite zu ziehen und die US-Hegemonie fortzuschreiben. GMF scheint vielmehr ein transkontinentaler Schattenbetrieb zur Koordinierung solcher Aktivitäten zu sein.

Die Situation erinnert an jene, rund 20 Jahre vor dem 1. Weltkrieg, als das Vereinigte Königreich (UK) und transnationale Vordenker Ausschau nach Allianzen hielten, um ihren hegemonialen Kurs immerwährend fortsetzen. Dieses Mal sollen EU-Europa und asiatische Staaten die hegemonialen Interessen der Vereinigten Staaten gegenüber China ganz übertragen, doch ihre eigenen Interessen zu Gunsten atlantischer Absichten völlig vergessen.

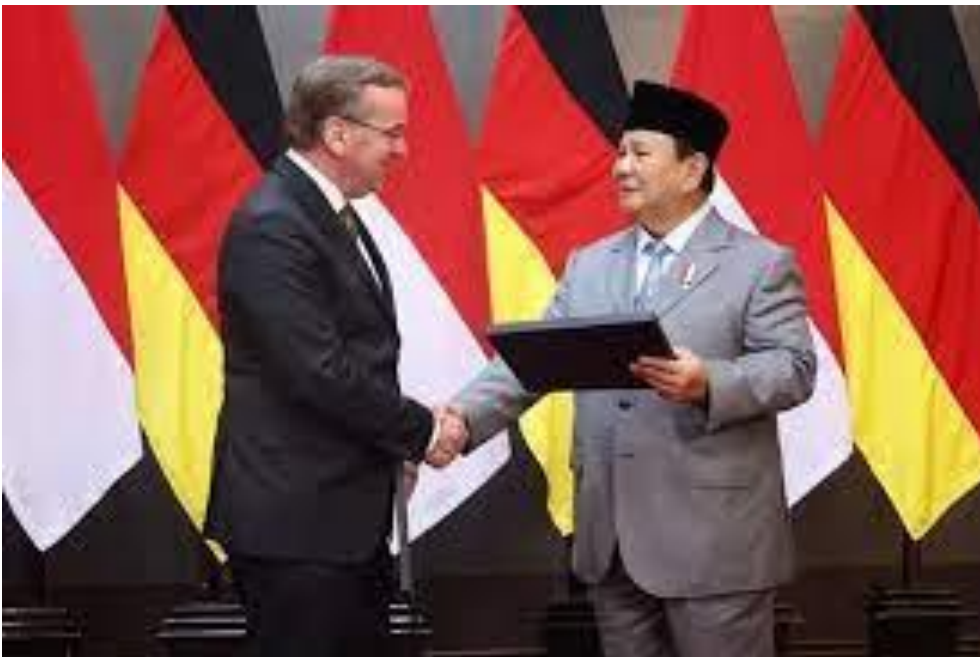
Eine Studie der Rhodium Gruppe ergab, dass eine mögliche chinesische Wirtschaftsblockade von Taiwan Wirtschaftsaktivitäten im Wert von 2 Billionen USD gefährden könnten. Europa stellt im Moment gerade schmerzhaft fest, was es bedeutet sich von Anglo-Amerika in einen Krieg, wie zurzeit in der Ukraine, hineinziehen zu lassen. Das sollte nicht nur den EU-Staaten, sondern auch den Staaten in Asien eine eindrückliche und deutliche Warnung vor weiteren atlantischen Abenteuern sein!

Ein Beitrag von UNSER-MITTELEUROPA Global Research

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Gefährliches Kräfteremessen im Indopazifik – Deutschland ist mit von der „Partie“

12. 06. 2023



Bundesverteidigungsminister Pistorius in Jakarta.- Bild: Harian Haluan

Eine militärische Konfrontation der USA mit der aufstrebenden Weltmacht China scheint im Indopazifik unausweichlich und wird seitens der USA seit Monaten eskaliert.

Seite E 52 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Deutschland will nun offenbar an der Seite der USA am Wettrüsten gegen China teilnehmen.

Deutsche Rüstungsunternehmen mit Profitmaximierung vorne dabei

Der deutsche Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius sprach sich in einem Interview für den staatlichen deutschen Auslandssender *Deutsche Welle* am 6. Juni für die Ausweitung von Waffenlieferungen an das südasiatische Land Indonesien aus.

Neben der Unterstützung der US-Strategie im Indopazifik will er offenbar gleich auch noch profitable deutsche Waffenexporte fördern.

Wie Boris Pistorius bereits am 5. Juni während eines Besuchs in Jakarta mitteilte, ging es im Gespräch mit dem indonesischen Verteidigungsminister Prabowo Subianto, dem berüchtigten General und Schwiegersohn von Suharto, auch um dieses Thema.

„Wir haben sogar über die Möglichkeit gesprochen, vielleicht einen Deal mit U-Booten zu machen“, sagte Pistorius nach diesem Zusammentreffen vor Journalisten.

Der indonesische Verteidigungsminister habe sein Einverständnis gegeben, dass die Fregatte der Bundesmarine, die im nächsten Jahr abermals in den Indopazifik fahren soll, auch einen Hafen in Indonesien anlaufen werde, erklärte Pistorius.

Deutscher U-Boot Deal in Zeiten extremer Eskalation

Einen möglichen U-Boot-Deal will Pistorius auch bei seinem Besuch in Indien von 5. bis 8. Juni thematisieren, wohin ihn „sicherheitshalber“ auch bereits Vertreter deutscher Rüstungsfirmen begleiten.

Der deutsche Bundesverteidigungsminister reiste am 5. Juni aus Indonesien kommend nach Indien.

„Es ist nicht im Interesse Deutschlands, dass Indien langfristig von Waffenlieferungen aus Russland abhängig bleibt“, meinte Pistorius in einem Interview für die *Deutsche Welle* bereits in der indonesischen Hauptstadt Jakarta.

Aber eine solche Entscheidung liege nicht allein bei Deutschland, fügte er hinzu. „Das ist ein Problem, das wir gemeinsam mit unseren Partnern lösen müssen. Aber natürlich können wir langfristig kein Interesse daran haben, dass Indien so abhängig von Russland ist bei der Lieferung von Waffen und anderen Materialien“. In den vergangenen Jahren bezog Indien etwa 45 Prozent der Waffenimporte aus Russland.

Selbstredend hat da Pistorius offenbar in vorseilendem Gehorsam gegenüber dem „transatlantischen Partner“, einmal den Weg bereitet, das ok muss er sich dann freilich erst einholen.

Indien hat allerdings auch andere Möglichkeiten für den Erwerb von U-Booten. Berichten zufolge wolle Indien sechs konventionell betriebene U-Boote aus Deutschland kaufen. Für dieses geplante 5,8 Milliarden US-Dollar schwere Rüstungsgeschäft ist der deutsche Hersteller ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) einer von zwei Anbietern, die noch im Rennen sein sollen, der zweite Bewerber ist ein südkoreanisches Unternehmen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Umfrage: 80 % der Chinesen machen die USA für den Ukraine-Konflikt verantwortlich

01. 06. 2023



Laut einer neuen Studie glauben etwa 80 % der chinesischen Bevölkerung, dass die USA und westliche Länder letztendlich für den Konflikt in der Ukraine verantwortlich seien. Weniger als 10 % machen Russland für den Beginn der Offensive verantwortlich.

Die am Mittwoch vom Center for International Security and Strategy an der Tsinghua-Universität veröffentlichte Umfrage ergab, dass ...

- 80,1 % der Befragten die „USA und westliche Länder“ für den Konflikt verantwortlich machen, während ...
- 11,7 % die Ukraine dafür verantwortlich machen und ...
- 8,2 % Russland dafür verantwortlich machen. Etwa ...
- 34,1 % identifizierten die „Auswirkungen des Krieges auf das zivile Leben“ als wichtigstes Problem im Zusammenhang mit dem Konflikt, während ...
- 20,9 % die Sicherheit des chinesischen Volkes und seine wirtschaftlichen Interessen in der Ukraine nannten und ...
- 15,6 % auf die „Auswirkungen auf das Zivilleben“ verwiesen globale Energieversorgung.“

Die Umfrage ergab, dass eine Mehrheit der Chinesen Washington misstraut, wobei 59,1 % eine „sehr negative“ oder „eher negative“ Meinung über die USA vertreten. Nur 7,8 % vertreten die gleiche Meinung zu Russland, wobei 58,4 % ihren Nachbarn „eher“ oder „sehr“ positiv bewerten.

Quelle: [DHN](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Dr. Norbert van Handel – Europa, der wirkliche Idiot

30. 05. 2023



Die glaublich stärksten Wirtschaftsnationen der Welt haben sich zum G7-Gipfel in Hiroshima versammelt. Hiroshima, wo die USA die erste Atombombe in einem Krieg zündete (warum auch Nagasaki eine zweite Atombombe erleiden musste, ist aus humanitärer Sicht schwer verständlich).

1. Der G7-Gipfel – Wir verstanden die G7 als Gruppe der „stärksten“ Wirtschaftsmächte der Welt. Mit Erstaunen nahmen wir zur Kenntnis, dass die Wirtschaft dort überhaupt keine Rolle spielte. Es ging lediglich darum im Auftrag der USA Russland zu schwächen, Sanktionen zu verteilen und China zu „reglementieren“. Also sind auch die G7, nicht anders als die Nato und die EU, Follower einer US- Politik, die bequem, ohne jedes Risiko, am Schreibtisch in Washington vollzogen werden soll.
2. In Reykjavik sprach sich der Europarat für ein so genanntes „Schadensregister“ aus. Gemeint waren jene Schäden, die durch den Krieg zwischen der Ukraine und Russland entstanden waren. Eine interessante Idee. Wir fragen uns, ist ein solches Register auch geplant für jene Schäden, die George W. Bush im Irak, in Afghanistan oder Barack Obama in Libyen angerichtet hatten? Wir meinen leider nicht, denn Gerechtigkeit ist kein Element des Völkerrechts. Es geht dabei nur um Machtpositionen die entsprechend umgesetzt werden.
3. Ein Thema in der österreichischen Politik war die Frage, ob Soldaten des österreichischen Bundesheeres sich in der Ukraine bei Entminungsaktionen beteiligen sollten. Die Verteidigungsministerin lehnte aus Neutralitätsgründen ab. Ebenso der Kanzler. Nur unser fröhlicher und ein bisschen greisenhafter

Bundespräsident sprach sich dafür aus. Dazu hatte er zwar keine Kompetenz, aber das stört den alten Mann in der Hofburg wenig, der seine bescheidenen Wortspenden gern verbreitet.

4. Viele kritisieren, teilweise durchaus zurecht, dass die Russen auch Zivilobjekte in verschiedenen Städten der Ukraine zerstören. Wir bedauern dies sehr. Unabhängig davon dürfen wir darauf verweisen, dass die ersten, die einen Krieg gegen Zivilisten führten, die USA im amerikanischen Bürgerkrieg waren. Der Todesmarsch von General Sherman von Atlanta an die Küste, zerstörte brutal jedes zivile Leben jeweils rechts und links 60 Meilen seiner Heeresstraße komplett, gnadenlos und eine Wüste hinterlassend.

Von den Bombardierungen der Alliierten im zweiten Weltkrieg von Hamburg bis München und von Köln bis Dresden gar nicht zu reden. Auch in Vietnam gehörte es zum System der US-Armee mit schon seit Jahrzehnten verbotenen Giftstoffen die Wälder zu entlauben und die Menschen in Vietnam dort überall zu töten wo man sie fand. Diese Tradition führten die Amerikaner im Übrigen in fast allen ihren folgenden Kriegen weiter.

5. Nachdem die Nato, EU und nun wahrscheinlich auch G7 und G20 Follower der US-Politik sind, fragt man sich, was die kleinen mitteleuropäischen Staaten eigentlich in der EU noch zu suchen haben? Wenn der mehr als schillernde luxemburgische Außenminister Asselborn, dessen Wichtigkeit in der EU gewaltig überschätzt wird, kürzlich meinte, dass, was immer die großen EU-Länder beschließen, jetzt auch die kleinen Länder folgen oder folgen müssten, muss ein rotes Licht aufleuchten. Dies umso mehr, wenn Frau Baerbock, die schrullige Außenministerin Deutschlands, meint, das Einstimmigkeitsprinzip müsste aufgelöst werden. Wenn dies der Fall ist und die Politik der kleinen Länder, insbesondere auch Österreich, nicht dagegen revoltieren, haben wir unsere traditionelle, christliche, kulturelle, tausendjährige Position in Europa verloren. Dann sind wir Kolonien der USA geworden.

Deutschland ist im Moment nicht mehr der sympathische „große Bruder“, sondern eher ein Staat, der uns mit seiner destruktiven Haltung zu gesellschaftlichen Fragen, zu Klimafragen, zu Wirtschaftsfragen usw. infizieren könnte. Gott bewahre uns davor!

Dr. Norbert van Handel

23.05.2023, Steinerkirchen a.d. Traun, Österreich.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Über die „Eigentümer der Welt“ – die Geschichte von BlackRock

29. 05. 2023



Bild: screenshot YouTube

Ein kleiner Überblick zur Entwicklung des weltumspannenden und „weltbeherrschenden“ Unternehmen BlackRock.

BlackRock ist eines der mächtigsten, wenn nicht das mächtigste Unternehmen der Welt, und seine „ruchlose Rolle“ in der globalen Wirtschaft und Politik wird zunehmend deutlicher.

„Manipulator“ auf allen Ebenen

Nicht zuletzt treibt der Investmentgigant eine „Strategie des Erwachens“ in Form von sozialen Unternehmensbewertungen (ESG) voran, zu denen unter anderen die zweifelhafte „Net Zero“- oder auch die LGBT-Agenda gehören.

BlackRock ist „ganz nebenher“ auch für die Manipulation von Finanzsystemen verantwortlich und besitzt freilich auch die Kontrolle über einen erheblichen Teil des weltweiten Reichtums.

Über die Historie des globalen Giganten

Anfang 2022 verwaltete BlackRock Inc. ein Vermögen von rund 10 Billionen US-Dollar und war damit der größte Vermögensverwalter der Welt. BlackRock hält selbstredend eine beträchtliche [Anzahl von Aktien](#) der größten Unternehmen der Welt, darunter Amazon, Apple, Microsoft, Google, Tesla, Coca-Cola, Moderna, Johnson & Johnson, Exxon Mobil, Visa, Chevron, JPMorgan Chase, Walmart und zahllosen mehr.

Seite E 57 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Das Unternehmen wurde vor 35 Jahren, im Jahr 1988, vom Investmentbanker und heutigen CEO Larry Fink, als Tochtergesellschaft von Blackstone Inc., gegründet. Ursprünglich hieß es Blackstone Financial Management und wuchs in den ersten vier Jahren seines Bestehens enorm, bis 1992 erreichte es ein Portfolio von 17 Milliarden Dollar, wie der [Journalist James Corbett](#) zu berichten wusste.

Angesichts der Tatsache, dass BlackRock zu einem sehr respektablen Unternehmen herangewachsen war, beschlossen Fink und Stephen Schwarzman, der CEO von Blackstone, BlackRock von Blackstone ab zu spalten und daraus ein eigenes Unternehmen zu machen.

BlackRock ging schließlich 1999, für 14 Dollar pro Aktie, an die Börse. Das Unternehmen verwaltete zu diesem Zeitpunkt ein Vermögen von 165 Milliarden US-Dollar.

In den frühen 2000er Jahren erweiterte man sein Geschäft um Analytik und Risikomanagement. BlackRock kaufte 2004 die Investment-Managementgesellschaft State Street Research & Management und fusionierte schließlich 2006 mit der Investmentmanagementgesellschaft Merrill Lynch.

Man erwarb 2007 die wichtigste Vermögensverwaltungseinheit der Quellos Group, wodurch sich der verwaltete Gesamtvermögenswert von BlackRock auf über 1 Billion US-Dollar schlagartig erhöhte.

Sollte der finanzielle Erfolg von BlackRock bis zu diesem Zeitpunkt beeindruckend erschienen sein, war es jedoch die Finanzkrise von 2007 und 2008, die das Unternehmen zu dem heutigen globalen Finanzdominanten gemacht hatte.

An der Spitze des „Staubhaufens“ nach dem Banken-Crash

Die Journalistin Heike Buchter, die ein Buch über BlackRock geschrieben hatte, [erklärte im 2015](#), „vor der Finanzkrise kannte ich nicht einmal den Namen. Aber in den Jahren nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers (2008) tauchte BlackRock überall auf. Überall!“

Viele Banken, einschließlich Lehman Brothers, sowie die US-Regierung und die Federal Reserve wandten sich damals an Fink und BlackRock, um Hilfe bei der Klärung der komplizierten Finanzinstrumente, die zur Krise geführt hatten, zu bekommen und um Unterstützung bei den Rettungsaktionen von [2008 zu erhalten](#).

Man „lieferte sich“ sozusagen dem Giganten aus.

Fink wurde von diesen Institutionen als Experte für die Finanzinstrumente herangezogen, man „musste ihm in der Not also blind vertrauen“.

In den 1980er Jahren, als Fink noch für die Investmentbank First Boston arbeitete, konstruierte er „seine erste Collateralized Mortgage Obligation (CMO) und schuf fast im Alleingang“ „den Subprime-Hypothekenmarkt, der 2008 so spektakulär scheitern sollte“.

Dazu [schrieb corbett report](#): „als sich der Staub nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers endlich an der Wall Street legte, gab es wenig Zweifel, wer auf dem Staubhaufen saß, BlackRock“.

Seite E 58 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Unter Finks Führung nutzte BlackRock seine finanzielle Macht und seinen Einfluss, um in die nationale und internationale Politik einzusteigen.

Als Strippenzieher in der Politik

Der Autor und [Wirtschaftsjournalist F. William Endgahl](#) formulierte es so, „Larry Fink, Gründer und CEO von BlackRock, ist eindeutig daran interessiert, sich weltweit Einfluss zu verschaffen. Er machte den ehemaligen deutschen CDU-Abgeordneten Friederich Merz zum Chef von BlackRock Deutschland, als es so aussah, als könnte er die Nachfolge von Bundeskanzlerin Merkel antreten.

Den ehemaligen britischen Schatzkanzler George Osborne engagierte er als „politischen Berater“. Fink berief die frühere Stabschefin von Hillary Clinton, Cheryl Mills, in den BlackRock-Vorstand, als es damals sicher schien, dass Hillary bald im Weißen Haus sitzen würde.

Fink hatte ehemalige Zentralbanker in seinen Vorstand berufen und lukrative Verträge mit ihren ehemaligen Institutionen abgeschlossen. Stanley Fisher, ehemaliger Chef der Bank of Israel und später auch Vizepräsident der Federal Reserve, ist jetzt Senior Adviser bei BlackRock. Philipp Hildebrand, ehemaliger Präsident der Schweizerischen Nationalbank, ist Vizepräsident von BlackRock, wo er das BlackRock Investment Institute leitet. Jean Boivin, der ehemalige stellvertretende Gouverneur der Bank of Canada, ist der globale Forschungsleiter des Investmentinstituts von BlackRock.

Man sieht hierbei deutlich die Verstrickungen zwischen BlackRock und den höchsten Rängen aus Politik und Wirtschaft und den immensen [globalen Einfluss](#), den Finks Investmenthaus sich damit geschaffen hat.

Das Unternehmen wurde so mächtig, dass Professor William Birdthistle es den „vierten Zweig der Regierung“ nannte.

„Knüppeldick“ involviert in Biden Administration

Als Joe Biden 2019 überlegte, gegen Donald Trump für das Präsidentenamt zu kandidieren, traf sich der ehemalige Vizepräsident Obamas mit Fink, um BlackRock um Unterstützung zu bitten.

Berichten zufolge sagte der [CEO Fink zu Biden](#), „Ich bin hier, um zu helfen.“

Biden, der BlackRock scheinbar schnell für seine Hilfe entschädigte, ernannte Brian Deese kurz nach seinem Amtsantritt zum Direktor des National Economic Council. Davor war eben dieser Deese von 2017 bis 2020 Head of Sustainable Investing bei BlackRock. Er hatte auch mehrere Schlüsselpositionen in der Obama-Administration inne, darunter Senior Advisor des Präsidenten.

Ein weiterer ehemaliger BlackRock-Mitarbeiter in der derzeitigen Biden-Administration ist der stellvertretende [Finanzminister Adewale Adeyemo](#), der von 2017 bis 2019 als leitender Berater von Fink fungierte. Der in Nigeria geborene Politiker hat auch enge Beziehungen zum ehemaligen Präsidenten Barack Obama. 2019 wurde er zum ersten Präsidenten der Obama Foundation gewählt.

Darüber hinaus ist der ehemalige Global Chief Investment Strategist bei [BlackRock, Michael Pyle](#), nunmehr der leitende Wirtschaftsberater von Vizepräsidentin

Seite E 59 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Kamala Harris. Pyle diente auch als hochrangiger Berater des Unterstaatssekretärs des Finanzministeriums für internationale Angelegenheiten in der Obama-Regierung.

Somit kann durchaus behauptet werden, dass die Wirtschaftspolitik der Biden-Administration im Wesentlichen von BlackRock bestimmt wird.

BlackRock – Covid und der Great Reset

Unter anderem [argumentiert corbett report](#), dass es bei der COVID-19-„Pandemie“ nicht vorrangig um einen Virus ging, sondern vielmehr um eine Gelegenheit für die globalen Eliten, insbesondere BlackRock, die Weltwirtschaft und das Finanzsystem neu gestalten zu können.

Am 22. August 2019 schloss sich Fink offiziell dem globalistischen World Economic Forum (WEF) von Klaus Schwab an, indem er [Mitglied des WEF-Kuratoriums](#) wurde. Am selben Tag hob man ein Treffen von Zentralbankern, Ökonomen und politischen Entscheidungsträgern zur Erörterung der Wirtschaftspolitik aus der Taufe, das jährliche [Jackson Hole Economic Symposium](#), womit BlackRock seine Finanzrevolution einleitete.

Eine Woche vor dieser Veranstaltung veröffentlichte [BlackRock ein Papier](#), das die Parameter der Diskussion auf dem Symposium in Jackson Hole, Wyoming, festgelegt hatte.

„Nach Jahren der quantitativen Lockerung (QE) und ZIRP (Nullzinspolitik) und sogar der einst undenkbaren NIRP (Negativzinspolitik) ging den Bankstern der Handlungsspielraum aus“, erklärte dazu [corbett report](#).

Nun brauchten also die Finanzeliten etwas Neues und BlackRock hatte wenig verwunderlich, die Antwort, „Going direct“.

Um dieses Konzept zu verstehen, muss man zunächst wissen, dass das Geldsystem in zwei Kreisläufe aufgeteilt ist. Den Einzelhandelskreislauf und den Großhandelskreislauf. Im Einzelhandel wird „Bankgeld“ ausgegeben, d.h. das Geld, das normale Menschen und Unternehmen für Transaktionen in der Wirtschaft ausgeben. Dann gibt es „Reservegeld“ (Wholesale Circuit), das sind die Einlagen, die Banken bei Zentralbanken wie der Federal Reserve (Fed) oder der Europäischen Zentralbank (EZB) halten.

BlackRocks Vorschlag, direkt zu gehen, bedeutete, das geteilte Geldsystem zu umgehen und Zentralbanken Geld direkt in verschiedene private und öffentliche Einrichtungen pumpen zu lassen.

„Eine beispiellose Reaktion ist erforderlich, wenn die Geldpolitik erschöpft ist und die Fiskalpolitik allein nicht ausreicht“, heißt es in BlackRocks Papier vom August 2019. „Diese Reaktion wird wahrscheinlich beinhalten, direkt zu gehen. Direkt zu gehen bedeutet, dass die Zentralbank Wege findet, Zentralbankgeld direkt in die Hände der öffentlichen und privaten Ausgaben zu bringen.“

Im September 2019, also Monate vor Beginn der sogenannten „Pandemie“, begann das Geld der Federal Reserve direkt in den [Geldkreislauf der Privatkunden](#) gepumpt zu werden.

Seite E 60 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Als die Bundesrettungspakete mit den ersten Lockdowns im März 2020 begannen, war das „Going Direct“-System bereits eingeführt und die Fed konnte direkt Geld in private und öffentliche Organisationen leiten.

„Was uns gesagt wurde, eine Pandemie war auf finanzieller Ebene tatsächlich nur eine Entschuldigung für ein absolut beispielloses Pumpen von Billionen von Dollar von der Fed direkt in die Wirtschaft“, schrieb dazu [abermals corbett report](#).

Im März 2020 schließlich wandte sich die Fed, ähnlich wie in der Finanzkrise 2007–2008, an BlackRock, um [seine Rettungsprogramme zu verwalten](#).

Dies ermöglichte es BlackRock, Zugang zu Geldern der Regierung, d. h. Steuerzahlern, zu erhalten und es an Unternehmen zu verteilen, in die BlackRock investiert hatte, und es ermöglichte BlackRock, einen seiner wichtigsten Vermögenswerte zu retten, iShares, die Sammlung börsengehandelter Fonds (ETFs). Ab Januar 2023 also verwaltete das Unternehmen [Vermögenswerte im Wert von 2,23 Billionen US-Dollar](#).

Fed am Gängelband von BlackRock

Das bedeutet, dass BlackRock von der Fed erlaubt wurde, Steuergelder zu verwenden, um seine eigenen Vermögenswerte zu retten.

Neben der Fed konsultierten auch die Bank of Canada und die schwedische Zentralbank BlackRock, um ihr Programm zum Kauf von Unternehmensanleihen zu unterstützen.

Mit seinem „Going Direct“-Staatsstreich im Jahr 2020 „hatte BlackRock den Planeten wirklich erobert“, schrieb dazu *corbett report* treffend.

„Sie diktierte jetzt Zentralbankinterventionen und handelte dann in jeder erdenklichen Rolle und unter direkter Verletzung der Regeln zu Interessenkonflikten, als Berater und Berater, als Manager, als Käufer, als Verkäufer und als Investor sowohl bei der Fed als auch bei Banken, Unternehmen, Pensionsfonds und anderen Unternehmen, die gerettet wurden.“

BlackRocks bestes IT System weltweit

Ein erheblicher Teil des Werts aller Aktien und Anleihen der Welt wird über das „zentrale Verarbeitungssystem für die Anlageverwaltung“ von BlackRock verwaltet.

Dieses Aladdin genannte System (Abkürzung für „Asset, Liability, Debt and Derivative Investment Network“) wird nicht nur von BlackRock selbst genutzt.

BlackRock Solutions, eine der Tochtergesellschaften von BlackRock, lizenziert Aladdin an über 150 Institutionen, darunter den zweitgrößten Vermögensverwalter der Welt, Vanguard, und einen weiteren Giganten der Branche, State Street Global Advisors.

Das System wird auch von vielen der größten Versicherungsunternehmen der Welt und Big-Tech-Unternehmen wie Alphabet (Google), Apple und Microsoft sowie von mehreren Pensionskassen verwendet.

Tagtäglich führt Aladdin sogenannte „Monte-Carlo-Simulationen“, Computeralgorithmen zur Modellierung der Wahrscheinlichkeit möglicher Ergebnisse in Systemen, die Zufallsvariablen enthalten, für alle von ihm verwalteten Finanzinstrumente durch.

Seite E 61 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Im Jahr 2017 verwaltete Aladdin Vermögenswerte im Wert von 20 Billionen US-Dollar, berichtete die Financial Times. BlackRock hat diese Zahl seitdem nicht mehr gemeldet, und sie ist heute wahrscheinlich deutlich höher.

Früher diente das IT-System nur der Risikokalkulation, während die Entscheidungen noch von Menschen getroffen wurden. Im Jahr 2017 „warf Fink sein Los mit den Maschinen ein“, als BlackRock begann, ein automatisiertes Computersystem namens „Monarch“ zu verwenden, das den Entscheidungsprozess für viele seiner Vermögenswerte übernahm.

Kurz gesagt, das Aladdin-System von BlackRock verwaltet Vermögenswerte im Wert von weit über 20 Billionen US-Dollar, was bedeutet, dass ein beträchtlicher Teil des Weltvermögens von den Berechnungen eines einzigen Computersystems abhängt ist. Darüber hinaus werden Entscheidungen zum Kauf und Verkauf von Aktien zunehmend von Algorithmen und KI statt von Menschen getroffen.

Fehler in diesen Algorithmen, ob absichtlich oder nicht, könnten daher zu einem Desaster für die Weltwirtschaft führen.

Die brennende Frage, die bleibt, ist, was BlackRock mit all der immensen Macht und dem erworbenen Einfluss vorhat.

BlackRock und die Kontrolle der Welt

„Das Verhalten muss sich ändern, und das ist eine Sache, die wir von den Unternehmen verlangen. Man muss Verhaltensweisen erzwingen, und wir bei BlackRock erzwingen Verhaltensweisen.“

Dieses Zitat von [Larry Fink aus dem Jahr 2017](#) fasst zusammen, was BlackRock mit seiner Macht und seinem Einfluss vor hat und bereits macht, Verhaltensweisen erzwingen und die Gesellschaft nach deren Bild zu formen.

Finks jährlicher „Brief an CEOs“, obwohl es offiziell keine Richtlinie ist, wurde als „Aufruf zum Handeln“ beschrieben, der das Unternehmensverhalten vieler der größten Unternehmen der Welt beeinflusst und somit verändert. Dies wurde sogar durch ein Peer-Review-Papier bestätigt, das zu dem Schluss kam, „unsere Beweise deuten darauf hin, dass Portfoliounternehmen auf die Bemühungen von BlackRock zur öffentlichen Einbindung reagieren“.

Fink hat seinen Einfluss auf die Unternehmenswelt genutzt, um die „zeitgeistige“ Umwelt-, Sozial- und Governance-Agenda (ESG) voranzutreiben. ESG ist im Wesentlichen eine Art soziales Kreditsystem für Unternehmen, um sicherzustellen, dass sie sich an die Linie der destruktiven „Netto-Null“-CO2-Emissionspolitik und verschiedener anderer Punkte der globalistischen Agenda strikt halten.

In seinem [Brief an die CEOs von 2022](#) schrieb Fink Folgendes, „nachhaltige Investitionen haben inzwischen 4 Billionen US-Dollar erreicht. Auch die Maßnahmen und Ambitionen zur Dekarbonisierung haben zugenommen. Dies ist erst der Anfang, die tektonische Verschiebung hin zu nachhaltigem Investieren beschleunigt sich noch immer. Unabhängig davon, ob es sich um Kapital handelt, das in neue Unternehmen mit Schwerpunkt auf Energieinnovationen gesteckt wird, oder um Kapitaltransfer von traditionellen Indizes in individuellere Portfolios und Produkte, wir werden mehr Geld in Bewegung sehen.

Seite E 62 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Jedes Unternehmen und jede Branche wird durch den Übergang zu einer Netto-Null-Welt verändert. Die Frage ist, wirst du führen oder wirst du geführt werden?“

„Grün-Agenda“ hat Priorität

Er machte damit deutlich, dass BlackRock verlangt, dass Unternehmen die [„Netto-Null“-ESG-Agenda zu befolgen haben.](#)

Ein niedriges ESG-„Social Credit“-Rating wird Unternehmen daran hindern, erfolgreich zu arbeiten, wie der Journalist Iain Davis erklärt, „dies wird mit Hilfe von Stakeholder Capitalism Metrics erreicht. Die Vermögenswerte werden anhand von Umwelt-, Sozial- und Governance-Benchmarks (ESG) für eine nachhaltige Geschäftsleistung bewertet. Jedes Unternehmen, das eine Marktfinanzierung benötigt, etwa durch die Ausgabe von Klimaanleihen oder grünen Anleihen für europäische Unternehmungen, benötigt diese Anleihen, um ein gesundes ESG-Rating zu haben“.

„Ein niedriges ESG-Rating schreckt Investoren ab und verhindert, dass ein Projekt oder Unternehmen in Gang kommt. Ein hohes ESG-Rating wird Investoren veranlassen, ihr Geld in Projekte zu investieren, die durch internationale Vereinbarungen abgesichert sind“.

BlackRock ist jedoch nicht der Einzige, der die Netto-Null-Agenda vorantreibt. Derzeit gibt es 301 Unterzeichner der „The Net Zero Asset Managers Initiative“, die zusammen 59 Billionen US-Dollar verwalten.

Natürlich fördert BlackRock auch Central Bank Digital Currency (CBDC), da die vollständige Digitalisierung des Zahlungsverkehrs die totale Kontrolle über alle Geldwechsel ermöglichen und es somit noch einfacher machen würde, die ESG-Agenda durchzusetzen.

Es versteht sich fast von selbst, dass BlackRock auch die LGBT-Agenda vorantreibt, indem es den sogenannten Corporate Equality Index fördert, der das Engagement von Unternehmen für „LGBTQ-inklusive Richtlinien und Praktiken“ bewertet. Der Index wird von der Human Rights Campaign veröffentlicht, einer Organisation, die von der Open Society Foundation von George Soros finanziert wird. Somit schließt sich auch hier abermals der Kreis.

Die Zukunft der Welt rückt laut BlackRock nun vollständig in den Blick. Es ist eine Welt, in der unerklärliche Computer-Lernalgorithmen automatisch Investitionen der größten Institutionen der Welt in die Kassen derjenigen lenken, die mit den Forderungen von Fink und seinen Weggefährten mitspielen.

Es ist eine Welt, in der Transaktionen zunehmend digital sein werden, wobei jede Transaktion zum finanziellen Vorteil der algorithmischen Oberherren von BlackRock datengesteuert wird. Und es ist eine Welt, in der Unternehmen, die sich weigern, sich der Agenda anzuschließen, von ESG in Vergessenheit geraten und Einzelpersonen, die Widerstand leisten, ihre CBDC-Geldbörsen gesperrt werden.

Ein Silberstreif am Horizont könnte sich jedoch abzeichnen, in republikanischen Kreisen unter einigen Gouverneuren regt sich dieser bereits und Staatsgelder werden dort bereits von BlackRock abgezogen.

Auf der letzten Conservative Political Action Conference (CPAC) fand auch eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Die neue Achse des Bösen, Soros, Schwab und Fink“

Seite E 63 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

statt, die sich auf die Fähigkeit wohlhabender Eliten, einschließlich BlackRock, konzentrierte, eine Politik der extremen Linken zu erzwingen auf die Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) - Foto: Xproua / Wikimedia CC 3.0

Im Internet mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 28.06.2023

Afghanistan – Afghanistan hat einen **neuen Feiertag** eingeführt, um das Datum zu markieren, an dem der letzte US-Soldat das Land verlassen hat. Laut der Website der Taliban-Regierung (alemarahenglish.af/) wird der Abzug ausländischer Truppen jedes Jahr am 31. August gefeiert. RTA.af

Bangladesch – Bangladesch das jüngste Land, das Interesse an einem **Beitritt zur BRICS-**Wirtschaftsgruppe bekundet hat. Berichten zufolge hat Dhaka einen formellen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt. Es wird erwartet, dass das Thema auf dem BRICS-Gipfel diskutiert wird, der im August in Südafrika stattfinden soll. BBC.uk

Chile – Wissenschaftler haben erstmals in Chile die Überreste einer **Dinosaurierart mit Entenschnabel entdeckt**. Beim Gonkoken nanoi handle es sich um „schlank aussehende Dinosaurier, die sowohl auf zwei als auch auf vier Beinen stehen konnten, um so die Vegetation in der Höhe und auf dem Boden zu erreichen“, sagte Alexander Vargas, Direktor des paläontologischen Netzwerks der Universität Chile und Mitautor der gestern in der Zeitschrift „Science Advances“ veröffentlichten Studie. Der Dinosaurier konnte demnach vier Meter lang und eine Tonne schwer werden und lebte vor 72 Millionen Jahren im äußersten Süden der heutigen chilenischen Region Patagonien. Die Entdeckung zeige,

dass auch im chilenischen Patagonien vor sehr langer Zeit Hadrosaurierarten – Dinosaurierarten mit Entenschnabel – lebten. Bisher war die Verbreitung von Hadrosauriern während der Kreidezeit in Nordamerika, Asien und Europa bekannt. Dass sie offenbar auch auf der Südhalbkugel vorkamen, überraschte die Wissenschaft. Man will nun herausfinden, „wie ihre Vorfahren dorthin gelangt sind“, sagte Vargas. ORF.at

China – Keine Arbeit für Millionen. **Jugendarbeitslosigkeit in China** erreicht einen Höchststand. Junge Chinesen sind gut ausgebildet. Trotzdem findet jeder fünfte keine Anstellung.

- Blinken in Peking: Ziel nicht erreicht. China will keinen direkten Kommunikationskanal für Krisenmomente. Für die USA ist das eine Niederlage. SRF.ch

BR Deutschland – Deutschland könne es sich nicht mehr leisten, noch mehr Geld in den EU-Haushalt einzuzahlen, sagte Finanzminister Christian Lindner am Freitag der Zeitung „Die Welt“. Obwohl Deutschland der größte Beitragszahler der Union ist, sei es gezwungen, Kürzungen vorzunehmen, da die **Wirtschaft schrumpfte**. „Angesichts der notwendigen Kürzungen unseres Staatshaushalts können wir derzeit keine zusätzlichen Beiträge zum Haushalt der Europäischen Union leisten“, sagte Lindner vor Journalisten in Brüssel und fügte hinzu, dass auch andere Mitgliedsstaaten zu der gleichen Erkenntnis gekommen seien. Lindner erklärte, dass die EU ihr langfristiges Budget bis 2027 ausgeschöpft habe, was vor allem auf die großzügigen Hilfspakete der Union für die Ukraine zurückzuführen sei. Den neuesten Zahlen aus Brüssel zufolge hat die EU Kiew seit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine im vergangenen Februar 72 Milliarden Euro an wirtschaftlicher, militärischer und humanitärer Hilfe geleistet. Obwohl dieser beispiellose Abfluss ihre Kassen erschöpft, bereitet die Europäische Kommission Berichten zufolge ein zusätzliches Finanzhilfepaket in Höhe von 72 Milliarden Euro vor, um die ukrainische Wirtschaft bis 2027 am Laufen zu halten. Laut Lindner wird die Kommission nächste Woche einen Bericht veröffentlichen, in dem sie die Mitgliedstaaten um mehr Geld bittet um die Rechnung zu decken. Deutschland ist der größte Nettozahler der EU und spendete im Jahr 2021 21,4 Milliarden Euro in den EU-Haushalt. Sein Nachbar, Polen, ist mit 12,9 Milliarden Euro im Jahr 2021 der größte Profiteur im Haushalt. DLF.de

- In der Nähe des Flughafens BER in Schönefeld (Dahme-Spreewald) haben Demonstranten ein Grundstück besetzt, um gegen ein dort geplantes Abschiebegewahrsam zu protestieren.

- Die Bahn will wieder eine Direktverbindung **von Berlin zur Ostseeinsel Usedom** einrichten. Die baubedingt unterbrochene Regionalbahnstrecke 66 von Berlin nach Swinemünde auf der polnischen Seite der Insel soll ab Ende 2026 wieder verkehren, allerdings nur an den Wochenenden.

- Aus Sicht des Industrieverbandes BDI ist der **Standort Deutschland zunehmend in Gefahr**. Die Wirtschaft werde in diesem Jahr stagnieren, warnte BDI-Präsident Russwurm. Außerdem beschäftigten sich immer mehr Firmen damit, Teile ihrer Wertschöpfung aus Deutschland abzuziehen. Sie seien mit den aktuellen Strom- und Energiepreisen im globalen Wettbewerb überfordert.

- Ein Boot der Umweltverwaltung hat **2,5 Kubikmeter toten Fisch** aus Berliner Gewässern geholt. Betroffen sind der Neuköllner Schifffahrtskanal, der Teltowkanal und der Landwehrkanal. Morgen ist ein weiterer Einsatz geplant. In Berlin sterben immer wieder Fische in größerem Umfang, nach starkem Regen wie am Wochenende. Dann wird ungeklärtes Abwasser in die Gewässer geschwemmt, Blüten und Blätter kommen dazu. Für den Abbau des Pflanzenmaterials und der Fäkalien benötigen die Wasserbakterien viel Sauerstoff, der den Fischen dann fehlt RBB.de

- In Berlin wurde ein Tunnel aus der Zeit der Berliner Mauer entdeckt. Der Tunnel – mit 50 mal 70 Zentimetern gerade groß genug zum Durchkriechen – liegt unter einer Straße dort,

wo früher die Grenze zwischen Ost- und West-Berlin verlief. Der **Tunnel an der Bernauer Straße** wurde am 1. Juni bei Arbeiten entdeckt. Lokale Medien berichten, es sei bekannt gewesen, dass sich auf der Baustelle ein Tunnel befände, wo genau, war aber unklar. NOS.nl

Finnland – eine **neue Regierungskoalition** nach der Parlamentswahl im April. Die konservative Nationale Sammlungspartei will zusammen mit der rechtspopulistischen Partei «Die Finnen» regieren. SRF.ch

Frankreich – Ein **Erdbeben der Stärke 5,8** erschütterte am Freitagabend Westfrankreich. Das Epizentrum lag 28 km südwestlich der Stadt Niort. Niort [njɔʁ] ist eine Gemeinde im Département Deux-Sèvres im Westen Frankreichs. Die Einwohnerzahl von Niort beträgt 59'000. Die Stadt liegt am Fluss Sèvre Niortaise und ist ein Zentrum des Angelika-Anbaus. RFI.fr

Französisch-Polynesien – Ein US-Amerikaner wurde im Pazifik, 950 Kilometer östlich der Marquesas-Inseln, gerettet. Zuvor hatten die Behörden zwei Wochen lang erfolglos nach ihm gesucht. Das teilt das Hochkommissariat der Republik in Französisch-Polynesien mit. Aaron Carotta wollte von Südamerika aus mit seinem Ruderboot «Smiles» allein die Welt umrunden. Nachdem er am 31. Mai einen ersten Notruf abgesetzt hatte, erlitt sein Boot einen elektrischen Schaden; seine Signale konnten fortan nicht mehr empfangen werden. Die Suche musste am 12. Juni eingestellt werden. Am Donnerstag wurde der Notrufsender des Bootes jedoch erneut empfangen. Die «Smiles» war zuvor von einer Welle umgeworfen worden, wodurch der Notruf ausgelöst wurde. Carotta schaffte es jedoch wieder in sein Rettungsboot. Die Verantwortlichen in Französisch-Polynesien nutzten daraufhin die Anwesenheit eines US-Militärflugzeugs, das sich in der Region befand. Am selben Tag entdeckte die Crew Carotta in seinem Beiboot in einem Gebiet ohne Inseln und mit wenig Schiffsverkehr. Ein **Öltanker fand den Schiffbrüchigen** achtzehn Stunden später wohlbehalten. SRF.ch

Griechenland – Ein russisches Kriegsschiff hat Dutzende **Menschen von einem Schiff gerettet**, das in griechischen Hoheitsgewässern ein Notsignal gesendet hatte, wie das russische Verteidigungsministerium berichtete. Der Vorfall ereignete sich über Nacht und betraf die Fregatte Admiral Gorschkov, heißt es in der Erklärung. Es eskortierte den Massengutfrachter Pischma im Mittelmeer in Richtung des syrischen Hafens Tartus, als es eine Umleitung machte, um einer Yacht, Avalon, zu helfen, die den Antrieb verloren hatte. Insgesamt seien 68 Menschen gerettet und auf das russische Frachtschiff überführt worden, heißt es in dem Bericht. Anschließend fuhr der russische Konvoi zur griechischen Insel Kalymnos, um die Geretteten der griechischen Küstenwache zu übergeben. Das Ministerium sagte, die Yacht fuhr unter der **Flagge Deutschlands und Griechenlands**. VESTI.ru

Großbritannien – Der britische Ex-Premierminister **Boris Johnson wird Kolumnist** der Boulevardzeitung „Daily Mail“ und bricht mit dem Schritt einmal mehr die Regeln für ehemalige Regierungsmitglieder. Er werde „völlig unzensuriertes Zeug“ schreiben, sagte der konservative Politiker in einem Clip, den das Boulevardblatt heute veröffentlichte. Es wird erwartet, dass der 58-Jährige den amtierenden Premierminister Rishi Sunak scharf angehen wird. ORF.at

- Brexit-Befürworter bewarben den Austritt aus der EU als neue Chance, die britische Wirtschaft von den vielen Regulierungsfesseln aus Brüssel zu befreien. Gegenwärtig gehen noch rund 30 Prozent der britischen Dienstleistungen in die EU – Tendenz fallend. «Es geht nun darum, wettbewerbsfähiger zu werden und die Wirtschaftsbeziehungen zu verschiedenen Ländern innerhalb oder außerhalb der EU zu vertiefen», sagt Ökonomin Fry:

auch zur Schweiz. So könnten die Dienstleistungen als Wachstumsmotor der britischen Wirtschaft noch zulegen. Die Brexit-Gegner hatten gewarnt, dass der EU-Austritt der britischen Wirtschaft nachhaltig schaden würde. Immerhin: Das von ihnen vorausgesagte Lichterlöschen im Londoner Finanzbezirk ist ausgeblieben. Die Dienstleister haben sich einfacher mit Brexit arrangieren können als viele Gewerbe- oder Industriebetriebe. SRF.

• Das Londoner Auktionshaus Christie's versteigert am 6. Juli einen **Brief von Wolfgang Amadeus Mozart**. In dem Brief aus dem Sommer 1782 erklärt der damals 26-Jährige seiner engen Freundin Baronin von Waldstätten, warum er Constanze Weber binnen zwei Tagen heiraten müsse. Mozart führt auf zwei Seiten aus, seine künftige Frau vor einem Skandal bewahren zu müssen. Zum Zeitpunkt der Abfassung des Briefes war bekannt, dass Constanze mit Mozart unter einem Dach lebte, was ihre Mutter Cäcilia Weber dazu veranlasste, die Polizei einzuschalten, um ihre Tochter aus Mozarts Haus zu holen und so ihren Ruf zu retten. Das Auktionshaus rechnet für das Autograf mit einem Erlös von bis zu 570'000 Euro. ORF.at

Irak – Über die Hälfte der Menschen im Irak sind unter 25. Eine Generation, die außer Konflikten nicht viel kennt. SRF.ch

Iran – Die Wüste Dascht-e Lut (دشت لوت, nackte Wüste) ist der heißeste Ort der Erde. Eine Bodenmessung im Sommer 2005 per Satellit ergab 70,7 °C. Eine wissenschaftliche Expedition konnte sogar eine Temperatur von 78,2 °C messen. Mit 166'000 km² ist Lut die größte Wüste im Iran. Im südlich der Lut gelegenen Gebirge leben im Sommer Nomaden; im Winter ziehen sie weiter in Richtung zum Golf. 2016 wurde die Wüste Lut von der UNESCO als erste Stätte im Iran in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen. VOIRI.ir

Irland – Irland erwägt **Tötung Zehntausender Milchkühe** zum Wohle des Klimas, wegen des Methangas-Ausstoßes. SRF.ch

Israel – Israel steht laut Medienberichten kurz davor, Hunderte alte und seit Jahren ausrangierte **Panzer zu verkaufen**. Laut dem Onlineportal der Tageszeitung „Jediot Achronot אחרונות ידיעות“ Letzte Nachrichten“ sollen die Panzer an zwei namentlich nicht genannte Länder geliefert werden – eines davon in Europa. Ob diese Panzer letztlich für die Ukraine bestimmt sein könnten, bleibt in dem Artikel unklar. ORF.at

Italien – Die Staatsverschuldung ist weiter gestiegen und stieg im April gegenüber dem Vormonat um 22 Milliarden Euro auf ein Rekordhoch von **2,81 Billionen Euro**, wie aus den neuesten Daten der Zentralbank hervorgeht.

Japan – Japan rüstet auf – aber die Verteidigungsbereitschaft ist gering. Weil sich Japan von seinen Nachbarn bedroht fühlt, sieht die Verteidigungsstrategie eine **Verdoppelung des Wehretats** vor. Schlechtes Image von Soldaten. SRF.ch

Österreich – Drei Verdächtige im Alter von 14, 17 und 20 Jahren seien vor Beginn der 27. Regenbogenparade in Wien, die rund 300'000 Menschen besuchten, festgenommen worden, sagte Omar Hajjawi-Pirchner, Direktor der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN), bei einer Pressekonferenz am Sonntag. Die drei jungen Männer, österreichische Staatsbürger bosnischer bzw. tschetschenischer Herkunft, hätten einen Anschlag durchzuführen geplant. ORF.at

Polen – Polen habe im Ukraine-Konflikt eigene Ambitionen und wolle Teile des Landesgebiets für sich beanspruchen, sagte der russische Präsident Wladimir Putin bei einer Diskussion im Plenum des St. Petersburger Internationalen Wirtschaftsforums am Freitag. Die Kommentare des Präsidenten erfolgen, nachdem mehrere russische Experten

angedeutet hatten, dass **Warschau heimlich plane, Teile der Westukraine zu annektieren**, vor allem die sogenannten „östlichen Grenzgebiete“, die zwischen den beiden Weltkriegen von Polen kontrolliert wurden und vier Regionen der modernen Ukraine umfassen: Lemberg, Wolhynien, Iwano-Frankiwsk und Ternopil. IZ.ru

Rumänien – Der bürgerliche Regierungschef tritt zurück, um einem Post-Kommunisten Platz zu machen. Diese Rochade symbolisiert den politischen Stillstand. «Es ist Zeit, aus Rumänien ein normales Land zu machen», sagte Präsident Klaus Iohannis (64) vor den letzten Wahlen zu seinen Landsleuten. Dazu gehöre, dass die korrupten Post-Kommunisten Geschichte würden. Und tatsächlich konnten Iohannis' Bürgerliche mit einer neuen, unverbrauchten Reformpartei eine Regierung bilden. Viele in Rumänien glaubten damals, endlich würde das Land bessere Spitäler, bessere Schulen und eine weniger korrupte Bürokratie bekommen. Doch die Hoffnung verpuffte rasch. Nach weniger als einem Jahr kippten die Bürgerlichen die Reformer aus der Regierung. Stattdessen arrangierten sie sich – entgegen allen Wahlversprechen – ausgerechnet mit den Post-Kommunisten, die Präsident Iohannis im Wahlkampf noch als «toxische Partei» beschimpft hatte. Rumänien brauche Stabilität, argumentierte der Präsident. Vor allem aber brauchte seine Partei die einstigen Gegner, um an der Macht und nahe bei den Geldtöpfen zu bleiben. Wie sehr es beim Arrangement zwischen den beiden traditionellen rumänischen Parteien um Posten und Pöstchen geht und wie wenig um das Wohl des Landes, illustriert die eigentümliche Rochade, die Rumänien diese Woche erlebt. Wie schon vor fast eineinhalb Jahren angekündigt, tritt Nicolae Ciuca, der bürgerliche Regierungschef, mitten in der Legislatur ab und macht **Platz für Marcel Ciolacu, den Parteichef der Post-Kommunisten**. Auch ein paar Minister tauschen ihre Ämter. Für die Bürger gibt es ein ebenso blumiges wie unrealistisches Versprechen von einem Wirtschaftswunder in den nächsten paar Monaten. Wer in Rumäniens Städten Passanten fragt, was sie von der Rochade in der Regierung halten, hört vor allem Frust. Frust darüber, dass sich Politiker vor allem um ihre Macht und ihre Pfründen kümmern, statt die dringend nötigen Reformen anzugehen. Präsident Klaus Iohannis, der die Post-Kommunisten in der Geschichte verschwinden lassen wollte und sie stattdessen zurück an die Macht gebracht hat, lobt die Rochade: Sie zeige, wie stabil diese Koalition sei. Man könnte auch sagen: Die Rochade in der Regierung wirft ein Schlaglicht auf den politischen Stillstand in Rumänien. SRF.ch

Russland – Die Beschlagnahmung des russischen Staatsvermögens und der Reserven – und der seiner Bürger – durch den Westen sei ein Verstoß gegen alle Rechtsnormen, sagte Präsident Wladimir Putin am Freitag in seiner Rede vor dem St. Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum (SPIEF). **Westliche Regierungen haben rund 300 Milliarden US-Dollar an russischen Zentralbankguthaben eingefroren** und prüfen nun Möglichkeiten, das eingefrorene russische Geld an die Ukraine zu übergeben. Darüber hinaus wurden Vermögenswerte russischer Bürger und Unternehmen im Wert von über 80 Milliarden US-Dollar beschlagnahmt. Nach Schätzungen der Bank of Russia befinden sich über 20 % dieser Fonds im Besitz von Privatanlegern.

- Moskau und Kiew einigten sich bei Friedensverhandlungen im März 2022 auf Sicherheitsgarantien und die allgemeinen **Bedingungen der ukrainischen Neutralität**, doch Kiew verwarf dann plötzlich die Dokumente, die seine Delegation bereits unterzeichnet hatte, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Samstag. Bei einem Treffen mit einer Gruppe afrikanischer Führer in St. Petersburg zeigte Putin erstmals die Dokumentenentwürfe, die vor mehr als einem Jahr von den russischen und ukrainischen Abgesandten in der Türkei diskutiert wurden. Laut Putin sei von der ukrainischen Delegation ein Dokument mit dem Titel „Vertrag über ständige Neutralitäts- und Sicherheitsgarantien für die Ukraine“ unterzeichnet worden. Putin nannte die **Entmilitarisierung der Ukraine** als eines der Ziele der Militäroperation, als diese im Februar 2022 begann. VESTI.ru

- Neben anderen hochrangigen Gästen nahm auch die ehemalige österreichische Außenministerin Karin Kneissl am Internationalen **Wirtschaftsforum in St. Petersburg** (SPIEF) teil, bei dem die Frage im Mittelpunkt stand, wie die Position und der Zugang Russlands zum Ausland gehandhabt werden können. Dem veröffentlichten Programm zufolge war auch der ungarische Außenminister Péter Szijjártó unter den Teilnehmern der Versammlung. Das Forum, von dem die westlichen Medien zum ersten Mal in der Geschichte vollständig ausgeschlossen wurden, begann am Mittwoch. Szijjártó hatte einen Auftritt angekündigt, bei dem er mit Gazprom-Topmanager Aleksandr Djukow Energiefragen besprach. Außerdem waren der Vorstandsvorsitzende des russischen Gaskonzerns Novatek Leonid Mikhelson, der russische Vizepremierminister Alexandr Nowak, der venezolanische Ölminister Pedro Tellechea und Kneissl anwesend. KR.hu

Schweiz – Ab 1. August 2023 gibt es neben der Klebevignette auch eine E-Vignette, eine **elektronische Vignette**. Die E-Vignette ist – anders als die Klebvariante – nicht ans Fahrzeug, sondern an das Kontrollschild gebunden. Die elektronische Vignette kann zeit- und ortsunabhängig über ein Portal des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit BAZG erworben werden. Der Preis und die Gültigkeitsdauer bleiben gleich.

- Ja zum Klimaschutz-Gesetz. Netto-Null bis 2050: Das war nicht bloß ein Entscheid der Städte. Mehrere ländliche Kantone sagen Ja zum Klimaschutz-Gesetz. Ein wichtiges Zeichen. Doch was, wenn nun Verbote folgen?
- Feuerwehr im Dauereinsatz. Trockenheit: zehn **Brände im Kanton Aargau**. Laut der Polizei war jeweils Fehlverhalten in Verbindung mit der aktuellen Trockenheit die Ursache.
- Die OECD-Mindeststeuervorlage ist mit 78.5 Prozent deutlich angenommen worden. Die SP, welche die Vorlage bekämpft hatte, zeigt sich enttäuscht. Wirtschaftsvertreter und die Bürgerlichen jubeln. Alle Kantone stimmten für die Vorlage. Grosse internationale Konzerne müssen ab Anfang 2024 in der Schweiz eine Mindeststeuer von 15 Prozent entrichten. In dieser Deutlichkeit sei das Resultat eine «klare Niederlage» für die SP.
- Seit 400 Jahren gelten **Waldrappe in der Schweiz** als ausgestorben. Jetzt brütet ein Pärchen im zürcherischen Rümlang.
- Hochbetrieb auf der Festmeile. Jodlerfest lockt 210'000 Leute nach Zug. Ein Fest der Superlative: Trotz Besucherrekord verlief das «Eidgenössische» in Zug friedlich und ohne Zwischenfälle. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 26.06.2023

EU – KI-Systeme sollen nach dem Willen des EU-Parlaments in verschiedene Risikogruppen unterteilt werden. Je mehr Risiko von einer KI-Anwendung ausgeht, desto strikter soll sie reguliert werden. Als hochriskant sollen beispielsweise Systeme gelten, die zur Beeinflussung von Wählern eingesetzt werden können. **Was verboten werden soll:** In gewissen Bereichen soll die Anwendung Künstlicher Intelligenz ganz verboten werden. So soll etwa die Gesichtserkennung in Echtzeit im öffentlichen Raum nicht erlaubt sein. Darunter könnte etwa Videoüberwachung mit automatischer Gesichtserkennung an Bahnhöfen fallen. Auch sogenannte Sozialkreditsysteme sollen verboten werden. Solche Systeme werden in China bereits getestet und angewendet. Sie sammeln Daten über das soziale Verhalten oder die Zahlungskraft von Menschen und können die Grundlage für Strafen bilden. Auch Systeme, die Menschen nach ethnischen Merkmalen, dem Geschlecht oder der politischen Orientierung klassifizieren, sollen verboten werden. SRF.ch

Griechenland – Bilder von überfülltem Flüchtlingsboot veröffentlicht. Die Aufnahmen legen nahe, dass mehr als 500 Menschen an Bord gewesen sein könnten. Mindestens 79

Menschen starben. SRF.ch – Überfülltes Katastrophenschiff wurde stundenlang **von der griechischen Küstenwache verfolgt**. Nach Angaben der Küstenwache wurde ein Hilfsangebot abgelehnt. Eine Hilfsorganisation geht davon aus, dass die Menschen an Bord Angst vor der harten Haltung der griechischen Behörden hatten. NOS.nl

Großbritannien – Zweifache Oscarpreisträgerin **Glenda Jackson gestorben**. Ihre größten Erfolge feierte die Britin in den 1970ern mit Liebesdramen wie «Women in Love». Später ging sie erfolgreich in die Politik. Von 1992 bis 2015 war sie Abgeordnete der Labour Party im britischen Unterhaus. Nun ist die Britin friedlich in ihrem Haus im Süden Londons eingeschlafen, wie ihr Agent bekannt gab. Sie wurde 87 Jahre alt. SRF.ch

Indien – Zehntausende Menschen in Indien und Pakistan wurden aufgrund des Hurrikans evakuiert. Der Hurrikan wird voraussichtlich am Donnerstagabend Ortszeit den westlichen Bundesstaat Gujarat in Indien erreichen. NOS.nl

Kosovo – Im Kosovo nehmen Spannungen wieder zu. Kosovarische Polizisten sollen verschleppt worden sein. Kosovo hat die Grenzen für Fahrzeuge aus Serbien geschlossen. SRF.ch

Nordkorea – Russland hat im vergangenen Dezember zum ersten Mal seit mehr als zwei Jahren die **Exporte von raffiniertem Öl** in das von Sanktionen betroffene Nordkorea wieder aufgenommen, wie die Expertengruppe des Sanktionsausschusses des UN-Sicherheitsrats für Nordkorea am Dienstag erstmals bekannt gab. Russland exportierte Ende letzten Jahres eine kleine Menge Benzin und andere leichte Erdölprodukte sowie eine Ladung Kohle nach Nordkorea und markierte damit eine Wiederaufnahme der Energieverkäufe Moskaus in das isolierte Land. Nach Angaben des Expertengremiums des Sanktionsausschusses des UN-Sicherheitsrates für Nordkorea lieferte Moskau zwischen Dezember 2022 und April 2023 insgesamt 67'300 Barrel raffiniertes Öl. [RFA.us](https://www.rfa.us)

Russland – Russland brauche keine ausländischen Chips, um seine militärische Ausrüstung zu reparieren, da es keinen Mangel an eigener Ausrüstung habe, sagte der stellvertretende Ministerpräsident Denis Manturov und entgegnete einer Behauptung des Chefs der Europäischen Kommission. Manturov bezog sich auf die Aussage der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die Ende letzten Jahres sagte, das russische Militär entferne Späne aus ausländischen Geschirrspülern und Kühlschränken, um seine Hardware auf dem Schlachtfeld in der Ukraine wiederherzustellen.

- Es hatte ein Journalist in einer Frage ausgeführt, dass die EU und die USA verschiedene Ansätze, genauer gesagt eigene Interessen im Hinblick auf die Lösung des Ukraine-Kriegs verfolgten. Dem widersprach Putin. Die USA und die EU seien keine Partner, sondern **Herr und Vasall**, demnach vertrete die EU auch keinen eigenen Standpunkt. Die EU-amerikanischen Beziehungen verglich er mit einem bekannten Witz: „Regel Nr. 1: Amerika hat immer recht. Regel Nr. 2: Sollte Amerika mal nicht recht haben, tritt automatisch Regel Nr. 1 in Kraft.“ Dasselbe gelte übrigens auch für Kiew beziehungsweise die vermeintlichen Interessen der Ukraine. Sollten diese Regel Nr. 2 berühren, trete auch für sie sofort Regel Nr. 1 in Kraft, weil die angeblichen ukrainischen Interessen in Wahrheit US-amerikanische seien. Was den Ukraine-Krieg an sich betreffe, so Putin, werde dieser durch die westlichen Waffenlieferungen am Leben gehalten und könnte schon morgen zu Ende sein, aber das sei nicht gewollt. VESTI.ru

- Eine Reihe ausländischer Banken haben Russland im vergangenen Jahr aufgrund westlicher Sanktionen verlassen, die auf den Beginn der Militäroperation Moskaus in der Ukraine folgten. Allerdings sind weiterhin mehrere Kreditgeber, darunter einige aus der Eurozone, im Land tätig. Dazu gehören die Raiffeisenbank und die UniCredit Bank, Tochtergesellschaften der österreichischen Raiffeisen Bank International (RBI) und der

italienischen UniCredit. Beide spielen eine entscheidende Rolle in der russischen Wirtschaft und ermöglichen Euro-Zahlungen in das und aus dem Land. Sie sind auch die einzigen ausländischen Unternehmen auf der Liste der 13 systemrelevanten Kreditinstitute der russischen Zentralbank. Raiffeisen gab im April bekannt, dass es über einen Verkauf seines Geschäfts in Russland nachdenkt, warnte jedoch davor, dass es erhebliche Verluste erleiden würde, wenn es sich dazu entschließen würde, sich aus dem Land zurückzuziehen. Der damalige Aufsichtsratsvorsitzende der Bank, Erwin Hameseder, warf „moralisch arroganten“ Kritikern der weiteren Arbeit des Unternehmens in Russland „schwarz-weißes moralisches Denken“ vor. Er betonte, dass die meisten westlichen Unternehmen trotz Sanktionen und geopolitischen Krisen weiterhin im Land tätig seien.

- Das russische **Zahlungssystem Mir** verzeichne seit letztem Jahr einen stetigen Anstieg der Nachfrage nach neuen Karten, teilte der Betreiber des Systems am Mittwoch mit. Im Jahr 2022 wurden monatlich zwischen 5,5 und 6 Millionen Mir-Karten ausgegeben. Der Trend setzte sich in diesem Jahr fort, mit rund 29 Millionen ausgegebenen Karten in den ersten fünf Monaten des Jahres 2023, sagte Vladimir Komlev, der Leiter des Nationalen Zahlungskartensystems (NSPK), Dies wurde auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg bekannt gegeben. Die Gesamtzahl der ausgegebenen Mir-Karten habe 211 Millionen erreicht, fügte er hinzu. Russland begann mit der Entwicklung eines eigenen nationalen Zahlungssystems, als die USA 2014 Sanktionen gegen das Land verhängten. Die Mir-Karten kamen im Dezember 2015 in Umlauf. IZ.ru

Schweiz – Urig-Bewegung. Corona-Maßnahmen-Kritiker gründen in Schwyz eine Privatschule. Aus Misstrauen vor dem Staat wollen sie eine eigene Schule. Nun hat es geklappt, doch die Idee ist umstritten.

- Nun hat die **Armenien-Koalition** ihren ersten sicherheitspolitischen Erfolg seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs in Aussicht. Zusammen mit der GLP haben die drei Fraktionen im Nationalrat einer Ausmusterung von 25 Leopard-2-Panzern der Schweizer Armee zugestimmt. Und zusätzlich festgehalten, dass die Panzer zwingend an den deutschen Hersteller zurückverkauft werden sollen. Darum hat die deutsche Regierung gebeten. Sie hat eine Lücke im Bestand, nachdem sie einen Teil der eigenen Panzer an die Ukraine geliefert hat. Weil Deutschland verspricht, die Panzer nicht an die Ukraine weiterzugeben, gibt es neutralitätsrechtlich keine Hindernisse. Ein Rückverkauf wäre möglich, ohne das Kriegsmaterialgesetz zu ändern.

- **Frauenstreik:** Bei der Form scheiden sich die Geister. Bürgerliche Frauen stellen sich gegen einen Streik. Doch betont wird: Bei den großen Themen arbeite man gut zusammen.

- Das Verteidigungsdepartement hat die ersten rein elektrisch betriebenen Repräsentationsfahrzeuge für den Bundesrat beschafft. Als erstes Mitglied der Landesregierung erhält Viola Amherd eine Elektrolimousine, zwei weitere gehen an Albert Rösti und Guy Parmelin. Grundsätzlich werden für die Departemente nur noch Elektrofahrzeuge angeschafft.

- Imker bereiten sich auf **Bekämpfung der Asiatischen Hornisse** vor. Mit Hightech-Jagdmethoden wollen Nordwestschweizer Imker den neuen Schädling verfolgen, wenn er bei ihren Bienenstöcken auftaucht. Sie macht Schweizer Imkern große Sorgen, obwohl sie nur gut drei Zentimeter klein ist: Die Asiatische Hornisse frisst deutlich mehr Bienen als die einheimische Hornisse. Ein einziges Volk kann in einem Jahr elf Kilogramm Bienen verspeisen. Asiatische Hornissen sind sehr effiziente Jäger, die rückwärts fliegen, schwebend über einem Bienenstock lauern und im Flug ihre Beute packen können. Sie fressen allerlei, aber ihre Nahrung kann bis zu 85 Prozent aus Honigbienen bestehen. Ein Nest in der Nähe eines Bienenstocks kann dessen Ende bedeuten. Die erste Asiatische Hornisse wurde 2017 im Jura identifiziert. Seither breitet sich diese Insektenart in der Schweiz aus. Und kaum ist es heuer warm geworden und die Bienen wieder unterwegs, wurden gemäß Imkerverband apisuisse schon Dutzende solcher Hornissen gesichtet – in den Kantonen Baselland, Jura, Neuenburg, Waadt und Genf. Die Ausbreitung dieses

Insekts wäre nicht nur eine Tragödie für betroffene Imker, sagt Fabian Trüb vom Schweizerischen Bienengesundheitsdienst. «Ein Rückgang der Bienenpopulation wirkt sich auf die Bestäubung aus und damit auch auf die Landwirtschaft.» Darum wollen Imker jetzt mit Behördenhilfe den Schädling bekämpfen, damit er sich möglichst nicht mehr ausbreitet. Im Visier haben sie dabei die Nester, die schnellstmöglich vernichtet werden sollen. Diese sind jedoch nicht so einfach zu finden, da Asiatische Hornissen hoch in Baumwipfeln hausen, oft 20 bis 40 Meter über dem Boden. Bei der Hornissenjagd hilft Elektronik, genauer gesagt ein winziger Peilsender: Zuerst muss man eine jagende Hornisse einfangen, die mit Beute zu ihrem Nest zurückfliegen will. Diese wird gekühlt, sodass sie sich nicht mehr bewegt. Dann bindet man ihr den Sender um die Taille und lässt sie wieder frei. Fliegt sie dann ins Nest, kann man dieses anpeilen. • Konjunktur-Prognose für 2023. «Die Zeichen stehen auf Abschwung». Nach zwei guten Jahren stockt nun die Wirtschaft. Damit dürfte es auch mehr Arbeitslose geben.

• Seltener Vogel brütet in der Nordwestschweiz. Vor rund 40 Jahren waren die **Steinkäuze** in der Schweiz fast ausgerottet. Nun werden sie wieder an mehr Orten heimisch. SRF.ch

Tschechien – Die bei russischen Touristen ehemals beliebten tschechischen **Urlaubsorte müssen Verluste hinnehmen**: Die tschechischen Kurorte, die auf die Liste der UNESCO aufgenommen wurden, sind auf der Suche nach neuen Kunden, nachdem ihre russische Kundschaft dramatisch zurückgegangen ist, berichtet France24. Die westtschechischen Kurstädte Karlovy Vary (Karlsbad), Mariánské Lázně (Marienbad) und Františkovy Lázně (Franzensbad) hatten bereits während der Pandemie stark gelitten – und das Jahr 2022 versetzte ihnen einen weiteren Schlag: Die von der Europäischen Union gegen Russland verhängten Sanktionen haben die Zahl der zahlungskräftigen russischen Kunden „praktisch auf null“ reduziert. „Unsere Kurbäder haben von einem Tag auf den anderen 80 Prozent ihrer Kunden verloren“, sagt Andrea Pfeffer Ferklová, die Bürgermeisterin von Karlsbad, das nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 zu einem Liebling der russischen Investoren und Touristen wurde. Im Jahr 2019 verzeichneten die tschechischen Heilbäder 880'000 Besucher. In den Jahren 2020 und 2021 sank die Zahl dann auf knapp über 500'000, bevor sie im letzten Jahr wieder auf 840'000 anstieg. Die Zahl der ausländischen Gäste sank jedoch zwischen den Jahren 2019 und 2022 von fast 400'000 auf weniger als 300'000, und der Anteil der Russen sank von 61'000 auf nur wenige. „Der durchschnittliche tschechische Tourist gibt etwa 700 Kronen (32 US-Dollar) pro Tag aus. Russischsprachige Kunden gaben über 3'500 Kronen pro Tag aus“, sagte Jan Herget, Direktor der staatlichen Tourismusagentur Czech Tourism. „Die Gesamtzahlen unterscheiden sich also nicht so sehr, aber finanziell gesehen ist es ein Einbruch.“ Die russischen Kunden zahlten nicht nur mehr als die einheimischen – oder die deutschen –, sie blieben in der Regel auch mehrere Wochen, erklären die Vertreter der tschechischen Ferienorte. Die Tschechen selbst bevorzugen vor allem Wochenendaufenthalte – was natürlich zu finanziellen Einbußen führt. Nun plane Czech Tourism, Kunden aus dem Nahen Osten und aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion wie Aserbaidshan oder Kasachstan zu gewinnen. RŽ.cz

Türkei – Russlands Präsident Wladimir Putin will auf Einladung seines türkischen Kollegen Recep Tayyip Erdoğan in die Türkei reisen. „Der türkische Präsident hat seine Einladung an unseren Präsidenten, die Türkei zu besuchen, bestätigt“, sagte Putins Berater Juri Uschakow heute der Nachrichtenagentur Interfax zufolge. Es gebe Pläne für diese Reise, aber noch keinen festen Termin. Das Verhältnis beider Länder zueinander war zwischenzeitlich sehr angespannt gewesen, nachdem im Syrien-Krieg 2015 ein türkischer Kampfflugzeug einen russischen abgeschossen hatte. Mittlerweile aber haben sich die Beziehungen deutlich verbessert, **Putin und Erdoğan gelten als befreundet**. Die Türkei hat sich zudem nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine als NATO-Staat nicht an den westlichen Sanktionen gegen Moskau beteiligt und sieht sich selbst als

Vermittler. Die Türkei wiederum gehört nicht zu den Unterzeichnerstaaten, die den Internationalen Strafgerichtshof anerkennen. Das Land würde den Haftbefehl gegen Putin also mit großer Wahrscheinlichkeit nicht vollstrecken. SRF.ch

Ukraine. Die Ziele Moskaus bleiben unverändert. Die im Februar 2022 festgelegten Ziele seien wesentlich, und obwohl sich einige Details je nach der sich entwickelnden Situation ändern könnten, blieben sie im Wesentlichen gleich, sagte Putin. Die Entmilitarisierung der Ukraine erfolgt „schrittweise und methodisch“, wobei die Kiewer Truppen nun vollständig auf westliche Waffen, Ausrüstung und Munition angewiesen sind und nicht in der Lage sind, vor Ort selbst etwas zu produzieren. Beim Schutz der Menschen im Donbass wurden Fortschritte erzielt, obwohl die Ukraine sie weiterhin bombardiert. Sollten die Drohnenangriffe und der Einmarsch Kiews anhalten, könnte Moskau die Einrichtung einer „Pufferzone“ auf ukrainischem Territorium in Betracht ziehen, um sie außer Reichweite zu halten. „Bezüglich der Ziele, die wir uns zu Beginn der Operation gesetzt haben, haben sich heute keine grundlegenden Änderungen ergeben“, sagte Putin. Medwedew antwortete auf Telegram auf Äußerungen von Präsident Wladimir Putin, der am Dienstag angedeutet hatte, dass Moskau die Einrichtung einer „Pufferzone“ in der Ukraine in Betracht ziehen könnte, um zu verhindern, dass russische Regionen beschossen werden. „Unter Berücksichtigung der Entscheidungen des Feindes, das Kiewer Regime mit Waffen mit noch größerer Reichweite zu versorgen, sollte diese Linie in der Gegend von Lemberg verlaufen ... damit sie eine echte Verteidigungsrolle spielen kann“, sagte Medwedew und bezog sich dabei auf die Großstadt in Westukraine, nicht weit von der polnischen Grenze. Moskau hat Kiew wiederholt vorgeworfen, vom Westen gelieferte Waffen für Angriffe auf zivile Ziele in Russland einzusetzen. Im vergangenen Monat stellte das Vereinigte Königreich Kiew eine nicht näher bezeichnete Anzahl von Storm Shadow-Raketen zur Verfügung, die eine Reichweite von mehr als 250 km haben. Die Waffen seien anschließend von ukrainischen Truppen gegen Zivilisten in der russischen Stadt Lugansk eingesetzt worden, behauptete Moskau. IZ.ru • Die ukrainische Armee hat die Hälfte der von Finnland bereitgestellten speziellen **Minenräumpanzer Leopard 2 verloren**, berichteten die Medien des Landes unter Berufung auf Bilder von der Konfliktfront. Der Verlust wurde von der Zeitung Helsingin Sanomat erwähnt, die sagte, ihr militärischer Faktenprüfer John Helin habe die Echtheit von Fotos der beschädigten Rüstung bestätigt, die im Internet kursierten. Das sogenannte schwere Minenbrechfahrzeug Leopard 2R soll für vorrückende Truppen Wege durch Minenfelder schaffen. Die finnische Firma Patria hatte zehn reguläre Kampfpanzer vom Typ Leopard 2A4 in die Minenbrecher-Variante umgebaut. Helsinki schickte daraufhin die sechs einsatzbereiten Einheiten in die Ukraine. Das finnische Verteidigungsministerium sagte, dass die Fahrzeuge auf seinem Boden, insbesondere im Winter, schwer zu bedienen seien. OIR.fi

Ungarn – Das Museumsviertel in der westungarischen Stadt Sopron (Ödenburg), das durch die Verbindung des Storno-Hauses, des Fabricius-Hauses, des Generalhauses und des Feuerturms entstanden ist wurde eingeweiht. Das Projekt ist Teil des Modern Cities-Programms und kostete mehr als 3 Milliarden Forint (8 Millionen Euro). Nach der Begrüßung der Gäste durch den Direktor des Soproner Museums, Imre Tóth, lobte der Bürgermeister von Sopron, Ciprián Farkas, in seiner Rede das Museumsviertel. KR.hu

USA – Tatsächlich liegt die US-Inflation immer noch doppelt so hoch wie erwünscht. In den vergangenen Wochen haben aber US-Währungshüter immer wieder angedeutet, eine weitere Leitzinserhöhung möglicherweise aussetzen zu wollen. Einerseits, weil die US-Inflation relativ schnell und deutlich sinkt. Andererseits wollen sie die US-Wirtschaft, auch wegen der schockartigen US-Regionalbankenkrise in den vergangenen Monaten, entlasten. Ein «Soft Landing» statt eines Abwürgen der Konjunktur als Ziel.

- Amazon verkauft eBook teurer als gebundene Ausgabe. SRF.ch
- Forscher haben herausgefunden, dass der für die Entstehung von Leben zentrale Baustein **Phosphor im Ozean des Saturnmondes Enceladus** vorkommt. Laut einer gestern in der Zeitschrift „Nature“ veröffentlichten Studie schleudern Geysire Eispartikel aus dem Inneren des Eismondes durch Risse auf der Oberfläche ins All. Der darin enthaltene Phosphor ist ein Schlüsselement für die Entstehung von Leben. „Es ist das erste Mal, dass dieses essenzielle Element in einem Ozean jenseits der Erde entdeckt wurde“, erklärte der Hauptautor der Studie, Frank Postberg. Die jahrelang von der NASA-Sonde „Cassini“ gesammelten und nun ausgewerteten Daten ließen „keinen Zweifel mehr daran, dass erhebliche Mengen dieser wichtigen Substanz im Ozean vorhanden sind“, sagte der Planetenforscher von der Freien Universität (FU) Berlin. Die Saturnsonde „Cassini“ hatte im Jahr 2004 mit der Erforschung des riesigen Gasplaneten weit draußen im Sonnensystem begonnen, bevor sie nach dem Ende ihrer Mission im Jahr 2017 in der Atmosphäre des Planeten verglühte. Die Mission zählt zu den erfolgreichsten der Raumfahrtgeschichte: Sie entdeckte neue Ringe und Monde und enthüllte viele Geheimnisse des zweitgrößten Planeten im Sonnensystem. „Mit dieser Entdeckung ist nun bekannt, dass der Ozean von Enceladus die strengste Voraussetzung für Leben erfüllt“, erklärte NASA-Forscher und Mitautor Christopher Glein. Der nächste Schritt sei nun klar: „Wir müssen zu Enceladus zurückkehren, um zu sehen, ob der bewohnbare Ozean tatsächlich bewohnt ist.“
- Der Bürgermeister von Miami, Francis Suarez, hat seine **Bewerbung für die Vorwahl** der Republikaner bekanntgegeben. Der 45-Jährige beschrieb im Gespräch mit dem Sender ABC seine Vision für einen Generationswechsel. Die Menschen wollten etwas, das sie zusammenbringe, sagte er. ORF.at.
- Trotz der nahezu vollständigen Wirtschaftsblockade Washingtons gegen Moskau kaufen amerikanische Unternehmen immer noch jedes Jahr russisches Uran im Wert von rund 1 Milliarde US-Dollar, berichtete die New York Times am Mittwoch. Versuche, diese Abhängigkeit zu verringern, sind bisher gescheitert. RFERL.cz
- Der republikanische Senator James Risch blockiert ein US-Waffengeschäft mit Ungarn im Wert von Hunderten Millionen Dollar, weil das Land nicht bereit ist, den NATO-Beitrittsantrag Schwedens zu ratifizieren, berichtete die Washington Post am Mittwoch. In einer Erklärung gegenüber der Zeitung sagte Risch, der als ranghöchstes Mitglied im Ausschuss für auswärtige Beziehungen des Senats fungiert, dass er den Verkauf eines 735-Millionen-Dollar-Rüstungspakets mit 24 HIMARS-Batterien weiterhin hinauszögern werde, bis Ungarn in dieser Hinsicht Fortschritte mache sowie die dazugehörige Munition und Hardware.
- Die Rückkehr von Donald Trump (76) ins Weiße Haus würde eine „friedliche Zukunft“ einläuten, sagte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó (44). Péter Szijjártó und Premierminister Viktor Orbán (70) glauben beide, dass Trumps Sieg bei den US-Präsidentschaftswahlen 2024 der **Schlüssel zur Lösung des Konflikts in der Ukraine** wäre. Trump feierte am 14.6. seinen 76. Geburtstag.
- Die Regierung von US-Präsident Joe Biden zögert, der Ukraine eine volle NATO-Mitgliedschaft anzubieten, und drängt stattdessen auf das „**Israel-Modell**“, also eine zeitlich begrenzte Verpflichtung, den Zufluss westlicher Waffen in das Land aufrechtzuerhalten, berichtete die New York Times. KR.hu

Welt. 108.4 Millionen. So viele Menschen waren per Ende 2022 auf der Flucht. Ein rekordhohes Niveau – nicht zum ersten Mal. Denn die Zahlen steigen seit Jahren, wie Daten des UNO-Flüchtlingswerks UNHCR zeigen. Und doch ist der Sprung im vergangenen Jahr außergewöhnlich. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 23.06.2023

China – China hat einen Bericht des Wall Street Journal zurückgewiesen, in dem behauptet wurde, es habe eine Vereinbarung zum Bau einer „elektronischen Abhörenanlage“ in Kuba getroffen. Die Behauptungen unter Berufung auf anonyme US-Beamte wurden auch von Havanna und sogar vom Weißen Haus selbst zurückgewiesen. Auf die Frage nach dem WSJ-Bericht – in dem behauptet wurde, Peking würde die Spionagebasis zur Überwachung von US-Militärstandorten in Florida nutzen – sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, er sei sich einer solchen Vereinbarung nicht bewusst. „Es ist bekannt, dass die USA ein Experte darin sind, Schatten zu jagen und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen“, fuhr er fort und führte weiter aus, dass die Vereinigten Staaten „die Guantanamo-Bucht auf Kuba seit langem für geheime Aktivitäten illegal besetzt und eine Blockade verhängt haben“, seit über 60 Jahren.“

- China und Russland führten eine gemeinsame **Luftpatrouille über dem Japanischen Meer und dem Ostchinesischen Meer** durch. Es war die sechste Übung dieser Art seit Beginn solcher gemeinsamen Flüge im Jahr 2019 und ist ein routinemäßiger Bestandteil des militärischen Kooperationsplans beider Länder. Sowohl Japan als auch Südkorea reagierten mit der Entsendung eigener Kampfflugzeuge. China und Russland sind Länder von enormer Größe, und beide Mächte befinden sich in verschiedenen Bereichen in einer Pattsituation mit den Vereinigten Staaten und ihren Stellvertretern, sei es in der Ukraine in Europa oder in Taiwan im Südchinesischen Meer. Der geografische Raum Nordostasiens nimmt eine einzigartige Position ein, da es die einzige Region ist, in der China und Russland eine gemeinsame Grenze mit Japan haben. Während Tokio auf eine von den USA unterstützte Remilitarisierung drängt, stellt es sich zunehmend gegen Moskau und Peking. Hier arbeiten die beiden Mächte gemeinsam gegen diesen wiedererstarkten US-Kunden. CGTN.cn

BR Deutschland – Die Aminosäure **Taurin spielt eine wichtige Rolle im Alterungsprozess**. Das zeigt eine neue Studie einer internationalen Forschungsgruppe, die im Fachjournal «Science» erschienen ist. Die Gabe von Taurin verlängert das Leben von Mäusen und hält Affen länger gesund. Taurin muss nicht zusätzlich eingenommen werden, da es auch beim Sport gebildet wird. Mit zunehmendem Alter sinkt demnach die Konzentration von Taurin im Blut. Durch die Gabe von Taurin kehrten die Forscher den Verlust bei Mäusen und Würmern um und konnten die Lebensspanne verlängern. Außerdem stellten sie fest, dass die Zufuhr von Taurin bei Mäusen und Affen die gesunde Lebensspanne der Tiere vor dem Auftreten altersassoziierter Krankheiten verlängerte: Taurin verbesserte die Funktion der Knochen, Muskeln, der Bauchspeicheldrüse, des Gehirns, Darms und des Immunsystems. Um mehr über die Wirkung von Taurin beim Menschen herauszufinden, analysierten die Forscher die Daten von 11'966 Personen. Sie stellten fest, dass niedrige Taurinkonzentrationen mit Übergewicht, Typ-2-Diabetes und hohen Glukosewerten einhergehen. Und bei wenig Taurin im Körper fielen ihnen auch erhöhte Entzündungsmarker und hohe Cholesterinwerte auf. Die Autoren

schlussfolgern, dass Sport gesund ist, weil während dem Schwitzen die Taurinlevels im Körper steigen. Taurin als Anti-Aging-Substanz einnehmen ist also nicht nötig – und auch nicht sinnvoll. Denn noch fehlen Langzeitstudien, die auch die Risiken einer regelmäßigen Einnahme einschätzen können, insbesondere in hohen Dosen. Und die Effekte als Anti-Aging-Substanz können nicht so einfach vom Tier auf den Menschen übertragen werden. Da brauche es noch weitere Forschung in Studien mit Menschen. Taurin ist als Nahrungsergänzungsmittel frei verfügbar. Darüber hinaus ist die Substanz in diversen Energy Drinks enthalten, da sie eine positive Wirkung auf die geistige und sportliche Leistungsfähigkeit haben soll. Der Gehalt von vier Gramm Taurin pro Liter Getränk darf dabei nicht überschritten werden. Die von der europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) empfohlene Tageshöchstdosis beträgt sechs Gramm (bei im Schnitt 60 Kilogramm Körpergewicht) beziehungsweise 100 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht. Eine Dose Red Bull (250 Milliliter) enthält ein Gramm Taurin. Die Menge an Taurin in den Drinks ist zu gering, um einen Effekt auf die Alterung erzielen zu können.

- Rechte Partei im Umfragehoch. SRF-Korrespondentin: «Die **AfD ist wählbar** geworden». Die AfD liegt gemäß neusten Umfragen gleichauf mit der SPD. SRF.ch

- Mitteldeutschland kann nach Worten von Kanzler Scholz zu einem Wachstumsmotor werden. Hier finde gerade ein Boom statt, sagte der SPD-Politiker vor Beginn des Ostdeutschen **Wirtschaftsforums in Bad Saarow**. Es gebe kaum eine Zukunftstechnologie, die hier nicht bereits zuhause sei oder sich hier gerade ein Zuhause suche. Zentrale Themen der dreitägigen Konferenz sind unter anderem die Auswirkungen des Ukraine-Krieges, die Energieversorgung und die Digitalisierung. RBB.de

Frankreich – Ein 7'000 Jahre altes Denkmal wird abgerissen, um Platz für einen Baumarkt zu schaffen. Dutzende alter Menhire im Südwesten Frankreichs wurden eingeebnet, um Platz für eine weitere Filiale einer landesweiten Baumarktkette zu machen, was bei den Einheimischen einen Aufschrei auslöste. An der historischen Stätte **Montauban in Okzitanien** befanden sich mindestens 39 Megalithsteine. Der örtliche Archäologe Christian Obeltz sagte den Medien diese Woche, dass die Stätte zerstört sei. Die französische Gemeinde Carnac ist berühmt für Tausende sogenannter Menhire – Menhire, die von neolithischen Menschen zu Zwecken errichtet wurden, die noch immer ein Rätsel sind. Doch im Gegensatz zu den wichtigsten Touristenattraktionen der Region, Menec, Kermario und Kerlescan, die auf der UNESCO-Liste des Weltkulturerbes stehen, hat die Steingruppe in Montauban, nur 1,5 Kilometer entfernt, laut örtlichen Behörden nur geringen historischen Wert. Die beliebte französische Einzelhandelskette Mr. Bricolage, die Heimwerkerartikel anbietet, baut derzeit ein neues Geschäft auf dem Gelände. RFI.fr

- 100. Jubiläum des 24h-Rennens. **Ferrari gewinnt sensationell in Le Mans** – Buemi fährt aufs Podest. Ferrari gewinnt bei der Rückkehr ans 24-Stundenrennen von Le Mans. Sébastien Buemi wird im Toyota Zweiter.
- Viele hundert Seesterne sind an Stränden der Bretagne in Westfrankreich angespült worden. Betroffen seien Strände am Golf von Morbihan und in

Finistère, berichtete der Sender TF1. Über die Ursache für das Anspülen der Tiere im Rhythmus der Flut wird noch gerätselt. Der Experte der Meeresforschungsstation in Concarneau, Guillaume Masse, vermutet, dass Bakterien oder **Viren die Seesterne befallen** haben könnten.

- Es ist eine Premiere: Ein Astronom entdeckt, dass sich ein kleiner Asteroid auf die Erde zu bewegt. Wenig später schlägt der Meteorit ein. Schon zwei Tage danach wird das erste Fragment gefunden. Ludovic Ferrière ist Kurator der weltweit größten und ältesten Meteoritensammlung am Naturhistorischen Museum in Wien. Kaum war das erste Fragment in dem normannischen Dorf Saint-Pierre-le-Viger geborgen, ist der Geologe ins Flugzeug gesprungen und hat es über Wien nach Bratislava gebracht. Die dortige Universität besitzt ein Speziallabor zur Messung kosmogener Radionuklide. Wenn ein Meteorit in die Erdatmosphäre eintritt, zerfallen die radioaktiven Elemente. «Nie zuvor konnten wir einen Meteoriten so schnell untersuchen wie hier», sagt Ferrière. Die Steine aus dem All sind 4,6 Milliarden Jahre alt. Dank der vielen Daten und Aufzeichnungen erlauben sie besonders wertvolle **Einblicke in die Frühzeit des Sonnensystems**, als die Erde noch nicht existierte. Ganz ohne Weltraummission. «Meteoriten enthalten Metall, und das rostet, sobald es mit Feuchtigkeit in Kontakt kommt. Ein derart frischer Stein ist für uns besonders wertvoll», sagt Brigitte Zanda, die am Institut für Mineralogie, Materialphysik und Kosmochemie in Paris forscht. SRF.ch

Großbritannien – Boris Johnson gibt seinen Parlamentsposten auf. Der ehemalige Premier saß als Abgeordneter der konservativen Partei für den Wahlkreis Uxbridge im House of Commons. SRF.ch

- Der Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks, Julian Assange, hat Berichten zufolge im Rechtsstreit über seine geplante Auslieferung in die USA einen weiteren Rückschlag hinnehmen müssen. Wie die britische Zeitung „The Guardian“ unter Berufung auf Assanges Unterstützerkreis heute berichtete, wies der Londoner High Court **Assanges Antrag auf Berufung** gegen den Auslieferungsbescheid der britischen Regierung ab. Die Gefahr, dass der 51-Jährige nun tatsächlich an die USA überstellt werde, sei „nun so real wie nie zuvor“, hieß es in einer Mitteilung der Organisation Reporter ohne Grenzen.

- Archäologen haben in Grossbritannien mehr als 50 römische Pinzetten ausgegraben, die die „Besessenheit“ der antiken Kultur von Haarlosigkeit offenbaren. Die einfachen Werkzeuge wurden nicht nur zum Zupfen der Augenbrauen verwendet, sondern auch zum Entfernen unerwünschter Haare – auch in den Achselhöhlen. Die Pinzetten sind Teil einer größeren Ausstellung eines Museums im britischen Dorf Wroxeter bei Shrewsbury (50 km westlich von Birmingham), dass in der Antike unter dem Namen **Viriconium Cornoviorum** bekannt war und eine der am besten erhaltenen römischen Städte in Grossbritannien ist. Es sind mehr als 400 Artefakte zu bestaunen, die das Streben der Römer nach Sauberkeit und Schönheit veranschaulichen. ORF.at

Honduras – Honduras hat offiziell den **Beitritt zur New Development Bank (NDB)** der BRICS-Gruppe der großen Schwellenländer beantragt, teilte das Büro von Präsident Xiomara Castro am Samstag mit. Castro traf sich mit der

Präsidentin der Bank, der ehemaligen brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff, während ihres offiziellen sechstägigen Besuchs in China. Die NDB mit Hauptsitz in Shanghai wurde bereits 2014 von den BRICS-Mitgliedstaaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika gegründet. Die fünf Volkswirtschaften des Blocks machen mehr als 40 % der Weltbevölkerung und fast ein Viertel aus globales BIP. CGTN.cn

Indien – Indien, das den rotierenden Vorsitz der G20 innehat, plant nicht, den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski zum jährlichen Gipfel einzuladen, der vom 9. bis 10. September in Neu-Delhi stattfinden soll. Der Außenminister des Gastgeberlandes, Dr. Subrahmanyam Jaishankar, erläuterte die Position Neu-Delhis während einer Pressekonferenz am Donnerstag. AIR.in

Italien – Der frühere italienische Ministerpräsident, **Silvio Berlusconi, ist im Alter von 86 Jahren gestorben.** Viele Menschen, darunter auch hochrangige Politiker aus aller Welt, würdigten den «Cavaliere». So sei Berlusconi ein Kämpfer gewesen, wie die aktuelle Ministerpräsidentin Italiens, Giorgia Meloni, in einer Videobotschaft sagt. Berlusconi habe nie Angst gehabt, seine Überzeugungen zu verteidigen. «Diese Entschlossenheit hat ihn zu einem der einflussreichsten Männern Italiens gemacht», meint Meloni. So habe er sich durchgesetzt in der Politik, in der Kommunikation und in der Geschäftswelt. Auch Italiens Staatspräsident, Sergio Mattarella, anerkennt die Leistungen des ehemaligen Premiers: «Berlusconi war ein großer politischer Anführer, der die Geschichte der Republik geprägt hat.» Auch politische Rivalen würdigen den Verstorbenen: «Berlusconi hat Geschichte geschrieben in diesem Land», sagt Matteo Renzi, einst sozialdemokratischer Ministerpräsident. «Mit dem Tod von Berlusconi endet eine Ära», so die Oppositionsführerin und Parteichefin des Partito Democratico, Elly Schlein. Papst Franziskus nennt den fast gleichaltrigen Berlusconi in einem Kondolenzschreiben einen «Protagonisten des politischen Lebens in Italien», der sich entschlossen der öffentlichen Verantwortung gestellt habe. Nach dem Tod von Silvio Berlusconi kommen auch aus dem Ausland Mitleidsbekundungen. Der russische Präsident Wladimir Putin würdigt Berlusconi in einem Beileidstelegramm als «Patriarchen» der italienischen Politik und wahren Patrioten, der Italiens Ansehen auf der Weltbühne verbessert habe. «Ich habe seine Weisheit und seine Fähigkeit, selbst in den schwierigsten Situationen ausgewogene und weitsichtige Entscheidungen zu treffen, immer aufrichtig bewundert», so Putin. «Der große Kämpfer ist gegangen!», schreibt Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán auf Twitter. Er zählt zu den frühen Bewunderern Berlusconis, mit dem er persönlich befreundet war. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sagt, er sei «zutiefst betrübt» und spricht Berlusconis Familie und dem italienischen Volk sein Beileid aus. Zudem würdigt Fifa-Präsident Gianni Infantino den erfolgreichen Ex-Chef des AC Mailand in einer Erklärung als einen «Visionär», der «in Sachen Fußball alles lange vor anderen vorausgesehen hatte». «Viele hielten ihn für einen Visionär, und sie hatten recht. In Sachen Fußball hatte er alles lange vor allen anderen vorausgesehen», schreibt Infantino. Als er jung war, arbeitete Berlusconi mit seinem Freund, dem späteren Geschäftsmann Fedele Confalonieri, auf Kreuzfahrtschiffen, um als Musiker und

Entertainer Geld zu verdienen. Berlusconi schloss sein Jurastudium mit Auszeichnung ab, komponierte Musik und schrieb Bücher. Im Jahr 1961 gründete Berlusconi Fininvest, das in den folgenden Jahrzehnten zur Holdinggesellschaft vieler Tochtergesellschaften werden sollte. Die wichtigsten Projekte betrafen damals einige große Bauprojekte in Mailand. Durch die Installation des Kabelfernsehens gelangte er in die Medienwelt. Er kaufte einen lokalen Sender und entwickelte ihn als Canale 5 zu einem landesweiten Privatsender. Ein Jahr später (1979) wurde die Werbegruppe Publitalia 80 gegründet. 1984 wurde der Fernsehsender Rete 4 aufgekauft. Zwei Jahre später stieg Fininvest in die Welt des Fußballs ein und wurde Eigentümer des Fußballvereins AC Mailand. Seit 1991 gehört auch der Mondadori-Verlag zur Fininvest-Gruppe. Medusa Film wurde 1995 gegründet und entwickelte sich im Laufe der Jahre zum italienischen Marktführer in der Filmproduktion und im Filmvertrieb. SRF.ch

Schottland – Die Ex-Regierungschefin Nicola **Sturgeon wurde festgenommen**, wie britische Medien berichten. In der Untersuchung geht es um eine Parteispendenaffäre. Die schottische Polizei teilte mit, eine 52-jährige Frau sei «als Verdächtige im Zusammenhang mit den laufenden Ermittlungen zur Finanzierung und den Finanzen der Scottish National Party» festgenommen worden. SRF.ch

Ukraine. Das ukrainische Militär habe bei seinem scheiternden Versuch, eine Gegenoffensive gegen russische Streitkräfte zu starten, „erhebliche“ Verluste erlitten, sagten US-Beamte am Donnerstag gegenüber CNN. Während Kiew über seine Verluste schwieg, schätzt Moskau, dass die Offensive der Ukraine bereits fast **5'000 Menschenleben gekostet** hat. [CNN.us](https://www.cnn.com) • Das ukrainische Kulturministerium hat einen Gedenkgottesdienst für Hetman Ivan Masepa (Іван Степанович Мазепа, 1639–1709) angekündigt, der für den 11. Juni in der Allerheiligenkirche im Kiewer Höhlenkloster geplant ist. Die Zeremonie zu Ehren des Kosakenführers aus dem 17. Jahrhundert, der Russland an Schweden verriet, wird mit **Unterstützung der UNESCO** organisiert. Nach Angaben des Ministeriums „wird zum ersten Mal in der Geschichte der Kiewer Höhlenklöster ein Gedenkgottesdienst für ihren frommen Gönner und Gründer, **Hetman Ivan Masepa**, abgehalten, der zu Lebzeiten von der russischen Kaiserkirche wegen seiner Unwilligkeit verflucht wurde, sich Moskau zu unterwerfen.“ Die ukrainische Korvette Hetman Ivan Masepa der ukrainischen Marine ist nach ihm benannt. RU.ua

• Die **Flutkatastrophe in der Südukraine** nach der Zerstörung eines riesigen Staudamms an der Frontlinie zum russisch besetzten Gebiet hat die humanitäre Lage in der Kriegsregion weiter verschärft. Der ukrainische Präsident Selenski kritisiert die internationale Gemeinschaft für ihre Untätigkeit und fordert mehr Hilfe für die Betroffenen. TRT.tr

Schweiz – Millionenteure Hochtechnologie. ETH Zürich nimmt **neuen Brandsimulator** in Betrieb. Holz wird zum Bauen immer beliebter. Doch was, wenn es brennt? Die ETH Zürich untersucht dies mit einem Brandsimulator. • Joel Rüthi hat ihn gefunden, den Pilz 943 – nicht alleine, zusammen mit seinem Team der Eidgenössischen Forschungsanstalt Wald, Schnee und Landschaft

(WSL). Das Team forscht unter anderem im Engadin daran, wie unser Plastik-Problem dank der Natur gelöst werden könnte. Der **Super-Pilz 943** könnte dabei helfen. Das Spezielle an 943 ist: der Pilz hat Enzyme in sich, die nicht nur Bio-Plastik (PLA) zersetzen, sondern sie tun dies bei kühlen Temperaturen. Innert zwei Monaten ist die Hälfte eines Bioplastikstückes bei 15° Celsius abgebaut. Das kann viel Energie sparen.

- Das Aargauer Dorf Brunegg schafft den einzigen Bancomaten in der Gemeinde ab. Die Gemeindeversammlung hat entschieden, dass der Betrieb zu teuer ist. Der Fall zeigt exemplarisch, warum immer mehr Geldautomaten aus kleineren Gemeinden verschwinden. **Pro Monat zahlt Brunegg knapp 1300 Franken Gebühren für den Bancomaten**, der neben Bäckerei und Briefkasten steht. Das Gerät sollte das Dorfleben stärken und der Bäckerei mit Café mehr Frequenz bringen, damit auf diese Weise eine Art Dorfzentrum für die knapp 900 Einwohner entsteht. Die monatliche Gebühr von 1300 Franken muss die Gemeinde zahlen, weil der Bancomat kaum genutzt wird. Denn damit es im Dorf überhaupt einen Geldautomaten gibt, musste die Gemeinde laut Gemeindepräsidentin Beatrice Zandonella einen «Deal» mit der zuständigen Bank machen. Mindestens 150 Bargeldbezüge pro Tag sind nötig, sonst wird laut Vertrag eine Art Strafzahlung fällig.

04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 18.06.2023

Afghanistan – Afghanistan unterbindet den Schlafmohn-Anbau für Opium innert Jahresfrist fast vollständig. SRF.ch

Australien – Die Regierung wird ein Gesetz einführen, das die Verwendung von **Nazi-Symbolen unter Strafe** stellt. Unter anderem soll das Zeigen von Hakenkreuzen auf Kleidung, Fahnen und Armbändern verboten werden. Auch online soll das Symbol nicht mehr verwendet werden, was auch für das ss-Logo gilt. Nach Angaben des Generalstaatsanwalts hat die rechtsextreme Gewalt im Land zugenommen und Neonazi-Gruppen werden sichtbarer. „Diese Symbole gehören nicht nach Australien“. Nach dem neuen Gesetz wird die Verwendung von Nazi-Symbolik mit einer Höchststrafe von zwölf Monaten bestraft. Das Gesetz verbietet auch den Handel mit Nazi-Artikeln. Das Parlament muss sich hierzu noch äußern. Ein bundesweites Hitlergrußverbot wird es nicht geben. NOS.nl

Brasilien – Die brasilianische Sängerin Astrud **Gilberto ist verstorben**. Laut Gilbertos offiziellem Instagram-Account wurde sie 83 Jahre alt. In den 1960er Jahren wurde sie mit dem internationalen Hit The Girl From Ipanema bekannt. Sie nahm dieses Lied mit dem amerikanischen Saxophonisten Stan Getz auf. Dafür erhielt sie 1965 einen Grammy. SRF.ch

Bulgarien – Es gibt über 470'000 legitime Unterschriften für die Abhaltung eines Referendums darüber, ob Bulgarien im Jahr 2025 die einheitliche **europäische Währung Euro einführen** soll. Dies wurde durch die Überprüfung von über 600'000 von der Partei „Vazrazhdane“ (Wiederbelebung) eingereichten Unterschriften durch die Hauptdirektion „Zivilregistrierung“ gezeigt und Verwaltungsdienst“. Nach Angaben der Partei ist die gesetzliche Verpflichtung, bei den nächsten Wahlen eine Volksabstimmung zu diesem

Thema durchzuführen, erfüllt, da über 400'000 legitime Unterschriften vorliegen. Die Partei räumte jedoch ein, dass der Öffentlichkeit keine Fragen zu den Verpflichtungen gestellt werden könnten, die Bulgarien bereits eingegangen und ratifiziert hat. Im Fall der einheitlichen europäischen Währung geschah dies, als wir der Europäischen Union beitraten. Die Partei erklärte, dass wir den Euro zwar akzeptieren werden, „Vazrazhdane“ jedoch möchte, dass der bulgarische Lew so lange wie möglich erhalten bleibt. Nach Berechnungen von „Vazrazhdane“ soll die Nationalversammlung einen Termin für das Referendum bis zum 7. Juli festlegen. BNR.bg

EU – Die Europäische Kommission gab bekannt, dass die Kapazität des EU-Haushalts zur **Unterstützung der Ukraine erschöpft** sei und nach neuen Optionen für die Fortsetzung gesucht werden müsse. Dies geschah bei der Vorstellung des Entwurfs des EU-Haushalts für 2024 am Mittwoch. BNR.bg

In der **Euro-Zone** ist die Wirtschaftsleistung zu Jahresbeginn überraschend gesunken. Im ersten Quartal habe das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zum Vorquartal nachgegeben, teilte das Statistikamt Eurostat heute in Luxemburg nach einer dritten Schätzung mit. Der Währungsraum ist damit in eine technische Rezession gerutscht. ORF.at

Italien – Das Regionalgericht im italienischen Novara sprach eine **Haftstrafe von zwölf Jahren gegen Stephan Schmidheiny** wegen der fahrlässigen Tötung von 147 Menschen aus. Das Urteil reiht sich ein in eine juristische Saga, die sich über mittlerweile fast 40 Jahre zieht. Schmidheiny stieg in den 1970er-Jahren im Unternehmen seines Vaters ein. Die Eternit-Gruppe war in mehr als 20 Ländern aktiv – allein in Italien an vier Standorten. 1973 hatte man die Mehrheit am Werk in Casale Monferrato im Piemont erworben. Zu Spitzenzeiten arbeiteten dort bis zu 2000 Personen in der Asbestverarbeitung und stellten Rohre oder Dachplatten her. Eternit Italia wird von der italienischen Justiz vorgeworfen, zwischen 1966 und 1986 für den Tod oder die Erkrankung von mehr als 3000 Arbeitern und Anwohnern verantwortlich zu sein. SRF.ch

Griechenland und Ungarn haben eine neue Version des elften Sanktionspakets gegen Russland blockiert. Ein Führungswechsel in Österreich und der Slowakei könnte den **Untergang des Brüsseler Sanktionsregimes** bedeuten. RTBF.be

Japan – Er gehört zu einer Gruppe von 70 Ukrainern, die in die Hafenstadt Yokohama – 27 Kilometer von der japanischen Hauptstadt Tokio entfernt – geschickt werden, wo die örtlichen Behörden für vorübergehende Unterkunft, Verpflegung und Lebenshaltungskosten sorgen. Bezeichnenderweise nennt Japan die **Ukrainer nicht Flüchtlinge, sondern Evakuierte**. Das liegt daran, dass Tokio davon ausgeht, dass sie alle irgendwann nach Hause gehen. Historisch gesehen nimmt Japan nur sehr wenige Flüchtlinge auf. Laut der Japan Association for Refugees gewährte es im vergangenen Jahr nur 74 Antragstellern den Flüchtlingsstatus – die höchste Zahl aller Zeiten, aber weniger als 1 % aller Antragsteller. Einige in Japan betrachten ihr Land als monoethnisch – nicht als eine Nation von Einwanderern. Aber die Idee ist umstritten. Menschenrechtsgruppen und Flüchtlingsbefürworter sagen, das System sei bewusst darauf ausgelegt, die Messlatte für erfolgreiche Flüchtlingsanträge hoch zu legen. Flüchtlinge, die in Japan Asyl beantragen, müssen nachweisen, dass ihnen in ihrem Heimatland lebensbedrohliche Verfolgung droht. SRF.ch

Kosovo – Die Türkei, die nach den USA über das zweitgrößte Militär der Nordatlantikpakt-Organisation verfügt, wird im Oktober die KFOR von Italien übernehmen. TRT,tr

Kuba – China hat sich einem Medienbericht zufolge mit Kuba auf die **Einrichtung einer elektronischen Abhörstation** auf der Insel verständigt. Damit könnte China die Kommunikation im Südosten der USA abfangen und den Schiffsverkehr überwachen. ORF.at

Luxemburg – Nach jahrelangem Ringen haben sich die EU-Staaten auf eine **Verschärfung der EU-Asylregeln** verständigt. Die 27 EU-Innenministerinnen und -minister stimmten am Donnerstagabend in Luxemburg einem dritten Kompromissvorschlag des schwedischen Ratsvorsitzes zu, wie Schwedens Migrationsministerin Maria Malmer Stenergard sagte. Der Einigung waren zähe Verhandlungen und viel Kritik vorausgegangen. So sollen ankommende Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig nach dem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen. Dort soll im Normalfall binnen sechs Monaten geprüft werden, ob der Antragsteller Chancen auf Asyl hat. Wenn nicht, soll er umgehend zurückgeschickt werden. Die Mehrheit der Flüchtlinge – etwa aus Syrien, Afghanistan und dem Sudan – soll weiter Recht auf ein normales Verfahren haben. Jene Mitgliedsstaaten, die von einem Ansturm auf ihre Grenzen überfordert sind, sollen solidarisch Hilfe erhalten. Zugleich soll es jenen Staaten, die keine Menschen aufnehmen wollen, möglich sein, sich „freizukaufen“. 20'000 Euro sind pro nicht aufgenommenem Asylwerber zu zahlen. Nicht unterstützt wurde die Reform von den Ländern Polen, Ungarn, Malta, der Slowakei und Bulgarien. Tschechien machte nach der Einigung deutlich, dass es sich nicht an dem Solidaritätsmechanismus beteiligen will. ORF.at

Norwegen – Der Wind verbreitet den **Rauch aus Kanada** über Grönland und Island nach Nordeuropa. Die norwegischen Behörden gehen davon aus, dass der Rauch heute das Land erreichen wird. Gesundheitsrisiken bestehen vorerst nicht, berichtet das norwegische Forschungsinstitut für Klima und Umwelt NILU. „Wir können wahrscheinlich einen Teil des Rauchs sehen und riechen. Aber die Partikel in der verschmutzten Luft hier in Norwegen sind nicht groß genug, um schädlich zu sein.“ NOS.nl

Österreich – Bei einem **Brand in einem Bahntunnel** im österreichischen Bundesland Tirol sind mehr als 30 Zugreisende leicht verletzt worden – mit Verdacht auf Rauchgasvergiftung. Es wurden 151 Menschen aus dem Zug evakuiert, der von Innsbruck nach Hamburg und Amsterdam unterwegs war. Rund 700 Einsatzkräfte seien im Einsatz gewesen. Die Menschen wurden mit sogenannten Fluchthauben aus dem Zug in Sicherheit gebracht. Der Sender ORF und die Nachrichtenagentur APA berichteten, dass laut Einsatzkräften ein Schaden an der Oberleitung einen Brand auf Autos ausgelöst habe, die auf einem Auto-Waggon des Zuges transportiert wurden. Eine Oberleitung sei auf Autos gefallen. Anschließend hätten die Autos Feuer gefangen. SRF.ch

● Bei 99 Prozent der Kriegsbomben, die nach wie vor gefunden werden, handelt es sich um Sprengbomben, sagt Stefan Plainer, Geschäftsführer der EOD Munitionsbergung, gegenüber noe.ORF.at. In Guntramsdorf, 15 km südlich von Wien, wurde am Dienstag eine **Napalmbombe ausgegraben**. Zuvor habe die EOD Munitionsbergung erst einmal eine solche Bombe entdeckt – und das nur etwa 100 Meter vom aktuellen Fundort entfernt. ORF.at

Russland – „Die Sprengung des Staudamms mag für die Ukraine schlecht sein, aber es schadet Russland noch mehr, und genau aus diesem Grund hat die ukrainische Regierung darüber nachgedacht, den Staudamm zu zerstören“, sagte Carlson. Er stellte weiter fest, dass ein ukrainischer General in Kommentaren gegenüber der Washington Post im vergangenen Dezember zugegeben hatte, Angriffe auf die Kachowka-Staudammanlage geplant zu haben. Mehr auf **@TuckerCarlson** – RT.ru

Schweiz – Coinbase und Binance in USA angeklagt – Zuger Firma betroffen. Die Vorwürfe haben es in sich: Kundengelder sollen heimlich umgeleitet worden sein. Die Spuren führen nach Zug. Betrug und Täuschung von Investoren – das sind zwei der happigsten Vorwürfe der US-Börsenaufsicht gegen Binance, die weltgrößte Krypto-Börse. Die Spuren führen direkt in die Schweiz: Nach Zug, wo an der Gubelstraße die Firma Sigma Chain ihren Sitz hat. Laut den US-Behörden wird die Zuger Firma von Changpeng Zhao kontrolliert, dem Gründer von Binance. Binance soll Kundengelder über die Zuger Firma wieder auf die Kryptoplattform umgeleitet haben, um das Handelsvolumen auf Binance künstlich aufzublähen. Also den Anschein zu erwecken, dass die Handelsplattform viel genutzt wird, auch wenn das gar nicht der Fall ist. Binance selbst weist die Anschuldigungen zurück. Insgesamt ist die Anklageschrift der amerikanischen Börsenaufsicht über 130 Seiten lang – und umfasst zahlreiche Vorwürfe. Binance soll Finanzgeschäfte illegal, ohne die nötige Zulassung betrieben und Investoren getäuscht haben. Und der Binance-Gründer Zhao soll auch ein Handelsunternehmen auf den karibischen Jungferninseln benutzt haben, um Kundengelder auf ein eigenes Konto umzuleiten. Das erinnert sehr stark an den Zusammenbruch der Kryptobörse FTX. Auch bei FTX sind Gelder von Kunden ohne deren Wissen abgezweigt worden, um damit zu spekulieren. Seit dem Zusammenbruch der Kryptobörse FTX verschärfen die US-Behörden die Maßnahmen gegen Krypto-Schergewichte. So auch gegen die Kryptoplattform Coinbase, die heute ebenfalls angeklagt wird, weil sie gegen das Wertpapiergesetz in den USA verstoßen haben soll. Die neueste Klagewelle hat Einfluss auf die Krypto-Branche weltweit. Die wichtigsten Kryptowährungen Bitcoin und Ethereum verloren heute teilweise bis zu 5 Prozent an Börsenwert. Die Schweiz ist ebenfalls betroffen: Dass eine Firma mit Sitz in Zug im Visier der neusten US-Vorwürfe ist, schadet dem Image der Schweiz. Jedoch nur auf den ersten Blick. Der gesamte **Schweizer Krypto-Standort**, der könnte von der neusten Klagewelle auch profitieren. Denn während in den USA eine Regulierung fehlt, die Rechtssicherheit bietet, hat die Schweiz die Nase bei der Krypto-Regulierung vorne. Branchenkenner beobachten hohe Abflüsse an Kundengeldern, weg von unregulierten Krypto-Börsen wie Binance, hin zu regulierten Finanzdienstleistern wie der Sygnum Bank in der Schweiz. Seit dem Zusammenbruch der Kryptobörse FTX hat sich dieser Trend verstärkt. Und dieser Trend dürfte sich jetzt, mit den neusten Klagewellen, noch einmal beschleunigen.

• Sowohl das World Economic Forum als auch das **Swiss Economic Forum** sind private Anlässe in der Schweiz, die allerdings nichts miteinander zu tun haben. Das SEF findet alljährlich in Interlaken statt und hat die Schweizer Wirtschaft und insbesondere Schweizer Jungunternehmen im Fokus. Das WEF dagegen wird jeweils im Januar in Davos ausgetragen und ist ein internationales Treffen von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Dort stehen vor allem globale Themen und Entwicklungen im Zentrum. Das SEF ist ein zweitägiger Wirtschafts Anlass in Interlaken und findet dieses Jahr zum 25. Mal statt. Jedes Jahr treffen sich gut 1000 Teilnehmende aus der ganzen Schweiz, wobei die überwiegende Mehrheit Unternehmerinnen und Unternehmer von Schweizer Firmen sind. Zudem nehmen auch Politikerinnen und Wissenschaftler teil. Das Programm besteht aus Referaten von nationalen und internationalen Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik. Ebenfalls ein wichtiger Teil ist das Networking, also der Austausch zwischen den Teilnehmenden. Eröffnet wird das SEF am Donnerstag von Bundespräsident Alain Berset. Es folgen diverse Vorträge und Diskussionen, etwa zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur Zukunft der Energie oder zu den Herausforderungen der KMU.

• Arbeitslosenquote sinkt unter Zwei-Prozent-Marke Der Schweizer Arbeitsmarkt ist nach wie vor in sehr guter Verfassung. Die Zahl der Stellensuchenden nimmt ab.

• Am Kinderspital Zürich ist es zu einem totalen Stromausfall gekommen. Die Behebung läuft auf Hochtouren.

• Krise der Erwachsenenbildung. Zehn Prozent Rückgang: Seit der Pandemie ist die Nachfrage bei den Volkshochschulen eingebrochen.

- Der Nationalrat hat ein **Unterstützungspaket für die Ukraine abgelehnt**. In diesem wären fünf Milliarden Franken für den Wiederaufbau und humanitäre Hilfe vorgesehen gewesen. Eine Motion der Außenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N) hatte verlangt, die rechtlichen Grundlagen für ein solches Hilfspaket zu prüfen. Die Parlamentarier der SVP, FDP und Mitte lehnten das Vorhaben der APK-N ab. Sie plädierten für Hilfe gemäß dem bewährten System, in Absprache mit anderen Ländern und entsprechend dem Bedarf, anstatt für «Schaufensterpolitik», wie FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann sagte. Er nannte die fünf Milliarden Franken und das Vorgehen der Befürworter «unseriös».
- **Engelberg wird zu teuer für Einheimische**. Bezahlbare Wohnungen sind nicht mehr nur in den Städten Mangelware, auch in den großen Tourismusorten ist günstiger Wohnraum knapp. Besonders prekär ist die Situation in Engelberg. «Wir sehen selbst, wie wenige Wohnungen ausgeschrieben sind», sagt Bendicht Oggier, Geschäftsführer der Gemeinde. Das Immobilienportal Homegate spuckt aktuell lediglich zwei Suchergebnisse aus. Sogar das Gewerbe beklagt sich. «Sie haben Schwierigkeiten, Fachkräfte zu finden, weil der Wohnraum fehlt», so Oggier. Es gibt mehrere Gründe für die Wohnungsnot der Einheimischen. Der Ort ist nicht nur wegen seiner Nähe zu den Bergen attraktiv, sondern bietet auch eine ausgebaute Infrastruktur. Für einen Bergort untypisch, können Kinder und Jugendliche in Engelberg nicht nur die Primar- und die Sekundarschule besuchen, sondern später auch das Gymnasium. Dann trägt auch die Obwaldner Tiefsteuerstrategie zu den steigenden Mietpreisen bei. Vor knapp 20 Jahren eingeführt, sucht sie schweizweit seinesgleichen. In Sarnen etwa bezahlt man laut «Vermögenszentrum» auf ein Vermögen von 25 Millionen Franken etwas mehr als 35'000 Franken Steuern pro Jahr. Zum Vergleich: In der ebenfalls steuergünstigen Stadt Zug ist es beinahe das Doppelte. Der Obwaldner Regierungsrat spricht bei seiner Steuerstrategie von einem Erfolg und verweist auf die Einnahmen, die zwischen 2018 und 2022 von gut 89 Millionen Franken auf über 110 Millionen angestiegen sind. Kritiker sehen das anders: Die Steuerstrategie habe Schattenseiten, wie eben die steigenden Mieten. Dies, weil sie mehr Leute in die steuergünstigen Orte lockt. Wie eben nach Engelberg, wo die Mieten im innerkantonalen Vergleich hoch sind. Nun soll wieder mehr günstiger Wohnraum her: Das Kloster Engelberg will auf seinem Areal 70 bezahlbare Wohnungen errichten. Es nimmt das Projekt gleich selbst in die Hand und überlässt das Land keinen Investoren. «Es geht nicht darum, das Größtmögliche hinauszuziehen. Es geht um das Wohnen für die Menschen vor Ort», sagt Christian Meyer, der Abt des Klosters. Die Idee ist nämlich, dass diese Wohnungen lediglich an Personen vermietet würden, die ihren Lebensmittelpunkt in Engelberg haben. Der Wohnraum soll bezahlbar bleiben: Für eine 4.5-Zimmer-Wohnung würde das Kloster weniger als 2000 Franken pro Monat verlangen, etwa so viel wie eine Neubauwohnung vor 15 Jahren gekostet hat in Engelberg.
- Inflation ist die größte Sorge von Schweizer Unternehmen. Die Teuerung hierzulande ist im Mai auf 2.2 Prozent gesunken. Trotzdem ist sie Sorge Nummer eins bei Unternehmern. SRF.ch

Sudan – Waisenhaus in Khartum evakuiert, wo **Dutzende Kinder gestorben** sind. Die Kinder starben an Unterernährung, Dehydrierung und Infektionen. Aufgrund der heftigen Kämpfe in der Hauptstadt war das Waisenhaus schwer zu erreichen. NOS.nl

Türkei – Die türkische Lira (₺), die heute um mehr als fünf Prozent fiel, erreichte zehn Tage nach der Wiederwahl von Präsident Recep Tayyip Erdoğan einen neuen historischen **Tiefstand gegenüber dem Dollar**, berichtete AFP. Die türkische Währung wurde im Vorfeld der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Mai von der türkischen Zentralbank erheblich unterstützt. Ein Dollar wurde heute kurz nach 10:00 Uhr bulgarischer Zeit in 22,80 türkische Lira umgetauscht, was einem Rückgang des Lira-Wechselkurses um 5,5 Prozent entspricht. Auch die türkische Lira verlor gegenüber dem Euro deutlich an Wert (-5,35 Prozent). Ein Euro wurde für rund 24,38 ₺ umgetauscht, während vor der zweiten Runde

der Präsidentschaftswahl am 28. Mai ein Euro für weniger als 21,5 ₺ gehandelt wurde. Heute gab die bulgarische Nationalbank einen Wechselkurs von 8,51 BGN (4.23 Franken) pro 100 ₺ bekannt. Die türkische Zentralbank gab zwischen dem 1. Januar und den Präsidentschaftswahlen fast 30 Milliarden US-Dollar aus, um die Lira zu stützen, und drückte damit ihre Währungsreserven zum ersten Mal seit 2002 in den negativen Bereich. BNR.bg

Ukraine – Der frühere NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat eine **Entsendung von westlichen Truppen in die Ukraine** nicht ausgeschlossen. Sollte sich die NATO bei ihrem Gipfel im Juli nicht „auf einen klaren Weg vorwärts für die Ukraine“ verständigen können, sei es gut möglich, „dass einige Staaten auf eigene Faust Handlungen setzen“, sagte Fogh Rasmussen der britischen Tageszeitung „Guardian“ nun. Konkret nannte er Polen und die baltischen Staaten.

- Russland hat der Ukraine vorgeworfen, eine wichtige **Ammoniakpipeline gesprengt** zu haben. Den russischen Angaben zufolge ereignete sich der Vorfall am Montagabend nahe einem Dorf in der nordöstlichen Region Charkow. Die Pipeline ist rund 2'500 Kilometer lang. Sie verbindet die russische Stadt Toljatti (Stawropol) an der Wolga mit dem Hafen der ukrainischen Stadt Odessa am Schwarzen Meer. Mit ihrer Hilfe wurden jährlich mehr als 2,5 Millionen Tonnen Ammoniak transportiert, das ein wichtiger Bestandteil von Düngemitteln ist. Moskau fordert die Wiederaufnahme des Betriebs der Pipeline. Das ist auch Teil der Verhandlungen zu einer Verlängerung des Getreideabkommens zwischen beiden Seiten, das den Export von Millionen Tonnen ukrainischem Getreide ermöglicht. ORF.at Niemand führt Buch über die Waffenlieferungen. Beim IS, in Gasa, in Afrika und anderswo tauchen Waffen aus der Ukraine auf. VESTI.ru

Ungarn – Die **neuen Kfz-Kennzeichen** (*rendszám*) bestehen seit 2022 neben dem blauen EU-Streifen aus zwei Buchstaben, gefolgt von dem Wappen Ungarns sowie zwei weiteren Buchstaben und einer dreistelligen Zahl. Die Vergabe der Kennzeichen erfolgt nach dem Datum der Zulassung, beginnend mit AA-AA-001, so dass ein Rückschluss auf das ungefähre Zulassungsdatum möglich wird. Als Schriftart wird eine Variante der fälschungssicheren FE-Schrift verwendet. Die Schrift ist maschinenlesbar. Es gibt Wunschkennzeichen, Umweltkennzeichen, Diplomaten-, Taxi-, Behördenkennzeichen. KR.hu

USA – Robert Hanssen, einer der berüchtigtsten Spione der amerikanischen Geschichte, ist in einem Gefängnis in Colorado gestorben. Er wurde zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er als FBI-Agent mindestens 16 Jahre lang Informationen an die Russen verkauft hatte. Die Todesursache des 79-jährigen Hanssen ist noch unklar. Hanssen trat 1976 dem FBI bei, wo zu seinen Aufgaben unter anderem das Aufspüren russischer Spione auf amerikanischem Boden gehörte. Irgendwann, ohne dass das FBI davon wusste, stellte er seine Dienste freiwillig dem sowjetischen Geheimdienst zur Verfügung. Zwischen 1985 und 2001 stellte er den Russen rund 6.000 Dokumente zur Verfügung, darunter auch militärische Pläne. Er wird außerdem mitverantwortlich für den Tod von mindestens drei sowjetischen Offizieren gemacht, die für den amerikanischen Geheimdienst arbeiteten und nach ihrer Enttarnung als Doppelagenten hingerichtet wurden. Die US-Polizei bezeichnete Hanssen als „den schädlichsten Spion in der Geschichte des FBI“. Hanssen wurde in Bargeld, Diamanten und Rolex-Uhren bezahlt. Seine Spionageaktivitäten brachten ihm schätzungsweise 1,4 Millionen Dollar ein. Allerdings blieb er, teilweise aufgrund seines bescheidenen Lebensstils, viele Jahre lang unter dem Radar. Im Jahr 2001 stieß er auf die Lampe. In einem Park in Virginia wurde er auf frischer Tat ertappt, als er eine Tasche voller geheimer Dokumente zurückließ. In seinem Prozess vermied Hanssen die Todesstrafe im Austausch für ein Geständnis. Er sagte, er habe sich mehr um Geld als um die sowjetische Ideologie gekümmert. NOS.nl

05) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 12.06.2023

Belgien – Einem Bericht zufolge wurde die Militärhilfe der NATO-Staaten für die Ukraine von pro-ukrainischen Kämpfern genutzt, um Russland anzugreifen. Premierminister Alexander De Croo sagte, Belgien werde die Ukraine um Klärung bitten, ob nach Kiew gelieferte belgische Gewehre von pro-ukrainischen Truppen zum Angriff auf die Westgrenze Russlands eingesetzt wurden. De Croos Kommentare kamen am Montag, nachdem die Washington Post am Wochenende berichtet hatte, dass Kremlgegner – die **Legion der Freiheit Russlands und das Russische Freiwilligenkorps** –, die letzten Monat von der Ukraine aus einen grenzüberschreitenden Angriff auf die russische Region Belgorod starteten, ursprünglich bereitgestellte taktische Fahrzeuge eingesetzt hätten von den Vereinigten Staaten und Polen in die Ukraine gebracht und in Belgien und der Tschechischen Republik hergestellte Gewehre mit sich geführt. RTBF.be

China – Verteidigungsminister warnt vor Kaltem Krieg. Am Sicherheitsgipfel in Singapur mahnte China andere Länder an, sich besser nicht in den Taiwan-Konflikt einzumischen.

- Wie die Nachrichtenagentur Xinhua berichtete, begannen chinesische Wissenschaftler am Dienstag mit der Bohrung des tiefsten Bohrlochs des Landes in der rohstoffreichen Region Xinjiang. Die von der China National Petroleum Corporation (CNPC) durchgeführten Bohrungen werden mehr als zehn Schichten der Erdkruste durchdringen und die Kreidegesteinsschicht erreichen, die **145 Millionen Jahre alt** ist – 10'000 Meter unter der Oberfläche. Das Projekt soll Informationen über die innere Struktur des Planeten liefern und die Möglichkeit bieten, fortschrittliche Tiefbohrtechnologien zu testen. Der Standort liegt im Tarim-Beckengebiet von Xinjiang im Nordwesten Chinas. CGTN.cn
- Nach einem halben Jahr an Bord der chinesischen Raumstation sind drei Astronauten heute zur Erde zurückgekehrt. Ihre Raumkapsel landete im Gebiet Dongfeng in der Inneren Mongolei nordöstlich des Raumfahrtbahnhofes Jiuquan in der Wüste Gobi. ORF.at

BR Deutschland – Deutschland werde nächstes Jahr **zwei Kriegsschiffe in den Indopazifik** entsenden, sagte Verteidigungsminister Boris Pistorius am Sonntag auf einem internationalen Gipfel vor dem Hintergrund anhaltender regionaler Spannungen zwischen China und Taiwan sowie dem umstrittenen Südchinesischen Meer. In einer Ansprache auf der Sicherheitskonferenz „Shangri-La Dialogue“ in Singapur erklärte Pistorius, dass die Seepassage, über die rund 40 Prozent des europäischen Außenhandels abgewickelt werden, respektiert werden müsse. DW.de

- Am Unesco-Welterbetag am 4.6. laden die **sieben Welterbestätten in Rheinland-Pfalz** zum Besichtigen ein. An dem Aktionstag gebe es zahlreiche Sonderführungen, Vorträge, Mitmachaktionen und Ausstellungen, teilte das rheinland-pfälzische Innenministerium in Mainz mit. Die Welterbestätten im Land sind der Dom zu Speyer (seit 1981), die römischen Monumente, der Dom und die Liebfrauenkirche in Trier (1986), das Obere Mittelrheintal (2002) und der Obergermanisch-Raetische Limes (2005). Seit 2021 gehören auch der Niedergermanische Limes, die SCHUM-Stätten in Speyer, Worms und Mainz sowie Bad Ems als Teil der „Great Spa Towns of Europe“ dazu. Als SCHUM (שׁוּׁם) wird der Verbund bezeichnet, den die jüdischen Gemeinden der oberrheinischen Städte Speyer, Worms und Mainz im Mittelalter bildeten. In hebräischen Quellen werden „die drei Heiligen Gemeinden“ seit dem 12. Jahrhundert als Spira, Warmaisa, Magenza genannt. Nach Angaben der Stadt Speyer verzeichnete der Judenhof mit Judenbad und mittelalterlicher Synagoge vergangenes Jahr mit rund 21'000 Besuchern einen neuen Rekord. In Worms kann man den ältesten erhaltenen jüdischen Friedhof Europas sowie das ehemalige jüdische Viertel mit Synagoge besuchen. Auch der jüdische Friedhof in Mainz kann an Sonntagen kostenlos besichtigt werden. SWR.de

- Das **Vitra Design Museum erzählt die Geschichte des Gartens** – und zeigt, warum er für die Zukunft der Erde so zentral ist. Blumen, Büsche und dazwischen Spazierwege, um

den Stress des Alltags hinter sich zu lassen: Die Idealvorstellung vom Garten als Ort der Erholung trägt. Denn ganz so idyllisch sei unser Verhältnis zum Garten nicht, sagt Viviane Stappmanns, die am Vitra Design Museum die Ausstellung «Garden Futures. Designing with Nature» ko-kuratiert hat. «Wir haben zwar die Sehnsucht nach der Natur, die sich im Garten widerspiegelt», sagt Stappmanns. Angesichts der Klimakrise überwiege aber die Ungewissheit, wie es für uns weitergehe und wie wir die Natur schützen sollen. Marten Kuijpers, leitender Forscher des Nieuw Instituut Rotterdam und an der Ausstellung beteiligt, sieht den Garten als Brennglas, durch das gesellschaftliche Probleme wie Klimawandel und Rückgang der Artenvielfalt betrachtet werden können. «Der Garten ist der Ort, an dem die Beziehung der Menschheit zur Natur verhandelt wird.» In der Vergangenheit hätten die Menschen Gärten so konzipiert, dass sie die Natur beherrschten. Das müsse sich ändern. Laut Definition ist ein Garten ein umzäuntes Stück Land, oft in der Nähe eines Hauses. Die westliche Entwicklung von Gärten spiegelte meist Idealbilder der Natur wider: die geometrischen französischen Gärten des Barocks ebenso wie der englische Landschaftsgarten, der die Natur imitiert. «Oft waren Gärten Orte der Selbstversorgung oder privilegierten Personen vorbehalten», sagt Kuratorin Stappmanns. Dass Menschen eigene Gärten haben, komme in der westlichen Welt erst mit dem Bürgertum und später den Schrebergärten auf. Das Vitra Design Museum zeigt eine der sogenannten «Ward'schen Kisten» aus Glas und Holz. Sie war wegweisend für die Entwicklung der Botanischen Gärten in Europa. Mit ihr konnte man ab 1835 Pflanzen aus den Kolonien transportieren. Eine Liege von 1930 erzählt davon, wie sich der Garten zu einem Freizeitort gewandelt hat. «Heute können Gärten auch ganz andere Dinge sein», sagt Viviane Stappmanns. «Zum Beispiel Grundstücke in der Stadt, die nicht mehr genutzt werden, in denen Urban Gardening betrieben wird.» Exemplarisch sei der Garten Kebun Kebun Bangsar in Malaysias zugebauter Hauptstadt Kuala Lumpur. «Eine Gruppe von Aktivistinnen hat sich 2013 dafür eingesetzt, dass eine Fläche unter einer Hochspannungsleitung als Garten bebaut werden kann.» Mit Erfolg: Der Garten kühlt die Umgebung ab und sorgt für ein Mikroklima. Einzigartig ist auch der Garten der amerikanisch-antiguanischen Literaturwissenschaftlerin Jamaica Kincaid: «Sie setzt sich darin mit der Kolonialgeschichte der Pflanzen auseinander, indem sie sie anpflanzt, darüber recherchiert und schreibt.» Doch wie steht es um die Zukunft von Gärten? «Im Garten geht es immer um lokale Gegebenheiten», so Viviane Stappmanns. «Vielleicht können wir vom Gärtnern lernen, uns wirklich lokal mit den Dingen auseinanderzusetzen». Die Designerin Marjan van Aubel zum Beispiel schlägt vor, kleine Dachgärten zur Selbstversorgung zu pflanzen, mit einer wassersparenden Technologie. Der «Pollinator Pathmaker» der Künstlerin Alexandra Daisy Ginsberg wiederum ist ein Algorithmus, der Gärten aus der Perspektive von Insekten bepflanzt. In diesen Zukunftsszenarien wird der Garten wieder zu einem utopischen Ort: für Menschen, für Pflanzen, für die ganze Biodiversität. Eigentlich paradiesisch. Ausstellungshinweis: Das Vitra Design Museum in Weil am Rhein zeigt die Ausstellung «Garden Futures. Designing with Nature» vom 25.03.2023 – 03.10.2023. Weil am Rhein (alemannisch Wiil am Rhii) ist eine südbadische Mittelstadt mit rund 30'000 Einwohnern im äußersten Südwesten Deutschlands unmittelbar im Dreiländereck Deutschland-Schweiz-Frankreich. Deshalb darf sie seit dem 1. Oktober 2022 die Bezeichnung 3-Länder-Stadt führen. SRF.ch

Donezk VR – Die ukrainische Sprache werde im nächsten Schuljahr nicht an den Schulen der Volksrepublik Donezk (DVR) unterrichtet, sagte der amtierende Leiter der Region, Denis Puschilin. Die Sprache ist in der Republik nicht verboten, aber die einheimischen Studenten wollten sie einfach nicht. VESTI.ru

Frankreich – Finnische Komponistin **Kaija Saariaho verstorben**. Sie war eine der wichtigsten zeitgenössischen Komponistinnen. Nun ist Kaija Saariaho mit 70 Jahren in Paris gestorben. SRF.ch

Großbritannien – Trotz internationaler Kritik wegen des Vorgehens gegen unerwünschte Migranten will Grossbritannien noch mehr Menschen vorübergehend auf Schiffen unterbringen. Der konservative Premierminister Rishi Sunak kündigte heute in Dover an, zwei weitere Lastkähne anzuschaffen und dort insgesamt 1000 Menschen einzuquartieren. ORF.at

- Der britische Premierminister Rishi Sunak wird US-Präsident Joe Biden ermutigen, den derzeitigen britischen Verteidigungsminister **Ben Wallace als nächsten NATO-Generalsekretär** zu unterstützen, berichtete The Telegraph am Sonntag. Wallace hat bereits zuvor Interesse an der Führung des westlichen Militärblocks bekundet. BBC.uk
- Prinz Harry hat vor einem Gericht in London gegen den Verlag Mirror Group Newspapers (MGN) ausgesagt und dabei schwere Vorwürfe gegen die britische Boulevardpresse erhoben. Bei der zivilen Sammelklage gegen MGN werden exemplarisch Fälle von mehreren Prominenten verhandelt, die den Journalisten vorwerfen, sie bespitzelt zu haben. Im Vordergrund steht dabei, wie sehr die Führungsebene verwickelt war. Prinz Harry betonte, mit seiner Klage gegen den Verlag Mirror Group Newspapers (MGN) («Daily Mirror», «Sunday Mirror» und «People») wolle er gesetzwidriges Verhalten von Reportern offenlegen. «Offensichtlich will ich nicht, dass irgendjemand dasselbe durchmacht, was ich auf persönliche Weise erleiden musste», hiess es einer am Dienstag veröffentlichten schriftlichen Zeugenaussage. Der 38-Jährige wirft MGN-Reportern vor, ihn über Jahre abgehört und daraufhin Artikel mit privaten Inhalten veröffentlicht zu haben. Der Verlag weist das entschieden zurück. SRF.ch

Haiti – Ein Geschäftsmann bekommt lebenslange Haft wegen Beteiligung an der Ermordung von Präsident Jovenel Moïse (*1968) im Jahr 2021. Rodolphe Jaar erhielt die Höchststrafe, obwohl er sich schuldig bekannt und versprochen hatte, mit den Ermittlern zusammenzuarbeiten, in der Hoffnung auf eine mildere Strafe. NOS.nl

Indien – Indien hat seinen Platz als **fünftgrößter Aktienmarkt** der Welt zurückerobert, berichtete Bloomberg Anfang dieser Woche unter Berufung auf Berechnungen, die auf Handelsdaten basieren. Dem Bericht zufolge stieg die Marktkapitalisierung börsennotierter indischer Unternehmen am vergangenen Freitag auf ein Viermonatshoch von 3,3 Billionen US-Dollar und übertraf damit die Marktkapitalisierung Frankreichs. Indien verlor seinen Platz unter den ersten fünf im Januar an Frankreich, als die Aktien der Adani Group, einem indischen multinationalen Mischkonzern, einbrachen.

- Nach Angaben der Landesregierung wird Foxconn, das taiwanesisches multinationales Unternehmen und Apples größter Zulieferer, im April nächsten Jahres mit der Produktion von iPhones im südindischen Bundesstaat Karnataka beginnen. Das Projekt, dessen Kosten nach Schätzungen der Regierung von Karnataka 1,59 Milliarden US-Dollar betragen werden, dürfte 50'000 neue Arbeitsplätze schaffen und steht im Einklang mit dem ehrgeizigen „Made in India“-Programm des indischen Premierministers Narendra Modi. AIR.in
- Nach dem schwersten **Zugunglück in Indiens** Geschichte ist die Zahl der Toten auf fast 300 gestiegen. Dies teilt die indische Bahn unter anderem laut den indischen Nachrichtenagenturen ANI und PTI mit. In Odisha bei Kalkutta waren am Freitagabend zwei Personenzüge und ein Güterzug zusammengestoßen. SRF.ch

Iran – Die Islamische Republik hat eine **neue Marineallianz am Golf** verkündet. Mitglieder der neuen Kooperation sollen nach iranischen Angaben Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Oman, Katar, der Irak und auch Indien sein. ORF.at

Italien – Es stellte sich heraus, dass es sich bei dem Boot, das auf dem Lago Maggiore sank, hauptsächlich um Geheimagenten handelte. Das berichten italienische und britische Medien auf Basis eigener Recherchen. Vier der 23 Menschen an Bord kamen bei dem Unfall

ums Leben. Am vergangenen Wochenende wurde bekannt, dass ein Boot durch einen Wirbelsturm auf dem Unteren Maggiore gesunken sei. Eine Quelle innerhalb der italienischen Polizei teilte Corriere della Sera mit, dass die **Gruppe von Geheimagenten** nach einem Ausflug auf dem Lago Maggiore zum Mittagessen auf die Isola Pescatori ging. Während der Fahrt wurde das Boot plötzlich von extrem starken Winden erfasst, woraufhin es kenterte und sank. Da sich nun herausstellt, dass es sich dabei nicht um Touristen, sondern um Geheimagenten handelt, wird die Ursache des Unglücks in Frage gestellt. Dies wird nun weiter untersucht. Unter den 23 Menschen an Bord waren acht Italiener, die für ihren Geheimdienst arbeiten, und 13 Israelis vom Mossad, dem israelischen Geheimdienst. Die Identität der verstorbenen Passagiere wurde kurz darauf bekannt. Es handelt sich um zwei Italiener, einen ehemaligen israelischen Mitarbeiter des Mossad und die russische Frau des Kapitäns, Anya Boshkova. Gegen den Kapitän Claudio Carminati wird noch immer von der italienischen Polizei ermittelt. Carminati soll fließend Bulgarisch und Französisch sprechen, doch eine Suche des Corriere della Sera nach den Katasterdaten von Carminati wäre erfolglos geblieben. Das gesunkene Boot wäre in den Niederlanden registriert, schreibt die britische Zeitung The Guardian. Carminati und Boshkova führten ein Unternehmen namens „Love Lake“ und organisierten Ausflüge mit dem Touristenboot.

- Wenn man von der sizilianischen Stadt Messina aus in Richtung des italienischen Festlandes blickt, muss man nicht einmal die Augen zusammenkneifen, um das Festland auf der anderen Seite zu sehen. An ihrer engsten Stelle ist die Meerenge nur 3,6 Kilometer breit. Doch für viele Menschen sorgt dieser Abstand auf Dauer für Ärger. Wer von einer Seite zur anderen gelangen will, ist weiterhin auf das Boot angewiesen. Dies bietet eine relativ reibungslose Route für Fußgänger, ist jedoch für diejenigen, die mit dem Auto oder der Bahn queren, ein teures und zeitaufwändiges Unterfangen. Die Meloni-Regierung will diesem Ärger ein Ende setzen: Letzte Woche hat das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das den **Beginn des Baus der Brücke** ermöglicht. NOS.nl

- Die EU will, dass die italienische Regierung die Lizenzen für die Strände neu ausschreibt. Die Pächter reagieren empört. SRF.ch

Japan – Japan forscht gegen **Heuschnupfen**. In Japan züchten Forschende pollenfreie Zedern. Diese sind für 70 Prozent der Pollenallergien im Land verantwortlich. SRF.ch

- Der französische Präsident Emmanuel Macron hat sich geweigert, einem Plan zur Eröffnung eines NATO-Verbindungsbüros in Japan zuzustimmen, mit der Begründung, der Block dürfe sich nicht über den Nordatlantik hinaus erstrecken, berichtete die Financial Times. RFI.fr

Libanon – Nach Plänen in Russland ist die ehemalige österreichische Außenministerin (2017–2019) Karin Kneissl (58) in den Norden Libanons ausgewandert, weil sie besser Arabisch als Russisch spricht. (→kkneissl.com, @ausdemexil) RT.ru

Österreich – Auf einer der wichtigsten Zugverkehrsstrecken in Wien sorgten **ausgebüxte Lamas** kurzzeitig für Stillstand. Die Tiere waren den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) zufolge am Vormittag aus einem Zirkus entkommen und in der Nähe des Bahnhofs Meidling zwischen die Gleise gelaufen. Keines der Lamas soll zu Schaden gekommen sein. Der Streckenabschnitt zwischen dem Hauptbahnhof und Meidling wurde für circa 20 Minuten gesperrt, während Mitarbeiter des Zirkus, der ÖBB und der Polizei die Tiere einfingen.

- Wochen- und monatelang hat sich die SPÖ den Luxus geleistet, keine Politik zu machen, sondern eine über weite Strecken peinliche Nabelschau zu betreiben. Eine «rote Trash-Show» sei das gewesen, «die SPÖ sucht ihren Superstar» – sagten Spötter und Kritiker. Wobei diese Partei eigentlich ganz viele Themen hätte beackern können, die ganz weit oben auf ihrem Parteiprogramm und dem Sorgenbarometer zu finden sind: die hohe Teuerung, hohe Mieten, die Klimakrise. Der Streit um die Parteispitze war gehässig und beleidigend,

in Österreich nennt man das «untergriffig», sodass die SPÖ heute tief gespalten ist und in allen Umfragen hinter der FPÖ zurückliegt. Die Wähler davon zu überzeugen, dass genau diese SPÖ in Wien wieder regieren oder zumindest mitregieren soll, das wird ein Kunststück sein. Der Sieger Doskozil strebt bei den Wahlen eine **Koalition von SPÖ, Grünen und NEOS** im Bund an.

- Andreas Babler ist nun doch Chef der SPÖ. Grund: Bei der Auszählung am Parteitag in Linz am Sonntag wurden die **Stimmen vertauscht**. So kam nicht Hans Peter Doskozil auf 52,66 Prozent der Stimmen, sondern Babler. Doskozil kam auf 46,51 Prozent. Das verkündete die Leiterin der Wahlkommission, Michaela Grubesa, in einer Pressekonferenz Montagnachmittag. Nachdem darauf Doskozil seinen Rückzug aus der Bundespolitik verkündet hatte, trat am Abend Babler vor die Kameras – er **will die nochmalige Überprüfung der Stimmen**. Doskozils Niederlage entbehrt nicht einer gehörigen Portion Ironie. Schließlich war es der Landespolitiker und ehemalige Verteidigungsminister, der mit jahrelangen verbalen Querschüssen gegen die scheidende Parteichefin Pamela Rendi-Wagner die Neuwahl der Parteispitze ausgelöst hatte. SRF.ch

- Die Hoffnung schwindet, dass der geplante **Lithiumabbau** auf der Weinebene dem Kärntner Lavanttal neue Arbeitsplätze bringt. Die Projektbetreiber, die australische Firma European Lithium, kündigte an, dass das Lithium in Kärnten abgebaut, aber nicht hier verarbeitet werden soll. Die Verarbeitung soll aus Kostengründen in Saudi-Arabien erfolgen.

- Beim von linken Nichtregierungsorganisationen ausgerichteten „Gipfel“ soll laut Eigendarstellung eine „**Wiener Erklärung für den Frieden**“ veröffentlicht werden, in der Politiker aufgefordert würden, sich für einen **Waffenstillstand und Verhandlungen in der Ukraine** einzusetzen. „Prominente internationale Redner“ würden auf die wachsende Eskalationsgefahr des Krieges hinweisen und eine „Umkehr hin zu einem Friedensprozess“ fordern, heißt es in einer Presseaussendung zur Veranstaltung, die am 10. und 11. Juni in Räumlichkeiten des ÖGB im 2. Wiener Gemeindebezirk stattfinden soll. ORF.at

- Opec+ beschränkt die Ölförderung für das Jahr 2024. Das Ölkartell Opec+ will nach eigenen Angaben im kommenden Jahr rund 40 Millionen Barrel (je 159 Liter) am Tag fördern. Das bedeutet nach Berechnungen der russischen Agentur Tass eine Kürzung der gesamten Opec+-Fördermenge um 1.39 Millionen Barrel pro Tag. Diese Entscheidung traf die Allianz aus 23 Staaten am Sonntag in Wien. Ihr waren stundenlange, zähe Verhandlungen vorausgegangen. Im Vorfeld hatte vor allem Saudi-Arabien Spekulationen genährt, dass es zu einem Beschluss über ein weiteres Förderlimit kommen könne. Russland dagegen hatte signalisiert, dass kein zusätzlicher Handlungsbedarf bestehe. Im April war eine Produktionskürzung um 1.66 Millionen Barrel (je 159 Liter) am Tag bis Ende des Jahres zur **Stabilisierung des Ölpreises** beschlossen worden. SRF.ch

Russland – Russland hat Fotos von zerstörter westlicher Hardware auf russischem Territorium veröffentlicht. Von mehreren NATO-Staaten, darunter den USA, bereitgestellte militärische Ausrüstung und Waffen gelangten in die Hände von Militanten, die grenzüberschreitende Überfälle auf die russische Region Belgorod, 30 km nördlich von Charkow, starteten.

- Beim Stadtmarathon in St. Petersburg am 4.6. gab es einen **Rekord von 160'000 Teilnehmern**.

- Der Stadtbezirk Schebekinski sei erneut angegriffen worden, das ukrainische Militär habe das Gebiet des Marktes im Zentrum von Schebekino beschossen, sagte der Gouverneur der Region Belgorod, Wjatscheslaw Gladkow. Bei einem direkten Granatentreffer gab es drei Brandherde: im Marktbereich, im Privatbereich und im Getreidespeicherbereich. IZ.ru

- Kondor-FKA ist einer der russischen kleinen **Fernerkundungssatelliten**. Er wurde nicht vom staatlichen Raumfahrtunternehmen Roskosmos entwickelt, sondern von den russischen VKS Aerospace Forces. Neben der Kartierung und Bestimmung meteorologischer Bedingungen werden solche Satelliten auch zur Überwachung und Erkundung natürlicher Ressourcen eingesetzt. Er kann durch Wolken und durch Regen sehen. Er kann alles durchschauen. Die Waffen werden nun alle entdeckt und in die

russische Zieldatenbank programmiert. Und die Russen werden immer mehr darauf schießen, und dafür sehen wir bereits Anzeichen.“ Der Waffenexperte Scott Ritter fügte hinzu, er glaube, dass dieser Konflikt „irgendwann im Spätsommer, frühen Herbst für die Ukrainer unhaltbar werden würde“. Ritter bereiste Kasan, Irkutsk und Jekaterinburg, um sein Buch „Abrüstung in der Zeit der Perestroika“ vorzustellen (Verlag Clarity Pr. Inc., 370 Seiten, ISBN-978-1-949762-61-7, 29,99 €), das das Atomwaffenabkommen zwischen Russland und den USA untersucht. BNR.bg

- Mehrere russische **Radiosender sind von Hackern angegriffen worden** und haben eine gefälschte Rede zu einer angeblichen ukrainischen „Invasion“ gesendet, die vermeintlich von Präsident Wladimir Putin stammen sollte. Die mit KI gefälschte Rede wurde heute auf mehreren Radiosendern in an die Ukraine grenzenden Gebieten ausgestrahlt, wie örtliche Behörden meldeten. Die Stimme und der Tonfall ähnelten stark der Sprechweise des russischen Präsidenten. In der auch in Onlinenetzen verbreiteten gefälschten Rede wurde behauptet, „bis an die Zähne bewaffnete (...) und von Washington unterstützte ukrainische Streitkräfte“ seien in die Regionen Kursk, Belgorod und Brjansk eingedrungen. Auch wurde die Verhängung des Kriegsrechts in den Regionen angekündigt, ebenso eine anstehende allgemeine Mobilmachung und die Evakuierung der Bevölkerung in den drei Regionen. Der Kreml bestätigte den Hackerangriff. ORF.at

- Die Ukraine habe ein **Netzwerk von Agenten** und Sympathisanten innerhalb Russlands aufgebaut, die an der Durchführung von Sabotageakten gegen russische Ziele arbeiten, und damit begonnen, sie mit Drohnen auszustatten, um Angriffe durchzuführen, sagten mehrere Personen, die mit den US-Geheimdiensten in dieser Angelegenheit vertraut sind, gegenüber [CNN.us](https://www.cnn.com)

Schweden – Snus hat in Schweden Tradition und erlebt gleichzeitig ein Revival. Fast 30 Prozent der schwedischen Bevölkerung klemmt sich den Tabak nicht als Zigarette zwischen die Lippen, sondern im **Beutelchen hinter die Oberlippe**. Hier entfaltet der Tabak seine Wirkung. Das Nikotin gelangt via Mundschleimhaut ins Blut und von dort ins Gehirn, wo es anregt und gleichzeitig beruhigt. Etwas langsamer zwar als mit Lungenzügen, aber doch schnell genug, um die Nikotinabhängigkeit zu befriedigen. Snus setzt sich aus getrocknetem und gemahlenem Tabak zusammen, der mit Salzen gewürzt ist und mit unterschiedlichen Aromen angereichert. Der urig skandinavische Lutschtabak ist in Schweden sehr beliebt und wird auch in Norwegen viel konsumiert. In weit geringerem Ausmaß auch in anderen Ländern wie der Schweiz. Weil in Schweden immer häufiger gesnust als geraucht wird, überquert das Land im Norden wohl bald die Schwelle zur rauchfreien Welt. Rauchfrei darf sich ein Land nennen, wenn die Zahl der Raucher unter fünf Prozent fällt. Gesundheitlich ist das gut so. Tabak bleibt zwar Tabak und das Nikotin verliert sein Suchtpotenzial nicht, nur weil es im kleinen Beutel statt im gerollten Papier daherkommt. Aber Rauchen ist sehr viel schädlicher. Jährlich 9'500 Todesfälle durch Tabakkonsum. SRF.ch

Schweiz – Wenn KI die Benzinpreise bestimmt. Preisüberwacher Stefan Meierhans spricht von einem Game-Changer. «Computer lernen, wie sie Konsumenten noch besser packen können, ihnen noch mehr Geld aus dem Portemonnaie ziehen können». Künstliche Intelligenz als Preismanager: In der hart umkämpften Tankstellen-Branche könnte das schon bald Realität sein. Die europaweit tätige Firma A2i Systems bietet für Tankstellenbetreiber solche KI-generierte Software an. Die Firma verspricht auf der eigenen Internetseite, ihre Software könne «Mengen und Margen verbessern» und «mehr Profit generieren». Die selbstlernende Software analysiert das Kaufverhalten, die Konkurrenz und optimiere schnell und effizient die Preise.

- Basel sagt invasivem Insekt den Kampf an. Die **Tigermücke ist aggressiv** und kann Krankheiten übertragen: Die Bevölkerung soll im Kampf gegen das Insekt mitmachen.
- Die Schweiz koppelt Mieten an den Referenzzins. Eine Alternative wäre die Teuerungskoppelung.

- Digitalisierung in der Schule. Maturaarbeit: Wegen Textrobotern setzt Basel mehr aufs Mündliche. Maturanden in Basel sollen künftig mündlich beweisen, dass ihre Maturaarbeit nicht nur künstliche Intelligenz abbildet.
- Angebliche «Mode aus Zürich» kommt aus China. Der Onlineshop «Paul Rosenbach» wirbt mit fairer Mode aus Zürich. Geliefert wird synthetische Billigware aus China.
- Egal ob im Job oder in der Familie: Manche Väter fühlen sich mit ihren Problemen allein – oder kennen entsprechende Beratungsangebote nicht. Das Oberwalliser Männerbüro will jetzt Gegensteuer geben. Und will die Männer dort abholen, wo viele gerne Zeit verbringen. Und zwar in der Beiz. SRF.ch

Simbab – Präsident Emmerson Mnangagwa (73) hat angekündigt, dass das Land seine **Präsidenten- und Parlamentswahlen** am 23. August abhalten wird, da das südafrikanische Land mit wirtschaftlicher Instabilität zu kämpfen hat. Der 2. Oktober wurde als Datum für eine mögliche Stichwahl des Präsidenten festgelegt. SABC.za

Singapur – Indonesiens Verteidigungsminister stellte am Samstag eine **neue Friedensinitiative** zur Lösung des Konflikts in der Ukraine vor. Prabowo Subianto (72) forderte Militärbeamte aus aller Welt auf, eine Erklärung abzugeben, in der die Einstellung der Feindseligkeiten gefordert wird. Auf dem Verteidigungstreffen des Shangri-La-Dialogs in Singapur teilte Prabowo seinen Mehrpunktplan mit, der einen Waffenstillstand und die Einrichtung einer entmilitarisierten Zone umfassen würde, in der sich sowohl Russland als auch die Ukraine 15 km von ihren jeweiligen vorderen Positionen zurückziehen würden. Der Verteidigungsminister betonte, dass die demilitarisierte Zone von einer Friedenstruppe der Vereinten Nationen überwacht werden sollte. Darüber hinaus schlug er vor, in dem umstrittenen Gebiet ein von den Vereinten Nationen gefördertes Referendum durchzuführen, um die **Wünsche der Mehrheit der Einwohner objektiv zu ermitteln**. RRI.id

Südafrika – Anfang des Jahres kündigte der internationale Wirtschaftsblock BRICS (bestehend aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, daher das Akronym) an, dass er möglicherweise bald mit der Prüfung der Aussichten für die **Einführung einer eigenen Währung** zur Umgehung des US-Dollars beginnen werde, während Südafrikas Außenwährung Minister Naledi Pandor sagte kürzlich, dass die Abkehr vom US-Dollar dazu beitragen könnte, andere Nationen zu stärken. Während die Vereinigten Staaten ihre Versuche verstärken, Länder, die sie nicht mögen, durch Wirtschaftssanktionen zu bestrafen, begannen eine Reihe von Ländern auf der ganzen Welt darüber nachzudenken, dieser Bedrohung durch die Einführung einer neuen Währung entgegenzuwirken, die die Dominanz des US-Dollars im Welthandel herausfordern könnte. Professor Alexis Habiaryemye von der Universität Johannesburg wies darauf hin, dass der „unverhältnismäßige Vorteil, den der Dollar im internationalen Währungssystem genoss“, der gegen Ende des Zweiten Weltkriegs entstand, bereits vor Jahrzehnten vom damaligen französischen Finanzminister Valéry Giscard d'Estaing hervorgehoben wurde – er prägte sogar den Begriff „exorbitante Privilegien“. „Aufgrund der Extraterritorialität des US-Rechts für alle Teile der Welt, in denen der US-Dollar verwendet wird, würde die Verwendung einer anderen Währung diesen Ländern auch ermöglichen, die willkürliche Durchsetzung von US-Gesetzen auf ihren Territorien zu vermeiden“.

- Forscher unter der Leitung des amerikanischen Paläoanthropologen Lee Berger gaben die Entdeckung am Montag bekannt und behaupteten, dass Mitglieder einer alten menschlichen Spezies namens *Homo naledi* ihre Toten begraben und Symbole in die Wände von Gräbern eingraviert hätten. Dies stellt den „frühesten Beweis für mehrfache Bestattungen und Bestattungshandlungen“ dar, der mindestens 100'000 Jahre vor Bestattungen durch den *Homo sapiens* liegt, sagten die Wissenschaftler in einem Vorabdruck von zwei Forschungsarbeiten, die auf [biorxiv.org/](https://www.biorxiv.org/) verfügbar sind. Skelettreste

des *Homo naledi*, dessen Gehirn etwa ein Drittel so groß war wie das des modernen Menschen und der für seine Fähigkeit bekannt ist, auf Bäume zu klettern, wurden in einem unterirdischen Höhlensystem in der Rising Star Cave entdeckt, das sich etwa 30 Meter unter der Wiege der Menschheit befindet – ein UNESCO-Weltkulturerbe, etwa 35 km nordwestlich von Johannesburg gelegen. Die Exemplare sollen auf ein Alter zwischen 335'000 und 241'000 Jahren datiert sein, was sie zu den frühesten bekannten Bestattungen macht. SABC.za

- Die Nachfrage nach Strom übersteigt in Südafrika bei Weitem das Angebot. Damit das Netz nicht zusammenbricht, wird jeden Tag für viele Stunden der Strom abgestellt. Dieses „**Load-Shedding**“ wird sich in den kommenden Wintermonaten noch verstärken – und damit die Nöte der Menschen und der Wirtschaft. Die Ursachen liegen in Korruption auf höchster Ebene, Missmanagement und Sabotage. ORF.at

Taiwan – US-Verteidigungsminister warnt China vor Angriff auf Taiwan. Laut Lloyd Austin wäre ein solcher Konflikt «verheerend». Er hätte massive Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. SRF.ch

Türkei – Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán bezeichnete den Wahlsieg des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan über seinen Herausforderer Kemal Kılıçdaroğlu am Freitag in einer Radiosendung als „riesige Erleichterung“. „Wenn Erdoğan nicht gewonnen hätte, hätte Soros' Mann die Grenzen für Einwanderer geöffnet“, behauptete Orbán und bezog sich dabei auf **Kılıçdaroğlu als Agenten** des milliardenschweren Währungsspekulanten und Geldgebers liberaler Anliegen George Soros. Hätte er gewonnen, würden bis zum Ende des Sommers bis zu drei Millionen der vier Millionen in der Türkei lebenden Flüchtlinge die ungarische Grenze überschwemmen, vermutet Orbán. KR.hu

Ukraine – Viele Kinder haben im Ukrainekrieg beide Eltern verloren. Ein engagierter Pater im westukrainischen Lemberg versucht, ihnen zu helfen. Seit 16 Jahren betreibt Pater Mykhaylo Chaban das Waisenhaus Pokrova in Lemberg. 65 Jungen zwischen 6 und 17 Jahren betreut er dort. Seit dem Ukraine-Krieg sind 20 Kinder neu dazugekommen. Alle haben Furchtbares erlebt und sind schwer traumatisiert, so der Pater, der dem römisch-katholischen Orden der Salesianer Don Boscos angehört.

- Im südlichen Teil der Ukraine wurde der Kachowka-Staudamm im Zuge des Krieges gesprengt. Wer dafür verantwortlich ist, ist noch unklar. Das Wasserkraftwerk Kachowka war ein Laufwasserkraftwerk am Fluss Dnjepr in Nowa Kachowka, einer Hafenstadt am Südufer des Stausees. Die Hauptzwecke des Staudamms waren die Erzeugung von Wasserkraft, die Bewässerung und die Schifffahrt. Es war der sechste und letzte Damm in der Kaskade des Dnjepr-Stausees. Der tiefe Wasserkanal ermöglichte die Schifffahrt flussaufwärts und flussabwärts. Zur Anlage gehört auch ein Wintergarten. Auf dem Damm überqueren die Straße P47 und eine Eisenbahn den Dnjepr. Das Wasserkraftwerk Kachowka hatte im Oktober 2015 241 Mitarbeiter. Seit September 2012 ist Jaroslaw Kobelja der Direktor. Ab 2019 war der Damm profitabel und brachte 7 Millionen Franken in die lokalen Regierungshaushalte und 50 Millionen Franken in das Volkseinkommen ein. Am Morgen des 6. Juni 2023 wurde ein erheblicher Teil des Damms zerstört, möglicherweise durch eine Explosion in der Nähe der Dammmitte, wodurch eine große Menge Wasser flussabwärts freigesetzt wurde. Die unmittelbarste Gefahr, die vom zerstörten Staudamm ausgeht, sind die Überschwemmungen, die flussabwärts drohen. Gemäß dem ukrainischen Premierminister seien 80 Siedlungen bedroht. Ein von Russland installierter Beamter sprach von 22'000 Menschen in 14 Siedlungen, die in der Region südlich von Cherson bedroht seien. Ein weiteres Problem ist die Trinkwasserversorgung oder die Kühlung des Atomkraftwerks Saporischja, das am Ufer des Stausees liegt. SRF.ch Das Wasserkraftwerk Kachowskaja in der russischen Region Cherson sollte durch eine schmutzige Bombe der

ukrainischen Armee ausgeschaltet werden. Dies sind Massenvernichtungswaffen, die aus einem konventionellen Sprengsatz bestehen, der bei seiner Explosion radioaktives Material in der Umgebung verteilt. VESTI.ru

- Eine Untersuchungskommission hat fast die Hälfte der von ihr überprüften Luftschutzkeller in Kiew für nicht einsatzbereit erklärt. ORF.at

Ungarn – Zu seinem Treffen mit Santiago Abascal (47) sagte Viktor Orbán (60), die beiden Politiker seien übereingekommen, die Zusammenarbeit zwischen der spanischen Vox-Partei und der von Orbán geführten Fidesz-Partei fortzusetzen.

- Der ungarische Premierminister Viktor Orbán hat versprochen, Russland nicht zu bekämpfen und das Land nicht in den Ukraine-Konflikt hineinziehen zu lassen, solange seine Regierung an der Macht bleibt. Der Premierminister machte diese Bemerkungen am Freitag während eines Interviews mit dem lokalen Kossuth Radio. KR.hu

USA – Ein neues Gesetz erleichtert es Schulen, Bücher nach Beschwerden von Eltern zu verbieten. Um dies anzuprangern, beschwerte sich ein Elternteil über den vulgären und gewalttätigen Inhalt der Bibel.

- Kentucky Derby Rennbahn nach 12 toten Pferden geschlossen. Zwölf Tiere mussten in einem Monat getötet werden, weil sie bei Rennen zu schwer verletzt wurden. Es ist ein Rätsel, warum so viele Tiere plötzlich verletzt werden.

- YouTube wird keine Videos mehr entfernen, in denen **Betrug bei der US-Präsidentschaftswahl 2020** behauptet wird. NOS.nl

- US-Luftwaffe fängt Kleinflugzeug nahe Washington D.C. ab. In den USA hat ein Kleinflugzeug einen **Einsatz der Luftwaffe über der Hauptstadt Washington D.C.** ausgelöst. F-16 Kampffjets haben laut US-Luftverteidigungskommando versucht, das Flugzeug vom Typ Cessna Citation abzufangen. Der Pilot war den Angaben zufolge nicht mehr ansprechbar und habe nicht auf die Aufforderungen der Behörden reagiert. Den Kampffjets sei erlaubt worden, mit Überschallgeschwindigkeit zu fliegen. Um die Aufmerksamkeit des Piloten zu erregen, hätten sie Leuchtmunition abgefeuert. Die Cessna sei dann in einem Waldgebiet bei Montebello im Bundesstaat Virginia abgestürzt. Unklar war zunächst, ob es an Bord einen medizinischen Notfall gegeben hatte und der Pilot deshalb nicht reagierte. Und, ob das Kleinflugzeug Beschränkungen des Luftraums über Washington und Umgebung verletzt hatte. Laut CNN befanden sich vier Personen in der Cessna, zu denen zunächst keine Details bekannt waren. Die Maschine sei nicht vom Militär abgeschossen worden, teilte der Nachrichtensender unter Berufung auf eine mit der Sache vertraute Person mit. Die Luftfahrtaufsicht teilte mit, das Kleinflugzeug sei in Elizabethton im südlichen Bundesstaat Tennessee gestartet und hätte in Long Island in New York landen sollen. Der eigentliche Ankunftsort ist rund 500 Kilometer Luftlinie von der Absturzstelle entfernt. SRF.ch

- Nach dem illegalen Einmarsch in den Irak, der rund eine Million Todesopfer forderte und auf einer Mischung von faktisch in Frage gestellten Verschwörungstheorien über Massenvernichtungswaffen beruhte, wirkt es lächerlich, dass die USA nun behaupten, sie seien gegen illegale Invasionen. Ehemalige Beamte der Bush-Regierung wie Condoleezza Rice (68) sind sogar in landesweiten Fernsehsendungen in den USA aufgetreten, um illegale Invasionen in fremde Länder zu verurteilen. Sogar der frühere US-Präsident George W. Bush (77) verurteilte scheinbar in einem Freudschen Ausrutscher die „heilige, ungerechtfertigte und brutale Invasion des Irak ... er meinte die Ukraine“. [KFAR.us](https://www.kfar.us)

Vatikan – Im Vatikan wird der Hochaltar der Peterskirche, nachdem er von einem nackten Mann besudelt wurde, gereinigt. Der Pole protestierte gegen den Krieg in der Ukraine, indem er sich auf dem Altar auszog. NOS.nl

VAE – Yango – ein Liefer- und E-Grocer-Unternehmen mit russischen Wurzeln – erfreut sich zunehmender Beliebtheit und fordert in Dubai die Branchengrößen Uber und Careem heraus, berichtete Bloomberg am Mittwoch unter Berufung auf Quellen. Dem Bericht zufolge lag sein Anteil am lokalen Markt für Fahrdienste im Mai zwischen 4 % und 8 %, weniger als ein Jahr nachdem das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit in der bevölkerungsreichsten Stadt der VAE aufgenommen hatte. Yango startete im September 2022 in Dubai. Betrieben wird es von dem in den Niederlanden ansässigen Unternehmen Ridetech International, ehemals Yandex Taxi, einer Tochtergesellschaft von Yandex NV, der in den Niederlanden registrierten Holdinggesellschaft des russischen IT-Konzerns Yandex. Analysten stellen fest, dass die Popularität des Unternehmens auf den Zustrom russischer Unternehmen und Expats zurückzuführen ist, die im vergangenen Jahr aufgrund der im Westen verhängten antirussischen Sanktionen **in die Vereinigten Arabischen Emirate umgesiedelt** sind. Laut Islam Abdul Karim, dem regionalen General Manager von Yango, wächst die Zahl der Bestellungen für Yango-Fahrten jede Woche durchschnittlich um etwa 20 %. Die VAE sind das neue Urlaubsparadies der Russen. iz.ru

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 07.06.2023

Brasilien – Die Abgeordnetenversammlung hat ein von der linken Regierung als Instrument zum Völkermord kritisiertes Gesetz gebilligt. Dieses soll die Ausweisung von **Schutzgebieten für Indigene** begrenzen. 283 Parlamentarier stimmten am Dienstag für die Initiative, 155 dagegen. Die Zustimmung in der Abgeordnetenversammlung wurde als Niederlage der Regierung gewertet. Der Text wird nun dem Senat zur Bestätigung weitergeleitet, bevor er Präsident Luiz Inácio Lula da Silva vorgelegt wird, der noch sein Veto einlegen kann. Das Gesetz sieht vor, dass nur Land als Schutzgebiet ausgewiesen werden kann, das am Tag der Verkündung der Verfassung am 5. Oktober 1988 von indigenen Völkern bewohnt wurde. SRF.ch

BR Deutschland – Die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg lehnt ein **Verbot von Privatjets** ab. Das hatten die Linken gefordert und auf Umweltgründe verwiesen. Es gebe zu den häufigsten Zielen der Geschäftsflüge auch Dutzende Linienflüge, hieß es. Ein Sprecher des Flughafens verwies jetzt aber auf geltende Bestimmungen, wonach auch die Infrastruktur für Privatjets bereitgestellt werden müsse. RBB.de

- Die Anklage gegen die Unternehmerin Andrea Tandler wiegt schwer: Die Münchner Staatsanwaltschaft wirft ihr vor, umgerechnet über 23 Millionen Franken Steuern hinterzogen zu haben. Das teilten die Ermittler am Dienstag mit. Mit Provisionen aus Maskengeschäften zu Beginn der Corona-Pandemie sollen Tandler und ihr ebenfalls angeklagter Partner gegen 50 Millionen Franken eingenommen haben. SRF.ch

Europa – Estland hat **mit 28 Tagen den längsten Mindesturlaub**. In Frankreich, Österreich und Skandinavien sind es 25 Tage. Dafür hat die Slowakei die meisten gesetzlichen Feiertage, nämlich 15, in Österreich, Rumänien, Slowenien, Tschechien sind es 13. Deutschland kommt auf 9 Feiertage und 20 Tage Mindesturlaub, die Schweiz auf 4 Feiertage und 20 Tage Mindesturlaub. SRF.ch

Indien – Die Reederei MSC mit Hauptsitz in Genf entsorgt ein Containerschiff am Schiffsfriedhof in Alang. SRF.ch

Iran – Die Islamische Republik hat der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zufolge inzwischen 23-mal so viel angereichertes Uran wie im internationalen Atomabkommen von 2015 vereinbart. Einem vertraulichen IAEA-Bericht zufolge, der der Nachrichtenagentur AFP gestern vorlag, beläuft sich die Menge an waffenfähigem Uran mittlerweile auf 4,74 Tonnen. Er ist somit erheblich höher als die 2015 im Atomabkommen vereinbarte Höchstmenge von 202,8 Kilogramm. Trotz dieser erhöhten Urananreicherung hat die IAEA einem separaten Bericht zufolge weitere Nachforschungen zu einer nicht gemeldeten Atomanlage in dem Land eingestellt. Die IAEA habe „keine weiteren Fragen“, hieß es in dem AFP ebenfalls vorliegenden Bericht über den Standort Mariwan in der südlichen Provinz Fars. Die IAEA betrachte die Angelegenheit „zum jetzigen Zeitpunkt als erledigt“. Sie habe „plausible Erklärungen“ aus Teheran erhalten. Im derzeit auf Eis liegenden Internationalen Atomabkommen mit dem Iran war 2015 für die Urananreicherung ein Schwellenwert von 3,67 Prozent vereinbart worden. Der frühere US-Präsident Donald Trump hatte die mühsam ausgehandelte Vereinbarung im Jahr 2018 einseitig aufgekündigt. Daraufhin zog sich auch der Iran schrittweise aus seinen Verpflichtungen aus dem Abkommen zurück. ORF.at

Israel – Der jüdische Staat ringt um seine Seele, stellt Susanne Brunner fest. Seit Mitte Januar demonstrieren in Israel einige Hunderttausend Menschen gegen die geplante Justizreform ihrer Regierung. Die größten Demonstrationen finden jeden Samstagabend in Tel Aviv statt, aber auch in anderen Städten gibt es Protestveranstaltungen. Die Angst dieser Leute: Premier Benjamin Netanjahus Regierung sei daran, Israel in eine Diktatur zu verwandeln. «Demokratie! Demokratie!» skandieren sie. Netanjahus Anhängerschaft versteht den Aufruhr nicht. Sie haben konservative, religiöse und sogar rechtsextreme Parteien gewählt, und sie stellen die Mehrheit im Parlament. «Die Mehrheit befiehlt!», finden sie, und halten die Demonstrierenden nicht nur für schlechte Verlierer, sondern für die Elite, welche sich ihre Macht durch die Gerichte sichern und dabei die demokratisch gewählte Mehrheit im Parlament übergehen wolle. Der Streit um die geplante Justizreform spaltet selbst Familien. Der Restaurantbesitzer und siebenfache Vater Ori Melamed erzählt, wie seine Verwandte und Freunde jede Woche demonstrieren und kaum noch mit ihm reden. Weil er politisch rechts steht und religiös ist. Amit Nachmany, eine zweifache Mutter, welche als Armeekommandantin Soldaten auf Waffensystemen trainiert hat, demonstriert dreimal pro Woche. Weil sie glaubt, die Justizreform werde unter anderem die Rechte und Freiheiten von Frauen beschneiden. Längst wird nicht nur um die Justizreform gestritten. Im Kern geht es um Grundsatzfragen wie: «Wer ist überhaupt Israeli?», «Was bedeutet «jüdisch»? «Kann ein Staat, der sich als jüdisch definiert, gleichzeitig auch demokratisch sein?» Was in Israel passiert, beschreibt Nechumi Yaffe, Forscherin in der ultra-orthodoxen jüdischen Gemeinschaft und Dozentin an der Tel Aviv University so: «Es ist ein Ringen um die unfassbare Wirklichkeit dessen, was es heißt, jüdisch zu sein und Macht und Souveränität zu haben. Zweitausend Jahre lang wurden wir von anderen beherrscht – jetzt sind wir ein unabhängiges Volk. Das ist eine neue Erfahrung, und als Nation sind wir auf der Suche, wie wir uns definieren wollen.» **Israel wird in diesem Jahr 75:** Eine Reportage über das Ringen um die Seele des jungen Staates. Im Podcast International auf SRF.ch

Italien – Italien streicht Schweiz von schwarzer **Liste der Steuerparadiese**. Grund für die Streichung ist das neue Grenzgänger-Abkommen. Das italienische Parlament hat es am Mittwoch ratifiziert. SRF.ch

Jordanien – Kronprinz Hussein bin Abdullah hat bei einer prunkvollen Zeremonie die Architektin Radschwa As Saif (29) geheiratet. Zu der **Hochzeit in der Hauptstadt Amman** kamen unter anderem der britische Thronfolger Prinz William (40) und seine Frau Prinzessin Kate (41), der niederländische König Willem-Alexander (56) sowie die amerikanische First Lady Jill Biden (71). Radschwa trug zu der Feier am Donnerstag ein langärmeliges weißes

Seite E 98 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Kleid mit Tiara und langer Schleppe. Per Erlass des Königshofs wurde ihr der Titel Prinzessin und der Name Radschwa al-Hussein verliehen. Der 28-jährige Hussein ist der älteste Sohn des Königs Abdullah II. (61) und seiner Frau Rania (52). Im Jahr 2009 ernannte sein Vater ihn, damals noch ein Teenager, zum Kronprinzen. Mehrere Jahre zuvor hatte König Abdullah II. seinem jüngeren Halbbruder, Prinz Hamsa, den Titel entzogen, SRF.ch

Kanada – Feuerwehrleute aus den USA und Südafrika bekämpfen **Waldbrände** sowohl in der östlichen Provinz Nova Scotia als auch in der westlichen Provinz Alberta. NOS.nl

Kosovo – Nach Unruhen schickt die Nato **weitere 700 Soldaten in den Kosovo**. Gestern kam es in der Stadt Zvečan zu Zusammenstößen zwischen NATO-Friedenstruppen und ethnischen Serben. Der Konflikt dreht sich um die Wahl kosovo-albanischer Politiker im Norden des Landes. NOS.nl

Moldau – zwischen Rumänien und der Ukraine gelegen – war am Donnerstag das Zentrum Europas. Denn dort haben sich die Staats- und Regierungschefs fast aller europäischen Länder zum zweiten Gipfeltreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft getroffen. Nicht eingeladen waren einzig Russland und Belarus. Das Gipfeltreffen war ein Zeichen der Solidarität gegenüber der Ukraine und dem Gastgeberland Moldau. Grundsätzlich soll die **Europäische Politische Gemeinschaft** aber vor allem die Zusammenarbeit zwischen der EU und anderen europäischen Staaten verbessern. SRF.ch

Neuseeland – Die Fluglinie Air New Zealand will in den kommenden Wochen vor internationalen Flügen nicht nur das Gepäck, sondern auch die Passagiere wiegen. Grund sei, dass die Piloten vor jedem Start das Gewicht und die Balance des beladenen Flugzeugs kennen müssten, wie das Unternehmen mitteilte. SRF.ch

Nordkorea – Nordkorea ist mit dem Versuch gescheitert, erstmals einen Erdbeobachtungssatelliten für militärische Zwecke ins All zu bringen. Das von Kim Jong-un regierte Land räumte – nur wenige Stunden nach dem Start der Trägerrakete «Chollima-1» von der Westküste des Landes – den Fehlschlag ein. Ein zweiter Start sei aber bereits geplant. Die USA und Südkorea wie auch UNO-Generalsekretär António Guterres verurteilten den Raketenstart. Das südkoreanische Militär hatte zuvor den Start der mehrstufigen Rakete im Nachbarland erfasst. Sie sei Richtung Süden geflogen. Der Generalstab sprach später von einem «abnormalen Flug». Die Rakete sei etwa 200 Kilometer westlich der südkoreanischen Insel Eocheong im Gelben Meer ins Wasser gestürzt. Ein Objekt, das wahrscheinlich Teil der Rakete sei, sei aus dem Wasser gezogen worden. Der Flug der neuartigen Rakete mit dem militärischen Aufklärungssatelliten «Malligyong-1» sei nach dem Start von der Sohae-Startanlage zunächst normal verlaufen, berichteten Nordkoreas Staatsmedien unter Berufung auf die nationale Behörde für Raumfahrtentwicklung. Dann seien jedoch Probleme bei der Zündung der zweiten Raketenstufe aufgetaucht und die Rakete habe an Schubkraft verloren. Die «schwerwiegenden Fehler» würden untersucht, um so bald wie möglich den zweiten Satellitenstart folgen zu lassen. Nordkorea hatte den Start angekündigt. Das Nachbarland Japan wurde davon informiert. SRF.ch

Österreich – Betrug bei kontaktlosem Bezahlen. Wieder einmal haben Online-Betrüger laut Polizei eine neue Masche gefunden. Sie locken ihre Opfer erst auf gefälschte Bank-Webseiten und ergaunern so deren Codes. Dann speichern sie diese auf ihre eigenen Handys und können via NFC-Technologie bei Bankomatkassen bezahlen. ORF.at

Portugal – Eine **riesige Lithiummine** in Portugal hat grünes Licht von der Umweltschutzbehörde bekommen. Das Barroso-Projekt im Norden des Landes habe die

Genehmigung für den Abbau von Lithium erhalten, nachdem der ursprüngliche Vorschlag „erheblich geändert“ worden sei, gab die Behörde heute bekannt. Die Mine könnte die größte in Westeuropa werden und der E-Auto-Industrie in Europa Auftrieb geben. Portugal besitzt die vermutlich größten Lithiumvorkommen des Kontinents. ORF.at

Russland – Der Gouverneur des russischen Grenzgebiets Belgorod fordert den Anschluss des benachbarten Gebiets Charkow an Russland. Das würde den Angriffen auf russisches Territorium ein Ende setzen.

- Der große US-Kreditgeber Citigroup hat einen Deal zur Übertragung des Kreditkartenportfolios seiner russischen Tochtergesellschaft (Citibank) an die Geschäftsbank Uralsib abgeschlossen, berichteten mehrere Medien am Dienstag unter Berufung auf den Pressedienst der Citibank. Die in Privatbesitz befindliche Uralsib gehört nach Vermögenswerten zu den 30 größten Banken Russlands. „Citigroup hat mit der PJSC Bank Uralsib eine Vereinbarung getroffen, nach der bestehenden Kreditkarteninhabern der JSC Citibank vorbehaltlich ihrer Zustimmung die Möglichkeit geboten wird, gemäß russischem Recht zu Uralsib zu wechseln“, sagte Citibank gegenüber RIA Novosti. VESTI.ru

- Wie die Dinge heute stehen, ist ukrainisches Operieren in Russland völkerrechtlich nur Abwehr, von wem auch immer die Waffen stammen. Völkerrechtlich ist das kein Angriff, sondern eben wirklich Selbstverteidigung. Wenn die USA nun aber den Einsatz der von ihnen gelieferten Waffen auf russischem Territorium nicht wollen, dann ist das eine bloße politische Lieferbedingung. Die Logik dahinter ist allerdings klar: amerikanische Waffen in Russland gegen Russland? Das wäre offenkundig eine brandgefährliche Situation. SRF.ch

- Die ehemalige österreichische Außenministerin (2017–2019) Karin Kneissl (58) sagte auf Russia Today sie lebe seit zwei Jahren in Russland und warte auf die Staatsbürgerschaft. Sie hätte wegen ihrer prorussischen Haltung in Österreich keine Aufträge mehr bekommen und hätte zuletzt von 200 Euro im Monat leben müssen. Außerdem hätte es Morddrohungen gegeben. Kneissl wurde in Wien geboren und verbrachte einen Teil ihrer Kindheit in Amman, wo ihr Vater als Pilot für König Hussein von Jordanien arbeitete. Nach ihrem Abschluss in Wien studierte sie an der Hebräischen Universität Jerusalem und der Universität Jordanien in Amman. Anschließend verbrachte sie ein Jahr an der Georgetown University. 1992 schloss sie ihr Studium an der École nationale d'administration ab. Sie promovierte in internationalem Recht. Kneissl war als freiberufliche Journalistin tätig. Der Öffentlichkeit wurde sie durch ihre politischen Analysen im Österreichischen Rundfunk ORF bekannt. Sie ist Autorin mehrerer Sachbücher. Als Expertin für internationales Recht, Geschichte des Nahen Ostens und des Energiemarktes unterrichtete Kneissl an der Diplomatischen Akademie in Wien, der European Business School in Straßburg und an der Université Saint-Joseph in Beirut. In ihren öffentlichen Schriften und Auftritten hat Kneissl die Europäische Union oft scharf kritisiert. **Karin Kneissl «Diplomatie Macht Geschichte: Die Kunst des Dialogs in unsicheren Zeiten.»** 22 €. Hildesheim. Olms Verlag, Juni 2020. ISBN 978-3-487-08633-0. Sie betreut derzeit Sendungen auf RT.ru

Schweden – Abamectin ist einer von neun Pestizidwirkstoffen, bei denen so genannte DNT-Studien von den Herstellern zwar durchgeführt, in Europa aber nicht eingereicht wurden. Die Ungereimtheiten entdeckt hat Axel Mie. Der Chemiker der Medizinuniversität in Stockholm glied die Zulassungsdossiers für Pestizide in den USA und Europa ab. Und stellte fest: Ein Viertel aller DNT-Studien fehlte in der EU – und damit auch in der Schweiz. Alle fraglichen DNT-Studien wurden in den 2000er Jahren angefertigt. Bei sieben der neun Studien zeigten sich unerwünschte Effekte – wie eine veränderte Bewegungsfähigkeit oder Gehirngröße. SRF.ch

Schweiz – Ein kühles Glacé zu schlecken erfrischt zumindest unsere Gedanken. **Pro Kopf wird in der Schweiz gut 5 Liter Glacé pro Jahr konsumiert.** Um zu verstehen, warum uns die meisten Glacés eher aufwärmen als abkühlen, braucht es einen Blick auf die

Zutaten. Die meisten Glacés bestehen zu einem großen Teil aus Milchfett und Zucker. Beim Verdauen des Fettes und des Zuckers im Körper wird Wärme freigesetzt. Ein Glacé wärmt uns also auf. Aber der kühlende Effekt, den wir beim Essen eines Glacés empfinden, ist nicht bloß Einbildung. Die Rezeptoren im Mund und im Magen-Darm-Trakt nehmen die Abkühlung wahr. Dieser Effekt lässt nach, sobald das Glacé gegessen ist. Dann beginnt sich der Körper wegen des Milchfettes und Zuckers zu erwärmen.

- Hagelkörner beschädigen Swissminiatur in Melide. Ein heftiger Sturm ist in der Nacht auf Mittwoch übers Tessin gezogen. Trotz Schäden bleibt das Freiluftmuseum Swissminiatur geöffnet.
- Seit Jahresanfang sinkt der Preis für europäisches Erdgas. Es kostet so viel wie vor zwei Jahren. Die Gründe im Überblick. Am Spotmarkt ist der Preis für europäisches Erdgas am Dienstag auf unter 24 Euro pro Megawattstunde (MWh) gefallen. So günstig war das Gas zuletzt im Juni 2021 – also vor zwei Jahren. Der Abwärtstrend läuft seit Ende des vergangenen Jahres. Laut Wirtschaftsredaktor Dario Pelosi von Radio SRF gibt es verschiedene Gründe. So sei der Winter mild gewesen und darum weniger Gas verbraucht worden. «Das heißt, die Gasspeicher sind gut gefüllt.» Das zeigen auch die Daten zu den Füllständen der deutschen Gasspeicher, woher auch die Schweiz Gas bezieht. «Da sind die Speicher auf über 74 Prozent gefüllt», sagt Pelosi. Ein weiterer Grund für den sinkenden Gaspreis ist LNG («*liquefied natural gas*») – also Flüssigerdgas, das per Schiff aus Übersee transportiert werden kann. «Europa hat sich LNG mit viel Geld gesichert und dieses Gas teilweise auch ärmeren Ländern quasi weggenommen», erklärt Pelosi. Kommt hinzu, dass die Schweiz weniger Gas verbraucht. «In den Haushalten, aber vor allem auch in der Industrie, da die Wirtschaft etwas schwächelt und die Nachfrage gesunken ist.» Wegen der Folgen des Krieges in der Ukraine hatte sich der Rohstoff 2022 deutlich verteuert. In der Spitze wurde im vergangenen Sommer ein Rekordpreis von mehr als 300 Euro pro MWh gezahlt. Zum Beispiel musste ein Standardhaushalt in Deutschland mit Gasverbrauch von 20'000 Kilowattstunden im vergangenen Herbst 4300 Euro dafür bezahlen. Vor zwei Jahren bezahlten die Verbraucher dafür gut 1300 Euro. Jetzt liegt der Preis für europäisches Erdgas am Spotmarkt unter dem Niveau bei Kriegsbeginn.

- Trockenheit und Borkenkäfer. Jeder achte Baum ist tot. Mehr tote und geschädigte Bäume – und es wachsen weniger junge nach. So die neuesten Daten über den Schweizer Wald.

- Arbeitslos trotz Fachkräftemangel. Ukrainische Flüchtlinge sind meist gut ausgebildet. Trotzdem finden sie selten Arbeit.

- So will der Aargau in die Top 10 für Reiche. Die Aargauer Regierung will die Steuern für große Vermögen senken. Eine Kampfansage vor allem an die Zentralschweiz.

- Das **Rote Kreuz muss sparen** – auch weil es zu stark gewachsen ist. Nach angekündigten Massenentlassungen kritisieren Insider, den Wachstumskurs vergangener Jahre.

- Der Nationalrat hat 5.3 Milliarden Franken genehmigt, womit mehrere Autobahnen ausgebaut werden sollen.

- Exportgesuch eingereicht. **Ruag will Panzer aus Italien via Deutschland an Ukraine verkaufen.** Das Rüstungsunternehmen Ruag möchte alte Leopard-1-Panzer an Deutschland verkaufen, für Einsätze in der Ukraine.

- Es gibt zu wenig Flugverkehrslotsen – trotz Durchschnittssalär von 190'000 Franken, 35-Stunden-Woche, bis zu sieben Wochen Ferien und Pensionierung mit 60 Jahren. Ab 2025 **fehlen Skyguide in Zürich und Genf rund 25 Lotsen.**

- Basel eröffnet eine neue Containersiedlung für Geflüchtete. Bei der Belegung reagiert der Kanton auf die veränderte Migrationssituation. Eigentlich war es anders vorgesehen: Die neue Containersiedlung war für Schutzsuchende aus der Ukraine geplant. Für diese gebe es mittlerweile aber genügend Plätze. Allerdings habe die Anzahl von unbegleiteten minderjährige Asylsuchenden (UMA), vor allem aus Afghanistan und der Türkei, in den letzten Monaten stark zugenommen.

- **Legaler Verkauf von Drogen.** Stadtberner Parlament will kontrollierten Kokainverkauf testen. Der Stadtrat hat ein entsprechendes Postulat aus den Reihen der Alternativen Linken (AL) überwiesen.
- Das Bezahlen mit Bargeld nimmt zwar ab – bleibt aber die häufigste Zahlungsmethode. Bezahl-Apps legen derweil massiv zu. SRF.ch
- Schon vor dem erwarteten Stellenabbau wollen viele Mitarbeiter die Credit Suisse (CS) verlassen. Jede Woche erhalte die Schweizer Großbank rund 200 Kündigungen, wie eine mit der Situation vertraute Person sagte. Zuvor hatte die Zeitung „Blick“ berichtet, dass das Institut täglich bis zu 150 Kündigungen erhalte. ORF.at

Senegal – Mindestens neun Menschen sind im Senegal bei Zusammenstößen zwischen der Bereitschaftspolizei und Anhängern des Oppositionsführers Ousmane Sonko getötet worden. Die Proteste seien nach einem Urteilsspruch in Teilen von Dakar und anderen Städten ausgebrochen, sagte Innenminister Antoine Felix Abdoulaye Diome im staatlichen Fernsehen. Ein Gericht hatte Sonko zuvor zu zwei Jahren Haft verurteilt. Das Urteil stellt Sonkos Chancen auf eine Präsidentschaftskandidatur im nächsten Jahr infrage. ORF.at

Türkei – Die Türkei bekommt die bestellten F16 Kampffluger, auch wenn es keine Zustimmung zur schwedischen NATO Mitgliedschaft gibt. [VOA.us](https://www.voa.us)

Ukraine – Die russische Armee hat nach eigenen Angaben das letzte große Kriegsschiff der ukrainischen Seestreitkräfte zerstört. Es sei am Montag bei einem „Hochpräzisionsschlag“ der russischen Luftwaffe auf einen Anlegeplatz im Hafen von Odessa zerstört worden, teilte die russische Armee heute mit. Den Angaben zufolge handelt es sich bei dem Schiff um die „Juri Olefirenko“. ORF.at

- **«Lex Ukraine» abgelehnt.** Der Schweizer Nationalrat will keine Kriegsmaterial-Sonderregel für die Ukraine. Drittstaaten, die hierzulande Rüstungsgüter gekauft haben, dürfen diese auch weiterhin nicht an die Ukraine weitergeben. SRF.ch

UNO – Vorsitz im UNO-Sicherheitsrat. Schweiz leitet UNO-Sicherheitsrat unspektakulär und erfolgreich. Erstmals hat die Schweiz im Mai den UNO-Sicherheitsrat geleitet. Und das ohne Pannen und heftige Zusammenstöße. SRF.ch

USA – Oscar-Preisträger Al Pacino wird Medienberichten zufolge mit 83 Jahren zum vierten Mal Vater. Seine 29 Jahre alte Partnerin Noor Alfallah sei bereits im achten Monat schwanger, berichteten unter anderem das Promiportal TMZ und das US-Magazin „People“ gestern (Ortszeit) unter Berufung auf das Management des Schauspielers. Erst Mitte Mai hatte Schauspielkollege Robert De Niro auch im hohen Alter von 79 Jahren verkündet, zum siebenten Mal Vater geworden zu sein. ORF.at

- Die US-Regierung stellt der Ukraine **weitere Militärhilfen** bereit. Das US-Verteidigungsministerium kündigte in Washington ein weiteres Militärpaket im Umfang von rund 300 Millionen US-Dollar (rund 281 Millionen Euro) an. Darin enthalten sei Munition für diverse Waffensysteme, die die USA bereits an die Ukraine geliefert haben.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 02.06.2023

Ägypten – Einen besonderen Fund haben Archäologen in Sakkara nahe der ägyptischen Hauptstadt Kairo gemacht. Auf einem alten Friedhof fanden sie noch unbekannte Gräber und Werkstätten zur Einbalsamierung verstorbener Menschen und Tiere. Es handelt sich um die größten bislang entdeckten Räume für diesen Zweck. NOS.nl

- Zehn Jahre lang waren die Beziehungen zwischen Ägypten und der Türkei angespannt. Jetzt werden Botschafter entsendet. SRF.ch

China – Die **Gewinne der chinesischen Industrieunternehmen** sind in den ersten vier Monaten des Jahres 2023 eingebrochen. Das geht aus offiziellen Daten hervor, die heute veröffentlicht wurden. Den Daten des Nationalen Statistikamtes (NBS) zufolge sanken die Gewinne von Jänner bis April um 20,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, verglichen mit einem Rückgang von 21,4 Prozent in den ersten drei Monaten. Allein im April verzeichneten die Industrieunternehmen einen Gewinnrückgang von 18,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, so das NBS, das nur gelegentlich monatliche Zahlen veröffentlicht. Im März schrumpften die Gewinne um 19,2 Prozent. Lenovo, der weltgrößte PC-Hersteller, gab diese Woche bekannt, dass die Quartalsumsätze und -gewinne im Jänner und März eingebrochen sind und das Unternehmen fast neun Prozent seiner Belegschaft entlassen musste. Ausländische Unternehmen verzeichneten von Jänner bis April einen Gewinnrückgang von 16,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, während private Unternehmen einen Einbruch von 22,5 Prozent hinnehmen mussten, wie aus den Daten hervorgeht. Die Gewinne sanken in diesem Zeitraum in 27 von 41 wichtigen Industriesektoren, wobei die Eisen- und Stahlindustrie mit 99,4 Prozent den größten Einbruch verbuchten. ORF.at

- **Erster Linienflug der chinesischen C919:** sanfte Landung in Peking. Das erste in China gebaute Passagierflugzeug hat erfolgreich den ersten Flug von Shanghai nach Peking absolviert. SRF.ch
- China will am 30.5. seine nächste bemannte Raumfahrtmission starten. Um 9.31 Uhr Ortszeit soll das Raumschiff „Shenzhou 16“ vom Weltraumbahnhof Jiuquan im Nordwesten der Volksrepublik zur mittlerweile voll funktionsfähigen Raumstation „Tiangong“ (Himmelspalast) aufbrechen. Mittelfristig sind weitere Missionen zum Mond und zum Mars geplant. ORF.at
- Nach Einführung der antirussischen Sanktionen und dem Aufschwung der chinesischen Wirtschaft: UnionPay hat Visa im Jahr 2022 beim Marktanteil der Debitkartentransaktionen überholt. UnionPay (银联) ist die einzige Kreditkartenorganisation in der Volksrepublik China. Die Organisation wurde im März 2002 gegründet und ist eine Vereinigung der kartenausgebenden Banken Chinas unter Aufsicht der chinesischen Zentralbank. CGNT.cn

BR Deutschland – Der Hauptbahnhof in Nürnberg soll angesichts zuletzt gestiegener Kriminalitätszahlen sicherer werden. Medienberichten zufolge gehört zu dem neuen Sicherheitskonzept auch, dass die eigentlich für Eisenbahnanlagen zuständige Bundespolizei künftig **Unterstützung von der US-amerikanischen Militärpolizei** erhält. BR.de

Griechenland – Nach der gescheiterten Regierungsbildung in Griechenland ist die Neuwahl für den 25. Juni festgelegt worden. SRF.ch

Großbritannien – An britischen Flughäfen ist seit Freitagabend die **elektronische Passkontrolle ausgefallen**. Passagiere müssen sich bei der Einreise nach Grossbritannien auf stundenlanges Warten einstellen. Informatikprobleme mit den sogenannten eGates stellen sich derzeit an den Flughäfen London Heathrow und Gatwick sowie Manchester, berichtete die BBC. Eine Sprecherin der Gewerkschaft der Mitarbeiter in den Bereichen

Grenzen und Zoll warnte in der BBC davor, dass sich «sehr, sehr schnell» lange Menschenschlangen bilden würden. Denn je nach Flughafen passierten 60 bis 80 Prozent der Reisenden die elektronische Passkontrolle. Reisepässe müssten nun aber manuell kontrolliert werden, was viel länger dauere. Wie die BBC in einer Reportage berichtet, herrschte teilweise Chaos vor den Schranken der Passkontrollen. «Leute waren ziemlich frustriert und einzelne versuchten, die Warteschlangen zu umgehen und stiegen über Abschränkungen, so dass die Polizei eingreifen musste. Viele beklagten sich darüber, keinerlei Informationen erhalten zu haben.» Auch am Hafen von Dover hatte es zuvor Informatikprobleme bei der Kontrolle bei der Ausreise aus Grossbritannien gegeben. Das Passkontrollsystem von Frankreich war am Samstagmorgen zwischenzeitlich ausgefallen und hatte Warteschlangen ausgelöst. «Wir arbeiten daran, das Problem so schnell wie möglich zu lösen und stehen dazu in Kontakt mit Hafengebietern und Fluggesellschaften, um die Störung für die Reisenden so gering wie möglich zu halten», zitierte die BBC am Samstag einen Sprecher des britischen Innenministeriums. Die Fluggesellschaft British Airways hatte bereits vor dem Pfingstwochenende wegen Informatikproblemen zum wiederholten Mal Flüge am Flughafen London Heathrow absagen müssen. Betroffen waren vor allem Verbindungen innerhalb Großbritanniens und Europas. SRF.ch

Indien – Einem indischen Beamten, der an einem Stausee in Zentralindien Erholung suchte, fiel beim Versuch, ein Selfie zu schießen, sein Handy ins Wasser. Der 32-Jährige bat zunächst Taucher um Hilfe. Später ordnete er an, den Stausee zu entleeren. Die Arbeiten dauerten insgesamt drei Tage, dabei wurden Millionen Liter Wasser herausgepumpt. Als das Handy schließlich gefunden wurde, stellte sich heraus, dass es nicht mehr funktionierte. BBC.uk

Indonesien – Ein Land im **Elektrofahrzeug-Fieber**. Ein Viertel der weltweiten Nickelvorkommen liegt in Indonesien. Ohne Nickel keine Batterien: Das Land will diese Chance nutzen, um eine globale Kraft im Geschäft mit Elektrofahrzeugen zu werden. Der Enthusiasmus ist groß. Grüne Jacke, grüner Helm: Solihin sieht aus wie ein ganz typischer Gojek-Fahrer. Untypisch aber ist sein Motorrad: Es fährt mit Strom und Batterien. Die sind zwar gerade leer, aber Solihin tauscht sie mit wenigen Handgriffen aus. «Es ist schnell und effizient», sagt er. «Wir müssen auch nie anstehen.» Solihin fährt Motorradtaxi für Gojek, die Super-App für alles in Indonesien. Er macht bei einem Pilotprojekt für Elektromobilität mit. Die Fahrzeuge stammen von der Firma Gogoro aus Taiwan. Die Batterien können in Jakarta an ausgewählten Tankstellen der staatlichen Ölgesellschaft Pertamina ausgetauscht werden. «Das Motorrad ist einfach instand zu halten, es ist umweltfreundlich und es ist auch billiger», sagt Solihin. Über die App Gojek lassen sich Transporte aller Art (Personen und Lebensmittel) bestellen. Dabei wickelt man über die Anwendung Logistik und Zahlung ab. Gojek versteht sich aber auch als soziale Plattform und Tauschbörse. Bis heute hat Gojek nach eigenen Angaben mit mehr als einer Million Fahrern, 125'000 kulinarischen Händlern und 30'000 anderen Dienstleistern zusammengearbeitet, die alle auf 50 Städte in Indonesien verteilt sind. Das Pilotprojekt gehört zu den ersten im Bereich Elektromobilität in Jakarta. Die indonesische Regierung will den Sektor massiv fördern. Der Grund: Das Land besitzt ungefähr ein Viertel der weltweiten Nickelvorkommen. Nickel ist ein essenzieller Bestandteil von modernen Batterien. Präsident Joko Widodo nahm im Februar kein Blatt vor den Mund: Dieser Schatz soll Indonesien zugutekommen. «Die Kolonialzeit, während der wir immer Rohstoffe exportiert haben, ist vorbei», so der Präsident. Joko Widodo will Indonesien zu einem führenden, globalen Standort für Elektromobilität machen. Alle essenziellen Rohmaterialien für moderne Batterien liegen auf dem Archipel unter der Erde. «Wir müssen gute Produkte herstellen, sodass andere Länder von uns abhängig sind», so der Präsident, «die Zukunft dieses Ökosystems wird groß werden in Indonesien». Indonesien ist im Elektrofahrzeug-Fieber. Die Strategie soll dem Land auf mehreren Ebenen zugutekommen: Es will bis 2060 CO₂-neutral werden,

gleichzeitig die Wirtschaft entwickeln und entlegene Regionen fördern. Die Regierung hat angekündigt, neue Elektroautos mit fast 5000 Franken und neue Elektromotorräder mit fast 500 Franken zu subventionieren. Den Export von rohem Nickel aus Indonesien hat die Regierung bereits verboten, weil sie die Wertschöpfung im Land behalten will. Die WTO hat dagegen Beschwerde eingelegt. Eine Entscheidung steht noch aus. Auch alteingesessene Firmen wie Bakrie & Brothers wittern ihre Chance. Das Konglomerat gibt es seit 81 Jahren und es ist bis heute hauptsächlich im Rohstoffsektor tätig. CEO Anindya Bakrie leitet den Familienbetrieb. Auch er und seine Firma wollen beim grünen Boom mitmachen. «Es ist fast wie wenn Indonesien zum ersten Mal wirklich wichtig ist», sagt er. «Indonesien kann zum ersten Mal Teil eines globalen Ökosystems sein.» In Zusammenarbeit mit dem chinesischen Elektrofahrzeughersteller BYD will Bakrie & Brothers erst elektrische Busse zusammenbauen und dann selbst Batterien produzieren. Die 10'000 Dieselbusse im öffentlichen Verkehrssystem von Jakarta sollen bald ersetzt sein. Eine Linie ist bereits im Betrieb. Ob Regierung, Wirtschaft oder Privatpersonen: Der Enthusiasmus ist überall spürbar – nicht aber die Umweltprobleme. Die entstehen weit weg von Java mit der Hauptstadt Jakarta und werden hauptsächlich von Menschen in der Nähe der Nickelminen auf Sulawesi und den Molukken getragen. Internationale Firmen, viele aus China, graben dort das Metall aus der Erde. Es leiden die Arbeiter – und die Umwelt. Und auch wenn der Verkehr bald elektrisch sein sollte: Indonesien produziert seinen Strom zu fast 90 Prozent mit Kohle, Öl und Gas. Wenn sich dieser Mix nicht ebenfalls ändert, kann das Land seine Klimaziele kaum erreichen. Doch diese Probleme und Fragen scheinen – zumindest im Moment – eher nebensächlich zu sein. Indonesien hat in seinen Nickelvorräten eine große Chance erkannt und will sie nutzen. Das große Ziel von Triharsa Adicahya ist, ein eigenes, lokal in Indonesien gefertigtes Motorrad zu bauen – sein Kindheitstraum. «Diese elektrische Revolution ist die Chance», sagt er. Die Pläne für sein Motorrad liegen bereits in seiner Schublade. Doch zuerst will er Lösungen zum Umbau der 125 Millionen Benzinmotorräder in Indonesien entwickeln. SRF.ch

Iran – An der iranisch-afghanischen Grenze ist es zu Schießereien zwischen Taliban und iranischen Grenzsoldaten gekommen. Die unmittelbare Ursache der Schießerei ist unklar. Die beiden Nachbarländer sind in einen langjährigen **Konflikt um den Zugang zu knappem Trinkwasser** verwickelt. NOS.nl

Italien – In Italien fanden über Pfingsten in zahlreichen Gemeinden Wahlen statt. Seit Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und ihre Rechtskoalition die Wahlen im vergangenen Herbst gewonnen hatten, war dies der erste Stimmungstest. Und es zeigt sich: **Giorgia Melonis Rechtskoalition behält klar die Oberhand** und hat in den meisten Gemeinden die Nase vorn. Bemerkenswert sind dabei die Verschiebungen innerhalb des siegreichen rechten Lagers: Neu siegt Melonis Partei «Brüder Italiens» auch im Norden, in der Lombardei und in Venetien, wo bisher die Lega dominierte. In Städten wie Brescia oder Vicenza überflügelt nun Melonis Partei sogar jene von Matteo Salvini. Für Salvini, den Chef der Lega, ist das eine Schmach, dominierte doch seine Partei in diesen nördlichen Regionen während langer Zeit unangefochten. Meloni gelang es bei dieser Wahl aber auch, Leute für sich und ihre Partei zu gewinnen, die bisher Silvio Berlusconis Partei «Forza Italia» gewählt hatten. SRF.ch

• **Das Rätsel um den leuchtend grünen Kanal** in Venedig ist gelöst. Die helle Farbe sei auf Fluoreszein zurückzuführen, einen Farbstoff, der zur Prüfung von Wasserleitungen und Abwasserkanälen verwendet werde, sagten örtliche Behörden. Das fluoreszierende grüne Wasser in der italienischen Stadt ist ungefährlich. Es ist nicht klar, wer den Farbstoff dem Wasser zugesetzt hat. Die Polizei ermittelt, ob es sich möglicherweise um einen Klimaprotest handelt. NOS.nl

Kosovo – Nach Zusammenstößen in einer mehrheitlich von Serben bewohnten Stadt im Kosovo hat der serbische Präsident Aleksandar Vučić die Armee seines Landes in Bereitschaft versetzt. Zudem sollten Truppen näher an die Grenze zum Kosovo verlegt werden. Verteidigungsminister Miloš Vučević sprach von einer dringenden Maßnahme. «Es ist klar, dass **Terror gegen die serbische Gemeinschaft im Kosovo** verübt wird», sagte Vučević im Fernsehen. Die kosovarische Polizei in Zvečan hatte zuvor Tränengas und Blendgranaten gegen serbische Demonstranten eingesetzt, die den Einzug eines neuen, kosovarischen Bürgermeisters verhindern wollte. Gewalttätige Protestteilnehmer fackelten ein Polizeiauto ab. Die Polizei berichtete von fünf verletzten Beamten. Die Bürgermeister in den vier nordkosovarischen Gemeinden wurden in den letzten Tagen vereidigt. Die Serben hatten deren Wahl im Vormonat boykottiert. Die Wahlbeteiligung lag deshalb bei nur 3,5 Prozent. Die neuen Bürgermeister in dem fast ausschließlich von Serben bewohnten Gebiet kommen von albanischen Parteien. Im Rest des Kosovos leben fast ausschließlich Albaner. Immer wieder gibt es Spannungen mit der serbischen Minderheit im Norden Kosovos. Der Kosovo erklärte sich 2008 für unabhängig von Serbien. Allerdings erkannte die Regierung in Belgrad die Unabhängigkeit nicht an und verlangt seine Rückgabe. Auch die im Kosovo lebenden Serben sehen sich als Teil Serbiens. Dies gab er auf einer Großkundgebung der nationalistischen Präsidentenpartei in Belgrad bekannt, ein Tag vor dem Parteitag der SNS. Wer sein Nachfolger wird, ist zurzeit nicht bekannt. Zwei Amokläufe mit 18 Toten hatten zu Monatsbeginn die serbische Gesellschaft erschüttert. Vučić-Gegner forderten in den letzten Wochen Konsequenzen. Die Führung in der Hauptstadt Priština (Prishtinë) machte Belgrad für die Unruhen verantwortlich. «Die illegalen und kriminellen Strukturen Serbiens im Nord-Kosovo erhielten die Order, die Lage vor Ort zu eskalieren», schrieb Blerim Vela, der Stabschef der kosovarischen Präsidentin Vjosa Osmani-Sadriu, auf Twitter.

- Vor dem Hintergrund anhaltender Spannungen hat die Nato-geführte Kosovo-Schutztruppe KFOR ihre Präsenz im serbisch bevölkerten Norden des Landes verstärkt. Rund **300 KFOR-Soldaten in Kampfmontur** bezogen vor dem Gemeindeamt im Ort Zvečan Stellung, berichtete ein Reporter der Deutschen Presse-Agentur von vor Ort. Zugleich versammelte sich auch eine größere Menge serbischer Demonstranten vor dem Amtsgebäude. Die KFOR (Kosovo Force) ist eine von der NATO geführte internationale Friedenstruppe. Die KFOR marschierte am 11. Juni 1999, zwei Tage nach der Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolution 1244, in den Kosovo ein. Das Hauptquartier befindet sich in Camp Film City in Priština. Das Regionalkommando Ost in Camp Bondsteel bei Ferizaj besteht aus der US-Armee, unterstützt von Griechenland, Italien, Finnland, Ungarn, Polen, Slowenien, der Schweiz und der Türkei, sowie das Regionalkommando West im Camp Villaggio Italia in der Nähe von Peć werden von Italien betrieben und von Österreich, Kroatien, Moldawien, Nordmazedonien, Polen, Slowenien, der Schweiz und der Türkei unterstützt. SRF.ch

Libanon – Die grassierende Korruption im Libanon ist Thema so mancher Diskussionen. Nun haben sich Spieleentwickler aus Beirut dem Thema angenommen. Sie haben ein politisches Brettspiel entwickelt, das die Korruption zum Thema hat. Ziel des Spieles ist es, Präsident des Landes zu werden, redlich oder unredlich. Übersetzt heißt das Spiel, **Projekt Präsident**. Die Idee zum Spiel kam Chemaly während der Protestbewegung im Libanon 2019, als Hunderttausende Aktivisten gegen die Korruption im Land auf die Straße gingen. SRF.ch

Monaco – Lange Zeit als «Kronjuwel» der Formel 1 über alle Zweifel erhaben, hat seinen Status in den vergangenen Jahren schleichend eingebüßt. Der Vertrag läuft noch bis 2025, der geringe wirtschaftliche Nutzen für die Rennserie und die sportlich oft ereignislosen Rennen trugen aber zu einer Entfremdung bei. Andere Interessenten gibt es ohnehin genug. SRF.ch

Niederlande – Blockade Autobahnabschnitt. Über **1500 Festnahmen nach Klimademonstration** in den Niederlanden. Gegen 48 Teilnehmer wird wegen strafbarer Handlungen ermittelt, darunter Beleidigung und Sachbeschädigung. SRF.ch

Nigeria – Der gewählte Präsident Nigerias, Bola Ahmed Tinubu, wurde am Montag in sein Amt vereidigt, obwohl rechtliche Anträge eingereicht wurden, die darauf abzielten, das Ergebnis der Präsidentschaftswahl 2023 aufzuheben. Der 71-jährige Tinubu, der zum 16. Präsidenten des bevölkerungsreichsten Landes Afrikas aufgestiegen ist, wurde am Eagles Square in der Hauptstadt Abuja von Nigerias oberstem Richter Olukayode Ariwoola vereidigt. Mit dem Amtseid versprach er, seine Pflichten im Einklang mit der Verfassung zu erfüllen und forderte gleichzeitig die Einheit Nigerias. BBC.uk

Österreich – Der österreichische Schauspieler **Peter Simonischek ist tot**. Das melden österreichische Medien unter Berufung auf einen langjährigen Weggefährten sowie das Burgtheater in Wien. Simonischek, der 76 Jahre alt wurde, war eines der unverwechselbarsten Gesichter des österreichischen Schauspiels. Dem Schauspieler gelang es in seiner langen Karriere, sowohl der schweren Dramatik als auch den leichten Komödien gerecht zu werden. Er wuchs Theatergängern, Kinofans oder Radiohörern ans Herz. Unter anderem glänzte er als «Jedermann» bei den Salzburger Festspielen. Die Paraderolle der Salzburger Festspiele spielte er so oft wie kein anderer, von 2002 bis 2009 insgesamt 108-mal. Insgesamt stand er gar 210-mal auf Bühnen der Salzburger Festspiele: vor allem für Schauspielvorstellungen, aber auch für Lesungen und Orchesterkonzerte. SRF.ch

Polen – Polen stellt den Güterverkehr an seinen Grenzübergängen zu Weißrussland ein und verbietet allen in Weißrussland und Russland registrierten Lastkraftwagen die Einfahrt in das Land. Dies geht aus einer am 29. Mai erlassenen Regierungsverordnung hervor. Die Verordnung trat am 30. Mai in Kraft. RPI.pl

Russland – Mehrere Hundert deutsche Staatsbedienstete wie Diplomaten, Lehrer und Mitarbeiter der Goethe-Institute müssen einem Bericht zufolge Russland verlassen. Russland reagiere damit auf die Reduzierung der Präsenz russischer Nachrichtendienste in Deutschland, zitiert die Zeitung das Auswärtige Amt. Das Auswärtige Amt habe auf Anfrage mitgeteilt, im Zusammenhang mit der Reduzierung der Präsenz russischer Nachrichtendienste in Deutschland habe das russische Außenministerium im April die Entscheidung getroffen, für den Personalbestand der deutschen Auslandsvertretungen und Mittlerorganisationen in Russland eine Obergrenze einzuführen. «Diese von Russland ab Anfang Juni festgelegte Grenze erfordert einen großen **Einschnitt in allen Bereichen unserer Präsenz** in Russland.» Betroffen sind nach Zeitungsangaben in einer niedrigen bis mittleren dreistelligen Zahl Diplomaten, aber vor allem Kulturmittler, wie etwa Lehrer der deutschen Schule in Moskau und in erheblicher Zahl Mitarbeiter der Goethe-Institute. Deutschland und Russland hatten im Zuge ihrer schweren Spannungen in der Vergangenheit immer wieder gegenseitig Diplomaten ausgewiesen. Schon jetzt sind die Vertretungen stark ausgedünnt, die Dienstleistungen für deutsche Staatsbürger sind reduziert oder mit längeren Wartezeiten etwa bei der Ausstellung von Dokumenten verbunden. Die Lage hat sich mit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine deutlich verschärft. «Angesichts dieser einseitigen, nicht gerechtfertigten und nicht nachvollziehbaren Entscheidung geht es der Bundesregierung nun darum, eine Minimalpräsenz der Mittler in Russland bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung auch der diplomatischen Präsenz sicherzustellen», zitiert die Zeitung das Auswärtige Amt. Dies sei nur möglich, wenn «in allen Bereichen die Zahl der Mitarbeiter stark reduziert wird». Mit

Blick auf die Obergrenze bei der russischen Präsenz in Deutschland werde die Bundesregierung darauf achten, dass auch in der Praxis eine echte Ausgewogenheit bestehe, hieß es weiter. SRF.ch

- Mehr als **3,5 Millionen ukrainische Bürger seien nach Russland eingereist**, seit Moskau vor mehr als einem Jahr seine Militäroperation begann, sagte Wladimir Kulischow, der Chef des Grenzschutzdienstes, am Samstag. Im Gespräch mit der Nachrichtenagentur TASS stellte er fest, dass die russischen Behörden „aufgrund der verschärften humanitären Lage im Kampfgebiet“ eine Reihe von Maßnahmen ergriffen hätten, um Millionen Ukrainern, die sich für die Einreise in das Land entschieden hatten, die Einreise zu erleichtern.
- Einige EU-Staaten kauften aktiv russisches Flüssigerdgas (LNG), wobei Spanien Anfang 2023 an der Spitze der Käuferliste stand. Spaniens Importe von russischem LNG waren seit Beginn des Konflikts in der Ukraine um 84 % gestiegen. Auch Frankreich hat sich zu einem wichtigen russischen LNG-Importeur entwickelt und kaufte im Jahr 2022 1,9 Millionen Tonnen des Kraftstoffs. Es folgten laut Bloomberg Spanien, das 533.800 Tonnen kaufte, und Belgien, das im gleichen Zeitraum 310.000 Tonnen kaufte. Spanien sei zwischen dem 1. Januar und dem 9. März dieses Jahres auch der größte Importeur russischer fossiler Brennstoffe gewesen, teilte die Nachrichtenagentur mit. Dicht dahinter folgten Belgien und Bulgarien. Anfang Mai schlug die EU im Rahmen eines neuen Sanktionspakets vor, Schiffen, die gegen Sanktionen gegen russisches Öl verstoßen haben, die Einfahrt in EU-Häfen und Wasserstraßen zu verbieten. Später forderte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell die Union auf, aus russischem Öl hergestellten indischen Treibstoff zu verbieten. Indiens eigene Rohölimporte aus Russland haben sich im Geschäftsjahr, das am 31. März endete, verzehnfacht.
- Die südrussische Stadt Krasnodar hat beschlossen, alle Schilder und Werbetafeln in Fremdsprachen, einschließlich Transliterationen, zu verbieten, teilten die örtlichen Behörden am Montag in einer Erklärung mit. Die Änderungen treten laut Stadtrat am 1. September in Kraft. IZ.ru

Saudi-Arabien – Der Wüstenstaat will zu einem globalen Hub für **Games und E-Sport** werden. Dafür sind 38 Milliarden Dollar budgetiert. SRF.ch

Schweiz – Haben Sie sich schon einmal gewundert, warum direkt am Genfersee so viele Badis mit großen Schwimmbecken zu finden sind? Es hat mit der Wasserqualität zu tun. Die war in den 1960er-Jahren so schlecht, dass Badehungrige schlicht in die Badeanstalten ausweichen mussten. Zur gleichen Zeit – 1963 – wurde auch die Cipel gegründet, die französisch-schweizerische Kommission zum **Schutz des Wassers im Genfersee**. Jean-Luc Loizeau ist Mitglied des wissenschaftlichen Rats der Cipel. Er stellt fest: En Gros kämpft der Genfersee mit den gleichen Herausforderungen wie alle anderen Seen auch. Dazu gehören invasive Arten: Die Quaggamuschel kam 2015 in den Genfersee und bedeckt wohl bald den gesamten Grund. Dazu kommen Mikroverunreinigungen wie Medikamentenreste und kleinste Plastikpartikel. Da die Messmethoden immer genauer werden, findet man auch immer mehr davon. Und schließlich steigt die Durchschnittstemperatur des Genfersees stetig. Das Wasser im Genfersee hat sich seit elf Jahren nicht mehr vollständig durchmischt. Das Phänomen kennen viele Schweizer Seen: Beim Lago Maggiore ist es bald 18 Jahre her, beim Bodensee sechs, beim Zürichsee drei Jahre. Die Oberfläche eines Sees erwärmt sich im Sommer mehr als sein Grund. Das Resultat sind zwei Wasserschichten – eine wärmere und eine kältere. Die wärmere, obere Schicht enthält mehr Sauerstoff und die kältere, untere Wasserschicht mehr Nährstoffe. «Dass die beiden Schichten getrennt bleiben, wird über lange Zeit für den Genfersee ein sehr großes Problem», erklärt Cipel-Präsidentin Nicole Gallina. Denn wenn sich das Wasser mischt, verteilen sich Nährstoffe und Sauerstoff wieder regelmäßig im See und er regeneriert sich. Wenn das nicht geschieht, wird oben das Wasser nährstoffarm und unten gibt es zu wenig Sauerstoff.

- Fachkräftemangel in der IT: Ratlosigkeit bei Kursveranstaltern. Es fehlen rund 31'000 IT-Fachleute. Ein Kurs in St. Gallen sollte Besserung bringen, Firmen machen aber nur wenige mit.
- Zentralbanken aus Schwellenländern kaufen in nie dagewesenem Ausmaß Gold. Es profitiert: die Schweiz. **1136 Tonnen Gold** – diese Menge haben Zentralbanken vergangenes Jahr gekauft. Aktueller Wert: 64 Milliarden Dollar. Im ersten Quartal dieses Jahres hat sich der Kaufrausch fortgesetzt. Singapur: plus 69 Tonnen. China: plus 58 Tonnen. Türkei: plus 30 Tonnen. Bereits im vergangenen Jahr kaufte die Türkei rekordhohe 148 Tonnen Gold.
- Lastenrad statt Lieferwagen: Cargobikes erobern die Städte. Vom Bäcker bis zum Spediteur: Cargobikes erfreuen sich in verkehrsgeplagten Innenstädten immer größerer Beliebtheit. SRF.ch

Serbien – Der serbische Präsident Vučić hat seinen **Rücktritt als Parteichef** der rechtskonservativen Regierungspartei SNS erklärt. Auf einer Kundgebung vor zehntausenden Regierungsanhängern in Belgrad kündigte er außerdem an, eine regierungstreue Bürgerbewegung zu gründen, die er anführen will. Die Kundgebung war die Antwort auf mehrere Demonstrationen gegen die serbische Regierung. Gegner von Vučić fordern seinen Sturz sowie den Rücktritt von ranghohen Sicherheitsbeamten. RBB.de

Singapur – Die USA haben China ein Treffen der Verteidigungsminister Lloyd Austin und Li Shangfu am Rande des **Schangri-La-Dialogs**, der jährlichen Sicherheitskonferenz in Singapur vom 31. Mai bis zum 4. Juni, vorgeschlagen. Wie das Pentagon gegenüber dem Wall Street Journal am Montag erklärte, lehnte Peking die Initiative ab. Außerdem wirft China den USA Unaufrichtigkeit vor. CGTN.cn

Spanien – Der sozialistische Premierminister Pedro Sánchez hat überraschend vorgezogene Parlamentswahlen für den 23. Juli in Spanien angekündigt. Dies, nachdem die Linke bei den Kommunal- und Regionalwahlen eine deutliche Niederlage gegen die Konservativen erlitten hatte. Die Wahlen galten als Stimmungstest für die Parlamentswahlen, die eigentlich erst Ende des Jahres hätten stattfinden sollen. SRF.ch

Türkei. Drei unbemannte ukrainische Schnellboote haben im Schwarzen Meer nahe dem Bosphorus einen erfolglosen **Angriff auf das russische Kriegsschiff Iwan Churs** durchgeführt, teilte das russische Verteidigungsministerium am Mittwoch mit. In einer auf Telegram veröffentlichten Erklärung erklärte das Ministerium, das Kriegsschiff habe die Gaspipelines TurkStream und Blue Stream geschützt – die Gas von Russland in die Türkei transportieren, teilweise über das Schwarze Meer – und „erfülle weiterhin seine Aufgaben“. Aus Kiew war zunächst kein Kommentar verfügbar. Das Ministerium führte den Angriff als Rechtfertigung für die Ausweitung der Verteidigungsmaßnahmen Russlands an. Explosionen im vergangenen September beschädigten die Pipelines Nord Stream 1 und 2, die Gas aus Russland unter der Ostsee nach Deutschland transportierten.

- Auf Ersuchen der türkischen Regierung verhandelten Ankara und Washington über den Verkauf von 40 neuen F-16-Kampfflugzeugen und 79 Modernisierungssätzen, nachdem die Türkei aus dem gemeinsamen F-35-Kampfflugzeugprogramm der fünften Generation ausgeschlossen worden war. Die Türkei wird diese erst erhalten, wenn sie der NATO-Mitgliedschaft Schwedens zustimmt. TRT.tr

Uganda – Ugandas Präsident Yoweri Museveni hat eine geänderte Fassung des „Antihomosexualitätsgesetzes 2023“, welches das Parlament Anfang Mai auf den Weg gebracht hatte, unterzeichnet. Der neue Gesetzesentwurf stellt klar, dass es noch keine

Straftat ist, sich als homosexuell zu bezeichnen. Erst „die Beteiligung an homosexuellen Handlungen“ stellt ein Vergehen dar, das mit lebenslanger Haft geahndet werden kann. ORF.at

Ukraine – Der Ukraine- Konflikt könnte beigelegt werden, wenn Kiew sich wieder zu seinem neutralen Status bekennen, „neue territoriale Realitäten“ anerkennen und **Russisch zur Staatssprache** erklären würde, sagte der stellvertretende russische Außenminister Michail Galuzin in einem am Samstag veröffentlichten Interview. Im Gespräch mit der Nachrichtenagentur TASS sagte der Diplomat, Moskau sei „überzeugt, dass eine Friedenslösung nur möglich sein wird, wenn die ukrainischen Streitkräfte die Feindseligkeiten einstellen und westliche Waffenlieferungen gestoppt werden.“ Er betonte auch, dass die Ukraine, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen, „zu einem neutralen, blockfreien Status zurückkehren“ und „sich weigern muss, der NATO und der EU beizutreten“, und fügte hinzu, dass Kiew die „neuen territorialen Realitäten“ anerkennen sollte, die entstanden seien, nachdem die Menschen ihre Macht ausgeübt hätten, das Recht auf Selbstbestimmung. Der Diplomat bezog sich auf vier ehemalige ukrainische Regionen, die im Herbst in öffentlichen Referenden mit überwältigender Mehrheit für einen Anschluss an Russland gestimmt hatten, sowie auf die Krim. IZ.ru

- Die Ukraine wird früher oder später mit Russland verhandeln müssen, weil es unwahrscheinlich ist, dass man Russland in diesem Krieg vollends besiegen wird, fordert der Friedens- und Konfliktforscher Laurent Goetschel. SRF.ch

USA – Die Vereinigten Staaten haben nach Einschätzung von Finanzministerin Yellen mehr Zeit als gedacht, um den Streit über die Schuldenobergrenze beizulegen. In einem Brief an den Kongress erklärte Yellen, dem Bund drohe ab dem 05. Juni die Zahlungsunfähigkeit. Bislang war man vom 1. Juni ausgegangen. Damit die US-Regierung neue Schulden aufnehmen kann, müssen sich Demokraten und Republikaner auf einen Kompromiss einigen. Gelingt das nicht, hätte das auch Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. RBB.de

- Elon Musks **Neuralink wurde von der US-FDA zugelassen**, um Implantate zu untersuchen, die eine **Schnittstelle zwischen menschlichem Gehirn und Computern** ermöglichen. Die US-Aufsichtsbehörden haben die Start-up-Neuralink von Elon Musk genehmigt, um seine Gehirnimplantate auf Menschen zu testen. Neuralink sagte am Donnerstag, dass es von der US-amerikanischen Food and Drug Administration (FDA) für die erste humane klinische Studie mit Implantaten eingereicht wurde, die das Gehirn direkt mit Computern einstellen lassen sollen. Neuralink-Prototypen, die die Größe einer Münze haben, wurden bisher in die Schädel von Affen implantiert, wie Demonstrationen des Startups zeigten. Mit Hilfe eines chirurgischen Roboters wird ein Stück des Schädels durch eine Neuralink-Scheibe ersetzt und seine Drähte in das Gehirn eingefügt, zeigte sich eine frühe Demonstration. Die Scheibenregister registriert die Nervenaktivität und geben laut Musk die Informationen über ein gemeinsames drahtloses Bluetooth-Signal wie ein Smartphone weiter. Bei einer früheren Präsentation zeigte Neuralink mehrere Affen, die Video spielen oder einen Cursor auf einem Bildschirm durch ihr Neuralink-Implantat bewegten. Die Technologie wurde auch bei Schweinen getestet. Die Rekrutierung für eine klinische Studie mit Menschen ist laut Neuralink noch nicht erlaubt. Musk, der kürzlich ein Unternehmen eingerichtet hat, das sich der Entwicklung von ausgefeilter künstlicher Intelligenz widmet, hat behauptet, dass die Synchronisierung von Köpfen mit Maschinen von entscheidender Bedeutung ist, wenn Menschen vermeiden wollen, von KI übertroffen zu werden. Mindestens vier Mal seit 2019 prognostizierte Musk, dass sein Medizinproduktunternehmen bald die Versuche mit einem Gehirnimplantat beginnen würde, um unlösbare Erkrankungen wie Lähmung und Blindheit zu behandeln. Das 2016 gegründete Unternehmen erhielt jedoch erst Anfang 2022 die Erlaubnis der FDA – und die Agentur lehnte den Antrag ab, teilte Reuters im März mit. Die Zustimmung der FDA erfolgt, als der US-Gesetzgeber Anfang dieses Monats die Aufsichtsbehörden aufforderte, zu untersuchen, ob die Zusammensetzung eines Panels, das Tierversuche bei Neuralink

beaufsichtigt, zu verpfuschten und überstürzten Experimenten beigetragen hat. Musk hat gesagt, dass Neuralink versuchen würde, die Implantate zu nutzen, um die Sicht und Mobilität beim Menschen wiederherzustellen, die solche Fähigkeiten verloren hätten. „So wundersam es auch klingen mag, wir sind zuversichtlich, dass es möglich ist, die Vollkörperfunktionalität wiederherzustellen bei abgetrenntem Rückenmark“. JAZ.qa

● Henry Kissinger ist vielleicht der berühmteste Diplomat in der Geschichte der USA. Lange, nachdem er sich aus der Politik zurückgezogen hatte, suchten Spitzenpolitiker noch seinen Rat. Und noch immer teilt Kissinger, der **am 27. Mai 100 Jahre alt wurde**, gerne seine Meinung zu internationalen Themen mit. Doch der ehemalige US-Außenminister ist eine kontroverse Figur. Während ihn die einen als brillanten Realpolitiker loben, sehen ihn andere als skrupellosen Machtmenschen. Nachdem er sich in den 1950er- und 1960er-Jahren an der Universität Harvard als Spezialist für internationale Politik einen Namen gemacht hatte, holte ihn der republikanische Präsident Richard Nixon 1969 ins Weiße Haus. Kissinger wurde nationaler Sicherheitsberater und später Außenminister. Kissinger hat viele Erfolge vorzuweisen. Er suchte Entspannung mit China und der Sowjetunion, stiftete Frieden in Nahost, bemühte sich um Abrüstung. So fädelt er das erste Abkommen zur strategischen Rüstungsbegrenzung (SALT I) ein. Außerdem handelte er 1973/74 das Ende des Jom-Kippur-Krieges aus. Für viele gilt Kissinger bis heute als außenpolitisches Genie. Das ist die eine Seite der Geschichte. Kritiker sehen in ihm allerdings einen Machtpolitiker ohne Moral, der auch Diktaturen unterstützte – solange es seinen Interessen nützte. Neben den außenpolitischen Erfolgen gibt es eine ganze Liste an Kriegen und Krisen, in denen Kissinger eine zweifelhafte Rolle spielte. Da ist zum einen der Vietnamkrieg: Kissinger soll 1968 einen nahen Friedensschluss verhindert haben, um Nixon zum Wahlsieg zu verhelfen. 1973 mündeten seine jahrelangen Geheimverhandlungen mit dem nordvietnamesischen Unterhändler Lê Đức Thọ schließlich in einen Friedensvertrag. Beiden wurde der Friedensnobelpreis zugesprochen, obwohl der Krieg noch bis 1975 weiterging. Kissinger nahm den Preis an, Lê Đức Thọ nicht. Umstritten ist auch, welche Rolle Kissinger bei der geheimen Bombardierung Kambodschas während des Vietnamkriegs spielte. Zusammen mit dem US-Geheimdienst CIA war Kissinger 1973 außerdem in den Putsch von General Augusto Pinochet gegen Chiles Präsidenten Salvador Allende verstrickt. Kissinger erhielt Vorladungen von Gerichten in verschiedenen Ländern, erschien aber nie. Von den Vorwürfen gegen ihn will er bis heute nichts wissen. Nach Nixons Rücktritt blieb Kissinger unter Gerald Ford Außenminister. Die politische Bühne verließ er nach dem Amtsantritt des demokratischen Präsidenten Jimmy Carter 1977. Doch der Rückzug aus der aktiven Politik bedeutete für Kissinger nicht, sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Kissinger ist mittlerweile schwerhörig und auf einem Auge blind. Er formuliert seine Gedanken manchmal langsam und schwer verständlich. An Selbstbewusstsein mangelt es ihm jedoch nicht. Auf die Frage, ob Chinas Präsident Xi Jinping den Hörer abheben würde, sollte Kissinger anrufen, antwortete er: «Die Chancen stehen gut, dass er meinen Anruf annimmt.» Das gelte auch für Kremlchef Wladimir Putin.

● Twitter droht ein mögliches **Verbot in Europa**, nachdem Elon Musks Unternehmen von den Desinformationsregeln zurückgetreten ist. SRF.ch

● Das US-Biotechunternehmen Alnylam (alnylam.com/) verklagt Moderna und Pfizer wegen **Patentverletzungen**. Laut dem Unternehmen hätten Moderna und Biontech-Pfizer bei der Entwicklung ihres Impfstoffes Technologien kopiert, die Alnylam vor mehr als einem Jahrzehnt entwickelt habe. Der Konzern fordert jetzt einen Anteil an den Lizenzgebühren aus den Impfstoffverkäufen. Schon im vergangenen Jahr hat Alnylam die beiden Unternehmen verklagt. RBB.de

Vereinigten Arabischen Emirate – Die VAE sind zu einem wichtigen **Ziel für russisches Gold** geworden, seit westliche Regierungen ihre Märkte im Zuge der mit der Ukraine verbundenen Sanktionen gegen Moskau geschlossen haben, berichtet Reuters. Dem Medium zufolge importierte der Golfstaat unter Berufung auf Zollunterlagen zwischen dem

24. Februar 2022 und dem 3. März 2023 75,7 Tonnen russisches Gold im Wert von 4,3 Milliarden US-Dollar. Diese Zahl stellt einen exponentiellen Anstieg von nur 1,3 Tonnen im Jahr 2021 dar. Daten zeigten, dass China und die Türkei die zweitgrößten Bestimmungsländer waren und in diesem Zeitraum jeweils etwa 20 Tonnen importierten. Zusammen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten machten die drei Länder in den Zolldaten für diesen Zeitraum 99,8 % der russischen Goldexporte aus, wie Reuters feststellte. Die G7, die EU und die Schweiz haben im vergangenen Sommer russische Goldimporte verboten, um der 20-Milliarden-Dollar-Goldindustrie des Landes zu schaden. Vor den Sanktionen war London das wichtigste Ziel für russisches Gold. JAZ.qa

Zentralafrika – Der Botschafter der Zentralafrikanischen Republik in Russland, Leon Dodonu-Punagasa, sagte, sein Land sei daran interessiert, auf seinem Territorium eine **russische Militärbasis** zu errichten, die zwischen 5'000 und 10'000 Soldaten aufnehmen könnte. VESTI.ru

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -

- Keine Berichte -

Europäische Union (EU) (Seiten E 114 - E 128)

01) Orban auf EU-Gipfel: „EU am Rande des Bankrotts“

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

30. 06. 2023



Die EU gleicht einem Schwarzen Loch, das Geld auf nimmer Wiedersehen aufsaugt.-
Bild: shutterstock

„Was ist mit dem EU-Budget passiert, wo ist das Geld?“

- fragte Ministerpräsident Viktor Orbán via Twitter direkt aus Brüssel. Dabei persiflierte er seinen Beitrag mit einer John Travolta-GIF-Ikone.

„Brüssel geht das Geld aus“: 100 Milliarden fehlen

- so Orban weiter. Auf seiner Facebook-Seite legte er noch nach: Die EU stünde am Rande des Bankrotts. Aber nicht nur er, sondern „alle“ würden sich...

... „eine Frage stellen: Wohin ist das Geld hingeflossen?“

Und tatsächlich muss die finanzielle Lage des EU-Budgets dramatisch sein: Habe doch die EU-Kommission einen Vorschlag für einen Berichtigungshaushalt vorgelegt und die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, weitere 100 Milliarden Euro (!) zu zahlen.

„Es stellt sich die Frage: Wie konnte es zu dieser Situation kommen? Wie konnten sie die EU Union an den Rand des Bankrotts bringen?“

Dabei erwähnte Orban folgenden Punkte:

- *„Sie wollen die Mitgliedstaaten um 50 Milliarden Euro bitten, um sie der Ukraine zu geben. Aber sie können das Geld, das wir bisher aufgewendet haben, nicht zuordnen.*
- *Sie wollen viel Geld von den Mitgliedstaaten, damit sie die Zinsen für früher aufgenommene EU-Kredite begleichen können. Das sind die Kredite, von denen Polen und Ungarn bisher keinen einzigen Cent gesehen haben. Das ist, um es vorsichtig auszudrücken, frivol.*
- *Sie wollen von uns mehr Geld für die Migration, nicht für den Grenzschutz, sondern um Migranten ins Land zu holen. Und natürlich haben sie sich selbst nicht vergessen: Sie fordern Milliarden von Euro, um die Gehälter der Brüsseler Bürokraten zu erhöhen.“*

Er fügte hinzu:

„Die Position Ungarns ist klar: Wir wollen wissen, wie all das Geld, das wir bisher gezahlt haben, ausgegeben wurde. Und dann erwarten wir eine Antwort auf die Frage, wer dafür verantwortlich ist, dass die EU am Rande des Bankrotts steht.“

Seit gestern Donnerstag, den 29. Juni, treffen sich in Brüssel die EU-Staats- und Regierungschefs, um am Europäischen Rat teilzunehmen. Dies wird der erste EU-Gipfel seit dem letzten am 23. und 24. März.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Elftes Sanktionspaket der EU ist beschlossen

25. 06. 2023



Die Europäische Union hat nun schlussendlich - wie erwartet - das 11. Sanktionspaket gegen Russland gebilligt.

Seite E 116 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Dies geht aus einer Erklärung hervor, die am 23. Juni veröffentlicht wurde.

Weitere Sanktionen gegen russische Medien

Die Europäische Union hat im Rahmen des 11. Sanktionspakets fünf russischen Sendern den Sendebetrieb untersagt, darunter dem RT-Sendedienst RT Balkan. Das entsprechende Dokument wurde am 23. Juni auf der Webseite des Europäischen Rates veröffentlicht.

Als Begründung hieß es dazu, **„um gegen die systematische, internationale Kampagne der Russischen Föderation zur Medienmanipulation und Verzerrung von Tatsachen vorzugehen, die darauf abzielt, ihre Strategie der Destabilisierung ihrer Nachbarländer, der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu verstärken**, verlängerte der Rat die Aussetzung der Sendelizenzen auf fünf weitere Medienunternehmen, RT Balkan, Oriental Review, Tsargrad, New Eastern Outlook und Katehon.“

Diese Kanäle stünden unter „ständiger direkter oder indirekter Kontrolle der Führung der Russischen Föderation“ und würden für Propagandaaktionen genutzt, „die sich gegen die Zivilgesellschaft in der EU und den Nachbarländern“ richteten, heißt es ferner seitens der EU.

Im Einklang mit der Charta der Grundrechte dürften diese Medien und ihre Mitarbeiter in der EU jedoch weiterhin andere Tätigkeiten ausüben, z. B. Recherchen und Interviews.

RT „für Serbien“ wurde offenbar zu brisant für EU-Beitrittspropaganda

Der Online-Sendedienst RT Balkan, der über Nachrichten in serbischer Sprache berichtet und sich auf regionale Angelegenheiten konzentriert, wurde im November 2022 gestartet. Der Sender verfügt über eine eigene Webseite und mehrere Konten in den sozialen Netzwerken. Bereits einen Monat nach Start, im Dezember 2022, wurde RT Balkan bereits auf YouTube blockiert.

Im März 2022 hatte die EU die Ausstrahlung und Verbreitung von Sputnik- und RT-Inhalten verboten. Gerade die Situation in Serbien mit „ihrer Spagat-Politik“ zwischen historischer Russlandtreue und EU-Beitrittsdruck, wurde wohl ein zu „gefährliches Pflaster“ für die Ausstrahlung russischer Programme, für die Brüsseler „Wahrheitsapostel“.

Erwartungsgemäß betrachtet Moskau dies als einen Verstoß gegen die Medienfreiheit und einen Beweis dafür, dass das Engagement der EU für die Meinungsfreiheit ein fadenscheiniges Konstrukt der eigenen Argumentationslinie sei.

Bereits lange vor dem Ukraine-Konflikt hatten einige EU-Länder versucht, die Aktivitäten einiger russischer Medien zu beschränken.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) EU-Migrationspakt: Massiver EU-Vorstoß alle Mitgliedsländer mit „Flüchtlingen“ per Zwangsverteilung zu fluten

06. 06. 2023



Bild: shutterstock

Anstelle Migration zu verhindern und konsequent abzuschieben, wird weiter von “Verteilung” geredet.

Der österreichische freiheitliche Delegationsleiter im Europaparlament, Harald Vilimsky, hat dementsprechend Kritik an den aktuellen Verhandlungen zum EU-Migrationspakt geäußert. Seiner Ansicht nach sollte der Schwerpunkt der EU-Migrationspolitik darin liegen, die illegale Einwanderung unter Missbrauch des Asylrechts zu verhindern, statt sie zuzulassen und lediglich anders zu verwalten.

22.000 Strafe für Nichtaufnahme pro „Flüchtling“

Der FPÖ-Politiker bezog sich auf Berichte, dass bis zu 120.000 Migranten pro Jahr innerhalb der EU gezielt verteilt werden sollen. Falls sich Mitgliedsstaaten weigern, an dieser Umverteilung teilzunehmen, könnten sie mit einer Strafzahlung von 22.000 Euro pro Person belastet werden.

“Die EU-Kommission versucht mit aller Kraft, die Zwangsverteilung von Migranten auf alle EU-Staaten durchzusetzen”, sagte Vilimsky.

Er argumentiert, dass Brüssel nicht daran interessiert sei, die illegale Einwanderung in die EU zu stoppen. Dieses Signal wäre fatal, da es suggeriere, dass genug Platz für Neuankömmlinge vorhanden wäre.

Dublin-Abkommen ausgehebelt

Vilimsky stellte auch das bestehende Dublin-Abkommen in Frage, wonach das EU-Land für ein Asylverfahren zuständig sein sollte, in das ein Migrant als erstes eintritt. Dieses Abkommen werde nicht eingehalten, weil einige Länder Migranten einfach weiterziehen lassen und Brüssel effektive Kontrollen und Ablehnungen an den Binnengrenzen nicht zulasse.

Das vorgeschlagene EU-Migrationspakt zeigt einmal mehr, wie dysfunktional die aktuelle Asyl- und Einwanderungspolitik ist. Es ist absurd zu glauben, dass die Lösung für die illegale Einwanderung in einer noch größeren Verteilung der Migranten liegt, statt in einer stärkeren Kontrolle der Außengrenzen und einem konsequenten Vorgehen gegen Missbrauch.

Recht vor politischer Korrektheit

Die Tatsache, dass Länder, die Migranten einfach durchwinken, nicht zur Verantwortung gezogen werden, ist ein klarer Verstoß gegen das Dublin-Abkommen. Es ist höchste Zeit, dass die EU eine effektive Migrationspolitik betreibt, die auf der Wahrung der Grenzen und dem Respekt für das Recht basiert, anstatt politische Korrektheit über die Sicherheit und Stabilität ihrer Mitgliedsstaaten zu stellen.

Umdenken dringend notwendig

Die Vorschläge, die Vilimsky anbringt, verdienen es, gehört zu werden. Eine stärkere Kontrolle der Grenzen, verkürzte Verfahren und eine bessere Durchführung von Abschiebungen könnten dazu beitragen, das System zu verbessern. Die gegenwärtige Situation ist unhaltbar und es ist offensichtlich, dass ein Umdenken notwendig ist. Die EU hat eine veritable Krise mit der Zuwanderung, die ihre eigene Existenz auf das Spiel setzt.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) EU will keine Umweltauflagen für Privatjets – Eliten werden „verschont“

06. 06. 2023



Bild: screenshot Twitter

Seite E 119 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Völlig „unbeeindruckt“ von Forderungen der EU-Mitgliedstaaten erklärte die rumänische EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean, dass sie keineswegs beabsichtige, vor dem Ende der Amtszeit der Kommission, neue Maßnahmen für Privatjets vorzuschlagen, wie auch *EURACTIV* berichtet.

Keine „Einschränkungen“ für Eliten

Belgien und Irland hatten sich am 1. Juni bei einem Treffen der EU-Verkehrsminister für strengere Umweltvorschriften für Privatjets ausgesprochen und sich damit einem Vorstoß Österreichs, Frankreichs und der Niederlande angeschlossen, um die CO₂-Emissionen der Luftfahrt zu reduzieren.

Gänzlich unbeeindruckt vom Druck der Mitgliedsstaaten erklärte EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean, dass sie „nicht die Absicht“ habe, vor dem Ende der Amtszeit der derzeitigen EU-Kommission neue Maßnahmen für Privatjets vorzuschlagen.

Auf die Frage, ob die Kommission neue Maßnahmen für Geschäftsflüge vorschlagen werde, antwortete die Verkehrskommissarin auf einer Pressekonferenz beinahe provokant, „die kurze Antwort ist nein“. „Wir haben nicht die Absicht, irgendwelche (weiteren) Vorschriften zu erlassen.“

Vălean sagte, dass sie es vorziehe, die Luftfahrt als Ganzes anzugehen, anstatt sich speziell auf Privatjets zu konzentrieren.

Die Verkehrsminister der 27 EU-Mitgliedstaaten hatten sich am 1. Juni in Luxemburg zusammengefunden, um eine Reihe von Themen zu diskutieren, darunter eben auch die Umweltauswirkungen von Privatjets.

Emissionsbekämpfung bei Privatjets ist Frage der Klimagerechtigkeit

Im Vorfeld des Verkehrsministerrats haben Österreich, Frankreich und die Niederlande gemeinsam einen Brief an EU-Klimachef Frans Timmermans und die Verkehrskommissarin verfasst, in dem sie argumentieren, dass die Bekämpfung der Emissionen von Privatjets eine Frage der Klimagerechtigkeit sei.

Möglicher Weise hätte man hierbei auch anders formulieren müssen, da in der aktuellen EU-Politik „Gerechtigkeit“ wohl keine zentrale Rolle ein zu nehmen scheint.

„Diese Form des Flugverkehrs hat einen übermäßigen CO₂-Fußabdruck pro Kopf und steht daher zu Recht in der Kritik“, schrieben die Minister der drei Nationen. „Angesichts dessen sind die jüngsten Forderungen nach Maßnahmen wie dem Verbot von Privatjetreisen verständlich und müssen angemessen behandelt werden.“

In einer Erklärung sagte die Länderkoalition, dass die „enorm hohen CO₂-Emissionen pro Kopf“ durch Privatflüge ungerecht seien, da sie bedeuten, dass eine kleine Anzahl von Menschen „der Gemeinschaft großen Schaden zufügen“.

Hobby der Superreichen auf Kosten der Gemeinschaft

„Privatjetflüge sind ein Hobby der Superreichen. Aber wir können nicht alle dafür bezahlen“, sagte die österreichische Klimaschutzministerin Leonore Gewessler. „Wir brauchen hier strengere Regeln. Jeder, der unser Klima schädigt, muss auch einen fairen Beitrag leisten.“

Seite E 120 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Ein Bericht der Umweltorganisation Transport & Environment hat ergeben, dass Privatjets pro Passagier 5 bis 14 Mal mehr Schadstoffe ausstoßen als kommerzielle Flugzeuge.

Einer, im März vom Beratungsunternehmen CE Delft veröffentlichten Studie zu Folge, stieg die Zahl der Privatflüge in Europa auf 572.806 im Jahr 2022, was einen Anstieg von 64 Prozent bedeutet.

Der französische Verkehrsminister Clement Beaune forderte am 1. Juni in Luxemburg einen „nüchternen Ansatz“ bei der Besteuerung der Nutzung von Privatjets auf europäischer Ebene.

„Dies ist ein Bereich, in dem wir symbolisch zeigen, wie wir zusammenarbeiten können, um die Emissionen zu bekämpfen“, erklärte er.

Der belgische Minister für Mobilität, Georges Gilkinet, schloss sich dieser Meinung an. Er sagte, es sei notwendig, dass „jeder den angemessenen Preis für sein Transportmittel bezahlt.“

„Unsere Bürger könnten nicht verstehen, wenn eine Minderheit, die Privatjets benutzt, diese Flugzeuge ohne jegliche Einschränkungen nutzen könnte, mit unverhältnismäßigen Auswirkungen auf das Klima“, erläuterte er.

„Wir müssen zeigen, dass die Klimabemühungen gerecht verteilt werden, insbesondere ein Jahr nach der Explosion der Energiepreise“, fügte er hinzu.

Der irische Vertreter Jack Chambers schlug einen vorsichtigeren Ton an und fügte hinzu, dass „alle vernünftigen Optionen“ geprüft werden sollten, um sicherzustellen, dass Privatjets „ihren vollen Beitrag zu unseren Klimazielen leisten.“

„Es ist von entscheidender Bedeutung, dass alle Sektoren der Luftfahrt zu den Bemühungen um eine Emissionsreduzierung beitragen, einschließlich der Privatjets“, sagte er.

Deutschland will „Eliten“ einmal mehr nicht vergrämen

Im Gegensatz dazu zeigten sich Deutschland und Malta skeptischer gegenüber dem Regulierungsdruck.

Deutschland sprach sich zwar eher unkonkret für Marktmaßnahmen zur Emissionssenkung aus, während Malta vor möglichen Auswirkungen auf die Konnektivität warnte, wenn die Regulierung zu weit gehen sollte.

Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) gab eine kurze Erklärung ab, in der er den EU-Markt für CO₂-Emissionen im Luftverkehr als das beste Instrument zur Bekämpfung der Emissionen im Luftverkehr insgesamt bezeichnete.

„Es kann diskutiert werden, welche Flüge bei den bestehenden Klimamaßnahmen berücksichtigt werden, unter anderem im Zusammenhang mit den planmäßigen Überprüfungen des EU-Emissionshandels“, sagte er.

„Das ist meiner Auffassung nach eine bessere Herangehensweise als ausschließlich über Privatflüge zu diskutieren“, fügte er hinzu.

Der kleine Inselstaat Malta warnte davor, dass strenge Regulierungen ihn unverhältnismäßig stark treffen könnten.

„Man muss bedenken, dass die Geschäftsfluffahrt auch in Staaten, in denen wie in Malta die Möglichkeiten für den Geschäftsverkehr begrenzt sind, eine wichtige Transportverbindung darstellen kann“, sagte der maltesische Verkehrsminister Aaron Farrugia.

Es muss sichergestellt werden, dass Klimaschutzmaßnahmen „geografisch gerecht sind und die wirtschaftliche Entwicklung, Innovation und den Einsatz neuer Technologien nicht behindern“, fügte er hinzu.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Geplantes EU-Pfandsystem: „Ökologischer und ökonomischer Wahnsinn“ – Milliarden Bierflaschen vor Vernichtung

05. 06. 2023



Streit um EU-Pfandsystem: Bierbrauer warnen vor Vernichtung von Milliarden Bierflaschen

Aus Deutschland kam massive Kritik: Die EU will die Regeln für Pfandsysteme und Verpackungen verschärfen. Dem würden in Deutschland Milliarden Bierflaschen und unzählige Flaschenkästen zum Opfer fallen. Der Brauer-Bund hat die EU zu einer Vor-Ort-Besichtigung eingeladen.

Mit den Worten „Die Pläne sind ökologischer und ökonomischer Wahnsinn“, kommentiert Dirk Reinsberg, Geschäftsführender Vorstand beim Bundesverband des Deutschen

Seite E 122 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Getränkefachgroßhandels, die geplanten Reformen der EU-Kommission. Die Europäische Union hat vor, eine Vereinheitlichung des Pfandsystems ihrer 27 Mitgliedstaaten vorzunehmen, wie die „Bild“ kürzlich berichtete.

Dabei sieht die verbindliche Verordnung unter anderem vor, dass die Transportverpackung eines Produktes nicht mehr als 40 Prozent größer sein dürfe als das Produkt selbst. „Im Falle von Bier“, so Reinsberg weiter, „würde das bedeuten, dass der klassische deutsche Bierkasten vor dem Aus stünde, geschreddert und vernichtet werden müsste.“

EU fordert „dauerhaft angebrachte Kennzeichnung“

Während das EU-Vorhaben darauf abzielt, das Mehrwegsystem zu stärken und den Ressourcenverbrauch zu senken, würde die Maßnahme laut Deutschlands Bierbrauer eher das Gegenteil bewirken.

Einen Punkt stufen die hiesigen Bierbrauer laut „Bild“ als besonders kritisch ein: Laut der neuen EU-Verordnung sei es künftig erforderlich, auf Mehrwegverpackungen eine „dauerhaft angebrachte Kennzeichnung“ anzubringen. Bisher sind die Informationen, woraus die Verpackung besteht und in welchen Abfallbehälter sie gehört, im deutschen Mehrwegsystem mit abwaschbaren Etiketten angebracht.

Daher wären die Folgen, die sich durch die neuen Regelungen ergeben, dramatisch. Nicht nur die Bierkästen, sondern auch die Bierflaschen wären davon betroffen.

Laut dem Brauer-Bund und dem Getränkewirtschaftsverband müssten Milliarden deutscher Bierflaschen vernichtet werden – sie müssten aus dem Verkehr gezogen und neue Flaschen mit Präge-Logo und Seriennummer müssten produziert werden.

Brauer-Bund: „Gut gemeint, aber schlecht gemacht“

Wie Holger Eichele, Hauptgeschäftsführer beim Deutschen Brauer-Bund, gegenüber der „Bild“ anmahnt, müsse „dieser Irrsinn“ verhindert werden. Seiner Meinung nach sei das Vorhaben zwar „gut gemeint, aber schlecht gemacht“. Nur weil einige Länder im Gegensatz zu Deutschland noch keine Mehrwegsysteme im Gebrauch hätten, werde nun „ein einheitliches Gesetz über Europa gestülpt“.

Laut Eichele sei das deutsche Pfandsystem „europaweit einmalig und umweltfreundlich“. Rund 80 Prozent des Biers würden in Deutschland in Mehrwegflaschen verkauft und die rund 1.500 Brauereien hätten aktuell rund vier Milliarden Pfandflaschen im Umlauf. Die Bierbrauer prognostizieren, dass Deutschland durch die Umstellung Milliarden investieren müsste, ohne einen ökologischen Mehrwert zu erhalten.

Reaktion der EU-Kommission

In der Debatte um die Folgen der geplanten EU-Verpackungsverordnung hat sich die EU-Kommission mittlerweile zu Wort gemeldet. In einer Pressemitteilung vom 1. Juni dementiert sie die massive Kritik. So heißt es, die Behauptung der Bierbrauer, dass bestehende Bierflaschen eingeschmolzen werden müssten, „entspricht nicht den Fakten“.

Verpackungsangaben müssten zwar dauerhaft angebracht sein. Doch „ablösbare Papier-Etiketten, die im deutschen Flaschenpfandsystem üblich sind, können diese Bedingung erfüllen“. Voraussetzung dafür sei aber, dass diese verfügbar seien, solange die Flasche im Umlauf sei.

Seite E 123 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Wenn die Flasche in die Rotation zurückkomme und sich das Etikett beim Waschvorgang abgelöst habe, müsse für die weitere Wiederverwendung ein neues angebracht werden. „Es ist aber nicht notwendig, die Information in die Flasche einzugravieren“, heißt in der Pressemitteilung weiter. Diese Form der Kennzeichnung sei im Kommissionsvorschlag nur „als Option genannt“.

Noch viele Fragen offen

Der Deutsche Brauer Bund e. V. (DBB) reagierte umgehend auf die neue Mitteilung. Er begrüße zwar die Klarstellung der EU, dennoch seien noch viele Fragen offen, wie aus der Stellungnahme vom 2. Juni hervorgeht.

Für den Verband liege das Problem darin, dass die Kommission in ihren neuen Bestimmungen verlange, dass die Informationskennzeichnung so „dauerhaft“ angebracht werden müsse, dass sie „die Nachverfolgung der Verpackung sowie die Berechnung von Umläufen und Kreislaufdurchgängen erleichtert“.

Laut dem Brauer-Bund könnten dies die bestehenden Mehrwegpfandflaschen aber nicht gewährleisten, da die Informationen des Etiketts verloren wären, sobald mit jedem Umlauf ein neues aufgebracht würde. Der Erhalt der Informationen sei nur möglich, „wenn alle Flaschen direkt markiert werden“, stellt der Verband klar. Somit bleibe weiterhin die Frage offen, „wie das umweltfreundliche Mehrwegsystem der deutschen Brauwirtschaft künftig die Vorgaben der EU erfüllen soll“.

Brauer-Bund lädt zu Vor-Ort-Besichtigung ein

In Bezug auf die Regel, dass künftig die Verpackung nicht mehr als 40 Prozent größer als der Inhalt sein dürfe, räumt die EU-Kommission ein: „... spricht nichts dagegen, Transportverpackungen in bestehenden Mehrwegsystemen, wie zum Beispiel Bierkästen, von dieser Regel auszunehmen.“

In seinem Schreiben erklärt der Brauer-Bund, dass er die Bemühungen der EU, „Mehrweg zu stärken, den Ressourcenverbrauch zu senken und das Recycling von Verpackungen verbindlich vorzuschreiben“, grundsätzlich begrüße. Dennoch seien entscheidende Fragen wie die „Rücknahmepflicht für Mehrwegverpackungen oder die geforderte Verwaltungsbürokratie für Pfandgesellschaften“ bislang offen.

Schließlich weist Brauer-Bund-Chef Eichele darauf hin, dass die Mehrwegquoten Deutschlands sich bereits seit Jahrzehnten weit oberhalb der von der EU für 2040 vorgesehenen Ziele befinden würden. Der Verband lade die verantwortlichen EU-Politiker deshalb ein, „sich vor Ort in unseren Brauereien und im Handel ein Bild davon zu machen, wie das Mehrwegsystem in Deutschland funktioniert und von den Verbrauchern genutzt wird“.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [EPOCH TIMES](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Kein neues EU-Sanktionspaket dank Ungarn und nun auch Griechenland

01. 06. 2023



Bild: YouTube

Die US-Tageszeitung *Politico* hat Ungarns „Mitreiter“ im EU-Sanktionsdisput gegen Russland „entlarvt“.

Der Zeitung zufolge handelt es sich dabei um Griechenland, das sich für die Untersuchung und Offenlegung von Beweisen für Umgehungen der Sanktionen gegen Russland aussprach.

Kein 11. Sanktionspaket in Sicht

Griechenland hat sich Ungarn, dessen Behörden den Entwurf des elften EU-Sanktionspakets gegen Russland öffentlich kritisiert haben, angeschlossen.

Dies berichtete das [Magazin Politico](#) unter Berufung auf fünf diplomatische Quellen.

Um neuen restriktiven Maßnahmen gegen Moskau zuzustimmen, fordern Budapest und Athen, dass ihre Unternehmen von einer, von der Ukraine erstellten Liste der „Kriegssponsoren“ gestrichen werden, so die Zeitung.

Die EU diskutiert seit dem Frühjahr über das elfte Sanktionspaket gegen Russland. Nach den Vorstellungen Brüssels soll es darauf abzielen, die Umgehung bereits bestehender restriktiver Maßnahmen zu verhindern. Es sollen also Jene bestraft werden, die dagegen verstoßen, so der Wunsch der Europäischen Kommission.

Den Quellen von *Politico* zufolge wollen Ungarn und Griechenland das kollektive Sanktionsabkommen nun „durchkreuzen“ und „als politisches Druckmittel“ einsetzen, um ihre Unternehmen von einer ukrainischen Liste sogenannter „Kriegssponsoren“ streichen zu lassen.

Auf der Liste stehen fünf griechische und ein ungarisches Unternehmen, die **nach Angaben der Verfasser** der Liste trotz der Sanktionen weiterhin mit Russland zusammenarbeiten.

Ukrainische Feindes- und Todeslisten für Westen unproblematisch

Hierzu sollte auch erwähnt werden, dass man in der Ukraine gerne Listen für alles Mögliche herausgibt, das dem Regime eben nicht genehm ist, bis hin zu internationalen [„Feindes- und Todes-Listen“](#), an denen sich im Westen offenbar niemand zu „stoßen“ scheint. Auf einigen dieser Listen sind auch zahlreiche westliche, u.a. auch europäische Politiker zu finden die man seitens der Ukraine gerne im „russischen Dunstkreis“ verorten möchte.

Die Position der beiden „widerständigen“ EU-Länder stand Ende Mai im Mittelpunkt einer angespannten Diskussion der EU-Außenminister, so die Quellen der Zeitung. Während des Meinungsaustauschs richtete sich einmal mehr Bundesaußenministerin Annalena Baerbock mit ihrer Kritik direkt an Ungarn.

Griechenland ist den Gesprächspartnern von *Politico* zufolge der Ansicht, dass Maßnahmen zur Umgehung von Sanktionen erst dann ergriffen werden sollten, wenn die entsprechenden Informationen den betroffenen EU-Mitgliedsstaaten mitgeteilt, untersucht und bestätigt wurden.

Griechische Firmen, die auf der ukrainischen Liste stehen, werden seitens der Ukraine beschuldigt, „Sponsoren des Terrorismus“ zu sein, obwohl sie nicht gegen die Sanktionen verstoßen, erläutert ein europäischer Diplomat die Haltung Athens.

Eine andere diplomatische Quelle erklärte, „wir haben kein Problem mit dieser Position, aber **unabhängig davon wollen wir natürlich das nächste Sanktionspaket.**“

EU-Chef-Diplomat Josep Borrell hat bereits versprochen, die Kontroverse um die ukrainische Liste europäischer Unternehmen zu klären. Zwei ungenannte Diplomaten sagten gegenüber der Zeitung, Borrell wolle mit der Ukraine daran arbeiten.

Trotz zweier „Vetos“ wird Sanktionspaket 11 ausgearbeitet

Politico zufolge gibt es noch keinen klaren Zeitplan für die nächsten Gespräche über Sanktionen mit den EU-Vertretern, und die Position Griechenlands und Ungarns, so die Diplomaten, hindere sie nicht daran, andere Bestimmungen des elften Pakets zu diskutieren. In einem Punkt sei man sich jedoch weitgehend einig, man wolle sich auf ein weiteres Maßnahmenpaket einigen.

Es war beim rasant voranschreitenden „Entdemokratisierungs- und Rechtsbeugungsprozess“ der EU kaum anders zu erwarten gewesen.

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó erklärte seinerseits, Budapest halte weitere Maßnahmen nicht für notwendig, da die bisherigen Sanktionen Russland weit weniger geschadet hätten als Europa. Der Außenminister sah in den Vorschlägen für das elfte Paket Risiken für die europäischen Exporteure und die Beziehungen zwischen Brüssel und Peking.

Die Europäische Kommission hatte im Mai Sanktionen gegen mehrere chinesische Unternehmen angekündigt. Peking sah in diesen Plänen eine Gefahr für die Beziehungen zwischen China und der EU und rief dazu auf, seitens der EU, „keinen Fehler zu machen“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Mutter aller Zensuren im Anmarsch: Digitalgesetz soll alle nicht systemkonforme Meinungen beseitigen

Von CLAUDIA MARCU

01. 06. 2023



Der Digital Services Act (DSA), eine auf EU-Ebene basierende Verordnung, ist praktisch die Mutter aller Zensuren. Unter dem Deckmantel der Transparenz und Rechenschaftspflicht von Online-Plattformen wird jede Meinung, die dem System zuwiderläuft, eliminiert. Ganz konkret verpflichtet die Verordnung die Plattformen, Risiken wie Fehlinformationen oder Wahlmanipulationen mithilfe von „vertrauenswürdigen“ Stellen, die alles zensieren werden, zu reduzieren.

In den unruhigen Zeiten der Pandemie wurde deutlich, wie die aggressive Zensur der Behörden, die mit den weltweiten Mainstream-Medien unter einer Decke stecken, funktioniert, und sie scheuten sich nicht, Stimmen zu unterdrücken, insbesondere die von Fachleuten und medizinischen Koryphäen, die nicht mit dem offiziellen Narrativ übereinstimmten. Bei der Pandemie gab es praktisch nur eine Meinung, und wer es wagte, ihr zu widersprechen, wurde geächtet und öffentlich fertig gemacht. Dass Meinungen von Menschen außerhalb des medizinischen Bereichs zensiert wurden, war nicht so zerstörerisch, aber dass angesehene und anerkannte medizinische Forscher über Nacht zu Parias wurden, nur weil sie es wagten, auf die Brüche in der Logik und die Verzerrung der Wissenschaft selbst hinzuweisen, ist unvorstellbar.

Der Digital Services Act ist Schutz der EU-Regierungen

Die EU-Führung hat sich mehrfach über die niedrigen Impfraten in einigen Ländern, darunter Rumänien, beschwert und auf „Verschwörungstheorien“ verwiesen, die in den sozialen Medien kursieren. Haben sie in Rumänien irgendeine etwas bewirkt? Zum Teil, denn

wichtiger war der Überlebensinstinkt der Bevölkerung, die spürte, dass etwas nicht stimmte, und sich dafür entschied, dem Druck zu widerstehen oder, wenn sie keine Wahl hatte, an der Scheinimpfung festzuhalten. In der Zwischenzeit haben sich alle „Verschwörungstheorien“ bewahrheitet, aber die öffentliche Aufmerksamkeit wurde gezielt auf andere Krisen gelenkt. Die Europäische Union bereitet sich eifrig auf die nächste Pandemie vor, die sehr stark davon abhängen wird, wer den Kampf zwischen den beiden Weltordnungen gewinnt, und führt nun einen offiziellen Akt der totalen Zensur ein. Der Digital Services Act (DSA) ist keineswegs das, was er vorgibt zu sein, nämlich ein Schutz der EU-Bürger, sondern ein Schutz der EU-Regierungen.

Generelle Überwachung

Das Gesetz über digitale Dienste ist eine Verordnung, die unmittelbar in der gesamten EU gilt. Zu den Verpflichtungen, die sehr großen Online-Plattformen und Suchmaschinen auferlegt werden, gehört die Überwachung durch unabhängige Audits ihrer Risikomanagementmaßnahmen. Darüber hinaus müssen die Plattformen Risiken wie Fehlinformationen oder Wahlmanipulationen, Cybergewalt gegen Frauen oder die Gefährdung von Minderjährigen im Internet eindämmen. Das Gesetz sieht auch Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Online-Inhalte, einschließlich illegaler Waren und Dienstleistungen, vor. Das DSA sieht neue Mechanismen vor, die es den Nutzern ermöglichen, illegale Inhalte online zu melden, und die Plattformen verpflichten, mit spezialisierten „vertrauenswürdigen Hinweisgebern“ zusammenzuarbeiten, um illegale Inhalte zu ermitteln und zu entfernen, sowie wirksame Schutzmaßnahmen für die Nutzer, einschließlich der Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Mäßigung von Inhalten anzufechten, und zwar auf der Grundlage neuer obligatorischer Informationen für die Nutzer, wenn ihre Inhalte entfernt oder eingeschränkt werden.

Mechanismus zur Reaktion auf Pandemien

Mit dem Gesetz über digitale Dienste wird auch ein neuer Krisenreaktionsmechanismus für den Fall einer ernsthaften Bedrohung der öffentlichen Gesundheit und von Sicherheitskrisen, wie etwa einer Pandemie oder eines Krieges, eingeführt. „Der DSA regelt die Verantwortlichkeiten von sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen, wenn es um systemische Probleme wie Fehlinformationen, Falschmeldungen und Manipulationen während Pandemien, Schäden für gefährdete Gruppen und andere neu entstehende gesellschaftliche Schäden geht“, heißt es in dem EU-Gesetz. Gleichzeitig werden neue Bestimmungen eingeführt, um Forschern der wichtigsten Plattformen den Zugang zu Daten zu ermöglichen, um zu überwachen, wie die Plattformen arbeiten und wie sich die Online-Risiken entwickeln.

Der genaue Zeitpunkt wird von Brüssel festgelegt

Laut DSA werden die Nutzer neue Rechte haben, darunter das Recht, sich bei der Plattform zu beschweren, eine außergerichtliche Einigung anzustreben, sich bei der nationalen Behörde in ihrer eigenen Sprache zu beschweren oder eine Entschädigung für Verstöße gegen die Regeln zu fordern. „Vertretungsorganisationen werden auch in der Lage sein, die Rechte der Nutzer bei weit verbreiteten Rechtsverstößen zu verteidigen. Die Europäische Kommission ist die Hauptregulierungsbehörde für sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen, während andere Plattformen und Suchmaschinen unter der Aufsicht der Mitgliedsstaaten stehen, in denen sie niedergelassen sind. Die Kommission wird ähnliche Durchsetzungsbefugnisse wie in Kartellverfahren haben“, heißt es im Gesetz über digitale Dienste.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [national.ro](https://www.national.ro)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Knalleffekt: AUF1 ab Herbst auch im echten Fernsehen!

21. 06. 2023



Chefredakteur Stefan Magnet: „Die Medien-Revolution rollt weiter!“

Zwei Jahre nach dem fulminanten Start in der alternativen Medienszene wagt AUF1 den nächsten unternehmerischen Schritt: Das führende alternative und unabhängige Medium hat sich ab Herbst 2023 einen Sendeplatz im echten Fernsehen gesichert! AUF1 wird damit erstmals neben seinen Internetplattformen und Appkanälen im gesamten deutschen Sprachraum auch via Fernsehgerät zu empfangen sein, wie Chefredakteur Stefan Magnet und AUF1-Frontfrau Elsa Mittmannsgruber in einer gemeinsamen Videobotschaft verkünden.

[Link](#) zum Video

<<https://auf1.tv/stefan-magnet-auf1/sensation-auf1-kommt-ins-echte-fernsehen/>>

Systemkritik versus Systemmedien

„Wir haben einen Sendeplatz, wir haben die Verträge, wir haben alles logistisch und juristisch auf Schiene gebracht und wir werden AUF1 im gesamten deutschen Sprachraum in die Fernsehgeräte bringen! Das ist nur ein kleiner Schritt für einen TV-Zuseher, aber ein Riesenschritt für uns – und eine großartige Chance, die Medienlandschaft umzukrempeln“, freut sich Stefan Magnet über seine „Medien-Evolution für die Medien-Revolution“. „So etwas hat es noch nie gegeben!“, zeigt sich auch Elsa Mittmannsgruber erfreut. „Ein systemkritisches Medium wie AUF1 stellt sich selbstbewusst neben die großen Sender.“

Seite E 130 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

„Und positioniert sich damit noch stärker als ernstzunehmende Alternative zu den Mainstream-Manipulations-Maschinen“, ergänzt Magnet, der sich stolz über die Entwicklung seines jungen Senders zeigt. AUF1 feierte am 31. Mai den zweiten Geburtstag.

Einladung an alle freien Medien

Das führende alternative und unabhängige Medium will auch anderen freien Medien und Bloggern einen Platz im Programm einräumen. „Ich lade alle ein, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen und echte und kritische Berichterstattung in die Fernsehwelt zu bringen. Gemeinsam sind wir noch stärker“, streckt Mittmannsgruber die Hände zur Zusammenarbeit aus.

Sendestart nur mit Unterstützung möglich

Für den Ausbau des Sendebetriebs, die teuren Sendepplatzkosten und die juristischen Kämpfe werden nun Spenden gesammelt. „Es benötigt tatsächlich die Mithilfe unserer tausenden Seher. Nur wenn diese Anteil nehmen, können wir dieses gewagte Vorhaben verwirklichen“, erklärt Magnet, der ausdrücklich betont, dass jeder Cent zählt. Ab einem Betrag von 200 Euro aufwärts hat sich AUF1 noch etwas Besonderes einfallen lassen: Als Spender erhält man dann einen symbolischen Baustein in Form eines Miniatur-AUF1-Fernsehers zugeschickt.

Zielgruppe wird enorm vergrößert

Warum dieser Weg? Elsa Mittmannsgruber: „Der Fernseher ist für sehr viele Menschen heilig! Erst, wenn es aus der Röhre rauskommt, ist es wahr. Nicht umsonst spricht man vom Fernsehen als ‚Opium fürs Volk‘.“ Deshalb wolle AUF1 seine Zielgruppe großflächig erweitern, erklärt Chefredakteur Magnet. „Denn wir wollen, dass möglichst viele Menschen frei und unabhängig informiert werden. Dass sie sich ihre eigene Meinung bilden können. Und mit unserem TV-Sendeplatz können wir neben den Aufgewachten, die sich bereits übers Internet und alternative Kanäle informieren, auch den klassischen Fernsehkonsumenten erreichen. Künftig kann man sich unabhängige und alternative Berichterstattung mit einem Knopfdruck ins Wohnzimmer holen!“ Und das gehe nur, wenn man unabhängig ist, so Magnet. Die Mainstream-Medien seien das nicht, weil sie ohne ihre Werbeeinnahmen gar nicht existieren könnten. Elsa Mittmannsgruber: „Wir hingegen werden von unseren treuen Sehern mit Spenden für die Sache getragen, weil sie sich mit unserer Mission identifizieren können. Wir sind deshalb unabhängig und frei und können ganz anders berichten.“

Bewährtes bleibt, Neues kommt

Das AUF1 Team arbeitet seit Monaten fieberhaft im Hintergrund für den Fernsehstart im Herbst 2023. Was kann man sich von der Entwicklung erwarten? Einerseits das, was AUF1 schon immer gemacht hat: Hochkarätige Interviewgäste, Hintergrundanalysen, Zusammenhänge erklären und sich gegen die Vorhaben der Globalisten stemmen. Mittmannsgruber: „Andererseits haben wir die bisher beliebten Sendungen optimiert und werden dazu auch attraktive neue Formate vorstellen.“ Dabei habe man auch die Ergebnisse der großen Seherumfrage miteinbezogen, berichtet Chefredakteur Magnet.

Die Herausforderung, mit dem AUF1-Team bald auch „echtes“ Fernsehprogramm anzubieten, nehmen Stefan Magnet und Elsa Mittmannsgruber gerne an: „Unsere

Seite E 131 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Stammseher wissen, was sie an uns haben. Und bald werden das jetzt auch Millionen Fernsehzuschauer in ganz Mitteleuropa schätzen können. Wir treten an, um zu einer Medien-Revolution beizutragen. Denn wir wollen freie Medien für eine freie Welt.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 132– E 191)

01) Faeser will AfD, zweitstärkste Partei in Umfragen, wegen „Rechtsextremismus“ verbieten

03. 07. 2023



Im thüringischen Sonneberg wurde jetzt zum ersten Mal ein AfD-Politiker, Robert Sesselmann, zum Landrat gewählt. Und zwar mit 52,8 Prozent. Das ist ein Statement. Aber es liegt im Trend. Jedes Umfrage-Institut kommt bei der Frage „Wen würden Sie wählen, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre“ auf einen AfD Stimmen-Anteil von um die 20 Prozent – die AfD würde damit zweitstärkste Partei, an der man eben nicht vorbeikommt. Eine Katastrophe für die Etablierten. Die Linke dagegen käme nicht einmal ins Parlament. Jetzt heulen die Alarmsirenen in Berlin auf.

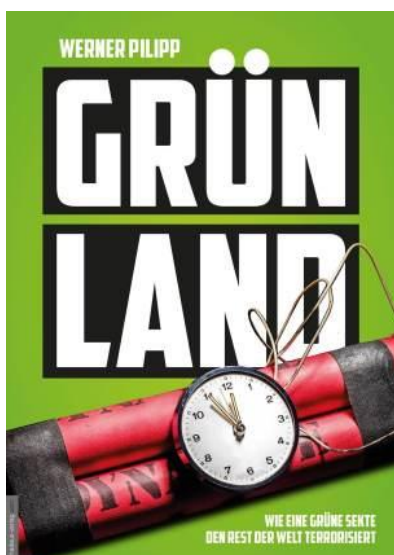
Von NIKI VOGT | Innenminister Nancy Faeser springt mit Anlauf sofort in das berühmte Fettnäpfchen, das in diesem Fall die Größe einer Badewanne hat. Besser geht's nicht. Eine Partei wegen Rechtsextremismus zu verbieten, für die in der INSA Umfrage 20,5% der Leute bundesweit stimmen, ist absurd. Sie kann nicht allen Ernstes einfach mal einem Fünftel der Bundesbürger Rechtsextremismus unterstellen. Und abgesehen davon, dass das Programm und die Zielsetzungen der AfD zu 95 Prozent mit dem der „alten CDU/CSU“ von vor 1990 übereinstimmt, ist es einfach krass undemokratisch, eine Partei zu verbieten, nur weil sie einem den Rang abläuft und das etablierte Machtgefüge stört. Denn außer der Linken und der AfD gibt es keine echte Opposition mehr. Nach der vorliegenden INSA-Umfrage käme die Linke mit 4,5 Prozent gar nicht mehr in den Bundestag.



Wie schön, wenn man AfD wegliquidieren könnte und die Linke nicht mehr lästig wird, dann ist man ja unter sich und kann ein paar Show-Diskussionen zur Volksbelustigung abhalten und ansonsten ohne ernsthafte Opposition durchregieren und Deutschland weiter in Grund und Boden wirtschaften.

In einer solchen Situation muss die [„Meinungsmache für das einfache Dummvolk“, die BILD](#), an die Front. Nachdem Julian Reichelt abgesägt wurde als Chefredakteur, bläst der neue, system-folgsamere [Chefredakteur des Blattes, Marion Horn](#), in dasselbe, um die Jagd auf die AfD zu eröffnen.

Geschickt greift sie die Unzufriedenheit der Bürger mit der Ampelregierung auf. Auch diese (noch) stille Wut auf die Berliner Regierungselite ist in den Umfragewerten deutlich abzulesen. Bei der Frage, wie zufrieden man mit der Politik der Regierung ist, liegt die Quote der „eher Unzufriedenen“ plus die „sehr Unzufriedenen“ stabil bei um die 70 Prozent, wobei die „sehr Unzufriedenen“ mit 50–60 Prozent der längste Balken überhaupt ist. Auch die Arbeit der einzelnen Bundesminister kommt selten besser weg. Kurz: Mehr als zwei Drittel der Deutschen lehnen heute die Regierung entschieden ab. Und auch die CDU wird nicht mehr als Opposition wahrgenommen.



Seite E 134 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Auch das adressiert Marion Horn. Die Union biete in Wahrheit kein politisches Angebot für die Wähler, die eine andere Politik wollen. Dann nörgelt sie noch ein bisschen an den Straßenschlachten durch Migranten herum, das entspricht auch dem dicken Hals der Bürger. Und ja, wir alle sind fassungslos, wie über unsere Köpfe hinweg unsere „Lebenswirklichkeit“ immer düsterer wird. Fast alle Deutschen sehen bang in die Zukunft und misstrauen der Politik zutiefst.

Dann schreibt Frau Horn:

„Ja, die AfD ist eine in Teilen rechtsextreme Partei. Viele AfD-Politiker verabscheuen die deutsche Demokratie und lieben die russische Diktatur. Aber die Wähler sind mitnichten alle rechtsextrem: Mehr als 60 Prozent der potenziellen AfD-Wähler kommen von der Union, der FDP und der SPD.“

Chapeau, Frau Horn, das ist gut überlegt. Erst einmal den gruseligen Gottseibeius auspacken und beweisfrei behaupten, dass AfD-Politiker die deutsche Demokratie verabscheuen ...

Niemand verachtet in der AfD die deutsche Demokratie. Im Gegenteil: Die deutsche Demokratie, die es geben *müsste*, wird gerade von der jetzigen Regierung langsam zerschreddert. Es ist ja gerade die AfD, die gegen die Meinungsdictatur hier wettet, gegen die Kriminalisierung jeder anderen Sichtweise als der von oben verordneten. Die Freiheit der Bürger wird abgeschafft: Die Meinungshoheit der sakrosankten Minderheiten in Politik und Medien. Die Zerstörung der Wirtschaft und der Gesellschaft im Namen einer Klimapolitik, die uns alle verarmen lässt und die nur der harte Kern der Grünen (mit einem kleinen Wähleranteil von 13%) wirklich will.

... Und dann noch draufsetzen, ebenfalls beweisfrei, dass Russland eine Diktatur sei. Dort finden ebenfalls Wahlen statt. Und wie in Deutschland, wird da auch mit allen möglichen Methoden die echte Opposition kleingehalten. Schon lustig: Frau Horn stellt selbst fest, dass es praktisch keine Opposition mehr gibt, dass es mehr als 60 Prozent der AfD-Wähler sind, die einfach nur eine echte Opposition wollen, weil sie die Meinungsdictatur und die besch... Politik der Regierung mehr als satt haben. Eine Opposition gehört zur Demokratie – ansonsten ist es keine, Frau Horn. Und wenn Frau Innenminister Faeser nun versucht, mit neu zusammengeschusterten Anti-AfD-Gesetzen diese Opposition auch noch auszuschalten, dann ist Deutschland noch weniger demokratisch als die ehemalige DDR.

Dem Gegenkandidaten des AfD-Wahlsiegers Robert Sesselmann in Sonneberg, Jürgen Köpper (CDU), ist genau das auf die Füße gefallen. Frustriert bedankt er sich bei der Berliner Regierung:

t.me/oliverjanich/119989

Was Russland betrifft: Es gibt einen neuen Trend. Auf ihrem Telegram-Kanal berichtet Alina Lipp, dass viele Menschen aus dem Westen nach Russland auswandern wollen.

t.me/neuesausrussland/14852



„Ich bin gerade in Moskau bei einer Anhörung aufgetreten zum Thema hoher Migrationsandrang von Menschen aus dem Westen, die aus vielen Gründen nach Russland auswandern möchten.“

Viele ausgewanderte Ausländer berichten hier davon, weshalb Menschen aktuell ihre Heimatländer verlassen möchten und mit welchen bürokratischen Problemen sie in Russland konfrontiert werden.

Ich habe von unserem Projekt Moya Rossija (www.moyarossiya.com/) berichtet, das Menschen mit Auswanderungswunsch berät und deshalb vermutlich die beste existierende Datenbasis zu Anzahl, Alter, Beruf, Beweggründen und Problemen aufgestellt hat. Über 76 000 Menschen haben bereits mit unserem Bot (t.me/moyarossiobot) kommuniziert, um sich zum Thema Auswanderung beraten zu lassen.

Russland begrüßt diese Entwicklung natürlich sehr, denn es sind sehr viele hochqualifizierte Spezialisten und Unternehmer unter den Auswanderern.“

Liebe „westliche Demokratie“, die Abstimmung mit den Füßen beginnt. Die Leute, die was können und sich was zutrauen laufen, weg. In die böse, russische Diktatur oder sonstwohin auf der Welt. Die wählen hier nicht mehr AfD, sondern gehen: Unternehmer, Spezialisten, Hochqualifizierte. Weiter so, und Deutschland wird ein Drittweltland.

Was jetzt kommen wird, ist eine beispiellose Diffamierungskampagne gegen die AfD. Ständig werden dann neue Skandale, Unterstellungen, Lügen, Beschuldigungen und Häme in Politik und Medien vorgetragen. Gleichzeitig wird man die bewährten Kräfte des Verfassungsschutzes in die AfD einsickern lassen, die dann medienwirksam das rechte Ärmchen heben, Antisemitisches, Rassistisches, Putinverherrlichendes, Ausländerfeindliches etc. blöken. Die Berliner Regierung wird unter Beifall der CDU und der Linken sämtliche Möglichkeiten von Schikanen gegen prominente AfD Politiker lancieren, wie Hausdurchsuchungen, grundlose, herbeikonstruierte Anzeigen und Verhaftungen. Man wird vielleicht irgendwelche bezahlte Neonazis zusammen mit AfD-Politikern fotografieren. Da fällt dem Politikartell schon was ein.

Frau Innenminister Faeser, falls es Ihnen nicht klar ist: Sie machen sich zum Totengräber der Demokratie in Deutschland, wenn sie eine Opposition mit über 20 Prozent Wählerstimmen einfach verbieten, weil es Ihnen nicht passt. NOCH ist das Volk der Souverän, und das hat gesprochen.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [DIE UNBESTECHLICHEN](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) ACHTUNG REICHELT! Die ZDF-Aussteigerin Christine Prayon ist eine Heldin

03. 07. 2023



JULIAN REICHELT | Fürstin Gloria von Thurn und Taxis lebt zwar in einem Schloss, aber hat die einzigartige Fähigkeit, das auszusprechen, was Millionen Menschen denken. Sie kennt die Welt und versteht dieses Land. Die Fürstin zu Gast bei „Achtung, Reichelt!“ Hauptthema in dieser Woche: ZDF-Satirikerin Christine Prayon!

Prayon verkündete ihren Abschied aus der „Heute Show“ von Moderator Oliver Welke. Der Grund: Was wie Satire aussehen soll, ist schon längst eine Politik-Show, die nicht die Mächtigen kritisiert, sondern auf die Ohnmächtigen einhämmert. Prayon:

„Da werden Narrative und Positionen von Gruppen, die gesellschaftlich in der Hierarchie weit oben stehen, unablässig wiederholt und gleichzeitig wird Stimmung gegen Andersdenkende gemacht.“

Für Fürstin Gloria ist die ZDF-Aussteigerin eine Heldin, weil sie den Mut hat, das auszusprechen!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) 140 Jahre Diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Korea



paperpress

seit 1976



Nr. 615-04

3. Juli 2023

48. Jahrgang

140 Jahre Diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Korea

Dieses Jahr markiert einen besonderen Tag für Deutschland und Korea: Gefeiert wird der 140. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern.



Akademie für Gesang NRW

Um diesen Anlass würdevoll zu feiern, veranstaltet das **Koreanische Kulturzentrum Berlin** ein Festkonzert unter dem Motto: „Gemeinsame Wege“, mit einem abwechslungsreichen Programm aus deutschen und koreanischen Künstlern.

Darunter befinden sich der Tenor **Sungho Kim**, dem dieses Jahr von der BBC der „Singer of the World 2023 Song Prize“ verliehen wurde. Kinder und Jugendliche der Akademie für Gesang NRW, die den Deutschen Chorwettbewerb 2023 in Hannover für sich entschieden haben und Mitglieder des Deutschen Kammerorchesters Berlin sind auch dabei.



Summit“, in der er Deutschland repräsentiert.

Moderiert wird das Konzert von dem von der Botschaft erkorenen PR-Botschafter des Jahres, **Daniel Lindemann**. Viele kennen ihn besser als Schauspieler und Star der koreanischen Fernsehserie „Abnormal



Unter der musikalischen Leitung von **Narae Joung** (Foto rechts) und **Željko Davutović** (Foto links) werden Werke von **Johann Sebastian Bach, Robert Schumann, Franz Lehár, Karl Jenkins, Hyun Kook** und **Yeonjun Kim** sowie Bearbeitungen deutscher und koreanischer Volkslieder aufgeführt.

„Gemeinsame Wege“ bietet eine raffinierte Mischung aus neuen Kompositionen, Filmmusik, traditionellen koreanischen Instrumenten und vielem mehr.

Alle Interessierten und Liebhaber für Musik sind herzlich eingeladen!

Termin: Samstag, 8. Juli 2023, 19:00 Uhr

Ort: Konzerthaus Berlin, Großer Saal

Tickets: 5 Euro zzgl. VVG

<https://www.konzerthaus.de/de/programm/festkonzert-anlasslich-des-140-jubilaums-der-deutsch-koreanischen-diplomatischen-beziehungen/9290>

Quelle und Fotos: Koreanisches Kulturzentrum

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea (Südkorea) sind eng und vertrauensvoll. In Deutschland leben über 40.000 Menschen mit koreanischer Staatsangehörigkeit. Koreanische Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter (vor allem Bergleute, Krankenschwestern) trugen zum Wiederaufbau beider Länder bei.

Gemeinsame politische Anliegen sind die Stärkung von Demokratie und Menschenrechten, von Multilateralismus und Weltwirtschafts- und Finanzordnung sowie internationale friedenserhaltende Maßnahmen und der Kampf gegen die Folgen des Klimawandels. Die Republik Korea hat, wie auch die G7-Staaten, die EU und andere Länder, wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt.

Die gemeinsame Erfahrung der nationalen Teilung verbindet Deutschland und Korea in besonderem Maße. Expertinnen und Experten aus Politik und Wissenschaft tauschen sich im deutsch-koreanischen Konsultationsgremium seit 2011 jährlich zu konkre-



ten Fachfragen der Wiedervereinigung aus und erarbeiten Anregungen für den innerkoreanischen Annäherungsprozess. Das Deutsch-Koreanische Forum mit Vertretern beider Zivilgesellschaften erarbeitet seit 2002 jährlich Empfehlungen zur Vertiefung der vielfältigen bilateralen Beziehungen.

Mit seiner leistungsstarken Wirtschaft und seinen hohen technologischen Fähigkeiten ist Südkorea ein wichtiger Wirtschaftspartner in Ostasien und Deutschlands dritt wichtigster Handelspartner in Asien – nach China und Japan. Deutschland ist für Südkorea wichtigster europäischer Handelspartner mit einem bilateralen Handelsvolumen 2022 von rund 34,6 Milliarden Euro. Etwa 500 deutsche Unternehmen bzw. Firmen mit Kapitalbeteiligung aus Deutschland beschäftigen etwa 100.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Korea.

Südkorea hat in der Informations- und Kommunikationstechnologie weltweit eine Spitzenstellung und ist ein wichtiger Partner der wissenschaftlichen Kooperation. Beim kulturellen Austausch stößt deutsche klassische Musik in Südkorea auf großes Interesse, während K-Pop und K-Drama immer mehr Anhänger in der jungen deutschen Generation finden.

Quelle: Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland

04) Was wollt Ihr? Teil 2. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 615-04

2. Juli 2023

48. Jahrgang

Was wollt Ihr?

Teil 2

In einem Beitrag von **ntv** wurde über den „*Stateness Index*“, Projektleitung: **Prof. Dr. Hans-Joachim Lauth**, Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft und Deutsche Staatswissenschaft der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, berichtet.

https://www.stateness-index.org/fileadmin/Media-pool/StIx/StIx_Report_22.pdf

<https://www.stateness-index.org/en>

Demnach gibt es attraktive Alternativen zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Ländern, in denen diese nicht oberste Priorität hat.

Auf nach Singapur

Die 173 Länder umfassende Liste unterscheidet zwischen „*Hochfunktionierender Zustand*“, wozu auf Platz zehn auch Deutschland gehört, vor Großbritannien (13), Frankreich (20), Schweiz (18), USA (23) und Kanada (26), „*Mäßig funktionierender Zustand*“, zum Beispiel auf Platz 70 Russland, „*Defekter Zustand*“, Dank Russland auf Platz 129 die Ukraine, „*Tiefgreifender Defektzustand*“ wie Belarus (123) und „*Reduzierter Zustand*“ wie Libyen auf dem letzten 173sten Platz.

Sieger im Ranking ist **Singapur**, unter den Top 10 vor Australien, Dänemark, Niederlande, Estland, Luxemburg, Norwegen, Belgien, Neuseeland und Deutschland. Singapur ist ein mit AAA bewerteter Staat, in dem allerdings recht unregelmäßig Wahlen stattfinden, obwohl sich das Land eine „*Parlamentarische Republik*“ nennt.

Von den 95 Abgeordneten gehören 83 der Regierungspartei an. Damit aber wenigstens ein Hauch von Demokratie durchs Parlament weht, ernennt der Präsident „*bis zu zwölf bei der Wahl unterlegene Oppositionskandidaten, um eine ausreichende Repräsentation der Opposition im Parlament zu gewährleisten.*“ Zwölf Oppositionelle reichen doch aus, oder? Man stelle sich vor, wenn bei uns **Frank-Walter Steinmeier** aus unterlegenen Kandidaten ein paar aussucht, die Opposition spielen dürfen. Für wen würde es sich entscheiden?

„*Die demokratischen Grundsätze einer allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahl sind nur bedingt erfüllt. So sehen etwa manche Wahlbeobachter in der Nummerierung der Stimmzettel für die Regierung die Möglichkeit gegeben, individuelles Wahlver-*

halten nachvollziehen zu können. Auch eine Chancengleichheit der Kandidaten hinsichtlich Kandidatur und Wahlkampf ist nicht gegeben. Die Diskrepanz zwischen dem Stimmenanteil der Opposition und den ihr zugewiesenen Sitzen ist dem starken Disproportionseffekt des Wahlsystems, den Regelungen des Wahlkampfes und dem Zuschnitt der Wahlkreise zuzuschreiben. So erlangte die People's Action Party (PAP) 2020 etwa 61 % der Stimmen, erhielt aber mit 83 rund 89 % der 93 regulären Sitze im Parlament.“

„*Staatsforschung*“, betonen die Herausgeber der Studie, „*sei keine Demokratieforschung, sondern, noch viel grundlegender.* In einem Land, in dem zum Beispiel keine Meinungsfreiheit herrsche, könnten die Menschen dennoch mit allem Lebenswichtigen bestens versorgt sein.“ Also: Fresse halten und einkaufen gehen.

„*Im westlichen Verständnis werden gut funktionierende Staaten oft mit Demokratie und Bürgerrechten in Verbindung gebracht. Doch das muss nicht so sein.*“ Was macht einen „*Hochfunktionierenden Staat*“ aus? „*Dass ein Patient, der eine Röntgenuntersuchung benötigt, zeitnah einen Arzttermin erhält, dass es flächendeckend Schulen gibt und dass Tag und Nacht Strom fließt, all das mache einen gut funktionierenden Staat aus.*“ Wie wäre es denn mit einer unabhängigen Justiz, die beispielsweise in Israel (40) und Polen (41) auf dem Prüfstand steht? Dennoch bekommen beide Länder das Prädikat „*Hochfunktionierend*“. Und wie sieht es mit der Meinungsfreiheit und der Unabhängigkeit der Medien aus? Auch das Thema Korruption sollte nicht vernachlässigt werden.

Wenn Ihnen also Deutschland zu anstrengend ist, prüfen Sie den Umzug nach Singapur. Sie brauchen kein Visum, nur wenn Sie länger als 90 Tage bleiben möchten. Sie wären nicht allein, denn zwischen 2012 und 2021 sind schon 6.543 Deutsche dorthin ausgewandert. Mehr als 2.100 deutsche Unternehmen sind registriert, da findet sich bestimmt auch ein Arbeitsplatz für Sie. Und wer eine gute Rente bekommt, kann in Singapur seinen Lebensabend verbringen.

So, nun denken Sie mal nach, was Sie wollen! In einem Land leben, wo nur gestritten wird und große Teile der Bevölkerung ständig unzufrieden sind, oder in einem Land, in dem Sie sich um nichts kümmern müssen. Wenn Sie mich fragen, ich bleibe in Mariendorf.

Ed Koch

Quellen: ntv, Wikipedia, stateness

1

05) Was wollt Ihr? Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 615-01

1. Juli 2023

48. Jahrgang

Was wollt Ihr?

Meine Fresse. Was wollen bloß die Leute? Wir sind gut über den Winter gekommen, niemand musste frieren, keiner musste hungern. Die Inflationsrate und die Zahl der Arbeitslosen sind nicht beängstigend. Es gibt Jobs ohne Ende. An jedem Handwerkerauto, an Bussen, Bahnen und Rathäusern kleben Schilder, dass Arbeitskräfte gesucht werden.

Die Gehälter wurden erhöht, auch die Bahnbeschäftigten werden in diesem Jahr mehr bekommen, der Mindestlohn stieg an, ebenso die Mini-Jobs von 450 auf 520 Euro. Die Rentner bekommen in diesem Monat eine satte Erhöhung, auch wenn diese zum Teil durch die gestiegenen Betriebskosten aufgefressen wird. Ohne die Erhöhung sähe es schlechter aus.

59 Prozent betrachten laut des aktuellen ZDF-Politbarometers ihre Wirtschaftslage als gut, 33 Prozent teils/teils und nur acht Prozent schlecht. Aber 53 Prozent glauben, dass es abwärts geht, 33 Prozent, dass es so bleibt wie es ist und für nur elf Prozent geht es aufwärts. Und wie viel Prozent glauben, dass morgen ein Meteorit einschlägt?

In diesem Land wird auf höchstem Niveau gejammert. Die Deutschen sitzen mit ihren dicken Hintern auf dem Balkon oder in der Laube, schauen in die Sonne und schieben sich noch ein Bratwürstchen ein, damit Bauch und Hintern gleich schwer bleiben und sie nicht vorn oder rückwärts wegkippen. Schuld am gefühlten Unwohlsein sind natürlich die Politiker. „Die Zufriedenheit mit der Regierung sinkt auf Tiefstwert“, hat die Forschungsgruppe Wahlen festgestellt. „Nur noch 39 Prozent sind mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden.“

Was erwarten die Menschen? Die Heizungsdebatte ist in einer Art und Weise geführt worden, als ginge es um die Einstellung der Lebensmittelversorgung. Lieber gar nicht als schlecht wollte **Christian Lindner** regieren. Und nun? Seine Partei dümpelt um die sechs Prozent. Im nächsten Bundestag könnten FDP und Linke nicht mehr vertreten sein. Dafür umso stärker die AfD, die bei satten 19 Prozent liegt, vor der SPD (18), den Grünen (16), sowie der FDP (6) und der Linken (5) so und so. Von der unerklärlichen Unzufriedenheit profitiert die Union nicht, sie steht seit Wochen bei 28 Prozent. Und da wird sie auch bleiben, weil sie nichts Besseres zu tun hat, als sich um die K-Frage zu kümmern. **Markus Söder** ist immer noch im Rennen, **Hendrik Wüst** nun richtig

dabei und **Friedrich Merz** wird nie Bundeskanzler. Übrigens: die nächste Bundestagswahl findet im Herbst 2025 statt.

Die Ampel käme, wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären, nur noch auf 40 Prozent. Drei Parteien schaffen es also nicht mal mehr, eine Regierung zu bilden. Über diesen Punkt muss man unzufrieden sein. Was denkt sich der Wähler eigentlich? Wie viele Parteien bräuchte man künftig für eine Regierung? Anstatt die Unzufriedenen irgendeine demokratische Partei stärken, laufen sie zur so genannten Alternative für Deutschland, in der sich Rechtsextremisten tummeln.

Die AfD ist gekommen, um zu bleiben. Donnerstag war ich beim „Parlamentarischen Sommerabend“ des Abgeordnetenhauses. Am Nachmittag fielen bei dem Versuch, zwei AfD-Abgeordnete in das Präsidium zu wählen, diese erneut durch. Daran ist die AfD gewöhnt, es scheint ihr nichts mehr auszumachen. Jedenfalls feierten die AfD-Abgeordneten fröhlich und ohne erkennbare Berührungängste mit den anderen Kolleginnen und Kollegen. Während demokratische Parteien aus dem Parlament fliegen, setzen sich die Rechten fest. Dass die AfD als Ventil für Unzufriedenheit ungeeignet ist, weiß doch jeder, der sie wählt. In keinem demokratischen Land läuft alles rund. Die Vorteile einer Demokratie überwiegen jedoch. Wird irgendwann noch jemand Lust haben, in die Politik zu gehen, wenn er dort ständig auf die Schnauze kriegt? Ohne gewählte Politiker funktioniert Demokratie nicht. Wir sollten nachsichtiger sein.

Mich widert die zur Schau gestellte Unzufriedenheit der Leute an. Vor allem angesichts der Tatsache, dass 1.500 km von uns entfernt ein Vernichtungskrieg stattfindet und die Menschen dort in ständiger Todesangst leben. Tausende sind dem Größenwahn dieser schlechten Stalin-Kopie schon zum Opfer gefallen. Ein Schisser, der im Bunker lebt und ausgerechnet mit Erdogan telefoniert und eine noch schlechtere Stalin-Kopie in Belarus um Vermittlung bittet, wenn ein paar Tausend wild gewordene Söldner auf ihn zumarschieren.

In den letzten Tagen habe ich viele Bilder von Berlin aus den Jahren 1948/49 zum Luftbrücken-Gedenken gesehen. Daran muss man sich immer wieder erinnern. Wir sollten uns jeden Tag darüber freuen, dass es gelungen ist, aus den Trümmern ein neues freies Land zu bauen. Für wen Demokratie zu anstrengend ist, der kann in eine der zahlreichen Diktaturen auswandern. Auch dort werden Fachkräfte gebraucht.

Ed Koch

1

06) Wähler, enteignet die Undemokraten!

Von WOLFGANG HÜBNER

30. 06. 2023



Deutscher Bundestag mit umstrittener Resolution im Sinne Kiews

Was sich in der verwehrtesten und verhetzten Politik hierzulande seit dem Umfragehoch der AfD und nun nach der Wahl eines AfD-Politikers in Thüringen zum Landrat abspielt, ist ein weiterer Tiefpunkt der zweiten deutschen Demokratie. Beteiligt an diesem erbärmlichen Schauspiel sind alle Kräfte des sich selbst als ‚alleindemokratisch‘ begreifenden Machtkomplexes, dessen Blockparteien von CDU bis Linke nicht akzeptieren wollen, dass es lebenswichtig und unverzichtbar ist, eine Opposition zu haben, die diesen Namen verdient.

Wer in einer Demokratie eine solche Opposition mit allen Mitteln ausgrenzt, ja am liebsten verbieten möchte, ist keinen Deut besser als all die autoritären Regime auf der Welt, die gerade von deutschen Politikern so gerne gegeißelt werden. Das sind genau jene Politiker und Parteien, die mit einer Mischung aus bodenloser Arroganz und unverfrorener Anmaßung nicht zur Kenntnis nehmen wollen, warum die AfD so großen Zuspruch erhält und ein bodenständiger Volljurist zum Landrat gewählt wird.

Ohne die Leistung der AfD oder von Robert Sesselmann mindern zu wollen, ist es doch die grottschlechte Leistungsbilanz des Parteienblocks, die auch bislang sehr zögerliche Wähler in Scharen der einzigen real wichtigen Oppositionspartei im Bund und den Ländern zutreibt. Wenn sich Millionen Migranten aus aller Welt seit etlichen Jahren über offene Grenzen ins deutsche soziale Netz flüchten, doch es an allen Ecken und Enden an arbeitswilligen und arbeitsfähigen Fachkräften fehlt und kein Ende dieses Desasters absehbar ist – sollen das die schon länger hier lebenden und steuerzahlenden Bürger auf ewig klaglos hinnehmen?

Und sollen sie es geduldig auf sich laden, von hoher Teuerung beraubt, von Sanktionen extrem geschädigt und von transatlantischer Kriegspolitik in ihrer schieren Existenz gefährdet zu werden? Sie sollen ideologisch gesteuert heizen, ideologisch gesteuert essen,

sich ideologisch gesteuert im Verkehr bewegen, sie sollen 25 Grad im Sommer als lebensgefährliche Hitze ansehen, sie sollen ideologisch gesteuert reisen oder am besten gar nicht mehr – all das und noch viel mehr sollen die wahlberechtigten Bürger, also der Souverän, demütig hinnehmen, ohne sich massiv zu wehren?

Und wenn die Bürger das in immer noch bescheidenem Ausmaß endlich tun, hören sie von den Parteien, die sie bislang noch immer gewählt haben, es müssten nun „Brandmauern“ gegenüber der AfD hochgezogen und verteidigt werden. Es soll also nach nur 33 Jahren Pause schon wieder eine Mauer mitten durch die Deutschen errichtet werden – Welch eine Zumutung! Und wie zynisch und frech ist dieser beruflich gescheiterte FDP-Minister Lindner, der den unzufriedenen Wählern rät, statt AfD besser die von seinesgleichen als völlig unschädlich eingeschätzte [Blockpartei](#) „[Die Linke](#)“ zu [wählen!](#) Die zweite deutsche Demokratie ist weder bei der SPD noch bei den scheinoppositionellen Vollversagern CDU/CSU in guten Händen. Sie wird sogar offen misshandelt und missbraucht von jenen Grünen, die nicht wenige kritische Beobachter im Ausland als neu angestrichene Wiedergänger ihrer braunen Großväter betrachten. Die zweite deutsche Demokratie braucht deshalb Wähler, die die politische und gesellschaftliche Macht der Udemokraten demokratisch enteignen.

Besäße dieses Land einen Bundespräsidenten, der seinem Amt Ehre machte, dann hätte dieser schon längst dazu aufgerufen, keine „Brandmauern“ zu errichten, sondern die demokratische Kultur zu retten. Zu dieser Kultur gehört es, gegen Andersdenkende und Anderswählende nicht zu hetzen und zu mobilisieren, sie nicht auszugrenzen und zu stigmatisieren, sondern gemeinsam um die Lösungen der Probleme zu ringen. Doch davon sind wir himmelweit entfernt. Und nichts deutet auf Besserung hin. Das werden sich immer mehr Menschen nicht gefallen lassen. Deshalb wird letztlich auch diese „Brandmauer“ so fallen wie die Schandmauer in Berlin 1989.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [PI NEWS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Erneute „Abfuhr“ für Baerbock diesmal in Südafrika

30. 06. 2023



Bild: Imago/Thomas Köhler

Die neutrale Position Südafrikas zum Ukraine-Krieg hatte im Westen für erheblichen Unmut gesorgt.

Erwartungsgemäß lässt auch der Besuch eines „diplomatischen Kalibers wie Bundesaußenministerin Baerbock, die dortige Politik keineswegs von ihrem neutralen Kurs abrücken.

Weiterhin gute Beziehungen zum Kreml

Südafrika bleibt dabei, seine guten Beziehungen zu Moskau weiter aufrechterhalten zu wollen und diese auch aus zu bauen.

Bei den wichtigen Resolutionen der Vereinten Nationen zur Verurteilung des Ukraine-Krieges hatte sich das Land ohnehin enthalten.

Die deutsche Außenministerin forderte Russland nun „westmedienwirksam“ am 27. Juni auf, „die Bombardierung“ der Ukraine einzustellen.

Annalena Baerbocks Aufforderung erfolgte just während ihres eintägigen Besuchs in Pretoria, bei dem es vor allem um Energie- und Klimafragen gehen sollte.

Indirekt mahnte sie dann jedoch ihre südafrikanische Amtskollegin Naledi Pandor zu mehr „Entschlossenheit“ gegen Russlands Militäroperation in der Ukraine. Der Krieg in der

Seite E 144 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Ukraine sei nicht nur ein europäischer Konflikt, er gehe auch Afrika etwas an, behauptete Baerbock.

Erneuter Ausrutscher am diplomatischen Parkett

Daraufhin blieben Baerbocks „diplomatische Erfolge“ in Südafrika am Ende erwartungsgemäß äußerst „überschaubar“. Das die Bundesaußenministerin auf dem diplomatischen Parkett auf „verlorenem Posten“ steht wurde dadurch einmal mehr transparent.

Südafrika jedoch betont seine Neutralität im Ukrainekrieg und bemüht sich zugleich weiterhin um gute Beziehungen zu Russland als einem Partnerland in der BRICS-Gruppe. Diese wurde bekanntlich namensgebend von Brasilien, Russland, Indien und China 2009 gegründet, ein Jahr später fand Südafrika Aufnahme in die Gruppe.

Die südafrikanische Außenministerin erwähnte nur bemerkenswert knapp den Krieg in der Ukraine beim Treffen mit der deutschen Chef-Diplomatin.

Nach der Corona-Pandemie „stehen wir in Afrika und anderswo in der Welt vor ebenso ernstesten globalen Herausforderungen, auch in Europa, wo der Krieg in der Ukraine globale Auswirkungen hat“.

„Es gibt nicht einen einzigen Punkt, der zeigen würde, dass wir Russland (in diesem Krieg) unterstützen“, betonte Pandor sehr deutlich.

„Retourkutsche“ für Baerbocks US-Narrativ

Im Mai dieses Jahres hatte der US-Botschafter in Südafrika Reuben Brigety behauptet, die USA seien sehr sicher, dass Ende 2022 Waffen und Munition in der Nähe von Kapstadt auf ein russisches Frachtschiff geladen wurden. Dafür konnten jedoch in Folge keinerlei Beweise seitens der USA erbracht werden.

Jedoch hatte Baerbock sich auf Grund dieser dubiosen unbewiesenen US-Anschuldigung öffentlich „sehr besorgt“ geäußert.

Baerbock ging in ihren Kommentaren an der Seite der südafrikanischen Außenministerin Pandor vor ihrem Treffen am 27. Juni, allerdings nicht mehr direkt auf diese Vorwürfe angeblicher Waffenlieferungen ein.

Sie behauptete stattdessen lediglich erneut, dass die steigenden Lebensmittel- und Ölpreise, die auf dem gesamten afrikanischen Kontinent für noch größere Not als ohnehin sorgen würden, das klare Ergebnis von Russlands Militäroperation in der Ukraine seien.

Im Februar dieses Jahres hatte Südafrika gemeinsam mit China und Russland demonstrativ ein [mehrtägiges gemeinsames Militärmanöver](#) abgehalten.

In diversen UN-Abstimmungen enthielt sich Südafrika bisher stets, den Ukraine-Krieg zu verurteilen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) ACHTUNG REICHELT! Was Ihnen nicht passt, brüllen sie nieder!

Von JULIAN REICHELT

30. 06. 2023



Es gibt zwei Szenen, die Sie in dieser Woche gesehen haben müssen: Markus Lanz, wie er Jens Spahn in einem Furor anfaucht, der klar macht: Wer zu Markus Lanz in die Talkshow kommt, sollte schon der Meinung von Markus Lanz sein. Sonst wird man vor dem ZDF-Millionenpublikum niedergebrüllt, unterbrochen und fertig gemacht. Und Ricarda Lang, die auf den Wahlerfolg der AfD in Sonneberg reagiert: Lang sagt allen Ernstes, das Ergebnis mache noch einmal deutlich, wie wichtig das Demokratiefördergesetz ihrer Regierung sei. Schon in der Schule, so sagt es Ricarda Lang, sollen Schüler mit Fördermitteln der Regierung gegen die AfD auf Linie gebracht werden. AfD-Mitglieder sollen mit Programmen der Bundesregierung zum Parteiaustritt bewegt werden. Man muss wahrlich kein Unterstützer der AfD sein, um diesen Plan als das zu erkennen, was er ist: ein anti-demokratischer Machtrausch.

<https://www.youtube.com/watch?v=BsqA9sxEH4w&t=509s>

- [01:12](#) Wer widerspricht, wird niedergebrüllt
- [04:23](#) Lanz: Menschen mundtot machen
- [06:52](#) Linke und Grüne: Angst um die Macht
- [07:47](#) Das Vertrauen in die Regierung ist weg
- [08:39](#) ARD: Hass gegen die normale Familie
- [10:59](#) Geheimdienstchef: Brauner Bodensatz
- [12:43](#) Lang: Staat auf AfD-Wähler loslassen

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) ACHTUNG REICHELT! Die größte Gefahr für unseren Wohlstand heißt Robert Habeck

Von JULIAN REICHELT

27. 06. 2023



Bei Robert Habeck ist inzwischen vollkommen unklar, wann er skrupellos lügt und wann er aufrichtig ahnungslos ist. Bei der Grünen Partei sind die Übergänge zwischen Inkompetenz und Täuschung fließend geworden. Die meisten Grünen wissen inzwischen selbst nicht mehr, wann sie absichtlich Unfug erzählen und wann sie ihren Unfug noch selber glauben.

Die Lebensmittelpreise gehen also deutlich runter, behauptet Robert Habeck. Aber stimmt das auch? Nein, es stimmt natürlich nicht, wie jeder Mensch weiß, der noch selber einkaufen geht. Oder sich die Mühe macht, einmal in die amtlichen Zahlen dazu zu gucken ...

https://www.youtube.com/watch?v=Lkj3OFk2_q4

- [01:59](#) Die Politik des Wegnehmens
- [04:57](#) Der neue Wohlstand des Weniger
- [07:14](#) Habeck: Gefahr für den Wohlstand
- [11:11](#) Mittelmaß, Made in Germany
- [13:00](#) Inflation killt unseren Wohlstand

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Erwartungsgemäß. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-20

26. Juni 2023

48. Jahrgang

Erwartungsgemäß

Dass in einem kleinen überschaubaren Landkreis in Thüringen ein AfD-Politiker zum Landrat gewählt wurde, war keine Überraschung. Das Ergebnis war erwartungsgemäß. Weitere Siege der AfD werden folgen.

Die so genannten etablierten, auf jeden Fall aber demokratischen Parteien, empören sich. Auf wen zielt die Empörung ab? Leider nicht auf ihre eigene Politik. Der Landratskandidat hat allein mit bundespolitischen Themen die Wahl gewonnen. Womit denn sonst? Nach allem, was man hört, geht es dem Landkreis Sonneberg gut, sagte jedenfalls Ministerpräsident **Bodo Ramelow** im ZDF. Warum also wählen die Menschen eine Partei, die außer rechter Gesinnung nichts zu bieten hat?

Wählerbeschimpfung hat noch nie etwas bewirkt, dennoch muss es erlaubt sein zu sagen, dass es an Dummheit nicht zu überbieten ist, diese Partei zu wählen. Auch nicht aus Protest. Die AfD hat nichts zu bieten außer Populismus.

Landrat Sesselmann wird sich in den nächsten Jahren weniger um die Bundespolitik kümmern können, nicht einmal um die thüringische Landespolitik, sondern um die Angelegenheiten in seinen acht Gemeinden.

Ohne den Vorgang verharmlosen zu wollen, aber, „Ein Landrat leitet – so weit von der Landkreisordnung so vorgesehen – die Sitzungen des Kreistages, nimmt die Vertretung des Kreises bzw. Landkreises wahr, führt die Beschlüsse des Kreistages aus und erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung.“ Der Kreistag besteht aus 40 Mitgliedern, derzeit gehören 15 der CDU, zehn der AfD, acht der Linken, drei der SPD und je zwei der FDP und den Grünen an. Von einer Mehrheit im Kreistag ist die AfD weit entfernt.

Mehrfach haben sich die demokratischen Parteien gegen die AfD verbündet und den jeweils aussichtsreichsten Kandidaten unterstützt. In Schwerin ging das gut, in Sonneberg nicht. Der frühere Thüringer CDU-Chef **Mike Mohring** warnt allerdings „vor weiteren parteiübergreifenden Stichwahl-Koalitionen gegen die AfD.“ „Wie kommt das bei den Wählern an, wenn alle anderen sich mit ihrer eigenen inhaltlichen Programmatik zurücknehmen, nur um die Partei AfD zu verhindern?“, fragte er in der ZDF-Sendung „Bericht aus Berlin“ rhetorisch. Dieses Verhalten werde auf Dauer „nicht aufgehen“.

Die Reaktionen der Politiker auf die Wahl von Sonneberg waren gemischt, aber halt wenig selbstkritisch. **Katrin Göring-Eckardt** sagte: „Sonneberg ist Sonneberg und nicht Thüringen und nicht Deutschland.“ Wohl wahr, aber jede diese unsäglichen Bewegungen hat einmal ganz klein in der Provinz begonnen. Die AfD jubelt verständlicherweise und betont: „Das ist erst der Anfang!“ Und: „Wir sind Landrat“. Größenwahn gehörte immer schon zu Leuten dieses Schlags.

Für **Karl Lauterbach** (SPD) ist es ein „Tiefpunkt unserer Politik seit dem Fall der Mauer“, lesen wir in der **Frankfurter Rundschau**. Ausgerechnet Lauterbach sagt: „Die Bevölkerung muss besser mitgenommen werden auf dem Weg zu Klimaschutz und mehr Gerechtigkeit“. Das hätte er mal bei der Pandemiebekämpfung tun sollen. Richtig hingegen ist die Aussage: „Die AfD schüre Angst und Hass, habe aber Lösungen für Nichts“.

Für **Ralf Stegner** ist der 25. Juni ein „Tag der Schande“. „Warum lernen wir nicht aus der Geschichte?“ Berechtigte Frage.

So sensationell ist die Wahl des Landrates nun auch wieder nicht, denn Berlin hat schon Erfahrungen mit AfD-Politikern in Staatsämtern, beispielsweise in den Bezirken. Aktuell gibt es einen AfD-Stadtrat in Trepow-Köpenick, der zuständig ist für die „Öffentliche Ordnung.“ In Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Spandau stünde der AfD auch ein Stadtratsposten zu. Die Bezirksverordneten lassen sich aber nicht überreden, die Kandidaten zu wählen.

Im Frühjahr 2024 finden in allen östlichen Bundesländern, außer Berlin, Kommunalwahlen statt. Im Herbst zusätzlich Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Es könnte in einer Katastrophe enden.

Übrigens: Am 23. September 2008 erhielt der Landkreis Sonneberg den von der Bundesregierung verliehenen Titel „Ort der Vielfalt“.

Ed Koch

11) Schwierige Zeiten. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-18

23. Juni 2023

48. Jahrgang

Schwierige Zeiten

Kurz vor 6 Uhr ist in der ARD-Info-Nacht der „Stichtag“ zu hören. Darin wird an große Ereignisse erinnert oder an besondere Geburtstage von Prominenten. Im heutigen „Stichtag“ war der Besuch von Präsident **John F. Kennedy** in Deutschland das Thema des Tages. Am 23. Juni 1963, also vor 60 Jahren, traf der Präsident ein und eroberte zuerst die Herzen der Kölner mit einem kräftigen „Kölle alaaf“. Das war für die Einwohner der Rheinmetropole so wichtig und so eindrucksvoll wie der drei Tage später in Berlin geäußerte Satz „Ich bin ein Berliner!“

Die Zeit damals in Berlin, konkreter gesagt West-Berlin, war nicht einfach. Man muss sich das vorstellen. Die Blockade war zwar seit 14 Jahren vorbei, damit aber nicht die Sorgen der West-Berliner. Umzingelt von sowjetischem Militär, das am 17. Juni 1953 eindrucksvoll unter Beweis stellte, wozu es in der Lage ist, lebten wir immer unter Spannung. Für die Sowjetunion war West-Berlin der Stachel im Fleisch, eine hochgerüstete Abhörstation und vor allem ein Spionagezentrum, ausgerichtet gen Osten. Niemand wusste, ob sich die Sowjetunion nicht eines Tages West-Berlin einverleibt. Was würden die West-Alliierten in diesem Falle tun? Einen Krieg beginnen? Wohl kaum.

Am 27. November 1958 ließ der sowjetische Machthaber **Nikita Chruschtschow** einen Testballon steigen. Er forderte ultimativ den Abzug der alliierten Truppen aus Berlin und den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland. West-Berlin sollte eine „freie und entmilitarisierte“ Stadt werden, was immer das bedeutet hätte. So eine Art Helgoland mit Duty-Free-Shops vielleicht? Verkürzt gesagt zeigten die USA den Sowjets den Stinkefinger. Das Ultimatum verstrich. Die Gefahr war gebannt, aber nicht vorbei.

Anfang Juni 1961 trafen sich Kennedy und Chruschtschow in Wien. Nervös schauten wir auf die österreichische Hauptstadt. Der Flüchtlingsstrom aus der DDR nach West-Berlin riss nicht ab. Hunderte kamen täglich im Notaufnahmelager in Marienfelde an und wurden dort auch von „inoffiziellen“ Stasi-Mitarbeitern herzlich begrüßt und ausgefragt. DDR-Chef **Walter Ulbricht** musste handeln. Und natürlich wandte er sich an den großen Bruder in Moskau. Dass irgendetwas geschehen würde, war uns allen klar, denn so konnte es nicht weitergehen. Dass Kennedy und Chruschtschow den Mauerbau in Wien

ausgehandelt haben, ist vielleicht zu viel Verschwörungstheorie. Tatsache ist aber, dass die DDR mit Billigung der Sowjetunion West-Berlin am 13. August 1961 einmauerte.

Für Kennedy war die Nachricht offenbar keine allzu große Überraschung. Zum Handeln sah er sich nicht veranlasst. Er schickte immerhin zu unserer Beruhigung am 19. August seinen Vize-Präsidenten **Lynndon B. Johnson** nach Berlin, drei Tage bevor sich **Konrad Adenauer** endlich auf den Weg machte. Dass Adenauer vorher informiert war, ist möglich. Einer war es jedoch nicht, Berlins Regierender Bürgermeister **Willy Brandt**. Er und Adenauer befanden sich gerade im Wahlkampf um das Kanzleramt, wodurch das Verhältnis nicht das beste war.

Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man sich über die Begründung des Mauerbaus scheckig lachen. Ein „Antifaschistischer Schutzwall“ sollte die Mauer sein. In Wahrheit wurde nicht auf Menschen geschossen, die ihn vom Westen her überwinden wollten, von denen es ohnehin keine gab, sondern auf jene, die dem Arbeiter- und Bauernstaat entkommen wollten.

Jeder Mauertote ist einer zu viel gewesen. Und wir sollten es so benennen wie es ist, die DDR hat ihre Bürger beim Versuch, das Land zu verlassen, ermordet! Nüchtern betrachtet stabilisierte aber die Mauer das Leben in West-Berlin. Wir waren zwar eingemauert, aber sehr gut versorgt, erhielten eine achtprozentige Gehaltszulage und konnten an jeden gewünschten Ort der Welt reisen. Die Taxikosten zum Flughafen waren oft höher als der Ticketpreis von PAN AM, British Airways oder Air France, weil er hoch subventioniert wurde. Eingemauert waren vielmehr die Bürger der DDR.

Für die DDR war die Situation recht lukrativ. Sie bekam viel Geld für jeden freigekauften Bürger, später noch für den Mindestumtausch bei Besuchen in Ost-Berlin und der DDR und natürlich für die Autobahnnutzung. Von den Milliardenkrediten, die unter anderem der bayerische Ministerpräsident **Franz-Josef Strauß** vermittelte, wollen wir gar nicht erst reden. Wo dieses Geld hin verschwunden ist, weiß wohl niemand so genau.

Noch bevor sich Präsident Kennedy endlich auf den Weg nach Berlin machte, schockierte uns die nächste Krise, 1962 Kuba. Eines war uns immer klar. Wenn es zu einem atomaren Schlag kommen sollte, läge Berlin im Fadenkreuz. Der Sowjetunion wäre dabei völlig egal gewesen, dass auch der Ostteil der Stadt von der Landkarte verschwunden wäre.



Dass Kennedy nun endlich nach Berlin kommen werde, war erst wenige Monate vorher bekannt geworden. Von da ab überschlugen sich die Ereignisse in Berlin. Die Vorbereitungen liefen auf Hochtouren. Vor dem Rathaus Schöneberg wurde aufwendig eine Tribüne errichtet, weil der Balkon über dem Portal des Rathauses viel zu hoch war.



Foto: ZDF Heinz-Jürgen Goettert

An alles hatte man gedacht, nur nicht daran, die Deutschlandflagge an der Tribüne richtig herum aufzuhängen. Am 23. Juni kam Kennedy in Deutschland an. Berlin war nicht seine erste, sondern die letzte Station seiner Reise und mehr als acht Stunden hatte er sich dafür nicht Zeit genommen.

Zeit genommen hat er sich aber vom Eintreffen vor dem Rathaus bis zum Auftauchen auf der Tribüne. Vorher wechselte er erst einmal gemütlich sein Oberhemd im Büro von **Willy Brandt**, während **Konrad Adenauer** an Brandts Schreibtisch das Neue Deutschland, das Zentralorgan der SED, las. Und dann musste ja auch noch der berühmte Satz mit seinem Dolmetscher **Robert H. Lochner** einstudiert werden.



Foto: Bundesregierung

Wie aus dem Schnürboden gezogen, stand plötzlich die ganze Politprominenz aus Stadt und Bund auf dem Podium. Jeder wollte dabei sein, wie viele Jahre später am 10. November 1989 an gleicher Stelle beim Fall der Mauer. Einer war bei beiden Anlässen dabei: **Willy Brandt**, und er hielt beide Male eine

große Rede. Wie 1963 hatte 1989 kaum jemand Bock darauf zu hören, was die jeweiligen Bundeskanzler von sich gaben. „Meine lieben Freunde!“, begann Adenauer seine Rede. Naja, Freunde? „Ihr seid hierhergekommen, um Präsident Kennedy zu hören.“ Das stimmte.

Kennedy wurde wie ein Popstar in Berlin gefeiert. Vergessen war die lange Zeit des Wartens auf ihn. Er war der Hoffnungsträger einer Stadt, die sich einer ständigen Bedrohung ausgesetzt sah. Das Wichtigste an Kennedys Besuch war die Zuversicht, die er vermittelte und die wir so dringend brauchten.

Von einer Lächerlichkeit, die durch nichts zu überbieten ist, war der anschließende Besuch **Nikita Chruschtschows** am 28. Juni 1963 in Ost-Berlin, der Hauptstadt der DDR. Auch dort standen viele Menschen am Straßenrand und jubelten ihm zu. Freiwillig versteht sich.

Abgesehen von der Gorbatschow-Phase zwischen 1985 und 1991 war die Sowjetunion für uns immer ein gefährliches und bedrohliches Land. Die Hoffnungen waren groß, dass aus Russland ein demokratischer Staat werden könnte. **Boris Jelzin** war von 1991 bis 1999 erster freigewählter Präsident des Landes. Seinen größten Fehler machte er allerdings, als er einem gewissen **Wladimir Putin** zur Macht verhalf, einem menschenverachtenden Despoten, der **Josef Stalin** in kaum etwas nachsteht. Russland ist heute eine Gefahr für den Weltfrieden. Und nach wie vor liegt Berlin inmitten der Blöcke auf der Zielscheibe. Nicht auszudenken, wenn der Putin affine **Donald Trump** wieder Präsident werden würde. So schrecklich die Vorstellung ist, aber Europa muss gewappnet sein, um der Gefahr begegnen zu können, gegebenenfalls auch ohne die USA.

Es ist richtig, dass morgen vor dem Rathaus Schöneberg der Rede Kennedys vor 60 Jahren und des Beginns der Blockade vor 75 Jahren gedacht wird. Als Hintergrund empfehlen wir Ihnen den ARD- und den WDR-Stichtag und einen Beitrag des InfoRadios von heute.

<https://www.ardaudiothek.de/episode/der-stichtag-die-chronik-der-ard/23-6-1965-praesident-john-f-kennedy-besucht-die-bundesrepublik/bremen-eins/94541040/>

<https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag7612.html>

<https://www.inforadio.de/rubriken/interviews/2023/06/23/john-f-kennedy-rede-rathaus-schoeneberg-berlin.html>

Ed Koch

12) Aktionstag gegen „Hasspostings“ in der Bunten Republik

Von CONNY AXEL MEIER

22. 06. 2023



Haben Sie am vorletzten Mittwochmorgen um 6 Uhr Besuch erhalten? Etwa von bewaffneten Männern in schwarzen Ledermänteln? Polizeiliches Einsatzkommando in martialischen Uniformen mit Maschinenpistolen im Anschlag? Stand ein Polizeihubschrauber auf dem angrenzenden Sportplatz? Haben die Besucher bei Ihnen geklingelt? Oder haben Beamte mit einem Rammbock Ihre Haustüre eingeschlagen? Sind Ihre Kinder schreiend durch die Wohnung gelaufen und haben sich unter dem Bett versteckt? Haben diese Männer neben Ihren Computern, Laptops, Mobiltelefonen, Festplatten und Speicherkarten auch die Spielkonsolen Ihrer Kinder mitgenommen? Haben Ihre Nachbarn verängstigt hinter der Gardine hervorgeschaut, in der Annahme, es handle sich bei Ihnen um gefährliche Terroristen?

Wenn Sie das erlebt haben, dann denken Sie daran. Sie sind nicht alleine. Das passierte am Mittwoch auch 129 anderen Bürgern der Bunten Republik zeitgleich. So berichten [Tichys Einblick](#) und die [WELT](#).

Was haben Sie getan, um eine derartige Vorzugsbehandlung zu erfahren? Sie wissen es nicht? Das geht so gar nicht? Haben Sie sich mal über Ricarda Lang oder Claudia Roth abfällig geäußert? Dann haben Sie sich des schweren Verbrechens des „Hasspostings“ schuldig gemacht. Haben Sie geschrieben, Cem Özdemir hätte gesagt, dass alle Leser der alternativen Medien nicht mit Messer und Gabel essen können. Das hat er zwar wirklich gesagt, aber wenn Sie ihn zitieren, dann ist das ein strafwürdiges Verbrechen der Hetze. Und wenn Sie die beste Außenministerdarstellerin aller Zeiten mit den Worten zitieren, dass Putin sich um 360 Grad wenden muß, dann ist das wohl richtig, aber Sie haben sich der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ schuldig gemacht. Oder noch schlimmer: Sie haben sich dagegen ausgesprochen, dass in Ihrer Nachbarschaft eine Moschee gebaut wird und der Muezzin fünf Mal am Tag seine Plärrerei über Außenlautsprecher verbreitet? Dann sind Sie ganz klar ein [Fall für den Generalstaatsanwalt](#).

Seite E 151 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Ja, liebe Leser, das mit dem Hass und der Hetze ist nicht leicht zu durchschauen. Das macht aber nichts. Wir haben ja halbstaatliche Zensurbehörden, die den Vollstreckungsorganen gerne behilflich sind, „Hass & Hetze“ zu erkennen. Als Beispiel sei die von der ehemaligen Stasi-Mitarbeiterin (IM) Anetta Kahane gegründete, linksextreme „Amadeu-Antonio-Stiftung“ genannt, die sich mit viel Steuergeld in der Nachverfolgung und der Ausforschung von Regierungskritikern „verdient“ gemacht hat und wie zu besten Stasizeiten Feindeslisten führt.

Wer dabei an etwaige totalitäre Zeiten der deutschen Geschichte denkt, der sollte sich hüten, das zu äußern. Dann greift nämlich gleich der Volksverhetzungsparagraph 130, Stichwort Verharmlosung des Holocaust. Dann geht's erst richtig los. Dann kommt nicht nur ein Polizeihubschrauber zum Abholen, sondern gleich mehrere.

Es könnte ja sein, dass Ihnen das Heizungsverschrottungsgesetz von Robert Habeck nicht gefällt und Sie das öffentlich mitteilen. Oder Sie wollen keine Würmer und Käfer essen, sondern lieber gepflegt ein 350g-Filetsteak verzehren? Sagen Sie es niemand. Sie delegitimieren die ach so fürsorgliche Bundesregierung, die Ihnen nicht nur vorschreiben will, wie Sie zu leben und reisen haben, sondern auch was Sie essen sollen (10 g Fleisch pro Tag), welche Medien Sie zu konsumieren haben und wie Sie zu heizen haben, wenn überhaupt. Der Orwellsche Staat kümmert sich eben rührend um seine Untertanen und weiß schließlich am besten, was gut für den Pöbel ist. Der Bürger hat ja schließlich alle Freiheiten, die er braucht, um sein Geschlecht einmal im Jahr zu wechseln. Mehr Freiheit braucht es nicht.

Falls Sie nach dem Polizeiüberfall der irrigen Hoffnung sind, Sie haben ja nichts getan und es wird sich alles aufklären, dann sind Sie naiv. Ihr Arbeitgeber, Ihr Vermieter, die Schule Ihrer Kinder und der Bäcker um die Ecke sind darüber informiert, dass Sie ein rechtsextremer Terrorist sind. Und die beschlagnahmten Geräte erhalten Sie, wenn überhaupt, nur unbrauchbar, mit aufgespieltem Staatstrojaner zurück. Solange bleiben die Geräte in Haft.

Und wagen Sie es nicht, regelmäßig PI-NEWS, Jouwatch, Tichy, Reichelt, die Achse, AUF1, Reitschuster oder gar verbotene Feindsender wie RT, Sputnik usw. zu konsumieren. Sie könnten ja zum Staatsfeind werden. „Das Leben der Anderen“ ist keine Zeitgeschichte, sondern wieder ganz aktuell. Die Firma „Horch und Guck“ ist Ihnen auf den Fersen. Denken Sie daran: Es kann jeden treffen!

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [PI-NEWS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Im besten Deutschland aller Zeiten – montags keine Postzustellungen mehr

18. 06. 2023



Bild: facebook

Die Bundesnetzagentur hat beschlossen der Post zu erlauben, montags keine Briefe und Pakete mehr zuzustellen.

Auch das Porto soll bald wieder steigen. Zugleich explodierte letztes Jahr die Zahl der Beschwerden über schlechten Service.

Schlechter Service und steigende Portogebühren

Mal kommt sie und mal nicht, mal landet sie in der Nachbarschaft oder auch einfach im Nirgendwo.

Viele kennen den Ärger mit der Deutschen Post AG. Offenbar gibt es hier unverkennbare Parallelen zur Deutschen Bahn.

Bei Beiden braucht es ein gewisses Maß an Glück um zu bekommen wofür man zahlt und Anspruch hat.

Zu allem Überfluss drücken Inflation und Innovation auf die Gewinnmarge und die Gehälter der dortigen Führungsriege. Die Ausgaben müssen runter, findet die zentrale Infrastrukturbehörde Deutschlands, [die Bundesnetzagentur](#), zuständig für „Wettbewerbsförderung auf den Märkten für Energie, Telekommunikation, Post und Eisenbahn“.

Daher plädiert deren Chef Klaus Müller nun für einen weiteren postfreien Tag.

Montags keine Post mehr – so wird „gespart“

Wie unter anderem die [Tagesschau berichtete](#), würde Müller gerne die Montage bei der Zustellung von Briefen und Paketen ausfallen lassen, um Kosten zu senken. Angeblich sei es in anderen Ländern längst normal, dass Sendungen nur noch an zwei, drei oder vier Tagen pro Woche an die Empfänger übermittelt würden.

Ob es sich dabei um Entwicklungs- oder Krisenländer handelt, ließ er dabei im Raum stehen. In Deutschland müssen Postboten bislang von montags bis samstags täglich die Haushalte abklappern, noch.

Als Grund gibt Müller an, dass montags deutlich weniger Behördenbriefe im Umlauf seien. Denn der Amtsschimmel macht Großteils am Wochenende frei.

Dass die Postboten und Paketzusteller bei gleichem Lohn dann künftig montags ausschlafen können, ist dennoch nicht zu erwarten. Denn wie gesagt, die Post will ja Kosten sparen, das heißt, selbstredend auch bei Löhnen und Arbeitsplätzen.

Briefporto Anhebung versus zustellfreier Montag

Zugleich hat nun die [Deutsche Post AG beantragt](#), das Briefporto vorzeitig anzuheben. Eigentlich soll ein gewöhnlicher Brief bis Ende kommenden Jahres 85 Cent kosten.

Das Unternehmen würde gerne schon zum kommenden Jahreswechsel etwas draufschielen. Dafür müsste dann die Bundesnetzagentur zustimmen. Müller will davon jedoch absehen und favorisiert den zustellungsfreien Montag, vermutlich, weil sich die Leute dank der Inflation ohnehin immer weniger leisten können, so auch das Verschicken von Paketen und Briefen.

Wären mit weniger Zustelltagen ein gesicherter Service und gute Arbeitsbedingungen verbunden, wäre das wohl beinahe akzeptabel.

Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Nie habe es so viele Beschwerden von Kunden gegeben, wie im vergangenen Jahr. Ihre Zahl habe sich gegenüber 2021 sogar auf über 43.000 [verdreifacht](#), wobei die Dunkelziffer missglückter Postzustellungen exorbitant sein dürfte.

Endlosdebatten über Serviceabbau

Das Ansinnen, Briefe, Päckchen und Pakete seltener auszuliefern, ist nicht neu. Schon mehrfach hatte die Deutsche Post AG mit entsprechend „neuen Formen der Zustellung“ experimentiert. Zum Beispiel 2017, wie damals das [Manager Magazin berichtet](#) hatte. Schon lange steht demnach auch zur Debatte, den Montag zum postfreien Tag zu machen. Im Jahr 2019 brachte etwa die FDP einen entsprechenden Vorschlag im Bundestag ein.

Die Diskussion darüber habe jedoch schon 20 Jahre davor begonnen. Als Grund wurde die Digitalisierung genannt, was für weniger Briefe Sorge. Andererseits nutzen aber mehr Menschen den Onlinehandel. Materielle Güter können nun mal nicht digital übermittelt werden. Es gibt also Widersprüche. Die EU regelt ihrerseits schon länger eine Zustellungspflicht an nur fünf Tagen pro Woche.

Die Post gehört wie die Bahn und die medizinische Versorgung zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Wie die Deutsche Bahn und viele Kliniken war auch sie vor nunmehr fast 30 Jahren [privatisiert](#) worden.

Seite E 154 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Aus dem Postamt gingen drei Aktiengesellschaften hervor, Postdienst, Postbank und die Deutsche Telekom. In der Folge [verschwanden](#) immer mehr Postfilialen, insbesondere auf dem Land. Die Geschäfte wurden ausgelagert. Der Markt sollte es regeln, den Service sogar verbessern. Geklappt hat das rückblickend gesehen ganz und gar nicht.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Kalenderwoche 24 - 12. bis 18.06.2023. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-09

17. Juni 2023

48. Jahrgang

KW 24

Beginnen wir den Rückblick am Ende der Woche. Heute ist der **17. Juni**. Es ist gut, dass dieser Tag nicht in Vergessenheit gerät, auch wenn er nur noch ein Gedenk- und kein Feiertag mehr ist. Als „Tag der Deutschen Einheit“, wurde er durch den 3. Oktober abgelöst.

Die Gedenkstunde gestern im Deutschen Bundestag stellte die Geschichten derer in den Vordergrund, die vor 70 Jahren in der DDR einen Volksaufstand auflösten, der sich über das ganze Land zog. Es war nicht nur die Unzufriedenheit über die Erhöhung der Normen, also Mehrarbeit bei gleichem Lohn, die die Arbeiter auf der Straße brachte, sondern die Unzufriedenheit mit dem SED-Regime, das seit 1949 als Vasall der Sowjetunion regierte.

Das Moskauer Regime geriet ins Wanken, wie später die Diktaturen 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei. Alle Volksaufstände haben eines gemeinsam, die Niederschlagung durch sowjetische Panzer. Und immer gingen die Befehle von Moskau aus. Putins Russland sieht sich gern in der Nachfolge der Sowjetunion. Wen wundert es da, dass bis heute jede Freiheitsbewegung mit Gewalt unterdrückt wird. Es ist das russische System, das so handelt. Es ist die Angst vor Freiheit und Demokratie. Und das ist der wahre Grund des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine. Eine so große Demokratie vor der Haustür könnte überschwappen auf das größte Land der Erde. Da doch lieber einen Staat wie Belarus, den man unter Kontrolle hat und dem man immer wieder gerne hilft, die aufmüpfige Bevölkerung zu unterdrücken.

Die Aufzeichnung der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag sollte an allen Schulen im Land gezeigt werden, vor allem in den so genannten „neuen Ländern“, in denen den jungen Menschen nach 1953 eine ganz andere Geschichte über den 17. Juni erzählt wurde. Eine Geschichte, die sich festgesetzt hat. An Volksaufständen im russischen Einflussbereich sind demnach grundsätzlich immer die Amerikaner schuld.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw24-gedenkstunde-17-juni-951226>

Nur einmal in der Geschichte ließ Moskau seine Panzer in den Kasernen. Die Aufstände 1989, von Leipzig ausgehend und sich über das ganze Land verbreitend, wurden nicht von sowjetischen Panzern nieder-

gewalzt. **Michail Gorbatschow** ist mehr als allen anderen dafür zu danken, dass wir heute in einem vereinten Deutschland leben. Die Dankbarkeit hält sich aber gerade in Ostdeutschland in Grenzen. Dort wird offen und ohne Repressalien befürchten zu müssen, behauptet, dass die Bundesrepublik eine Diktatur sei. So viel Dummheit ist unerträglich.

Es gebietet der Respekt vor den Bürgern der DDR, die sich mit dem Staat arrangiert hatten. Auch über die Menschen, die glaubten, mit einer Tätigkeit für die Stasi ihrem Land einen Dienst zu erweisen, sollte man nicht leichtfertig urteilen. Auf 89 DDR-Bürger kam immerhin ein so genannter IM (Inoffizieller Mitarbeiter). In der Zeit von 1950 bis 1989 gab es insgesamt ca. 620.000 IM. Wir Wessis können klug reden, waren wir doch den Zwängen einer Diktatur nicht ausgesetzt. Was wir als Unrecht sahen und fraglos Unrecht war, hieß in der DDR Staatsraison. Die DDR sah sich nicht als Unrechtsstaat.

Wer allerdings dieser Diktatur nachtrauert, dem ist nicht zu helfen. Wer die Vorzüge einer Demokratie nutzt, sie aber eigentlich abschaffen möchte, ist unanständig. Die größten Feinde einer Demokratie leben in ihr.

Die AfD wird zunehmend dem ersten Wort ihres Parteiamens gerecht und zu einer Alternative für die Unzufriedenen. Mit 18 Prozent liegt sie aktuell fast gleichauf mit der SPD (19%), deutlich vor den Grünen (16%) und mit weitem Abstand vor FDP (6%) und Linken (5%) und nur noch zehn Punkte von der Union entfernt.

Nur noch 41 Prozent finden, dass die Bundesregierung ihre Arbeit gut macht, vor einem Jahr waren es noch 61 Prozent. 54 Prozent beurteilen das, was die Ampel veranstaltet, als schlecht. Nicht nur beim Thema Heizen hat die Bundesregierung ein Kommunikationsproblem. Das Herumgeeiere beim „**Energieeffizienzgesetz**“, der Streit zwischen Grünen und FDP, bei dem mal wieder der Kanzler eingreifen musste, lässt die Bevölkerung ratlos zurück.

Der **EU-Asylkompromiss** wurde bei den Grünen in dieser Woche weiter heftig diskutiert. Der Riss geht nicht nur durch den Bundesvorstand der Partei. Von der sichtbaren Schwäche der Koalition profitiert allein die AfD. Nur 26 Prozent der beim **ZDF-Politbarometer** befragten Menschen glauben, dass CDU/CSU es besser machen würden, 21 Prozent sagen schlechter und 49 Prozent meinen, dass es keinen Unterschied macht. Das sind ziemlich trübe Aussichten zum Wochenende, analog zum heutigen Wetter.



Heiß diskutiert wurde in dieser Woche auch die **Ge-genoffensive der Ukraine** zur Befreiung der von Russland besetzten Landesteile. Verständlich, dass die Ukraine ihr Land zurückhaben will und 47 Prozent glauben, dass das gelingen wird (39% sagen Nein). Die Frage muss aber erlaubt sein, ob es nicht sinnvoller ist, alle Kraft in die Abwehr des Angriffs zu stecken, als selbst anzugreifen. Erst, wenn Putin merkt, dass er sein Ziel, die Ukraine zu vernichten, um dann Herr über die Trümmer zu sein, kein Stück mehr näherkommt, wird er wegen Erfolglosigkeit aufgeben.

Der Krieg geht vorerst weiter und die freie westliche Welt stützt die Ukraine bei ihrem Kampf um Unabhängigkeit. Wie involviert wir sind, zeigt, dass unser Verteidigungsminister **Boris Pistorius** erneut die Liste der zehn wichtigsten Politiker des Landes anführt. 32 Prozent wünschen sich eine stärkere Unterstützung der Ukraine, 40 wollen, dass es so bleibt und 21 Prozent plädieren für weniger Hilfe. Den immer wieder geforderten diplomatischen Bemühungen geben 81 Prozent keine Chance.

Das komplette ZDF-Politbarometer unter:

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-projektion-afd-fluechtlinge-100.html?slide=FAQ1>

Was noch?

Für Rammstein-Frontmann **Till Lindemann** wird es immer ungemütlicher. Seine Anwälte bestreiten die Vorwürfe und es gilt die Unschuldsvermutung. Zum Thema Rammstein empfehlen wir „extra 3“ vom 15. Juni.

https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/extra_3/rueckschau/extra-3-vom-15062023,extradreisendung414.html

Eine Studie machte in dieser Woche Schlagzeilen. Jeder dritte Mann zwischen 18 und 35 würde demnach **Gewalt gegen Frauen** befürworten. Unter dem alt bewährten pädagogischen Motto: „Ein kleiner Schlag auf den Hinterkopf hat noch niemand geschadet.“ Da aber nicht sein kann, was nicht sein darf, dauerte es nicht lange, und die Studie wurde in Zweifel gezogen. Sie sei nicht repräsentativ. Zu dem Thema wurden allerdings nicht Frauen befragt, die sich vor ihren Männern in Frauenhäusern verstecken. Ihre blauen Flecken sind lediglich ein Versehen beim Schminken. Und ja, natürlich verprügeln Frauen auch ihre Männer. So viel Gleichberechtigung muss sein. Gewalt gehört zum Alltag. Es ist ein Erziehungsproblem. Nur wenn Kindern rechtzeitig beigebracht wird, dass Gewalt keine Probleme löst, sondern sie verschärft,

könnte sich etwas verbessern. Das ist allerdings ein ziemlich erfolgloses Langzeitprojekt. Dennoch sollte man es versuchen.

Wo bleibt das Positive?



Foto: Stromnetz Berlin

In Mahlsdorf gibt es am Ullrichplatz ein **Sandmann-Denkmal**. Jetzt gibt es rund um den Platz drei neue Motive mit dem Sandmann, und zwar an Stromkästen. Mehrfach berichteten wir über das Stromkastenstyling der Stromnetz Berlin GmbH. 8.500 von 17.500 Kästen sind bereits mit bunten Motiven bemalt worden.

Berlins neue Bildungssenatorin **Katharina Günther-Wünsch**, **Claudia Rathfux** (Prokuristin bei Stromnetz Berlin) und Marzahn-Hellersdorf-Bezirksbürgermeisterin **Nadja Zivkovic** (v.l.n.r.) haben die neuen Stromkästen eingeweiht.



Foto: Ed Koch

Klassikbegeisterte können wieder als Juroren kostenlos an Konzerten von **Young Euro Classic** teilnehmen und über den Europäischen Kompositionspreis 2023 mitentscheiden. Interessierte, musikbegeisterte Personen können sich für die Teilnahme an



der diesjährigen **Publikumsjury** bewerben: vom 15. Juni bis 5. Juli telefonisch unter 030 – 88 47 139 30 (werktags von 09:30 bis 17:00 Uhr). Musikalische Vorkenntnisse sind nicht notwendig; lediglich Neugier, Zeit und Freude an Ungehörtem sollten die Bewerberinnen und Bewerber mitbringen! Die Mitglieder der Jury werden über ein Losverfahren ausgewählt.

Das internationale Jugendorchesterfestival Young Euro Classic findet in dieser Saison vom **4. bis 27. August** wieder im Konzerthaus Berlin statt. Und auch in diesem Jahr wird der mit 5.000 € dotierte Europäische Kompositionspreis vom Regierenden Bürgermeister Berlins, **Kai Wegner**, ausgelobt. Prämiiert wird die beste auf dem Festival präsentierte Uraufführung oder Deutsche Erstaufführung.

Alle Informationen unter www.young-euro-classic.de

Und zum Schluss die beliebte Serie: „**Unterwegs mit der Deutschen Bahn.**“ Kürzlich habe ich in einem DHL-Shop ein Päckchen zur Beförderung nach **Porta Westfalica** abgegeben. Nicht ganz von der Richtigkeit seiner Frage überzeugt, sagte der nette Herr hinter dem Schalter: „*Geht ins Ausland?!*“ Da fiel mir doch gleich das berühmte Zitat, leicht abgewandelt, ein: „*Mailand oder Porta Westfalica. Hauptsache Italien.*“ Italien ist nicht ganz falsch, denn Porta Westfalica entstammt dem Italienischen und heißt Westfälische Pforte. Die 37.000 Einwohner-Stadt liegt im nordöstlichen Nordrhein-Westfalen, in der Region Ostwestfalen-Lippe zwischen Minden und Bielefeld, einer Stadt, die es wirklich gibt.

Seit Mai 2022 lenkt die Grünen-Politikerin **Anke Grotjohann** die Geschicke der Stadt. „*Wer mich kennt, weiß, dass ich eine ‚Jecke‘ bin. Meine Familie und ich sind im Portaner Karnevalsverein ‚Grün-Rote-Bütt Hainholz Porta Westfalica e.V.‘ aktiv. 2017/2018 war ich sogar Prinzessin und in der Funktion im Landtag in Düsseldorf. Ein Highlight!*“ Und warum erzähle ich Ihnen das? Weil ich nicht nur gelegentlich Päckchen dorthin sende, sondern auch mich selbst, um Freunde zu besuchen. Ein gemütliches Städtchen, ruhig und beschaulich und vor allem mit sauberer Luft. Ideal als Altersruhesitz. Jetzt muss ich nur noch bei der ARD- oder ZDF-Fernsehlotterie gewinnen und ab geht’s an die Weser.

Apropos ab geht’s. Ich hatte mir zwei Regionalbahnen rausgesucht, mit denen ich vom Südkreuz zum Hauptbahnhof kommen könnte, um dort den Zug nach Hannover zu erreichen. Der erste RE fiel aus.

Der zweite hatte eine deutliche Verspätung. Also: Kurz entschlossen in den ICE nach Hamburg ein- und am Hauptbahnhof ausgestiegen. Zug nach Hannover pünktlich, allerdings dauert die Fahrt jetzt eine Stunde länger, weil die Gleise erneuert werden. Magdeburg statt Wolfsburg. Von Hannover bis Porta per Regionalzug. Alles pünktlich fast auf die Minute.



Über Porta Westfalica thront das Kaiser-Wilhelm-Denkmal einschließlich eines Restaurants mit Ausblick.



Foto: Wikimedia

Wunderschön gelegen, das Städtchen Porta Westfalica. In NRW gibt es viele Privatbahnen. Neben DB Regio auch den National Express, der mich weiter nach Düsseldorf bringen sollte. Um es für die zweieinhalb Stunden etwas bequemer haben zu wollen, erkundigte ich mich nach der 1. Klasse. Auch nach zehn Minuten konnte die Frage von der Bahngesellschaft nicht beantwortet werden. Sie gibt es, wie ich herausfand. Was ich in **Düsseldorf** wollte, erfahren Sie noch heute in einem weiteren Newsletter.

Rückfahrt am Freitag nach Berlin. Der Zug fällt aus. Es gibt Ersatz zur selben Zeit. Fünf Minuten Verspätung. Dann Stopp am Bahnhof Flughafen. Betrunkene Menschen befänden sich im Gleisbett. Die Bundespolizei schaut nach. Letztlich kamen wir in Berlin 40 Minuten später an. Das geht. Unterwegs wurden übrigens von einem Teil des Doppelzuges, der überfüllt war, Passagiere in den anderen, weniger frequentierten umquartiert. Gelegenheit für eine Raucherpause. Wie lange würde diese dauern? „*So lange, bis ich aufgeraucht habe*“, sagte die Schaffnerin. Ich liebe diesen Bahn-Humor. **Ed Koch**

15) „Stimmung kocht“ – Riesenkrach bei deutschen Grünen wegen Baerbock

15. 06. 2023



Gruppenbild mit Wuchtbrumme | Foto: Wikipedia/Raimond Spekking/CC BY-SA 4.0

Die groß angekündigte „Reform“ des EU-Asylsystems ist bestenfalls ein fauler Kompromiss. Mitgliedstaaten, die keine Asyl Einwanderer aufnehmen wollen, können sich mit 20.000 Euro pro Migranten gewissermaßen freikaufen und Asylverfahren sollen künftig teilweise an den EU-Außengrenzen stattfinden. Sinnvolle Maßnahmen gegen betrügerische, weil von vornherein aussichtslose Asylanträge wie Asylzentren außerhalb Europas wurden hingegen nicht beschlossen.

Obwohl die EU-Innenminister nur kosmetische Korrekturen des Asylwesens beschlossen haben, sind viele bundesdeutsche Grüne verärgert und laden ihren Frust auf Außenministerin Annalena Baerbock ab. „Grünen-Aufstand gegen Baerbock“, titelte die „Bild“-Zeitung. Und weiter: „Die Stimmung bei den Grünen kocht!“ Denn die Außenministerin habe mit ihrer Zustimmung zu strengeren EU-Asylregeln Verabredungen gebrochen und stelle sich gegen grüne Grundwerte.

Das Magazin „Stern“ ließ den ehemaligen grünen Minister Jürgen Trittin zu Wort kommen. Dieser stellte einen Sonderparteitag in den Raum, der die Partei „womöglich über Monate lähmen könnte“. Doch das will er offenbar in Kauf nehmen, schließlich gehe es um „echte grüne DNA“. Trittin stößt sich daran, dass Familien und Kinder, so wie es ursprünglich verabredet gewesen sei, von den Verfahren an den EU-Außengrenzen ausgenommen werden müssen.

Trittin vertritt innerhalb der bundesdeutschen Grünen keinesfalls eine Einzelmeinung. So sagte der grüne EU-Abgeordnete Erik Marquardt, „zur Asylreform in dieser Form ja zu sagen, war ein Fehler“. Und der Bundestagsabgeordnete Julian Pahlke sprach gar von einer „historischen Schande“.

Quelle: [ZURZEIT](#), unser Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) 53,2 Mrd. Euro deutsche Klimahilfe versickerte weltweit in „dubiosen ausländischen“ Kanälen

13. 06. 2023



Bild: GEO

Im Rahmen einer UN-Initiative hat die Bundesregierung von 2015 bis 2021 sogenannte „Klimahilfen“ an andere Staaten in Höhe von 53,2 Milliarden EUR geleistet.

Das Auswärtige Amt, unter der „Führung“ von Ministerin Baerbock hatte dies stolz verkündet. Jedoch tunlichst unerwähnt blieb dabei, dass diese Geldflüsse keinerlei Überprüfung unterliegen.

Aufgedeckt – Geld wird zweckentfremdet

Laut einer Recherche der Nachrichtenagentur [Reuters](#) lasse sich nicht nachvollziehen, wofür die Klima-Hilfsszahlungen Verwendung finden.

Bei manchen Beträgen sei noch nicht einmal der „vorgegebene Klimabezug“ gegeben. Dem Bericht zufolge flossen etwa große Summen in ein Kohlekraftwerk, ein Hotel oder in Schokoladenläden.

Seite E 160 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Dennoch haben diese Länder nicht gegen Regeln verstoßen. Denn es **gebe keine Richtlinien**, die festlegen, wofür das Geld an den Bestimmungsorten ausgegeben werden müsse.

Deutschland gibt 53 Milliarden Euro Klimahilfen an das Ausland. Doch dort investiert man das Geld in Hotels, Schokoladenläden und Kohlekraftwerke.

Ampel plant nun sogar noch mehr zu zahlen

Einmal mehr gegen „jede Vernunft“ planen die Grünen nun jedoch den Klimahilfen-Etat auf zu stocken. Das UN-Klimasekretariat erklärte gegenüber *Reuters*, es sei Sache der Staaten, selbst zu entscheiden, ob sie einheitliche Standards einführen wollten. Deutschland will das offenbar ganz klar nicht, wenn es um das „Klimarettungsnarrativ“ geht.

Dafür soll also der deutsche Etat noch einmal steigen. Die Klima-Staatssekretärin des Auswärtigen Amtes, die bisherige Umweltaktivistin Jennifer Morgan, plant eine deutliche Aufstockung der Klimahilfen für 2024. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) habe dafür bereits seine Zusage gegeben, heißt es aus dem Auswärtigen Amt dazu.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Ampel genehmigt sich selbst „Inflationsausgleichsbonus“ von 3.000 Euro

13. 06. 2023



Bild: Die Zeit Ampel-Koalition im absoluten Umfragetief

In Zeiten von Inflation, Teuerung und schier unleistbarem „Heizungserneuerungswahnsinn“ der Regierenden, leisten sich diese, als Hauptverursacher der katastrophalen wirtschaftlichen Situation Deutschlands und seiner Bürger, so einfach mal auf die „Schnelle“ selbst einen Bonus wegen des „Teuerungsausgleiches“.

Bonus zu gut dotierte Politikergehälter on top

In den sozialen Medien war hierzu ein treffender post mit einem Zitat von Alt-Bundeskanzlers Ludwig Erhard, zum Thema Inflationsgründe zu finden. Hier wäre wohl aktuell schon längstens mal eine Gesetzesanpassung von Nöten.



Einem Medienbericht der *Bild* zu Folge gäbe es Pläne des Innenministeriums, dass das Bundeskabinett unter Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) durch einen entsprechenden Gesetzentwurf eine steuerfreie Inflationsprämie in Höhe von 3.000 EUR erhalten solle.

Der Vorentwurf läge der *Bild*-Zeitung vor. Als dargelegte Notwendigkeit heißt es dazu in dem Papier, „zur Abmilderung der Folgen der gestiegenen Verbraucherpreise.“

Bezug nehmend auf die nun bekannt gewordenen möglichen Zusatzvergütungen für den Kanzler und seine sechzehn Minister heißt es laut [Darlegung der Bild](#), „zur Abmilderung der Folgen der gestiegenen Verbraucherpreise wird Mitgliedern der Bundesregierung für Juni eine einmalige Sonderzahlung von 1.240 EUR, für die Monate Juli 2023 bis Februar 2024 eine Sonderzahlung von monatlich 220 EUR gewährt.“

Bonus ursprünglich für pensionierte Beamte

Zudem plant das Innenministerium laut *Bild*-Informationen, dass „die Inflationsprämie auch auf die pensionierten Beamten übertragen“ wird.

Dazu heißt es, „die Ruheständler sollen sie entsprechend ihrem Ruhegehaltssatz bekommen“.

Ausgangspunkt der möglichen Zusatzregelung ist eine Folge des geltenden Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst.

Seite E 162 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Dieser regelt bis dato, „dass die 2,5 Millionen Beschäftigten beim Bund und in den Kommunen neben einer Tarifierhöhung auch eine steuer- und abgabenfreie Sonderzahlung von 3000 EUR bekommen“, so der *Bild*-Artikel erklärend.

Dabei zeige sich nun jedoch folgende Situation: „normal ist somit, der Tarifabschluss wird eins zu eins auf die Beamten (zum Beispiel in den Stadtverwaltungen und Ministerien) übertragen. Nun liegt jedoch Bild ein Gesetzentwurf aus dem Bundesinnenministerium vor, der nun jedoch regelt, dass auch Kanzler und Minister diesen Extra-Bonus erhalten.

Dafür jedoch muss extra das Ministergesetz, das die Bezahlung der Regierung regelt, geändert werden.“

Zu fünfstelligem Monatsgehalt noch Bonus dazu

Die *Bild* informiert also, dass das [Amtsgehalt](#) von Kanzler Scholz bei rund 21.500 EUR im Monat, das der jeweiligen Minister bei rund 16.800 EUR liegt.

Das Innenministerium informierte demnach darüber, dass der Gesetzentwurf, der sich in der Ressortabstimmung befinden würde, „noch nicht politisch beraten worden“ sei.

Der Präsident vom Bund der Steuerzahler Reiner Holzengel, kommentierte gegenüber *Bild* wie folgt.

„Es liegt immer noch kein Bundeshaushalt für das nächste Jahr vor, weil nicht genug gespart wird. Und jetzt bekommen die Minister die Inflationsprämie? Absolut falsches Signal! Hier sollten der Kanzler und die Kabinettsmitglieder ein Zeichen setzen und verzichten!“



G. U. Neu

@GNeumann11 · Folgen

Obwohl sie verantwortlich sind!
Netzfund:



4:51 vorm. · 11. Juni 2023 aus Deutschland



Nutzer der sozialen Medien kommentierten die Informationen der *Bild* mit einem [Zitat](#) von Ludwig Erhard, deutscher Bundeskanzlers der Jahre 1963 bis 1966.

„Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen.“ (Ludwig Erhard, 1957).“

Obwohl sie verantwortlich sind!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Kalenderwoche 23 - 23.05. bis 11.06.2023. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-04

10. Juni 2023

48. Jahrgang

KW 23

Als wäre das Leid der Menschen in der Ukraine durch den verbrecherischen Angriff des russischen Machthabers Putin nicht schon dramatisch genug, bricht auch noch ein Staudamm und überflutet unzählige Ortschaften. Anstatt sofort einen Waffenstillstand zu verhängen, um die Menschen vor dem Ertrinken zu retten, fliegen den Rettern Putins Kugeln um die Ohren.

Derweil geht die Suche nach den Schuldigen des Staudamm-Bruchs weiter. „Das norwegische seismologische Institut Norsar hat nach eigenen Angaben eine Explosion am ukrainischen Kachowka-Staudamm zum Zeitpunkt seiner Zerstörung festgestellt.“, meldet das **ZDF**. „Wir sind sicher, dass es eine Explosion gab.“, sagt **Ben Dando**, Chef des Instituts Norsar. „Dies würde die allgemeine Annahme bestätigen, dass der Staudamm durch eine bewusste Aktion zerstört wurde - und nicht aufgrund von Schäden durch vorherige Bombardierungen nachgab.“ Und Putins auf Lügen basierte Propagandamaschine behauptet weiterhin, nichts damit zu tun zu haben.

Während es sich die Ukrainer nicht leisten können, vom aufgezwungenen Krieg müde zu werden, wächst diese Müdigkeit in der deutschen Bevölkerung. Nach aktuellen Angaben von **Statista** gehen 37 Prozent der Befragten die Unterstützung der Ukraine zu weit, 43 Prozent halten sie für angemessen und 14 Prozent gehen die Waffenlieferungen nicht weit genug.

Obwohl die Faktenlage eindeutig ist, glauben einer Studie der **Friedrich-Ebert-Stiftung** zufolge, 14 Prozent, dass sich „die westliche Welt gegen Putin verschworen“ hat, „um die eigene Macht auszubauen.“ Nur 41,5 Prozent der Befragten gaben an, der Verschwörungstheorie „überhaupt nicht zuzustimmen.“ Aus derselben Studie geht hervor, dass 48,7 Prozent der Deutschen nach wie vor Vertrauen in unsere Demokratie haben. Nicht zum ersten Mal fällt mir an dieser Stelle der Hinweis an die 51,3 Prozent ein, sich über die Einwanderungsbestimmungen in Nordkorea zu informieren. *Quelle: Frankfurter Rundschau*

Wie wirkt es auf wenig differenziert denkende Menschen, wenn sie am Donnerstag in den Nachrichten erfahren, dass ein 31-jähriger syrischer Asylbewerber in Frankreich mit einem Messer auf Kinder losgegangen ist, wobei sechs von ihnen im Alter von etwa drei Jahren teilweise schwer verletzt wurden, und

einen Tag später ein Kompromiss im europäischen **Asylrecht** verkündet wird, der Menschen aus Syrien weiterhin eine Aufenthaltsmöglichkeit in der EU in Aussicht stellt. Bis Mai haben 35.785 Syrer Asyl in Deutschland beantragt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, alles anständige Menschen, die wir mit ihren Qualifikationen in vielen Bereichen unseres Landes gut gebrauchen können. Nur ein Straffälliger reicht aber aus, um die Ausländerfeindlichkeit anzukurbeln, wovon in Frankreich und Deutschland die rechten Parteien profitieren.

Welche Auswirkungen der Kompromiss haben wird, der vorsieht, dass Menschen aus der Türkei kein Asylrecht bekommen sollen, wird sich noch zeigen. Die Türkei gilt als Musterland der Demokratie, keine Ahnung, warum Menschen von dort weg wollen.

Der Strom der Asylbewerber wird nicht abreißen. West-Europa wird nicht alle aufnehmen können, denn irgendwann gibt es einfach keine freien Plätze mehr. In diesen Kompromiss eine Klausel einzubauen, wonach sich Länder wie Ungarn und Polen mit 20.000 Euro pro nicht aufgenommenen Asylbewerber freikaufen können, ist unwürdig. Wir brauchen wieder einen **Martin Luther**, der der Ablasshandel unterbindet.

Die Grünen sind in der Frage gespalten. Beide Vorsitzenden äußern sich unterschiedlich und **Annalena Baerbock** versucht, ihre Fraktion schriftlich zu beruhigen. Die Grüne Jugend tobt und will man wieder die Koalition sofort beenden. Wie sagte einst der Vordenker der FDP, **Christian Lindner**? „Lieber gar nicht regieren, als schlecht regieren!“ Ja, die Probleme sind komplex und die Zeiten schwierig, und gerade deshalb können wir eine Gurkentruppe wie die jetzige Ampel-Koalition eigentlich nicht gebrauchen. Stets sind sie mehr mit sich selbst, als mit der Lösung von Problemen beschäftigt. Die Union langweilt sich, weil die Oppositionsarbeit innerhalb der Regierung stattfindet.

Was wäre aber die Alternative, wenn sich die Ampel selbst abschaltet? Schwarz-Grün? Wohl kaum. Zwar liegt die Union bei rund 30 Prozent in den Umfragen, die Grünen hingegen schwächeln zwischen 13 und 15 Prozent, das würde für eine Koalition nicht reichen. Die FDP eiert um die fünf Prozent herum und SPD und AfD streiten sich um Platz Zwei. In einer aktuellen Online-Umfrage von **Yougov** liegt die SPD bei 19 und die AfD bei 20 Prozent.

In dieser Phase unterschrieb Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** ein Gesetz, das den



Bundestag verkleinern soll. Guter Gedanke. Dass dabei die **Grundmandatsklausel** wegfällt, die vorsah, dass eine Partei, die weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen, aber drei Direktmandate errang, trotzdem in Fraktionsstärke in den Bundestag einziehen darf, ist ein Schlag vor allem gegen die Linke, die davon bislang am meisten profitierte. Mit 4,9 Prozent stellt die Linke derzeit 39 Abgeordnete.

Viel entscheidender ist allerdings der Punkt, dass nach Wegfall der Überhang- und Ausgleichsmandate, deren Regelung ohnehin nur Insider verstanden haben, **nicht jeder, der seinen Wahlkreis direkt gewonnen hat, auch das Ticket für den Bundestag erhält.** Das ist problematisch. Man darf gespannt sein, wie das Bundesverfassungsgericht diesen Passus bewertet. Man mag sich nicht vorstellen, wenn bei der nächsten Bundestagswahl 2025 ein AfD-Abgeordneter seinen Wahlkreis direkt gewinnt, aber kein Mandat für den Bundestag. 2024 könnte die AfD in Brandenburg, Sachsen und Thüringen stärkste Partei werden. Wie will man dann verhindern, dass es einen Parlamentspräsidenten mit AfD-Parteibuch gibt?

Man kommt beim Wochenrückblick natürlich nicht an **Rammstein** vorbei. Mit der Band und ihrer Musik habe ich mich nie befasst, kann dazu also nichts sagen. Unbestritten ist, dass die Fans von Rammstein Stadien füllen, mehrfach hintereinander. Am 15., 16. und 18. Juli (Montag ist Ruhetag) Olympiastadion. Die Rammstein-Ticket-Seite ist derzeit nicht erreichbar, offenbar ausverkauft. Die Aufregung über die angeblichen sexuellen Eskapaden des Sängers sind, wie in vergleichbaren Fällen, ziemlich heuchlerisch. **Geradezu niedlich ist die Verfügung von Berlins Innensenatorin Iris Spranger, die Aftershow-Partys zu verbieten.** Und die erste Reihe, aus der junge Frauen rekrutiert wurden, um dem Sänger einen Pausensnack zu verabreichen, soll es auch nicht mehr geben. Was wird sich ändern? In Bayern wollen sich Frauen Rammstein-Tattoos überstechen lassen. Großartig.

Damit wir uns nicht missverstehen. Wenn sich die Vorwürfe erhärten, was für ein Bild, kann man nur mit Abscheu auf **Till Lindemann** schauen. Bis dahin gilt natürlich die Unschuldsumutung, wofür Medienanwalt **Prof. Dr. Christian Schertz** schon sorgen wird. Vertreiben wir mal kurz diese ganzen ekelhaften Bilder aus dem Kopf, was hinter der Bühne alles passiert sein soll, und stellen uns eine einfache Frage: **Warum? Warum lassen sich junge Frauen vor die Bühne stellen und zur anschließenden Aftershow-Party einladen?** Gibt es überhaupt nicht ein

Fünkchen Misstrauen? Hat man im Laufe der letzten Jahrzehnte nicht von allen möglichen Bands gelernt, dass – nicht alle – ihre Scouts losschicken, um für weibliche Gesellschaft zu sorgen? Die Rockmusiker werden sicherlich bei der After-Show-Party den anwesenden jungen Frauen nicht ihre Schallplatten-sammlung zeigen.

Was Herrn Lindemann vorgeworfen wird, ist vielen anderen, was die Sache nicht besser macht, auch vorzuwerfen. Mich überrascht immer wieder, wie empört plötzlich die Medien und die Öffentlichkeit reagieren. Ende der 1960er Jahre bin ich als „Manager“ mit ein paar Amateurbands durch die Berliner Jugendclubs gezogen und habe sehr schnell mitbekommen, wie es läuft. **Wenn Du möglichst rasch Kontakt zu einer Frau bekommen willst, spiele Gitarre, singe ein paar Lieder und stelle Dich mit einer Band auf eine Bühne.** Die Angebote lassen nicht lange auf sich warten.

Um es für den zartbesaiteten Teil der Leserschaft noch einmal zu unterstreichen. **Frauen, die zu sexuellen Handlungen animiert oder verführt werden, sind die Opfer.** Frau muss allerdings auch in der Lage sein einzuschätzen, ob die Einladung zu einer After-Show-Party nicht vergiftet sein könnte.

Apropos vergiftet. Haben Sie in dieser Woche die Pressekonferenz von **Claus Weselsky**, dem Chef der Lokführergewerkschaft **GDL** gesehen? Dass man als Gewerkschafter den Arbeitgeber Deutsche Bahn nicht lieben muss, versteht sich von selbst. Muss man ihn aber gleich hassen? 3.500 Führungskräfte der DB schaufeln sich die Taschen voll, während die Schichtarbeiter auf der Lok abgespeist werden. Vielleicht stimmt der Vorwurf.

Die **Deutsche Bahn** ist ein weltweit operierender Konzern, in dem es nicht nur um Bahnfahren geht. Weselsky listete auf, was alles dazugehört und was die DB meint zu können. Bloß eben nicht Bahnfahren, merkt der Gewerkschafter an.

Noch gibt es keine Einigung zwischen der großen Bahngewerkschaft **EVG** (185.000 Mitglieder) und der **DB**, da taucht mal wieder Weselsky auf, der das Land schon mehrfach in Angst und Schrecken versetzt hat. Die Forderungen der **GDL** (40.000 Mitglieder) sind nachvollziehbar, 35 Stunden-Woche, mehr Geld, besserer Ausgleich für Schichtarbeit. **Sensationell sind aber nicht diese Forderungen, sondern eine unglaubliche Kampfansage an den DB-Konzern.** Weselsky will, dass so viele Lokführer wie möglich, bei der DB kündigen und eine neue Anstellung bei einer



Genossenschaft mit dem Namen „**Fair Train e.G.**“ anstreben. Gegründet wurde die Genossenschaft von GDL-Mitgliedern unter Führung von Claus Weselsky. „Die Eisenbahner nehmen ihr Schicksal in Zukunft schrittweise in die eigenen Hände“, sagte der Gewerkschaftsboss in der Pressekonferenz. Nur GDL-Mitglieder können Anteile an der Genossenschaft erwerben. Der Plan: Die genossenschaftlichen Lokführer werden dann an die Bahn „vermietet“, allerdings zu Konditionen, die die Bahn derzeit nicht bereit ist, für ihre Lokführer aufzuwenden. Die aus dem Geschäft resultierenden Gewinne sollen den Genossenschaftsmitgliedern selbst zugutekommen, „anstatt zuzuschauen, wie sich die Vorstände der DB AG die Taschen füllen.“

Wir dürfen gespannt sein, ob sich dieser kühne Plan überhaupt umsetzen lässt. Schließlich müssten die Lokführer ihren sicheren Job bei der Bahn aufgeben. Der Kampf GDL vs. DB geht in die nächste Runde. Bleibt zu hoffen, dass er nicht wieder auf dem Rücken der Reisenden ausgetragen wird. *Quelle: ARD*

Apropos Reisende. Ich habe mit der DB alles erlebt, was man so erleben kann: Verspätungen, Zugausfälle, geschlossene WCs, kein Kaffee im Zugbistro oder nur Kaffee, dafür nichts zu Essen. Aber: In den meisten Fällen meiner Reisen hat alles funktioniert, wie in dieser Woche mal wieder auf dem Weg nach **Hamburg**. 08:27 Uhr Abfahrt pünktlich Südkreuz. Ankunft 10:40 statt 10:38 Uhr in Altona, also auch pünktlich. Rückfahrt am nächsten Tag 08:18 Uhr Altona pünktlich, 10:34 Uhr Ankunft Südkreuz auch pünktlich. So erlebe ich es in acht von zehn Fahrten.



Da geht einem, mir zumindest, das Herz auf, wenn der ICE an der Binnenalster mit Blick auf den Jungfernstieg vorbeifährt. Dass sich die Wagenreihung mal wieder geändert hat, nimmt man in Kauf. Es hat keinen Sinn, explizit bei der Platzwahl einen anzuklicken, der in Fahrtrichtung zeigt, weil irgendwer, aus welchem Grunde auch immer, den kompletten Zug einfach mal wieder umgedreht hat. Aber: Der **DB Navigator** meldet sich rechtzeitig und informiert darüber, in welchem Abschnitt sich der Wagen auf

dem Bahnsteig befindet, und auf welchem Platz man sitzt. Das Ticket kann man getrost in der Tasche lassen, denn „*Comfort-Check-In*“ ist möglich. Der Schaffner geht wortlos an einem vorbei, ohne seine Datumszange in den Fahrschein zu stempeln.

Nachdem die Gleise auf der Strecke **Hannover-Berlin** erneuert wurden, ist jetzt die umgekehrte Richtung an der Reihe. Also nicht mehr über Stendal und Wolfsburg, sondern über Magdeburg und Braunschweig. Dauert eine Stunde länger. Natürlich bekommt man einen Schreck, wenn einem die Bahn mitteilt, dass die vor längerer Zeit gebuchte Verbindung nicht stattfindet. Aber: Sofort werden Alternativen angezeigt. Die Zugbindung wird aufgehoben, man muss nur einen Platz in dem Alternativzug buchen, der zur ursprünglich geplanten Zeit in Hannover ankommt, aber eben eine Stunde früher am Hauptbahnhof losfährt. Alles verstanden? Ich hoffe, es besser erklärt zu haben als **Edmund Stoiber** in seiner legendären Transrapid-Rede. Immer wieder gern anzuhören_

www.youtube.com/watch?v=f7TboWvVERU

Was ich sagen will, ist: die Bahn ist bei weitem nicht so schlecht wie ihr Ruf. Der überwiegende Teil der Züge erreicht pünktlich sein Ziel. Auf Strecken zum Beispiel nach Hamburg oder Leipzig ist die Bahn gegenüber dem Auto unschlagbar.

Apropos unschlagbar.



Dieses wunderschöne Krabbenbrötchen kostet an den Landungsbrücken in Hamburg 9,90 Euro, Salatblatt inklusive, aber keine Butter. Ein Luxus, den man sich nicht alle Tage gönnen kann. Zum Glück ist alles begründbar: Inflationsrate (von rund zehn auf sechs Prozent zurückgegangen), Corona (nicht mehr



akut), Energiekosten (normalisieren sich), Fachkräftemangel. Ja, an dem wird's liegen, dass das Krabbenbrötchen fast zehn Euro kostet.



Apropos Fachkräfte. Für knapp zehn Euro bekommt man auch einen großen Eisbecher bei **Giovanni L.** im **Mercado-Center** in Altona. Statt Fachkraft kommt ein fahrbarer Service-Computer, der sprechen und lächeln kann. Nur abkassieren kommt noch eine menschliche Kollegin.



Immer wieder schön sind die kleinen Geschichten, die man beim Spaziergang an den Landungsbrücken mitbekommt. Der Weg ist benannt nach einem der beliebtesten Hamburger, **Jan-Fedder-Promenade**. Ein Lehrer erklärt seinen Schülern, die noch nie etwas vom Großstadtrevier gehört haben, wer **Jan Fedder** war. Ein vorbeilaufendes Ehepaar sinniert zum Namen Fedder vor sich hin und sie schaut ihn fragend an: **Helga Feddersen?**

Auch wenn man schon viele **Hafenrundfahrten** mitgemacht hat, es lohnt sich immer wieder. An den Landungsbrücken warten die Barkassen auf ihre Kunden. Etwas abseits, vor dem Feuerschiff-Restaurant gelegen, steht ein kleiner grüner Seelenverkäufer, der einen für 22 Euro eine Stunde lang durch die engsten Flote schippert und ganz dicht an den Ozeanriesen vorbeischwimmt. Infos unter:

<https://barkassen-centrale.de/de/grosse-hafen-rundfahrt.html>



Ich bin ein großer Freund von **Sackbahnhöfen**. Der Leipziger ist wohl einer der schönsten, einschließlich der Umgebung Mitten in der Altstadt. Der Hamburger Hauptbahnhof ist einer der hässlichsten, einschließlich Umgebung, den ich kenne. Aber zum Glück gibt es den Sackbahnhof Altona. Nun, die direkte Umgebung lädt auch nicht gerade zum Verweilen ein, aber nur ein paar Meter weiter, die Ottenser Hauptstraße entlang, wird's richtig gemütlich. Viele kleine Geschäfte und Restaurants warten auf ihre Kunden. Am Spritzenplatz befindet sich das **Ristorante Cosmos** mit leckerem italienischen Essen. Reservierung im Voraus dringend empfohlen.

Aber, die Stunden meines Lieblingsbahnhofs sind gezählt. Für 550 Millionen Euro sollen auf der fast 20 Fußballfelder großen Fläche des bisherigen Bahnhofs Altona 1.900 Wohnungen und ein Park entstehen. Im 2,5 km entfernten Diebsteich soll bis 2027 der neue Fernbahnhof Altona entstehen, allerdings wird es dann kein Sackbahnhof mehr sein.



Der Frühstücksraum des **Intercity Hotels Altona** befindet sich direkt neben den Gleisen, wo der Zug nach Berlin immer schon rechtzeitig bereitsteht, so dass man viel Zeit zum Einsteigen und Platzsuchen hat. Einen besseren Standort für ein Hotel gibt es nicht. Nicht nur wegen des Frühstücksbuffets lohnt sich hier der Aufenthalt. Wenn Hamburg, dann für mich immer Intercity Hotel Altona.

Ed Koch
(auch Fotos)

19) Dresden: Kosten für Migration treiben Stadt in finanziellen Ruin

10. 06. 2023



DRESDEN – Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP), hat vor den hohen Kosten gewarnt, die durch die Aufnahme von Asylbewerbern entstehen. Die Ausgaben für Asylbewerber haben zu einem erheblichen Defizit im aktuellen Haushalt geführt, mit Mehrkosten, die bereits 200 Millionen Euro übersteigen.

Trotz der finanziellen Unterstützung des Bundes bleibt eine erhebliche Finanzierungslücke. Die steigenden Betriebskosten in Schulen und Kitas sowie Investitionen in Neubauten und der Kauf von Sozialwohnungen verschärfen das Problem zusätzlich.

Es ist ziemlich deutlich, dass die aktuelle Situation in Dresden ein trauriges Beispiel dafür ist, wie eine überlastete und schlecht verwaltete Migrationspolitik ganze Städte an den Rand des finanziellen Ruins bringen kann. Oberbürgermeister Hilberts Warnung ist ein Weckruf, der auf ernsthafte strukturelle und systemische Mängel in der aktuellen Asylpolitik hinweist.

Die Tatsache, dass die Bundesregierung nicht genug finanzielle Unterstützung leistet, um den Städten und Gemeinden, die mit den direkten Konsequenzen ihrer Migrationspolitik umgehen müssen, unter die Arme zu greifen, ist ein weiterer Beweis dafür, dass die derzeitige Politik unhaltbar ist. Wenn sogar die geplanten Milliardenhilfen des Bundes für die Länder nur einen „Tropfen auf den heißen Stein“ darstellen, muss man sich fragen, ob die zugrundeliegende Politik nachhaltig ist.

Es ist traurig, dass Städte wie Dresden, die bereits mit wachsenden Kosten für Schulen, Kitas und Sozialwohnungen zu kämpfen haben, nun auch noch mit den zusätzlichen Kosten für die Unterbringung von Migranten belastet sind. Dies führt zu einer Situation, in der sie in

ihren eigenen Haushalten massive Kürzungen vornehmen müssen, was unweigerlich zu einem Abbau öffentlicher Dienstleistungen führt und die Lebensqualität ihrer Bürger beeinträchtigt.

Die aktuelle Situation in Dresden ist ein klarer Beweis dafür, dass eine Überprüfung und mögliche Neugestaltung der Asyl- und Migrationspolitik dringend notwendig sind.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [ZURZEIT](#) unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Evangelischer Kirchentag in Nürnberg: Christen in der AfD informieren trotz Ausgrenzung

10. 06. 2023



Joachim Kuhs, der Vorsitzender der „Christen in der AfD“ (hier mit seiner Frau) Foto: Joachim Kuhs

Der eingetragene Verein „Christen in der AfD“ veranstaltet am Freitag und Samstag in unmittelbarer Nähe zum Evangelischen Kirchentag in Nürnberg einen Informationsstand. Der evangelische Sprecher der ChrAfD Joachim Kuhs, MdEP, begründet dies wie folgt:

„Trotz der Absage der Veranstalter für einen Stand auf dem Kirchentag, war es uns ein Anliegen, den Christen und allen Menschen, denen ein christliches Zeugnis wichtig ist, einen Anlaufpunkt zu geben, wo sie sich über unsere Vereinigung und über unsere Arbeit ungehindert informieren können. Dass auch Lebensschutzgruppen wie ALFA und Kaleb von einer Teilnahme ausgeschlossen wurden, ist eine veritable Schande und ein Indiz für den

Seite E 170 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

wahren Zustand der Evangelischen Kirche. Da wir als ChrAfD ebenfalls dem Schutz des Lebens in besonderer Weise verpflichtet sind, ist uns diese gemeinsame Erfahrung der Ablehnung weiterer Ansporn, unseren Dienst am Bürger und für alle Christen fortzusetzen.“

Spiritualität suchte man auf dem Kirchentag allerdings vergeblich. Dafür war von „Angriffskrieg“, „Klimaschutz“ und „notwendigen Beschränkungen“, die Rede. Auch Frank-Walter Steinmeier und selbst Robert Habeck kamen dort zu Wort. Der grüne Minister wurde geradezu bejubelt, den Vogel schoss allerdings der Bundespräsident ab, als er im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg von „Zeit für Waffen“ sprach.

Die christlichen Religionsgemeinschaften in D und Ö dürfen sich bei Gott nicht wundern, dass ihnen die Gläubigen scharenweise davonlaufen. Das Verhalten, insbesondere der Evangelischen Kirche, war schon immer ein Anbieten an die jeweils aktuellen Machthaber, egal ob seinerzeit bei den Nazis, oder heute bei den Kreisen, denen das Christentum ein Dorn im Auge ist und denen die Islamisierung unserer Heimat nicht schnell genug voranschreiten kann.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Linksfaschistischer Vorstoß: Verbot der Alternative für Deutschland? Ansichten eines Mitglieds

Von SVEN KORTE

09. 06. 2023



Mittwoch verkündete das ‚Deutsche Institut für Menschenrechte‘ (DIMR), dass das Institut die Voraussetzungen für ein Verbot der Alternative für Deutschland als gegeben ansehe.

Die Alternative sei in ihrer Programmatik eine „rechtsextreme Partei“, die sich die Abschaffung der im Grundgesetz verbrieften Garantie der Menschenwürde zum Ziel gemacht habe und eine relevante Gefahr für die Demokratie darstelle, urteilte das DIMR.

Man muss nicht erst groß darauf eingehen, dass diese Ankündigung zu breitem Jubel in den Reihen der linksgrünwoken Politik und der ebenso einstellten Journalisten führte.

AfD inzwischen zweitstärkste Partei in Deutschland

Dass die Verlautbarung durch das DIMR genau zu dem Zeitpunkt erscheint, an dem sich die Alternative anschickt, Umfragewerte von 20% zu erreichen, ist schon ein erstaunlicher ... Zufall. Ebenso zufällig erfolgt diese Verlautbarung zu einem Zeitpunkt, an dem linksextremistische Gewalttäter nicht nur lächerlich geringe Haftstrafen für versuchten Mord erhalten, sondern trotz Urteil als freie Leute aus dem Gerichtssaal spazieren dürfen – weil der Richter ihnen die korrekte „Haltung“ bescheinigt und weitere Linksextreme geschworen hatten, ganze Städte niederzubrennen, sollte es zu einer Verurteilung kommen. Und trotz des milden Urteils wurden zahlreiche Städte verwüstet und unzählige Polizeibeamte durch diese Intensiv-Straftäter verletzt. Den Medien war das allerdings kaum ein Bericht wert, man erging sich lieber darin, den Behörden „Polizeigewalt“ zu unterstellen ... Dies aber nur am Rande.

Sehen wir uns mal kurz das Deutsche Institut für Menschenrechte an, dass ja nun ein Verbot der Alternative für Deutschland fordert. Rein formell gesehen mag das DIMR zwar parteiunabhängig erscheinen, jedoch wird es aus dem Haushalt des Deutschen Bundestags finanziert.

Gekaufte „Menschenrechtler“

Nüchtern betrachtet muss man also festhalten, dass das Institut alles andere als unabhängig und neutral sein kann, denn es erhält für seine Arbeit finanzielle Mittel von den Altparteien.

Zynisch betrachtet könnten man anmerken, dass der Bundestag das DIMR für ein Gutachten bezahlt hat, dass die AfD als Gefahr für die Demokratie darstellt und das zu einem Zeitpunkt, an dem deren Umfragewerte ein nie gekanntes Hoch erreichen.

Ja, das sind schon erstaunliche „Zufälle“ ...

Aber es wird noch besser, denn im Kuratorium des DIMR sitzt Frau Annette Kahane. Die problematische Vergangenheit der Dame [ist weithin bekannt](#).

PP hat immer wieder auf ihre verhängnisvollen Aussagen und Aktionen aufmerksam gemacht: philosophia-perennis.com/?s=kahane

Nun, wenn das mal nicht für eine völlig unabhängige und neutrale Bewertung der Alternative für Deutschland durch das DIMR spricht ...

Was aber genau hat nun das Deutsche Institut für Menschenrechte nun an der Alternative auszusetzen?

Seite E 172 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Das DIMR behauptet, dass die AfD die Garantie der Menschenwürde abschaffen wolle. Das stehe zwar so nicht im Parteiprogramm, sei aber ein logischer Schluss, so das Institut.

Ähm, Verzeihung?

Das DIMR führt als einen der Hauptgründe für ein AfD-Verbot Dinge an, die so gar nicht in unserem Parteiprogramm stehen, sondern die sie nur aus dem, was dort steht, schließen?

Ein Haufen linkischer Vorurteile ohne realen Hintergrund

Wenn man sich den ganzen, 70 Seiten langen Bericht zu Gemüte führt, dann geht es in genau diesem Stil weiter. Konkrete Beispiele für ihre Behauptungen, dass die AfD nicht nur die Garantie der Menschenwürde, sondern auch die freiheitlich-demokratische Grundordnung abschaffen will, liefert die Untersuchung des DIMR nicht, man zieht nur „Rückschlüsse“ aus einigen Textstellen der Parteiprogramme der letzten Jahre, die man dann nach eigenem Gutdünken auslegt und in eigenem Sinne kommentiert.

Sehen wir doch mal kurz in die Präambel unsres Grundgesetzes: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte deutsche Volk.“

Das ist der wörtliche Text unseres Grundgesetzes und darauf bezieht sich die Alternative für Deutschland in ihren Parteiprogrammen. Eine klareres Bekenntnis zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist nicht mehr möglich und genau das wird uns nun als „völkisch“ vorgehalten? Das DIMR lässt es in seinen Ausführungen so aussehen, als wäre der Begriff „Volk“ für sich alleine genommen schon ein Beleg für eine „rechtsextreme“ Gesinnung, dabei steht es genauso in unserem Grundgesetz. Ist unser Grundgesetz, auf dem alle relevanten Werte unseres Landes basieren – Werte wie Menschenwürde, Freiheitsrechte, Meinungs-, Religions- und Versammlungsfreiheit, usw. -, nun plötzlich auch „rechtsextrem“, nur weil sich die Alternative für Deutschland in ihrem Parteiprogrammen darauf bezieht?

Wer sind die eigentlichen Feinde der Menschenrechte?

Wenn wir kurz an die Zeit der Corona-Maßnahmen zurückdenken, wo genau diese Grundrechte plötzlich nicht mal mehr das Papier wert waren, auf dem die geschrieben standen, könnte man tatsächlich zu dem Schluss kommen, dass die Altparteien solche Werte als „rechts“ ansehen ...

Schauen wir einmal in das AfD-Wahlprogramm von 2021, auf das sich das DIMR auch bezogen hat. Dort steht: „Bei der Integration sehen wir Zuwanderer und Personen, denen wir einen vorübergehenden Schutz gewähren, in der Pflicht. Integration gelingt nur, wenn die Regeln, Traditionen und Werte unserer Gesellschaft akzeptiert werden. Unverzichtbar ist der Erwerb der deutschen Sprache.“

Wie ist es möglich, aus diesen Sätzen die Schlussfolgerung zu ziehen, die AfD wolle absolut keine Zuwanderung und jeden, der nicht deutscher Abstammung ist, aus dem Land werfen?

Seite E 173 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die Alternative lehnt Zuwanderung nicht generell ab, wir setzen uns lediglich für eine geregelte Zuwanderung ein; andernfalls würde doch schon das Wort „Integration“ im Wahlprogramm 2021 gar keinen Sinn ergeben. Jedes Land auf diesem Planeten verlangt von Zuwanderern, dass sie sich an die dort geltenden Regeln und Gesetze halten. Nicht mehr und nicht weniger fordert auch die AfD und auch diese Forderung ist absolut verfassungskonform. Das ist kein Verbrechen, das ist die Normalität in der Welt – jedenfalls in der Welt außerhalb von Deutschland, denn hier ist inzwischen so gut wie alles möglich, egal, wie irre es auch sein mag.

Ganz nebenbei: Wir haben in der Alternative sehr viele Menschen mit Migrationshintergrund als Parteimitglieder. Ebenso finden sich in unseren Reihen Muslime und Juden; einige davon sitzen nicht nur in Kreis- und Landtagen, sondern auch im Bundestag und bringen sich dort für unser aller Wohl ein. Traurigerweise werden sie dafür ebenso als „Nazis“ diffamiert, wie unsere blonden, blauäugigen Mitglieder. So viel zum Thema „Toleranz“ bei unserem politischem Gegner ...

Wie bereits erwähnt, umfasst die Ausarbeitung des DIMR 70 Seiten mit einigen wirklich haarsträubenden Schlussfolgerungen, um ein Verbot der Alternative für Deutschland irgendwie zu rechtfertigen; diese alle einzeln zu widerlegen würde zu einem episch langen Artikel führen, deshalb wollen wir es anhand dieser paar Beispiele erst mal gut sein lassen.

Hanebüchener Unsinn

Zusammengefasst kann man sagen, dass das, was das Deutsche Institut für Menschenrechte da über AfD verbreitet, aus rechtlicher Sicht hanebüchener Unsinn ist. Zynisch gesehen ist das Ganze nur platte Propaganda, die direkt aus der Mottenküche der ehemaligen DDR-Führungsriege stammen könnte und streng genommen selbst verfassungswidrig ist. Aber das stört bei dieser Regierung ja ohnehin schon lange niemanden mehr.

Betrachten wir noch kurz einige Schlagworte gegen die AfD, die kürzlich durch die Medien gingen. Die Alternative sei „antidemokratisch, demokratiefeindlich, ausländerfeindlich, autoritär, antisemitisch, wahlweise russland- oder putinfreundlich, rechtspopulistisch, rechtsextrem oder rechtsterroristisch“.

Und das sind nur einige Beispiele aus den letzten paar Tagen!

Als Wähler, Mitglied oder Sympathisant der Alternative für Deutschland kann man sich nur noch an den Kopf fassen und sich fragen, ob das jetzt Realität ist oder alles nur ein böser Traum. Es ist einfach nur unfassbar, wie weit es im Umgang mit rund einem Fünftel der Wähler in unserem Land schon gekommen ist. Auf der einen Seite stellt man uns alle als schwachsinnige Rechtsextreme hin, die so dumm sind, dass ihnen schon der Sabber aus dem Mundwinkel läuft; auf der anderen Seite sollen wir nicht nur das pure böse, sondern auch noch die größte Bedrohung für unser Staats- und Gemeinwesen überhaupt darstellen.

Man stelle sich einmal kurz vor, nur ein AfD-Politiker würde sich einer solchen hasserfüllten Sprache und Rhetorik gegenüber der parteipolitischen Konkurrenz, den Medien oder den Wählern anderer Parteien bedienen – Junge, da wäre was los!

Wenn es aber gegen die Alternative geht, da sind keine Grenzen gesetzt; sogar der Forderung „AfD-Wähler ins Gas!“ wird mit einem gewissen Wohlwollen und mit Nachsicht begegnet, denn dieser Beitrag ist auf Facebook auch nach drei Jahren immer noch nicht gelöscht worden.

Seite E 174 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Wer sich heutzutage eine vom Regierungs-Narrativ abweichende Meinung erlaubt, der ist eben zum Abschuss frei gegeben.

Verbot der AfD wäre Ende der demokratischen Grundordnung in Deutschland

Kommen wir zum Schluss: Ein Verbot der Alternative für Deutschland durch das von den herrschenden Parteien etablierte System, mit seinen angeschlossenen, abhängigen und parteipolitisch besetzten Behörden, – wie etwa dem Verfassungsschutz oder auch dem DIMR -, und Gerichten – siehe das Bundesverfassungsgericht – wäre nicht weniger als das Ende der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland.

Der Wähler, als Souverän und Träger des demokratischen Staates, hätte endgültig ausgedient. Das Volk würde quasi per Federstrich von diesem Parteienstaat entmündigt und abermals eines wesentlichen demokratischen Grundrechts beraubt: Dem Wahlrecht.

Der freien und geheimen Wahl, zu entscheiden, von welcher Partei es mehrheitlich vertreten werden möchte. Damit wäre der allmächtige Parteienstaat endgültig zementiert und unsere Demokratie allenfalls nur noch eine Scheindemokratie, wobei die Anzeichen dafür bereits heute schon zu erkennen sind.

Und niemand soll glauben, mit einem Verbot der AfD wäre es dann vorbei; oh nein, das wäre nur der Anfang. Wenn man diese Grenze erst einmal überschritten hat, gibt es kein Zurück mehr und die Regierung wird dann buchstäblich keine Grenzen mehr kennen. Kritische Medien, in diesem Fall die alternativen Medien, wären logischerweise als nächstes an der Reihe, verboten zu werden. Dann folgen die kritischen Meinungsäußerungen, die man nicht mehr hören möchte. Und ehe man sich versieht, gibt es nur noch eine erlaubte Meinung, eine erlaubte Ansicht, eine erlaubte Einheitspartei. Das hatten wir schon mal und wir sollten daraus gelernt haben.

Eine funktionierende Demokratie erfordert ständige Wachsamkeit und auch Arbeit durch den Wähler. Wenn man eine Demokratie sich selbst überlässt und glaubt, alle paar Jahre einen Zettel in eine Wahlurne zu werfen, reiche aus, während man sich in der Zeit dazwischen gar nicht darum kümmert, der befindet sich im Irrtum. So, wie eine Pflanze gehegt und gepflegt werden muss, so muss auch eine Demokratie gehegt und gepflegt werden, denn sonst wird sie verwahrlosen und irgendwann eingehen.

Diesen Punkt haben wir nun leider erreicht; die demokratie- und freiheitsfeindlichen Kräfte haben sich den Staat zur Beute gemacht und klammheimlich die Gewaltenteilung durch Vernetzung und Gleichschaltung ausgehebelt. Es liegt an jedem von uns, sich dem friedlich und mit allen Mitteln unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entgegenzustellen. Viel Zeit, um noch etwas zu verändern, bleibt uns nicht mehr, denn wir alle spüren jeden einzelnen Tag, wie der Druck auf uns ständig zunimmt.

In der Vergangenheit war es immer so, dass das deutsche Volk erst dann aufwachte, wenn es schon längst zu spät war, um noch etwas zu retten. Mit dieser „Tradition“ sollten wir mal brechen und uns schon etwas früher für unsere Rechte und unsere Interessen engagieren. Passend dazu geht im Netz ein schöner Spruch umher, den ich Ihnen zum Abschluss nicht vorenthalten möchte: „Demokratie ist, wenn das Volk seine Regierung austauscht, weil sie ihm nicht passt. Deutschland ist, wenn die Regierung ihr Volk austauscht, weil es ihr nicht passt.“

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unser Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Bernhard Zimniok (AfD): Entwicklungshilfe an Einhaltung von Rückführungsabkommen knüpfen

08. 06. 2023



Zur von der ID-Fraktion im EU-Parlament beantragten Debatte über externe Asylzentren in Drittstaaten und die Knüpfung von Entwicklungshilfe an die Einhaltung von Rückführungsabkommen äußert sich Bernhard Zimniok, entwicklungspolitischer Sprecher der AfD-Delegation im EU-Parlament, wie folgt:

„Wir haben schon immer gefordert, dass Asylzentren außerhalb der EU in Drittstaaten errichtet werden, um die illegale Migration einzudämmen, das Sterben im Mittelmeer zu beenden, Asylmissbrauch zu bekämpfen und Kosten zu senken. Diese einst unpopuläre Forderung wurde in der Zwischenzeit sogar von dänischen Sozialdemokraten übernommen. Es ist überfällig, dass sie europäischer Standard wird. Diese Praxis muss aber auch beinhalten, dass positiv beschiedene Anträge nicht zur Einreise nach Europa führen dürfen. Tatsächlich Verfolgte müssen in kultur- und sprachnahen Partnerländern untergebracht werden.“

Um Rückführungsprozesse auszuweisender Migranten effizienter zu gestalten, sollte die Entwicklungshilfe an Bedingungen geknüpft werden: Nur die Länder, welche Rückführungsabkommen einhalten, sollten Entwicklungshilfe erhalten. Den Ländern, die die Rücknahme von Landsleuten verweigern, muss nicht nur die Entwicklungshilfe gestrichen werden, es müssen darüber hinaus auch individuelle Sanktionen für die Staatsführung verhängt sowie die Rücküberweisungen blockiert werden.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

23) Kretschmer fordert Migranten-Obergrenze im Grundgesetz

05. 06. 2023



Bild: YouTube

In Sachsen, wo die Volksseele momentan aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen in diesem Jahr, besonders am Kochen ist, meldet sich nun der Ministerpräsident „zu Wort“.

Michael Kretschmer (CDU) beklagt sich in „volksnaher Manier“ über fehlende Aufnahmekapazitäten und Integrationsmöglichkeiten.

Bundesweite Asylobergrenze von 200.000 pro Jahr

Nun fordert also der CDU-Politiker „ganz plötzlich“ die Einführung einer bundesweiten Asyl-Obergrenze.

Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer drängt beim Thema Asyl nun einmal mehr auf konsequentes Handeln von Seiten der Bundesregierung. Freilich könnte man hier „böswillig“ vermuten, dass die jüngst steil ansteigenden Umfragezahlen für die AFD (bundesweit), das ihre dazu beigetragen hatten.

Er machte sich also am 2. Juni für eine jährliche Obergrenze für den Zuzug von Migranten stark.

Gegenüber dem *ZDF* erklärte er, „wir haben in den Jahren 2015 und folgende miteinander einen Konsens erzielt, dass die Grenze irgendwo bei 200.000 Personen ist, die wir hier gut integrieren können.“

Wille „solidarisch“ zu sein ist vorhanden

Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge wurden im vergangenen Jahr rund 244.000 Anträge auf Asyl in Deutschland gestellt.

In diesem Jahr waren es demnach allein bis April mehr als 110.000 Anträge. Bis Ende des Jahres könnten es also deutlich mehr als 300.000 werden. Kretschmer hatte sich dafür ausgesprochen, die Sozialleistungen für Asylsuchende zu kürzen. Von den Parteien der „Ampel-Koalition“ gab es dafür wie nicht anders zu erwarten kein Verständnis.

Kretschmer betonte, „wir wollen solidarisch sein, aber wir kommen an die Grenzen dessen, was möglich ist“.

Halbe Million an „Zustrom“ bis Jahresende

Sachsens Ministerpräsident geht bis Ende des Jahres sogar von 400.000 bis 500.000 Asylanträgen aus. Kretschmer verwies in diesem Zusammenhang auf mangelnde Wohnungen und Deutschkurse. Zudem funktionieren die Integration an den Schulen nicht, sagte Kretschmer.

Die Bundesregierung müsse nun handeln, auch wenn es dazu einer Änderung des Grundgesetzes bedürfe. Er sagte, „und wenn dazu eine Gesetzesänderung notwendig ist, muss man das auch tun“.

Als man da als CDU selbst noch an den „Hebeln“ saß hatte man das offenbar nicht angedacht, was also eine Oppositionsrolle nicht so alles ins „Rollen“ bringen kann.

Um dann freilich als Nachsatz zu bestätigen, „klar sei, Deutschland werde auch in Zukunft ein Land sein, dass Menschen mit Asylanspruch helfen wird“.

Kretschmer sprach sich in Folge auch für eine bessere Sicherung der EU-Außengrenzen aus. Es sei „richtig“, die Asylverfahren an der EU-Außengrenze zu organisieren, sagte er mit Blick auf den Vorstoß von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Deutschland habe bei diesem Thema bisher immer gebremst. „Deutschland muss handeln“, forderte Kretschmer.

Am Donnerstag twitterte er zur dieser Thematik:

„Wir brauchen einen neuen Asylkompromiss. Die letzte große parteiübergreifende Verfassungsänderung ist 30 Jahre her. Die Ministerpräsidenten sind gemeinsam mit der kommunalen Familie wiederholt zu dem Ergebnis gekommen: Es geht so nicht weiter.“



The image shows a screenshot of a tweet from Michael Kretschmer (@MPKretschmer). The tweet text reads: "Wir brauchen einen neuen Asylkompromiss. Die letzte große parteiübergreifende Verfassungsänderung ist 30 Jahre her. Die Ministerpräsidenten sind gemeinsam mit der kommunalen Familie wiederholt zu dem Ergebnis gekommen: Es geht so nicht weiter." Below the text is a link to a news article from saechsische.de with a preview: "Kretschmer verteidigt seine Asyl-Vorschläge nach bu... Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer fordert, die Asylpolitik im Grundgesetz zu ändern un...". The tweet is dated 6:48 vorm. · 1. Juni 2023 and is from Ottendorf-Okrilla, Deutschland. It has 413 likes and 219 replies.

Michael Kretschmer
@MPKretschmer · Folgen

Wir brauchen einen neuen Asylkompromiss. Die letzte große parteiübergreifende Verfassungsänderung ist 30 Jahre her. Die Ministerpräsidenten sind gemeinsam mit der kommunalen Familie wiederholt zu dem Ergebnis gekommen: Es geht so nicht weiter.

saechsische.de
Kretschmer verteidigt seine Asyl-Vorschläge nach bu...
Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer fordert, die Asylpolitik im Grundgesetz zu ändern un...

6:48 vorm. · 1. Juni 2023 aus Ottendorf-Okrilla, Deutschland

413 Antworten Link kopier.

219 Antworten lesen

Im Jahr 2015 hatte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit Blick auf die Aufnahme der Flüchtlinge, die über die sogenannte „Balkanroute“ kamen, erklärt, „wir schaffen das!“

Allein im obig genannten Jahr kamen 890.000 Geflüchtete nach Deutschland. Michael Kretschmer war eben genau damals Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

In der zweiten Hälfte des nächsten Jahres stehen in Sachsen Landtagswahlen an. Laut aktuellen Umfragen liegt die bekannt asylkritische AfD mit 32 Prozent der möglichen Stimmen als stärkste Partei knapp vor Kretschmers CDU mit 31 Prozent.

Apropos, von Abschiebungen der nicht asylberechtigten Zuwanderer war in Kretschmers Ausführungen nichts zu vernehmen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

24) Kalenderwoche 22. – 29.05. bis 04.06.2023. Von Ed Koch



KW 22

Am Pfingstmontag, mit dem die 22ste Kalenderwoche begann, konnten die Ereignisse des vergangenen Wochenendes gedanklich noch einmal aufgearbeitet werden.

Dass Erdogan die Präsidentschaftswahl in der Türkei für sich entschied, war klar. Er entschied sie „für sich“, weil er die Macht und die Möglichkeiten dazu hatte. Wer fast alle Medien unter seine Kontrolle gebracht hat, muss sich vor der Opposition nicht sonderlich fürchten. Allerdings sind 52,14 zu 47,86 Prozent auch nicht gerade ein überwältigendes Ergebnis. Die starke Minderheit macht Hoffnung, einerseits, andererseits wird sich in den nächsten fünf Jahren die Türkei weiter zu einem autokratischen Staat entwickeln, der von einem Größenwahnsinnigen regiert wird.

Es ist erschreckend, dass dieser Mann die Macht hat, beispielsweise Schweden am NATO-Beitritt zu hindern. Sollte er und sein kleiner Bruder im Geiste aus Ungarn dennoch dem Beitritt zustimmen, kann das teuer werden, denn ohne Gegenleistung wird nichts passieren.

Erschreckend ist nicht die richtige Vokabel, wenn man auf die Begeisterung schaut, mit der der „Wahlsieg“ Erdogans in Berlin gefeiert wurde. Autokorsos wie beim Sieg einer Weltmeisterschaft im Sport feiern durch die Stadt. Da feiern seit vielen Jahren in Demokratie und Freiheit hier lebende Menschen einen Mann, der von Demokratie und Freiheit nichts hält, nur weil ihre Vorfahren aus der Türkei nach Deutschland einwanderten und

sie selbst höchstens vier Wochen im Jahr dort Urlaub machen. Diese Autokorsos haben mich angewidert.

Ich kann auch die Vorwürfe nicht mehr hören, was die deutsche Mehrheitsgesellschaft bei der Integration alles falsch gemacht haben soll. Zur Integration gehören immer zwei. Meine langjährige Erfahrung mit türkischen Jugendlichen ist die, dass – von Ausnahmen abgesehen – sie lieber unter sich bleiben, anstatt mit anderen Freundschaft zu schließen.

Anderes Thema. Es ist unglaublich, wie viele Gesprächsformate es gibt. G7, G20, mal treffen sich die Regierungschefs, mal die Außen- oder Finanzminister. Die Klimabilanz der Reisediplomatie ist verheerend. Und wer sich auch wo trifft, Selenskyj ist immer dabei. Und alle bekunden stets ihre Solidarität mit der Ukraine, was Putin nicht davon abhält, jeden Tag neue Raketen auf das Land abzufeuern. Und wenn dann, von wem auch immer veranlasst, Raketen in Moskau einschlagen, spricht Putin, einer der (mutmaßlich) größten Kriegsverbrecher dieses Jahrhunderts, von einem Terrorakt. Ein Mann, der selbst jeden Tag Terror in der Ukraine verbreitet. Man müsste diese ganze Bande von Despoten mal zum Amtsarzt schicken.

Vom Ostseerat, der in Wismar tagte, habe ich noch nie etwas gehört. Selenskyj war offenbar nicht in Wismar dabei, hätte er doch zu den Vorwürfen bezüglich der Zerstörung der Nord Stream Leitungen etwas sagen können. Spuren führen in die Ukraine und natürlich nach Deutschland. Kann aber auch alles eine falsche Fährte sein.



Das ist die Band **Out of Tune** der Gustav-Heinemann-Oberschule. Sie sorgte für gute Stimmung beim sommerlichen Jahresempfang der SPD-Fraktion Tempelhof-Schöneberg in der ufaFabrik am 2. Juni.



Die Fraktionsvorsitzende **Marijke Höppner** begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste. Teilweise klang es ein wenig wie eine Trauerrede, denn Verluste sind nach der Wiederholungswahl zu beklagen. Statt 15 jetzt nur noch zwölf Bezirksverordnete. Alle drei ausgeschiedenen wurden namentlich erwähnt, aber keine Angst, sie leben!



Im Bezirksamt hält jetzt nur noch Jugend- und Gesundheitsstadtrat **Oliver Schworck** das SPD-Fähnchen hoch. Das zweite Bezirksamtsmitglied ist der SPD



zu Gunsten der CDU abhanden-
gekommen.



Für **Angelika Schöttler**, auf dem Foto mit **Franziska Giffey**, kam der Ruhestand damit dreieinhalb Jahre früher als geplant.



Besonders herzlich begrüßte Höppner „unsere Freunde von den Grünen“, darunter Bürgermeister **Jörgen Oltmann**. Nach einer sprachlichen Kunstpause begrüßte sie auch den neuen Vize-Bürgermeister **Matthias Steuckardt** (r.) und den ebenfalls neuen Vorsitzenden der CDU-Fraktion **Patrick Liesener**. **Marijke Höppner** hätte ja auch sagen können, „Besonders herzlich begrüßen wir den Wahlsieger, unsere Kollegen von der CDU.“ Sorry, kleiner Scherz am Rande.



Ja, die Berliner SPD ist angeschlagen nach der Wiederholungswahl. Die Trauerarbeit

sollte nun mal ein Ende haben. In den 160 Jahren Parteigeschichte gab es immer wieder Höhen und Tiefen. Und irgendwann geht's auch mal wieder aufwärts auf den Stufen ins Rote Rathaus.

Der Jahresempfang der SPD Tempelhof-Schöneberg lädt nicht nur Politiker zum Small-Talk ein, sondern auch Vertreter aus Wirtschaft, Sport, Kultur und Verbänden.



Nicht zu vergessen, Gesundheit. **Michael Müller**, einst Tempelhof-Schöneberger Parteichef und Abgeordneter, jetzt für Charlottenburg-Wilmersdorf im Bundestag, im Gespräch mit **Prof. Dr. Michael Abou-Dakn**, Ärztlicher Direktor und Chefarzt der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe des St. Joseph Krankenhauses Tempelhof. In seiner Klinik kommen deutschlandweit die meisten Kinder zur Welt. Auch **Michael Müller** erblickte hier das Licht der Welt.



Ralf Wernicke, Geschäftsleiter des Kita-Eigenbetriebs Süd-West, freut sich, diese Kinder in

einer seiner Einrichtungen betreuen zu können.



Auch die Wirtschaft war beim Empfang stark vertreten, wie hier durch **Kathy Franke**, **Sebastian Preißler** und **Sven Regen** vom PIEREG Druckcenter in Marienfelde.



Um die Vertreter der Kultur kümmerte sich **Kevin Kühnert**, umgeben von den Machern des Rocktreffs **Dome Ziebarth**, **Andie Kraft**, **Marco Herrmann** und **Louisa Richter**. Mehr zum Thema Rocktreff am Ende dieses Newsletters. **Kevin Kühnert** konnte mit der Rocktreff-Crew nicht so ausgelassen feiern wie im Vorjahr, denn um 22:15 Uhr musste er bei **Maybrit Illner** die Position der SPD im Wärmepumpenstreit erklären.



Der Parteitag vom 26. Mai war natürlich noch Gesprächsstoff bei den SPD-Politikern, wie Bausenator **Christian Gaebler** und **Michael Müller**.



Raed Saleh, SPD-Chef von Berlin und Spandau sowie Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus, im Gespräch mit **Andrea Kühnemann**, ver.di-Chefin von Berlin und Brandenburg.



Jan (I.) und **Lars Rauchfuß**, der eine Bezirksverordneter, der andere Abgeordneter und Kreisvorsitzende von Tempelhof-Schöneberg, bilden die parteiinterne Opposition gegen Saleh und Giffey und die Entscheidung, eine Koalition mit der CDU eingegangen zu sein. In Tempelhof-Schöneberg wird unverdrossen an der Zusammenarbeit mit Grünen und Linken festgehalten.

Die Doppelspitze Giffey-Saleh dürfte im nächsten Jahr, wenn ein neuer Vorstand gewählt wird, zu Ende sein. Dafür haben die Jusos auf dem Parteitag gesorgt. Die Trennung von Amt und Mandat ist nicht ganz gelungen, zumindest können aber nicht zwei an der Parteispitze stehen, die auch Ämter im Senat und der Fraktion innehaben. Wer geht? Die Tage von **Franziska Giffey** als Parteivorsitzende scheinen gezählt zu sein. Nicht alle wollen darauf wetten, dass **Raed Saleh** weiter im Amt bleibt. Und dann? Es müssen die

Nachwuchskräfte endlich aus der Deckung kommen. Egal, wie bekannt sie sind. Auch **Raed Saleh** kannte außerhalb von Spandau niemand, ebenso wie **Klaus Wowerit** jenseits von Lichtenrade, bevor sie ihre Ämter antraten.

So wie die Berliner SPD im September 2021 vom Bundestrend profitierte und nochmals stärkste Kraft wurde, so musste sie im Februar 2023 unter der zerstrittenen Ampel leiden. Dass die SPD seit der Bundestagswahl rund acht Prozent verloren und die AfD genauso viel hinzugewonnen hat, ist mehr als nur ein Warnsignal. Niemand glaubt derzeit daran, dass die Berliner SPD 2026 die Wahl gewinnen könnte. Der Wieder-Aufstieg dürfte genauso unwahrscheinlich sein wie der von Hertha BSC.

Nun zu einem schönen Thema:



Am Freitag trafen sich die Macher und Sponsoren des **Rocktreffs** und **Spielfestes** 2023 zu ihrem traditionellen Frühstück in der Jugendfreizeiteinrichtung Beats 42, das die heiße Phase der Vorbereitung einläutet.

Als 1997 der gemeinnützige Verein CPYE e.V. die Trägerschaft über die Veranstaltungen übernahm, fand dies an gleicher Stelle statt, allerdings hieß die Einrichtung damals noch Jugendfreizeitheim Mariendorf.

Neben der Rocktreff-Crew und den Sponsoren waren auch der

Veranstalter, Jugendstadtrat **Oliver Schworck** und Schirmherr BVV-Vorsteher **Stefan Böltes** beim Frühstück dabei, ebenso wie die Vorsitzende des Freundeskreises **Petra Dittmeyer**.

ROCKTREFF
30. JUNI - 2. JULI 2023
IM VOLKSPARK MARIENDORF

BLACKTOOTHED · CARMVALESQUE · COLLIDING GIANTS · WRS1
DAMNESCAPES · DEERHEADZ · DIMOSOUND · DEVOYAL · DUKES
NOISE FOR THE VOICELESS · REVOLUTION PARADISE · R3VD
TAB44 · THE FIRST FIRE · CHAPTER 16 · WHAT'S LEFT BEHIND

WWW.ROCKTREFF.DE

16 BANDS LIVE - EINTRITT FREI!

Sponsoren: atskryfo, nitz+nitz, PIEREG, stillbrand

Dein Spiel. Dein Spaß. Dein Recht.
Das Spielfest
für Kinder und Familien
1. und 2. Juli 2023

Eintritt frei!

www.spielfest-mariendorf.de

Jeweils von 12 bis 18 Uhr
im Fußballstadion des Volksparks Mariendorf

ANBIETER: Anasoft, Bumpenlight, GARDEN, Bienenstock
ANWIRTSCHAFT: Anasoft, Bumpenlight, GARDEN, Bienenstock

Sponsoren: STADTLAND, CPYE, PIEREG, stillbrand, nitz+nitz, GARDEN, popstude

Weitere Informationen unter www.rocktreff.de und <https://www.ihrmagazin.berlin/aktuell/Lichtenrade%20aktuell.pdf> Seite 28

Ed Koch
auch Fotos

25) Münster als Probelauf – Verbot von Einfamilienhäusern deutschlandweit geplant

03. 06. 2023



Bild: baugeldzentrum

Vor gut zwei Wochen sorgte eine Entscheidung des Stadtrates von Münster für Aufsehen, den Neubau freistehender Einfamilienhäuser drastisch zu beschränken.

Wie nicht anders zu erwarten, soll daraus nun offenbar ein bundesweites Vorgehen werden.

ARD bringt Meldung euphorisch

Dies vermeldete die „ARD-Tagesschau“ am 28. Mai ähnlich triumphierend, wie dies der zu ihr gehörende *Westdeutsche Rundfunk* nach dem [Beschluss von Münster](#) getan hatte.

De facto wird dies auf ein weitgehendes Verbot dieser mit weitem Abstand beliebtesten Wohnform der Deutschen hinauslaufen. Selbst wenn dies momentan offiziell noch bestritten wird.

Die dabei „ausgerollte“ Propaganda wie auch das dazugehörige Narrativ war jedenfalls identisch.

„Der Bau von Einfamilienhäusern würde zu viel Platz verbrauchen, aber nur relativ wenigen Menschen Wohnraum bieten. In Hamburg-Nord, frohlockt die *ARD*, sei diese Wohnform schon seit 2020 verboten, weitere Städte könnten nachziehen.

Die altbekannte „Platte“ als deutsche Wohnform der Zukunft

Zur Unterstützung holte man sich als „Experten“ den Stadtplaner Dietmar Strick, der den angeblich [übergroßen Flächenverbrauch kritisierte](#), weil Neubaugebiete fast immer für Einfamilienhäuser konzipiert würden.

Die dafür erforderlichen Flächen seien schlichtweg nicht vorhanden. Laut Umweltministerium von Nordrhein-Westfalen sei bereits ein Viertel der Fläche mit Wohnhäusern, Straßen und Industrie zubetoniert. Tagtäglich würden weitere acht Hektar erschlossen, eine Fläche von mehr als elf Fußballfeldern. Dies soll also für Strick zur Untermauerung seiner „Strategie“ dienen, man könne Neubaugebiete mit Mehrfamilienhäusern einfach effizienter nutzen.

Man brauche nicht nur weniger Fläche, sondern auch weniger Ressourcen und Energie und habe natürlich auch geringere Baukosten, so der von der *Tagesschau* zitierte „Experte“.

Diese Verherrlichung und Scheinbegründung einer weiteren grünen Verbots- und [Einschränkungs-Agenda](#) fällt jedoch auch bei Kommunalvertretern auf fruchtbaren Boden.

Noch spricht sich zwar Gerd Landsberg, der Vorsitzende des Städte- und Gemeindebundes, gegen ein generelles Verbot von Einfamilienhäusern aus, im Grunde jedoch bereitet er diesem schon den mentalen Boden vor, indem er die Argumente der „Klima-Diktatoren“ nachbetet und bestätigt, dass die Flächennutzung „ökologisch vernünftig geplant“ werden müsse.

Kritik an Eingriff in „Persönlichkeitsrechte“ wird ignoriert

Von Eigentümerverbänden hingegen kam Kritik an diesem neuen Eingriff in die persönliche Lebensführung der Menschen. Werner Fliescher vom Verband „Haus & Grund Rheinland“ [gab zu bedenken](#), dass „Einfamilienhäuser nicht gebaut würden, um die Umwelt zu bestrafen, sondern weil die Menschen so leben wollten, weil es ein großes Bedürfnis sei und weil der Platzbedarf in engen Städten von der Wohnungsgröße gar nicht da sei“.

Mit verächtlichem Unterton ist in der *Tagesschau* davon die Rede, dass ein Einfamilienhaus mit Garten, viel Privatsphäre und noch mehr Platz „in Deutschland ein regelrechtes Sehnsuchtsobjekt“ sei, das seit der Corona-Pandemie von immer mehr Menschen gewünscht werde. 16 Millionen Einfamilienhäuser seien bereits eine Rekordzahl. Der Beitrag zeigt dann auch eine Familie, die noch das Glück hat, ein Einfamilienhaus in Münster bewohnen zu können. Was offenbar nach Ansicht der „staatsgetreuen Medien-Vasallen“ absolut verpönt zu sein hat.

Der Reiz daran sei ganz eindeutig, dass man sich individuell ausleben könne, erklärt der interviewte Hausbesitzer und Familienvater. Damit spricht er genau das aus, was den links-grünen Klima-Kollektivisten besonders verhasst ist, Individualität ganz gegen die „Vorgabe“ des Great Reset.

Generationen von Deutschen wurde das Bausparen fürs eigene Heim als ideales Lebensmodell vermittelt. Im Namen der Klima-Hysterie soll nun auch noch diese Bastion individueller Lebensgestaltung im Eiltempo geschleift werden.

Und natürlich wirft der Gegenentwurf bereits seine Schatten voraus. Wie immer im Sozialismus jeglicher Prägung ist das Vegetieren in großen, einheitlichen Wohnblöcken die von den Machthabern gewünschte Lebensform.

Nun wird da noch eines drauf gesetzt, völlig Great-Reset-konform in hochgejubelten [sogenannten 15-Minuten-Städten](#), wo alles so organisiert ist, dass man seine Unterkunft, geschweige denn seine Stadt gar nicht mehr verlassen muss, weil alles, was der Staat als lebenswichtig definiert, im allernächsten Umkreis zu finden sein wird.

Am Ende steht dann der total-überwachte, klima-neutrale, eingepferchte Mensch der Zukunft, dem Individualität und Freiheit endgültig ausgetrieben wurden, zur Freude der „Dirigenten“ dann völlig gefügig und widerspruchsfrei.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

26) 16 Gründe, warum die AfD bei Wahlumfragen auf der Überholspur ist

Von MEINRAD MÜLLER

01. 06. 2023



17–18 % bei Wahlumfragen und die Presse reagiert erschrocken, die AfD habe einen „Gewinn“ an neuen Wählern. Doch das Wort „Gewinn“ hat einen negativen Beigeschmack. Es suggeriert, dass jemand durch Zufall oder Glück etwas erhalten hat. Hier ist es aber anders. Die AfD erbt ihre Wähler.

► 1. Die Politik als Supermarkt

Was geschähe, wenn ein Supermarkt traditionelle und bewährte Waren nicht mehr führt? Wenn dann ein neues Geschäft die Kaufwünsche besser erkennt und daher diese Kunden zu sich zieht? Wie reagieren die gemiedenen Supermärkte? Keinesfalls beschimpfen sie ihre ehemaligen Kunden, so wie es die Altparteien im politischen Bereich tun. Der neue, bessere Supermarkt erbt diese Kunden.

► 2. Linksflucht, kein Rechtsruck

Dem Recht nahezustehen, ist Grundbedingung einer Demokratie. Was aber, wenn sich Bürger durch links ideologisch motivierte Gesetze (z.B. das Heizkostengesetz) ihren kleinen Wohlstand gefährdet sehen? Wenn eine neue Partei ehrlich, volksbezogen oder volksnah („populistisch“) agiert und sich zum Anwalt der Bürger macht? Dann erbt sie die Wähler der bisherigen Parteien, welche die Nähe zum Bürger verloren haben.

► 3. Heizkostengesetz: ein teurer Flop

Die Regierung verlangt, dass Wärmepumpen installiert und alte funktionierende Heizungen ausgebaut werden. Die meisten Hausbesitzer, oft ältere Menschen, können sich diese Kosten nicht leisten. Die AfD erbt auch deren Stimmen.

► 4. Atomkraftwerke aus, Risiko an

Die von der Regierung erzwungene Abschaltung der Atomkraftwerke hat Folgen: Teurer Atomstrom wird aus Frankreich importiert, was uns die weltweit höchsten Strompreise aufzwingt. Ersatzweise wird vermehrt Braunkohle zur Stromerzeugung verwendet, was zu einem Mehr an Umweltverschmutzung führt. Nach den ersten geplanten Stromabschaltungen oder der Rationierung erbt die AfD weitere Wähler.

► 5. Inflation

Teuerungsbedingte Reallohnverluste führen dazu, dass Menschen in die Schuldenfalle geraten. Trotzdem wollen Bund und Kommunen die Abgaben erhöhen. Die Inflation verschärft die Situation gerade der ärmeren Bürger weiter. Die Zahl der Insolvenzen ist so hoch wie noch nie. Die AfD nimmt diese Sorgen ernst und setzt sich für eine gerechtere Wirtschaftspolitik ein. Wen wundert es, wenn die AfD die Stimmen enttäuschter Wähler erbt?

► 6. Artikel 5 Grundgesetz: Meinungsfreiheit!

Laut einer Umfrage des MDR, an der sich rund 27.000 Menschen aus Mitteldeutschland beteiligten, fürchtet etwa die Hälfte der Teilnehmer, ihre persönlichen Ansichten öffentlich zu äußern, insbesondere in den sozialen Medien. 78 Prozent der Teilnehmer gaben an, dass man in Deutschland bei manchen Themen vorsichtig sein müsse, wie und wozu man sich äußert, und dass bestimmte Meinungen heutzutage tabuisiert seien. Welcher Wähler will noch Parteien, die eine Zensur und dieses Angstklima steigern? Auch diese Stimmen werden geerbt, früher oder später.

► 7. Energiepreise

Die Deutschen haben Sorgen wegen der gestiegenen Preise, die auf eine fehlerhafte Regierungspolitik zurückzuführen sind. Die Bevölkerung fürchtet und erlebt die hohen Preise bei Lebensmitteln und in vielen weiteren Bereichen des Lebens. Die AfD hört diese Sorgen und setzt sich für eine bessere Energiepolitik ein. Auch diese Stimmen werden geerbt.

► 8. Kritik bzgl. „Corona-Pandemie“

Die Bürger sind enttäuscht über das Regierungshandeln in der „Corona-Pandemie.“ Viele Maßnahmen haben sich, was Denker bereits 2020 voraussagten, als Unsinn erwiesen. Die Verharmlosung der an „Post-Vac-Syndrom“ (Impfschäden) Erkrankten steigt und die Gesundheitsfürsorge nimmt diese Opfer nicht allzu ernst. Die AfD kritisiert diese Missstände und fordert eine bessere Gesundheitspolitik und besondere Stellen, bei denen sich Opfer melden können. Auch diese Stimmen werden geerbt.

► 9. Außenpolitik und Krieg

Deutschland könnte noch tiefer in militärische Konflikte hineingezogen werden. Die früheren Grünen, einst die Antikriegspartei, haben sich um 180 Grad gedreht. Viele Wähler der Grünen sind enttäuscht. Die AfD hingegen setzt sich für Frieden und Diplomatie ein und lehnt militärische Konflikte ab. Die AfD erbt die Stimmen auch dieser Enttäuschten.

► 10. Nato: mitgehangen, mitgefangen?

60 Prozent der Bevölkerung lehnen einen potenziellen Nato-Einsatz zur Verteidigung der baltischen Staaten ab, doch die Regierungsparteien halten dies für sinnvoll. Die AfD hingegen hört auf die Stimme des Volkes, kritisiert diese Entscheidung und sammelt die Stimmen der Enttäuschten ein.

► 11. Altersarmut: eine Schande

Die Altersarmut ist allgegenwärtig. Menschen sammeln Pfandflaschen, um über die Runden zu kommen. Während ein Rentner in den Niederlanden 89,2 % seines Netto erhält, blicken die Deutschen mit 53,9 % in die Röhre. Von 2000 Euro Netto ausgehend, sind dies 1784 Euro bzw. 1078 Euro, mithin ein Unterschied von 676 Euro monatlich oder 8.112 Euro jährlich. Die AfD setzt sich für eine bessere Rentenpolitik ein und wird weitere Wähler erben.

Münchener Merkur:

Rente: So viel Geld bekommen wir im europäischen Vergleich (merkur.de)

► 12. Massenimmigration: alles Negative ist bekannt

Die von Politik und Konzernen erhofften Arbeitskräfte sind aufgrund mangelnder Ausbildung in einer modernen Industriegesellschaft überwiegend nicht einsetzbar. Große Unternehmen wie Siemens und Mercedes, die ursprünglich hofften, billige Arbeitskräfte zu bekommen, haben sich getäuscht und fast niemanden eingestellt. Folge: Die Sozialkassen werden geplündert, die Zeche zahlen wir Bürger. Wer dies gutheißt, bei dem ist allerdings keine Stimme zu erben.

► 13. Souveränität Deutschlands

Die Deutschen haben Angst davor, dass die EU noch mehr in Deutschland hineinregiert. Bereits heute ist ein Großteil der im Bundestag verabschiedeten Gesetze nur eine Umsetzung von Vorgaben der EU. Wer das nicht will, der wechselt die Partei.

► 14. Korruption vergrault Wähler

Die Korruption ist ein weiterer Faktor, der die Wähler zur AfD treibt. Wenn in Ministerien Verwandte auf hohe Posten hievt werden, dann kommt dem Volk die Galle hoch. Die AfD setzt sich für Transparenz und Integrität in der Politik ein und kritisiert solche Praktiken scharf. Das Erben von Stimmen lässt nicht nach.

► 15. „Stasi-Register“

Die Regierung plant eine Art „Stasi-Register“, in dem jeder Betrieb seine Mitarbeiter nach Hautfarbe, Religion, Rasse, politischer Ausrichtung, sexueller und Parteipräferenz erfassen soll, um daraus einen ESG-Index zu erstellen. Die AfD kritisiert dieses Vorhaben als rassistisch und als Eingriff in die persönliche Freiheit der Bürger. Der AfD werden neue Wähler geradezu frei Haus geliefert.

► 16. Heizregister oder persönliche Freiheit

Die Grünen planen ein Heizregister, in dem quasi „Detektive“ von Haus zu Haus gehen sollen, um die Art der Heizung und deren Verbrauch zu ermitteln. Die AfD sieht dies als

Seite E 187 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Eingriff in die persönliche Freiheit der Bürger und fordert den Schutz ebendieser dieser Freiheiten. Die nächsten Wechselwilligen stehen Schlange.

Dieser Gastbeitrag erschien zuerst auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

27) NRW: 4-Sterne-Hotel soll für „Flüchtlinge“ um € 600.000,- Miete p. M. angemietet werden

31. 05. 2023



Willkommenskultur bereits vor Betreten der künftigen „Flüchtlings“Unterkunft | *Foto: Van-der Valk*

GLADBECK (NRW) – Derzeit übernachten im „Van der Valk Hotel Gladbeck“ noch Geschäftsleute und Touristen. Das 4-Sterne-Hotel soll jedoch bald eine ganz andere Kategorie von Gästen beherbergen: Als „Zentrale Unterbringungseinrichtung“ (ZUE) ist angedacht, sowohl Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, als auch „Asylsuchende aus afrikanischen und arabischen Staaten“ in der Luxusherberge unterzubringen.



Das Schild kann man ruhig so stehen lassen, vermittelt es doch gerade dem afrikanischen Schutzsuchenden ein authentisches Urwald-Feeling. | Foto: Van der Valk

Schöner wohnen als „Flüchtling“

Und nachdem bekanntlich das Beste für die meist illegal eingereisten „Gäste“ im bunten Deutschland gerade gut ist, spielt auch da das Geld keine Rolle. So geht die Bezirksregierung Münster nach BILD-Informationen von 320.000 Euro Kaltmiete aus – pro Monat. Dazu kämen (ebenfalls pro Monat) 40.000 Euro Miete für Einrichtung und Möbel und noch mal 245.000 Euro für „Zusatzdienstleistungen“. Ob das reichen wird? Wohl kaum – denn für „Schutzsuchende“ aus dem nordafrikanischen bzw. arabischen Raum muss bekanntlich eine ganze Stab Betreuungspersonal quasi rund um die Uhr bereitstehen. Nachdem es ausgerechnet besonders viele junge Männer sind, die vor den Zuständen in ihren Heimatländern „flüchten“, wollen bzw. müssen die eben „betreut“ und beaufsichtigt werden. Mit normalen kultivierten Leuten haben wir es in der Regel da jedenfalls nicht zu tun, wie jeder weiß.



Ob das Schlafzimmer genug Komfort für den gebenedeiten Flüchtling bietet? Wenn nicht, no problem – Geld für den Umbau des Hotels wird ja genug bereitgestellt. | Foto: Van der Valk

Vom 4-Sterne-Luxus-Hotel zur ZUE

Man geht davon aus, dass im Gegensatz zu Ukrainern, diese Leute dann auch länger in Gladbeck bleiben werden – bis über ihr Verfahren entschieden ist. Und dann? Offenbar hat man eingeplant, dass die Herrschaften nicht allzu schnell vom Heimweh geplagt werden. So wird die „garantierte Laufzeit“ mit zehn (!) Jahren bemessen und Umbaukosten (noch unklar) würden ebenfalls monatlich abbezahlt werden. Das 4-Sterne-Hotel muss praktisch um viel Geld zu einer „Zentrale Unterbringungseinrichtung“ upgegradet werden. 4-Sterne Luxus war gestern – da geht noch mehr!



Und wenn die Schatzsuche zu anstrengend wird, empfiehlt es sich hier entspannt zu chillen und cool abzuhängen. | Foto: Van der Valk

„Überfall auf unser Wohngebiet“

Die Begeisterung der Bevölkerung im Umfeld der „bescheidenen“ Herberge hält sich naturgemäß in Grenzen. Anwohner sorgen sich um den „sozialen Frieden“ und sprechen von „einem Überfall auf unser Wohngebiet“. Und nicht nur unter der Bevölkerung hält sich ob der zu erwartenden Bereicherung die Vorfreude in Grenzen. Auch im Gladbecker Rathaus ist man darüber wenig erbaut – obwohl die Stadt sich dann selbst um weniger Flüchtlinge kümmern müsste. Wie undankbar! So schrieb die Bürgermeisterin Bettina Weist (55, SPD) nach Münster, sie könne Sorgen und Ängste in Teilen der Stadt sehr gut nachvollziehen. Und da ist sie nicht die einzige Person, die einen derartigen Irrsinn nicht nachvollziehen kann. So haben das wahnwitzige Vorhaben auch die AfD im Düsseldorfer Landtag auf den Plan gerufen. Fraktionschef Martin Vincentz (37):

„Die enormen Summen, die für die Unterbringung von Flüchtlingen im Raum stehen, erschüttern.“

Erschüttern wen? Vermutlich nur Leute, die noch geradeaus denken können. Linksgrüne Gutmenschen werden darüber hochofren sein – und die Inhaber des Hotels brauchen sich keine Sorgen darüber zu machen, wie man das bei Gästen des Movie Parks im benachbarten Bottrop beliebte Haus weiter gewinnbringend führen kann. Eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten, außer für den Steuerzahler.



Warum soll die Schutzsuche nicht mit Badespaß im Hotelpool verquickt werden? Ein „Nazi“, der dafür kein Verständnis aufbringt! | Foto: Van der Valk

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Grandioses Sportereignis. Ed Koch



Grandioses Sportereignis

Dass Berlin eine Sportmetropole ist, wissen wir. Unzählige Veranstaltungen finden jedes Jahr bei uns statt. Es gibt aber besonders schöne und vor allem farbenfrohe Events.



2015 traten die beiden Taekwondo-Großmeister **Selahattin Turap** (Foto), hauptberuflich Deeskalationstrainer bei der Deutschen Post, und **Chae Su-Ung**, der in der Nollendorfstraße eine

Sportschule betreibt, an den damaligen Regierenden Bürgermeister **Michael Müller** heran und baten ihn um Unterstützung für die Durchführung eines internationalen Taekwondo-Cups und die Übernahme der Schirmherrschaft. Schon die erste Veranstaltung war so erfolgreich, dass daraus eine Serie wurde.

Ohne auf Einzelheiten eingehen zu wollen, klappte es nicht so richtig bei der Fortsetzung der Schirmherrschaft, nachdem **Michael Müller** aus dem Amt geschieden war. Das Problem löste sich sehr schnell. Müller behielt die Schirmherrschaft und ist heute, wie es der Zufall will, als Bundestagsabgeordneter im Auswärtigen Ausschuss zuständig für Südkorea und die Türkei, jene Länder, aus denen die beiden Initiatoren stammen. Heute, am 1. Juli, fand in der Sporthalle Schöneberg bereits das achte Turnier statt.



Über 200 Sportlerinnen und Sportler unterschiedlicher Altersklassen traten gegeneinander an. Sie kamen neben Südkorea und der Türkei aus Schweden, Polen und Deutschland. Natürlich waren auch die

Berliner vertreten, aber auch Sportler aus Leipzig, Dresden und Hamburg.



Vor den kritischen Augen der Kampfrichter muss man/frau zeigen, was er/sie kann.



Bei dem Sport geht es auch mal kräftig zur Sache, aber höflich. Mit großem Respekt begegnen sich die Sportler, beispielgebend für alle Lebensbereiche. Die Ehrengäste dankten in ihren Reden vor allem den viele Ehrenamtlichen, die diese Veranstaltung möglich machten.



Unter den Ehrengästen waren neben **Michael Müller** und Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** auch der Generalkonsul Südkoreas, **Won-Jik Kwon**, der Leiter des koreanischen Kulturzentrums, Botschafts-

02) Impressionen vom ersten ROCKTREFF-Tag



paperpress

seit 1976



Nr. 615-02

1. Juli 2023

48. Jahrgang

Impressionen vom ersten ROCKTREFF-Tag

Gestern Abend wurde der ROCKTREFF im Fußballstadion des Volksparks Mariendorf eröffnet. Unsere LeserIn **Marlies Königsberg** hat uns ein paar Impressionen zugesandt.



Begrüßung durch den Schirmherren **Stefan Böltes** und die Moderatoren-Crew **Andie, Dome, Safia** und **Marius**.



Heute und am Sonntag geht's jeweils ab 16:00 Uhr weiter, bei freiem Eintritt.



Sven und **Mandy**, die uns nach dem ROCKTREFF berichten werden, wie gut die Bands beim Publikum angekommen sind.



Im Herzen Rocker: die SPD-Politiker **Oliver Fey**, **Stefan Böltes**, **Lars Rauchfuß** und **Manuela Harling**.



Veranstalter Jugendstadtrat **Oliver Schworck** und Rock-Queen **Marlies Königsberg**.

It's Only Rock 'n' Roll, but we like it...

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

03) Viel mehr als „nur“ Briefmarken. Von Ed Koch



Viel mehr als „nur“ Briefmarken

Zum Briefmarkensammeln muss man geboren sein. Es erfordert viel Geduld und ein großes Wissen. Viele Millionen Menschen beschäftigen sich weltweit mit den kleinen, inzwischen selbstklebenden, Papierstückchen. Es werden zwar immer weniger Briefe oder Postkarten verschickt, die noch mit einer Marke freigemacht sind, aber es gibt sie noch. Briefmarken sind historische Dokumente, auf ihren Bildern spiegelt sich die Weltgeschichte wider. Behördenpost oder Werbebriefe kommen längst gänzlich ohne Briefmarken aus.



Besonderen Wert, auch im geschichtlichen Sinne, erlangt eine Marke vor allem durch den Sternelaufdruck. Aus Anlass des 75sten Jahrestages des Beginns der Luftbrücke, ist dieser Stempelab-

druck am Samstag und Sonntag im Rathaus Schöneberg zu bekommen. Und die passenden Briefmarken gibt's dazu.



85



85



85



85

Heute wurde eine beachtliche Ausstellung mit seltenen Exponate im John-F.-Kennedy-Saal des Rathauses Schöneberg durch Bezirksstadtrat **Oliver Schworck**, Veranstaltungsleiter **Hans-Ulrich Schulz** (Forschungsgemeinschaft Berlin) und den Vorsitzenden des Philatelistenverbandes Nordost e. V., **Helge Schinkel** eröffnet. Anschließend hielt

Schulz einen Vortrag über die Zeit der Berlin-Blockade von Juni 1948 bis Mai 1949 vor Schülern des Georg-Büchner-Gymnasiums, „75 Jahre Berliner Blockade und Luftbrücke - eine zeitgeschichtliche Betrachtung“.



Oliver Schworck und Hans-Ulrich Schulz.



Die Ausstellung ist noch am Samstag, dem 1. und Sonntag, dem 2. Juli 2023 von 10:00 bis 17:00 Uhr im Kennedy-Saal zu sehen.

Der Vortrag von **Hans-Ulrich Schulz** findet auch am Samstag um 15:00 Uhr und am Sonntag um 10:30 Uhr im Goldenen Saal, dem früheren Sitzungssaal des Berliner Senats, im Rathaus Schöneberg statt.

Um 17:00 Uhr am Sonntag findet ein weiterer Vortrag zum Thema „Die Währungsreform in Berlin (West) 1948/49“, von **Klemens Nicklaus** statt.

Der Eintritt zur Ausstellungen und den Vorträgen ist frei.

Ed Koch
(auch Fotos)
Quelle: BA TS

04) Rocktreff startet heute



paperpress

seit 1976



Nr. 614-27

30. Juni 2023

48. Jahrgang

ROCKTREFF startet heute



Von heute, Freitag, dem 30. Juni 2023, bis Sonntag, dem 2. Juli 2023, wird das Stadion im Volkspark Mariendorf für den **ROCKTREFF** wieder für drei Tage zum Festivalgelände. Auf großer Bühne werden dann 16 junge Amateur-Bands ihr Können unter Beweis stellen. 30.06. von 18:00 Uhr bis 23:00 Uhr, 01.07.2023 von 16:00 bis 23:00 Uhr, und 02.07.2023 von 16:00 bis 20:00 Uhr.



Am Samstag, dem 1. Juli 2023, und Sonntag, dem 2. Juli 2023, jeweils von 12:00 bis 18:00 Uhr, findet **Das Spielfest** für Kinder, Jugendliche und Familien statt. Der Eintritt für beide Veranstaltung im Fußballstadion des Volksparks Mariendorf, Prühßstraße 90, ist frei.

Beide Veranstaltungen des Jugendamtes Tempelhof-Schöneberg blicken auf eine fast 40-jährige Tradition zurück. Der erste ROCKTREFF fand am 15. September 1984 an gleicher Stelle statt. Schirmherr des Rocktreffs ist der Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg, **Stefan Böltes**, Schirmherr des Spielfestes Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann**.

Alle Beteiligten – Vereine, Sponsoren, Jugendfreizeiteinrichtungen, Träger, Bands, die Crews – sind nach all den Jahren unter freiem Himmel wetterfest

und freuen sich auf zahlreiche Gäste, egal, ob es regnet oder die Sonne scheint.



Veranstalter Jugendstadtrat **Oliver Schworck** mit einem der Hauptsponsoren des Spielfestes, **STADT UND LAND-Geschäftsführer Ingo Malter**. Foto Mitte: Nachwuchstmeister **Moritz**.

Beim Spielfest unter dem Motto „Dein Spiel, dein Spaß, dein Recht“ tragen Vereine, Jugendfreizeiteinrichtungen und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer an mehr als 30 Ständen zu einem bunten abwechslungsreichen Mitmachprogramm bei, darunter Cabuwazi, Outreach, IKT Stadtindianer, Stadtteilmütter, das BENN Team, Independent Living, der Mariendorfer Hockey Club, Streetbunnycrew, Europa-Union Berlin, der Landesverband der Kita- und Schulfördervereine, die Evangelische Jugend und der Stadtteilverein Schöneberg. Sie betreuen Attraktionen wie Aquabälle, Hüpfburg, Kreativangebote, vielfältige Spiel-, Sport- und Mitmachmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Beim Stand des Jugendamtes dreht sich alles um das Recht auf Spiel. Hier können Kinder an einer Rallye teilnehmen und bei jeder Aktion Stempel sammeln, für die sie am Ende eine kleine Belohnung bekommen.

Der ROCKTREFF ist eines der größten reinen Amateurbandfestivals Deutschlands. Träger der Veranstaltung ist der Verein CPYE e.V. Aus jährlich hundert Bewerbungen werden 16 Bands ausgewählt, die an drei Tagen des Festivals das Line-Up stellen. Zusammen mit dem CPYE e.V. als Träger der Veranstaltung bildet sich seit vielen Jahren ein erfolgreiches Team. Die Organisatoren und über 100 Helferinnen und Helfer sind ehrenamtlich im Einsatz, alle Künstler treten ohne Gage auf.

Das Programm für beide Veranstaltungen finden Sie hier:

www.spieffest-mariendorf.de
www.rocktreff.de

Quelle: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Fotos: paperpress-Archiv

05) Green Buddy Award zeichnet zum 12. Mal herausragende Nachhaltigkeitsprojekten aus. Erstmals Preis für Erneuerbare Energien und Sonderpreis „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ verliehen.



paperpress

seit 1976

30. Juni 2023



Nr. 614-26

48. Jahrgang

Green Buddy Award zeichnet zum 12. Mal herausragende Nachhaltigkeitsprojekten aus Erstmals Preis für Erneuerbare Energien und Sonderpreis „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ verliehen



Gestern Abend fand im renommierten Veranstaltungsort Metropol die mit Spannung erwartete Verleihung des **Green Buddy Awards** statt. Angetreten im Wettbewerb um den traditionsreichen Umweltpreis des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg waren 55 sehr unterschiedliche Projekte. Unter der charmanten Moderation von Bettina Rust wurden sieben Preise in sechs Kategorien vergeben, die die außerordentlichen Leistungen von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit hervorhoben - von innovativen Umwelttechnologien bis hin zu sozialen Initiativen wurden wegweisende Projekte ausgezeichnet.



Die mitreißende Musik der Band **Port Royal** sorgte für eine energiegeladene Atmosphäre während der Veranstaltung.

Besonders erfreulich bei der diesjährigen Veranstaltung war die Einführung der neuen Kategorie - der Preis für Erneuerbare Energien. Mit dieser Erweiterung spiegelt der Green Buddy Award das wachsende Interesse und die

Relevanz erneuerbarer Energien für eine nachhaltige Zukunft wider.

Der Green Buddy Award hat sich zu einer bedeutenden Plattform entwickelt, die das Bewusstsein für Umwelt- und Klimafragen stärkt. Die diesjährige Preisverleihung war ein großer Erfolg, der zahlreiche Gäste aus Wirtschaft und Politik anzog, die sich für eine nachhaltigere Zukunft engagieren. Der Green Buddy Award ist nicht nur eine Würdigung der Gewinner, sondern auch eine Inspirationsquelle für andere, ihre eigenen Bemühungen in Richtung Nachhaltigkeit zu verstärken. Die Veranstaltung hat gezeigt, dass der Wandel hin zu einer nachhaltigen Zukunft in Reichweite liegt.

Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann**:

„Die diesjährige Green Buddy Award-Preisverleihung war ein beeindruckendes Ereignis, das das Engagement und die Innovationskraft unserer Gemeinschaft in Sachen Nachhaltigkeit verdeutlicht hat. Die Auszeichnung von sieben Gewinnerinnen und Gewinnern in sechs verschiedenen Kategorien, einschließlich des erstmalig vergebenen Preises für Erneuerbare Energien, zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind eine nachhaltigere Zukunft zu gestalten. Ich bin stolz darauf, dass unser Bezirk eine Plattform für solche wegweisenden Projekte bietet und gratuliere alle Preisträgerinnen und Preisträgern zu ihren verdienten Erfolgen.“

Ein besonderes Highlight bei der Veranstaltung war die Verleihung des Sonderpreises „gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Der Green Buddy Award lobt erstmalig in seiner zwölfjährigen Geschichte einen Sonderpreis aus. Gefördert wurde er von Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann, der Berliner Stadtreinigung, von Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie, dem Marienpark sowie dem Handelsverband Berlin Brandenburg.

Das sind die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger:

In der Kategorie **„Erneuerbare Energien“** geht der Preis des Bezirksbürgermeisters an die **Bahlsen GmbH**. Das Bahlsen Produktionswerk in Berlin Tempelhof ist ein Teil des Supply Chain der Bahlsen GmbH. Mit dem Bau des Sozialgebäudes im Jahr 2022 nutzt Bahlsen die Abwärme der zentralen Drucklufterzeugungsanlage zu dessen Beheizung und zur Brauchwassererwärmung für die Sanitärbereiche. Die energetische Einsparung beläuft sich jährlich auf ca. 200.000 Kwh.



In der Kategorie „**Abfallvermeidung/ Reduce, Reuse und Recycle**“ geht der Preis der Berliner Stadtreinigung an **Faircado UG**.



Klaus Herlitz und Jörn Oltmann. Zusammen mit seiner Frau Eva gründete Klaus Herlitz 2001 die Buddy Bär Berlin GmbH. Er stiftet die Green Buddys.

Faircado UG ist ein Greentech- Startup, welches mithilfe seines eigens entwickelten Browser-Plugins die Konsumenten von der Kreislaufwirtschaft überzeugen möchte. Das Plugin bietet umweltschonende und erschwingliche Optionen an, die zu nachhaltigeren Kaufentscheidungen führen. Die Technologie wirkt sich positiv auf die Umwelt durch eine höhere Ressourcenschonung und eine Bewusstseinsbildung aus.

In der Kategorie „**Smart Cities Lösungen**“ geht der Preis von Berlin Partner und IBB an **AckerCompany GmbH**.

Die AckerCompany GmbH sorgt für gemeinschaftliche Gemüserlebnisse im geschäftlichen wie privaten Alltag. Hierfür bietet das Unternehmen Hilfestellung und vermittelt Wissen zum niederschweligen Pflanzenanbau, wofür keine gärtnerischen Vorkenntnisse benötigt werden. Das Konzept sorgt für ein starkes Wir-Gefühl, gelebte Nachhaltigkeit und ein größeres Gesundheitsbewusstsein. Durch die Hochbeete und Ackerflächen wird für Entsiegelung und mehr Grünflächen gesorgt, wodurch das soziale Miteinander und die Wertschätzung zur Natur gestärkt werden.

Der **Young Green Buddy Award** geht an die **Projektwerkstatt Hydroponik der TU Berlin**.

Die Projektwerkstatt Hydroponik ist ein studentisches Projekt und zugleich Lehrformat von Studierenden für Studierende. Gemeinsam entwickelten 20 Studierende aus 15 Fachrichtungen eine Hydroponikanlage nach dem NFT- Konzept. Dabei wachsen

Pflanzen nicht in Pflanz Erde, sondern ihre Wurzeln werden von einer Nährstofflösung umspült. Hierdurch ergeben sich immense Wassereinsparungen und durch die vertikale Bauweise der Anlage eine deutlich erhöhte Effizienz gegenüber dem herkömmlichen Nahrungsmittelanbau.

In der Kategorie „**Produktion, Dienstleistungen, Handwerk**“ geht der Preis des Bezirks an **Peter Ruge Architekten GmbH**.

Peter Ruge Architekten ist ein lokal und international tätiges Planungsbüro aus Berlin-Schöneberg. Ihre Mission ist einfach: Nachhaltige Architektur der Zukunft zu entwickeln und zu bauen. Das eingereichte Projekt RE:mate steht für die nachhaltige und innovative Entwicklung und Etablierung eines vernetzten Kreislaufwirtschaftssystems für den Bausektor in der Region Berlin-Brandenburg. Umfangreiches Wissen in den Bereichen Materialforschung, Recycling und Rekultivierung sowie das vorhandene, gut vernetzte Flächenpotenzial werden dabei genutzt.

In der Kategorie „**Einzelhandel**“ geht der Preis vom Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. an die **BIO COMPANY SE**.

In den Märkten der BIO Company SE werden nicht nur ausschließlich Lebensmittel und Kosmetik, die zu 100% bio-zertifiziert und aus ökologisch kontrolliertem Anbau stammen, angeboten. Das Unternehmen ist zudem im Bereich des Einzelhandels ein Vorreiter des ökologischen und nachhaltigen Wirtschaftens und zeigt auf, wie bereits durch kleine Maßnahmen viel erreicht werden kann. So setzt es sich insbesondere dafür ein, Einwegverpackungen und Plastikmüll so weit wie möglich zu reduzieren. Verpackungsfreies Einkaufen wird durch die Frischetheken und 18 Unverpackt-Stationen erleichtert. Zusätzlich engagiert sich das Unternehmen im Bereich Foodsharing. Dadurch werden Lebensmittel vor dem Mülleimer gerettet.

Der Sonderpreis „**Gesellschaftlicher Zusammenhalt**“ geht an **SuperCoop eG**

SuperCoop ist ein gemeinschaftlicher Supermarkt in Berlin, der seinen Kundinnen und Kunden gehört und ihnen regionale, öko-faire und teils unverpackte Produkte zu erschwinglichen Preisen bietet. Jedes Mitglied ist Miteigentümer der Genossenschaft und arbeitet drei Stunden im Monat mit. Mittlerweile sind rund 1.200 Mitglieder dabei und können aus über 3.000 Produkten auswählen. Durch die Zusammenarbeit entstehen eine starke Gemeinschaft und ein



Ort der Begegnung für die Nachbarschaft. Die Besonderheit des kooperativen Modells besteht darin, soziale und ökologische Gerechtigkeit gemeinsam unternehmerisch anzugehen und dadurch zum Erreichen der Sustainable Development Goals beizutragen.



After-Show-Party im Metropol am Nollendorfplatz

Über den Green Buddy Award:

Der Green Buddy Award ist eine renommierte Auszeichnung, die herausragende Leistungen im Bereich der Nachhaltigkeit anerkennt. Er wurde ins Leben gerufen, um Initiativen zu fördern, die einen positiven Einfluss auf die Umwelt, die Gesellschaft und die Wirtschaft haben. Der Preis soll das Bewusstsein für nachhaltige Lösungen stärken und einen Beitrag zur Gestaltung einer besseren und nachhaltigeren Welt leisten.

Quelle und Fotos: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

06) Ein überragendes Zeitdokument. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-25

29. Juni 2023

48. Jahrgang

Ein überragendes Zeitdokument

Die Feierlichkeiten zum 60sten Jahrestag des Besuchs von **John F. Kennedy** in Berlin am 26. Juni 1963 sind längst vorbei, alles ist gesagt, gezeigt und geschrieben worden; fast alles.



So war das damals. Mit einem Zeigestock erklärt Abendschau-Chef Harald Karas die Fahrtroute durch Berlin.

In der Nacht vom 25. auf den 26. Juni 2023 zeigte der rbb ein siebenstündiges überragendes Zeitdokument, das leider in der Media-Thek nicht in voller Länge, sondern nur in einer einstündigen Kurzfassung verfügbar ist. Ich habe die Sendung aufgezeichnet und mir in zwei Etappen angeschaut. Es war das Anstrengendste, was ich mir jemals im Fernsehen angetan habe, andererseits aber das spannendste.

Acht Stunden war Kennedy in Berlin, sieben davon sind in dem Zeitdokument zu sehen. Die Reden, die Kennedy hielt, sind im Ton erhalten geblieben, nicht jedoch die Reporterkommentare zwischen den Stationen. So hört man lediglich das Straßengeräusch und den unendlichen Jubel, der ausbrach, wenn die ebenso unendliche Autokolonne an den Berlinern vorbeifuhr.

Für 1963 war diese Live-Übertragung eine enorme technische Herausforderung an Technik und Personal. Alles, was beim **Sender Freies Berlin** sprechen konnte, stand an der Strecke quer durch Berlin. „34 feste Kameras, dazu mobile auf einem fahrbaren Truck, die notwendigen Relaisstationen und Repor-

terstellen, waren für die damalige Zeit geradezu gigantisch.“



Landeanflug in Tegel der Air Force One

Die Aufzeichnung verfügt über viele Längen, beispielsweise beim Warten auf die Ankunft in Tegel und dann jeweils an den Fixpunkten der Kameras. Vielleicht ist diese Wartezeit ohne Kommentare von Reportern aber gerade deshalb so interessant. Man hatte unabgelenkt Zeit, sich das Berlin von 1963 in Ruhe anzuschauen. Baulücken ohne Ende, Straßen ohne Fahrradstreifen und viele gut gekleidete Menschen, die sich vielleicht für diesen Anlass extra schick gemacht hatten, oder eben einfach damals mehr Wert auf ihr Äußeres legten, vor allem auch die Jugendlichen, die in großer Zahl an dem Besuch teilnahmen.



Kennedy, Brandt, Adenauer im offenen Wagen

Die Dokumentation ließ viel Zeit, sich die Reden von Kennedy noch einmal ungekürzt in Ruhe anzuhören. Zuerst bei der IG Metall in der Kongresshalle, einem Geschenk der Amerikaner, deren geschwungenes Dach 1980 teilweise einstürzte und die 1987 als „Haus der Kulturen der Welt“ wiedereröffnet wurde. Dann die mit Abstand berühmteste Rede vor dem Rathaus Schöneberg, gefolgt von einer weiteren bei der Freien Universität in Dahlem und einer im US-



Hauptquartier an der Clayallee, die schon am 1. Juni 1949 zu Ehren des US-Militärgouverneurs der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland, nach General **Lucius D. Clay**, des „Vaters“ der Berliner Luftbrücke, benannt wurde, und zwar zu seinen Lebzeiten.



Lucius D. Clay mit Kennedy auf der Tribüne vor dem Rathaus Schöneberg.

Clay erfreute sich bis 1978 seines Lebens und begleitete natürlich Kennedy am 26. Juni 1963 in Berlin. Vielleicht war es scherzhaft gemeint, als Kennedy dem Sinn nach sagte, „Wenn Ihr mal wieder Probleme in Berlin habt, schicke ich Euch General Clay.“



Rede vor den Professoren und Studenten der FU in Dahlem, als noch niemand ahnte, was 1968 in den Universitäten abgehen würde.

Welche war nun die bedeutendste Rede, die Kennedy in Berlin hielt? Die vor den Gewerkschaftern traf das Herz der Arbeiterklasse. Als reicher Junge aus Massachusetts muss man das erst einmal hinkriegen. Die Rede vor dem Rathaus Schöneberg war natürlich populistisch, eben ans Volk gerichtet. Ich meine, dass die wichtigste Rede in der FU zu hören war, denn sie war die politischste. Und nicht nur das, mit 2.351 Worten auch deutlich länger als die in Schöneberg,

bei der er mit 731 Wörtern auskam. In der Rede vor der US-Community wurde deutlich, dass er der „*Commander in Chief*“, also der Oberbefehlshaber ist. Bei allen Reden traf er den richtigen Ton und erreichte Hirn und Herz der Zuhörer. Er war, das muss man festhalten, ein begnadeter Redner mit einer Stimme, die Worte des Gesagten mal leise, mal lauter eindringlich hervorhob.

Für unsere interessierte Leserschaft dokumentieren wir die Reden vor dem Rathaus Schöneberg und an der FU am Ende dieses Beitrages.

Die Live-Übertragung im Fernsehen konnte ich damals natürlich nicht sehen, lediglich den Abschluss, denn, wie mehrfach aus reiner Angabe erwähnt, stand ich ja zuerst seit den Morgenstunden vor dem Rathaus Schöneberg und danach am Rathaus Friedenau, wo ich wohnte. Dadurch sind mir natürlich ein paar interessante Aspekte gar nicht bewusst beziehungsweise nicht mehr in Erinnerung geblieben.



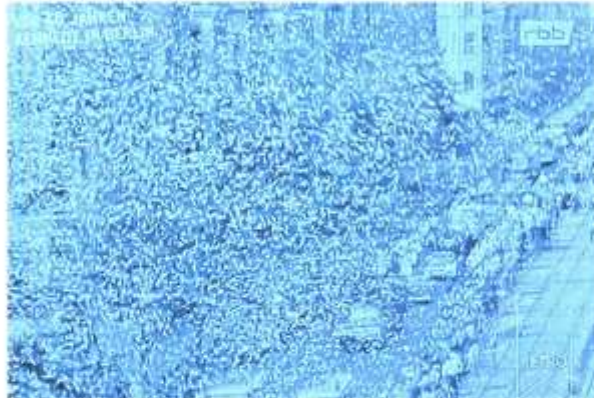
Zum Beispiel, dass nach der Rede in Schöneberg die Menschen immer noch „*Kennedy, Kennedy*“ riefen und er tatsächlich noch einmal das Podium betrat, auf dem plötzlich auch **Günter Grass** auftauchte.

Der Balkon über dem Eingang zum Rathaus Schöneberg, war voll besetzt, mit wem konnte ich von unten nicht erkennen, aber im Fernsehen. Da standen zum Beispiel **Karl Schiller**, **Peter Lorenz**, **Heinrich Albertz** (späterer Kurzzeit Regierender Bürgermeister nach Brandt), **Klaus Schütz** (Regierender Bürgermeister für zehn Jahre nach Albertz) und **Ernst Lemmer**, der 1963 offenbar keine Funktion hatte, nachdem er bis 1962 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen war und von 1964 bis 1965 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. So ein Ministerium bräuchten wir heute wieder.

Auch interessant, wie viele Leute um Kennedy herumschwänzelt, um von den Kameras eingefangen



zu werden. Besonders aufdringlich erschien mit **Rainer Barzel**, der ständig versuchte, Kennedy irgendetwas zu sagen. Bevor Barzel 1964 Fraktionsvorsitzender von CDU/CSU wurde, war er in der Nachfolge von Lemmer Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Was gab es in diesem Amt zu tun? Freikäufe von Menschen aus der DDR zu organisieren. Ein Handel, der sich für Ulbricht und danach Honecker gelohnt hat.



Stand einer New Yorker Fifth-Avenue-Konfetti-Parade in nichts nach: die Rheinstraße in Friedenau.

Die Rundfahrt führte natürlich auch der Mauer vorbei. Wir West-Berliner haben sie schon 1963 nicht mehr so richtig wahrgenommen, sie gehörte eben dazu. Wenn man aber die Bilder vom Checkpoint Charlie sieht, kommt einem die Galle hoch. Mitten durch ein Stadt eine Mauer zu ziehen und auf jeden zu schießen, der sie überwinden will, ist ein weltgeschichtlich tragischer Vorgang. Kennedy, Adenauer und Brandt sprachen in ihren Reden davon, dass Berlin und Deutschland eines Tages wiedervereint sein würden. Wie recht sie doch hatten.

Dass die DDR das Brandenburger Tor mit ihrer und den Flaggen des Großen Moskauer Bruders zuhängen, war an kindischer Dummheit nicht zu überbieten. Was hätte Kennedy denn sehen können? Den blühenden Sozialismus, vor dem tausende bis zum 13. August 1961 geflohen sind?

Kennedy kam den Menschen bei seinem Besuch sehr nahe. Nicht zu zählen, wie viele Hände er schütteln musste. Es blieb sogar Zeit, Autogramme zu geben, obwohl seine Secret Service-Leute dicht um ihn herum waren. Aufgefallen ist mir, dass immer zwei Personenschützer auf Trittbrettern vor dem Kofferraum der Limousine standen. Anders als in Dallas am

22. November desselben Jahres. Da sprangen sie erst auf, als die tödlichen Schüsse gefallen waren. Lassen wir das einmal unkommentiert.



Immer Mittendrin während der gesamten Tour: Jürgen Graf kommentierte aus seinem Übertragungswagen für RIAS Berlin. Stundenlang hörte ich ihm zu, bis die Kolonne endlich Schöneberg erreichte.

Die Dokumentation hat den Besuch am 26. Juni 1963 noch einmal ausführlich in Erinnerung gerufen, trotz schlechter Ton- und teilweise Bildqualität. Es gab kein Ereignis im Nachkriegs-Berlin, bis heute, das auch nur annähernd vergleichbar wäre.

Und noch eine banale Anmerkung zum Schluss. Bewundernswert fand ich vor allem das Durchhaltevermögen von **Konrad Adenauer**, der 1963 schon 77 Jahre alt war, und im Auto stehend die ganze Tour mitgemacht hat. Wann haben die eigentlich mal etwas gegessen oder waren auf Toilette? Pausen gab es ja kaum.



Abschied auf dem Flughafen Tegel, in der Mitte Robert H. Lochner, Kennedys Dolmetscher, der mit ihm den berühmtesten Satz des letzten Jahrhunderts einstudierte.



Ein Abschied für immer.

Ed Koch
Screenshots: rbb



Dokumentation

Rede vor dem Rathaus Schöneberg



Meine Berliner und Berlinerinnen, ich bin stolz, heute in Ihre Stadt zu kommen als Gast Ihres hervorragenden Regierenden Bürgermeisters, der in allen Teilen der Welt als Symbol für den Kampf- und Widerstandsgeist West-Berlins gilt. Ich bin stolz, auf dieser Reise die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit ihrem hervorragenden Herrn Bundeskanzler besucht zu haben, der während so langer Jahre die Politik der Bundesregierung bestimmt hat nach den Richtlinien der Demokratie, der Freiheit und des Fortschritts.

Ich bin stolz darauf, heute in Ihre Stadt in der Gesellschaft eines amerikanischen Mitbürgers gekommen zu sein, General Clays, der hier in der Zeit der schwersten Krise tätig war, durch die diese Stadt gegangen ist, und der wieder nach Berlin kommen wird, wenn es notwendig werden sollte. Vor zweitausend Jahren war der stolze Satz, den ein Mensch sagen konnte, der: Ich bin ein Bürger Roms. Heute ist der stolze Satz, den jemand in der freien Welt sagen kann: Ich bin ein Berliner. Ich bin dem Dolmetscher dankbar, dass er mein Deutsch noch besser übersetzt hat. Wenn es in der Welt Menschen geben sollte, die nicht verstehen oder nicht zu verstehen vorgeben, worum es heute in der Auseinandersetzung zwischen der freien Welt und dem Kommunismus geht, dann können wir ihnen nur sagen, sie sollen nach Berlin kommen.

Es gibt Leute, die sagen, dem Kommunismus gehöre die Zukunft. Sie sollen nach Berlin kommen. Und es gibt wieder andere in Europa und in anderen Teilen der Welt, die behaupten, man könne mit dem

Kommunismus zusammenarbeiten. Auch sie sollen nach Berlin kommen.

Und es gibt auch einige wenige, die sagen, es treffe zwar zu, dass der Kommunismus ein böses und ein schlechtes System sei, aber er gestatte es ihnen, wirtschaftlichen Fortschritt zu erreichen. Aber lasst auch sie nach Berlin kommen.

Ein Leben in Freiheit ist nicht leicht, und die Demokratie ist nicht vollkommen. Aber wir hatten es nie nötig, eine Mauer aufzubauen, um unsere Leute bei uns zu halten und sie daran zu hindern, woanders hinzugehen.

Ich möchte Ihnen im Namen der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, die viele tausend Kilometer von Ihnen entfernt lebt, auf der anderen Seite des Atlantiks, sagen, dass meine amerikanischen Mitbürger stolz, sehr stolz darauf sind, mit Ihnen zusammen selbst aus der Entfernung die Geschichte der letzten 18 Jahre teilen zu können. Denn ich weiß nicht, dass jemals eine Stadt 18 Jahre lang belagert wurde und dennoch lebt in ungebrochener Vitalität, mit unerschütterlicher Hoffnung, mit der gleichen Stärke und mit der gleichen Entschlossenheit wie heute West-Berlin.



Die Mauer ist die abscheulichste und stärkste Demonstration für das Versagen des kommunistischen Systems. Die ganze Welt sieht dieses Eingeständnis des Versagens. Wir sind darüber keineswegs glücklich; denn, wie Ihr Regierender Bürgermeister gesagt hat, die Mauer schlägt nicht nur der Geschichte ins Gesicht, sie schlägt der Menschlichkeit ins Gesicht. Durch die Mauer werden Familien getrennt, der Mann von der Frau, der Bruder von der Schwester, und Menschen werden mit Gewalt auseinandergehalten, die zusammenleben wollen.



Was von Berlin gilt, gilt von Deutschland: Ein echter Friede in Europa kann nicht gewährleistet werden, solange jedem vierten Deutschen das Grundrecht einer freien Wahl vorenthalten wird. In 18 Jahren Frieden und der erprobten Verlässlichkeit hat diese Generation der Deutschen sich das Recht verdient, frei zu sein, einschließlich des Rechtes, die Familien und die Nation in dauerhaftem Frieden wiedervereinigt zu sehen, in gutem Willen gegen jedermann.

Sie leben auf einer verteidigten Insel der Freiheit. Aber Ihr Leben ist mit dem des Festlandes verbunden, und deshalb fordere ich Sie zum Schluss auf, den Blick über die Gefahren des Heute hinweg auf die Hoffnung des Morgen zu richten, über die Freiheit dieser Stadt Berlin und über die Freiheit Ihres Landes hinweg auf den Vormarsch der Freiheit überall in der Welt, über die Mauer hinweg auf den Tag des Friedens mit Gerechtigkeit. Die Freiheit ist unteilbar, und wenn auch nur einer verklavt ist, dann sind nicht alle frei. Aber wenn der Tag gekommen sein wird, an dem alle die Freiheit haben und Ihre Stadt und Ihr Land wieder vereint sind, wenn Europa geeint ist und Bestandteil eines friedvollen und zu höchsten Hoffnungen berechtigten Erdteiles, dann, wenn dieser Tag gekommen sein wird, können Sie mit Befriedigung von sich sagen, dass die Berliner und diese Stadt Berlin 20 Jahre die Front gehalten haben.

Alle freien Menschen, wo immer sie leben mögen, sind Bürger dieser Stadt Berlin, und deshalb bin ich als freier Mann stolz darauf, sagen zu können: Ich bin ein Berliner.

Deutsche Übersetzung der Rede John F. Kennedys vor der FU am 26. Juni 1963

Herr Bürgermeister, Herr Bundeskanzler, meine Herren Minister, Mitglieder der Fakultät und Studenten dieser Universität: Ich fühle mich geehrt, ganz plötzlich ein Absolvent dieser hervorragenden Universität zu werden. Natürlich ist jede Universität, wenn es sich um eine solche handelt, frei. Also sollte man annehmen, die Bezeichnung „Freie Universität“ sei überflüssig – nicht jedoch in West-Berlin. Ich bin stolz, dass ich heute hier weilen darf und für meine Landsleute mit dieser großen Stätte der Wissenschaft verbunden bin.

Da Bismarck einmal sagte, dass ein Drittel der Studenten an den deutschen Universitäten vor Überarbeitung zusammenbräche, ein weiteres Drittel an den Folgen ihres lustigen Studentenlebens zu leiden hätten, und dass das letzte Drittel Deutschland regiere, weiß ich nicht, welches Drittel der Studenten

sich heute hier versammelt hat, aber ich spreche ohne Zweifel zu den Männern, die in Zukunft die Geschichte dieses Landes leiten werden, und auch zu denen anderer freier Länder, die ihre Söhne und Töchter an diese Stätte der Freiheit geschickt haben, damit sie verstehen lernen, worum der Weltkampf geht.



Ich weiß, dass wenn sie diese Lehrstätte verlassen, sie sich nicht vorstellen können, dass diese Einrichtung von Bürgern der Welt, darunter auch Vertretern meines Landes, geschaffen und von den Bürgern West-Berlins weiterentwickelt wurde. Sie können sich ferner nicht denken, dass die Männer, die sie unterrichten, ihr Leben der Wissenschaft geweiht haben, nur um den Absolventen dieser Universität im Lebenskampf einen wirtschaftlichen Vorteil zu verschaffen. Diese Lehrstätte hat kein Interesse daran, nur Syndikuse und vereidigte Buchprüfer auszubilden. Woran sie Interesse hat, und das gilt für jede Universität, ist die Ausbildung von Weltbürgern – Menschen, die schwierige und heikle Aufgaben meistern, vor denen wir als freie Männer und Frauen stehen, sowie Menschen, die bereit sind, ihre Kraft in den Dienst des Fortschritts einer freien Gesellschaft zu stellen. Das ist der Grund, warum Sie hier sind, und weshalb diese Universität gegründet wurde, und wir alle aus ihr Nutzen ziehen.

Es ist eine Tatsache, dass in meinem Vaterland während der amerikanischen Revolution die Revolution und die Gesellschaft, die sich danach entwickelte, von einigen der größten Gelehrten in der amerikanischen Geschichte, die gleichzeitig zu unseren besten Politikern zählen, aufgebaut wurde. Sie glaubten, dass die Universität nicht nur eine Stätte der Studien sein soll, sondern fanden, sie sei ebenso ein Umschlagplatz.

Madison und Jefferson und Franklin und all die anderen, die die Vereinigten Staaten aufgebaut haben,



die unsere Verfassung schufen und sie auf eine gesunde Grundlage stellten, gaben uns allen ein Beispiel. Was auf mein Land zutrifft, trifft auch auf das Ihre und die Länder Westeuropas zu. Wie ein Amerikaner einmal vor hundert Jahren fragte: sollte denn John Milton griechische Verben in seiner Bibliothek konjugieren, während die Freiheit der Engländer gefährdet war? Es ist die Pflicht des Gelehrten, des Gebildeten, des Mannes oder der Frau, deren Talente die Gesellschaft entwickelt hat, an dem Aufbau einer Gesellschaft, die ihre Entwicklung gefördert hat, mitzuarbeiten. Sie verstehen das. Und ich verstehe es und bin stolz darauf, bei Ihnen zu sein.

Goethe, dessen Stadt ich gestern besucht habe, glaubte, dass Bildung und Kultur die Antwort auf internationalen Hader seien. Mit ausreichender Bildung, so meinte er, vergesse ein Gelehrter nationale Hassgefühle, „stehe er über den Nationen und empfinde das Wohlergehen oder die Sorgen eines Nachbarvolkes, als seien sie seine eigenen“. Dies ist die Art von Gelehrten, die die Freie Universität heranbildet. In den 15 stürmischen Jahren seit Gründung dieses der Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit verschriebenen Instituts hat sich vieles geändert. Die Immatrikulation der Universität hat sich um das Siebenfache vermehrt, und verwandte Lehranstalten wurden gegründet.

West-Berlin ist einer Blockade, es ist Drohungen und Schikanen ausgesetzt gewesen – aber es wird immer bedeutender in seiner Industrie, seiner Kultur, seinen Dimensionen – und in den Herzen der freien Menschen. Deutschland ist anders geworden. Westeuropa und in der Tat die ganze Welt sind anders geworden. Aber diese Universität hat jenen drei Idealen ihre Treue bewahrt – Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit. Es ist daher meine Absicht, über die Zukunft dieser Stadt kurz im Sinne dieser drei verpflichteten Forderungen zu sprechen. In den Worten, die ich vor kurzer Zeit im Herzen der Stadt sprach, habe ich die Verpflichtung meines Landes für die Freiheit West-Berlins bekräftigt und unserem Vertrauen auf seine Bevölkerung und ihren Mut neuen Ausdruck verliehen.

Der Schild militärischer Verpflichtung, mit dem wir zusammen mit den anderen beiden Großmächten die Freiheit West-Berlins schützen, wird nicht gesenkt oder weggelegt werden, solange er gebraucht wird. Aber hinter diesem Schild darf man nicht nur auf der Stelle treten und in Erwartung besserer Zeiten den Status quo aufrechterhalten. In einer Zeit der Herausforderungen – und in den letzten vier Jahren hat

die Welt außerordentliche Herausforderungen erlebt, deren Bedeutung wir noch nicht einmal ganz begreifen können – und erst wenn Geschichte und Zeit darüber hinweggegangen sind, können wir die Bedeutung der Ereignisse seit Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre einschätzen.

In einer Situation des Wandels und der Herausforderung, in einer Ära dieser Art hat jeder Bewohner West-Berlins die Pflicht, seinen Standpunkt zu überdenken und zu überlegen, welches Ziel die Stadt ansteuert und wie sie am besten dorthin gelangt. Der Gelehrte, der Lehrer und der Intellektuelle haben eine höhere Verpflichtung als alle anderen, denn die Gesellschaft hat sie zur Führung ausgebildet, im Denken sowohl als auch im Handeln. Diese Gemeinschaft hat sich diesem Ziel verschrieben und Sie haben die besondere Verpflichtung, zu denken und die Zukunft dieser Stadt mitzugestalten – und zwar im Sinne von Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit.

Erstens nun, was erfordert die Wahrheit? Sie verlangt von uns, dass wir den Tatsachen ins Auge sehen, dass wir uns von Selbsttäuschung frei machen, dass wir uns weigern, in bloßen Schlagworten zu denken. Wenn wir für die Zukunft dieser Stadt arbeiten wollen, dann lassen Sie uns mit den Gegebenheiten fertig werden, so wie sie wirklich sind, nicht so, wie sie hätten sein können und wir sie uns gewünscht hätten.

Die Wiedervereinigung wird, wie ich glaube, eines Tages Wirklichkeit werden. Die Lehren der Geschichte stützen diese Annahme, ganz besonders die der Geschichte der letzten 18 Jahre. Die stärkste Kraft in der heutigen Welt ist die Kraft des Staates, der Gedanke des Nationalismus eines Volkes, und in Afrika, Lateinamerika und Asien – auf der ganzen Erde – sind neue Staaten geboren worden, die entschlossen sind, ihre Freiheit zu verteidigen. Das ist eine der stärksten Kräfte auf Seiten der Freiheit, und es ist mir eine große Befriedigung, dass so viele Länder Westeuropas dies erkannt und sich entschlossen haben, mit diesem Strom zu gehen. Und so hat dieser Strom uns und nicht unseren Feinden gedient. Aber wir alle wissen, dass dem Osten dieser Stadt und dieses Landes ein Polizeistaatsregime aufoktroziert worden ist. Die friedliche Wiedervereinigung Berlins und Deutschlands wird daher weder rasch erfolgen noch leicht sein. Wir müssen erst andere dazu bringen, dass sie ihre eigenen wahren Interessen besser begreifen, als sie es heute tun. Was auf lange Sicht den Ausschlag geben wird, sind die realen Gegebenheiten der Stärke des Westens, die realen



Gegebenheiten der westlichen Verpflichtung, die realen Gegebenheiten Deutschlands als Nation und als Volk, ohne Rücksicht auf künstliche Grenzen aus Stacheldraht. Dies sind die realen Gegebenheiten, auf die wir bauen und auf denen die Geschichte sich bewegen wird – und auch andere würden gut daran tun, sie anzuerkennen.

Und zweitens, was erfordert die Gerechtigkeit? Letzten Endes erfordert sie Freiheit, und darauf komme ich noch zu sprechen. Aber in der Zwischenzeit verlangt die Gerechtigkeit, dass wir tun, was wir können, um in dieser Übergangsperiode das Schicksal der Menschen auf der anderen Seite zu erleichtern und ihre Hoffnung am Leben zu erhalten. Es ist wichtig, dass für die Menschen in den stillen Straßen östlich von uns die Verbindung mit der westlichen Gesellschaft aufrechterhalten wird – mittels aller Berührungspunkte und Verbindungsmöglichkeiten, die geschaffen werden können, durch das Höchstmaß von Handelsbeziehungen, das unsere Sicherheit erlaubt. Vor allem aber, ob diese Menschen nun vom Westen viel oder wenig sehen – was sie sehen, muss so hell sein, dass es die Verzerrungen Lügen straft, die tagaus, tagein vom Osten losgelassen werden. Es gibt daher für Sie keine schönere Möglichkeit, als hier in West-Berlin zu bleiben, als Ihre Begabung und Ihre Fähigkeiten in den Dienst dieser Stadt zu stellen – und Ihren Nachbarn die lebendige Wirksamkeit der Demokratie zu zeigen, eine blühende Stadt voll Schaffenskraft, die all ihren Bewohnern Freiheit und ein besseres Leben für alle bietet.

Schon jetzt tragen Sie dazu Ihr Teil bei – durch Ihre Studiumsarbeit und durch Ihre Hingabe an die Sache der Freiheit, und so erwerben Sie sich die Bewunderung Ihrer Kommilitonen, wo immer diese auch herkommen.

Heute hatte ich Gelegenheit, all das selbst zu sehen. Ich habe Wohnhäuser und Fabriken und Geschäftsbauten, Handelsstätten und ein gut entwickeltes akademisches Leben in dieser Stadt gefunden. Ich habe die Menschen dieser Stadt gesehen und glaube, dass wir alle, die wir hierhergekommen sind, nun wissen, dass die Haltung dieser Stadt gut, der Lebensstandard hoch und das Vertrauen auf die Zukunft groß sind, und dass diese Stadt kein isolierter, von der Welt und dem Westen abgeschnittener Vorposten ist. Aus vielen Ländern kommen Studenten hierher, und ich hoffe, dass es noch mehr sein werden, ganz besonders aus Afrika und Asien.

Die Bundesrepublik Deutschland – wie wir das alle auf Grund unserer Besuche besser denn je zuvor

wissen – hat eine freie dynamische Wirtschaft nach dem Zusammenbruch und ein Bollwerk der Freiheit auf den Ruinen der Tyrannei errichtet. West-Berlin und Westdeutschland haben ihre Verpflichtung für die Freiheit des menschlichen Geistes, das Wohl der Gemeinschaft und den Frieden zwischen den Nationen unter Beweis gestellt. Sie bieten soziale und wirtschaftliche Sicherheit und Fortschritt für ihre Bürger. All das ist erreicht worden – und das ist das Bedeutende daran – nicht nur durch ihre industriellen Anlagen und Kapazität, sondern durch ihre Verpflichtung der Demokratie gegenüber.

Schließlich, was erfordert die Freiheit? Die Antwort liegt auf der Hand: ein geeintes Berlin in einem geeinten Deutschland – geeint durch freie Selbstbestimmung – und in Frieden lebend. Dieses Recht, nach freiem Ermessen zu wählen, ist kein Sonderverrecht, das nur die Deutschen beanspruchen. Es ist ein Grunderfordernis menschlicher Gerechtigkeit. Es ist deshalb ein Ziel, das wir nie aufgeben werden, und es ist ein Ziel, das sehr wohl am besten im Rahmen einer Wiederherstellung des größeren Europa erreicht werden könnte – zu beiden Seiten der harten Trennungslinie, die es jetzt in zwei Teile teilt. Diese Idee ist im Westen der Nachkriegszeit nicht neu. Außenminister Marshall wurde kurz nach seiner berühmten Rede an der Harvard – Universität, in der er auf Hilfe für den europäischen Wiederaufbau drang, gefragt, welches Gebiet sein Vorschlag umfassen solle, und er antwortete – ich zitiere ihn wörtlich – er bediene sich der „allgemein akzeptierten geographischen Definition Europas westlich von Asien“. Die von ihm angebotene Hilfe und Freundschaft wurden zurückgewiesen – aber es ist nicht zu spät, um noch einmal in gesamt-europäischen Begriffen zu denken. Der Wind der Änderung weht über den eisernen Vorhang und die übrige Welt hinweg. Die Sache der Menschenrechte und Menschenwürde gibt noch 200 Jahre nach ihrer Geburt in Europa und den Vereinigten Staaten Menschen und Nationen zunehmenden Auftrieb. Die farbigen Bürger meines Landes haben ihre Forderung nach Gleichheit verstärkt – und das amerikanische Volk und die amerikanische Regierung sind dabei, ihre Forderung zu erfüllen. Das Tempo der Entkolonialisierung in Afrika hat sich beschleunigt. Die Völker der sich entwickelnden Länder haben ihr Streben nach sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit verstärkt.

Nach 18 Jahren der Unterdrückung sind selbst die Völker Osteuropas für eine Änderung nicht unempfänglich. Die Wahrheit stirbt nicht. Das Verlangen



nach Freiheit lässt sich niemals gänzlich ersticken. Noch nach 45 Jahren Parteidiktatur spürt das Volk der Sowjetunion die Kraft der historischen Evolution. Die strengen Regeln des Stalinismus gelten offiziell als bankrott. Wirtschaftliche und politische Variationen und Abweichungen zeigen sich z. B. in Polen, in Rumänien und der Sowjetunion selbst. Die Betonung wissenschaftlicher und industrieller Errungenschaften war von zunehmender Bildung und geistigen Gärungsprozessen begleitet. Tatsächlich erfordert die Natur der modernen technisierten Gesellschaft menschliche Initiative und Verschiedenheit freien menschlichen Geistes. Die Geschichte selbst steht dem marxistischen Dogma entgegen und geht nicht mit ihm. Auch sind derartige Systeme nicht in der Lage, mit den Anforderungen der modernen Marktwirtschaft und den verschiedenen Kräften modernen Konsums in einer hochentwickelten Gesellschaft fertig zu werden.

Kurz gesagt, diese dogmatischen Polizeistaaten sind ein Anachronismus ebenso wie die Teilung Deutschlands und Europas dem Strom der Geschichte entgegengesetzt ist. Das neue Europa des Westens – ein dynamisches, vielfältiges und demokratisches Europa – muss auf die Völker im Osten eine stetig wachsende Anziehungskraft ausüben. Und wenn die Möglichkeiten einer gütlichen Einigung in Erscheinung treten, dann werden wir im Westen es klar machen, dass wir keinem Volk und keinem System feindlich gegenüberstehen, solange diese ihr eigenes Schicksal bestimmen, ohne andere an ihrer freien Wahl zu hindern. Auf beiden Seiten werden Wunden zu heilen sein, wird Misstrauen beseitigt werden müssen. Die Unterschiede des Lebensstandards müssen ausgeglichen werden, aber nach oben, nicht nach unten. Faire und wirksame Abkommen, um dem Wettrüsten ein Ende zu machen, müssen erreicht werden. Diese Änderungen werden nicht heute oder morgen kommen, aber wir müssen in unseren Bemühungen um eine wirkliche Lösung unablässig fortfahren.

Wie ich heute Vormittag sagte, bin ich nicht von den Möglichkeiten beeindruckt, die sich auf der Welt für Volksfronten eröffnen. Ich glaube nicht, dass ein Demokrat mit Erfolg auf diesem Tiger reiten kann; woran ich glaube, ist die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Großmächte zur Rettung des Menschen als Gattung, da wir sonst vernichtet werden können. Dieser Prozess lässt sich nur durch die wachsende Einheit des Westens fördern, und wir müssen alle auf dieses Ziel hinarbeiten. Einigkeit macht stark, und

das ist der Grund, warum ich auf diesen Kontinent komme – die Einigkeit dieses Kontinents. Jegliche Uneinigkeit oder Schwäche erschwert nur unsere Aufgabe. Und der Westen kann nicht aus einer Situation der Uneinigkeit und Ungewissheit und des Wettstreits heraus über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands verhandeln. Kurz gesagt, nur wenn sie eine angemessene Zeit lang sehen können, dass wir stark und einig, dass wir wachsam und entschlossen sind, nur dann ist es wahrscheinlich, dass die anderen von ihrem Kurs der bewaffneten Aggression oder der Unterwühlung ablassen werden. Nur dann werden ernstgemeinte für beide Teile annehmbare Vorschläge zur Verminderung der feindseligen Gegensätze eine Erfolgchance haben.

Es ist kein leichter Kurs. Es gibt keinen leichten Kurs zur Wiedervereinigung Deutschlands und Wiederherstellung Europas. Aber das Leben ist niemals leicht. Es gibt Arbeit, die getan werden muss, und Verpflichtungen, die erfüllt werden müssen – Verpflichtungen der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Freiheit.

07) Nicht alles, was möglich ist, muss gemacht werden. Von Ed Koch



Nicht alles, was möglich ist, muss gemacht werden

Das Grundgesetz umfasst insgesamt 202 Artikel. Ziemlich weit vorn, Nr. 14 und 15, regelt, dass der Staat zum „Wohle der Allgemeinheit“ „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel“ zum Zwecke der Vergesellschaftung enteignen kann. Natürlich gegen eine Entschädigung, die „unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen“ ist. „Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.“ Gibt es eigentlich auch unordentliche Gerichte?

Unter Leitung der ehemaligen Justizministerin **Herta Däubler-Gmelin** hat eine Expertenkommission seit dem 29. April 2022 daran gearbeitet, festzustellen, dass das, was im Grundgesetz steht, möglich ist. Donnerwetter. Im September 2021 stimmten fast 60 Prozent der Teilnehmenden beim Volksentscheid für die Enteignung von Immobilienunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin.



Der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** sagte laut **rbb24** zu, dass der Senat nun ein Rahmengesetz zur Vergesellschaftung erarbeiten werde. Wegner fügte jedoch auch hinzu: „Ich halte Vergesellschaftung weiter für den falschen Weg, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.“

Bausenator **Christian Gaebler** betonte, „dass Vergesellschaftung keine Enteignung sei, weil in beiden Fällen unterschiedliche Entschädigungszahlungen fällig würden. Das Rahmengesetz, das nun erarbeitet werden soll, werde auch nicht nur Wohnraum, sondern alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge betreffen.“ Foto: kai-wegner.de

Das ist äußerst feinsinnig, weil den Betroffenen egal sein dürfte, ob ihr Besitz enteignet oder vergesellschaftet wird. Am Ende findet ein Eigentümerwechsel statt, sie sind raus, haben dafür aber mehr Geld auf dem Konto. Der Autor dieses Beitrages meint, dass die ganze Geschichte am Geld scheitern wird. Wer soll das bezahlen? Milliarden werden gebraucht, um aus dem Land der sozialen Marktwirtschaft ein sozialistisches zu machen, in dem allen alles gehört, aber keinem nichts.

Natürlich sollen alle Bereiche der Daseinsvorsorge staatlich kontrolliert werden. Ob allerdings der Staat als Unternehmer taugt, darf bezweifelt werden. Die Liste des Versagens ist lang. Bei Staatsbetrieben fällt einem auf Anhieb zuerst immer ein, dass diese ein Endlager für verdiente Genossen oder Parteifreunde sind. Bei der früheren BEWAG, dem damaligen Sender Freies Berlin oder der Deutschen Bahn fallen einem sofort einige Namen bedeutender Unternehmerpersönlichkeiten ein, die sich zuvor in den Parteien profiliert haben.

Keine einzige Wohnung wird durch eine Vergesellschaftung neu entstehen. Das ist eine Binsenweisheit, die jeder kennt. Es werden ohnehin immer weniger neue Wohnungen entstehen, weil niemand mehr bereit sein wird, die immensen Baukosten aufzubringen. Natürlich ist es schön, in einer Wohnanlage zu leben, wo der Quadratmeter 6,50 Euro kostet. Aber jeder weiß doch, dass dies nur möglich ist, weil der Nachbar zwischen zehn und 20 Euro bezahlt. Die Besserverdienenden finanzieren die weniger gutverdienenden Bürger mit. Genauso läuft es bei der Krankenversorgung. Ein Arzt, der 50 privat Versicherte hat, kann sich auch um 100 gesetzlich Versicherte kümmern. Das nennt man, glaube ich, Solidargemeinschaft. Darauf basiert fast alles in unserem Staat, bis hin zur Rente.

Es mag für die Initiatoren der Kampagne schön sein, wenn in ihren Büros heute die eine oder andere Flasche Rotkäppchen Sekt geköpft werden kann, aber was bringt das den Menschen? Der Wohnungsmarkt, ja, es ist ein Markt, und zwar einer der größten im Land überhaupt, muss anders geregelt werden als über Vergesellschaftungen. Den landeseigenen Wohnungsgesellschaften fällt dabei eine besondere Rolle zu. Über diese muss der Staat dafür sorgen, dass den Menschen ein für sie bezahlbarer Wohnraum angeboten werden kann. Und zwar nicht nur in Ghettos am Stadtrand, sondern ein bisschen näher an den wohlhabenden SUV- und E-Bike-Fahrern.

Auch wenn die Vergesellschaftung nur große Wohnungsunternehmen betreffen soll, werden sich andere fragen, ob sie es sich antun wollen, in Berlin zu bauen. So wie der Strompreis nicht billiger wird, weil das Stromnetz für zwei Milliarden Euro wieder in die kommunale Hand zurückgeführt wurde, werden auch die Mieten nicht sinken.

Zum Schluss möchten wir Ihnen noch zwei Presseerklärungen gegenüberstellen. Die eine von **Bündnis 90/Die Grünen** und die zweite vom **BBU, Verband**

**Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen.**

Katrin Schmidberger, Sprecherin für Wohnen und Mieten sagt: „Der Abschlussbericht bestätigt die politische Machbarkeit sowie Finanzierbarkeit von Vergesellschaftung. Gerade weil die Vergesellschaftung von Wohnraum juristisches Neuland ist,

war es richtig, eine Expert*innenkommission einzurichten, die die rechtlichen Wege und Möglichkeiten einer Vergesellschaftung untersucht. Foto: Grüne Fraktion

Anders als beim Mietendeckel sieht die Kommission eine Zuständigkeit des Landes Berlin als sicher gegeben. Sie ist demnach auf große private Wohnungsunternehmen anwendbar und mit der Berliner Verfassung vereinbar. Bemerkenswert ist, dass die Vergesellschaftung als mildestes Mittel ‚für die Zwecke des Allgemeinwohls‘ bewertet wird. Eine Entschädigung muss dabei nicht nach dem Verkehrswert, sondern kann mindestens deutlich darunter oder sogar nach Vorgaben einer sozialen Bewirtschaftung der Bestände erfolgen.

Die Kommission spielt den Ball nun zurück an die Politik. Ein Umsetzungsgesetz für die Vergesellschaftung von Wohnungsunternehmen muss die Antwort des Senats auf den Abschlussbericht sein. Eine Verzögerung der Umsetzung würde auch das Vertrauen in das politische System beschädigen. Gerade die SPD hatte sich per Beschluss verpflichtet, sollte die Vergesellschaftung von Wohnraum für Berlin möglich sein, den Volksentscheid auch umzusetzen. Jetzt muss die SPD-Fraktion beweisen, dass Parteitagebeschlüsse und damit die sozialdemokratische Handschrift in der Koalition auch wirklich zählen.

Und auch die CDU muss ihre ideologischen Scheuklappen absetzen und darf sich dem Abschlussbericht nicht verweigern. Sie steht als stärkste Fraktion in der Verantwortung, das mehrheitliche Votum der Berliner*innen zu respektieren. Zudem kann es nicht sein, dass sie ein Herz für Enteignungen bei Autobahnen hat, während sie Mieter*innen dieses Instrument ideologisch verweigert.

Der Druck auf dem Wohnungsmarkt wird weiter zunehmen, auch weil die bestehenden Instrumente, wie im Bundesmietrecht oder das kommunale Vorkaufsrecht, seit Jahren eben nicht geschärft oder wieder hergestellt werden im Sinne der Mieter*

innen. Auch bestehende Landesgesetze gegen Leerstand und Abriss werden in den nächsten Jahren durch Schwarz-Rot voraussichtlich nicht verbessert. Nur ein mehrheitlich gemeinwohlorientierter Wohnungsmarkt kann dauerhaft bezahlbare Mieten und eine soziale Wohnraumversorgung für die Berliner*innen erreichen.

Auch deshalb muss das Instrument Vergesellschaftung jetzt in ein Gesetz gegossen werden. Der Senat sollte hierzu einige Expert*innen der Kommission sowie weitere Expert*innen aus der Wohnungswirtschaft bei der Gesetzesarbeit einbinden.“ Was würden bloß CDU und SPD ohne die klugen Ratschläge der Grünen machen.



Maren Kern, Vorstandin des BBU, Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. erklärt: „Die noch vom zwischenzeitlich abgewählten Vorgängerschat eingesetzte Expertenkommission hat ein erwartbares Ergebnis übergeben. Bereits seit dem

Zwischenbericht vom Dezember letzten Jahres war klar, wohin die Reise gehen würde: dass die Kommission eine Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen für machbar hält. Der heute vorgelegte Endbericht ändert trotzdem nichts an ganz grundlegenden Zweifeln an der Zulässigkeit eines solchen Schritts.

Sogar innerhalb der Kommission gab es bei zentralen Punkten Unsicherheit bis hin zum Dissens, beispielsweise bei der Frage der Entschädigungshöhe und der Verhältnismäßigkeit einer Vergesellschaftung. Diese Uneinigkeit verwundert auch nicht, weil die Kommission nur akademisch über rechtstheoretische Fragen und nicht über ein konkretes Gesetzesvorhaben diskutiert hat. Foto: BBU

Deshalb bleiben wir bei unserer Überzeugung: eine Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen ist weder mit dem Grundgesetz noch der Berliner Landesverfassung vereinbar, noch wäre sie finanzierbar. Sie würde mit der willkürlich gegriffenen Grenze von 3.000 Wohnungen gegen das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes ebenso verstoßen wie gegen das verfassungsmäßige Verhältnismäßigkeitsgebot, weil außer einer Vergesellschaftung in Form beispielsweise von Neubauförderung mildere Mittel zum Erreichen des Ziels eines ent-



spannten Wohnungsmarkts zur Verfügung stünden. Außerdem sind wir weiterhin der Überzeugung, dass die Berliner Landesverfassung, die 1995 per Volksabstimmung angenommen worden ist, damals aus gutem historischem Grund das Mittel der Vergesellschaftung gar nicht vorsieht. Deshalb gehen Teile der Kommission auch davon aus, dass für ein Landesvergesellschaftungsgesetz eine Verfassungsänderung notwendig wäre. Und auch bei den Kosten gehen wir nach wie vor davon aus, dass – wie es auch die offizielle Kostenschätzung des Landes von 2019 herausgearbeitet hat – auf das Land Entschädigungskosten von bis zu zwischen rund 29 und 36 Milliarden Euro zukommen würden.

Für Berlin heißt der Endbericht und die nun beginnende Arbeit an einem Vergesellschaftungsrahmen-gesetz vor allem: ein weiterer gravierender Zeitverlust für eine auf Neubau ausgerichtete, das Wachstum der Stadt abbildenden Wohnungspolitik sowie sinkende Investitionen in den dringend notwendigen Neubau und Klimaschutz. Deshalb wäre eine Vergesellschaftung auch der völlig falsche Weg, um die großen Probleme am Berliner Wohnungsmarkt zu lösen. Berlin als stark wachsende Stadt braucht ein entsprechend wachsendes Wohnungsangebot. Das entsteht aber nur durch Neubau, nicht durch Enteignungen. Wir sind davon überzeugt, dass am Ende dieses Weges weniger Neubauwohnungen sowie ein weiteres verfassungsgerichtlich als klar grundgesetzwidrig verworfenes Berliner Gesetz stehen wird."

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

08) Neuer Job für Christine Richter. Von Ed Koch



Neuer Job für Christine Richter



Das Protokoll der Senatssitzung von heute ist überdurchschnittlich lang. 18 Seiten, das ist selten. Zwischen so aufregenden Tagesordnungspunkten wie „Verfassungsschutzbericht“, „Reichsbürger und Selbstverwalter“, „Verfassungsschutzrelevante

Staatsdelegitimierung“, „Islamismus“, „Linksextremismus“ und „Verkehrssenatorin Manja Schreiner legt neuen Entwurf für den Abschnitt Wirtschaftsverkehr im Mobilitätsgesetz vor“, und vor Themen wie „Senat beschließt Personalpolitisches Aktionsprogramm 2022/2023 – Evers: Müssen jetzt Weichen stellen, um auch 2030 attraktiver Arbeitgeber zu bleiben“, „Rettung der Krisenhäuser“ und „Evaluation des Toilettenkonzepts soll offene Bedarfe aufzeigen“, ist folgender Hinweis zu lesen:

„Neue Sprecherin des Senats wird **Christine Richter**, Pressesprecher in der Senatskanzlei wird **Michael Ginsburg**.“ Dass Ginsburg nur kommissarisch tätig war, stand auf seinem Namensschild bei Pressekonferenzen und dass Richter Senatssprecherin wird, wussten nicht nur Insider. An die Funktion eines „Sprechers in der Senatskanzlei“ können sich ehemalige Mitarbeiter der Senatskanzlei, die wir befragt haben, nicht erinnern. Aber, der frühere CDU-Sprecher Ginsburg, ein wirklich netter Typ, muss ja auch irgendwo bleiben.

Aus langer guter Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Frau Richter, gönnen wir ihr nicht nur diesen neuen Job, sondern gratulieren auch von Herzen. Ihr plötzlicher Abgang bei der Morgenpost kam für sie, ihre Kollegen beim Blatt und vielen anderen, sehr überraschend. An einem Tag versandte sie noch ihren Newsletter, am nächsten war sie plötzlich weg. Ein merkwürdiger Umgang mit Mitarbeitern bei Funke. Am 6. April 2023 teilte der Verlag mit: „Berliner Morgenpost erhält neue redaktionelle Führung. **Jörg Quoos** wird Herausgeber. **Christine Richter** gibt das Amt der Chefredakteurin (unfreiwillig, Anm.d. Red.) ab. Nachfolge wird in den kommenden Wochen bekanntgegeben.“ Inzwischen sind zwölf Wochen vergangen und nichts hat sich getan.

„Auf Vorlage des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, **Kai Wegner**, hat der Senat in seiner Sitzung am 27. Juni 2023 zum 1. Juli 2023 eine neue Sprecherin des Senats und einen Pressesprecher in der Senatskanzlei ernannt.“, steht im Protokoll.

„Ich freue mich sehr, eine der profiliertesten politischen Journalistinnen in Berlin für diese Aufgabe gewonnen zu haben“, sagte der Regierende Bürgermeister. **Christine Richter** sei seit Jahren eine hervorragende Kennerin der Berliner Landespolitik und in der Stadt bestens vernetzt. Die neue Senatssprecherin wird auch Chefin des Presse- und Informationsamts des Landes Berlin in der Senatskanzlei.

„Es ist mir eine große Ehre, diese Aufgabe zu übernehmen“, sagte **Christine Richter**. Nach vielen Jahren als Journalistin freue sie sich auf die neue berufliche Herausforderung im Berliner Senat. „Das Beste für Berlin“, das sich der Berliner Senat im Koalitionsvertrag vorgenommen habe, sei auch für sie persönlich Motivation und Ziel.

Wegner: „Ich danke **Michael Ginsburg** für die hervorragend geleistete Arbeit als kommissarischer Sprecher des Senats und freue mich sehr, dass er als Pressesprecher in der Senatskanzlei weiterhin eine wichtige Rolle in der Kommunikation der Regierungsarbeit haben wird.“

Stellvertretende Sprecherin des Senats ist **Lisa Friedrichs**. Sie ist zugleich Sprecherin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe.

Zur Person: Christine Richter, seit 1985 in Berlin zu Hause, war zuletzt fünf Jahre lang Chefredakteurin der Berliner Morgenpost, für die sie insgesamt 15 Jahre lang tätig war. Von 1991 bis 2008 arbeitete sie als Redakteurin und Leiterin der Landespolitik bei der Berliner Zeitung. Im Jahr 1990 bis Anfang 1991 war sie Sprecherin der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung in Berlin.

Nachdem nun alle untergebracht sind, kanns ja losgehen, mit den Besten für Berlin.

Ed Koch

Foto: Christian Schulz

09) Da kommen einem die Tränen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-22

27. Juni 2023

48. Jahrgang

Da kommen einem die Tränen



Screenshot rbb24 Abendschau

Wenn es nicht so läuft, wie es sich die Grünen vorstellen, ist das Gejammer groß. Acht Grüne Verkehrsstadträte auf dem Weg zum Gespräch mit der Senatorin. Acht von zwölf lässt leicht erkennen, wo die Grünen ihren Schwerpunkt sehen. Im Umbau der Stadt.



Screenshot rbb24 Abendschau

Auf Teufel komm raus werden zum Teil überdimensionierte eingepollerte Radwege gebaut. Grüne Politiker sollten sich mal in ein Taxi setzen und den Tempelhofer/Mariendorfer Damm vom Rathaus bis nach Alt-Mariendorf fahren lassen. Was sie da zu hören bekommen, dürfte ihnen nicht gefallen.

Nun hat es die neue Verkehrssenatorin der CDU gewagt, die Grünen Projekte in Frage zu stellen. Das kommt einer Gotteslästerung gleich. Zerknirscht stehen die Grünen Stadtplaner vor der Abendschau-Kamera und beklagen das Vorgehen der Senatorin. Apropos beklagen: Die Deutsche Umwelthilfe, die nicht wenig Geld mit Abmahnungen verdient, will gegen bereits zurückgenommene Radwege klagen. Und unterstellt der CDU keine vernünftigen Ziele,

sondern reine Ideologie. An dieser Stelle kommen einem dann nur noch die Tränen vom Lachen. Wenn jemand in Berlin ideologiegeprägte Verkehrspolitik macht, dann doch wohl die Grünen.

So, nun kommt also alles auf den Prüfstand. Na und? SPD und Linke haben die Grünen während ihrer gemeinsamen Zeit im Senat gewähren lassen. Jetzt wird es Zeit, mal nachzuschauen, ob alles wirklich sinnvoll ist. SPD-Chef **Raed Saleh** soll mal nicht so dicke Backen machen und der CDU ein „Kommunikationsdesaster“ vorwerfen. Er sollte lieber in sich gehen.

Die SPD hat es zugelassen, dass die CDU das Verkehrsressort übernehmen kann. Was haben die Genossen eigentlich erwartet? Dass der Wahnsinn der Stadtverschandelung unter der CDU weitergeht? Obwohl ich strickt gegen die Wahlwiederholung in allen Stimmbezirken war, finde ich langsam Gefallen am Ergebnis. Es wurde Zeit, dass sich der Grünen Verkehrsplanung mal jemand entgegensetzt.

Es geht um eine gerechte Verteilung der Flächen. Der ideologische Kampf der Grünen gegen die Autofahrer ist nicht zielführend. Immer mehr Parkplätze wegfallen zu lassen, führt nicht dazu, dass Autos abgeschafft werden. Irgendwo tauchen sie immer wieder auf. Und solange der ÖPNV nur bedingt eine Alternative darstellt, verzichten viele Menschen eben nicht auf ihr Auto. Sie stehen lieber lange im Stau als sich in vollgestopfte Busse und Bahnen zu begeben, in denen keine Duftbäumchen wie im eigenen Auto hängen. Von den aufdringlichen Verkäufern der Obdachlosenzeitungen wird man im eigenen Auto auch nicht belästigt.

Ich bin gestern von Schöneberg zum Brandenburger Tor nur fünf Stationen gefahren und habe einen durchgeknallten Mann mit Gitarre erlebt, der sich zu einer Passagierin setzte und ihr etwas vorklumperte, und einen Zeitungsverkäufer, dessen Strategie es ist, die Leute anzupöbeln, um sein Produkt zu verkaufen. Nicht erwähnt werden muss, dass keiner von beiden auch nur einen Cent verdient hat.

Die Grünen sollten ihre Energie daraufsetzen, den ÖPNV zu verbessern. Die BVG-Busse werden es nicht einfacher haben, wenn die Fahrradpläne in der Schöneberger Hauptstraße umgesetzt werden.

Irgendjemand sagte mal, wenn sich durch Wahlen etwas ändern würde, hätte man sie schon längst abgeschafft. Schön, dass auch mal das Gegenteil bewiesen werden kann.

Ed Koch

10) Kennedy Forum. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-21

26. Juni 2023

48. Jahrgang

Kennedy Forum

Mit einem Empfang in der US-Botschaft am Brandenburger Tor endeten die Feierlichkeiten zum 60sten Jahrestag der Kennedy-Rede. Am Samstag, dem 24. Juni 2023, fand vor dem Rathaus Schöneberg ein großes Bürgerfest statt, bei dem die US-Botschafterin **Amy Gutmann**, der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner**, Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** und **Timothy Shriver**, ein Neffe Kennedys, sprachen. Wer sich die Veranstaltung anschauen möchte, kann dies über diesen Link tun.

<https://www.youtube.com/watch?v=BT1T2J1ZZsI>



Am Nachmittag des 26. Juni 2023 enthüllte Botschafterin **Amy Gutmann** ein Portrait von **John F. Kennedy**, das der renommierte US-Künstler **Shepard Fairey** angefertigt hatte. Es bildet den Mittelpunkt in dem neu gestalteten Kennedy-Forum in der Botschaft am Pariser Platz.

In ihrer Rede unterstrich Botschafterin Gutmann, welche historische Bedeutung Kennedys Besuch und seine Rede im Jahr 1963 für die Aufrechterhaltung der Sicherheit West-Berlins auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges hatte.

Sie sagte: *„Tatsächlich ist dieser aus vier Worten bestehende Satz inzwischen eines der berühmtesten Zitate des vergangenen Jahrhunderts. Diese vier Worte waren nicht nur ein Versprechen an die Berlinerinnen und Berliner – sie waren auch eine deutliche Botschaft an alle Menschen auf der ganzen Welt, dass die Amerikanerinnen und Amerikaner immer denjenigen zur Seite stehen würden, die nach Freiheit und Demokratie streben. Auch heute, 60 Jahre danach, haben diese Worte nichts an Relevanz*

eingebüßt, während Amerikanerinnen und Amerikaner, Deutsche und Menschen aus aller Welt die Ukraine angesichts des unmoralischen und unbegründeten von Herrn Putin geführten Kriegs unterstützen.“

Fairey fügte hinzu: *„Dieses Portrait von Präsident John F. Kennedy greift seine Vision von globaler Demokratie und der Überwindung humanitärer Bedrohungen und insbesondere die Hoffnung und Freiheit auf, die er weltweit entstehen ließ. Ich glaube daran, dass Kunst auf großartige Weise Gespräche in Gang bringen kann, die sonst vielleicht nie stattfinden würden. Es ist mir eine Ehre, Teil des Jahrestages dieser einflussreichen Rede zu sein.“*

In einer Videobotschaft sagte **Caroline Kennedy**, US-Botschafterin in Australien und John F. Kennedys Tochter: *„Präsident Kennedy kam auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges nach Berlin. Er stellte sich vor, dass Berlin eines Tages frei, Deutschland geeint und Europa ein Kontinent in Frieden sein würde. Dieses Versprechen konnte Wirklichkeit werden, weil Demokraten zusammengearbeitet haben. Und mein Vater wäre sehr stolz gewesen, einen Beitrag zu dieser historischen Entwicklung geleistet zu haben.“*

An der Veranstaltung in der Botschaft nahm auch Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** teil, dem die Botschafterin sehr herzlich für die Ausrichtung der Veranstaltung am 24. Juni vor dem Rathaus Schöneberg dankte.



Zu den Gästen gehörte auch **Anita Lochner**, die Tochter von **Robert H. Lochner**, der mit Kennedy im Büro von **Willy Brandt** jene vier Worte auf Deutsch einübte, die Weltgeschichte schrieben.

Ed Koch (auch Fotos) Quelle: US-Botschaft

1

11) Singe, wem Gesang gegeben. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-19

25. Juni 2023

48. Jahrgang

Singe, wem Gesang gegeben



Schon zum vierten Mal lud die **Stiftung Schloss Neuhardenberg** in diesem Jahr zu einem Treffen von Vertretern des Singer-Songwritings ein. Auch dieses Mal war das Verständnis des Genres weit gefasst, um davon eine möglichst große Bandbreite präsentieren zu können. Unter der Leitung des Komponisten, Textdichters und Sängers **Klaus Hoffmann** begaben sich sechs Liedpoeten ganz unterschiedlicher Art auf die Neuhardenberger Open-Air-Bühne auf der Kastanienwiese, um ihr je eigenes Verständnis dieser Kunst zu zeigen.



Die Herausforderung für die Künstler bestand natürlich nicht in der Programmgestaltung, sondern in der Anreise am Freitag. Im strömenden Regen kamen sie aus allen Teilen des Landes. **Klaus Hoffmann** und seine Frau **Malene** brauchten vier Stunden von Berlin nach Neuhardenberg, **Katja Ebstein** sogar 14 Stunden aus Bayern. Bei der Veranstaltung am Samstag, dem 24. Juni 2023, war der Stress bei strahlendem Sonnenschein und 24 Grad schnell vergessen. Die 600 Gäste konnten sich in ihren Gartenstühlen bequem zurücklehnen und die Musik genießen.



Die Herausforderung für die Zuschauer war allerdings die Länge der Veranstaltung. Um kurz nach 14:00 Uhr eröffnete **Klaus Hoffmann** in seiner gewohnt charmanten und empathischen Art das Programm, nicht allein mit Worten, sondern auch mit ein paar Liedern. Um 22:30 Uhr sagte er dann „Gute Nacht!“ Unterbrochen wurde die Veranstaltung lediglich von zwei rund 30-minütigen Pausen.

Klaus Hoffmann und seinem Team ist es gelungen, großartige Künstler nach Neuhardenberg einzuladen. Am Ende des Auftritts seiner Gäste ließ er es sich nicht nehmen, noch mit ihnen gemeinsam ein Lied zu singen. Nachfolgend stellen wir Ihnen die Sängerinnen und Sänger vor.



Sarah Lesch, Gesang, Gitarre, Ukulele und **Sascha Stiehler**, Klavier.

Mit ihrem Hit Testament erreichte **Sarah Lesch** ein Millionenpublikum. Nach nunmehr fünf Alben und zahlreichen Auszeichnungen gehört sie zu den wichtigsten Protagonistinnen der neuen deutschen Liedermacherszene. Ihre lyrischen und

feinsinnigen Songs beobachten den Alltag und die Welt aus einer Perspektive, die immer nah am Geschehen ist und sich nicht scheut, auch bei unbequemen Themen genau hinzuschauen.

In ihren Liedern fällt die Grenze zwischen Unterhaltung und Haltung. Selten werden die gesellschaftspolitischen Themen unserer Tage so umfassend auf den Punkt gebracht wie in ihren Texten. Ihr aktuelles Album Triggerwarnung ist eine Ansage an unsere Gesellschaft, die sich oft noch schwertut, wichtige Diskurse auszuhalten. In Neuhardenberg interpretierte sie gemeinsam mit dem Pianisten **Sascha Stiehler**, der schon mit Clueso, Max Prosa, Elif und Annett Louisan gearbeitet hat, nicht nur ihre eigenen Songs, sondern auch von Goethe bis Kästner die Werke ihrer liebsten Dichter und Denker.



Sharon Brauner, Gesang
Harry Ermer, Klavier

Sharon Brauner ist in West-Berlin geboren, das „Umzäunte“ hat sie geprägt: „die gemütliche Überschaubarkeit einer Kleingartenkolonie mit dem Charme einer Weltstadt“. Gemeinsam mit dem Pianisten **Harry Ermer** präsentierte sie jiddische Evergreens und eigene Lieder. Die Stimme der Berlinerin mit jüdischen Wurzeln ist geradezu prädestiniert für das jiddische Liedgut, das um Liebe, das Leben und eine allgegenwärtige Sehnsucht



sucht kreist. Ihr Musik-Programm ist eine überschäumende Hommage an die jiddische Populärmusik und gleichzeitig eine musikalische Reise mit Humor und ungebremster Lebensfreude durch die Biographie der Künstlerin, die auch als Schauspielerin erfolgreich ist: Sie spielte in mehr als 60 Fernseh- und Kinofilmen, zuletzt 2019 in dem preisgekrönten Film „Das letzte Mahl“ von Florian Frerichs. 2021 hatte ihre „Show Berlin, Du coole Sau!“ im Tipi am Kanzleramt Premiere.



Manfred Maurenbrecher,
Gesang, Klavier

Foto: Mit Klaus Hoffmann und Hawo Bleich

„Manchmal brauche ich Jahre, um einem Lied seinen optimalen Ausdruck zu geben. Stücke, die weiser sind als der Kerl, der sie singt, an die muss man sich ranleben, es geht nicht anders.“ Ein solches Herangehen ist nicht gerade „marktkonform“, und das ist auch **Manfred Maurenbrecher** nicht. Folgerichtig wird er bis heute mit dem seltsamen Etikett „Geheimtipp“ versehen, das in Wirklichkeit meist dazu dient, auf etwas besonders aufmerksam zu machen. Dabei hat er mehr als 20 Alben veröffentlicht, zahllose Radiosendungen moderiert und dreimal den Preis der Deutschen Schallplattenkritik erhalten. Ihn habe immer gereizt, „das Modell, das Literaten für Kurzgeschichten entworfen haben, ins Lied umzusetzen“, sagt der Musiker. Das verwun-

dert nicht, denn er ist promovierter Germanist. Als solcher mag er dem ganz großen Ruhm auch schon früh skeptisch gegenübergestanden haben. Aber das tut dem Befund, einen wunderbaren Dichter und vorzüglichen Musiker vor sich zu haben, keinen Abbruch, im Gegenteil.



Friend 'n Fellow
Constance Friend, Gesang
Thomas Fellow, Gitarre

Was **Constance Friend** und **Thomas Fellow** 1991 in Leipzig begannen, klingt aus heutiger Sicht wie ein Lehrstück über kreatives Songwriting in konstanter Qualität, immer eng begleitet von der Energie der Live-Performance. Konsequenter haben Friend 'n Fellow auf Gitarre und Stimme gesetzt, doch ebenso konsequent haben sie dabei im Laufe der Jahre die Fähigkeit entwickelt, den Sound einer ganzen Band auf der Bühne zu erzeugen. Ihre Bandbreite reicht von Jazz und Blues bis Country – aber eines ist immer dabei: Der Soul, den die beiden Vollblutmusiker ganz buchstäblich in ihren Herzen tragen.



Die Stimme von **Constance Friend** ist unglaublich kraft- und eindrucksvoll.

Bestandteil des Programms ist natürlich auch ein einstündiger Auftritt von **Klaus Hoffmann** mit seinem Mann am Klavier, **Hawo Bleich**. Der Stoff für seine Lieder geht **Klaus Hoffmann** niemals aus. Er hört dem Leben zu, leidet, erfreut sich an ihm und bleibt ihm seine liebevoll-ironischen Kommentare nicht schuldig.



Er nimmt das Publikum mit auf eine poetische Reise, die im geteilten Berlin beginnt, über Afghanistan in die Welt und ins Leben führt und noch lange nicht endet. Denn er ist und bleibt ein Fahrensmann, der nie stehenbleibt und nirgendwo ankommt. Mit seinen tiefgründigen, präzise beobachtenden Texten und mit unendlich vielen schönen, zeitlosen Melodien gehört er seit Jahrzehnten zu den wichtigen und geschätzten Stimmen im deutschsprachigen Raum und zur Elite der Liedermacherkunst.

Auch bei „seinem“ Sängertreffen hatte der Poet, Komponist und Interpret neue und wohlbekannte Lieder dabei.

Katja Ebstein, Gesang
Stefan Kling, Klavier

Es wäre den anderen großartigen Künstlern gegenüber ungerrecht zu sagen, dass der Auftritt von **Katja Ebstein** der Höhepunkt der Veranstaltung war. Zweifelsohne ist sie aber die bekannteste Künstlerin des Sängertreffens gewesen. Sie steht



seit über 50 Jahren auf der Bühne. Neben den Pop-Songs und Liedern, die sie berühmt machten und Evergreens wurden, hat sie immer auch vielfältige andere musikalische und literarische Interessen verfolgt. Sie hat die großen Musical- und Filmmelodien gesungen, hat Fernsehen gemacht und Theater-Hauptrollen gespielt. Der Erfolg der Pop-Songs verschaffte ihr den Freiraum für andere Formate.



Unglaublich, was sie mit 78 Jahren noch in der Lage ist, für eine Show abzuliefern. Gleichaltrigen Schmerzen allein beim Zuschauen die Gelenke.



Bereits 1975 erarbeitete sie unter dem Titel „Schlage die Trommel und fürchte dich nicht“ ein Heinrich-Heine-Programm; mit solchen und anderen Produktionen ist sie auch als Sprecherin

seit Jahrzehnten aktiv. Mit Couplets von Klabund, Otto Reutter, Friedrich Hollaender, Erich Kästner und Kurt Tucholsky hat sie ihrem Berlin liebevoll gehuldt und politisch die Ohren langegezogen. Sie hat sich einen Teufel geschert um Zielgruppen und Marketinganalysen, Trends und Einschaltquoten. Sie macht das, was sie für richtig hält, was sie vor sich verantworten kann und ihren Zuhörern vermitteln möchte. Natürlich auch Texte zum aktuellen Zeitgeschehen. Gesungen und gesprochen mit ihrer strahlenden, warmen Stimme, die über die Jahre ein schimmerndes Timbre wie pollertes Holz angenommen hat, erreichte sie mit ihren Liedern das Innerste der Zuschauer.

Mit einem eigenen Text zum Welt-Hit „My Way“ las sie Berlin die Leviten. Besonders anrührend war ihre Interpretation von „Don't cry for me Argentina“. Nicht fehlen durften ihre Klassiker „Theater“ und „Wunder gibt es immer wieder.“



Zum Schluss versammelten sich die Sänger auf der Bühne zum Abschiedssong. Wurde in den letzten Jahren am Ende stets das Partisanenlied „Bella ciao“ gesungen, verzichte man in diesem Jahr darauf und sang ein echtes Friedenslied: „Sag mir, wo die Blumen sind!“ „Was ist geschehen?“ Diese Frage stellten sich auch alle Gäste, die mitbekommen hatten, dass der

Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine sich plötzlich durch eigene Leute gegen ihn wandte. So attraktiv der Gedanke war, dass es gelingen könnte den Despoten vom Thron zu stürzen, so unwägbare das, was danach folgen könnte.

Geblichen von diesem Abend ist vor allem die Musik, die noch lange in den Ohren nachklang. In der „Brennerei“ des Schlosses Neuhausen saßen noch bis weit nach Mitternacht die Künstler und Organisatoren zusammen und konnten bei einem Gläschen Wein stolz auf das Geleistete sein. Voraussichtlich Mitte Juni 2024 wird das fünfte Sängertreffen in Neuhausen stattfinden.

Wir haben uns sehr gefreut, bei der Veranstaltung auch Leser von **paperpress** aus Minden in Westfalen und Berlin-Marienfelde getroffen zu haben.



Für **paperpress** in Neuhausen dabei waren **Andreas Schwager**, von dem zehn der hier abgebildeten Fotos stammen, und **Ed Koch**, der sich mit der Bearbeitung und Kommentierung des Textes beschäftigte und zwei Fotos beigesteuert hat. Zwei weitere Fotos verdanken wir unserem Leser **Sven Regen**.

Quelle: Stiftung Schloss Neuhausen

12) Die etwas andere Bank. Von Ed Koch



Die etwas andere Bank

Eine Bank betreiben kann jeder. Aber eine wie die PSD-Bank Berlin-Brandenburg kaum ein anderer. Das in der Friedenauer Handjerystraße 33-36 ansässige Geldinstitut hat nur diese eine Adresse und keine weiteren Filialen. Wozu auch, werden die Geldgeschäfte heute doch größtenteils online erledigt. Aber nicht nur die Kunden der Bank, sondern auch andere sollten sich das Gebäude am Renee-Sintenis-Platz Ecke Handjerystraße in Friedenau einmal anschauen und hineingehen.



Foto: PSD-Bank Berlin-Brandenburg

In der Eingangshalle, dem früheren Postamt, findet natürlich die übliche Beratung statt, es ist aber auch ein Café implementiert. Die Berliner Kaffeerösterlei bietet nicht nur Variationen des schwarzen aufmunternden Getränks an, sondern auch leckeren Kuchen.

Was die Bank im Gegensatz zu vielen anderen vor allem ausmacht, ist ihr soziales Engagement, und, wie wir seit gestern wissen, auch ihr kulturelles. Dazu gleich mehr. Zuerst darf aber der Hinweis nicht fehlen, dass die Bank zum sechsten Male vom Euro-Magazin als beliebteste Regionalbank gekürt wurde (Ausgaben 05/2023).



Ein Klavier ist ein eher seltenes Möbelstück in einer Bankfiliale. Am 22. Juni jedoch standen der Flügel und vor allem die ukrainische Starpianistin **Kateryna Titova** im Mittelpunkt eines Kulturevents im PSD-Gebäude. Kostproben ihres Könnens wurden angekündigt, was sie vortrug, waren weit

mehr als nur Kostproben. Es war ein beeindruckendes Konzert mit unter die Haut gehender Musik.

Bank-Chefin **Grit Westermann** bedankte sich dementsprechend herzlich bei der Künstlerin, die 1983 in Jenakijewe, Oblast Donezk, zur Welt gekommen ist. Eine Region, aus der wir täglich schreckliche Kriegsmeldungen vernehmen müssen.



Mit dem kleinen Konzert von **Kateryna Titova** endete das kulturelle Programm an diesem Abend aber noch längst nicht. Zu dem Flügel-Spiel von Special Guest **Edgar Wiersocki** erstellte der in seiner ukrainischen Heimat und weit darüber hinaus hoch angesehene Maler und Fotograf **Serhiy Horobets** live eine visuelle Interpretation der musikalischen Darbietung. Die Töne flossen sozusagen durch das Ohr in seine Hände.

Prof. Axel Fischer versteigerte dann das Werk und erzielte 1.200 Euro, die der Bürgerstiftung Berlin zur Finanzierung von Sprachkursen für Geflüchtete zugutekommen werden. Darüber freute sich vor allem die anwesende Vorstandsvorsitzende der Bürgerstiftung **Vera Gäde-Butzlaff**.



Das soziale Engagement der PSD-Bank ist vielfältig. Sie unterstützt Vereine und Organisationen bei deren ehrenamtlicher Arbeit. Highlight in jedem Jahr ist das Spendenradeln für kranke Kinderherzen, in diesem Jahr ab dem 23. Juli mit dem Finale am 30. Juli auf dem Tempelhofer Feld.

<https://www.psd-berlin-brandenburg.de/soziales-engagement/psd-herzfahrt.html>

Freuen wir uns also auch weiterhin über die inspirierenden Aktivitäten einer Bank, die mehr ist als ein Geldinstitut.

Ed Koch
(auch Fotos)

13) Ein grandioses Spektakel. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-16

22. Juni 2023

48. Jahrgang

Ein grandioses Spektakel



„Das **Baltic Sea Philharmonic** ist ein lebendiges, atmendes Wesen mit einer unbändigen Energie und Begeisterung für das Neue – ein Abenteuer für sich.“, sagt kein geringerer als der Gründungsdirigent und Musikdirektor des Orchesters, **Kristjan Järvi**.

Davon konnten sich die Gäste in der fast ausverkauften Philharmonie am längsten Tag des Jahres und dem Sommeranfang 2023 überzeugen. Der Konzertsaal bot anfangs die dringend benötigte Abkühlung zur Hitze in den Straßen Berlins. Allerdings wurde einem bei der Performance des Orchesters und vor allem den unglaublichen choreographischen Einsätzen des Dirigenten schnell wieder heiß ums Herz.

Die **Midnight Sun-Tour 2023** legte in Berlin einen Stopp ein, bevor es heute zur Elbphilharmonie nach Hamburg, am 23. zum Kissinger Sommer und am 25. zum Mecklenburgischen Staatstheater geht.

Versprochen wurde eine musikalische Reise durch die Mittsommernacht. Werke von **Jean Sibelius**, **Arvo Pärt**, **Igor Strawinsky** und **Kristian Järvi** standen unter anderem auf dem Programm. Es war jedoch nicht möglich, die Einzelteile auseinanderzuhalten, weil alles zu einem Gesamtwerk verschmolz. Nur einmal hatte das Publikum in den 90 Minuten die Möglichkeit zum Luftholen und Applaudieren, abgesehen natürlich vom nicht enden wollenden Schlussapplaus.

Die 64 jungen Musikerinnen und Musiker kommen aus Estland, Polen, Lettland, Dänemark, Russland, Finnland, Österreich, Serbien, Moldawien, Litauen, Schweden, Spanien, Norwegen und Brasilien. Diri-

gent Järvi turnte über das Podium zwischen den Instrumenten hin und her. Immer wieder animierte er das Publikum zum Mitklatschen oder Mitsingen und ging dabei durch die Reihen der Philharmonie direkt zu den Konzertbesuchern. Farbenfroh waren nicht nur die Künstler gekleidet, sondern auch das Bühnenlicht, mal blau, mal rot, mal grün. Mal mystisch, mal sphärisch, ein wenig orientalisch klingend, es war einfach magisch.

Als häufiger Konzertbesucher glaubt man ja, alles schon einmal erlebt zu haben, aber so ein Konzert noch nicht.



Young Euro Classic haben wir es zu verdanken, auf dieses Konzert aufmerksam geworden zu sein. Denn auf deren Internetseite wurde es beworben: „*Midnight Sun*“ ist dem faszinierenden Naturschauspiel der nie untergehenden Mitternachtssonne gewidmet und lädt Sie ein, die Magie der Mittsommernacht mitzuerleben. Höhepunkt des Abends bildet Stravinskys märchenhafter Klassiker *Der Feuervogel*, der eingearahmt von moderner und zeitgenössischer Musik aus Estland den Konzertsaal in eine phantastische und zugleich mystische Atmosphäre taucht. Kommen Sie mit auf eine Reise zu den Wundern der Natur des hohen Nordens! Ganz im Stil des **Baltic Sea Philharmonic** stellen die Musiker:innen die Notenblätter beiseite und spielen das gesamte Programm auswendig, im Stehen und ohne Pause – ein einzigartiges Konzerterlebnis! Da kann man nur sagen: Versprochen! Gehalten! **Ed Koch** (auch Fotos)

Über das Orchester

Mit dem **Baltic Sea Philharmonic** erreicht das Konzerterlebnis eine neue Dimension. Indem wir das gesamte Programm auswendig aufführen, begeben wir uns auf eine musikalische Entdeckungsreise, die



Sound- und Lichtdesign sowie eine eigene Choreografie möglich werden lässt. Unter der Leitung unseres Musikdirektors und Gründungsdirigent Kristjan Järvi wird jedes Konzert zu einer einzigartigen, multisensorischen Erfahrung voll mitreißender Energie!

Als Gemeinschaft von Musiker:innen aus Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Russland und Schweden überwinden wir mühelos geografische und historische Grenzen. Wir sind nicht nur ein Orchester, sondern eine Bewegung, die Menschen zusammenbringt. Angetrieben von innovativen und fortschrittlichen Impulsen, die von den nordischen Ländern ausgehen, wollen wir das traditionelle Orchestermodell weiterdenken und Neues wagen.

Mit eindrucksvollen Programmen wie „Midnight Sun“ und „Nutcracker Reimagined“ fordern wir das klassische Konzerterlebnis heraus. Unsere Aufführungen spielen wir ohne Pause, sodass ein kontinuierlicher Klangstrom mit organischen Übergängen entsteht und das Publikum in eine dynamische Klangwelt eintauchen lässt.

Das Baltic Sea Philharmonic wurde 2008 auf Initiative des Usedomer Musikfestivals ins Leben gerufen. Im Jahr 2013 hat sich der Baltic Sea Music Education Foundation e. V. gegründet, dessen Bildungsprogramm neben der Förderung der Musiker:innen auch spezielle Konzerte für Schüler:innen umfasst.

Highlight im September



Im Rahmen der „TingelTangel“-Konzertreihe entführt das renommierte **Theater des Westens** sein Publikum in die atmosphärische Welt der 1920er- und frühen 1930er- Jahre. Erstmals wird der unverwechselbare Soundtrack von „**Babylon Berlin**“ live inszeniert und interpretiert, dabei werden auch zum ersten Mal Bilder

der Serie in einem neuen Kontext mit einer rauschhaften Bühnenshow gezeigt.

Unter der musikalischen Leitung von **Johnny Klimek** und **Kristjan Järvi** präsentiert das **Baltic Sea Philharmonic** die pulsierende Epoche von „Babylon Berlin“ mit besonderen Gastauftritten von **Meret Becker**, **Max Raabe**, **Natalia Mateo**, **Madame Le**

Pustra, **Eckart Runge & Jacques Ammon** und **Cristina Russo** sowie weiteren Gästen. Gemeinsam mit allen Künstlern wird die Atmosphäre dieser besonderen Epoche eindrucksvoll zum Leben erweckt.

Dieses außergewöhnliche Event entsteht als Zusammenarbeit zwischen TingelTangel, Sunbeam Productions und mit Unterstützung von X Filme Creative Pool, der Produktionsfirma hinter „Babylon Berlin“ sowie der ARD Degeto. Das Theater des Westens, ein kultureller Brennpunkt im Berlin der 20er- und frühen 30er-Jahre, bietet den perfekten Hintergrund für dieses musikalische Highlight.

Das Programm wird im Auftrag der ARD aufgezeichnet und soll teilweise oder ganz auf verschiedenen Medien (z.B. TV, Mediathek, Social Media usw.) als Sonderveranstaltung gezeigt werden, beginnend etwa mit der Premiere der 4. Staffel. Mit dem Betreten des Veranstaltungsortes erklärt sich die Besucher:in damit einverstanden, dass sie/er gefilmt und fotografiert wird und dass Audio-/Audiovisuelle Aufnahmen gemacht werden und dass all diese Aufnahmen ohne jegliche Einschränkungen hinsichtlich Zeit, Gebiet und Inhalt in allen Medien umfangreich genutzt werden dürfen.

Termine:

11., 12. und 13. September 2023, 20:00 Uhr
Tickets von 79 bis 109 Euro.

<https://tingeltangel.berlin/shows/babylon-berlin-de>

14) Würdevoller Abschied von Rainer Penk. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-15

22. Juni 2023

48. Jahrgang

Würdevoller Abschied

Nachdem der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen, **Rainer Penk**, im Alter von 58 Jahren am Dienstag während seiner Arbeit auf einer Baustelle tot zusammenbrach, wollte niemand in der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am Mittwoch einfach zu Tagesordnung übergehen.



„Wir werden heute auf politische Streitereien und Schärmützel verzichten“, sagte BVV-Vorsteher **Stefan Böltes** zu Beginn der Sitzung. „Wir haben uns im Ältestenrat darauf verständigt, nur das Nötigste zu erledigen. Strittiges wollen wir vertagen. Das gebietet der Respekt vor Rainer Penk und all denjenigen, die um ihn trauern.“ Böltes sagte in seiner Rede zuvor: „Auch in stürmischen Momenten der BVV ließ er sich nicht aus der Ruhe bringen und hat immer maßgeblich dazu beigetragen, Wogen zu glätten und Gemüter zu beruhigen. Und er war immer bereit, sich für die Sache, aber auch vor allem für Personen einzusetzen. Für die Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Mitarbeitenden seiner Fraktion, deren Rechte er stets im Auge hatte und hinter denen er immer stand.“ Böltes schloss mit den Worten: „Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie. Rainer, Du wirst uns fehlen.“



Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** bezeichnete **Rainer Penk** in seiner sehr emotionalen Rede als „Freund und engsten Vertrauten über viele Jahre hinweg.“ Penk war, so Oltmann, ein „zutiefst freund-

licher Mensch.“ Er habe „die Dinge in die Hand genommen und Brücken gebaut.“ Ihm fehlen die Worte, um das auszudrücken, was **Rainer Penk** ausgemacht habe. Oltmann appellierte daran, viel öfter zu Lebzeiten den Menschen zu sagen, was man an ihnen schätze.



Auch die Ko-Fraktionsvorsitzende **Catherine Müller-Werk** zeigte sich fassungslos. Sie berichtete in ihrer Rede von der gemeinsamen letzten Fraktions-sitzung am Montag dieser Woche. Für Frau Müller-Werk sollte es die letzte in ihrer jetzigen Funktion sein, denn sie legt ihr BVV-Mandat nieder. Zum Abschied bekam sie von **Rainer Penk** eine Schachtel Pralinen geschenkt, hergestellt von einer Firma aus Tempelhof-Schöneberg, dem Bezirk, der **Rainer Penk** so viel bedeutete. Dass es auch seine letzte Fraktions-sitzung war, konnte niemand am Montag-abend ahnen.

Frau Müller-Werk beschrieb ihren Ko-Vorsitzenden als jemand, dem sie vertrauen konnte und berichtete von den zahllosen Vorbesprechungen zu den BVV-Sitzungen. Penk hatte sich vor allem für den Einzelhandel und eine gerechte Verkehrswende eingesetzt. Als Handwerker habe er hart gearbeitet, was man oft seinen Händen ansehen konnte. Es sei bitter, dass er an den vielen Projekten, die er noch umsetzen wollte, nun nicht mehr mitwirken kann.

Die Grüne-Fraktion muss nun gleich zwei neue Vorsitzende wählen. Und zwei neue Fraktionsmitglieder rücken von der BVV-Bezirksliste nach. Das könnten, laut Liste (unter Vorbehalt) **Davin Braun** und **Marla Luther** sein.

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



Im Büro von BVV-Vorsteher **Stefan Böltes** liegt ein Kondolenzbuch für **Rainer Penk** aus.

Am Ende der Sitzung standen zwei Wahlgänge an, die per Akklamation ausgeführt wurden. Es ging um die Besetzung eines Verwaltungsratsmitglieds für den Kita-Eigenbetrieb Berlin Süd-West. Auf politische Streitereien, so hatte der Vorsteher angekündigt, wolle man in dieser Sitzung verzichten. Und so nahm es die CDU klaglos hin, dass nicht ihre Vorschläge für das ordentliche und stellvertretende Mitglied, **Britta Schmidt-Krüger** und **Dr. Carsten Buchholz**, Berücksichtigung fanden, sondern die Grün-Rot-Rote Zählgemeinschaft unterstrich, wer das Sagen im Bezirksparlament hat. Gewählt wurden die Fraktionsvorsitzende der SPD, **Marijke Höppner**, und ihre Kollegin von der Linken, **Elisabeth Wissel**.

Alles in allem war die halbstündige BVV-Sitzung ein würdevoller Abschied von **Rainer Penk**, sieht man einmal von der Anmerkung ab.

Anmerkung:

Nicht nachvollziehen kann ich, dass es bei einem derartigen Anlass ein Bezirksverordneter, trotz Hitze, für richtig hält, in kurzen Turnhosen zu erscheinen und ein anderer auf sein buntes Hawaii-Hemd nicht verzichten wollte.

Ed Koch

Fotos: Ed Koch – Fraktion B90/Grüne TS

15) Trauer um Rainer Penk. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-13

21. Juni 2023

48. Jahrgang

Trauer um Rainer Penk



Foto: Bündnis 90 / Die Grünen TS

Die Nachricht verbreitete sich Dienstagmittag wie ein Lauffeuer. **Rainer Penk** ist tot, aus dem Leben gerissen, einfach so. Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg bereitetete noch die Ältestenratssitzung am Dienstag und die BVV am Mittwoch vor, als er völlig überraschend zusammenbrach und starb. Das Entsetzen über diese Nachricht zog sich durch alle Fraktionen. Die BVV-Sitzung am heutigen Mittwoch wird verkürzt stattfinden. Vorsteher **Stefan Böltes** und Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** werden **Rainer Penk** würdigen.

„Plötzlich und unerwartet ist heute Vormittag unser Fraktionsvorsitzender **Rainer Penk** verstorben.“, schreibt die Fraktion auf ihrer Internetseite. „Er wurde mitten aus dem Leben gerissen. Wir sind alle im Schockzustand“, sagt die Fraktionsvorsitzende **Catherine Müller-Wenk**. „Noch am Montagabend hat Rainer Penk an der über dreistündigen Fraktionsitzung zur Vorbereitung der Bezirksverordnetenversammlung teilgenommen. Er wurde 58 Jahre alt.“

Rainer Penk war 2011 erstmals für Bündnis 90/Die Grünen in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Tempelhof-Schöneberg eingezogen. Der gelernte Tischlermeister, Hochbautechniker und Betriebswirt war seitdem auch wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion. 2016 wurde Rainer Penk das erste Mal zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, in der Folge noch zweimal. Vor sieben Jahren trat er auch als Direktkandidat in Tempelhof für die Grünen zur Abgeordnetenhauswahl an.

Rainers bescheidene, ruhige und vermittelnde Art war bei allen sehr geschätzt. Er war der Fels in der Brandung, hatte stets ein Ohr für jede und jeden und

fand bei Problemen immer eine Lösung. Wir werden ihn unendlich vermissen.

Unser Mitgefühl gilt seiner Lebensgefährtin, seiner Schwester und seiner Mutter.“

Seine politische Tätigkeit begann **Rainer Penk** vor 41 Jahren in Neu-Tempelhof, als er mit dem späteren Regierenden Bürgermeister **Michael Müller** gemeinsam in die SPD eintrat. Im Laufe der Jahre orientierte er sich um, weil die Politik der SPD nicht mehr seinen Vorstellungen entsprach. Er wechselte zu den Grünen. 2016 trat er im Abgeordnetenhauswahlkreis 4 Tempelhof gegen seinen Ex-Genossen **Michael Müller** an, verlor allerdings das Duell. **Rainer Penk** fand als Fraktionsvorsitzender im Rathaus Schöneberg seinen Platz.

Bei den Grünen war er ein Exot, denn er gehörte einer Berufsgruppe an, die in der Partei nicht gerade überrepräsentiert ist. Er war Handwerker, genauer gesagt Tischler und hatte sich schon früh selbständig gemacht. Kaum jemand aus seinem Freundes- und Bekanntenkreis hat nicht irgendein Möbelstück von ihm bei sich zu Hause oder im Büro stehen. Seine Möbel kamen nicht von der Stange, sondern waren maßgeschneidert. Und wenn ein gutes Stück in die Jahre gekommen war, polierte er es wieder auf, so dass es wie neu aussah.



Rainer Penk zimmerte nicht nur Möbel zusammen, sondern auch die Zählgemeinschaft mit der SPD, die standhält, auch nachdem die CDU stärkste Partei bei der Wiederholungswahl geworden ist.



Über sein politisches Engagement hinaus, war er auch jahrelang ehrenamtlich tätig. Als Projektleiter

1



der Paper-Press-Gedenkstättenfahrten begleitete er viele Male Interessenten in die ehemaligen Konzentrationslager, wie nach Auschwitz (Foto). Auch als Projektleiter der Bildungsurlaubsreisen des Paper Press e.V. war er oft mit Gruppen in den USA.



Und wenn dann noch Zeit blieb, unterstützte er den ROCKTREFF des Jugendamtes Tempelhof-Schöneberg und des CPYE e.V. als Helfer im Backstagebereich.

Unerschöpflich war sein Tatendrang. Er hatte ein interessantes und von vielen Interessen getragenes Leben, von einem erfüllten Leben kann man dennoch nicht sprechen, denn es endete mit 58 Jahren viel zu früh. Es wäre noch so viel zu tun gewesen. Alle, die ihn kannten, haben einen klugen und hilfsbereiten Freund verloren. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen Freunden.

Ed Koch
(Fotos Archiv)

16) Ja, sie leben noch: De Randfichten und der Holzmichl. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-12

20. Juni 2023

48. Jahrgang

Ja, sie leben noch

Auf die Frage, ob denn der alte **Holzmichl** in dem Lied von **De Randfichten** noch lebt, jubelt das Publikum als Antwort im Chor: „Ja, er lebt noch, er lebt noch, stirbt nicht!“

Heute könnte ein historischer Tag in der Rockmusikgeschichte sein. Vielleicht zum letzten Mal, wer weiß das schon so genau, kommen zwei Überlebende einer legendären Band nach Berlin. Es geht um **The Who**. Waldbühne 18:30 Uhr, Einlass 16:30 Uhr, vielleicht gibt es noch Tickets: 01896 - 57 00 00, die zwischen 96,00 und 297,25 Euro (hart kalkuliert) kosten. Begleitet wird die Band vom Filmorchester Babelsberg.



Foto: Wikipedia - 1975 in Chicago. Left to right: Roger Daltrey, John Entwistle, Keith Moon, Pete Townshend.

Übriggeblieben aus dem Quartett sind **Roger Daltrey** (79) und **Pete Townshend** (78). Der charismatische Schlagzeuger **Keith Moon** starb 1978 mit nur 32 Jahren, Bassist **John Entwistle** verließ mit 58 Jahren die Rockbühne 2002.

Die Songs der Band sind weltberühmt, noch berühmter wurden die Musiker allerdings dadurch, dass sie nach den Konzerten ihre Instrumente auf der Bühne zertrümmerten. Angefangen hatte alles zu Beginn der 1960er Jahre, als die Rockmusik so richtig Fahrt aufnahm, nicht zuletzt mit den **Beatles** und **Rolling Stones**. Auch **Paul McCartney**, der am Sonntag 81 wurde, ist immer noch unterwegs und **Mick Jagger**, der am 26. Juli 80 wird, mit den Stone ohnehin. Entweder schließen sich Rockmusiker mit einer Überdosis früh ins Jenseits, oder sie werden steinalt. Mit „My Generation“ landete die Band 1965 ihren ersten großen Hit. Danach ging es Schlag auf Schlag. Als sich

dann nur noch die Älteren an die Songs erinnerten, erlebten **The Who** in den 2000er Jahren ein musikalisches Come-Back in den US-TV-Serien **CSI**, die auch bei uns mit großem Erfolg liefen. Von der Band stammen die Titelsongs, die heute in den zahllosen Wiederholungen immer noch zu hören sind. **CSI Las Vegas** „Who are you“, **CSI New York** „Babe O’Riley“ und **CSI Miami** „Won’t get fooled again.“

Für den Autor dieses Beitrages ist die Rockoper der Who, „Tommy“ der absolute Höhepunkt ihres Schaffens, einschließlich des dazugehörigen Films von 1975, in dem **Roger Daltrey** die Titelfigur spielte und auch die anderen Bandmitglieder mitwirkten, unter anderem neben **Elton John**, **Eric Clapton**, **Jack Nicholson**, **Tina Turner** und **Arthur Brown**.

Im März 1970 hatte ich einen wichtigen Termin. Meine Prüfung vor der IHK zum Groß- und Außenhandelskaufmann stand an. Genau einen Tag vorher traten **The Who** in Berlin auf. Das war mir dann doch zu stressig. Also besorgte ich mir eine Karte für die Staatsoper in Hamburg, in der die Band einen Tag vor dem Berlin-Konzert auftrat, und zwar nach der regulären Opernaufführung. Gegen 23:00 Uhr ging es los. Gut gekleidete Menschen, wie man sie bei Rockkonzerten selten sieht, nahmen Platz. Sie ließen sich offenbar durch den Titel „Rockoper“ in die Irre führen. Es fand keine szenische Vorstellung statt, sondern die vier Musiker spielten die Songs des Tommy-Albums. Die Lautsprecherboxen ragten von der Bühne bis unters Dach. Ein unglaublich wunderbarer Sound, der erst nach Stunden aus meinen Ohren wich.

Zwei Reihen vor mir saß SPIEGEL-Herausgeber **Rudolf Augstein**, der sich den Abend auch etwas anders vorgestellt hatte. Für mich war es die Show des Jahrhunderts. Wann tritt schon mal eine Rockband in einem Opernhaus auf.

Am nächsten Tag folgte noch ein Zusatz-Highlight. **The Who** und ich flogen in derselben PAN AM-Maschine nach Berlin. **Keith Moon**, der immer zu Späßen aufgelegt war, kniete vor einer Stewardess und gab sich als Kind aus, das einen guten Platz im Flieger haben möchte. Den bekam die ganze Band so- und so in der Business-Class.

Ergänzend muss ich noch zwei Punkte erwähnen: Erstens: In der Oper wurden keine Instrumente zertrümmert. Und Zweitens bestand ich natürlich die Prüfung vor der IHK.

Ed Koch

17) Erinnerungen an Kennedy. Von Ed Koch



Erinnerungen an Kennedy

Im Rathaus Schöneberg wird die Erinnerung an Präsident **John F. Kennedy** seit seiner historischen Rede am 26. Juni 1963 wachgehalten. Trotz vieler anderer wichtiger historischer Ereignisse, die im und vor dem Rathaus stattfanden, war der Kennedy-Besuch die prägendste Begebenheit.



Fast auf den Tag genau fünf Monate nach der Rede, am 22. November 1963, fiel Präsident Kennedy einem Attentat in Dallas, Texas, zum Opfer. Schon drei Tage nach der Ermordung Kennedys, entschloss man sich in Berlin, den Platz vor dem Rathaus nach ihm zu benennen. Zum Jahrestag der Rede, am 26. Juni 1964, enthüllte sein Bruder **Robert F. Kennedy** ein Reliefporträt samt Bronzeplatte am Haupteingang des Rathauses.



Auch ein Raum im Rathaus, nur wenige Meter entfernt von **Willy Brandts** Bürgermeisterbüro, in dem Kennedy seine berühmten Worte probte, ist nach ihm benannt. In Raum 1110 erinnern zahlreiche Fotos an den 26. Juni 1963, sowie eine Büste und das Rednerpult, hinter dem der Präsident stand. Der Raum befindet sich direkt über dem Haupteingang zum Rathaus und verfügt über einen großen Balkon, von dem aus Kennedy allerdings nicht seine Rede hielt. Dazu war eigens eine große Tribüne vor dem Rathaus aufgebaut worden.



Am Sonntag, dem 18. Juni 2023, erinnerte der **Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.** mit einer Lesung an den Besuch Kennedys. Der Journalist **Manfred Suttinger** las aus seinem Buch „*Als ich Kennedy verpasste*“. Das Buch berichtet über die Kindheit Suttingers in Neutempelhof und seinen gescheiterten Versuch, dem Präsidenten beim Vorbeifahren am Platz der Luftbrücke zuzuwinken. Sein kleines Stars-and-Stripes-Fähnchen war ihm heruntergefallen und als er es aufgehoben hatte und wieder stand, war die Autokolonne schon vorbeigefahren.



An der Lesung im Louise-Schroeder-Saal des Rathauses Schöneberg nahmen 120 Gäste teil, darunter einige, die am 26. Juni 1963 vor dem Rathaus Schöneberg dabei waren. Bezirksbürgermeister **Jörn**



Oltmann hatte die Schirmherrschaft übernommen und begrüßte die Zuhörer. In seiner Rede erinnerte er an die angespannte politische Zeit damals in West-Berlin und an die Hoffnung, die die Menschen, zwei Jahre nach dem Mauerbau, in den jungen Präsidenten setzten.



Auch wenn es nur am Rande um Kennedy in dem Buch von **Manfred Suttinger** geht, so beschreibt es dafür sehr anschaulich, wie das Leben in Berlin knapp 20 Jahre nach Kriegsende aussah. „Nach dem Krieg war nichts vorbei“ sollte eigentlich der Titel des Buches heißen. Davon riet man ihm aber ab, denn das Interesse an so einem düsteren Thema dürfte gering sein. Der dann gefundene Titel war marketingtechnisch natürlich viel interessanter. Das Publikum, überwiegend im reiferen Alter und zum Teil aus Tempelhof und Schöneberg stammend, konnte die Erzählung von **Manfred Suttinger** über seine Kindheit sehr gut nachverfolgen.

Kurz vor 12:00 Uhr legte Suttinger eine Pause ein und die Gäste lauschten für fünf Minuten dem dumpfen Klang der Freiheitsglocke, einem Geschenk des amerikanischen Volkes an Berlin. Nach der Lesung bot Bürgermeister Oltmann an, den Teilnehmenden sein Büro zu zeigen, in dem sich **John F. Kennedy**, **Willy Brandt** und **Konrad Adenauer** auf ihre Reden vorbereiteten. Auch ein Blick in den Kennedy-Saal wurde gewährt.

Und hier ist meine kleine Geschichte zum Besuch von John F.-Kennedy am 26. Juni 1963 in Berlin
<https://www.zeitzeugen-portal.de/videos/vR7x3b8eYc8>

Mit einer großen Veranstaltung wird der Kennedy-Rede am **24. Juni 2023 von 17:00 bis 21:00 Uhr** vor dem Rathaus Schöneberg gedacht. Um 18:00 Uhr reden der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner**, die US-Botschafterin **Amy Gutmann** und Bürgermeister **Jörn Oltmann**. Danach ist auf einer Großbildleinwand die Rede von Kennedy zu sehen und zu hören. Die **US Air Force Jazz-Band** aus Ramstein und Chöre der **John.-F.-Kennedy-Schule** bilden das musikalische Rahmenprogramm.

Am **26. Juni 2023**, dem 60sten Jahrestag der Rede, findet um 18:30 Uhr im Theodor-Heuss-Saal des Rathauses ein Podiumsgespräch über das Ereignis von 1963 statt. Es diskutieren **Prof. Dr. David Barclay** und **Dr. Andreas Etges**.

Das Datum des Kennedy-Besuchs war nicht zufällig gewählt worden. Der Beginn der Berlin-Blockade am 24. Juni 1948 war gerade 15 Jahre her. Grund genug, auch den 75sten Jahrestag des Beginns der Luftbrücke in die Veranstaltungen einzubeziehen. Vom **30. Juni bis 2. Juli 2023** findet auch eine Foto- und Briefmarkenausstellung zum Thema statt. Wir haben darüber in unserem Newsletter berichtet:

https://www.paperpress-newsletter.de/pdfs/614_juni_2023/614-05%20-%2010.06.2023%20-%20Jubilaeumsausstellung%20zur%20Luftbruecke.pdf

Als Senat und Abgeordnetenhaus nach der Wiedervereinigung ins Rote Rathaus und den Preußischen Landtag umgezogen waren, ist es ruhiger im Rathaus Schöneberg geworden. Aber, die Erinnerung an historische Ereignisse wird im Rathaus Schöneberg wachgehalten. Und immer wieder dient das Rathaus als Filmkulisse, zum Beispiel in „*Babylon Berlin*“. Der Ratskeller wurde in der Serie zum Aschinger-Restaurant und die Eingangshalle war das Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Die Brandenburg Halle, früher die Lobby zum Plenarsaal des Abgeordnetenhauses, heute Willy-Brandt-Saal, musste schon mal als Hitlers Büro in der Reichskanzlei herhalten. Auch in einer Dokumentation über **Angela Merkel** spielte das Rathaus eine Rolle.

Ed Koch

Fotos: Landesarchiv, Ed Koch, Mathias Kraft, Chris Landmann

Danksagungen:

Die Lesung am 18. Juni 2023 konnte durch eine Zuwendung der **STADT UND LAND** Wohnbautengesellschaft realisiert werden. Weiterer Dank geht an Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** für die Übernahme der Schirmherrschaft, an **Manfred Suttinger** für die Lesung, an **Licht- und Ton-technik Popella** Berlin für den guten Ton, dem **PIEREG Druckcenter** für die Einladungskarten, der **Raumvergabe** des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg für die Zurverfügungstellung des Louise-Schroeder-Saals und an die elf ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der **Paper-Press-Crew**, die die Veranstaltung vorbereitet und durchgeführt haben.

Das Buch von **Manfred Suttinger** ist leider schwer zu bekommen. Wenn Sie Interesse haben (es lohnt sich), schicken Sie uns bitte eine Mail, wir stellen dann den Kontakt zum Autor her.

18) Sie ist wieder da, die Kuppel. Von Ed Koch



Sie ist wieder da



Natürlich war sie nie weg, nur zeitweise nicht sichtbar. Gemeint ist diese Kuppel, die zu Recht an ihr Vorbild auf dem Dach des Reichstagsgebäudes erinnert. 2006 erblickte die Kuppel zur Fußball Weltmeisterschaft das Licht der Welt. Der damalige Präsident **Norbert Lammert** hatte die Idee, nahe dem Reichstag eine Bundestagsarena während der WM aufzubauen, in der alle möglichen Veranstaltungen stattfinden sollten. 2,5 Millionen Euro kostete die Kuppel.



Leider ist in unserem Archiv nur dieses etwas unscharfe Schwarz-Weiß-Foto zu finden, das im Vordergrund die Bundestagsarena und im Hintergrund das Original zeigt. Aufgebaut hatte die Kuppel das Schweizer Unternehmen Nüssli. Nach dem Ende der WM baute Nüssli die aus über 3.000 Einzelteilen bestehende, 100 Tonnen schwere und 21 Meter hohe Kuppel mit 32 Metern Durchmesser ab und lagerte sie im brandenburgischen Fürstenwalde ein.

Als **Reinhard Müller** 2008 begann, das Areal um den Schöneberger Gasometer zum Europäischen Energieforum auszubauen, überlegte er natürlich auch, was man mit dem Gasometer anstellen könnte. Ein idealer Veranstaltungsort. Es fehlte aber noch der Entscheidende Pfiff. Dieser war bereits ein Jahr später zu hören als ein Freund von Müller ihm

an einem Samstagabend erzählte, dass die Bundestagsarena in einem großen Zelt in Fürstenwalde eingelagert sei. Müller besorgte sich die Maße und stellte noch am Wochenende die Kuppel mittels einer Computer-Simulation in den Gasometer. Sie passt, war das Ergebnis. Müller setzte sich mit Nüssli in Verbindung und am Montagabend gehörte die Kuppel ihm.



Foto: Lothar Duclos

Im August 2009 war es so weit. Richtfest der Kuppel im Gasometer. Zahllose Veranstaltungen, Parteitage, Filmpremieren, Konferenzen und vieles mehr fanden von nun an unterm Kuppeldach statt.



Von 2011 bis 2015 wurde die Kuppel bundesweit bekannt. **Günther Jauch** präsentierte von hier aus seinen sonntäglichen Talk in der ARD. Danach ging es weiter mit Veranstaltungen aller Art. Der Gasometer mit seiner Kuppel war die angesagteste Location in der Stadt. Bundeskanzlerin **Angela Merkel** war Stammgast und holte sogar den UN-Afrika-Gipfel nach Schöneberg, an dem alle Präsidenten und Regierungschefs des Kontinents teilnahmen.

1



Dass in die Stahlhülle des Gasometers ein Gebäude errichtet werden sollte, war von Anfang an klar. **Reinhard Müller** hätte es gern gesehen, dass die Kuppel integriert worden wäre. Sein Chefarchitekt **Johannes Tücks** überzeugte ihn von einem anderen Modell. Im unteren Bereich des Gasometers wird ein Veranstaltungssaal entstehen, der höchsten technischen Standards entspricht. Und für die Kuppel fand sich ein neuer Standort am EUREF-Campus Düsseldorf.



Am 12. Januar 2021 begann die Demontage der Kuppel, natürlich wieder durch das Unternehmen Nüssli. Nicht ohne Wehmut wurden die sechs LKW verabschiedet, die sich auf den Weg nach Düsseldorf machten. Die dortigen Stadtwerke lagerten die Einzelteile ein. Es ist, das muss man wirklich einmal sagen, eine technische Meisterleistung, so eine Konstruktion ab- und wieder aufzubauen. Da muss man sehr genau wissen, wohin welches Teil gehört.



An diesem Modell kann man gut erkennen, wie sich die Kuppel in den neuen EUREF-Campus Düsseldorf einfügt. Wie heißt die Kuppel eigentlich richtig? Ein Anrecht hätte **Norbert Lammert** als Erfinder. Lange Zeit hieß sie Jauch-Kuppel. Sie könnte auch nach dem Eigentümer **Reinhard Müller** benannt werden. Bescheiden wie er ist, gibt er der Bezeichnung EUREF-Kuppel den Vorzug. Und so stand es auch auf

der Einladung für das dritte Richtfest der Kuppel am 16. Juni in Düsseldorf.



Alles, was Rang und Namen in der NRW-Hauptstadt hat, nahm an der Feier teil, und die Delegation aus Berlin war ebenfalls entsprechend groß. **Jörg Thadeusz** moderierte mehrere Gesprächsrunden und auch die EUREF-Vorstände **Sarah Ameler**, **Kevin Hauert**, **Karin Teichmann** und **Reinhard Müller** mussten ihre Qualitäten als Reporter, Moderator und Diskussionsteilnehmer unter Beweis stellen, was Dank entsprechender Routine gut gelang.



Die Gäste erwartete ein Rahmen-Programm sowie verschiedene Food-Trucks unter der kulinarischen Verantwortung der EUREF-Spitzenköche **Cornelia Poletto** und **Thomas Kammeier** (Foto). Nach der Begrüßung durch **Sarah Ameler** gab es eine Video-Botschaft des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten **Hendrik Wüst**.

„Nordrhein-Westfalen soll das erste klimaneutrale Industrieland werden“, erklärte der Ministerpräsident. „Klimaschutz ist eine der größten Aufgaben unserer Zeit. Wir werden sie nur gemeinsam lösen können. Der EUREF-Campus in Düsseldorf zeigt das vor-



bildlich. Hier entsteht ein innovativer klimagerechter Gebäudekomplex. Hier werden viele Menschen arbeiten, auch an Lösungen zur Klimaneutralität, zum Beispiel in der Landesgesellschaft NRW. Energy4Climate." Der Ministerpräsident begrüßt die neue CO₂-neutrale Eventlocation in Düsseldorf: „Durch gemeinsame Arbeit entstehen die Lösungen für die Zukunft. Im Austausch kommen komplexe Ideen und kreative Gedanken schneller zur Reife. Was könnte das besser symbolisieren als diese Kuppel.“



Reinhard Müller (Mitte) mit **Julien Mounier** von den Stadtwerken Düsseldorf und **Markus Holz**, dem CEO von SPIE.

„Die Entscheidung, unseren zweiten EUREF-Campus gerade hier zu errichten, ist einerseits nur logisch, denn schließlich ist Nordrhein-Westfalen wirtschaftlicher Motor unseres Landes. Zugleich war mir diese Standortwahl aber auch eine echte Herzensangelegenheit“, erzählte EUREF-Gründer **Reinhard Müller**. „Nicht nur, dass ich in Krefeld geboren bin, ich habe auch in Düsseldorf Architektur studiert. Als wir vor 16 Jahren in Berlin damit begonnen haben, das Gelände um den historischen Gasometer in Berlin-Schöneberg als Reallabor der Energiewende zu entwickeln, hat wohl kaum jemand geglaubt, dass dieses Projekt so erfolgreich werden würde, dass wir damit in Serie gehen können. Aber so ist es gekommen. Daher erfüllt es mich mit Stolz, dem neuen Standort in Düsseldorf mit unserer prominenten Kuppel gewissermaßen die Krone aufsetzen zu können.“

An dem sich daran anschließenden Panel-Talk, moderiert von **Jörg Thadeusz**, beteiligten sich Düsseldorfs Oberbürgermeister **Dr. Stephan Keller**, **Patrick Brinker** von der Hauck Aufhäuser Lampe Privatbank, der Chefredakteur der Rheinischen Post **Moritz Döbler**, Wirtschaftsmanager und ehemalige Bahnchef **Prof. Dr. Rüdiger Grube**, der Director der Düsseldorf Convention **Jens Ihsen** und Karin Teichmann. Sie erörterten die Bedeutung des neuen Campus für Düsseldorf, wie auch Programm-Highlights, die in der Kuppel geplant sind.



Oberbürgermeister **Dr. Stephan Keller** gab seiner Freude über den Umzug der Kuppel Ausdruck: „Der EUREF-Campus Düsseldorf ist in vielerlei Hinsicht ein echtes Leuchtturmprojekt für die Energiewende, zukunftsfähige Wirtschaft und Nachhaltigkeit. Mit dieser einzigartigen Kuppel als Veranstaltungs-Location erhält er jetzt ein medial bekanntes Zentrum, das zudem ein sichtbares Beispiel für Recycling ist. Schon in Berlin hatte die Kuppel zwei Leben.“



Höhepunkt eines jeden Richtfestes ist die Ansprache des Poliers, in diesem Falle der Polierin **Rena Sutor**, die die drei Richtfeste auf ihrem T-Shirt verewigte. Das traditionelle Glas, das zerschlagen werden muss, füllte man ihr mit Wein, den sie mit einem Schluck inhalierte. So sind die Rheinländer.

Auf dem EUREF-Campus Düsseldorf entstehen rund 80.000 Quadratmeter Büro- und Eventfläche. Er ist, nach Berlin, der zweite Innovationscampus dieser Art in Deutschland und wird ein internationales Schaufenster der Energiewende sein. Rund 4.000 Mitarbeiter aus etablierten Unternehmen, innovativen Start-ups, Wissenschaft und Forschung werden hier in engem Austausch und in einem inspirierenden Arbeitsumfeld an den Zukunftsthemen Energie, Mobilität und Nachhaltigkeit arbeiten. Ehe es 2024 losgeht, wird es noch das eine oder andere Richtfest geben. Man soll schließlich nicht nur feste arbeiten, sondern auch Feste feiern.

Ed Koch

(Quellen: Stöbe Kommunikation / EUREF)
Fotos: Ed Koch / EUREF

19) Chaostage beim rbb. Ein Gastbeitrag von Ansgar Hocke



paperpress

seit 1976



Nr. 614-08

16. Juni 2023

48. Jahrgang

Chaostage beim rbb

Ein Gastbeitrag und sehr persönlicher Zwischenruf von **Ansgar Hocke**

Im schicken 13. Stockwerk des rbb Fernsehzentrums, der symbolträchtigen Intendantenetage, wo jeder und jede sich klein fühlen muss, wenn die Chefin geladen hat, genießt man einen herrlichen Ausblick. Doch die Aussicht am Arbeitsplatz sagt noch lange nichts darüber aus, welche Perspektiven denen eröffnet wird, die darunter sitzen und für die Zuschauer und Zuhörer tagtäglich arbeiten. Die Erdung ist dort oben leicht zu verlieren. Die Beschäftigten haben es beim Höhenflug von **Patricia Schlesinger** erlebt und nun erleben sie ein Kuddelmuddel bei der Suche nach einer neuen rbb Spitze. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können einem nur noch leidtun.

Keine weiteren Höhenflüge

Sechs Intendantinnen und Intendanten habe ich im „Dreizehnten“ erlebt, bei jedem Wechsel wurde, soweit ich mich erinnere, das Büro neugestaltet, renoviert oder neu dekoriert. Möge die neue Intendantin vor weiteren Höhenflügen gefeit sein und das 13. Stockwerk verlassen, um sich unter die Beschäftigten zu begeben und intensiver und länger zuzuhören als ihre Vorgängerinnen. Denn es war die Belegschaft, die diesen Skandal, neben der täglichen journalistischen Routinearbeit, mit aufgearbeitet und offensiv aufgeklärt hat. Für die rbb Programmqualität war dies ein deutliches Signal. Auch bei der Auswahl der Kandidaten für die Intendanz waren es wiederum die Beschäftigten, die über die Findungskommission und über eine Befragung versuchten, den Sender in neues Fahrwasser zu bringen. Es ging schief. Am Ende dieser Kandidatensuche herrscht große Ernüchterung und Entmutigung. Keiner der ursprünglich vier Kandidaten zeigte eine klare und deutliche Qualifikation, wie sie bzw. er als Krisenmanager agieren will und die noch amtierende Intendantin **Katrin Vernau** kompetent ersetzen kann. Die neugewählte – (war es eine Wahl, es gab keine Gegenkandidaten mehr?) Journalistin und Juristin **Ulrike Demmer** traut sich viel zu.

Parteililz – nein Danke

In meinen Arbeitsjahren musste ich erleben, wie viele Rundfunkräte Programmpolitik mit Parteipolitik verwechselten, Ausgewogenheit, das war stets ein Synonym für Personalpolitik ganz nach Parteienproporz: Chefredakteur SPD, Intendant CDU, Kultur-

chef FDP. Mit dieser Art von Proporz scheint es (Achtung Ironie) beim rbb offenbar vorbei zu sein. Denn wer sich die parteipolitische Nähe des Rundfunkratsvorsitzenden, seiner Stellvertreterin und des Vorsitzenden des Verwaltungsrates anschaut, erkennt eher Einheit und keine Vielfalt.

Keine Kumpanei

Der rbb Rundfunkrat muss sich für einen Neuanfang erst noch beweisen und viel Unabhängigkeit und Parteilferne aufbringen. In all den Jahren zuvor gab es zu wenig Kompetenz, zu viel „Kumpanei“, zu viel Vereinnahmung durch die Geschäftsleitung, also durch die Intendanz, nach dem Motto: „Wir sitzen doch im selben Boot!“ Diese Haltung verschüttet die Pflicht zu einer funktionierenden Kontrolle. Immerhin ist der Rundfunkrat das obersten Organ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Die Vertreterinnen und Vertreter im Rundfunkrat verstehen sich zu gern als Lobbyistinnen ihres Verbandes, ihrer Organisation, ihrer Partei. Ganz nach dem Motto: „Wie oft und wie habt Ihr denn über uns berichtet.“

Reine Sitzungsteilnahme reicht nicht aus. Der Finanzausschuss und der Programmausschuss des Rundfunkrates erfüllen wichtige Funktionen. Vor allem bei der Vermarktung der Sportrechte, bei großen Filmproduktionen, bei den Werbe- und Medientöchtern kann von einer optimalen Kontrolle in den letzten Jahren nicht die Rede sein. Die Qualifizierung von Rundfunkräten für Ihre Arbeit ist dringend erforderlich.

Beim WDR wird übrigens von den Mitgliedern des Rundfunkrates im Sinne der NRW-Korruptionsbekämpfung eine Selbstauskunft verlangt: Ausgeübter Beruf, bestehende Beraterverträge, Mitgliedschaft in Aufsichtsräten etc. Auch beim Verwaltungs- und Rundfunkrat des rbb sollte diese Selbstauskunft rasch eingeführt werden.

Fiasko - Unternehmensberater

Mit Ausnahme weniger Jahre herrschte im rbb zu oft der „Bürokratie und Finanzhammer“. Es ging um Dienstwege, Strategiepapiere der Unternehmensentwicklung, um Immobilien, um Finanzanlagen sowie um Sendevermögen und gleichzeitig um drastische Sparmaßnahmen im Programm. Irgendwie bedingte sich dies gegenseitig. Nur in der Krösus Zeit von **Patricia Schlesinger** änderte sich dies kurzfristig. Da wurde das Geld verprasst mit der Planung eines Medienhauses und einigen Programmleucht-



türmen. Was sagt uns das: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist und bleibt kein herkömmliches Unternehmen; er erzeugt keine Gewinne, er lebt von einem solidarfinanzierten System; föderal strukturiert. Letztendlich sind die Nutzer und Nutzerinnen der Arbeitgeber. Die verheerende Propagandawirkung des Reichsrundfunks brachte die Alliierten in den Westsektoren dazu, ein wirtschaftsfreies und staatsfernes Organ zu schaffen in Selbstverwaltung. Das war, ist und bleibt ein Glücksfall.

Damit dies ein Glücksfall bleibt, müsse neue Führungsstrukturen und flache Hierarchien her, verbunden mit neuen Gehaltsstrukturen. Die Anzahl der Häuptlinge, der Teamleiter, der Abteilungsleiter und der Referenten von Referenten in der Verwaltung, wuchs während meiner 45 Jahre kontinuierlich an. Häuptlinge, die sich offenbar nach oben hin gegenseitig stützten, um dann Prämien und Boni zu erhalten. Die Zahl der außertariflich Beschäftigten stieg von Jahr zu Jahr. Die Schamlosigkeit und Protzerei einer Hierarchie, die auch woanders anzutreffen sind, darf nicht Anlass werden, um das öffentlich-rechtliche Rundfunksystems infrage zu stellen, sondern muss Anlass für einen notwendigen Wendepunkt, für Umkehr sein.

Um es deutlich zu sagen:

Skandale, fehlende Transparenz, Überversorgung, gab und gibt es auch woanders: Bei den Sparkassen, dem ADAC, der Neuen Heimat, der Deutschen Bahn, bei Hertha, der Telekom und bei Siemens.

Ein Direktor reicht auch

Was für ein peinliches Gerangel um den Posten der ersten Frau im rbb. Aber es geht ja auch um was: Bis in diese Tage hinein sind Intendanten sehr mächtig. Sie besitzen die Programmhoheit, die Geschäftsführung unterliegt ihnen, sie haben umfassende Kompetenzen. So ist es, weil es eine Intendantenverfassung gibt. Bei den Leitungen staatlicher Institutionen wie Theater, Opern mag das angehen, aber nicht in einer modernen öffentlich-rechtlichen Medienanstalt. Intendanten haben viel Macht und führen quasi einen Wahlkampf unter den Rundfunkräten, um wiedergewählt zu werden; sie haben persönliche Interessen, umso wichtiger ist es, ihre Macht zu kontrollieren oder die Intendantenverfassung in einer nicht zu fernen Zukunft abzuschaffen. Dafür hat die Politik zu sorgen. Ein geschäftsführender Vorstand reicht vollkommen.

Die neue Intendantin muss jetzt die Belegschaft motivieren, gutes Programm machen können sie alle-

mal. Aber die Akzeptanz der Berliner und Brandenburger nach all den Querelen wieder zu erringen und auszubauen wird schwer.



Ulrike Demmer (50) wird neue Intendantin des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb). Der Rundfunkrat wählte sie am Donnerstag (16.06.23) mit großer Mehrheit für die kommenden fünf Jahre. Sie wird ihr Amt spätestens zum 15. September antreten. Sie setzte sich gegen **Dr. Heide Baumann** (50) durch.

Ulrike Demmer ist in Solingen geboren und studierte Rechtswissenschaften in Bonn und Berlin. Nach dem Besuch der Berliner Journalistenschule volontierte sie beim ZDF. Sie arbeitete u.a. für radioeins vom rbb, den NDR (Extra 3) sowie für das ZDF-Morgenmagazin. Während ihrer Zeit beim Spiegel, unter anderem als Korrespondentin für Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, erhielt sie den Deutschen Reporterpreis und den Henri-Nannen-Preis. Dann wechselte sie ins Berliner Focus-Büro, anschließend als Leiterin ins Hauptstadtbüro des RedaktionsNetzwerks Deutschland (RND). Von 2016 bis 2021 war Ulrike Demmer stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung.

Ulrike Demmer: „In den vergangenen Monaten haben alle im rbb mit Nachdruck gezeigt, dass sie die Krise des Hauses hinter sich lassen wollen. Ich freue mich darauf, daran jetzt selbst mitarbeiten zu können. Die Herausforderung ist groß, aber ich weiß, dass ich mich in ein starkes Team einreihe, in dem ich gerne Verantwortung übernehmen werde. Aufbauend auf den Maßnahmen der vergangenen Monate machen wir gemeinsam mit den Mitarbeitenden den rbb in Brandenburg und Berlin wieder stark. Mein Ziel: Eine in die nicht-lineare Zukunft weisende Programmvvielfalt, die die unterschiedlichen Lebenswelten unseres Sendegebietes abbildet, junge, wie



ältere Menschen inspiriert und ihnen eine Stimme gibt."

Oliver Bürgel, Rundfunkratsvorsitzender des rbb: „Ulrike Demmer wird die Konsolidierung des rbb weiter vorantreiben und neue inhaltliche Akzente für die Zukunft setzen. Beides war dem Rundfunkrat bei seiner Entscheidung wichtig. Der Weg zu dieser Wahl war für alle Beteiligten herausfordernd, wir danken allen Kandidierenden für die Bereitschaft, ihre Kompetenzen in den Dienst des rbb zu stellen. Gleichzeitig gilt besonderer Dank auch der amtierenden Intendantin **Dr. Katrin Vernau**, die den rbb nach dieser weitreichenden Erschütterung wieder zur Handlungsfähigkeit geführt hat.“

Benjamin Ehlers, rbb-Verwaltungsratsvorsitzender: „Ulrike Demmer hat uns bereits in der Bewerbungsphase überzeugt. Sie hat unser volles Vertrauen und kann die Arbeit mit Rückenwind beginnen. Jetzt besprechen wir im nächsten Schritt ab der kommenden Woche miteinander die Vertragsdetails, damit ein reibungsloser Übergang gewährleistet ist. Dabei wird sich dann auch der genaue Termin der Amtsübergabe klären.“

Dr. Katrin Vernau, Intendantin des rbb: „Ich gratuliere Ulrike Demmer herzlich zur Wahl. Die Entscheidung des Rundfunkrats gibt den Mitarbeitenden des rbb Klarheit und eine Perspektive für die kommenden Jahre, nachdem sie sich in den letzten acht Monaten aus der tiefsten Krise ihrer Geschichte herausgearbeitet haben. Wir werden jetzt für eine vertrauensvolle und geregelte Übergabe sorgen.“

Im Vorfeld der Wahl hatte eine Findungskommission, bestehend aus dem Vorsitzenden des Rundfunkrates, der Vorsitzenden des Verwaltungsrates, der Personalratsvorsitzenden und der Sprecherin der Freienvertretung die Suche nach geeigneten Kandidierenden übernommen. Am Freitag standen zwei Bewerberinnen zur Wahl.

Sabine Jauer, Vorsitzende des rbb-Personalrats: „Wir hatten Kritik am Verfahren. Personalrat und Freienvertretung haben deshalb eine Neuauflage gefordert. Wir konnten den Rundfunkrat davon nicht überzeugen und wünschen Frau Demmer für ihre künftige, nicht einfache Aufgabe alles Gute.“

Die Wahl eines Intendanten bzw. einer Intendantin ist im rbb-Staatsvertrag geregelt. Danach muss die Position ausgeschrieben werden, eine Amtszeit dauert fünf Jahre. Nur vor dem Hintergrund der besonderen Situation des rbb war im September 2022 die Wahl einer Intendantin für kürzere Zeit möglich. Ihre

Amtsdauer erstreckte sich bislang allerdings nur bis zum Tag der Wahl einer neuen Intendantin/eines Intendanten. Damit Katrin Vernau das Amt nun bis zum Amtsantritt ihrer Nachfolgerin weiterführen kann, bestätigte der Rundfunkrat sie am Freitag in ihrer aktuellen Position. Vernaus Vertrag endet am 15. September 2023, danach hat sie die Möglichkeit, als Verwaltungsdirektorin zum WDR zurückzukehren, von wo sie vor neun Monaten zum rbb gewechselt ist.

Programmdirektorin **Martina Zöllner** ist jetzt auch stellvertretende Intendantin des rbb. Dies bestätigte der Rundfunkrat ebenfalls in seiner Sitzung am Freitag.

Quelle und Foto: rbb Presseportal

20) Steglitz, wir haben ein Problem! Wie Berlin zum Mars flog. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-07

12. Juni 2023

48. Jahrgang

STEGLITZ, WIR HABEN EIN PROBLEM!

Wie Berlin zum Mars flog

DAS Berliner Kabarett-Theater im Europa-Center

STACHEL SCHWEINE



Wie sagte ein Nachfolger **Willy Brandts**, ein Mann namens **Kai Wegner**: „Berlin gehört in die Top 3 der Welt!“. Daher: Lokale Visionäre aus Berlin planen jetzt den großen Coup!

Woran bislang Amerikaner und Russen scheiterten, auch Chinesen und Inder sowie zuletzt **Elon Musk**: Unter der Leitung eines ehemaligen BVG-Koordinators soll der Mars besiedelt werden!

Die Berlinonauten: Per Los ausgewählt. Die Rakete: Mit Wärmepumpe. Das Ziel: Eine Marskommune 1 ohne Diskriminierung, ohne Ausbeutung und endlich bezahlbarer Wohnraum! Ein kühnes Projekt. Bei dem am Ende hoch ambitionierte Politiker auf Berliner Klimaschutzler, extrovertierte Künstler und philosophierende Kleingärtner treffen.



Foto: Dirk Dehmel

Aber auch ausländische Geheimdienste werden auf den Plan gerufen. Wird Mastermind **Dr. Franziska Giffey** in die Geschichte eingehen? Und wie reagieren die Bayern auf Überlegungen des Berliner Senats, die 50 Milliarden Projektkosten über den Länderfinanzausgleich zu finanzieren?

Das brandneue Kabarett-Programm der STACHELSCHWEINE: Hintersinnig, gemein, pointiert, rasant und mit Musik. Das Programm stammt aus den bewährten Federn von **Frank Lüdecke** und **Sören Sieg**. Regie: **Marcus Kaloff**. Mitwirkende: **Robert F. Martin**, **Heike Ostendorp** und **Santina-Maria Schrader**.

Die Premiere findet am Samstag, dem 16. September 2023 im Europa-Center statt.

Zur Generalprobe am 13. September 2023 kosten die Tickets nur 10 Euro. Bei den beiden Voraufführungen am 14. und 15. September 2023 ab 26 Euro wie auch bei allen weiteren Vorstellungen ab dem 20. September 2023. Tickets für die Premiere ab 28 Euro.

Tickets unter:

www.diestachelschweine.de

Die Stachelschweine sind DAS Berliner Traditions-kabarett. Im Herbst 1949 wurde es in dem Künstler- und Studentenlokal Badewanne unweit der Berliner Gedächtniskirche als Schauspielerkollektiv gegründet. Der Name ist angelehnt an eine Zeitschrift der 1920er Jahre.

Rolf Ulrich gilt als Vater der Stachelschweine. Zum Ensemble gehörten neben vielen anderen so bekannte Namen wie **Wolfgang Gruner**, **Achim Strietzel**, **Edith Hanke**, **Günther Pfitzmann**, **Inge Wolffberg** und **Wolfgang Neuss**.

Von 1951 bis 1965 war die „Ewige Lampe“ in der Rankestraße 9, gleich neben der Feuerwache, das Domizil der Kabaretttruppe. 1965 zogen die Stachelschweine ins Europa-Center um, von wo aus sie noch heute die Welt satirisch betrachten.

Die „Ewige Lampe“ war noch lange Zeit eine richtig schöne, echt Berliner Kneipe. Heute findet man unter dem Eintrag Rankestraße 9: „Ha Lo Asia Restaurant – Asiatische Küche – rustikal-charmanten Flair.“ Wenigstens das ist übriggeblieben.

2019, zum 70sten Jubiläum der Stachelschweine, übernahmen **Frank und Caroline Lüdecke** das Theater. **Frank Lüdecke** ist aus zahlreichen Fernsehauftritten, u.a. in der ZDF „Anstalt“, aber auch durch Soloprogramme bei den „Wühlmäusen“ bekannt. In seinem eigenen Theater tritt er wieder am 19. Juni, sowie 3. und 24. Juli mit dem Programm „Das Falsche muss nicht immer richtig sein“ auf.

Ed Koch

(Quellen: Die Stachelschweine / Wikipedia)

21) Zweierlei Maß. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-06

12. Juni 2023

48. Jahrgang

Zweierlei Maß

Das sollte es in einer Demokratie nicht geben, dass mit zweierlei Maß gemessen wird. Es geschieht aber vor unseren Augen. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 gab es Mängel in 207 von 2.254 Wahllokalen.

Details erfahren Sie hier:

<https://www.rbb24.de/politik/wahl/abgeordnetenhaus/agh-2021/beitraege/bericht-landeswahlleitung-wahlpannen-berlin-daten-auswertung.html>

Der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin hat am 16. November 2022 entschieden, dass in Berlin am 12. Februar 2023 die Wahl komplett wiederholt werden muss, also auch in den 90 Prozent der Wahllokale ohne Beanstandungen. Vom Ergebnis her war es jedoch keine Wiederholungs-, sondern eine Neuwahl. Bei einer Wiederholungswahl hätten ja schließlich alle am 12. Februar 2023 ihr Kreuz an derselben Stelle machen müssen wie am 26. September 2021. Das taten sie natürlich nicht. Ergebnis: Aus Rot-Grün-Rot wurde Schwarz-Rot und auf der ganzen Länge der Friedrichstraße dürfen wieder Autos fahren.

Parallel zur Abgeordnetenhauswahl fand auch die für den Bundestag statt. Festgestellt wurden Mängel in 327 von 2.256 Wahllokalen. Und siehe da, der Bundestag beschloss, dass nur hier neu abgestimmt werden muss. Das verstehe, wer will. Bisher ist allerdings nichts geschehen, weil der Vorgang beim Bundesverfassungsgericht liegt, das bislang keine Entscheidung getroffen hat.

Jetzt lesen wir in einer Meldung der Deutschen Presseagentur, dass sich Berlins Landeswahlleiter **Stephan Bröchler** auf die **Europawahl im Juni 2024** vorbereitet und offenbar gleichzeitig auf die Wahlwiederholung in den besagten 327 Wahllokalen. Übrigens: im **Herbst 2025** findet die nächste **Bundestagswahl** statt.

Bröchler spricht der dpa gegenüber davon, dass es „*möglicherweise noch in diesem Jahr eine Entscheidung in Karlsruhe dazu gibt.*“ Und er schließt nicht aus, dass das Gericht auch eine komplette Neuwahl beschließen könnte, was natürlich nur Berlin und nicht das ganze Land betreffen würde.

CDU/CSU und AfD haben eine „Wahlprüfungsbeschwerde“ in Karlsruhe eingereicht mit dem Ziel, möglichst in allen Wahllokalen noch einmal abstimmen zu lassen. Ob das neue Berliner Ergebnis die

Zusammensetzung des Bundestages merklich verändern würde, darf bezweifelt werden. **Nur vier Prozent der 736 Abgeordneten kommen aus Berlin**, acht davon stellt die SPD, sieben die Grünen, fünf die CDU, vier die Linke und jeweils drei FDP und AfD. Die zwölf Berliner Wahlkreise haben vier Christdemokraten, jeweils drei Grüne und Sozialdemokraten und zwei Linke gewonnen.

Daran könnte sich einiges ändern, gefährdet aber nicht die Ampel-Mehrheit im Bundestag. Die größte Gefahr der Ampel-Koalition geht von ihr selbst aus.

Zur Vervollständigung hier die Ergebnisse vom September 2021 nach Erst- und Zweitstimmen: SPD 22,9/23,4% - Grüne 20,9/22,4% - CDU 18,9/15,9% - Linke 14,3/11,4% - AfD 8,1/8,4% - FDP 7,1/9,1%.

Das höchste Gut in einer Demokratie ist die allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahl. **(Artikel 38 Grundgesetz) Wie kann es sein, dass unser höchstes Gericht, das über die Verfassung zu wachen hat, diese nicht ernst nimmt? Sicherlich hat das Bundesverfassungsgericht viel zu tun. Es kann aber doch nicht einen Vorgang wie diesen mit einer Eingangsnummer versehen und ihn erst bearbeiten, wenn er unter dem Stapel wieder sichtbar wird. Die Frage einer möglichen Wiederholungswahl hat höchste Priorität.**

Eine Wiederholungswahl muss zeitnah stattfinden und nicht erst, wenn sich die politische Lage verändert hat und es deutlich andere als die ursprünglichen Ergebnisse gibt.

Eines ist sicher: wir werden in den nächsten Monaten und Jahren noch viele Gelegenheiten haben, wählen zu gehen. Und das ist schließlich auch sehr sehr gut so! Gern nehme ich bei meinen harten künftigen Einsätzen als Helfer im Wahllokal das Erfrischungsgeld mit, das meinen Kühlschrank für mindestens zwei Wochen füllt.

Ed Koch

22) „75 Jahre Luftbrücke“ – Jubiläumsausstellung im Rathaus Schöneberg. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-05

11. Juni 2023

48. Jahrgang

Jubiläumsausstellung „75 Jahre Luftbrücke“ im Rathaus Schöneberg



Jubiläumsausstellung
30.06.-02.07.2023 Rathaus Schöneberg

Bei freiem Eintritt wird die Jubiläumsausstellung von Freitag, dem 30. Juni 2023, bis Sonntag, dem 2. Juli 2023, durch einen Verbund Berliner Philatelisten Vereine in Kooperation mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg veranstaltet. Gewürdigt wird der 75. Jahrestag der Berliner Währungsreform, der Beginn von Blockade und Luftbrücke und der Entstehung des „Markenlandes wider Willen“ Berlin (West).



In einer philatelistischen Sonderschau wird am historischen Ort im selten für die Öffentlichkeit zugänglichen Kennedy-Saal die Berliner Geschichte zwischen 1945

und 1990 präsentiert mit Originaldokumenten, Briefen, Stempeln, Fotos und Ansichtskarten. Die meisten Belege werden sogar erstmals öffentlich ausgestellt. Ein besonderer Höhepunkt ist die Präsentation eines Original „Candy-Fallschirms“ der 1949 in Lichterfelde-Ost aufgefunden wurde, umrahmt mit Fotos von **Gail Halvorsen**, aufgenommen anlässlich des Veteranentreffs 60 Jahre Luftbrücke.

Bereits im März 1949, noch während der Blockade und Luftbrücke, wurde die erste Luftpostausstellung nach dem Krieg im Rathaus Schöneberg durch den Luftpostsammlerverein IAPC durchgeführt, der auch jetzt zu den Organisatoren der Veranstaltung gehört. Während der damaligen Ausstellung überflogen die von Westen anfliegenden Luftbrückenmaschinen

kurz vor der Landung das Rathaus Schöneberg. Diese Situation ist auf dem Sonderstempel dargestellt.



Neben einem Sonderpostamt mit einem Sonderstempel werden thematisch passende „Marken Individuell“ mit Ansichten der bekanntesten Luftbrückenflugzeuge und entsprechende Sonderumschläge und zahlreiche Erinnerungsbelege zu den Jahrestagen der Luftbrücke angeboten.



Zudem wird es eine Sonder-Luftpostbeförderung auf dem historischen westlichen Flugkorridor „75 Jahre Luftbrücke zwischen Berlin und Frankfurt/Main“ geben. Nur wenige wissen, dass es ein etwas kleineres Luftbrückendenkmal auch in Frankfurt am Main gibt. Auf einem Sonderumschlag wird darauf Bezug genommen.

Am Samstag, dem 1. Juli 2023, finden zusätzlich im Goldenen Saal um 15:00 und 17:00 Uhr öffentliche Vorträge zu den Themen „Luftbrücke“ und „Währungsreform“ statt.

Die Ausstellung findet im Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 im ersten Stock, Raum 1110, im Kennedy-Saal, statt.

Öffnungszeiten Freitag, 30. Juni 2023, 10:00-17:00 Uhr, Samstag, 1. Juli 2023, 10:00-17:00 Uhr, Sonntag, 2. Juli 2023, 10:00-15:00 Uhr.



Programm

Jubiläumsausstellung 75 Jahre Berliner Luftbrücke:

Freitag, 30. Juni 2023

Kennedy-Saal, Raum 1110

10:00 Uhr: Öffnung der Ausstellung, Sonderpostamt
10:15 Uhr: Begrüßung durch den Veranstaltungsleiter **Hans-Ulrich Schulz** (Forschungsgemeinschaft Berlin).

Grußwort durch den Vorsitzenden des Philatelisten Verbandes Nordost e. V., **Helge Schinkel**.

Ausstellungseröffnung durch **Matthias Steuckardt**, stellvertretender Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg.

Buchpräsentation des 10. Bandes der Schriftenreihe der FG Berlin von **Klemens Nicklaus**: „Die Währungsreform in Berlin (West) 1948/49- eine philatelistische Betrachtung“.

Im Anschluss erfolgt eine kleine Führung durch das Rathaus Schöneberg für interessierte Gäste der Ausstellungseröffnung.

17 Uhr: Schließung der Ausstellung

Goldener Saal

15:00 Uhr: Öffentlicher Vortrag
„75 Jahre Berliner Blockade und Luftbrücke — eine zeitgeschichtliche Betrachtung“, Hans-Ulrich Schulz

Samstag, 1. Juli 2023

Kennedy-Saal, Raum 1110

10:00 Uhr: Ausstellungsöffnung, Sonderpostamt

17:00 Uhr: Schließung der Ausstellung

Goldener Saal

15:00 Uhr: Öffentliche Vorträge:
Beamer-Präsentation „75 Jahre Berliner Blockade und Luftbrücke“ — eine zeitgeschichtliche Betrachtung“, Hans-Ulrich Schulz

17:00 Uhr: Beamer-Präsentation „Die Währungsreform in Berlin (West) 1948/49“, Klemens Nicklaus.

Sonntag, 2. Juli 2023

Kennedy-Saal, Raum 1110

10:00 Uhr: Ausstellungsöffnung

15:00 Uhr: Schließung der Ausstellung

Goldener Saal

10:30 Uhr: Öffentlicher Vortrag
Beamer-Präsentation „75 Jahre Berliner Blockade und Luftbrücke — eine zeitgeschichtliche Betrachtung“, Hans-Ulrich Schulz

23) Die Legende lebt. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-03

9. Juni 2023

48. Jahrgang

Die Legende lebt



Es dürfte kaum noch jemand unter uns sein, der das Originalensemble der **Comedian Harmonists** live erlebt hat. 1927 in Friedenau gegründet, waren drei Tenöre, ein Bariton, ein Bass und natürlich der Mann am Klavier in Berlin und weit darüber hinaus unterwegs, um gute Laune zu verbreiten. Ohrwürmer wie „Veronika, der Lenz ist da“, „Mein kleiner grüner Kaktus“ oder „Ich wollt, ich wär ein Huhn“, sind unvergessen und werden auch heute noch im Radio gespielt.

Die Karriere der Comedian Harmonists hätte noch ewig weitergehen können, wenn sich ab 1933 nicht die braune Pest des Nationalsozialismus über Deutschland ergossen hätte. Drei der Ensemblemitglieder waren Juden, die nicht mehr auftreten durften. Es ist immer noch nicht zu glauben, wohnen sie ein weitestgehend von der Bevölkerung mitgetragener Rassenwahn führen kann. Die Geschichte der Comedian Harmonists können Sie auf Wikipedia nachlesen.

https://de.wikipedia.org/wiki/Comedian_Harmonists

Es gab im Laufe der Zeit viele Versuche einer Neugründung. Die erfolgreichste ist die der **Berlin Comedian Harmonists**, die aus dem Ensemble der Uraufführung des Theaterstücks „Veronika, der Lenz ist da – Die Comedian Harmonists“, das am 19. Dezember 1997 an der Komödie am Kurfürstendamm in Berlin Premiere hatte, hervorgegangen ist. **Olaf Drauschke** und **Holger Off** gehören zu den Gründungsmitgliedern. Im Laufe der Zeit gab es mehrere Veränderungen, aktuell gehören dem Ensemble **Ralf Steinhagen**, **Ulrich Bildstein**, **Wolfgang Höltzel** und **Nicolai Orloff** an.



Einmal im Jahr veranstaltet das Seniorenamt des Bezirks Tempelhof-Schöneberg ein Galakonzert im Kammernsalsaal der Philharmonie. Sozialstadtrat **Matthias Steuckardt** lässt es sich dabei nicht nehmen, die Senioren seines

Bezirks persönlich zu begrüßen. Für die Zielgruppe ist der Ausflug von Tempelhof-Schöneberg in den Tiergarten jedes Jahr ein Highlight. Man kennt sich und freut sich auf das Wiedersehen. Stadtrat Steuckardt lässt in seiner Begrüßung die anderen Angebote seines Amtes nicht unerwähnt. Vor allem gibt es viel zu erleben in den Seniorentagesstätten. Dass alte Menschen einsam zu Hause sitzen müssen, stimmt nicht.



Die Galakonzerte gefallen nicht nur den Senioren, sondern auch der Politprominenz des Bezirks. Am Ende verteilt Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** Blumen an die Sänger. Auch die früheren Bürgermeister, wie **Dieter Hapel** und **Angelika Schöttler**, lassen sich das Event nicht entgehen. Jugendstadtrat **Oliver Schworck** hat kein Konzert in den letzten Jahren versäumt und schwärmt noch heute von dem Auftritt von **Vicky Leandros**.

Natürlich sind es die bekannten Lieder, die zu Gehör gebracht werden, wobei „Ein Freund, ein guter Freund“ nicht fehlen darf. Die Berlin Comedian Harmonists, die nicht zuletzt als Gäste in unzähligen Konzerten von **André Rieu** weltweit aufgetreten sind, gehen mit der Zeit. Und so stehen auch Songs wie „99 Luftballons“, „All you need is love“ oder „Hotel California“ auf der Programmliste.

Zwischen den Liedern erzählt jedes Ensemblemitglied eine Geschichte aus seinem Leben, was den Auftritt sehr persönlich werden lässt. Mit „Über den Wolken“ von **Rainhard Mey** endete der offizielle Teil des Konzerts und natürlich mangelte es nicht an Zugaben. In der Tradition der Original Comedian Harmonists erklingt zum Schluss das Lied „Auf Wiedersehen“, mit dem sie sich bei jedem Konzert vom Publikum verabschiedeten.

Bleibt zu hoffen, dass unserem Land auch künftig blinder Rassenwahn erspart bleibt, der vor allem darauf abzielt, die Kultur zu vernichten. Der letzte Titel, den die Comedian Harmonists 1935 aufnahmen, trug den Titel „Morgen muss ich fort von hier“. Die drei jüdischen Ensemblemitglieder haben Nazi-Deutschland überlebt. Der Gründer **Harry Frommann** starb 1975 mit 69 Jahren, und **Bariton Roman Cycowski** wurde sogar 98 Jahre alt und starb 1998. In diesem Sinne wünschen wir den Berlin Comedian Harmonists ein langes Leben.

Informationen über künftige Auftritte finden Sie unter:

<https://www.berlin-comedian-harmonists.de/>

Am 16. und 31. Dezember und 1. Januar 2024 wieder in Berlin.

Ed Koch
auch Fotos

1

24) So geht's auch. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-01

1. Juni 2023

48. Jahrgang

So geht's auch

Man kann sich auf Straßen festkleben und den Verkehr zum Erliegen bringen, um das Klima retten zu wollen, oder sich konkret mit dem Thema beschäftigen. **Lesen Sie bitte auch die Anmerkungen am Ende dieses Beitrages.**

Am Nachmittag des 9. Juni dreht sich alles um die Themen Klimaschutz und Energiesparen. Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte von Berliner Schulen stellen in einem abwechslungsreichen Programm ihre Klima-Aktionen vor. Bei einer Podiumsdiskussion kann Abgeordneten auf den Zahn gefühlt werden. Der Tag der **KlimaVisionen** am Freitag, dem 9. Juni 2023, von 15.00-17.30 Uhr, bietet viele Möglichkeiten zur Vernetzung, die Teilnahme ist kostenfrei. Wer im nächsten Schuljahr dabei sein will, kann sich gleich vor Ort anmelden.

Was ist der beste Weg zu einer Klima-Roadmap für die eigene Schule? Welche kreativen Ideen laufen besonders gut und wo hakt es auch mal? Wie funktioniert der internationale Austausch zwischen Klimaschulen in Griechenland und Berlin? Das sind nur einige Themen beim großen Tag der KlimaVisionen.

Bei einer Podiumsdiskussion mit Berliner Abgeordneten können sich Schülerinnen und Schüler aktiv einbringen und den Politikern auf den Zahn fühlen. Alles unter dem Motto „Wie kann Politik den praktischen

Klimaschutz an Schulen unterstützen?“. Aus dem Berliner Abgeordnetenhaus stellen sich **Turgut Altug** (Grüne), **Danny Freymark** (CDU) und **Linda Vierecke** (SPD) den Fragen der Jugendlichen.

Mehr als die Hälfte der öffentlichen Gebäude sind Schulen, die damit ein entscheidender Faktor bei der Erreichung der Klimaziele des Landes Berlin sind. Seit 2021 haben 40 Berliner Schulen am Projekt KlimaVisionen teilgenommen, das von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt gefördert wird. Das Projekt wurde im Rahmen des Wettbewerbs „Klimaschutzpartner des Jahres 2022“ ausgezeichnet.

Das **Unabhängige Institut für Umweltfragen Ufu e.V.** führt gemeinsam mit Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften im Rahmen des Projekts vor Ort Klima-Checks und Workshops durch, damit spannende Klima- und Umweltaktivitäten in den Schulalltag integriert werden können. Jede Schule entwirft dabei ihren eigenen Weg und individuelle Aktionen. Die Ideen sind vielfältig und reichen vom Energiesparen bei der Beleuchtung bis zu Mobilität, Ernährung, Schulhofbegrünung und ganzen Klima-Aktionstagen.

Das Projekt KlimaVisionen ist gerade um zwei Jahre bis 2025 verlängert worden. Für interessierte Schulen ist die Veranstaltung am 9. Juni 2023 ideal, um sich ein Bild vom Projekt zu machen und mit anderen Schulen in Kontakt zu treten: Gemeinsam voneinander lernen, kooperieren, Zukunftsvisionen schmieden und zeigen, dass es viele Klima-Aktive an Berliner Schulen gibt, die sich für eine bessere Zukunft einsetzen. Die Anmeldung für den Tag der KlimaVisionen ist weiterhin kostenfrei online möglich:

<https://www.ufu.de/klimavisionen-abschlussveranstaltung/>

Die Veranstaltung findet im „bUm- Raum für solidarisches Miteinander“, Paul-Lincke-Ufer 21, 10999 Berlin (Nähe U7-Bhf Hermannplatz und U1/U3 Görlitzer Bahnhof) statt. Leiter des Kompetenzzentrum Klimaneutrale Schulen ist der ehemalige SPD-Abgeordnete und Umwelt- und Klimaschutzexperte **Daniel Buchholz**. *Quelle: bUm*

Anmerkungen

Am Dienstagabend fand die rbb-Sendung „Wir müssen reden“ zum Thema „Streit ums Auto - Blockieren oder freie Fahrt?“ statt. **Antje Kapek**, die für die Grünen an der Sendung teilnahm, „befürchtet zunehmende Gewalt gegen die Klima-Aktivist:innen der ‚Letzten Generation‘ und warnt vor einer weiteren



Eskalation durch politische Äußerungen. Es sei zwar gerechtfertigt, dass man sich über politischen Protest aufrege. „Trotz alledem ist die Versammlungsfreiheit ein Grundrecht. Und dann hört man immer: Bei Nötigung hört's auf, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der Berliner Grünen-Fraktion am Dienstag im rbb-Bürgertalk ‚Wir müssen reden‘. Politiker, die in den Raum stellen, es würde sich bei den Aktionen der ‚Letzten Generation‘ pauschal um Nötigung handeln, seien ihres ‚Erachtens nach Brandstifter‘.“

Quelle: tagesschau

Dirk Stettner, Vorsitzender der CDU-Fraktion, der ebenfalls an der Sendung teilnahm, äußerte sich am Tag danach in einer Presseerklärung: „Grüne und Linke schaden dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, in dem sie Klebe-Blockierer in Schutz nehmen und Kritiker an deren illegalen Aktionen als Brandstifter verunglimpfen. Diese Blockaden sind illegal und gegen die Interessen aller Berlinerinnen und Berliner, speziell der arbeitenden Menschen. Sie sind eben nicht von dem Versammlungsrecht gedeckt. Wer solche Falschbehauptungen aufstellt, eskaliert die Lage, missachtet Gerichtsentscheidungen und streut den Menschen Sand in die Augen.“

Grüne und Linke lassen Zweifel an ihrem Demokratieverständnis aufkommen, wenn Sie auf diese Weise zu weiteren Straftaten quasi ermuntern, statt sich um Deeskalation zu bemühen. Weder die Klebe-Blockierer noch das Verhalten von Grünen und Linken fördern den Klimaschutz, sondern stören das Gemeinwohl.

Für mehr Klimaschutz hat die Koalition von CDU und SPD ein nie dagewesenes Finanzpaket von bis zu zehn Milliarden Euro eingeplant. Dies ist umso mehr nötig, da sich die abgewählte Grünen-Verkehrssenatorin eben nicht um bessere Bus- und Schienenverbindungen bis an den Stadtrand sowie P&R-Plätze gekümmert hat. Grüne und Linke haben in ihrer Regierungszeit eben viel zu wenig für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehr in Berlin getan. Diesen werden wir jetzt entschieden vorantreiben.“

Sicherlich ist die „Letzte Generation“ weder eine kriminelle Vereinigung noch eine Terrororganisation. Es sind zweifelsohne aber Straftaten, die die Aktivisten mit Vorsatz begehen. Sie legen mit den vielen Vorfällen nicht nur die Straßen lahm, sondern auch die Justiz, die mit der Bearbeitung der Verfahren nicht hinterherkommt. Demokratie funktioniert nur, wenn sich alle an die Regeln halten. Straßenblockaden stehen nicht im Katalog. Die Blockierer hindern nicht nur Menschen daran, pünktlich zur Arbeit zu kom-

men, sondern nehmen auch billigend in Kauf, dass Krankentransporte nicht rechtzeitig ihr Ziel erreichen, um in Notgeratenen helfen zu können. So wie die selbsternannte „Letzte Generation“ die Umwelt retten will, funktioniert es nicht. Sie sollte sich ein Beispiel an den Schülerinnen und Schülern nehmen, die sich konkret um den Klimaschutz kümmern.

Ed Koch

25) Auf dem Zahnfleisch zum Zeltlager. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 613-25

31. Mai 2023

48. Jahrgang

Auf dem Zahnfleisch zum Zeltlager

Teure und weniger Ferienfahrten für Kinder und Jugendliche erwartet der **Landesjugendring Berlin** für 2023. Der Grund: Berlins Energiekostenhilfe greift nicht für die typischen Angebote der 37 Jugendverbände. Der Landesjugendring Berlin fordert das Land Berlin auf, bei der Energiekostenhilfe nachzubessern – gerade vor den Sommerferien.

Der Eintopf beim Feriencamp mit hundert Kindern und Jugendlichen im Thüringer Wald, das Bahnticket zur Jugendbegegnung nach Paris, der Sprit für den Sprinter, mit dem die Zelte zum Lagerplatz in Brandenburg transportiert werden: Alles wird teurer. Berlins Energiekostenhilfe hilft dabei jedoch nicht weiter. Eigentlich sollen die Hilfen auch die steigenden Ausgaben von Vereinen und Verbänden abfedern. Berücksichtigt werden dabei aber nur Strom und Wärme, zum Beispiel für die Büroräume der Jugendverbände oder die Räume von Jugendclubs. Angebote, die außerhalb stattfinden, bekommen keine direkte Unterstützung.

„Jugendverbände machen Kindern und Jugendlichen viel weniger Angebote an einem bestimmten Ort als zum Beispiel Jugendclubs“, betont **Tilmann Weickmann**, Geschäftsführer des Landesjugendring Berlin. Die Jugendarbeit in Berlin sei aber sogar gesetzlich verpflichtet, so genannte „Erholungsfahrten und -reisen, internationale Jugendbegegnungen und Seminarfahrten, aber auch andere mobile Angebote“ für junge Menschen anzubieten. So steht es im Kinder- und Jugendhilfegesetz (AG KJHG § 6c). Diese Angebote müssen darum auch Anspruch auf die Energiekostenhilfe haben, fordert der Landesjugendring Berlin vom Land. Basis ist ein Beschluss seiner Mitgliederversammlung, gefasst von 37 Berliner Jugendverbänden. Viele von ihnen sind bereits in die Planung für Kinder- und Jugendfreizeiten in den Sommerferien gegangen.

„Feriencamps, Gruppenfahrten oder Jugendbegegnungen sind von den Energiekostensteigerungen massiv betroffen“, beklagt Weickmann. Rund 850 solcher Angebote für 25.000 junge Berlinerinnen und Berliner böten die Jugendverbände pro Jahr an. Es sei fachlich nicht begründbar, dass es dafür keine Hilfen gäbe. In der Folge befürchten die Jugendverbände, dass sie diese Angebote 2023 stark reduzieren oder die Teilnahmebeiträge um bis zu 25 Prozent erhöhen müssen. Ferienfahrten können sich dann

nur noch wohlhabende Eltern für ihre Kinder leisten. „Bieten die Jugendverbände weniger Ferienfahrten an, wird das Land Berlin seine eigens festgelegten Ziele für die Menge solcher Fahrten weiter unterschreiten“, so Weickmann. Einer wachsenden Zahl junger Menschen in Berlin steht dann eine sinkende Zahl von Angeboten der Jugendarbeit gegenüber.

Quelle: Landesjugendring Berlin



Quelle: Staeken Info

Nicht alles, aber vieles war früher besser. Zum Beispiel die Ferienangebote der Bezirke. Als West-Berlin noch eingemauert war, gab es viele Projekte, durch die die Kinder der Stadt hier mal für ein paar Wochen rauskamen. Auch wenn Begriffe wie „Zeltlager“ oder „Ferienmaßnahme“ sehr nach Verwaltungsdeutsch klingen, so waren diese Angebote sehr beliebt, gerade für Familien, die es nicht so dicke haben.

Der Autor dieses Beitrages hat in seiner beruflichen Tätigkeit für ein Jugendamt Ferienfahrten für Kinder zum Beispiel an den Baldeneysee in Essen oder nach Otterndorf bei Cuxhaven betreut. Hunderte von Kindern nahmen mit Begeisterung daran teil. Für sie war es teilweise das erste Mal, dass sie aus Berlin rauskamen.

Aber auch in Berlin, beispielsweise am Wannsee und auf Schwanenwerder hieß es „Kinder in Licht, Luft und Sonne.“ Auf Schwanenwerder fand darüber hinaus ein Internationales Jugendcamp mit Teilnehmenden aus vielen Ländern statt. Jugendbegegnungsreisen wurden auch ins Ausland durchgeführt. Nach der Wende wurden diese Angebote immer weiter runtergefahren. Warum eigentlich? Das war genauso unsinnig, wie die schnelle Abschaffung der Berlin-Zulage durch Bundeskanzler Kohl. Als wenn das Leben in West-Berlin durch die Wiedervereinigung preiswerter geworden wäre.

Es sind viel zu häufig nur Lippenbekenntnisse, wenn es um die Zukunft, also die Kinder geht. Vom großen Kuchen der Milliardenpakete, bleiben für die Kinder nur Krümel übrig. Zeit für eine Zeitenwende, lieber neuer Senat.

Ed Koch

1

Österreich (Seite E 241)

- Keine Berichte -

S ü d t i r o l (Seiten E 242 – E 253)

01) Schweigespirale zu Hungerstreik für 105-Jährige Südtirolerin

26. 06. 2023



Der Vorstand des Andreas Hofer-Bundes (v. l. n. r.: AHBT-Obmannstellvertreter Hermann Unterkircher, AHBT-Obmann Alois Wechselberger, Hermine Orian und AHBT-Südtirol-Beauftragte Edith Weinreich) besuchte Frau Orian an ihrem 103. Geburtstag in ihrem kleinen Haus in Schenna bei Meran.

Es ist ein innenpolitischer Skandal, der taktloser kaum sein könnte. Die österreichische Bundesregierung weigert sich seit Jahren einer mittlerweile 105-Jährigen Südtirolerin die Staatsbürgerschaft zu verleihen (während sie jeder illegale Migrant nach einigen Jahren fast schon geschenkt bekommt). Dabei ist der stolzen Österreicherin, die zwangsweise zur Italienerin wurde, nur mehr eines im Leben wichtig: Sie möchte als Staatsbürgerin Österreichs sterben. Die politische Elite spielt jedoch aus politischer Korrektheit auf Zeit und hofft auf eine „biologische Lösung“ des unangenehmen Falls. Doch seit Monaten steigt der Südtiroler Heimatbund auf die Barrikaden, bis hin zum Hungerstreik, der medial totgeschwiegen wird:

Schweigespirale über dem Fall Orian und dem Hungerstreik des AHBT-Obmannes Wechselberger

Es ist eine Schande!

Am 11. Juni 2021 hatte die am 23. April 1919 als österreichische Staatsbürgerin in Kurtatsch geborene Hermine Aloisia Orian (geborene Mair) im Alter von 102 Jahren

den Antrag an die Republik Österreich, ihr die österreichische Staatsbürgerschaft wieder zu verleihen. Die ehemalige Katakombenlehrerin, welche in der Zeit des Faschismus die Gefahr von Haft und Verbannung auf sich genommen hatte, wünscht sich, als österreichische Staatsbürgerin zu sterben, da sie 1919 als österreichische Staatsbürgerin geboren wurde. Heute steht Frau Orian im 105. Lebensjahr. Ihr Ansuchen wurde trotz zahlreicher Interventionen des Obmannes des mit uns befreundeten „Andreas Hofer-Bundes Tirol“ (AHBT), Mag. Alois Wechselberger, von den offiziellen österreichischen Stellen bis heute nicht behandelt.

Vor 14 Tagen trat Mag. Wechselberger aus Protest in Hungerstreik. Der „Andreas Hofer-Bund“ gab dies mit einer Presseaussendung an die Austria Presse Agentur (APA) und an zahlreiche Medien bekannt.

In einer Presseaussendung hat jetzt der „Andreas Hofer-Bundes Tirol“ (AHBT) bekannt gegeben, dass dem seit 10. Juni 2023 in den Hungerstreik getretenen Obmann Alois Wechselberger bereits Infusionen verabreicht werden.

In der Aussendung heißt es weiter: „Für das schamlose, menschenverachtende Spiel, das von Innenminister Karner (inkl. dessen rechten Hand Frau Dr. Pflieger (Abteilung Staatsbürgerschaft) und Bundeskanzler Nehammer mit Frau Orian gespielt wird, habe man kein Verständnis! Wir sind besorgt, dass Frau Orian die „Rückgabe“ der österreichischen Staatsbürgerschaft – durch gezielte politische Vereitelung aus Wien – nicht erleben wird. Und wenn unser Obmann am Hungerstreik weiter festhält, müssen wir auch hier mit dem Schlimmsten rechnen, so der zurzeit geschäftsführende Obmann des AHBT. Johann Moser.“

Die von der österreichischen Bundesregierung mittels Presseförderung und Inseraten am Leben erhaltenen sogenannten „Mainstream-Medien“ berichteten und berichten bis heute nicht darüber. Es liegt eine offenbar von der hohen Politik gewünschte Schweigespirale über dem tragischen Geschehen. Das ist eine Schande!

Man hört aber auch von jenen fortschrittlichen Kreisen, die sich bei jeder Gelegenheit mit Einwanderern aus fernen Kontinenten solidarisieren, nichts über eine Solidarisierung mit den eigenen Landsleuten Orian und Wechselberger.

Leider schweigen außer den zuständigen Regierungsstellen in Österreich auch die Südtiroler Landesregierung und die Süd- und Nordtiroler politischen Parteien.

Der „Südtiroler Heimatbund“ fordert hiermit die politischen Vertreter Südtirols auf, die Schweigespirale zu durchbrechen und endlich öffentlich Stellung zu nehmen.

Dies ist ein Gebot der Menschlichkeit und des Anstandes!

Roland Lang

Obmann des Südtiroler Heimatbundes

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) AHTB-Obmann Wechselberger in Hungerstreik getreten

Seit Jahren kämpft **Alois Wechselberger**, Obmann des Andreas Hofer-Bundes Tirol (AHTB) für **Hermine Orian**, eine inzwischen 104-jährige Südtirolerin, um die österreichische Staatsbürgerschaft. Jetzt hat er sich zu einer drastischen Maßnahme, einem Hungerstreik, entschlossen. Wechselberger begründet seine Entscheidung damit, dass „trotz der Zusage des Wiener Innenministeriums, die Sache Orian bis Ende Juni dem Ministerrat vorzulegen, bislang nichts passiert ist“.

[Bitte sehen Sie hier die ganze Aussendung des AHTB.](#)

Österreichische Bundesregierung gefährdet 2 Menschenleben!

**104jähre Südtirolerin wird die Vergabe der österr. Staatsbürgerschaft verwehrt!
AHTB-Obmann Wechselberger, der Frau Orian im Wort steht, greift zum Mittel der moralischen Notwehr: zum Hungerstreik!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der seit Jahren **strittigen Frage der österr. Staatsbürgerschaft** für die im **105. Lebensjahr stehende**

Südtirolerin, ehemalige Katakomben-Lehrerin, Urgroßmutter Hermine Orian (geb. Mayr) ist nun unser Obmann, Mag. Alois Wechselberger, in den Hungerstreik getreten.

Das Innenministerium hat uns, dem **Andreas Hofer-Bund Tirol (AHTB)**, mehrfach zugesagt, den Fall Orian – noch vor der Sommerpause (!!!) – in den Ministerrat zu bringen. Bis zur parlamentarischen Sommerpause sind es nur noch knapp drei Wochen! Unsere zahlreichen Anfragen in den letzten Wochen bestätigten jedoch, dass der Fall Orian durch **Innenminister Karner (ÖVP)** persönlich **blockiert** wird: Der Ministerratsdienst des Bundeskanzleramts und auch andere mit der Sache befassten Ministerien und Regierungsstellen bestätigten, dass es bis dato keine Vorbereitungen getroffen wurden, um die Staatsbürgerschaftsfrage im Ministerrat endgültig zu behandeln und abzuschließen. Wir vom AHTB und auch Frau Hermine Orian sind offenbar durch Beamte und Minister über Wochen und Monate hinweggetäuscht worden. Wir lehnen eine von der Regierung angesteuerte „**biologische Lösung**“ – durch gezielte Verschleppung einer Entscheidung - im Fall Orian kategorisch ab!

Wie bereits in einer Presseaussendung angekündigt, hat unser Obmann als Mittel der äußersten moralischen Notwehr den Hungerstreik gewählt. **Seit Sonntag, den 10. Juni 2023 ist unser Obmann im Hungerstreik!** Es liegt nun an der Bundesregierung in Wien den Fall Orian rasch abzuschließen, um die (bereits angeschlagene) Gesundheit bzw. das Leben unseres Obmannes sicherzustellen. Für die seelischen Qualen der altersbedingt sehr gebrechlichen Frau Hermine Orian und für die körperliche Unversehrtheit unseres Obmannes machen wir die Regierung Nehammer-Kogler (namentlich Herrn Innenminister Karner) persönlich verantwortlich!

Während die sogenannte freien und unabhängigen österr. Medien zur Causa Orian (noch!!!) schweigen, berichtet bereits die italienische Presse (siehe Link unten):

[Sciopero della fame per cittadinanza italo-austriaca a 104enne - Trentino AA/S - ANSA.it](#)

Seite E 245 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Für Auskünfte und etwaige Rückfrage steht Ihnen die Rufnummer **0043 699 15186080** zur Verfügung.

Mit Gesamttiroler Gruß/Con saluti tirolesi

Zeichnet für den AHBT-Vorstand:

Johann Moser e.h.

z.Zt. geschäftsf. Obmann des AHBT und

Wilfried Nothegger e.h.

Obmann-Stv. des AHBT

Landhausmoser.alpbach@hotmail.com

obmann@andreashoferbund.tirol

www.andreashoferbund.tirol

gegr./fodata/established 1919; ZVR.: 680615565

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 72, 2023

Wien, am 15. Juni 2023

03) Das angebliche „Gemetzel“ und „Blutbad“ auf der Porze-Scharte.
Die Aufrechterhaltung einer staatlichen Lücke

<https://suedtirol-info.at/das-angebliche-gemetzel-und-blutbad-auf-der-porze-scharte/>

Das angebliche „Gemetzel“ und „Blutbad“ auf der Porze-Scharte

Die Aufrechterhaltung einer staatlichen Lüge

Wie jedes Jahr veranstaltete die „Nationale Alpini-Vereinigung“ („Associazione Nazionale Alpini“ – ANA) auf der Porze-Scharte („Passo di Cima Vallone“) eine Gedenkveranstaltung auf der Porzescharte in der Provinz Belluno nahe der italienischen Staatsgrenze zu Österreich. Wie die staatliche italienische Propaganda seit Jahrzehnten behauptet, hätten dort österreichische „terroristi“ am 25. Juni 1967 mithilfe von Tretminen ein Gemetzel („eccidio“) und Blutbad („strage“) angerichtet, bei dem 4 italienische Soldaten umgekommen seien.



Links:

Ankündigung der diesjährigen Alpini-Gedenkveranstaltung auf der Porze-Scharte. Rechts: Eine der vielen italienischen Publikationen, in denen das Geschehen von 1967 als „Blutbad auf der Porze“ („La Strage di Cima Vallona“) dargestellt wird.

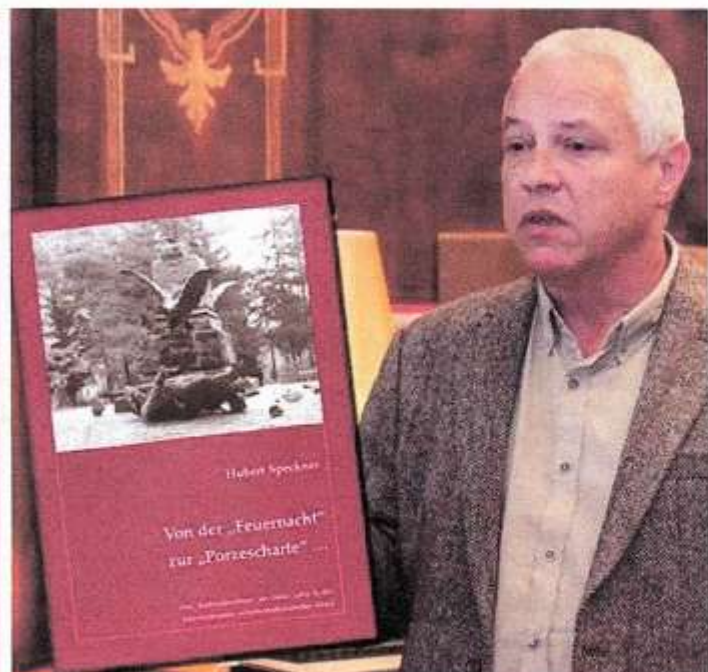
Es war um eine Erpressung Österreichs gegangen

Italien hatte damals das angebliche durch österreichische „Terroristen“ angerichtete „Gemetzel“ zum Anlass genommen, ein Veto gegen den Beitritt Österreichs zur „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) einzulegen. Rom hatte gefordert, dass die österreichische Bundesregierung Italien helfen sollte, die „terroristi“ mit aller Härte zu verfolgen. Die italienische Regierung hatte behauptet, dass auch weitere Vorkommnisse, bei denen Italiener zu Tode gekommen waren, den „terroristi“ zuzuschreiben seien. Wien war willig eingeknickt und hatte sich allen italienischen Forderungen gebeugt.

Ein österreichischer Militärgeschichtler deckte ein Lügengebäude auf



Der österreichische Militärgeschichtler Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner, Lehrer an der Österreichischen Landesverteidigungsakademie, hatte bereits 2013 in der Dokumentation „Zwischen Porze und Roßkarspitz ...“ anhand sicherheitsdienstlicher und persönlicher „Tatort“-Begehungen nachgewiesen, dass ein angeblicher Anschlag österreichischer Täter auf der Porzescharte mit vier italienischen Opfern am 25. Juni 1967 so nicht stattgefunden haben konnte, wie es die offiziellen italienischen Darstellungen schilderten. Zudem konnten die von Italien beschuldigten und in der Folge in Abwesenheit verurteilten Österreicher Speckners Untersuchungen zufolge auf keinen Fall die „Täter“ gewesen sein.



Am 28. November 2016 stellte der österreichische Militärgeschichtler Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner von der Österreichischen Landesverteidigungsakademie einem interessierten Fachpublikum in Wien ein neues Buch brisanten Inhalts vor: „**Von der Feuernacht zur Porzescharte**“ mit dem Untertitel „**Das ‚Südtirolproblem‘ der 1960er Jahre in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten**“.

Speckner hatte Zugang zu allen relevanten und Jahrzehnte lang geheimen sicherheitsdienstlichen Unterlagen der Republik, welche sich mit Anschlägen in Südtirol während der Zeit des Freiheitskampfes befassten.

Das Ergebnis der Aktenauswertung ist sensationell: Bei einer Reihe von Anschlägen, welche gezielt auch Zivilbevölkerung in Gefahr gebracht hatten oder hätten bringen können, hatten offenbar italienische „Dienste“ ihre Hand mit im Spiel gehabt. Hier war es darum gegangen, die „terroristi altoatesini“ als gewissenlose und verruchte Täter darzustellen, welche auf die Vernichtung von Menschenleben abzielten.

In anderen Fällen ließ sich eine provokatorische Steuerung im Hintergrund erkennen. Speckner dokumentiert auch Anschläge, die von italienischen Neofaschisten verübt worden waren und bei denen versucht worden war, sie Österreichern in die Schuhe zu schieben.

Speckners Enthüllungen bewirkten und bewirken kein Eingeständnis Roms

Wie Oberst Mag. Speckner anhand österreichischer und italienischer Akten und örtlicher Begehungen nachwies, spricht alles dafür, dass auf der **Porze-Scharte** offenbar eine **geheimdienstliche Aktion** stattgefunden hatte, bei der ein **künstlicher „Tatort“** geschaffen worden war.

Es bleibt somit der damals schon von Zeitzeugen geäußerte Verdacht bestehen, dass eine italienische Geheimdienstmanipulation vorlag, wonach Opfer einer italienischen militärischen Verminungsübung der Öffentlichkeit als Opfer blutrünstiger „Südtirol-Terroristen“ präsentiert wurden. Der damalige, parteiunabhängige **österreichische Justizminister Univ.-Prof. Dr. Heinz Kleczky** nannte 2010 als Verursacher des Vorfalls eine „*inneritalienische Manipulation*“. Der renommierte **Präsident der Belluneser Anwaltskammer, Dott. Peppino Zangrando**, kam nach jahrelangen Recherchen ebenfalls zum Ergebnis, dass der Vorfall auf der Porzescharte sich so nicht zugetragen haben kann, wie von Italien offiziell dargestellt wird.

Keine italienische Regierung war bis heute bereit, dies einzugestehen, obwohl mittlerweile Speckners Forschungsergebnisse auch in italienischer Übersetzung als Buch vorliegen.



Die Zerstörung eines Lügengebäudes

Im November 2022 legte der Historiker und Militärsachverständige Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner ein neues sensationelles Werk vor:



Hubert Speckner:

„Pfitscherjoch, Steinalm, Porzescharte – Die drei „merkwürdigen Vorfälle“ des Höhepunktes der Südtiroler Bombenjahre in den Jahren 1966 und 1967“

EFFEKT-Verlag in Neumarkt/Südtirol

Umfang: 284 Seiten, Preis ab Verlag: ab EURO 25,00

Hier geht es zur Internet-Seite des EFFEKT-Verlages:

<https://effekt-shop.it/shop/buecher/pfitscherjoch-steinalm-porzescharte/>

Anhand von wissenschaftlichen Untersuchungen und Durchführung von Sprengversuchen wurde durch gerichtlich beeidete Sachverständige bestätigt, dass einige angebliche „Terrorakte“ des „Befreiungsausschusses Südtirol“ (BAS) der Jahre 1966 und 1967 in Wahrheit getürkt waren. Es dürfte sich bei den italienischen toten Militärpersonen um Opfer tragischer Unfälle gehandelt haben, die nachträglich zu Opfern von „Anschlägen“ erklärt wurden.

Auch in Bezug auf das angebliche Geschehen auf der Porze-Scharte waren die Ergebnisse der Untersuchungen und Sprengversuche eindeutig: Die italienischen Darstellungen stimmen nicht.

Den Forschungsergebnissen zufolge dürften die toten italienischen Soldaten auf der Porze-Scharte vermutlich vielmehr Opfer einer missglückten Verminungsübung auf einem nahe gelegenen militärischen Übungsgelände geworden sein. Nachträglich seien sie dann offenbar zu „Opfern“ der Südtiroler Freiheitskämpfer umfunktioniert worden. Zu diesem Zweck wurde offenbar ein künstlicher „Tatort“ geschaffen.

Die Buchvorstellung in Wien – ein „Lügendeäude“ und „die Stimme der Wahrheit“



Am 9. Mai 2023 wurde das neue Buch im Cafe Landmann in Wien einem interessierten Publikum vorgestellt. Der ehemalige **Südtiroler Landtagsabgeordnete und Regionalratspräsident Dr. Franz Pahl** („Südtiroler Volkspartei“ – SVP) führte zu dem neuen Werk unter anderem aus:

„Der Militärhistoriker Dr. Hubert Speckner hat mit seinem Werk drei besonders auffällige Anschläge der Jahre 1966/67 in den Blick genommen, es sind die Anschläge auf dem Pfitscherjoch, der Steinalm und auf der Porzescharte. Sie sind deshalb von Bedeutung, weil das nationalistische Italien jener Zeit – und unverändert bis heute, wenn auch kaum noch nachdrücklich, – die Anschläge mit italienischen Opfern als Tat der so genannten „Südtiroler Terroristen“ darstellte. Für Italien konnte und durfte es nicht anders sein, denn es wäre politisch undenkbar gewesen, irgendwelche Zweifel an dieser These zuzulassen. Die Zweifler an der italienischen Version wurden schnell als Terroristenfreunde gebrandmarkt. ...“



Dr. Franz Pahl bei seiner Ansprache

Der Militärhistoriker Dr. Speckner ließ nicht beeindruckt und begann Nachforschungen. Es kam zutage, dass es sich bei den italienischen Darstellungen nicht um Wahrheit, sondern um ein Lügengebäude handelt. Schließlich wurden an Ort und Stelle von kompetenter Seite Erhebungen angestellt und der Ablauf nachgestellt. Die italienische Propaganda ist als solche entlarvt. Auffallend in diesem Zusammenhang, dass Italien es diesmal vorzog, alles mit Schweigen zu übergehen, um nicht etwa durch Proteste in unangenehme Diskussionen um die Beweislage verwickelt zu werden.

Zwar ist den meisten der gegenwärtigen italienischen Politiker die Zeit der Attentate in Südtirol nur noch sehr ungefähr und nur in der Weise des angeblichen „Südtirolterrorismus“ geläufig. Dennoch gibt es bei der so genannten Carabinieriwaffe, also den Einheiten der Militärpolizei, die in Italien kapillar Ordnungsfunktionen bis ins letzte Dorf innehaben, noch immer eine Erinnerung und ein Bewusstsein dafür, dass man trotz aller äußeren Ruhe achtsam bleiben müsse. Aber auch von dieser Seite gibt es wohlkalkuliertes Schweigen. Wo immer ein Buch mit südtirolpolitischer Brisanz mit Bezug auf die Sechzigerjahre erscheint, landen Nachrichten davon sofort auf den Schreibtischen von Bozen und Rom. Die italienischen Konsulate und die Botschaft wirken mit Eifer mit.

Würde Italien nicht wohlbedacht alles einfach übergehen, würde das eine arge Erschütterung hervorrufen. Wenn es darauf ankommt, sind sich alle italienischen Parteien bei den nationalen Prioritäten einig, zwar unterschiedlich im Ton, aber der Nationalismus tritt schnell wieder hervor. Der Autor Dr. Speckner hat eine breite Bresche in die italienische Falschdarstellung geschlagen. Die Bücher sind veröffentlicht, die Fakten erläutert und fachkundig belegt.

Diesen Werken und dem Bemühen und der Mitwirkung aller, die in ihrem Handeln und in ihrer Haltung als Österreicher südtirolpolitisches Bewusstsein beweisen, ist es zu verdanken, dass die Stimme für die Wahrheit nicht verstummt. Sie hat Langzeitwirkung.“

Die in Italien in Abwesenheit verurteilten Österreicher sind unschuldig

Die von Italien beschuldigten und in einem menschenrechtswidrigen Abwesenheitsverfahren 1972 in Florenz verurteilten Österreicher **Univ.-Prof. Dr. Erhard Hartung, Peter Kienesberger und Egon Kufner** können demnach keine „Täter“ in dem tatsächlich manipulierten Geschehen auf der Porze-Scharte sein. Die Genannten wurden übrigens in Österreich vor Gericht gestellt und in einem ordentlichen Verfahren in Anwesenheit (und nicht menschenrechtswidrig in Abwesenheit wie in Italien), eingehend einvernommen und 1971 freigesprochen.)



Die Angeklagten (v.l.n.r.) Egon Kufner, Univ.-Prof. Dr. Hartung und Peter Kienesberger wurden in Österreich freigesprochen.

Zu der Überzeugung der Sprengsachverständigen war auch **Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner** gelangt, wie er bei der Buchpräsentation in einem Interview mit dem Südtiroler Internetportal UT24 erklärte:

*„Ich hatte mich ja schon vor Jahren für mein damaliges Buch „Von der Feuernacht zur Porzescharte“ damit beschäftigt und weiter daran geforscht. Nun gibt es neue Erkenntnisse durch Sachverständige, die ich unter die Leute bringen möchte, weil es einfach wichtig ist, öffentlich zu machen, dass das alles so, wie es dargestellt wird, nicht gewesen sein kann. Die Akten geben etwas völlig anderes her und die neuen Erkenntnisse ein sehr interessantes Bild, vor allem durch jene der **Sachverständigen Ruspeckhofer und Hasler**.*



Oberst Dr. Mag. Hubert Speckner zusammen mit den Sprengsachverständigen Harald Hasler und Max Ruspeckhofer. Porzescharte, Steinalm und Pfitscher Joch

Ich war selbst mehrmals auf der Porzescharte, am Pfitscherjoch und auf der Steinalm. ...

In der offiziellen Darstellung stimmt von vorne bis hinten nichts, sie KANN so gar nicht stimmen, wie die Sachverständigen dargestellt haben. Leichen liegen falsch, Daten über Sprengungen, die so technisch gar nicht passiert sein können, usw.

Die Taten wurden ja bekanntlich dem BAS angedichtet, der es aber nach diesen Darstellungen gar nicht gewesen sein kann. Sachverständige vor Ort haben dies nun bestätigt. So zum Beispiel Dr. Hasler, der diese Fälle nachsprengt und mit Dummys nachgestellt hat.

Nun stellt sich die Frage: Wer war es dann? Das könnten wir erst beantworten, wenn Italien seine Archive öffnet, was es aber meiner Befürchtung nach nicht so schnell tun wird. Italien ist Meister darin, Dinge zu verschleiern und auszusetzen, um sich nicht damit zu beschäftigen.“

Bis heute ist keine offizielle Rehabilitation der damals zu Unrecht Beschuldigten erfolgt



Univ.-Prof. Dr. Erhard Hartung (stehend) bei seiner Wortmeldung im Österreichischen Parlament in Wien

Einen Tag vor der Veranstaltung im Cafe Landtmann in Wien hatte Univ.-Prof. Dr. Erhard Hartung im Österreichischen Parlament in Wien am 8. Mai 2023 den Parlamentsdirektor und die **Südtirol-Sprecher der Parlamentsklubs** getroffen und ihnen gegenüber erklärt:

*„Ich erlaube mir, als auch persönlich davon betroffener Tiroler, den Wunsch all jener Personen vorzutragen, die von Österreich ob ihres politischen Südtirol-Engagements während der 1960er Jahre juristisch verfolgt und bis zu mehreren Jahren in Untersuchungshaft gesperrt worden waren oder die, um einer weiteren Freiheitsberaubung zu entgehen, als Flüchtlinge im Ausland im politischen Asyl leben mussten, ohne jemals in Österreich rechtskräftig verurteilt zu werden. **Unser, ohne größere Schwierigkeiten oder Kosten zu erfüllender Wunsch ist einzig und allein eine öffentliche Rehabilitierung durch unser Vaterland Österreich. Innigst ersuche ich Sie, dafür tätig zu werden.**“*

Univ.-Prof. Dr. Erhard Hartung wies auch noch darauf hin, dass es den Betroffenen hier nicht um finanzielle Wiedergutmachung gehe. Für diese Wortmeldung erhielt er viel Applaus.

Man wird jedoch sehen, ob sich tatsächlich etwas an der bisherigen opportunistischen Haltung der österreichischen Regierung in Wien ändern wird. Bisher hatte man dort immer sorgfältig darauf Wert gelegt, die italienischen „Freunde“ in Rom ja nicht zu verärgern.

Schweiz (Seiten E 254 – E 269)

01) Schweiz: Migranten-Mob randaliert auch in Lausanne als „Reaktion“ auf Frankreich

03. 07. 2023



Mehrere Personen sind nach Ausschreitungen am im Stadtzentrum von Lausanne festgenommen worden. Mehr als hundert „Jugendliche“ versammelten sich als „Echo“ auf die Unruhen in Frankreich.

In der Nacht auf Sonntag wurden mehrere Schaufenster von Geschäften im Lausanner Stadtzentrum zerschlagen und Eingangstüren zertrümmert, wie die Polizei der Stadt Lausanne auch auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA am frühen Sonntagmorgen mitteilte.

Die im Zuge der Randalen festgenommenen Personen seien auf eine Polizeistation gebracht worden, hiess es in einer Mitteilung der Polizei weiter. Es handle sich um „Minderjährige“ im Alter von 15 bis 17 Jahren. Die „Jugendlichen“ seien „Schweizer“, portugiesischer, somalischer, bosnischer, georgischer und serbischer Herkunft. Zudem nahm die Polizei einen 24-jährigen „Schweizer“ fest. Die Kriminalpolizei in Lausanne leitete unter der Leitung der Staatsanwaltschaft des Kantons Waadt eine Untersuchung ein.

Rund 50 Beamte der Stadtpolizei Lausanne, der Kantonspolizei Waadt und umliegenden Gemeinden standen im Einsatz, wie es weiter hieß. Die Einsatzkräfte mussten mehrmals verummte Jugendliche vertreiben, die sie mit Pflastersteinen bewarfen. Es sei auch ein Molotowcocktail gegen Polizisten geworfen worden. Die Ausschreitungen in Lausanne waren eine „Reaktion“ auf die Unruhen in Frankreich. Quelle: [blick.ch](https://www.blick.ch)

<https://www.youtube.com/watch?v=S0CR94xL7do>

Anmerkung dazu: Versucht man bei den Ausschreitungen in Frankreich als Ursache den Tod des 17-Jährigen bzw. die unzulänglichen Umstände, unter denen die Migranten in Frankreich zu leben haben, „irgendwie“ entschuldigend in den Vordergrund zu schieben, so bestätigen die Krawalle in der Schweiz, dass das Verhalten einer gewissen Sorte von Migranten wohl deren Kultur und deren Einstellung zivilisierten Europäern gegenüber zuzuschreiben ist. Denn wenn im reichsten Land der Welt, eingebürgerte Ausländer sich dermaßen benehmen, so ist eine Inkompatibilität mit der Lebensweise hochentwickelter Gesellschaften zu diagnostizieren.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) „Kulturbereicherung“ in der Schweiz: Muslimische Soldaten dürfen nach Mekka beten

29. 06. 2023



[In der Schweiz schlägt derzeit ein Foto](#) hohe Wellen und sorgt auch für innenpolitische Diskussionen. Es zeigt muslimische (vermutlich albanische) Soldaten der Schweizer Armee, die anlässlich des islamischen Opferfestes in Uniform und während der Dienstzeit gen Mekka beten.

Eigens Imam für Gebet eingeladen

Das Gebet sei direkt vom Bataillon organisiert worden, man habe den Imam und Armeeseelsorger Muris Begovic dafür extra eingeladen. Bei dem Gebet waren sowohl muslimische als auch nicht-muslimische Soldaten anwesend.

Seite E 256 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Ein Beteiligter Moslem schwärmte gegenüber 20min.ch von dem Gebet:

„Wir haben am Mittwoch das erste Gebet mit einem Imam im Militär gehabt. Es war wunderschön! Unsere Kameraden haben viele Fragen gestellt, es war ein Moment, der mir Gänsehaut verschaffte“

Und:

„Der Armeeseelsorger hat auch für Nichtgläubige ein offenes Ohr.“

Der Schweizer Armeesprecher Mathias Volken betonte die „inklusive Verantwortung“ der Armee

„Die Armeeführung hat sich für eine Kultur der Inklusion ausgesprochen. Es ist dabei die Verantwortung der Armee, eine Kultur zu fördern, in der bewusst, respektvoll und gewinnbringend mit Vielfalt umgegangen wird.“ Anlass dazu war das Opferfest Bayram. Wegen dieses Leitgedankens habe am Mittwoch in der Ostschweiz ein muslimisches Feldgebet stattgefunden, so der Armeesprecher weiter.

SVP mit Kritik

Einzig von der SVP kam laute Kritik an dem Vorgehen der Armee in Sachen Islam. Auf Twitter schrieb die Partei:

„Was kommt als Nächstes? Kinder-Ehen, Scharia-Gerichte, Steinigungen? Wer will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, wählt am 22. Oktober SVP!“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) PRO Schweiz stellt sich gegen WHO-Komplott zur Entmachtung der Nationalstaaten

Von REDAKTION

17. 06. 2023



Schweiz darf nicht der einzige Staat bleiben, an dem das WHO-Komplott zerbricht.-

Quelle: <https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/9/94/Finsteraarhorn3.jpg> Attribut: Jack3, CC BY-SA 3.0 , via Wikimedia Commons

**Nach CoV droht als letzter Schlag:
WHO-Weltregierung durch Hintertür**

PRO Schweiz lud am 14. Juni 2023 in Bern zu einer Pressekonferenz: Es ging um die Pläne der WHO sich zentral unter dem Deckmantel gesundheitlicher Fürsorge bis 2025 suprastaatliche Machtbefugnisse auf 196 Länder der Welt übertragen zu lassen.

Die Verträge sollen bis dahin völkerrechtlich verbindlich sein und der WHO als dann Gesundheits-Weltregierung auch das Recht einräumen, weltweite Zensur ausüben zu lassen. Die WHO möchte dann als einzige Behörde der Welt definieren und vorgeben dürfen, was im Zusammenhang mit Gesundheit, Pandemievorsorge & Pandemiebekämpfung gesagt werden darf und was nicht.

Um dieser geplanten Auflösung des Nationalstaates entgegenzutreten, traten Dr. med. Stephan Rietiker, Präsident von PRO Schweiz, Rechtsanwalt Philipp Kruse und Nationalrat Franz Grüter vor die Presse.



Die Rede von Stephan Rietiker stand unter dem Zeichen:



*WHO-Pakt und
Internationale Gesundheitsvorschriften (IGV):
Das Ende der Freiheit!*



«Die Bevölkerung wird außenvorgelassen», kritisiert Stephan Rietiker an der Medienkonferenz vom Mittwoch in Bern. Dies geschehe mit Absicht: Der neue WHO-Pandemiepakt und die neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften, die im Mai in Genf verhandelt worden sind, hätten «*drastische Auswirkungen auf die Freiheit und Souveränität der Mitgliedstaaten*».

Die WHO könnte der Schweiz verbindlich vorschreiben, welche Maßnahmen sie bei einer Pandemie ergreifen müsste. «*Eine Diskussion unter Einbezug des Parlaments fand nie statt, und das Volk als Souverän hat dem Bundesrat nie ein Mandat zu solchen Verhandlungen erteilt.*» Aufgrund der insgesamt schwachen Leistung des Bundesrats während der CoV-Pandemie und der kritiklosen Übernahme der von der WHO empfohlenen sinnlosen oder schädlichen Maßnahmen sei «*Misstrauen Bürgerpflicht*», so Rietiker.

WHO-Trick: Geplante Verschärfungen und Ergänzungen der IGV

Die Internationalen Gesundheitsvorschriften (International Health Regulations – IHR) bilden seit 2007 den maßgeblichen Rahmen für die globale Gesundheitssicherheit und sind ein nahezu universell anerkannter Vertrag der WHO. Sie bilden einen übergreifenden Rechtsrahmen, der die Rechte und Pflichten der Länder bei der Bewältigung von Public-Health-Ereignissen und -Notfällen festlegt.

Die IGV oder IHR sind ein völkerrechtliches Instrument, das für 196 Länder, darunter die 194 WHO-Mitgliedstaaten, rechtsverbindlich ist. Im Rahmen der IHR haben sich die Länder verpflichtet, ihre Kapazitäten für die Erkennung, Bewertung und Meldung von Ereignissen im Bereich der öffentlichen Gesundheit auszubauen. Die IGV umfassen spezifische Maßnahmen an Häfen, Flughäfen und Grenzübergängen, um die Ausbreitung von Gesundheitsrisiken auf Nachbarländer zu begrenzen und ungerechtfertigte Reise- und Handelsbeschränkungen zu verhindern, damit Verkehrs- und Handelsstörungen auf ein Minimum beschränkt werden.

Die IGV weisen heute noch mehrere bedeutende Einschränkungen aus:

- sie bieten z.B. keine Überwachungsinfrastruktur.
- sie sind nur eine Reihe von Empfehlungen, auch wenn sie Vorschriften heißen.

Genau das ist der springende Punkt: Der WHO oder ihren Finanziers scheint das zu wenig: Deshalb die geplanten Änderungen und Ergänzungen. Deshalb die Eile und fehlende Transparenz, um aus vormaligen Nationalstaaten, für die bisher nur Empfehlungen gelten, am Ende und rechtsverbindlich zu Befehlsempfängern einer zentralen Weltgesundheitsregierung-WHO zu machen.

Die besagten Kompetenzermächtigungen sollen der WHO künftig erlauben:

- WHO kann eine Pandemie eigenständig ausrufen, ohne Nachweis und Kontrolle.
- Keine Verpflichtung auf «Würde, Menschenrechte & Grundfreiheiten» zu achten.
- «One Health» – drastische Ausweitung der globalen Machtkompetenzen der WHO.
- WHO kann zwangsweise Medikation und Impfung für alle Menschen anordnen.
- WHO steuert Entwicklung, Erzeugung & Absatzkanäle von Medikamenten.
- Mitgliedstaaten sollen Gesundheitsausgaben für Pandemieprävention bereitstellen.
- WHO mit G20 & WEF plant weltweiten digitalen Impfpass für alle Mitgliedstaaten.
- Es fehlen Kontrolle und Gewaltenteilung der zentralen WHO Gremien.
- Artikel 18 eines zusätzlichen Pandemie-Pakts sowie Art. 44 IGV zielen auf Zensur.
- Regierungen können Kritik an wissenschaftsfeindlichen Unsinn dann bestrafen.
- Durchsetzungsmaßnahmen Z.B. auch militärisches Eingreifen ist möglich.
- Neudefinition von Herdenimmunität: Gilt nur nach CoV-Impfung.
- ICD-Code für Nicht-Geimpfte & unvollständig Geimpfte, die als krank gelten.
- Ausweitung auf Landwirtschaft/Ernährung, F & E und Medikamenten Monopole.



Die Rede von Rechtsanwalt Philipp Kruse stand unter dem Zeichen:



*Verletzung der Bundesfassung –
juristische Schritte bleiben vorbehalten*



«Der geplante Angriff auf die Souveränität der Schweiz verletzt die Bundesverfassung», stellte Rechtsanwalt Philipp Kruse fest. Es sei verfassungswidrig, der WHO derart weitreichende übernationale Machtbefugnisse zu erteilen. Ins Visier von Pro Schweiz gerät auch die Schweizer Verhandlungsdelegation. Denn ein Gremium, das internationale Vertragsverhandlungen unterstützt und vorantreibt mit dem absehbaren Ziel, dass die verfassungsmäßige Grundordnung der Schweiz und ihre Souveränität jederzeit aufgehoben werden können, erfüllt sämtliche Tatbestandsmerkmale von Art. 175 StGB (Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung) und von Art. 266 StG (Angriff auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft). PRO Schweiz behaltet sich daher juristische Schritte ausdrücklich vor.

Philipp Kruse machte mit Hilfe der untenstehenden Grafik den knappen Zeitrahmen bis 2025 deutlich, innerhalb dessen versucht werden soll, die Bevölkerungen zu überrollen: Neben der Verschärfung und Ausweitung der oben genannten Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV/IHR) soll parallel dazu noch ein neuer sogenannter Pandemievertrag «CA+» durchgepeitscht werden:



Gemäß Art. 59 haben die Mitgliedstaaten nach der Annahme der IHR durch die Weltgesundheitsversammlung schon im Mai 2024 nur noch 10 Monate Zeit, die neuen Vorschriften abzulehnen. Jede Ablehnung oder jeder Vorbehalt, der nach Ablauf dieser Frist beim Generaldirektor einginge, hätte keine Wirkung mehr.

Bleibt der Mitgliedstaat untätig, so treten die verschärften Gesundheitsvorschriften mit Ende Mai 2025 in Kraft!



Nationalrat Grüter: «Wir brauchen eine wirksame Kontrolle»

Nationalrat Franz Grüter stellt die Pläne der WHO in einen größeren Kontext:

«Wir haben hier ein weiteres Beispiel, wo mittels Soft Law Auflagen faktisch in nationales Recht einfließen sollen.»

Ähnlich sei es beim UN-Migrationspakt und zahlreichen anderen Beispielen. Die WHO werde in die Lage versetzt, *«wesentliche verfassungsmäßige Grundprinzipien der Schweiz – einschließlich ihrer Souveränität – ohne nähere Begründung, ohne unabhängige Kontrolle und ohne wirksame Korrekturmöglichkeit auf beliebige Dauer außer Kraft zu setzen.»*

Ein solcher Zustand sei staatsrechtlich inakzeptabel und mit dem Schweizer Souveränitätsverständnis nicht vereinbar. Im Rahmen entsprechender Interpellationen fordert Grüter verbindliche Antworten auf die sich hieraus ergebenden Fragen. Pro Schweiz wird die Aufklärungsarbeit fortsetzen und den Druck auf Bundesrat und Parlament hochhalten, versicherte Grüter.

Grüter schloss:



*Die Preisgabe der Freiheit und Souveränität
der Schweiz unter dem Deckmantel einer globalen
Gesundheitspolitik muss
unter allen Umständen verhindert werden!*



Pro Schweiz stellt Forderungen an den Bundesrat

«Das Diktat der WHO und die Ausschaltung der Entscheidungsbefugnisse souveräner Staaten müssen sofort gestoppt werden», betont Stephan Rietiker. «Falls die WHO weiterhin derart überbordnet, muss die Schweiz einen Austritt aus diesem undemokratischen Klub erwägen.» PRO Schweiz stellt in diesem Zusammenhang 10 dringende Forderungen an Bundesrat und Parlament. Hier die wichtigsten:

- Sofortige Suspendierung aller Verhandlungen zur undemokratischen Machterweiterung der WHO;
- Einholen von mindestens zwei unabhängigen Rechtsgutachten zur Verfassungsmäßigkeit der Pandemie-Pakts und der Internationalen Gesundheitsvorschriften;
- Etablierung eines wirksamen und unabhängigen Kontrollmechanismus gegenüber der WHO – ansonsten Austritt der Schweiz;
- Diskussion und spätere Abstimmung im Parlament über die erweiterten Internationalen Gesundheitsvorschriften und den Pandemiepakts; auch in Zukunft keine WHO-Entscheidungen am Parlament vorbei;
- Unterstellung unter das obligatorische Staatsvertragsreferendum.

PRO Schweiz zeigt eindrucksvoll auf, wie staatliche Souveränität zu verteidigen ist. Bleibt zu hoffen, dass die anderen Staaten bald aufwachen, das WHO-Komplott rechtzeitig durchschauen und die entsprechenden Konsequenzen ziehen. PRO Schweiz zeigt, wie es geht!

Detaillierte Informationen zur PRO Schweiz PK: [Hier](#)

<<https://proschweiz.ch/who-pakt-schaltet-schweizer-souveraenitaet-aus/>>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Bürgerbewegung «PRO Schweiz» für Souveränität, Neutralität, Freiheit und Switzerland first!

Von REDAKTION

05. 06. 2023



Vierwaldstätter See mit Blick vom Pilatus auf die Innerschweiz.- *Quelle: Ttrainer, CC BY-SA 3.0 , via Wikimedia Commons*

Die politische Standortbestimmung von Pro Schweiz

Die erste ordentliche Mitgliederversammlung von Pro Schweiz am 3. Juni in Bern ermöglichte ihrem Präsidenten, Dr. Stephan Rietiker in einer Grundsatzrede auf die wichtigsten Ziele und Prioritäten der neuen Vereinigung von vormals drei Vereinen, welche zusammen heute rund 26.000 Mitglieder ausmachen, mit notwendiger Klarheit und in aller gebotenen Deutlichkeit einzugehen:



Dr.

Stephan Rietiker erläuterte in einem Grundsatzreferat Herausforderungen & Ziele



... es ist entlarvend zu sehen, wie das einst führende Abendland zusehends verkommt...



Rietiker skizzierte den Aufstieg Europas durch ein Bildungsbürgertum, welches durch das Aufkommen des Buchdruckes ab dem 15. Jahrhundert den Bevölkerungen Bildung in ihren Muttersprachen und der ganzen Breite zugänglich machte:

«... So entstand bis zum 17. Jahrhundert das Bildungsbürgertum. Es folgten Aufklärung, Widerstand gegen die Obrigkeit, Revolutionen und so auch im 18. Jahrhundert etwa die Gründung der USA durch militärische Ablösung von der englischen Herrschaft.

Die Weltkriege mit nachmaligem Wirtschaftswunder leiteten die bisher letzte Blütezeit des europäischen Kontinents ein.

Seit 1990 verblasste die Wirtschaftskraft, grüne Politik kam auf, der Sozialstaat wurde immer mehr ausgebaut, Migration wurde zum Sozialtourismus. Das Internet wurde zur neuen globalen Kommunikations-Plattform.»



***Europa scheint gefangen im Korsett der Klimaneurotiker...
Klimaterroristen kleben sich an Strassen fest...
Unsinnige Klimapolitik führt zur Deindustrialisierung
und letztlich Verarmung.***



Der Pro Schweiz Präsident führte weiter aus, wie eine staatliche *Verbots- und Genderkultur* in das Gefüge der Familie mit dem Ziel eingreift, diese zu zerstören:

«Eigenverantwortung wird zusehends durch staatlichen Zentralismus ersetzt: Heute regieren in der westlichen Welt weitgehend Ahnungslose unter dem Diktat der USA.

Geschichtliche Fakten werden umgeschrieben und dem Zeitgeist angepasst; wer nicht dem Zeitgeist entspricht, wird gecancelt, z.B. Denkmäler, Bücher etc. oder zensuriert. Eine kleine Elite weiss, was gut für uns ist.

Globalisten wollen Nationalregierungen ausschalten...

Eugeniker streben eine massive Reduktion der Erdbevölkerung an.

Letztendlich wollen Globalisten die Individualfreiheit beseitigen zugunsten des Kollektivs: Alles unter dem Namen von «Demokratie» und «Solidarität»

Oder wie drückte es Klaus Schwab aus: «Du wirst nichts besitzen und glücklich sein». Man muss sich fragen, ob die Schweiz diesen WEF-Unsinn noch weiter mit Steuern finanzieren soll?

Generell finden sich nur noch wenige Medien, die einigermaßen neutrale Information anstelle von Fake News verbreiten.»

Selbst Deutschland scheint aus Rietikers Sicht verloren, falls es so weitermache: Ein Zitat des deutschen Finanzexperten, Markus Krall bringe die Situation auf den Punkt:



«Wäre die Bundesregierung durch die Mafia ersetzt, so würde die Korruption halbiert, aber der Spassfaktor verdoppelt.»



Markus Krall, deutscher Finanzexperte



Vor diesem Hintergrund wachsender und immer drohenderen Gefahren für Staat und Gesellschaft hat der Vorstand von Pro Schweiz die folgenden drei Kernthemen zu den unmittelbaren Schwerpunkten seiner aktuellen Agenda gemacht:

- **Neutralität**
- **Souveränität**
- **Außenpolitik**

Zur Neutralität:

«... Keinesfalls dürfen wir die Neutralität unter dem Druck von aktuellen Gegebenheiten anpassen bzw. uns verbiegen.

Der Umstand, dass wir die Sanktionen gegenüber Russland übernommen haben, hat uns massiv geschadet.

Noch mehr schadet es uns, wenn wir gegen außen fehlende Standhaftigkeit demonstrieren...

Damit ist offensichtlich, dass wir das Thema der Neutralität klarer regeln müssen, weshalb Pro Schweiz vorbehaltlos die Neutralitätsinitiative unterstützt. Sie verankert und definiert die immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität präzise und transparent in der Verfassung.

Damit erhält unser Bundesrat vom Volk klare Anweisungen und Rückendeckung. Wir erwarten vom Bundesrat, dass er Verantwortung übernimmt und die Neutralität als Plattform für Friedenssicherung, Friedensförderung und humanitäre Einsätze voll nutzt.

Es wäre zudem sicher sinnvoll, sich auch mit anderen neutralen Staaten auszutauschen und zu verbinden.»

Zur Souveränität:

« Die aktuell größte Gefahr für unsere Souveränität kommt zurzeit von der WHO bzw. den neuen Internationalen Gesundheitsrichtlinien oder International Health Regulations (IHR) sowie dem neuen WHO Pakt.



... die WHO verkommt zu einer nur auf Profit und Kontrolle ausgerichteten supranationalen Organisation, um Regierungsgewalt um jeden Preis an sich zu reißen...



War die WHO früher ein Kompass bezüglich des humanitären Einsatzes für die globale Gesundheit, verkommt sie unter dem jetzigen Generaldirektor zu einer nur auf Profit und Kontrolle ausgerichteten supranationalen Organisation, die Regierungsgewalt um jeden Preis an sich reißen möchte...

Dabei wird sie von den USA, Deutschland, Bill Gates und interessanterweise auch dem WEF massiv finanziell unterstützt. Es würde den Rahmen dieses Referats sprengen, auf alle Details einzugehen, im Wesentlichen geht es dabei um Folgendes:

- die WHO wird zur Gesundheits-Weltregierung, ihre Anordnungen sind völkerrechtlich verbindlich
- der Generaldirektor kann jederzeit und ohne Konsultation eine Pandemie ausrufen: Wir haben bei der COVID Pandemie gesehen, wie die WHO wissenschaftlich nicht abgestützte Maßnahmen und Behandlungen empfohlen hatte und sich jeglichem wissenschaftlichen Diskurs verweigerte!
- Würde, Menschenrechte und die Grundfreiheiten von Personen müssen nicht beachtet werden
- One-Health: Gesundheit wird über einen Leisten geschlagen und für alle Länderverbindlich erklärt, wobei es einen über die Pandemien hinausgehenden Kontrollauftrag gibt. Empfehlungen werden zu Verpflichtungen. Die Durchsetzung kann polizeilich oder via Militär erfolgen.
- WHO kann zwangsweise Medikationen und Impfungen für alle Menschen anordnen
- WHO kann die Erzeugung von Medikamenten und anderen Medizinal Produkten anordnen
- Einführung eines verpflichtenden weltweiten digitalen Impfpasses
- Ausweitung auf Landwirtschaft und Ernährung geplant
- Natürliche Immunität wurde «abgeschafft»: Wer nicht vollständig geimpft ist, wird als krank eingestuft (spezieller ICD Code)
- Beschlüsse im Verlaufe von 2023, Gültigkeit ab 2024

Pikanterweise hat Bundesrat Berset bislang das Parlament nicht in die Diskussion eingebunden und Fragen/ Interpellationen mit schwammigen Allgemeinplätzen abgewimmelt. Zudem wurde ein Verhandlungsteam eingesetzt, dessen Mandat unbekannt ist. Das muss uns stutzig und misstrauisch machen!

Aufgrund der vorliegenden Vertragsentwürfe muss mit aller Deutlichkeit festgehalten werden, dass wir nicht mehr über Neutralität und Souveränität debattieren müssen, falls diese Verträge und Regularien in Kraft treten sollten.

Deshalb haben wir eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die eine Kampagne gegen diese neuen Verträge lancieren wird, um deren Ratifizierung zu verhindern: Am 14. Juni wird dazu der Auftakt im Rahmen einer Medienkonferenz von Pro Schweiz in Bern gesetzt und darüber umfassend über die rechtlichen Aspekte informiert werden.»

Zur Außenpolitik:

«Wir haben eine Arbeitsgruppe auch mit außenstehenden Persönlichkeiten gebildet, um das Geschehen in Bern und Brüssel proaktiv zu überwachen und uns Lagebilder vermitteln und konkrete Vorschläge unterbreiten zu lassen.

Am 21. Mai haben wir dem Bundesrat einen offenen Brief zukommen lassen, in dem wir präventiv unsere nicht verhandelbaren roten Linien gegenüber der EU zusammenfassten, die lauten:

- 1. Keine automatische bzw. dynamische Übernahme von EU-Folgerecht.*
- 2. Keine Unterstellung der schweizerischen Gesetzgebung inklusive des Referendumsrechts und Gerichtsbarkeit unter die Rechtsprechung des Gerichtshofs der EU (EuGH).*
- 3. Keine rechtlichen Verknüpfungen von Abkommen mit sog. «Guillotine-Klauseln». Anmerkung: Unter einer Guillotine-Klausel, die ihren Namen vom gleichnamigen Fallbeil hat, versteht man eine Klausel, die die Annahme eines Vertragspakets davon abhängig macht, dass alle Verträge angenommen werden.*
- 4. Keine Verpflichtung, das bestehende Freihandelsabkommen von 1972 über eine «Guillotine-Klausel» mit anderen Vertragspaketen zu verknüpfen und keine verpflichtende Agenda, das Freihandelsabkommen zu «modernisieren», sowie keine Unterstellung dieses unter das Regime eines möglichen institutionellen Rahmenabkommens.*
- 5. Keine Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie (UBRL) zur Personenfreizügigkeit.*

*Aus unserer Sicht ist die gegenwärtige zur Schau getragene operative Hektik seitens gewisser Politiker nicht nachvollziehbar: Positive Verhandlungsergebnisse erzielt man nur durch das Ausstrahlen von Ruhe und Stärke. Wir sind Teil des europäischen Kontinents aber nicht Teil der EU. **Wir verhandeln, falls überhaupt notwendig, auf Augenhöhe und nicht im Büsserhemd.***

*Ohnehin möchten viele EU- Unternehmen mit der Schweiz gute Handelsbeziehungen pflegen und informell läuft die Sache auch ohne Brüssel recht gut. **Viele vermeintliche Handelshemmnisse können relativ einfach überwunden werden.***

Die EU hat das Thema Energieversorgung überhaupt nicht im Griff, sodass wir uns um die Stromversorgung ohnehin selbst kümmern müssen.

Der einzige wirkliche Knackpunkt, den es bald zu regeln gilt, ist die Migration bzw. der unkontrollierte Personenverkehr. Wir sind im Kontakt mit anderen gleichgesinnten Organisationen und werden je nach Verlauf der Ereignisse gezielt reagieren.



In Zukunft werden die BRICS-Staaten – also Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – die erste Geige spielen. Deshalb kann es nur im Interesse der Schweiz sein, mit diesen Ländern eine Partnerschaft einzugehen...



Dr. Stephan Rietiker im Interview mit dem Badener Tagblatt

*In jedem Fall soll die Schweiz sich nicht nur auf die EU konzentrieren, sondern schon aus Gründen der Risikominimierung den Kontakt zu anderen existierenden und möglichen Partnerstaaten intensivieren: Allen voran mit den USA und BRICS Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, Saudi Arabien) u.a. Denn eines ist klar: **Die Zukunftsaussichten der EU sind düster, ganz im Gegensatz zu den BRICS-Staaten, wo der Wachstumsmotor der Zukunft zu finden ist.***

Darum erwarten wir vom Bundesrat, dass er die Prioritäten erkennt und entsprechend reagiert.»

Der Vortrag des Präsidenten schließt mit klaren Worten:

*«... Euer Engagement und Eure Unterstützung verleihen uns Flügel! Wir tun es alle im Bewusstsein und im Bestreben, unser wunderbares Land für weitere Generationen zu bewahren: **Auf unsere freie, neutrale und wohlhabende Schweiz! Switzerland first and forever!**»*

Die Bürgerbewegung Pro Schweiz ist eine überparteiliche Plattform und ein bestens geeignetes maßgeschneidertes Instrument, um dem Staatsversagen und der Handlungsunfähigkeit der Politik, wie sie die Bürger weltweit und insbesondere ab dem Jahr 2020 verstärkt erfahren durften, wirksam und effektiv entgegenzutreten.

Die Schweiz hat erkannt, dass althergebrachte Methoden mit dem gutgläubigen Wegdelegieren der politischen Agenda an die politische Klasse, erst in den Niedergang und danach direkt in den Abgrund führt.

Vor diesem Hintergrund betreffen die beschriebenen negativen Phänomene und Abwärtsspiralen nicht nur die Schweiz, sondern viele andere Staaten unserer Welt: Die europäischen Nachbarstaaten sollten sich diesbezüglich an der Schweiz ein Vorbild nehmen!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

P o l e n (Seiten E 270 – E 272)

01) Hunderttausende Linke in Warschau auf Anti-Regierungs-Demonstration – Was steckt dahinter?

Von unserem Ost-Europa-Korrespondenten ELMAR FORSTER

05. 06. 2023



Größte Demonstration seit 1989

Es handelt sich dabei um die größte Demonstration seit dem Fall des Kommunismus im Jahre 1989. Was steckt dahinter?

https://twitter.com/Den_2042/status/1665394650016890881?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1665394650016890881%7Ctwgr%5E3b44b0a345ab2701da28d200d72fb1b4cd903360%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Ffunser-mittleuropa.com%2Fhunderttausende-in-warschau-auf-anti-regierungs-demonstration-was-steckt-dahinter%2F

Organisiert wurde der Protest durch fast alle polnischen Oppositionsparteien gegen die regierende nationalistische Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) von Jaroslaw Kaczynski. Der Marsch fiel mit dem 34. Jahrestag der ersten teilweise freien Wahlen in Polen zusammen.

Seite E 271 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Unter den Teilnehmern befanden sich der ehemalige links-liberale Premierminister Donald Tusk (Ex-EU-Ratsvorstand) und der ehemalige Präsident und Solidarnosc-Führer Lech Walesa, der in den 80er-Jahren maßgeblich am Sturz des Kommunismus beteiligt war. ([bbc](#))

Regierungspartei „PiS“: „Hassmarsch“

Aus dem ganzen Land reisten Demonstranten an, und auch in anderen polnischen Städten wie etwa Krakau wurden Kundgebungen abgehalten. Nach Ansicht von Premierminister Morawiecki repräsentieren diese jedoch nicht die Bevölkerung, sondern nur Aktivisten von Oppositionsparteien.

<https://unser-mittleuropa.com/hunderttausende-in-warschau-auf-anti-regierungs-demonstration-was-steckt-dahinter/>

Linke-Double-Measures

Interessant: Reisen dem gegenüber aber bei Demonstrationen für pro-nationalistische Regierungen wie in Ungarn, Polen oder Serbien Menschen aus der Provinz an, so werden diese von der links-liberalen Opposition diskreditiert.

Außerdem wurden zahlreiche Pro-Orban-Demonstrationen (etwa vom 15.3.2022 – siehe unten) mit ebenfalls mehr als 500.000 Menschen von den Westmedien zensiert.

https://www.youtube.com/watch?t=43&v=TTHsEPgLBal&embeds_referring_euri=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2F&source_ve_path=OTY3MTQ&feature=emb_imp_woyt

Insofern erkennt man also ein gemeinsames Muster, das stark auf eine der orchstrierten linken „Farbenrevolutionen“ hindeutet um nationale EU-Regierungen auf pseudo-demokratischer Weise weg-zu„putschen“.

„Linke Internationale arbeitet an „Farbenrevolution“ gegen Ungarn und Serbien – ORF-Medien-Manipulation“ ([UM berichtete](#))

Protest-Sammelsurium

Dabei ging es um Frustration über die Inflation, die hohen Lebenshaltungskosten sowie um Frauen- und LGBTQ-Rechte.

„Anti-Russen-Gesetz“

Diese neue Gesetz soll – so der Vorwurf – die polnische Demokratie untergraben. Interessanterweise wird dieses aber gerade auch von der EU und den USA kritisiert:

Setzt es doch eine Kommission zur Untersuchung unzulässiger russischer Einflussnahme auf die polnische Politik innerhalb der letzten 15 Jahre ein, und sieht dann in diesem Fall, ein Verbot gegen involvierte Personen für 10 Jahre vor, öffentliche Ämter zu bekleiden.

Insofern ist aber die Kritik daran auch ein wenig absurd: Wurde doch die antirussische Stimmung gerade von EU und USA geschürt. So sah man etwa Plakate etwa mit der Aufschrift...

„Russische Agenten, wir werden euch holen!“

- typischerweise mit dem Porträt von Ministerpräsident Viktor Orbán.



Die Regierung bestreitet den Vorwurf, die Demokratie zu untergraben, und Präsident Andrzej Duda hat bereits Änderungen vorgeschlagen. – Laut Kritikern würde das Gesetz aber gegen Oppositionelle, speziell gegen den links-liberalen Donald Tusk eingesetzt (Polens oberster Oppositionsführer und Führer der Zentristischen „Bürgerplattform“ – „PO“, sowie Ex-EU-Ratsvorsitzender).

Allerdings könnten die Proteste genau das Gegenteil bewirken: Nämlich die Position der „PiS“ bei den diesjährigen Parlamentswahlen stärken.

Donald Tusk sieht das naturgemäß anders:

„Die Demokratie stirbt im Schweigen, aber heute haben Sie Ihre Stimme für die Demokratie erhoben, das Schweigen ist vorbei, wir werden schreien.“

Laut Wojciech Przybylski, Redakteur von „Visegrad Insight“ gegenüber BBC, liegt die „PiS“ in den Meinungsumfragen nämlich immer noch in Führung. Und *„das wird sie mobilisieren, weil sie wissen, dass die Opposition real ist“*.

„Lex Tusk“ ?

Weil das „Anti-Russen-Gesetz“ aber die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur russischen Einflussnahme vorsieht, und zwar: Ob alle Amtsträger in den vergangenen 15 Jahren unter dem Einfluss Moskaus Entscheidungen getroffen haben, die die Sicherheit des Landes gefährden.

So war aber gerade Tusk von 2007 bis 2014 polnischer Regierungschef. Damals pflegte der 66-jährige enge Kontakte zur deutschen Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel, welche die Politik Putins befürwortete. Und auch Tusk selbst unterstützte diese pro-russische Politik. Ein gefundenes Fressen für die „PiS“, die um unterstellt, ein Lakai Deutschlands oder des Kremls zu sein.

Insofern tut sich aber gerade die Opposition wohl schwer in ihrer Begründung, warum jetzt gerade der links-liberale Tusk von diesem Gesetz ausgenommen werden soll. Müsste doch gerade die anti-russische EU- und US-Politik dahinter stehen...

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Tschechien (Seiten E 273 – E 281)

01) Polen will Braunkohleabbau im grenznahen Turau (poln. Turów) bis 2044 – Fiala pocht auf Garantien

07062023

Polen wird das Braunkohlebergwerk Turau nahe der Grenze zur Tschechischen Republik nicht schließen und alles tun, um es bis 2044 in Betrieb zu halten, sagte Ministerpräsident Mateusz Morawiecki laut polnischen Medien. Zuvor hatte Morawiecki laut Gazeta.pl die Entscheidung eines Warschauer Verwaltungsgerichts abgelehnt, den Abbau in dem Bergwerk zu stoppen. Der polnische Rundfunk erinnerte daran, dass die Polska Grupa Energetyczna (PGE), die Eigentümerin der Mine und des angrenzenden Kraftwerks, bereits angekündigt hat, gegen die Entscheidung des Gerichts Berufung einzulegen. Laut dem tschechischen Premierminister Petr Fiala (ODS) hat die Tschechische Republik Garantien, dass die Mine die lokale Umwelt nicht schädigen wird.



Braunkohleabbau und -verstromung in Turów, Dreiländereck Polen-Tschechien-Deutschland.- Bild: 123site/David Beneš/Unsplash

"Wir werden das Bergwerk nicht schließen lassen. Kein Gericht in Brüssel wird uns vorschreiben, was Energiesicherheit ist", sagte Morawiecki laut der Website des polnischen Rundfunks bei seinem jüngsten Besuch in Turów. Der Ministerpräsident schrieb in den sozialen Medien, dass seine Regierung mit der "Gesetzlosigkeit", d.h. dem Warschauer Gerichtsurteil, das am 31. Mai nach einer Klage der deutschen Stadt Zittau, der

Seite E 274 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

tschechischen und deutschen Zweigstellen von Greenpeace und der Frank Bold-Stiftung erlassen wurde, nicht einverstanden sei. Jacek Sasin, Polens stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Staatseigentum, warf dem Gericht vor, "ausländische Interessen" zu verfolgen.

"Wir können uns nicht fügen und werden alles tun, um diese Entscheidung zu kippen", fügte Morawiecki nun zu der Entscheidung des Gerichts hinzu. Die Mine und das angrenzende Kraftwerk decken nach Angaben der Regierung acht Prozent des polnischen Stromverbrauchs. Sollte das Warschauer Urteil in Kraft treten, würde der Kohleabbau in der Mine nach 2026 eingestellt werden. Im Februar dieses Jahres erteilten die polnischen Behörden eine Genehmigung zur Fortsetzung des Abbaus bis zum 27. April 2044.

Der Ministerpräsident beschuldigte auch die "pro-deutsche" liberale Opposition, das Bergwerk auf der Grundlage eines Gerichtsbeschlusses schließen zu wollen, während seine Regierung der Meinung sei, dass es unmöglich sei, einem Beschluss nachzukommen, der nicht die Interessen des Landes, sondern die anderer berücksichtige.

Tschechien und Polen einigten sich 2022 bilateral - Fiala pocht auf Garantien

Im Februar 2021 verklagte die Tschechische Republik Polen wegen der Ausweitung des Bergbaus in Turów vor dem EU-Gerichtshof, dessen Generalanwalt der Klage im vergangenen Februar statt gab. Er erklärte, Polen habe gegen EU-Recht verstoßen, weil es die Umweltauswirkungen des Bergwerks nicht geprüft habe. Der EuGH entschied im Mai 2021, dass Polen den Bergbau sofort einstellen muss. Polen weigerte sich, und der EuGH verurteilte es im September 2021 zu einer Geldstrafe von einer halben Million Euro pro Tag.

Bilaterale Verhandlungen zwischen Prag und Warschau führten schließlich zur Unterzeichnung eines tschechisch-polnischen Abkommens Februar 2022, in dessen Rahmen Polen der Tschechischen Republik 45 Millionen Euro als Entschädigung für die durch den Bergbau verursachten Schäden zahlte und die Tschechische Republik ihre Klage zurückzog.

Dank dieses zwischenstaatlichen Abkommens aus dem vergangenen Jahr verfüge die Tschechische Republik über ausreichende Garantien, dass der Bergbau in der Grube Turów der lokalen Umwelt nicht schaden werde, sagte Premier Petr Fiala (ODS) am Mittwoch, dem 7. Juni. Im Zusammenhang mit den Entwicklungen rund um die Grube erwähnte er die vereinbarte finanzielle Entschädigung und den Bau einer unterirdischen Mauer, um Wasserverluste zu verhindern.

"Es gibt eine Reihe von Garantien, dass das Bergwerk den Interessen der Tschechischen Republik und den Interessen unserer Bürger nicht schaden wird", sagte Fiala und fügte hinzu, dass die kommenden Monate zeigen werden, ob die getroffenen Maßnahmen gut funktionieren. Die bisherigen Informationen zeigen, dass sie sehr wahrscheinlich die erwartete Wirkung haben werden.

Laut einer früheren Erklärung des Umweltministeriums wird die Tschechische Republik Ende Juni die ersten zusammenfassenden Daten über das Funktionieren der Mauer erhalten, die das Grundwasser vor den Auswirkungen des Bergbaus schützen soll. Sie werden von einer Gruppe von Hydrogeologen ausgewertet, die von Minister Petr Hladík (KDU-ČSL) eingesetzt wurde. Nach Angaben des Direktors des Tschechischen Geologischen Dienstes (ČGS), Zdeněk Venera, zeigen die Daten, die die Tschechische Republik im ersten Jahr des Betriebs der Mauer erhalten hat, dass die Barriere die festgelegten Kriterien bisher erfüllt hat.

Umweltorganisationen sind jedoch der Meinung, dass das Abkommen die tschechischen Bürger nicht vor dem Verlust von Wasser schützt. Greenpeace Tschechien forderte die tschechische Politik auf, sich dem Warschauer Gerichtsurteil anzuschließen. "Die Einstellung des Abbaus ist genau das Richtige, da ein Abbau ohne UVP-Genehmigung nicht möglich ist und auch nach Ansicht des polnischen Gerichts die Gefahr einer irreversiblen Schädigung der Umwelt gegeben ist. Die tschechische Regierung und die Region Liberec sollten sich klar und deutlich gegen die Fortsetzung des Bergbaus an der tschechisch-polnischen Grenze aussprechen oder endlich zugeben, dass ihnen die Rechte der Anrainer egal sind und sie lieber dem polnischen Kohlekonzern in die Hände spielen", sagte Lukáš Hrábek, Sprecher von Greenpeace.

*Aus: Powidl.eu. Das deutschsprachige ONLINE-Magazin aus Tschechien.
Newsletter 11/2023 • 8.6.2023*

https://www.powidl.info/politik/polen-will-braunkohleabbau-im-grenznahen-tur%C3%B3w-bis-2044-fiala-pocht-auf-garantien?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_11_2023&utm_term=2023-07-06

02) In Tschechien wurde der Opfer des kommunistischen Regimes gedacht

Am 27. Juni 1950 wurden die Politikerin **Milada Horáková**, der Journalist **Záviš Kalandra**, der Polizist **Jan Buchal** und der Rechtsanwalt **Oldřich Pecl** nach einem Schauprozess in Prag hingerichtet.

Darum steht dieses Datum in Tschechien für den Tag des Gedenkens an die Opfer des kommunistischen Regimes. An mehreren Orten des Landes wird der zum Tode verurteilten Anwältin und Politikerin Horáková gedacht. Die Gedenkveranstaltungen finden unter anderem im Gefängnis im **Prager Stadtteil Pankratz** / Pankrác, in **Königgrätz** / Hradec Králové und in **Theresienstadt** / Terezín statt. In der Milada Horáková-Bibliothek an der Juristischen Fakultät der Palacký-Universität in Olmütz wird ein Denkmal für Horáková vom Bildhauer **Otmar Oliva** enthüllt. [Radio Prag berichtet darüber wie gewohnt ausführlich hier.](#)

<https://deutsch.radio.cz/tschechien-wird-der-opfer-des-kommunistischen-regimes-gedacht-8787150>

In Tschechien wird der Opfer des kommunistischen Regimes gedacht

27.06.2023



Foto: Kateřina Šulová, ČTK

Am 27. Juni 1950 wurden die Politikerin Milada Horáková, der Journalist Záviš Kalandra, der Polizist Jan Buchal und der Rechtsanwalt Oldřich Pecl nach einem Schauprozess in Prag hingerichtet.



Denkmal für Horáková von Otmar Oliva.- Foto: Luděk Peřina, ČTK

Darum steht dieses Datum in Tschechien für den Tag des Gedenkens an die Opfer des kommunistischen Regimes. An mehreren Orten des Landes wird der zum Tode verurteilten Anwältin und Politikerin Milada Horáková gedacht. Die Gedenkveranstaltungen finden unter anderem im Gefängnis im Prager Stadtteil Pankrác, in Hradec Králové / Königgrätz und in Terezín / Theresienstadt statt. In der Milada-Horáková-Bibliothek an der Juristischen Fakultät der Palacký-Universität in Olomouc / Olmütz wird ein Denkmal für Horáková vom Bildhauer Otmar Oliva enthüllt.



Präsident Petr Pavel.- Foto: Kateřina Šulová, ČTK

Am Dienstagvormittag fand eine Gedenkveranstaltung am Denkmal für die Opfer des kommunistischen Regimes auf der Kleinseite in Prag statt. Präsident Petr Pavel sagte bei diesem Anlass, die Verbrechen des Kommunismus würden für immer eine dunkle Periode der tschechoslowakischen Geschichte bleiben. Die Öffentlichkeit sollte die Kämpfer gegen den Kommunismus nicht nur als Opfer, sondern auch als Helden wahrnehmen, so Pavel. Der Präsident erinnerte ebenfalls an seine eigene Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei vor 1989 und sagte, er selbst habe den kriminellen Charakter des Regimes nicht erkennen und sich nicht einmal eine Alternative zur kommunistischen Macht vorstellen können. *„Ich kann diese Zeit der Unwissenheit nur bedauern. Aber ich habe keine Angst, sie zuzugeben, und ich habe daraus gelernt“*, fügte er hinzu.

Jedes Jahr am 27. Juni wird in Tschechien an alle Menschen erinnert, die aus politischen Gründen hingerichtet, gefoltert oder inhaftiert wurden. Historikern zufolge wurden nach der Machtübernahme durch die Kommunisten 1948 etwa 250 Menschen aus politischen Gründen hingerichtet. Mindestens 4500 Menschen starben in Gefängnissen und Lagern an den Folgen von Folter oder schlechten Lebensbedingungen.

Autor: [Markéta Kachlíková](#)

03) Wissenschaftler enthüllen DNS-Übertrag in Gersten-Chromosomen

Tschechisch-deutsche Kooperation

Wissenschaftler aus **Olmütz** / Olomouc haben in Zusammenarbeit mit Experten aus Deutschland die Übertragung von Erbinformationen bei der Zellteilung in den Gerste-Chromosomen aufgedeckt.

Ihre Studie bezeichnen die Mitarbeiter der Olmützer Abteilung des Instituts für experimentelle Botanik (ÚEB) der Tschechischen Akademie der Wissenschaften als bahnbrechend.

Es sei daran erinnert, daß unser Landsmann [Johann Gregor Mendel](#), der im Vorjahr seinen **200. Geburtstag** hatte, mit den Erbsenexperimenten der „Urvater der Genetik“ war.

https://de.wikipedia.org/wiki/Gregor_Mendel

[Hier geht es zum Beitrag von Radio Prag.](#)

<https://deutsch.radio.cz/tschechisch-deutsche-kooperation-wissenschaftler-enthuellen-dna-uebertrag-8785732>

Tschechisch-deutsche Kooperation: Wissenschaftler enthüllen DNA-Übertrag in Gersten-Chromosomen

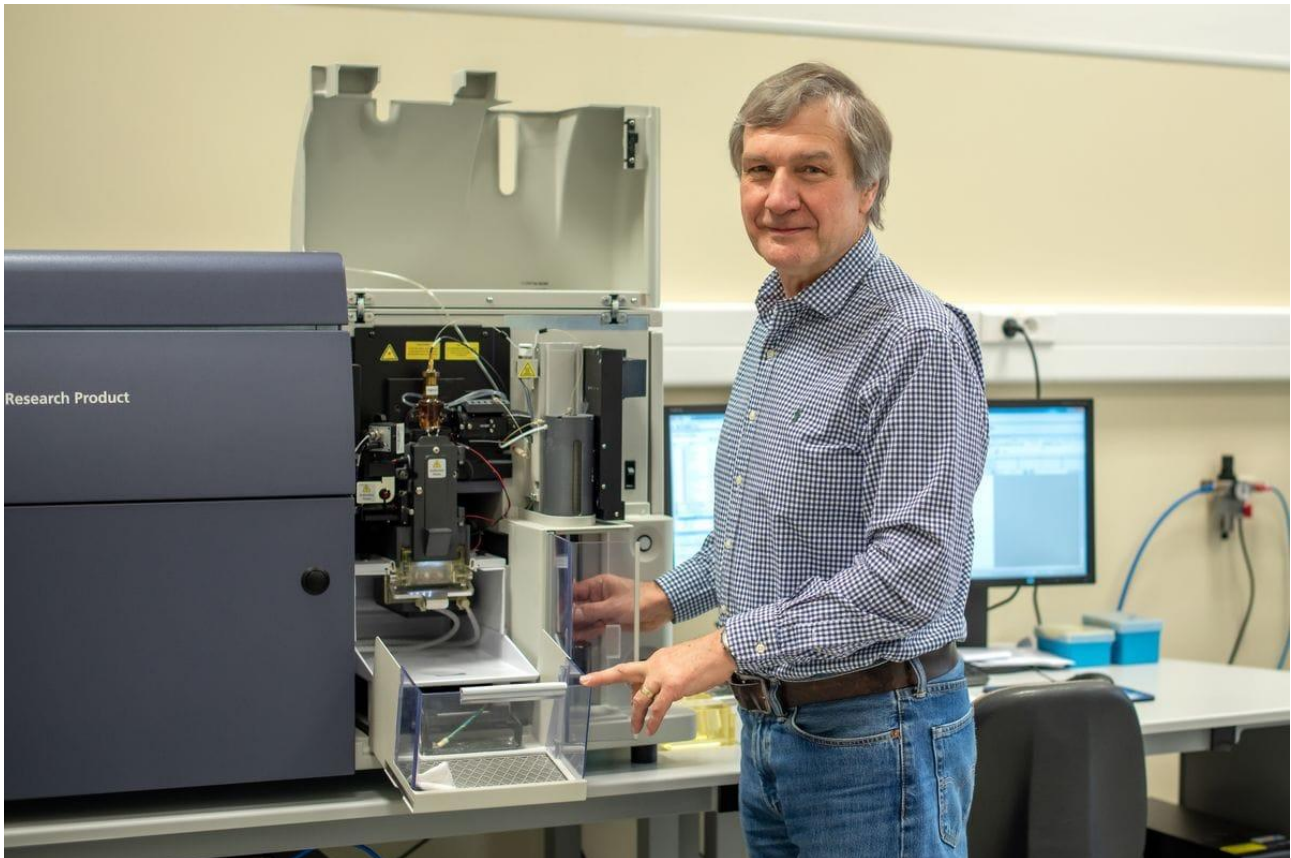
12.06.2023



Foto: Jana Vitásková, Tschechischer Rundfunk

Wissenschaftler aus Olomouc haben in Zusammenarbeit mit Experten aus Deutschland die Übertragung von Erbinformationen bei der Zellteilung in den Gerste-Chromosomen aufgedeckt.

Ihre Studie bezeichnen die Mitarbeiter der Olmützer Abteilung des Instituts für experimentelle Botanik (ÚEB) der Tschechischen Akademie der Wissenschaften als bahnbrechend. Die beiden Teams hätten fünf Jahre lang gemeinsam geforscht, teilten Institutsvertreter der Presseagentur ČTK am Montag mit.



Jaroslav Doležel.- Foto: Institut für experimentelle Botanik (ÚEB)

Demnach haben die Wissenschaftler das bisherige Geheimnis enthüllt, wie die DNA-Moleküle in den Gerste-Chromosomen angeordnet sind. *„Nun wissen wir, dass sich die Chromosomen aus einem 400 Nanometer dicken spiralförmig gedrehten Strang zusammensetzen, der wiederum aus kompliziert angeordneten Schleifen des DNA-Moleküls besteht. Dadurch ist es möglich, dass sich Fasern von etwa 20 Zentimetern Länge, die die Erbinformation der Gerste tragen, in Formationen zusammenfinden, die nur ein 25-Tausendstel der Länge aufweisen“*, erläutert Jaroslav Doležel vom ÚEB.

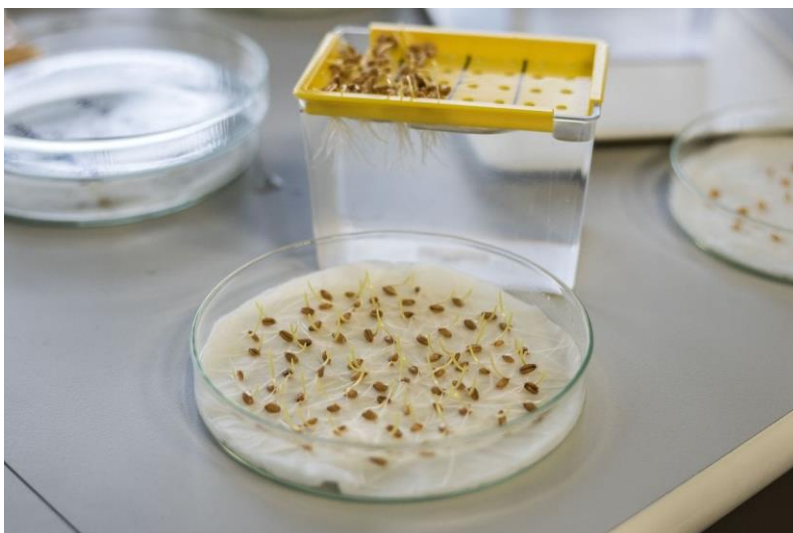
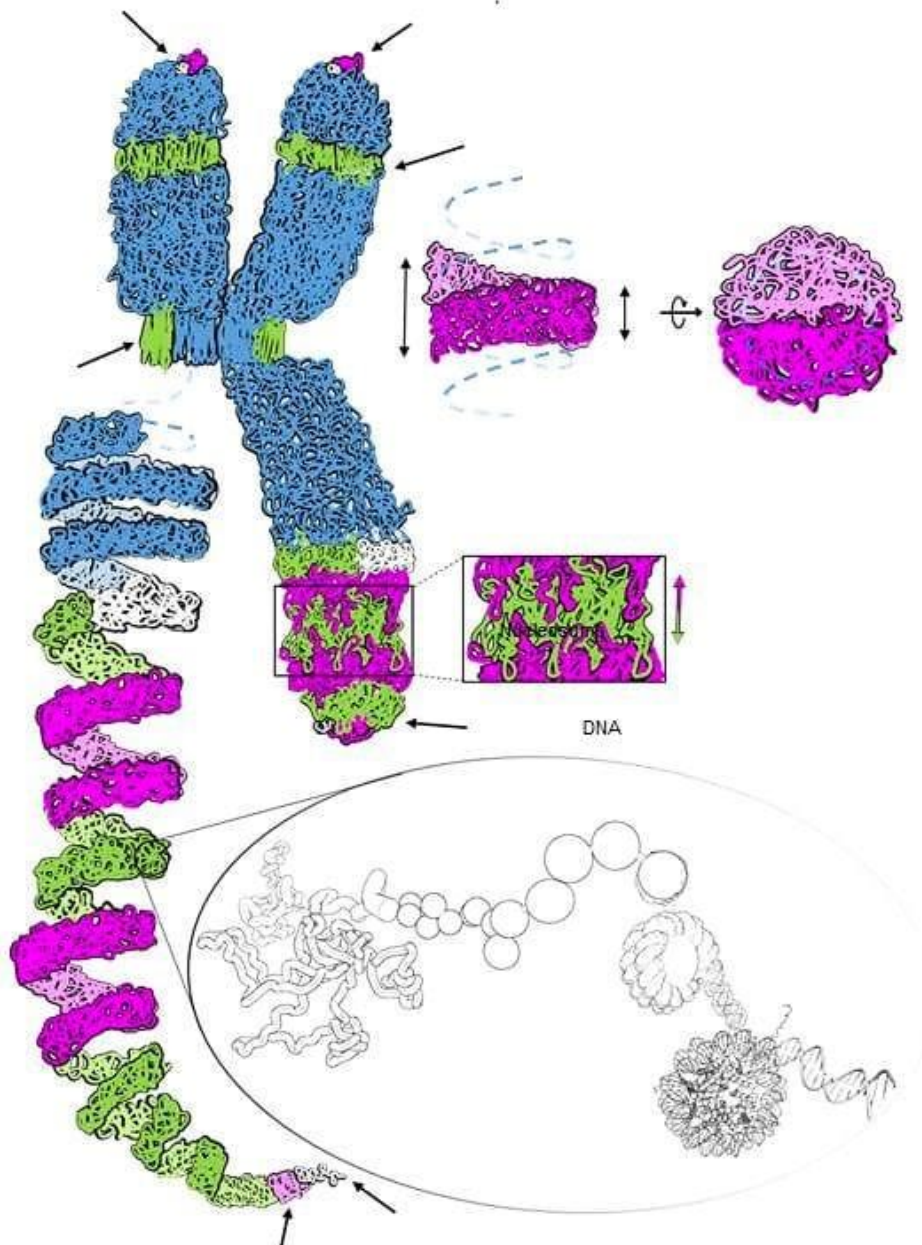


Foto: Institut für experimentelle Botanik (ÚEB)

Unterstützt wurden die tschechischen Forscher von Kollegen der deutschen Leibniz-Gemeinschaft. „Die Olmützer Wissenschaftler haben modernste Instrumente und Technologien zur Verfügung gestellt. Als die weltweit Einzigsten können sie die riesige Menge von mehreren Millionen Pflanzenchromosomen isolieren, was eine unabdingbare Voraussetzung für diese Studie war. Die deutschen Kollegen haben mit den Methoden der molekularen Zytogenetik und mit Computermodellen beigetragen“, so die Mitteilung des ÚEB.

Für ihre Versuche nutzten die Wissenschaftler Gerste, deren Genom nur aus sieben großen Chromosomen besteht. Die Erkenntnisse ließen sich aber auf das gesamte Pflanzenreich übertragen, so die Experten.



Quelle: *Institut für experimentelle Botanik (ÚEB)*

Autor: [Daniela Honigmann](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 72, 2023

Wien, am 15. Juni 2023

04) Tschechische Sozialdemokraten ändern Namen ihrer Partei

Die tschechische sozialdemokratische Partei (Česká strana sociálně demokratická) ändert nach 30 Jahren ihren Namen. Sie heißt nun **Sozialdemokratie** (Sociální demokracie). Dies haben die Delegierten beim Parteitag im westböhmisches Pilsen / Plzeň am Samstag beschlossen. Damit ändert sich auch das Kürzel von **ČSSD** in **SOCDEM**.

Beim Parteitag wurde zudem der derzeitige Vorsitzende, **Michal Šmarda**, in seinem Amt bestätigt. Als sein Herausforderer war der bisherige **Vize Břetislav Štefan** angetreten. Šmarda hatte die Partei Ende 2011 übernommen, nachdem die Sozialdemokraten den Einzug ins Abgeordnetenhaus nicht geschafft hatten.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 70, 2023

Wien, am 12. Juni 2023

S l o w a k e i (Seiten E 282 – E 283)

01) Slowakei prescht weltweit vor: Bargeld in die Verfassung aufgenommen!

29. 06. 2023



Der 500 Euro-Schein ist schon weg und es geht flott weiter

Die Slowakei hat als weltweit erster Staat das Recht auf Bargeldzahlung in ihre Verfassung aufgenommen, um den digitalen Euro einzuschränken. Das Parlament des Euro-Landes reagiert damit auf die geplante Einführung der digitalen Währung durch die EU-Kommission.

Der slowakische Abgeordnete Marián Viskupič warnt vor den Auswirkungen des digitalen Euro auf die Privatsphäre. Er argumentiert, dass die digitale Währung zu einer umfassenden Überwachung des gesamten Lebens durch staatliche Stellen und nicht demokratisch gewählte Institutionen wie die Europäische Zentralbank führen würde. Der digitale Euro würde einen "totalen Verlust der Privatsphäre" bedeuten.

Der Antrag zur Verfassungsänderung, der von der rechtsgerichteten Partei Sme Rodina eingebracht wurde, erhielt die Zustimmung von 111 der 150 Parlamentarier. Diese Partei bildet zusammen mit den Konservativen die Regierung des Landes.

Bargeldobergrenze angehoben

Bisher behauptet die EU-Kommission, dass der digitale Euro lediglich eine Ergänzung und kein Ersatz für Bargeld sein soll. Die Pläne dazu sollen morgen in Brüssel vorgestellt werden.

Bereits jetzt haben 18 EU-Länder Zahlungen mit Banknoten und Münzen über bestimmten Beträgen verboten. Griechenland hat eine Obergrenze von 500 Euro festgelegt. Die

Seite E 283 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Slowakei hat ihre Grenze zum 1. Juli von 5.000 auf 15.000 Euro angehoben. Deutschland hat derzeit noch keine Begrenzung für Bargeldzahlungen, allerdings müssen Käufer bei Barzahlungen über 10.000 Euro ihren Ausweis vorlegen.

Kampf gegen schleichende Bargeldabschaffung

Die Entscheidung der Slowakei, das Recht auf Bargeldzahlung in die Verfassung aufzunehmen, ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die schleichende Abschaffung von Bargeld und die Einführung des digitalen Euros. Während die EU-Kommission behauptet, dass der digitale Euro nur eine Ergänzung zum Bargeld sein soll, warnen Kritiker vor den möglichen Konsequenzen für die Privatsphäre der Bürger.

Es ist ermutigend zu sehen, dass die Slowakei als Vorreiter in dieser Angelegenheit agiert und den Schutz des Bargeldes als Teil ihrer Verfassung verankert. Dieser Schritt sollte als Beispiel für andere Länder dienen, die ebenfalls die Bedeutung des Bargeldes für die Wahrung der persönlichen Freiheit und Privatsphäre erkennen.

Interessant wird sein, wie die EU-Kommission auf die Entscheidung der Slowakei reagieren wird und ob sie ihre Pläne zur Einführung des digitalen Euros überdenkt. Die Debatte über die Zukunft des Geldes und die Rolle des Bargeldes wird in den kommenden Jahren sicherlich intensiv geführt werden müssen. Es steht viel auf dem Spiel: unsere Freiheit, unsere Privatsphäre und unsere Demokratie.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ungarn (Seiten E 284– E 293)

01) Orbán gibt „Bild“-Interview – Signal an Zelenskij: Das Kriegstreiber-Narrativ neigt sich dem Ende zu (VIDEO)

27. 06. 2023



Eine Einschätzung durch unseren Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

Es ist sicher (k)ein auffallender Zufall, dass der stellvertretende Chefredakteur der größten deutschen Boulevardzeitung und Moderator des Fernsehsenders „Bild TV“ extra von Berlin nach Budapest anreiste, um den rechts-nationalen ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán um seine Meinung zum Ukrainekrieg und zur Flüchtlingspolitik zu befragen.

War doch Ronzheimer von Anfang an stramm auf das EU-US-Kriegstreiber-Narrativ eingeschworen, indem er und die „Bild“ mehr oder weniger rein pro-ukrainische-NATO-Kriegspropaganda bedienten.

Um so auffälliger nun also der „Gang ins ungarische Canossa“. Wodurch die „Bild“ auch eine Kehrtwende vollzieht – und somit auf eine Nachkriegs-Strategie vorbereitet. Denn: Gerade der ukrainische Präsident Zelenskij war immer einer der größten Feinde des ungarischen Ministerpräsidenten Orbán gewesen. Somit aber ist dieses Interview auch ein Signal an Zelenskij, dass die Kriegstreiber-Zeiten zu Ende gehen. Weil der Westen langsam erkennt, dass dieser Krieg mit militärischen Mitteln nicht (schnell) zu Ende zu bringen ist...

„Ich kümmere mich nicht um Russland, ich kümmere mich nicht um Putin, ich kümmere mich um Ungarn“

Seite E 285 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Hie eine Zusammenfassung des Interviews durch [MANDINER](#), unseren ungarischen Partner der Europäischen Medienkooperation:

„Was wirklich zählt, ist, was die Amerikaner tun möchten. Die Ukraine ist kein souveränes Land mehr. Sie haben kein Geld. Sie haben keine Waffen. Sie können nur kämpfen, weil wir im Westen sie unterstützen. Wenn die Amerikaner also beschließen, dass sie Frieden haben wollen, wird es Frieden geben.“

- so der Premierminister gegenüber [„Bild“](#).

Zum Putschversuch von Jewgeni Prigoschin

„Ich sehe in diesem Ereignis keine große Bedeutung.“

Auch die Frage, ob sich nach dem Prigoschin-Aufstand etwas im Kriegsverlauf ändern werde, verneinte Orbán ebenfalls:

„Ich denke, es ist vorbei und der Krieg geht weiter. Das ist kein Ereignis, das uns zum Frieden führt, denn ich betrachte diesen Krieg immer unter dem Aspekt des Friedens, weil ich der Meinung bin, dass es am wichtigsten ist, einen Waffenstillstand zu erreichen und irgendwie Frieden zu schaffen. Dieses Ereignis spielt dabei keine Rolle.“

Bild fragte mehrmals, ob der russische Präsident Wladimir Putin stürzen werde. Laut Orbán werde Putin aber im nächsten Jahr aber russischer Präsident bleiben:

„Russland funktioniert anders als wir. Die Strukturen in Russland sind sehr stabil. Sie basieren auf der Armee, dem Geheimdienst, der Polizei. Es ist also eine andere Art von Land, es ist ein militärisch orientiertes Land.“

Und weil Russland ein anderes Land sei als Deutschland oder Ungarn...

...“eine andere Welt. Die Struktur ist anders, die Macht ist anders, die Stabilität ist anders. Wenn Sie also aus unserer Logik heraus verstehen wollen, wie sie funktionieren, werden wir uns immer täuschen.“

„Warum sind Sie pro-russisch geworden?“

Der Bild-Journalist bediente auch erneut das altbekannte Vorurteil, Viktor Orbán habe sich vom antisowjetischen Freiheitskämpfer zum Putinisten gewandelt:

„1989 hielten Sie in Budapest eine mutige Rede, in der Sie den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn forderten. Warum haben Sie Jahrzehnte später Ihr Land in gewisser Weise an die Seite Russlands gestellt und gelten selbst in Europa als Putin-Freund?“

Orbán gab die Frage zurück:

„Provozieren Sie mich mit dieser Frage? Sie wissen schon, den Ungarn zu sagen, dass wir Pro-Russen oder Freunde der Russen sind, widerspricht unseren historischen Erfahrungen.“

Der Ministerpräsident machte deutlich:

Seite E 286 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

„Ich kämpfe für Ungarn. Ich kümmere mich nicht um Putin. Ich kümmere mich nicht um Russland. Ich kümmere mich um Ungarn. Was ich also tue, sind Positionen und Aktionen, die gut für die Ungarn sind. Und definitiv ist alles, was jetzt zwischen Russland und der Ukraine passiert, schlecht für die Ungarn. Es ist gefährlich für die Ungarn. Wir haben Leben verloren, ungarische Minderheiten leben dort. Die Gefahr, die vom Krieg ausgeht, ist in unserer Nachbarschaft. Es ist nicht so wie bei euch, ihr wisst, ihr seid die Deutschen, ihr habt Polen und Ungarn zwischen Russland und dem ukrainischen Krieg.“

„Wie wird es hier Frieden geben?“

Bild fragte außerdem, warum es laut Orban keine Lösung für den Krieg auf dem Schlachtfeld geben könne.

„Zunächst einmal argumentiere ich nicht gegen die Ukrainer. Ich möchte also nicht als jemand erscheinen, der nicht hofft, dass die Ukrainer eine Chance zum Überleben haben. Aber ich stehe auf dem Boden der Realität. Die Realität ist, dass die Art der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und dem Westen ein Fehlschlag ist.“

Indem er ausführte:

„Das Problem ist, dass den Ukrainern die Soldaten früher ausgehen werden als den Russen, und das wird am Ende der entscheidende Faktor sein.“

Er betonte zudem:

„Ich möchte die Ukrainer nicht beeinflussen, aber ich plädiere immer für Frieden, Frieden, Frieden. Andernfalls werden sie eine riesige Menge an Wohlstand und viele Menschenleben verlieren und unvorstellbare Zerstörungen werden passieren. Deshalb ist der Frieden die einzige Lösung in diesem Moment. Frieden bedeutet in diesem Moment Waffenstillstand. Ich argumentiere also auf dieser Grundlage, wie wir den schnellsten Weg und einen Waffenstillstand erreichen können.“

Viktor Orbán lässt sich auch nicht von der Meinung des ukrainische Präsidenten Wolodymyr beeindrucken, wonach dessen Land früher oder später alle Gebiete zurückerobern würde.

„Ich kenne diese Meinung. Aber was wirklich zählt, ist, was die Amerikaner tun möchten. Die Ukraine ist kein souveränes Land mehr. Sie haben kein Geld. Sie haben keine Waffen. Sie können nur kämpfen, weil wir im Westen sie unterstützen. Wenn die Amerikaner also beschließen, dass sie Frieden haben wollen, wird es Frieden geben.“

Orbán fügte hinzu:

„Wenn es also von Anfang an Verhandlungen gegeben hätte, hätte es nicht so viele Tote gegeben und das Land wäre nicht zerstört worden. Meine Position war also von Anfang an, dass wir den Krieg nicht zu einem globalen Krieg oder etwas Ähnlichem machen, sondern ihn isolieren und die Verantwortung von den Militärs auf die Politiker und Diplomaten zurückverlagern sollten, weil dieser Krieg hätte nicht passieren dürfen.“

„Einzigste Chance für die Ukraine sind Verhandlungen.“

Laut Orbán...

Seite E 287 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

...„besteht der einzige Weg, die Ukraine zu retten, darin, dass die Amerikaner Verhandlungen mit den Russen aufnehmen und Vereinbarung über die Sicherheitsarchitektur treffen und einen Platz für die Ukraine in dieser neuen Sicherheitsarchitektur finden“.

Darauf, dass die Ukraine bereits beschlossen habe, nicht zu verhandeln, sagte Orban:

„Die Ukraine ist eine Nation, sie ist ein Land. Und sie haben das Recht, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ob sie in den Krieg ziehen oder nicht. Unser Recht ist es auch, Waffen und Geld zu geben oder nicht, wenn die Amerikaner das wollen. Mit den Jungs möchten wir Frieden haben. Deshalb geben wir niemandem Geld und Waffen, auch nicht den Ukrainern, wir wollen nur verhandeln und einen Frieden und Waffenstillstand schaffen. Es liegt also in den Händen der Amerikaner.“

Durch „Bild“ auf den bekannten Topos angesprochen, dass Russland sich darauf vorbereite, andere Länder anzugreifen...: Dann...

...„wäre Putin ein klarer Sieger in diesem Krieg. Bedeutet das nicht, dass es noch weiter gehen würde? Sie könnten Polen, Estland und Litauen angreifen. Warum sollte man in der Ukraine aufhören?“

...erwiderte Orban: *„weil Russland nicht stark genug ist“.*

„Die Geschichte dieses Krieges zeigt deutlich, dass die NATO viel stärker ist als Russland. Warum sollte jemand, der schwächer ist, die NATO angreifen wollen?“

„Ist Putin ein Kriegsverbrecher?“

Orbán deutlich:

„Nein, nicht für mich.“

Er erklärte, dass er nicht über Kriegsverbrecher spreche. Denn:

„Weil wir uns im Krieg befinden, können wir nach dem Krieg über Kriegsverbrechen sprechen“.

Zudem sagte er:

„Wenn wir einen Waffenstillstand und dann verhandeln, müssen wir diejenigen, die Teil des Konflikts sind, davon überzeugen, an den Tisch zu kommen. Sie an den Tisch zu bitten und zu sagen: ‚Kommt an den Tisch und ich werde euch verhaften‘, ist keine gute Idee.“

Vorerst keine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine

Laut dem ungarischen Ministerpräsidenten kann die Ukraine vorerst kein NATO-Mitglied werden, weil sie sich im Krieg befindet. Aber auf die Frage nach der Nachkriegsperspektive der Ukraine auf die NATO antwortete er, dass *„wir das diskutieren werden“.*

Orbans Botschaft ab das ukrainische Volk

„Ich möchte niemanden von etwas überzeugen. Das ist nicht meine Aufgabe. Es ist nicht unser Krieg. Es ist der Krieg der Ukrainer, Entscheidungen über den moralischen und

historischen Horizont zu treffen, ist ausschließlich Sache des ukrainischen Volkes. Ich würde ihnen also raten, genau das zu tun, was das Beste für sie ist. Aber was das Beste für sie ist, müssen sie selbst definieren. Niemand sonst kann es definieren. Denn sie sind eine unabhängige, stolze Nation und ein stolzes Land.“

<https://www.youtube.com/watch?v=7vEpCsOsYdc>

Es folgt in Kürze Orbans Interview zur Flüchtlingspolitik

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Ungarischer Außenminister: Europa driftet immer näher in die Katastrophe

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

27. 06. 2023



Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó machte sich anlässlich seiner Teilnahme am Treffen der EU-Außenminister in Luxemburg am Montag „keine Illusionen“ über den Ausgang der Gespräche.

„Europa driftet immer näher an die Katastrophe heran – leider in jeder Hinsicht. Es wäre jetzt möglich, eine noch größere Katastrophe zu verhindern und Tausende von Menschenleben zu retten, aber dazu müsste man aus der Psychose des Krieges ausbrechen. Ob das beim heutigen EU-Außenministerrat in Luxemburg geschehen wird, da mache ich mir keine Illusionen (mehr) ...“

Seite E 289 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Im Mittelpunkt des Treffens steht der Krieg in der Ukraine. Auch der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba wird per Videoschaltung an dem Treffen teilnehmen.



Weiter Kriegstreiber-Kredite durch die EU

Es wird erwartet, dass sich die Außenminister auf eine Aufstockung des außerbudgetären Fonds der Europäischen Friedensfazilität um 3,5 Milliarden Euro einigen werden, von denen bereits rund 5,6 Milliarden Euro an die Ukraine ausgezahlt wurden, weitere 500 Millionen Euro gehen nun an das kriegführende Land.

Ungarn machte es zur Bedingung seiner Zustimmung, dass die ungarische OTP-Bank von der Liste der „Kriegssponsoren“ gestrichen wird, welche von der Ukraine zusammengestellt wurde. Die ukrainische Seite behauptet, dass die ungarische Bank *„der russischen Armee bevorzugte Kredite gewährt, d.h. sie belohnt sie tatsächlich für begangene Kriegsverbrechen“*.

„Die Geschichte lehrt dauernd. Aber sie findet keine Schüler.“ (Ingeborg Bachmann)

Nun scheint sich Geschichte wieder tragisch zu wiederholen:

Der alt-österreichische Romancier Hermann Broch (1886–1951) übertrug den Begriff *„Die Schlafwandler“* (1930/32) auf die Epoche des politischen Zerfalls der österreichisch-ungarischen Donaumonarchie (1888–1918). Dabei waren die Reaktionen der damals handelnden politischen Subjekte auf einen grassierenden Sinn- und Werteverlust:

Rückwärts gewandte romantisch-nostalgische Verleugnung der Wirklichkeit, gefolgt von Orientierungslosigkeit zwischen Wertesystemen, und abschließend eine sachlich-zynische Unterordnung aller Wertesysteme unter die Maxime des kommerziellen Profits.

Dieser Weg führt(e) in die Katastrophe. Doch das Gespenstische – damals wie heute: Ohne dass sich die Handelnden dessen freilich bewusst gewesen wären, waren und sind sie doch

Seite E 290 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

ganz in einer fatalen Selbst-Voreingenommenheit gefangen: Besessen vom Wunsch, eine verlustig gegangene Ordnung wiederherzustellen...

Der Konnex zur Julikrise 1914 drängt sich auf:

„So gesehen waren die Protagonisten Schlafwandler – wachsam aber blind, von Alpträumen geplagt, aber unfähig die Realität der Gräuel zu erkennen, die sie in Kürze in die Welt setzen wollten.“ (Cristopher Clark: „Die Schlafwandler – Wie Europa in den ersten Weltkrieg zog“)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Orbán: Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland – Brüssel ist wie Sowjetunion

17. 06. 2023



Laut ungarischem Premierminister wage es aber niemand, den Mund darüber aufzumachen, um Washington nicht gegen sich herauszufordern.

Brüssel ist wie Moskau unter der Sowjetunion

Die ungarische Regierung aber sei demokratisch und handle nach dem Willen des Volkes. Die EU-Führer werden aber nach sowjetischem Vorbild von Brüssel aus gesteuert.

- wie Viktor Orbán in einem Freitag-Interview der italienischen Tageszeitung Libero sagte. ([DailyNews](#))

„Schwarze Schafe schon während der Sowjetunion“

Dass wir deshalb...

Seite E 291 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

...„für die EU schwarze Schafe sind, ist aber für uns Ungarn kein Problem: Wir waren immer außerhalb des Chores, schon als wir während der Sowjetunion hinter dem Eisernen Vorhang die ersten waren, die für die Freiheit gekämpft haben.“

Berlusconis Regierung wurde von der EU gestürzt

Orban fügte hinzu:

Silvio Berlusconi hatte eine ganz ähnliche Sicht auf den Ukraine-Krieg. Außerdem hätte Europa mit verschiedenen Manövern Berlusconis frühere Regierung gestürzt, weil jener sich nicht den deutschen und niederländischen Regeln beugen wollte.

„Wer nicht Bidens Kriegstreiberei unterstützt ist Putinist“

Wer den Krieg in der Ukraine anders sehe als US-Präsident Joe Biden, werde derzeit des Putinismus gebrandmarkt.

Orban betonte außerdem: Dass zweihunderttausend Karpato-Ungarn in der Ukraine zum Militärdienst einberufen werden und ihr Leben opfern, während Ungarn eine Million Flüchtlinge aufgenommen hat.

Leider gäbe laut Orbán wenig Hoffnung auf Frieden. Wolle doch der Westen,...

...“in der Tat die USA, Russland besiegen. Und Amerika sieht in der Ukraine ein Instrument dafür. Aber niemand in Europa macht den Mund auf außer uns, weil sie Washington nicht gegen sich selbst herausfordern wollen.“

„Schweigende Mehrheit will Frieden“

Doch Orban fügte hinzu:

„Die schweigende Mehrheit denkt jedoch so wie ich. Und ich bin überzeugt, dass sich die Stimmung in einigen Monaten ändern wird, ich sehe die ersten Anzeichen dafür.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Ungarischer EU-Fidesz-Abgeordneter: EU-Migrations-Vertrag war ein „Putsch“ – Feiges Österreich

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR Forster

12. 06. 2023



Flüchtlingsansturm an ungar.-serb. Grenze Sommer 2015

„Putschartige Umsetzung“

Der ungarische Fidesz-EU-Abgeordnete Balázs Hidvéghi sagte am Sonntag im ungarischen „Kossuth Radio“:

„Das neue EU-Migrationspaket ist auf putschartige Weise durchgesetzt worden.“

So sei der vom Europäischen Rat entschiedene Text den EU-Ministern und Staatssekretären erst eine halbe Stunde vor der Verabschiedung ausgehändigt worden.

Nur und Polen und Ungarn dagegen – Feiges Österreich: Stimmenthaltung

Gegen den Vorschlag hätten nur Ungarn und Polen gestimmt. Während sich mehrere andere, vor allem mitteleuropäische Mitgliedstaaten sich der Stimme enthalten hätten.

Gerade Österreich zeigt hiermit wieder ein feiges und opportunistisches Stimmverhalten, welches auf EU-Entscheidungsebene das Gegenteil von dem praktiziert, was es zu Hause in martialischen Worten seinem Volk verspricht.

Seite E 293 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Hatte doch einmal der ungarische Außenminister Péter Szijjártó das feige Verhalten seiner Kollegen vor wichtigen EU-Abstimmungen so beschrieben: Dass er nämlich dutzende SMS von den anderen EU-Ministern bekomme – mit folgendem Inhalt:

„Ungarn! Bleiben Sie bitte hart gegenüber Brüssel!“

Um dann kurz später gegen Ungarn zu stimmen.

Zwangsbestrafung von Ländern, die gegen illegale Einwanderung sind

Brüssel will nämlich diese Länder mit einer Geldstrafe in Höhe von 22.000 .-EUR pro abgelehnten Migranten bestrafen, um so die Mitgliedstaaten zur Aufnahme von illegalen Einwanderern zu zwingen.

Doch auch linke Regierungen wie Deutschland oder Spanien befinden sich in einer erpresserischen Position. Indem Brüssel illegale Migration zum Alltag macht und dies den Regierungen aufzwingt. Der Europäische Rat will illegale Einwanderer auf Basis eines bestimmten Umrechnungsschlüssels auf EU-Länder verteilen.

Zwar wäre der Verfasser des Vorschlags nicht namentlich genannt worden sei, man wisse aber, wer dahinter stehe – so Hidvéghis ominöse Andeutung.

„Der Kreis, der die Einwanderung als politisches Programm betrachtet, ist nach wie vor aktiv und glaubt, dass die europäische Kultur verändert werden kann, wenn wir so schnell wie möglich möglichst viele Menschen aus anderen Kulturen hereinlassen. Und dann wird die multikulturelle Traumwelt, an die sie glauben, kommen.“

Umsetzung des Vorschlags muss verhindert werden

Laut Hidvéghi sei Widerstand gegen das Migrationspaket wichtig: Grenzen dürfen nur legal überschritten werden. Wenn jemand illegal kommt, muss er in sein Herkunftsland zurückgeschickt werden.

Doch noch ist zu verhindern, dass die Resolution zu einer Verordnung wird: Der nächste Schritt sind nämlich Trilog-Verhandlungen zwischen dem Europäischen Rat, der EU-Kommission und dem EU-Parlament. Und zwar innerhalb des institutionellen EU-Zyklus im Frühjahr 2014.

EU fördert Migration

Außerdem wäre bereits vor einigen Monaten eine stark migrationsfreundliche Entschließung im EU-Parlament angenommen worden sei: Wonach Entscheidungen zu Migrationsfragen nur mehr im Konsens und nicht mit einfacher Mehrheit getroffen werden können, wie es beim Ministertreffen noch der Fall war.

Diese Entwicklung steht aber im Widerspruch zu früheren Ratsbeschlüssen. Auf der Grundlage all dessen und des festen ungarischen Standpunkts sollte die Umsetzung des Vorschlags blockiert werden – so Balázs Hidvéghi.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Serbien (Seiten E 294 – E 296)

01) Serbien entlässt Minister wegen Forderung nach Russland Sanktionen

26. 06. 2023



Serbiens Wirtschaftsminister Rade Basta.- *Bild: www.srbija.gov.rs*

Serbiens Wirtschaftsminister Rade Basta hatte bereits im März gefordert, dass Belgrad sich dem Westen anschließen und Sanktionen über Moskau verhängen sollte.

Nun hat die serbische Regierung beschlossen, den Minister seines Amtes zu entheben.

Hat „Russlandtreue“ gesiegt?

Rade Basta hatte sich im Frühjahr für Sanktionen gegen Russland ausgesprochen. Daraufhin wurden Forderungen nach seinem Rücktritt laut.

Der Nationalversammlung sei nun ein Vorschlag zur Absetzung des Wirtschaftsministers vorgelegt worden, teilte Premierministerin Ana Brnabić am 22. Juni mit.

Die Absetzung wurde mit der Mehrheit der Stimmen beschlossen.

Bastas frühere Partei Jedinstvena Srbija (Vereinigtes Serbien) gab am 20. Juni eine Erklärung heraus, in der es hieß, Basta sei eine Frist gesetzt worden, um von allen Ämtern zurückzutreten.

„Dazu gehört natürlich auch die Funktion des Wirtschaftsministers in der serbischen Regierung“.

Der Grund dafür waren offenbar Bastas öffentlichen Äußerungen, die „der Agenda von Vereinigtes Serbien und der staatlichen und nationalen Politik der serbischen Regierung diametral entgegengesetzt waren“.

Ferner hieß es dazu, „in jedem Land der Welt tritt ein Minister zurück, wenn er mit der Staatspolitik der Regierung, der er angehört, nicht einverstanden ist.“

Minister fiel durch pro-westliche Rhetorik auf

Seit Oktober 2022 war der 43-Jährige als Wirtschaftsminister tätig.

Er war wiederholt durch antirussische Äußerungen aufgefallen. Mitte März hatte er offen gefordert, Serbien solle sich den westlichen Sanktionen gegen Russland anschließen, und behauptet, das Land zahle für seine Neutralitätspolitik „einen unerträglichen Preis“.

„Angesichts der tektonischen Veränderungen auf der geopolitischen Weltkarte kann Serbien keine einsame Insel bleiben“, erklärte Basta.

Diese Woche gab er bekannt, dass er die Partei Bewegung Europäischer Weg gegründet habe, um bei künftigen Wahlen zu kandidieren.

Finanzminister Siniša Mali soll vorübergehend die Befugnisse des Wirtschaftsministers übernehmen, berichteten dazu serbische Medien.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Novak Djokovic: „Kosovo ist das Herz Serbiens“

03. 06. 2023



Bild: Wikipedia/Peter Menzel Lizenz: CC BY-SA 2.0

Tennis-Superstar zeigt sich als serbischer Patriot

Im Kosovo kommt es zu Ausschreitungen zwischen der serbischen Minderheit und der NATO-geführten KFOR-Truppe. Die Ereignisse in dem von den USA geschaffenen

Seite E 296 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Kunststaat nutzte der serbische Tennis-Superstar Novak Djokovic am Rande des derzeit stattfindenden Grand-Slam-Turniers in Paris zu einer politischen Stellungnahme: „Kosovo ist das Herz Serbiens. Stoppt die Gewalt“, schrieb Djokovic auf die Linse einer Kamera.

Djokovic gab sich damit als serbischer Patriot zu erkennen, der sich nicht dem Zeitgeist anbietet.

Bereits während der sogenannten Corona-Pandemie sorgte er für weltweite Aufmerksamkeit, indem die Covid-Impfung verweigert, wofür er von der westlichen Meinungsindustrie heftig kritisiert wurde.

Auch Djokovics nunmehrige Aussage wird in den Mainstream-Medien negativ dargestellt. Einmal heißt es, er sorge für Wirbel, ein anderes Mal, er „provoziere“. Dabei sollte jedem, der einigermaßen über Geschichtskennntnisse verfügt, klar sein, dass der Kosovo für Serbien bzw. die Serben nicht irgendeine x-beliebige Provinz darstellt, sondern nicht zuletzt aufgrund der Schlacht am Amselfeld 1389 einen wesentlichen Bestandteil der serbischen nationalen Identität bildet.

Bis zur osmanischen Landnahme war der Kosovo das administrative und kulturelle Zentrum des serbischen Reiches. Und selbst unter türkischer Fremdherrschaft waren die Serben noch lange Zeit im Kosovo die größere Bevölkerungsgruppe als die Albaner.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ukraine (Seiten E 297 – E 318)

01) Kommt es zu Friedensverhandlungen über den Ukrainekrieg?

02. 07. 2023



Bild: shutterstock

Von REDAKTION | Es scheint angesichts der total gescheiterten ukrainischen Gegenoffensive zaghafte Versuche des kollektiven Westens zu geben, einen Ausweg aus dem selbst verursachten Desaster des Ukrainekrieges zu finden. Immer wieder gibt es Meldungen über mögliche Friedensgespräche, oder zumindest über die Einrichtung eines Formates, innerhalb dem Friedensgespräche angebahnt werden könnten, wie z.B. eine [ARD-Meldung](#) vom 25.06.2023.

Hinter diesen Meldungen und Bestrebungen steht eine Analyse der RAND-Corporation, in der ein Ende des Ukrainekrieges empfohlen wird. Dieser Think Tank lieferte ursprünglich die theoretische Erklärung für jene Politik, die geradewegs zu dem gegenständlichen Konflikt geführt hat. Russland sollte in einen Krieg mit dem kollektiven Westen provoziert werden, damit man Russland anschließend politisch und wirtschaftlich isolieren und somit ruinieren könne.

Wer Anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein!

Dieser alte Bibelspruch hat sich wieder einmal, diesmal für den kollektiven Westen, bewahrheitet. Die RAND-Strategie hat in der Zwischenzeit Schiffbruch erlitten: Russland wurde durch den Krieg weder völlig isoliert, noch wirtschaftlich ruiniert. Dafür haben sich für den kollektiven Westen summarische Kosten von bis zu 170 Milliarden Dollars angehäuft, von denen ein nicht geringer Teil im ukrainischen Korruptionssumpf versenkt wurde. Die Wirtschaft des Westens wird durch hohe Energiekosten und Inflation ruiniert!

Seite E 298 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Jetzt empfiehlt der gleiche Think Tank in einem Papier mit dem Titel „Avoiding a Long War – U.S. Policy and the Trajectory of the Russia-Ukraine Conflict“ eine 180 Grad Wende!

Zitat aus www.anti-spiegel.ru/2023/teil-1-suchen-die-usa-eine-exit-strategie-aus-dem-ukraine-krieg/

„RAND stellt in dem Papier fest, dass die Kosten für die Unterstützung der Ukraine zu hoch sind, weil die USA in dem Krieg nur wenig gewinnen können. In Washington dürfte man lange etwas anderes erhofft haben, aber die Realität hat gezeigt, dass Russlands Wirtschaft nicht an den Sanktionen zerbrochen ist, dass es nicht gelungen ist, Russland international zu isolieren und dass selbst die beispiellose militärische Unterstützung der Ukraine durch den Westen Russland militärisch nicht besiegen konnte.

In dem Papier stellt RAND ganz nüchtern fest, dass den Kosten, die die Unterstützung der Ukraine verursacht, kein entsprechender Gegenwert gegenübersteht, weil es nicht absehbar ist, dass Russland zusammenbricht. Daher sucht RAND nach einer Exit-Strategie aus dem Ukraine-Konflikt.

In dem Papier wird China nicht erwähnt, aber in Washington mehren sich die Stimmen, die China als den wichtigsten Konkurrenten der USA sehen, und nicht Russland. Daher ist es aus geopolitischer Sicht dumm, die Ressourcen der USA im Kampf gegen Russland zu verbrennen, weil man sie für den Konflikt mit China braucht. Wie gesagt, steht das nicht in der Studie, aber man kann diesen Zusammenhang durchaus sehen.

Die USA dachten anscheinend wirklich, sie könnten Russlands Wirtschaft mit den Sanktionen in einem „wirtschaftlichen Blitzkrieg“ zerstören, was nicht funktioniert hat. Nun ist der Ukraine-Konflikt für die USA zu einem (wirtschaftlichen) Abnutzungskrieg geworden, wenn man bedenkt, dass westliche Armeen ihre Arsenale geleert haben, um ihre Waffen der Ukraine zu schicken, wo sie in Rekordzeit zerstört werden, ohne die russische Armee ernsthaft in Bedrängnis gebracht zu haben.

Die vier Optionen

Interessant sind die vier Optionen, die RAND einzeln oder als Kombination vorschlägt, um den Krieg zu beenden.

Erstens:

„Klärung ihrer Pläne für die künftige Unterstützung der Ukraine“ – Das bedeutet, dass man sich bei RAND darüber Gedanken macht, was man der Ukraine anbieten kann, damit sie sich mit dem Verlust eines Teils ihres Landes abfindet. Dass die Frage, welche Teile der Ukraine Kiew nach dem Krieg noch kontrolliert, für RAND ziemlich unwichtig ist, kann man in dem Papier und der Zusammenfassung schwarz auf weiß lesen.

Zweitens:

„Zusagen für die Sicherheit der Ukraine“ – Das geht in die gleiche Richtung, aber die Formulierung ist interessant, denn ein NATO-Beitritt der Ukraine wird dabei nicht genannt. Anscheinend schwebt RAND das vor, worauf Russland und die Ukraine sich schon bei den Friedensgesprächen Ende März 2022 geeinigt hatten, nämlich, dass einige westliche Länder der Ukraine Sicherheitsgarantien geben, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine jedoch ausgeschlossen ist. Das ist vor allem deshalb interessant, weil es die USA selbst waren, die diese Friedenslösung damals verhindert haben, wie der damalige israelische Ministerpräsident Bennett gerade erst [in einem Interview](#) erzählt hat.

Drittens:

„Zusicherung der Neutralität des Landes“ – Der NATO-Beitritt der Ukraine ist offensichtlich vom Tisch. Der ganze Krieg war aus Sicht der Ukraine und der NATO vollkommen überflüssig, denn das war ja Russlands Forderung: Die Ukraine solle ein neutrales Land sein. Die NATO-Ambitionen der Ukraine zu verhindern, war aus geopolitischer Sicht der wichtigste Grund für Russland, im Februar 2022 in der Ukraine zu intervenieren. Der Westen hatte diese russische Forderung im Januar 2022 zurückgewiesen, nun scheint es trotzdem so zu kommen, was den totalen Sieg Russlands bedeuten würde, weil es sein Hauptziel erreicht hätte. Dass RAND das überhaupt ernsthaft vorschlägt, ist regelrecht revolutionär.

Viertens:

„Festlegung von Bedingungen für die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland“ – Sogar die Aufhebung der Russland-Sanktionen schlägt RAND vor. Der Grund dürfte sein, dass man Russland irgendwas anbieten muss, bevor Russlands militärischer Sieg so umfassend ist, dass man in Washington gar keine Verhandlungsmasse mehr hat. RAND dürfte wissen, dass man in Moskau Null Vertrauen in Zusagen der USA hat, was bedeutet, dass RAND der US-Regierung am Ende wohl eine schnelle Aufhebung der Sanktionen ohne allzu viele Bedingungen vorschlagen muss, weil Russland Taten sehen will und nichts mehr auf Versprechungen der USA gibt.

Was bedeutet das?

Man muss das erst einmal sacken lassen, denn das RAND-Papier sagt im Grunde aus, dass Russland gesiegt hat und dass RAND der US-Regierung empfiehlt, möglichst bald aus dem Ukraine-Abenteuer auszusteigen. Warum das schwierig ist, kann man in der Zusammenfassung lesen:

„Eine dramatische Änderung der US-Politik über Nacht ist politisch unmöglich – sowohl innenpolitisch als auch gegenüber den Verbündeten – und wäre in jedem Fall unklug.“

Die USA müssen also einen Weg finden, die anstehende 180-Grad-Wendung sowohl innenpolitisch als auch den Verbündeten gegenüber zu erklären. Schließlich könnte selbst in Brüssel, das eigentlich jede Entscheidung Washingtons – auch zum eigenen Schaden – gehorsam umsetzt, die Frage aufkommen, wozu man all die Milliarden aus dem Fenster geworfen und die eigene Energieversorgung und Wirtschaft an die Wand gefahren hat, wenn man am Ende gegenüber Russland klein begeben muss.“
Ende des Zitates.

Das Problem des kollektiven Westens ist es also, wie man rein propagandistisch aus dieser Sackgasse herauskommt, ohne sein Gesicht und Glaubwürdigkeit zu verlieren. Wahrscheinlich ist, dass man das Desaster der ukrainischen Führung in die Schuhe schiebt, beispielsweise nach einem offenkundigen, kompletten Scheitern der „Gegenoffensive“. Dazu gehört wahrscheinlich auch die Diskreditierung der ukrainischen Führung durch Meldungen über deren Verstrickung in die Sprengung der Nord Stream Leitungen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Selenskij in auswegloser Lage – Suche nach Friedenslösung in Kopenhagen

29. 06. 2023



"Geheimes Friedenstreffen" in Kopenhagen.- Bild: AFP

Mittlerweile mehren sich die Anzeichen, dass es für den ukrainischen Präsidenten langsam „eng“ werden könnte.

Nach seiner letzten „vielsagenden“ Ansprache an [Bord einer Zugtoilette](#), scheint nun der Weg doch hin zu Friedensgesprächen zu tendieren.

„Geheimes Treffen“ in Kopenhagen

Die aktive Suche nach einer diplomatischen Lösung hat allem Anschein nach nun doch begonnen.

Am 25. Juni trafen sich auf Initiative der Ukraine, Vertreter der G7 und des globalen Südens, um nach einem Ausweg aus dem Ukraine-Konflikt zu suchen. Russland war bezeichnender Weise nicht dabei.

Am Samstag den 25. Juni 2023 kamen in Kopenhagen die Vertreter zahlreicher Staaten zusammen, um die Möglichkeit für Friedensverhandlungen im Ukraine-Konflikt auszuloten.

Darüber berichteten übereinstimmend zahlreiche Medien. Die Initiative für das Treffen sei nach Berichten dänischer Medien von der Ukraine ausgegangen.

Teilgenommen hatten Repräsentanten der G7-Staaten, der Ukraine, sowie Brasiliens, Indiens, Südafrikas und Saudi-Arabiens. Also war auch ein maßgeblicher Teil der BRICS Staaten nach Kopenhagen gekommen.

Hinsichtlich einer Teilnahme chinesischer Repräsentanten gibt es allerdings widersprüchliche Berichte.

Seite E 301 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Der nationale Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, war dabei per Video zugeschaltet. Vertreter Russlands waren hingegen erwartungsgemäß nicht eingeladen worden. Diese Bemühungen um Diplomatie stellen dennoch eine Wende in der politischen Interaktion, dar.

Eine der Ursachen für den Stimmungsumschwung im Westen, der bisher Verhandlungen ablehnte, könnte vor allem der Präsidentschaftswahlkampf in den USA sein.

Dieser rückt nun die Diskussion um die Staatsausgaben in den Fokus des öffentlichen Interesses. Die Kosten für die Unterstützung der Ukraine laufen völlig aus dem Ruder, schreibt unter anderem der außenpolitische Blog *German-Foreign-Policy*.

Aber auch in den Ländern der EU geht die Bereitschaft der Bevölkerung zurück, die Ukraine weiterhin und vor allem bedingungslos zu unterstützen. Die Waffenlieferungen aus Beständen der westlichen Heere schwächen zudem inzwischen die Verteidigungsfähigkeit der NATO-Staaten erheblich.

Vor allem ein rascher Produktionsaufbau zur weiteren Lieferung von Waffen und Munition an die Ukraine gelingt allem Anschein nach nicht.

Des Weiteren dürfte sich auch die militärische Lage in der Ukraine alles andere als rosig, im Sinne der vorgelagerten Interessen des Westens, entwickeln.

Trotz bedingungsloser West-Unterstützung keine militärischen Erfolge

Ein nennenswerter militärischer Erfolg ist trotz der umfassenden finanziellen und militärischen Unterstützung der Ukraine bisher gänzlich ausgeblieben. Die Versprechungen der Ukraine, was die Gegenoffensive angeht, werden zudem deutlich verhaltener.

Der *Spiegel* stellt in seinem Bericht über das Treffen den Friedensplan der Ukraine in den Mittelpunkt.

„Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij hofft auf einen Weltgipfel für den Frieden. Bereits beim G7-Gipfel im Mai sprach er sich für Beratungen aus, bei denen seine Friedensbedingungen im Mittelpunkt stehen sollen.“

Diese Friedensbedingungen sehen jedoch faktisch und völlig illusorisch, die bedingungslose Kapitulation Russlands, überhaupt als Vorbedingung für die Aufnahme von Gesprächen vor. Selenskij fordert in bekannter „maßloser Manier“, den vollständigen Rückzug der russischen Armee und die Rückgabe aller Territorien inklusive der Krim sowie Reparationen.

Im Anschluss könne es, so Selenskij, Gespräche geben.

Diese Forderung ist freilich völlig unrealistisch. Auf ihr zu beharren bedeutet, den Krieg bis zu einem vollständigen Sieg einer der Parteien verlängern zu wollen.

Sollte die Ukraine, wie keineswegs zu erwarten wäre, obsiegen, würde das die Existenz Russlands als Staat massiv bedrohen.

In diesem Fall kämen nach russischer Nukleardoktrin zweifelsfrei Atomwaffen zum Einsatz. Vor diesem Hintergrund ist die „Friedensformel“ Selenskij nichts anderes als eine weitere Farce. Sie wäre somit die Formel zu einer vollständigen Vernichtung Europas.

Selenskijs Forderung bedeutet Vernichtung Europas

Das wissen freilich auch die Partner. Es wird daher in weiteren Gesprächen gleichsam darum gehen, wie Selenskij seine Maximalforderung, gesichtswahrend und mit „Schadensbegrenzung“ für den unterstützenden Westen, fallen lassen kann.

Dies gilt freilich auch für Deutschland und die EU, die sich bisher bedingungslos hinter diese beinahe „präpotente“ Maximalforderung der Ukraine gestellt und sie unterstützt hatten. Das offenkundige Ziel der EU-Politik war es, aus „interpretationsfähigem Beweggrund“, den Krieg in die Länge zu ziehen.

Zu dieser Politik der Eindämmung Russlands hatte sich die EU bereit erklärt und somit der Ukraine einen hohen Preis zahlen lassen.

Realistisch wäre demgegenüber auch ein Einfrieren des Konflikts, wobei die Ukraine ihren Anspruch auf territoriale Integrität nicht aufgibt, die bestehenden Realitäten aber anerkennt und eine Wiedervereinigung mit dem Donbass und der Krim auf eine unbestimmte Zukunft verschiebt. Mit diesem Modell ist Deutschland vierzig Jahre gut zurechtgekommen, Korea tut es noch heute. Es ist jedoch davon aus zu gehen, dass Russland dazu keinesfalls seine Zustimmung geben würde. Damit wäre de facto die gesamte „russische Spezialoperation“ mehr oder weniger ad absurdum geführt.

Konkrete Ergebnisse brachte das Treffen erwartungsgemäß nicht, allerdings sind weitere Gespräche für Juli geplant.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Fakten zur Kachowka-Staudamm Sprengung – Die westlichen Propagandalügen widersprechen jeder Logik Von PETER HAISENKO

13. 06. 2023



Der Kachowka-Staudamm nach der Zerstörung

Seit der Kachowka-Staudamm unter russischer Kontrolle ist, wird er von Kiews Truppen beschossen. So, wie auch das Atomkraftwerk Saporischschja. Jetzt ist der Staudamm gesprengt worden und das reiht sich ein in Kiews Politik der verbrannten Erde.

In einem Artikel auf ntv lautet die Überschrift: „Lässt Moskau die Krim verdursten?“ Verantwortlich für dieses Lügenwerk zeichnet der Russlandhasser Uladzimir Zhyhachou. Der stammt aus der Gegend von Charkov und hat auf ntv schon eine Menge an Hassartikeln gegen Russland geschrieben. Merkt dieser Hassprediger nicht, dass er schon mit der Überschrift das beste Argument geliefert hat, dass es keinesfalls Russland sein kann, das für diese Sprengung verantwortlich ist? Es war Kiew, das schon vor neun Jahren den Bewässerungskanal für die Krim trockengelegt hat. Eines der ersten Ziele der russischen Sonderoperation war demgemäß, die Wasserversorgung der Krim wieder herzustellen. Und jetzt sollen sie das wieder kaputt gemacht haben?

Wie bescheuert muss man eigentlich sein, die unablässige Westpropaganda zu glauben? Russland sprengt seine Gaspipelines und jetzt die Wasserversorgung für die Krim? Weil ich nicht für Bescheuerte schreibe, gehe ich gar nicht weiter auf die ganzen Propagandalügen ein. Es gibt aber Fakten, die nicht so bekannt sind. So haben Satellitenmessungen festgestellt, dass der Kachowka-Stausee vor der Sprengung einen ungewöhnlich hohen Wasserstand hatte. Die Frage muss sein, wer dafür gesorgt hat. Weiter flussaufwärts gibt es noch fünf weitere Dämme mit Stauseen, die aber unter der Kontrolle von Kiew stehen. Die Schleusen dieser Dämme sind weiter geöffnet worden und so wurde der Kachowka-Damm schon besonderem Stress ausgesetzt. So waren die freigesetzten Wassermassen nach dem Bruch noch zerstörerischer, als bei normalem Wasserstand. Aber das ist noch nicht alles.

Kiew hat die Schleusen geöffnet

Wäre Kiew daran interessiert, die Schäden nach dem Dammbbruch möglichst klein zu halten, hätten sie die Schleusen an den Dämmen oberhalb schließen können. Der Wasserspiegel war dort sowieso schon niedriger als normal. Die Verbrecher in Kiew haben aber das Gegenteil getan. Sie haben die Schleusen noch weiter geöffnet und so die Situation weiter erschwert. Insgesamt liegen vor dem Kachowka-Damm flussaufwärts fünf Dämme mit Stauseen. Der Kiewer-, der Kaniver-, der Kremenschuker-, der Kamjansker- und der Saporischschja-Stausee. Es wäre also für Kiew ein Leichtes gewesen, die Wassermassen zu reduzieren. Haben sie aber nicht gemacht, sondern vielmehr die Schleusen weiter geöffnet. Kiew sorgt auf diese Weise für maximal möglichen Schaden in der Region, von der sie wissen, dass sie für sie verloren ist. So kann man in diesem Fall zwar nicht von einer Politik der verbrannten Erde sprechen, aber der ertränkten.

Wer einen Staudamm sprengt weiß vorab, welche Gebiete von Überschwemmungen betroffen sein werden. Etwa 70 Prozent der überschwemmten Gebiete liegen auf der Ostseite des Dnjepr, 30 Prozent auf der Seite unter ukrainischer Kontrolle. Zudem behaupten deutsche „Experten“, die russische Seite wäre auf die Flutung nicht vorbereitet gewesen und hätte so Verluste an Soldaten und Material erlitten. Sie beharren aber darauf, dass es Russland gewesen sein muss, das den Damm zerstört hat. Merken die nicht, wie bescheuert sie sind? Wie kann es sein, dass die Sprengung Russland unvorbereitet getroffen hat, wenn sie selbst die Sprengung vorgenommen hätten?

Endlich werden Kriegsverbrechen Englands als solche bezeichnet

In London und Washington ist man etwas klüger als in Berlin. Anders als Scholz & Co wird vorsichtig gesagt, man wisse noch nicht, wer für diese Untat verantwortlich ist. Offensichtlich geht man davon aus, dass die Amis und Engländer nicht so dumm, so propagandahörig wie die deutschen Schafe sind. Dennoch erfreuen mich die markigen Kommentare, die im Westen diese Tat verdammen. Von einer neuen Dimension wird gesprochen und von grässlichen Kriegsverbrechen. Das zeigt wieder die Geschichtsvergessenheit insbesondere deutscher Spitzenpolitiker.

Es war England, Churchill, die im Zweiten Weltkrieg in Deutschland Staudämme gezielt angegriffen und zerstört haben. Danke, Herr Bundeskanzler, dass Sie endlich die richtigen Worte für diese menschenverachtenden Kriegsverbrechen der Engländer gefunden haben. Es waren auch die USA, die in Korea nicht nur Stauseen zerstört haben, sondern auch die jahrhundertealten Bewässerungssysteme für die Landwirtschaft. Bislang waren es also nur die Angloamerikaner, die sich derartiger Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben und Kiew steht unter dem Befehl Washingtons. Ach ja, Churchill und Selenskji haben den Karlspreis erhalten.

Es wird schon nach Auswegen gesucht

Insgesamt sind die Kommentare verhalten, was die Urhebererschaft der Sprengung betrifft. Das kann nur daran liegen, dass alle genau wissen, wer dafür verantwortlich ist. Es ist auch kein Geheimnis, dass Kiew diesen Damm schon seit Monaten beschießt. So sucht man schon einen Ausweg die Kiewer Führung zu entlasten, indem kolportiert wird, der Dambruch könnte die Folge russischer Schlamperei gewesen sein. Fakt bleibt aber, dass Kiew absichtlich den Wasserstand im Kachowka-Stausee auf ein gefährliches Niveau gebracht und anschließend die Schleusen flussaufwärts noch weiter geöffnet hat.

In diesem Sinn handelt Kiew nach dem Muster aller angloamerikanischen Kriege. Was nicht uns gehören kann, wird zerstört. So wie Dresden, das zerstört worden ist, nach der Konferenz in Jalta, die auch Dresden in den sowjetischen Machtbereich gegeben hatte. Dresden war Lazarettstadt und so vom Kriegsrecht geschützt. In Nordkorea gab es nach den Bombardements der USA kein einziges zweistöckiges Gebäude mehr. Die Maxime des Westens in der Ukraine ist, dass Russland nur zerstörtes Land in die Hände fallen darf. Deswegen wird auch nicht dagegen vorgegangen, wenn Kiews Militär seit neun Jahren vor allem zivile Ziele beschießt. So, wie seit Wochen das Gebiet Belgorod in Russland.

Die russische Bevölkerung will härteres Vorgehen

Darüber wird nicht mehr berichtet weil klar ist, dass allein das eine Kriegserklärung Russlands an Kiew rechtfertigen würde und es wäre in diesem Fall eindeutig, wer der Aggressor ist. Diese Angriffe direkt auf russisches Gebiet sind es aber, die dem Kreml, Putin, die größten Probleme bereiten. So, wie der seit neun Jahren andauernde Beschuss von Donezk. Putin muss seinen eigenen Bürgern erklären, warum Russland nicht härter gegen die Schlächter in Kiew vorgeht. Was auch der Chef der Wagner-Gruppe Prigoschin anmahnt. Die Sanktionen gegen Russland hat Moskau im Griff.

Das Murren der eigenen Bevölkerung könnte das eigentliche Problem sein, weil man nicht versteht, warum Moskau immer noch so sanft mit Kiew umgeht. Es war ja auch die New York Times, die im Dezember letzten Jahres geschrieben hat, die russischen Waffen taugen nichts, denn es kommen zu wenige Zivilisten um. Angesichts all dessen sollte langsam dem Letzten bewusst werden, wer sich an Völker- und Kriegsrecht hält und wer das noch nie

getan hat. Alle Staudämme entlang des Dnjepr sind von der Sowjetunion gebaut worden. Auch das größte Atomkraftwerk Europas in Saporischschja und das ist mit der Dammsprengung auch in Gefahr. Bin ich der einzige, der hier ein Muster erkennt?



€ 24,90

Spätestens mit den Irakkriegen sollte klar sein, wie die USA lügen, wenn es um Ihre Angriffskriege geht. Aber wie ist das mit der von den Alliierten vorgeschriebenen Geschichtsschreibung über Deutschland und die zwei großen Kriege im 20. Jahrhundert? Kann das so stimmen, was in der BRD darüber gelehrt wird? Lesen Sie dazu das Werk von Peter Haisenko: „**England, die Deutschen, die Juden und das 20. Jahrhundert**“. Da erfahren Sie auch mehr über die Zerstörung deutscher Stauwerke und wie akribisch, wissenschaftlich das vorbereitet worden ist. So, wie in England in selber Manier die Zerstörung deutscher Städte „optimiert“ worden ist. Bestellen Sie Ihr Exemplar [direkt beim Verlag hier](#)

<https://anderweltverlag.com/p/england-die-deutschen-die-juden-und-das-20-jahrhundert>

oder erwerben Sie es in Ihrem Buchhandel.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Kachowka-Staudamm-Katastrophe: Neue Flüchtlings-Welle im Anrollen

08. 06. 2023



Die Stadt Lwiw/Lemberg stellt sich auf einen Zustrom von Flüchtlingen aus Gebieten ein, die von der Explosion des Kachowka-Staudamms überflutet wurden – wie Andrij Sadowy, Bürgermeister der westukrainischen Stadt, am Mittwoch dem polnischen Radiosender Rmf.fm gegenüber mitteilte.

„Die ersten Busse sind bereits unterwegs. Derzeit haben wir 3000 neue Unterkünfte für Flüchtlinge bereitgestellt“, so der Bürgermeister.

Seit Beginn des Krieges hätte die Stadt bereits mehr als 150.000 Flüchtlinge aus anderen Regionen des Landes aufgenommen.

Die Stadt, die vor dem Konflikt 720.000 Einwohner hatte, liegt weniger als 75 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt. Das Gebiet ist bisher weitgehend von Kampfhandlungen verschont geblieben, obwohl es am 19. Mai von einer russischen Rakete getroffen wurde.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Kachowka-Anschlag: Zur Verantwortung des Kiewer Regimes und seiner westlichen Herren

07. 06. 2023



6. Juni 2023: Schwere Vorwürfe Russlands vor dem UN-Sicherheitsrat



Erklärung des Ständigen Vertreters Russlands, Wassili Nebensja vor dem UN-Sicherheitsrat zur Situation nach dem Anschlag auf das Wasserkraftwerk Kachowka

Herr Präsident!

In der Nacht vom 5. auf den 6. Juni hat das Kiewer Regime ein unvorstellbares Verbrechen begangen. Es sprengte den Damm des Wasserkraftwerks Kachowka, was zu einem unkontrollierten Wasseraustritt flussabwärts des Dnjepr führte. Ganze Stadtteile wurden überflutet, und Tausende von Menschen mussten evakuiert werden. Die Evakuierung ist bereits im Gange. Die landwirtschaftlichen Flächen in der Region und das Ökosystem an der Mündung des Dnjepr wurden schwer beschädigt.



Wassili Nebensja – zweiter von links – bei seiner Erklärung vor dem UN-Sicherheitsrat

Ich weise darauf hin, dass bereits im vergangenen Jahr führende ukrainische Militärs öffentlich erklärt haben, bereit gewesen zu sein, den Damm zu sprengen, um sich einen militärischen Vorteil zu verschaffen. Hier ist ein Zitat aus einem Artikel der Washington Post vom 29. Dezember 2022. Bitte hören Sie aufmerksam zu:

„Generalmajor Kowaltschuk erwog, den Fluss zu fluten. Die Ukrainer hätten sogar einen Testangriff mit einem HIMARS-Werfer auf eines der Fluttore am Nowa-Kachowka-Damm durchgeführt und drei Löcher in das Metall gebohrt, um zu sehen, ob das Wasser des Dnjepr so weit angehoben werden könne, dass die Russen den Fluss nicht mehr überqueren könnten, ohne die umliegenden Dörfer zu überfluten. Der Test war ein Erfolg, sagte Kowaltschuk, aber der Schritt blieb ein letzter Ausweg. Er hielt sich zurück.“



Überflutung von Nowa Kachowka



...Wir bedauern, dass unsere Aufforderung an den Generalsekretär, alles zu tun, um dieses schreckliche Verbrechen zu verhindern, ungehört blieben.



Wir haben die Weltgemeinschaft und UN-Führung vor dieser Situation gewarnt. Ende Oktober 2022 verbreiteten wir als offizielles Dokument des UN-Sicherheitsrates ein Schreiben der Ständigen Vertretung Russlands, in dem wir auf die Pläne Kiews zur Zerstörung des Wasserkraftwerks Kachowka hinwiesen. Wir bedauern, dass unsere Aufforderungen an den Generalsekretär, alles zu tun, um dieses schreckliche Verbrechen zu verhindern, ungehört blieben. **Anmerkung:** Unser-Mitteuropa zeigt besagtes Dokument im Wortlaut – [hier](#)

Im Gefühl der völligen Straffreiheit und ermutigt durch westliche Sponsoren hat sich das Kiewer Regime entschlossen, diesen terroristischen Plan diesmal in die Tat umzusetzen.

Es wird zusehends schwieriger, alle davon zu überzeugen, dass der Ukraine-Konflikt die vermeintliche Folge einer „unprovokierten russischen Aggression“ gewesen wäre. Heute versuchen nur noch die USA und ihre engsten Verbündeten zu leugnen, dass der Westen seit dem verfassungswidrigen Maidan-Putsch mit Eifer und Zielstrebigkeit die Ukraine auf einen Krieg mit Russland vorbereitet hat. Dabei ignorieren sie den neunjährigen Krieg, den die Maidan-Regierung gegen die russischsprachige Bevölkerung im Osten und Südosten des Landes geführt und Tausenden von Zivilisten das Leben gekostet hat und den unsere spezielle Militäroperation in erster Linie beenden sollte.



Solche «Schlussfolgerungen» deuten auf eine – nicht einmal verdeckte – Schizophrenie hin.



Wir sehen bereits eine gut koordinierte Informations- bzw. vielmehr Desinformationskampagne. Wir hören Erklärungen von westlichen Staaten und von Kiew, und wir werden heute in diesem Plenarsaal mit Sicherheit noch weitere Erklärungen hören, mit dem Versuch zu behaupten, dass es Russland gewesen wäre, das den Staudamm von Kachowka gesprengt hätte. Diese Erklärungen werden der gleichen fehlerhaften Logik folgen, die uns die „auf uns selbst gezielten Bombardierungen“ des ZNPP [Kernkraftwerk Saporischschja] oder die Sprengungen an den Nord-Stream-Rohren zuschreiben. Solche „Schlussfolgerungen“ deuten auf eine – nicht einmal verdeckte – Schizophrenie hin.

Die von Kiew geplante Sabotage einer kritischen Infrastruktureinrichtung stellt ein sehr gefährliches Unterfangen dar. Es kann seinem Wesen nach als Kriegsverbrechen oder als Terroranschlag betrachtet werden. Angriffe auf Anlagen, die gefährliche Kräfte einbinden,

sind nach dem humanitären Völkerrecht direkt verboten. Außerdem werden Staudämme in Artikel 56 des ersten Zusatzprotokolls zu den Genfer Konventionen von 1977 gesondert erwähnt.

Kiew verfolgt mit seinen Sabotageakten zwei offensichtliche Ziele:

Erstens soll möglichst viel Aufmerksamkeit erregt werden, um günstige Bedingungen zur Verlagerung der Streitkräfte zu erlangen und die groß angekündigte „*Gegenoffensive*“ der Ukraine unterstützen zu können, die offensichtlich ins Stocken geriet und die von Kiew gesetzten Ziele nicht erreicht hat. Nach Angaben unseres Verteidigungsministeriums hat Kiew damit begonnen, Schutzstellungen am rechten Ufer des Dnjepr aufzubauen, was darauf hindeutet, dass die ukrainischen Streitkräfte beabsichtigen auf Verteidigung umzustellen.

Das zweite Ziel des heutigen Angriffs besteht darin, größtmöglichen humanitären Schaden der Bevölkerung ausgedehnter Gebiete zuzufügen, was unweigerlich eintritt, nachdem eine große Wasser- und Energieanlage zerstört worden war.

Derzeit evakuieren die Behörden der Region Cherson der Russischen Föderation die Menschen aus den von der Flut betroffenen Gebieten. Die Sprengung des Wasserkraftwerks Kachowka hat bereits eine Umweltkatastrophe ausgelöst: Dutzende von Siedlungen flussabwärts des Dnjepr werden überflutet, der Kachowka-Stausee und der Nord-Krim-Kanal, der die Halbinsel Krim mit Wasser versorgt, werden seichter. Mit anderen Worten: Kiew hat wieder einmal beschlossen, sich an den Krimbewohnern für ihre Entscheidung zugunsten Russlands zu rächen und die Bevölkerung der Krim ohne Wasser zu lassen. Wir schließen auch nicht aus, dass sich dahinter der Versuch einer Provokation gegen das ZNPP [Kernkraftwerk Saporischschja] verbirgt.

Die Kiewer Behörden haben ferner die Wasserabgabe aus dem Wasserkraftwerk Dnepropetrowsk erhöht. Dies führt zu noch größeren Überschwemmungen und beweist, dass diese Sabotage sorgfältig im Voraus geplant war, um die Menschen in der Region einer noch größeren Notlage auszusetzen.



***Die Verantwortung für diese sich entfaltende Tragödie
liegt voll und ganz beim Kiewer Regime und seinen
westlichen Herren...***



Die Verantwortung für diese sich entfaltende Tragödie liegt voll und ganz beim Kiewer Regime und seinen westlichen Herren, die die Ukraine mit Waffen vollpumpen.

Dieser Akt ist die Fortsetzung der systematischen Taktik, die Kiew seit 2014 anwendet. Diese Taktik zielt darauf ab, bloß zivile Einrichtungen zum alleinigen Zweck der Einschüchterung der Zivilbevölkerung anzugreifen. Dies ist nach Artikel 51 des genannten Zusatzprotokolls ausdrücklich verboten.

Terroristische Methoden sind Teil des offiziellen Drehbuchs des Kiewer Regimes geworden, womit man sich offen brüstet. Sie sind verantwortlich für die Explosion auf der Krim-Brücke, die Ermordung von Daria Dugina und Vladlen Tatarsky und den Angriff auf Zakhar Prilepin. Der Leiter des ukrainischen Militärgeheimdienstes, Kirill Budanow, kündigt offen Pläne zur Ausrottung der Russen mit terroristischen Mitteln an. Dennoch haben die westlichen Delegationen diese Schritte mit keinem Wort verurteilt.



Uns ist klar, wer genau die Planungen und Vorbereitungen vornimmt und wer die Sabotage in diesem Ausmass zulässt.



Das Kiewer Regime hat gute Lehrmeister, von denen es lernen kann, denn diese zeigen die gesprengten Nord Stream Leitungen und gezielten Angriffe auf den Tabka-Staudamm in Syrien als ihre Erfolgsbilanz. Der Westen ist daran gewöhnt, dass schmutzige Arbeit von den Händen anderer erledigt würde. Doch dieses Mal werden sie sich nicht hinter dem unfähigen Kiewer Regime verstecken können. Uns ist klar, wer genau die Planungen und Vorbereitungen vornimmt und wer Sabotage in diesem Ausmaß zulässt.

Wir finden es sehr verwunderlich, dass das UN-Sekretariat sich jedes Mal weigert, die Angriffe Kiews zu verurteilen, und sich dabei auf fehlende Informationen beruft, wie z. B. beim Beschuss des KKW Saporischschja durch ukrainische Streitkräfte, obwohl es für jeden offensichtlich ist, von welcher Seite der Beschuss erfolgt.


Gleichzeitig zögert die Leitung des Sekretariats nicht, politisierte Schlussfolgerungen zu wiederholen, wonach angeblich alle derartigen Verbrechen auf das Vorgehen Russlands in der Ukraine zurückzuführen wären. Dies ist eine inakzeptable Abweichung vom Grundsatz der Objektivität und Unparteilichkeit, der in Artikel 100 der UN-Charta festgehalten ist.


Wir fordern den Generalsekretär auf, endlich eine objektive Bewertung vorzunehmen und die terroristischen Aktionen des Kiewer Regimes zu verurteilen. Alle Umstände des barbarischen Angriffs auf das Wasserkraftwerk Kachovka müssen aufgeklärt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass sich die Situation mit der Butscha-Tragödie oder die der Explosion der Nord Stream-Pipelines wiederholt.

Wir danken Ihnen!

Quelle: [Hier](#)

Angriff auf die Tabka Talsperre in Syrien am 26.3.2017 durch die USA, worauf der ständige Vertreter Russlands in seiner Erklärung vor dem Sicherheitsrat referenzhalber verwies und worüber westliche Medien vormals berichteten und warnten:

news  ORF.at




ANGRIFF AUF DAMM



US-Einheit riskierte in Syrien Tausende Tote

Die US-Armee hat bei Kämpfen gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Syrien einen Damm bombardiert – und damit laut „New York Times“ den Tod Zehntausender Menschen riskiert. In einer umfangreichen Recherche zeichnet die Zeitung nach, wie es zu dem Angriff auf die Tabka-Talsperre kam. Die Katastrophe konnte damals nur knapp verhindert werden.

22. Jänner 2022, 0.02 Uhr
Dieser Artikel ist älter als ein Jahr.

Teilen 

Der Angriff auf den Damm am Euphrat in al-Thawra rund 35 Kilometer von der Stadt al-Rakka entfernt, im syrischen Bürgerkrieg eine Hochburg des IS, war am 26. März 2017 erfolgt. Hinter der rund 60

Aktuell in  ORF.at 

APA/AFP/Maxar Technologies

Quelle: ORF

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Anschlag auf Wasserkraftwerk Kachowka: Was machten die UN seit Oktober 2022?

06. 06. 2023



Nowa Kachowka1 überschwemmt nach «Sabotage» auf Damm des Hydrokraftwerks



Blick auf den Kachowka Stausee | Quelle: Francis McLloyd assumed (based on copyright claims)., CC BY-SA 3.0 <creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>, via Wikimedia Commons

Der Kreml hat auf den Anschlag gegen das Hydrokraftwerk Kachowka reagiert und spricht von einer „vorsätzlichen Sabotage“ durch die ukrainische Seite

- In Nowa Kachowka wurde nach der Zerstörung des Staudamms des Kraftwerks Kachowka der Ausnahmezustand verhängt;
- Vladimir Putin erhält Berichte des Verteidigungsministeriums und anderer Behörden im Zusammenhang mit der Situation um das Wasserkraftwerk Kachowka;
- Der Kreml hat erklärt, dass die Zerstörung des Kachowka-Damms schwerwiegende Folgen für Zehntausende von Menschen haben könnte;

Der Kachowka-Wasserdamm in der russischen Region Cherson, der am Dnjepr flussaufwärts der Stadt Cherson liegt, wurde am Dienstagmorgen erheblich beschädigt (UNSER MITTELEUROPA [berichtete als eines der ersten Medien](#)). Der Damm wurde Berichten zufolge gegen 2 Uhr morgens Ortszeit getroffen. Der Bruch des Damms könnte zu verheerenden Überschwemmungen führen und Tausende Zivilisten bedrohen

Teile des Staudamms des Wasserkraftwerkes Kachowka wurden «*durch einen Schlag zerstört*», bestätigte der Bürgermeister von Nowaja Kachowka, Wladimir Leontjew, gegenüber RIA Novosti. Während mehrere Schleusen des Staudamms beschädigt wurden und einen unkontrollierten Wasserstrom freisetzen, habe die Unterwasserstruktur selbst dem Angriff standgehalten, so der Bürgermeister.

Leontjew bezeichnete den Vorfall als «*terroristischen Akt*» und sagte, dass der Wasserstand flussabwärts um bis zu 2,5 Meter gestiegen sei, dass aber bisher keine Evakuierungen erforderlich gewesen wären. Er wies darauf hin, dass das Gebiet bei früheren Überschwemmungen aufgrund starker Regenfälle, bereits höhere Pegelstände erlebt habe, betonte jedoch, dass sich die örtlichen Behörden darauf konzentrierten, den Bürgern zu helfen und auf den schlimmsten Fall vorbereitet zu sein.

„Alle Dienstleistungen in der Stadt funktionieren, alle Verwaltungsangestellten sind vor Ort. Strom, Gas, Internet und Kommunikation sind verfügbar“, so der Bürgermeister weiter.

Moskau hat Kiew wiederholt für zahlreiche Angriffe auf den Kachowka-Damm verantwortlich gemacht und davor gewarnt, dass ein Bruch des Damms den Tod Tausender Zivilisten zur Folge haben könnte.

Die anhaltende Bedrohung wurde als einer der Hauptgründe für die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus bestimmten Gemeinden in der Region im Herbst 2022 und den anschließenden Abzug der russischen Streitkräfte aus der Stadt Cherson auf das linke Ufer des Dnjepr angeführt.

Russische Militär- und Zivilbeamte, darunter der amtierende Gouverneur von Cherson, Vladimir Saldo, warnten damals, dass viele Gebiete in der Region, darunter auch die Stadt Cherson, überflutet werden könnten, wenn der Kachowka-Damm zerstört werden würde.

Die Ukraine zog in Erwägung, den Damm zu sprengen, um die russischen Streitkräfte, die die Stadt Cherson zu dem Zeitpunkt verteidigten, zu lähmen – und führte sogar «*einen Testschlag mit einem HIMARS-Raketenwerfer auf eines der Schleusentore durch*», wie der ehemalige Leiter des ukrainischen Einsatzkommandos Süd, Generalmajor Andrej Kowaltschuk, im Dezember in einem Interview mit der Washington Post zugab.

Seite E 315 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die Region Cherson wurde Anfang Oktober zusammen mit der Region Saporischschja und den Volksrepubliken Donezk und Lugansk offiziell zu einem Teil Russlands erklärt, nachdem die Bevölkerung in diesen Gebieten in Referenden mit überwältigender Mehrheit für diesen Schritt gestimmt hatte.

Kiew und seine westlichen Unterstützer haben die Abstimmungen als «*Betrug*» dargestellt und versprochen, die Gebiete mit allen Mitteln zurückzuerobern. Zumal das Regime der Ukraine und der «vereinte Westen» für ihre Lügen bekannt sind, hat der Ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, Vassily Nebenizia, schon am 21. Oktober 2022 einen Brief an den UN-Generalsekretär gerichtet, in dem er die Pläne des Kiewer Regimes zur Zerstörung des Kachowka-Staudamms thematisierte und um Hilfe der internationalen Völkergemeinschaft ersuchte.

Heute stellt sich die Frage an den UN-Generalsekretär: «**Was wurde getan?**»

Das Schreiben im deutschen Wortlaut:

United Nations **Security Council**
21.Oktober 2022

Distr.: General

Brief vom 21. Okt. 2022 des ständigen Repräsentanten der Russischen Föderation an den Vereinten Nationen adressiert an den General-Sekretär und Präsidenten des Sicherheitsrates

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Pläne des Kiewer Regimes lenken den Damm des hydroelektrischen Kraftwerks Kachowka zu zerstören. Im Besonderen erwägen ukrainische Kräfte flussabwärts des Dnepr Flusses Seeminen oder massive Raketenangriffe einzusetzen. Wir stellen auch Luftangriffe auf die Sperren des Elektrokraftwerkes fest, um den Flusspiegel ansteigen zu lassen.

Solch eine rücksichtslose ukrainische Attacke würde zu einer katastrophalen Überschwemmung der nahe gelegenen Territorien und irreparablen Schäden an der Stadt Cherson führen. Sie könnte das Leben tausender Unschuldiger kosten. Die Behörden in Kiew und ihre westlichen Unterstützer tragen die volle Verantwortung für alle Konsequenzen eines solch verheerenden Szenarios.

Um eine solche Bedrohung von Zivilisten abzuwenden, hat Russland gegenwärtig mit der Evakuierung von Bürgern des rechten Dnepr Ufers begonnen.

Ich dränge Sie alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um ein solch abscheuliches Verbrechen zu verhindern.

Ich würde dankbar sein, falls der vorliegende Brief als Dokument im Sicherheitsrat zirkulieren könnte.

(Unterschrift) Vassily Nebenizia

United Nations

S/2022/786



Security Council

Distr.: General
21 October 2022

Original: English

Letter dated 21 October 2022 from the Permanent Representative of the Russian Federation to the United Nations addressed to the Secretary-General and the President of the Security Council

I would like to draw your attention to the plans of the Kiev regime to destroy the Kakhovskaya hydroelectric dam in Kherson province. In particular, Ukrainian forces are considering launching sea mines downstream the Dnieper River or a massive missile strike. We are also registering air strikes targeting the locks of the electric power station with the intention to raise the river level.

Such a reckless Ukrainian attack would result in catastrophic flooding of the nearby territories and irreparable damage to the city of Kherson itself. It might cost thousands of innocent lives. The authorities in Kiev and their Western backers will bear full responsibility for all the consequences of such a devastating scenario.

To avoid such a threat to civilians, a large-scale evacuation of citizens from the right bank of the Dnieper River is currently being carried out by Russia.

I urge you to do everything in your power to prevent this heinous crime from happening.

I would be grateful if the present letter could be circulated as a document of the Security Council.

(Signed) Vassily **Nebenzia**

22-23949 (E) 261022



Please recycle 




Das ZDF bestätigte in einer Aussendung am 06.11.2022 den von der Russischen Föderation in ihrem Schreiben an die UN erwähnten ukrainischen Angriffe auf den Kachowka-Staudamm:

ZDF Rubriken Barrierefrei Live-TV Sendung verpasst

Mutmaßlich ukrainischer Angriff Russland: Kachowka-Staudamm beschädigt

06.11.2022 15:04 Uhr

Vorwürfe, die Zerstörung des Kachowka-Staudamms zu planen, gibt es von beiden Seiten. Jetzt wurde der Staudamm bei einem ukrainischen Angriff beschädigt - melden russische Medien.



Quelle des Screenshots: ZDF

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) „WP“: Ukrainische Gegenoffensive führt durch eigene Minenfelder

03.06.2023

The defences Russia is building



Source: Ria Novosti



Bei der seit Monaten angekündigten ukrainischen Gegenoffensive könnte die ukrainische Armee auf ernsthafte Hindernisse stoßen, da sie zunächst riesige Minenfelder passieren muss, die sie selbst angelegt hat – wie die „Washington Post“ berichtet.

Außerdem nutzten die russischen Einheiten die Zeit, ihre Verteidigungspositionen zu stärken. Doch bevor die Ukrainer diese erreichen, müssen sie ihre eigenen Minenfelder durchqueren.

„Das ist keine leichte Aufgabe und kann zu einem Blutbad führen. Warnbeispiele sind in der Militärgeschichte keine Seltenheit. Es ist sehr ähnlich wie im Ersten Weltkrieg.“

- zitierte die „WP“ Mark Cancian, einen ehemaligen Marineoffizier und Experten am „Center for Strategic & International Studies“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

R u s s l a n d (Seiten E 319 - E 352)

01) Wladimir Putin mit seiner zweiten Klarstellung an das russische Volk

27. 06. 2023



Aufruf an das russische Volk!

Liebe Freunde!

Heute wende ich mich noch einmal an alle Bürger Russlands: Vielen Dank für Ihre Selbstkontrolle, Solidarität und Patriotismus. Diese zivile Solidarität hat gezeigt, dass jede Erpressung und jeder Versuch, interne Unruhen zu erzeugen, zum Scheitern verurteilt ist.

Ich wiederhole, es wurde der höchste Grad der Konsolidierung der Gesellschaft, der Exekutive und der Legislative auf allen Ebenen demonstriert. Öffentliche Organisationen, religiöse Konfessionen, führende politische Parteien und praktisch die gesamte russische Gesellschaft haben eine feste und eindeutige Position zur Unterstützung der verfassungsmäßigen Ordnung eingenommen. Alle einte und vereinte die Hauptsache: Die Verantwortung für das Schicksal des Vaterlandes.

Ich möchte betonen, dass von Beginn der Ereignisse an sofort alle notwendigen Entscheidungen getroffen wurden, um die entstandene Bedrohung zu neutralisieren und die verfassungsmäßige Ordnung, das Leben und die Sicherheit unserer Bürger zu schützen.



Ein bewaffneter Aufstand wäre ohnehin niedergeschlagen worden.



Ein bewaffneter Aufstand wäre ohnehin niedergeschlagen worden. Die Organisatoren der Meuterei konnten dies trotz des Verlusts an Angemessenheit nicht übersehen. Sie alle verstanden unter anderem, dass sie zu kriminellen Maßnahmen griffen, um das Land zu spalten und schwächen, das einer enormen externen Bedrohung und einem beispiellosen Druck von außen ausgesetzt bleibt. Währenddessen unsere Kameraden an der Front mit den Worten sterben: „Keinen Schritt zurück!“

Allerdings haben die Organisatoren des Aufstands, indem sie ihr Land und ihr Volk verrieten, diejenigen verraten, die an dem Verbrechen beteiligt waren: Sie haben sie angelogen, sie unter Beschuss in den Tod getrieben, um eigene Leute zu töten.



Das ist genau das Ergebnis, Brudermord, welches Russlands Feinde verfolgen: Die Neonazis in Kiew, ihre westlichen Mäzene und alle möglichen nationalen Verräter.



Das ist genau das Ergebnis – Brudermord –, welches Russlands Feinde verfolgen: Die Neonazis in Kiew, ihre westlichen Mäzene und alle möglichen nationalen Verräter. Sie wollten, dass russische Soldaten sich gegenseitig töten, Soldaten und Zivilisten sterben, damit Russland am Ende verliert und unsere Gesellschaft sich spaltet und in einem blutigen Bürgerkrieg untergeht.

Sie rieben sich die Hände in der Hoffnung, sich für ihre Versäumnisse an der Front und während der sogenannten Gegenoffensive zu rächen, doch sie verrechneten sich.

Ich danke allen unseren Soldaten, Polizeibeamten und Sonderdiensten, die den Rebellen im Weg standen und ihrer Pflicht, ihrem Eid und ihrem Volk treu blieben. Der Mut und die Selbstaufopferung der gefallenen Heldenpiloten retteten Russland vor tragischen und zerstörerischen Folgen.



Gleichzeitig wissen wir, dass die überwältigende Mehrheit der Kämpfer und Kommandeure der Wagner-Gruppe auch Patrioten Russlands sind, die Ihrem Volk und ihrem Staat treu ergeben sind.



Gleichzeitig wussten und wissen wir, dass die überwältigende Mehrheit der Kämpfer und Kommandeure der Wagner-Gruppe auch Patrioten Russlands und ihrem Volk und ihrem Staat treu ergeben sind. Sie haben es mit ihrem Mut auf dem Schlachtfeld bewiesen und den Donbass und Neurussland befreit. Es wurde versucht, sie aus einer unklaren Situation heraus gegen ihre Waffenbrüder einzusetzen, mit denen sie gemeinsam für das Wohl und Zukunft des Landes kämpften.

Daher wurden von Beginn der Ereignisse an – auf meine direkte Anweisung hin, Maßnahmen ergriffen, um Blutvergießen zu vermeiden. Dies hat Zeit gekostet, auch um diejenigen, die einen Fehler begangen hatten, die Möglichkeit zu geben, zur Besinnung zu kommen, um zu verstehen, dass ihr Handeln von der Gesellschaft entschieden abgelehnt würde und einzusehen, zu welch tragischen und zerstörerischen Folgen das Abenteuer, in das sie verwickelt wurden, Russland und unseren Staat führte.

Ich danke den Soldaten und Kommandeuren der Wagner-Gruppe, die die einzig richtige Entscheidung getroffen haben: Sie haben kein brudermörderisches Blutvergießen betrieben, indem sie an der letzten Linie halt machten.

Heute haben Sie [Soldaten und Kommandeure der Wagner-Gruppe] die Möglichkeit, Ihren Dienst in Russland fortzusetzen, indem Sie einen Vertrag mit dem Verteidigungsministerium oder anderen Exekutivorganen unterzeichnen, oder zu Ihren Familien und Freunden zurückzukehren. Jeder, der möchte, kann nach Weißrussland gehen. Mein Versprechen wird erfüllt. Ich wiederhole, die Wahl liegt bei jedem von Ihnen, ich bin aber sicher, dass es die Wahl der russischen Soldaten sein wird, die ihren tragischen Fehler jetzt eingesehen haben.

Ich bin dem belarussischen Präsidenten Alexander Grigorjewitsch Lukaschenko für seine Bemühungen und seinen Beitrag zur friedlichen Lösung der Situation dankbar.

Aber ich wiederhole, es ist die patriotische Haltung der Bürger, die Konsolidierung der gesamten russischen Gesellschaft, die in diesen Tagen eine entscheidende Rolle gespielt hat. Diese Unterstützung ermöglichte es uns, gemeinsam die schwierigsten Herausforderungen für unser Heimatland zu meistern.

Danke für das – danke Ihnen!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Putin spricht zum militärischen Personal des Ministeriums für Verteidigung

28. 06. 2023



27. Juni, 2023, 15:00, Moskau, Kreml: Wladimir Putin vor seinen Militärs

Wladimir Putin: Liebe Kameraden!

Wie Sie wohl bemerkt haben oder vielleicht haben Sie es von hier aus gehört: Ich habe mich soeben auf dem Sobornaya-Platz im Kreml mit Militärs des Verteidigungsministeriums, der Rosgwardija [Truppen der Nationalgarde], der Sonderdienste, des FSB und des Innenministeriums getroffen und ihnen für ihren Einsatz bei der Abwehr einer bewaffneten Rebellion gedankt.

Aber eine besondere Rolle spielten dabei natürlich Sie – Sie und Ihre Kameraden. Und dafür gebührt Ihnen besonderer Dank.

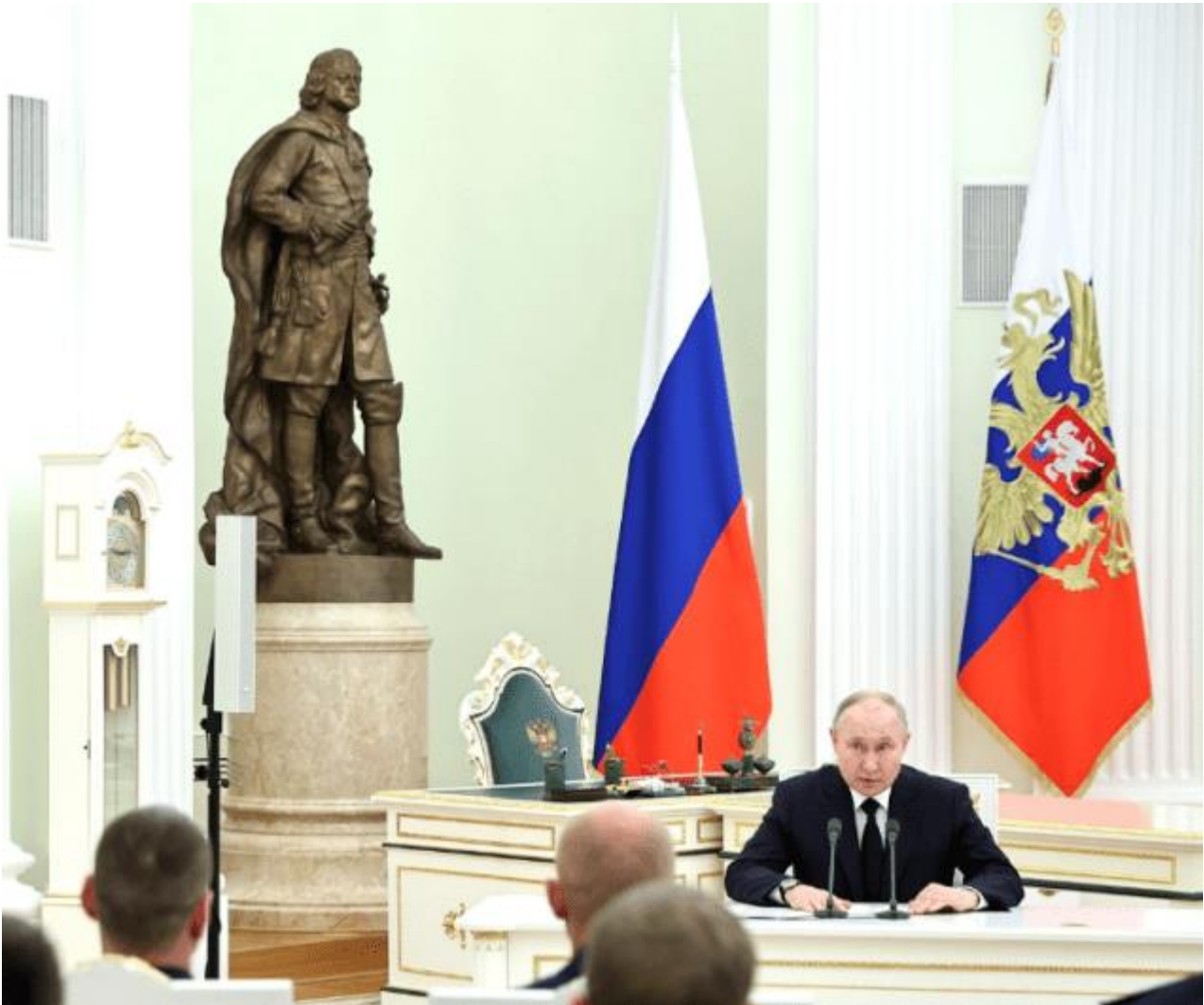
Ich möchte, dass wir alle verstehen, was passiert ist und was passiert wäre, wenn Sie nicht getan hätten, was Sie getan haben, und wenn Sie nicht Ihre militärische Pflicht erfüllt und dem Eid und dem russischen, dem russischen Volk die Treue gehalten hätten.

Wie immer in solchen Fällen – geschieht immer und überall das Gleiche: Nach bewaffneten Unruhen kommt es zu völligem Chaos und Bürgerkrieg. Das haben Sie verhindert. Das war Ihre Rolle. Und dafür möchte ich Ihnen als Oberbefehlshaber meinen Dank aussprechen. Ich möchte klar und deutlich sagen, was besprochen wurde und wovon ich jetzt spreche.

Bedauerlicherweise mussten Sie sehr schwierige Bedingungen bewältigen und auf hochfrequentierten Straßen arbeiten, um zivile Opfer zu vermeiden.

Noch bedauerlicher ist es, dass wir Verluste erlitten haben. Gewiss sind das Kampfverluste – anders kann man es nicht sagen. Unsere Kameraden starben bei der Verteidigung des

Vaterlandes. Ich sage das ohne jedes Pathos und ohne jede Übertreibung und möchte noch einmal betonen: Das Chaos im Land wäre unvermeidlich gewesen, und der Feind hätte dies selbstverständlich ausgenutzt.



Er [der Feind] versuchte es schon – ich werde Ihnen später davon berichten -, aber es funktionierte nicht, und es wird nicht funktionieren – da bin ich mir ganz sicher. Definitiv hätte man es ausgenutzt: Man weiß nicht, was am Ende aus dem Land geworden wäre, aber alle oder zumindest viele Erfolge, die während der Kämpfe erreicht worden waren, wären verloren gewesen. Doch, das haben Sie verhindert!

Ich habe dem [Verteidigungs-]Minister bereits eindeutig gesagt, dass wir alles tun werden, um die Familien unserer gefallenen Kameraden zu unterstützen.

Und was die Wagner-Gruppe betrifft – Sie wissen: Wir haben die Kämpfer und Kommandeure dieser Gruppe immer mit großem Respekt behandelt, weil sie in der Tat Mut und Heldentum bewiesen haben. Unsere Soldaten und Offiziere der russischen Armee, Freiwillige, die unter Kampfbedingungen gearbeitet haben, waren nicht weniger engagiert und haben ebenfalls Heldentum und Selbstaufopferung gezeigt. Aber auch diejenigen, die in der Wagner PMC dienten und arbeiteten, waren im Lande geachtet.



In der Zwischenzeit möchte ich darauf hinweisen und möchte, dass wir alle es wissen: Die gesamte Wagner-Gruppe wurde vollständig vom Staat unterstützt – vom Verteidigungsministerium, vom Staatshaushalt. Wir haben diese Gruppe vollständig finanziert.

Allein von Mai 2022 bis Mai 2023 zahlte der Staat an Wagner 86,262 Milliarden RUB [€ 916,242,987.00] für Geldunterhalt und Bonuszahlungen; davon Geldunterhalt 70,384 Milliarden RUB [€ 747,671,444.00], Bonuszahlungen 15,877 Milliarden RUB [€ 168,639,608.00]. Versicherungszahlungen: 110,179 Milliarden RUB [€1,172,325,946].

Gleichzeitig hat der Eigentümer, das Unternehmen Concord – obwohl die Instandhaltung von Wagner auf den Schultern des Staates lag – im Laufe des Jahres über Voentorg 80 Milliarden Rubel vom Staat erhalten und kassiert, indem er die Armee mit Lebensmitteln versorgte und Ernährungsdienstleistungen anbot. Der Staat übernahm die gesamte Unterhaltung und ein Teil dieser gesamten Gruppe, das Concord-Unternehmen, verdiente gleichzeitig 80 Milliarden Rubel [851,198,168.00 €].

Zugleich hoffe ich, dass im Zuge dieser Vorgänge niemand etwas gestohlen hat oder, sagen wir mal, weniger gestohlen wurde. Wir werden all dem natürlich nachgehen.

Als ich [eingangs] vom Kampfeinsatz sprach, wollte ich noch Folgendes sagen: Es gibt Kampfpiloten, die sehr viel dafür getan haben, dass dieser Kampfeinsatz auf der richtigen Ebene weiterging:



Seit dem 4. Juni, also seit dem Beginn der so genannten [ukrainischen] Gegenoffensive, hat der Feind 259 Panzer und 780 gepanzerte Fahrzeuge verloren.



Gerade eben erreichten mich aktuelle Zahlen: Seit dem 4. Juni, also seit dem Beginn der so genannten [ukrainischen] Gegenoffensive, hat der Feind 259 Panzer und 780 gepanzerte Fahrzeuge verloren. Nur in Richtung Orekhowsky, wohin der Feind seinen Hauptangriff legte, hat der Feind 280 verschiedene Geräte verloren, darunter 41 Panzer und 102 gepanzerte Fahrzeuge.

Das ist zum großen Teil das Ergebnis Ihrer Arbeit und der Arbeit Ihrer Mitstreiter: Dafür möchte Ihnen gesonderte Worte des Dankes aussprechen.

Ich habe dem Verteidigungsminister angewiesen, die Verdienste all derer, die an diesem Teil der Kampfhandlungen teilgenommen haben, vom Staat – sprich durch Auszeichnungen – würdigen zu lassen.



Ich habe es dem Minister gesagt, und möchte es noch einmal betonen: Diejenigen, die sich im Kampfeinsatz bewähren, sollen in Zukunft das Rückgrat der Führung der Streitkräfte der Russischen Föderation bilden...



Ich habe es dem Minister bereits gesagt, und ich möchte es noch einmal betonen: Diejenigen, die sich im Kampfeinsatz bewähren, sollen in naher Zukunft und in Zukunft das Rückgrat der Führung der Streitkräfte der Russischen Föderation bilden, natürlich auch auf dem Sektor der Luftfahrt.

Ich möchte an dieser Stelle zum Schluss kommen und Ihnen noch einmal danken für das, was Sie für Russland, für das Land und für unser Volk getan haben.

Ich danke Ihnen!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Russland plant Austritt aus WTO und WHO

27. 06. 2023



Die russische Regierung beginnt nun den Prozess des einseitigen Austritts aus einer Reihe von internationalen Organisationen, darunter die Welthandelsorganisation und die Weltgesundheitsorganisation.

Dies erklärte der stellvertretende Sprecher der russischen Duma, Pjotr Tolstoi, am 20. Juni.

„Nutzlose Verträge“ werden aufgelöst

„Wir müssen daran arbeiten, unsere internationalen Verpflichtungen zu revidieren, Verträge, die heute keinen Nutzen bringen, sondern unserem Land direkt schaden. Müssen beendet werden.“

Das Außenministerium hat eine Liste solcher [Abkommen an die Staatsduma](#) geschickt“, erklärte dazu Tolstoi.

„Gemeinsam mit dem Föderationsrat wollen wir diese Verträge analysieren und vorschlagen, sie zurückzuziehen“, fügte er hinzu.

Russland ist somit abermals, dem unter „transatlantischem Diktat“ stehenden Europa einen großen Schritt voraus.

Einfach „aussteigen“ – eine simple Lösung

Ein US-gesteuertes Bankensystem das, seit der Einführung der FED vor über 100 Jahren, ein weltweites „Diktat“ ausübt und freilich auch Europa in seinen „Klauen hält“, wird nun von Seiten Russlands „eiskalt abserviert“.

Seite E 327 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Nicht zuletzt durch weltweit boomende Initiativen, vor allem in den BRICS-Staaten und deren „Sympathisanten“, den US-Dollar als Leitwährung der Welt ab zu setzen, wird auch Russlands Position gestärkt.

Nun zeigt man den, nach Weltmacht gierenden Organisationen wie einer WHO ganz einfach „den schwarzen Peter“, indem man schlicht und ergreifend aus diesen austritt.

Russland macht es vor, so einfach könnte das also gehen, auch um keine Staatsmacht an eine nicht gewählte Organisation auf „Vereinsbasis“ zu verlieren indem man schlichtweg vertragsseitig aussteigt.

Jenseits des Atlantiks wird es offenbar hoch an der Zeit, sich warm an zu ziehen und dies hat freilich wenig mit dem vielbeschworenen „Klimawandel“ zu tun.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Lawrow im RT-Interview: «Verhalten des Westens scheint von Wunschdenken geprägt!»

27. 06. 2023



Sergei Lawrow über den Versuch eines bewaffneten Aufstandes in Russland, Lukaschenkos Rolle und die Reaktion der westlichen Medien



2023.6.26: Der russische Außenminister im Interview mit RT

Sergej Viktorowitsch Lawrow, russischer Außenminister. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, dieses Interview für Russia Today aufzuzeichnen. Aber zunächst möchte ich Sie fragen, wie die internationale Reaktion auf den gescheiterten Aufstand vom Vortag aussieht?

Lawrow: Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, alles was bereits berichtet wurde, nachzuerzählen. Alle Medien haben in den letzten 24 Stunden oder vielleicht sogar noch länger darüber berichtet. Jeder konnte die internationale Reaktion sehen, jeder konnte sie hören. Jeder Erwachsene, kann diese Reaktion durchaus nachvollziehen.

Es wurde uns gesagt, dass Russland von seinen Verbündeten unterstützt würde?

Lawrow: Zahlreiche Telefonanrufe gingen bei Präsident Putin ein, die von seinen Kollegen genutzt wurden, um Solidarität und Unterstützung zu bekunden. Wir sind zuversichtlich, dass die Situation unter Kontrolle zu einer verfassungsmäßigen Ordnung zurückkehren wird, wie es tatsächlich geschehen ist.

Auch ich habe auf Initiative meiner ausländischen Kollegen mehrere Telefongespräche geführt. Viele von ihnen haben dieselben Gedanken und dieselbe Zuversicht zum Ausdruck gebracht, dass wir keine Versuche zulassen werden, die Einheit des Staates und den Erfolg der gemeinsamen militärischen Sonderoperation zu untergraben. Sie baten mich, keine Namen zu nennen und nicht öffentlich über ihre Anrufe zu sprechen. Wir wollen dem Folge leisten und respektieren ihre Forderungen.

Und wie beurteilen Sie die Rolle von Minsk bei der Lösung dieser Situation?

Lawrow: Die Einschätzung der Rolle von Minsk wurde bereits von Präsident Lukaschenko persönlich gegeben, der, wie Dmitri Peskow erklärte, in einem Telefongespräch mit Präsident Putin am Samstagmorgen wiederholt und ausführlich über den Versuch einer friedlichen Lösung der Situation gesprochen hatte. Es galt großes Blutvergießen zu vermeiden, welches es unweigerlich gegeben hätte, wenn die Rebelleneinheiten weiter auf Moskau zumarschiert wären. Dieser Vorschlag wurde von Präsident Putin unterstützt, und Sie kennen das Ergebnis. Es wurde gestern vom Sprecher des Kremls verkündet.

Nun sind in den Medien Berichte aufgetaucht, wonach die USA plötzlich ihre Meinung geändert haben, zusätzliche Sanktionen gegen die PMC von Wagner zu verhängen, weil sie sich nicht auf die Seite Putins stellen. Was bedeutet diese Änderung des Ansatzes durch die USA, wo zuvor lautstark gefordert wurde, die Wagner PMC als terroristische Organisation anzuerkennen?

Lawrow: Ich glaube nicht, dass dies eine Änderung der Haltung der Vereinigten Staaten darstellt. Dies ist nur eine weitere Bestätigung der Tatsache, dass die Vorgehensweise der USA davon abhängt, was genau die USA zu einem bestimmten Zeitpunkt von einem externen Akteur erwartet, sei es auf der internationalen Bühne im Allgemeinen oder in einem bestimmten Land. Die Vereinigten Staaten haben sich in der Ukraine-Krise mehr als einmal völlig parteiisch verhalten. In der Tat führen sie mit Hilfe der Ukrainer als Werkzeug einen Krieg gegen die Russische Föderation.

Und wenn Sie sich erinnern, wurden vor ein paar Jahren, ich glaube, am Vorabend der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen, solche Einheiten wie die der Asow-Bataillone oder -Regimenter vom US-Kongress als terroristisch behandelt. Und es wurde klar festgehalten, dass die amerikanische Hilfe, die der Ukraine gewährt würde, nicht auf diese terroristischen Strukturen ausgedehnt werden dürfe – all das ist vergessen: Asow ist längst rehabilitiert. Übrigens – vor anderthalb Monaten, glaube ich, hat die japanische Regierung bzw. das japanische Parlament beschlossen, das Asow-Regiment von der Liste der extremistischen Organisationen zu streichen. Alles passt also zu den Regeln, nach denen der Westen selbst leben will. Oder besser gesagt, er lebt nach ihnen und will, dass alle anderen auch nach ihnen leben. Regeln, die weder mit dem Völkerrecht noch mit den Gesetzen irgendeines Landes, auch nicht eines des Westens, etwas zu tun haben.

Sergej Viktorowitsch, glauben Sie, dass der erfolglose Aufstand der Wagner-PMC zu Schwierigkeiten mit unseren ausländischen Partnern führen könnte?

Lawrow: Mit Partnern und Freunden, nein. Mit allen anderen ist es mir gleichgültig, um ehrlich zu sein: Die Beziehung des kollektiven Westens zu uns, ist durch Initiative des Westens zerstört worden. Diese Beziehungen gibt es nicht. Deshalb eine Episode mehr oder eine weniger – da sehe ich keinen großen Unterschied.



***Die Beziehung des kollektiven Westens zu uns, ist
durch Initiative des Westens zerstört worden.
Diese Beziehung gibt es nicht!***



Der Präsident hat uns wiederholt gesagt, wenn und falls sie zur Vernunft kommen werden und sie mit irgendeinem Vorschlag auf uns zukommen, um eine Form von Beziehungen wiederherzustellen. Dann werden wir erwägen, was sie fragen und welche Rolle jeder der Antragsteller bei der Entfesselung des hybriden Krieges gegen die Russische Föderation gespielt hatte.

Und es gibt Beweise dafür, dass weder ukrainische noch westliche Geheimdienste an dem Aufstand beteiligt waren?

Lawrow: Ich arbeite für eine Behörde, die keine Beweise für Fehlverhalten sammelt. Aber wir haben solche Behörden, und ich versichere Ihnen, dass sie die Angelegenheit zweifelsohne bereits untersuchen.

Amerikanische Medien veröffentlichen Berichte, wonach die Führer afrikanischer Länder, einschließlich der Zentralafrikanischen Republik, nach den Ereignissen am Samstag von Panik ergriffen wurden, was mit einer möglichen Beendigung der Aktivitäten der Wagner PMC in Afrika zusammenhängt. Wie realistisch ist die Möglichkeit einer Beendigung der Wagner-PMC auf dem afrikanischen Kontinent und wie sehr könnte sich dies negativ auf das Image Russlands als stabilisierende Kraft auf diesem Kontinent auswirken?

Lawrow: Nun, falls Panikbotschaften, die Zentralafrika und das übrige Afrika erfasst hätten, in amerikanischen Medien erschienen, empfehle ich dringend zu bedenken, für wen diese Portale arbeiten und wie unbedeutend sie als Überbringer von Fakten sind. Ganz anders verhält es sich mit dem Wunsch, sich bei ihrer Führung beliebt zu machen, welche die Ideologie und die praktischen Aktionen des kollektiven Westens vorgeben.

Wir haben bereits über die Rolle der Russischen Föderation auf dem afrikanischen Kontinent in der Zentralafrikanischen Republik gesprochen. Es ist eines jener Länder, deren Regierung, zusammen mit beispielsweise Mali, zu einem Zeitpunkt, als sowohl die Zentralafrikanische Republik als auch Mali [vom Westen] einfach aufgegeben wurden, formell ein privates Militärunternehmen angeforderten. Die Franzosen und andere Europäer bauen ihre Anti-Terror-Präsenz dort ab und schließen ihre Militärbasen, die den Kampf gegen den Terrorismus verstärken sollten.

Unter diesen Umständen, nachdem sie einfach Gangs ausgeliefert waren, haben sich sowohl die Zentralafrikanische Republik wie auch Mali an die private Militärfirma Wagner gewandt, um die Sicherheit ihrer Führer zu gewährleisten. Neben den Beziehungen zur [Wagner] PMC unterhalten die Regierungen der Zentralafrikanischen Republik und Malis über ihre Regierungen auch offizielle Kontakte zu unserer Führung. Auf ihr Ersuchen hin sind mehrere hundert russische Soldaten in der Zentralafrikanischen Republik als Ausbilder tätig. Diese Arbeit wird natürlich fortgesetzt.

In Klammer möchte ich noch einen wichtigen Aspekt hinzufügen: Sowohl die Zentralafrikanische Republik als auch Mali und andere Sahara-Sahel-Länder wurden direkt von terroristischen Gruppierungen angegriffen. Dies geschah, nachdem die Kämpfer für Demokratie und Freiheit, vertreten durch Frankreich und andere Mitglieder der Nordatlantischen Allianz, Muammar Gaddafi beseitigen wollten, der zu viel über die Finanzierung des Präsidentschaftswahlkampfes in der Französischen Republik wusste und sie eine offene Aggression gegen Libyen entfesselt hatten, obgleich sie damit gegen die Resolution des Sicherheitsrates, die solche Aktionen untersagt, verstießen.



Sie verwandelten den libyschen Staat in ein riesiges schwarzes Loch.



Sie zerstörten den libyschen Staat, den die gesamte internationale Gemeinschaft bis heute in Scherben auflöste und nicht wieder zusammensetzen kann: Sie verwandelten diesen libyschen Staat in ein riesiges schwarzes Loch, durch das Banditen mit geschmuggelten Waffen, Terroristen aller Couleur, Extremisten und Drogenhändler, die noch immer die Länder des afrikanischen Kontinents im Süden der Sahara terrorisieren, nach Afrika strömten.

Aber vergessen wir nicht, dass diejenigen, die Libyen zerstört haben für ähnlich aggressive Unternehmungen gegen andere Länder, wie Irak oder Syrien, berühmt geworden sind. Diese Leute haben Libyen auch in anderer Beziehung in ein schwarzes Loch verwandelt: Eine riesige Zahl illegaler Migranten ist in Richtung des europäischen Kontinents geströmt, und Europa leidet nun unter ihnen, und weiß nicht, wie es sie wieder loswerden soll.

Also, wer gerät hier wegen was in Panik? Ich habe keine Panik gesehen, ich habe keine Veränderungen in den Beziehungen der betreffenden afrikanischen Länder zur Russischen Föderation gesehen. Im Gegenteil, wie ich bereits sagte, habe ich mehrere Solidaritätsanrufe erhalten, auch von vielen meiner afrikanischen Freunde. Wir gehen also davon aus, dass es keine Veränderungen in den strategischen Beziehungen zwischen Russland und unseren afrikanischen Partnern geben kann.

Ihrer Antwort entnehme ich, dass die Vorbereitungen für das Gipfeltreffen Russland-Afrika noch im Gange sind?

Lawrow: Ja, sie sind nicht nur im Gange, sondern voll am Laufen: Die Tagesordnung des Gipfels wird durch neue und interessante Punkte ergänzt, die bald bekannt gegeben werden. Ich bin sicher, dass alle Teilnehmer eine gute Zeit haben werden. Es wird für alle sehr, sehr informativ sein, über diese Ereignisse zu lesen.

Sergej Viktorowitsch, sehen Sie die vielen Erklärungen westlicher Analysten, wonach die Krise um die PMC Wagner darauf hindeutet, dass die Behörden in der Russischen Föderation die Kontrolle über die Situation verlieren und dass das Land kurz vor einem Bürgerkrieg steht.

Lawrow: Nun, das ist nur Wunschdenken. Es gibt eine gute Erklärung, das zu vermitteln, was unsere westlichen Gesprächspartner gestern und am Samstagabend bewegte. Ich habe mich mit der Berichterstattung vertraut gemacht, insbesondere mit der von CNN, wenn ich mich recht erinnere. Erstens wurde berichtet, dass der US-Geheimdienst seit Tagen von dem geplanten Aufstand gewusst hätte, aber beschlossen hatte, niemandem davon zu berichten. Offenbar in der Hoffnung, dass der Aufstand gelingen könne. Erst gestern gab es einen weiteren CNN-Bericht, in dem US-Geheimdienstanalysten zitiert wurden, die sagten, man habe erwartet, dass Prigoschins Marsch auf Moskau auf viel mehr Widerstand stoßen und viel blutiger, als er tatsächlich war, hätte sein sollen. Nun, das ist eine indirekte Antwort auf Ihre Frage, was erwartet wurde und warum genau so kommentiert wurde, wie Sie es zitiert haben.

Natürlich wurden Erwartungen genau dieser Art, auf den Zusammenbruch des russischen Staates, ganz offen – wohl ein Freudscher Versprecher – von Vertretern des ukrainischen Regimes, einschließlich Zelensky, und seinen Untergebenen gehegt. Es gibt einen Podoljak [ukrainischer Beamter], einen Danilow [Sekretär des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrats] und alle beklagen, dass sie es nicht geschafft hätten, diese Situation auszunutzen, um «das russische Regime zu stürzen».

Aber es gab auch solche Vertreter der europäischen Demokratie wie Emanuel Macron, der, wie Sie wissen, eine strategische Autonomie Europas gegenüber den USA anstrebt. Aber er hat sich nicht weit von den USA entfernt. Er sagte etwas in der Art, dass man diese Situation mit Vorsicht betrachte und sie sich schnell entwickle. Aber das Wichtigste, was Macron sehe, sei der Riss, die Zerbrechlichkeit des Regimes und der Armee, die Schwäche des Regimes und der Armee. Und diese Zerbrechlichkeit, diese Schwäche rechtfertige voll und ganz die Maßnahmen zur Fortsetzung der militärischen Unterstützung der Ukraine. Ich denke, hier würde sogar ein Achtklässler die von Präsident Macron vertretene Position verstehen, der in der aktuellen Entwicklung eindeutig eine Chance sah, die von den NATO-Führern Mantra artig wiederholten Drohungen zu realisieren, um Russland eine strategische Niederlage zuzufügen.

Wie der Präsident am Samstag sagte, ist die gesamte militärische Wirtschafts- und Informationsmaschine des kollektiven Westens gegen uns am Werk. Und beide, das Regime in der Ukraine und Macron sind Teil dieser Maschine.

Übrigens, als US-Botschafterin [Lynne] Tracy gestern mit russischen Vertretern sprach und Signale – ich meine sind nicht vertraulich – vermittelte, dass die USA nichts damit zu tun hätte, die USA hofften, dass die Atomwaffen in Ordnung würden und US-Diplomaten nicht zu Schaden kämen. Und die USA betonten besonders, dass alles, was passiere, eine interne Angelegenheit der Russischen Föderation bliebe.

Auch hier gibt es einige jüngere und ältere Beispiele für versuchte Staatsstrieche in dem einen oder anderen Land. Die USA haben jedes Mal anders reagiert, je nachdem, wer an der Macht war und wer versuchte, den Putsch zu inszenieren.

Hier ist zum Beispiel der berühmte Kiewer Maidan von 2014. Die blutigen Provokationen gegen unbewaffnete Ordnungshüter. Der Staatsstreich gegen den rechtmäßigen Präsidenten. Wenige Stunden vor diesem Staatsstreich wurde ein von der Europäischen Union unterstütztes Abkommen zur Beilegung des Konflikts abgeschlossen. Die Vereinigten Staaten haben gegen diesen Staatsstreich nicht protestiert. Ebenso wenig wie ihre europäischen Verbündeten. Es war, als ob sie anerkannten, dass ein solcher Zickzackkurs den demokratischen Prozess durchlaufe, wie ein deutsches Staatsoberhaupt es damals zum Ausdruck brachte.

Im selben Jahr 2014 fand ein Staatsstreich im Jemen statt: Herr Hadi, der Präsident von Jemen, floh nach Saudi-Arabien. Und all diese langen Jahre, während in Bezug auf die Ukraine alle unsere Versuche, die Situation wieder in den politischen Mainstream zu bringen, mit der Phrase beantwortet wurden: Nun, Janukowitsch hat Kiew verlassen. Was Herrn Hadi, den geflohenen Präsidenten des Jemen, betraf, so hat uns der ganze Westen einhellig gesagt: *«Nein, nein, nein, er ist ein rechtmäßiger Präsident. Wir müssen ihn in den Jemen zurückbringen, und erst dann könne der Einigungsprozess beginnen.»*

Auch in Gambia hat es 2014 einen Putschversuch gegeben. Das ist ein afrikanisches Land. Und es gab gerade die ersten Berichte, dass die Putschisten zu den Waffen gegriffen hätten. Das Weiße Haus oder das Außenministerium – ich glaube, das Außenministerium hat sofort verlauten lassen, dass die USA niemals jene Kräfte anerkennen würden, die mit verfassungswidrigen Mitteln an die Macht gekommen wären.

Ein paar weitere Beispiele aus jüngster Zeit: Die USA lehnten es kategorisch ab, zu einem Dialog zwischen der Marionettenregierung der Republik Moldau aufzurufen. Als Frau Sandu

Seite E 333 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

in ihrer Russophobie so weit ging, dass sie Tausende und Abertausende von Menschen zum Protest aufrief. Erinnern Sie sich daran, wie der Westen reagierte, dass dieser versuchte Staatsstreich vom Westen niemals unterstützt werden würde.

Gleichzeitig gab es in Georgien Prozesse, bei denen der Westen die derzeitige Regierung nicht mochte und gegen sie aufstand. Ein solcher georgischer Maidan wird von Anhängern von Michail Saakaschwili organisiert, der vom Westen völlig zufrieden gestellt wurde und der übrigens durch einen vom Westen unterstützten Staatsstreich an die Macht kam.

Deshalb habe ich Ihnen einige Beispiele genannt, bei denen der Westen sich bereit zeigt, amtierende Behörden mit denen sie übereinstimmen zu halten. Dort darf es per definitionem keine Proteste geben. Doch dort, wo die Macht nicht die hegemonialen Interessen trifft, sondern versucht, von den nationalen Interessen des Landes und Volkes auszugehen, werden ungesetzliche Methoden angewandt. Das sind die amerikanischen Regeln, das ist die amerikanische Art und Weise, wie sie die Welt sehen wollen und wie sie sie stärken wollen.

Im letzten Monat gab es Erklärungen der Ukraine und Warnungen von amerikanischer Seite, dass Russland das KKW Saporischschja in die Luft jagen wird, fast täglich zu hören. Gibt Ihnen dieses Beharren auf diesem speziellen Thema Anlass zu der Vermutung, dass möglicherweise eine Art von Angriff geplant ist, an dem Russland beschuldigt werden sein? Und könnte so etwas einen Vorwand für eine direkte Militäraktion liefern?

Lawrow: Das ist Unsinn. Wir haben uns zu all dem bereits mehrfach geäußert. Doch Unsinn bleibt Unsinn. Die Tatsache, dass die Drohungen andauern, stellt eine Art Warnung dar. Die bereits wiederholt im medialen Raum auftauchenden Drohungen, vor allem aus dem Munde der Vertreter des Kiewer Regimes, sagen nur eines aus: All diese Leute sind geschult worden, auch für die Informationskriegsführung, vor allem von den Angelsachsen, den Polen und sogar den baltischen Staaten, die zu den wichtigsten Begleitern der Ukraine geworden sind.

Wenn die Ergebnisse dieser Ausbildung so beklagenswert sind, so wenig aussagekräftig, dann tut es einem leid um das Geld, das die westlichen Steuerzahler für die Gehälter jener Kuratoren ausgeben müssen, die solche völlig unfähigen und geisteskranken Schüler ausbilden.

Ich danke Ihnen vielmals!

Übersetzung aus dem Russischen: UNSER MITTELEUROPA

Quelle:

<https://rutube.ru/video/a0c7ebbede402ebf4277bafcb2437dcb/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) „Kadyrows Armee“ und Wagner Söldner kehren wieder an die ukrainische Front zurück

25. 06. 2023



Kadyrow und sein Achmat Regiment.- Bild: keystone

Die Soldaten der tschetschenischen Spezialeinheit Achmat, die gestern zur Niederschlagung der „Wagner-Meuterei nach Rostow am Don entsandt wurden, kehren nun in das Kriegsgebiet zurück.

Die Kämpfer hatten sich streng an die Befehle gehalten und kein Blutvergießen zugelassen, betonte das Oberhaupt der russischen Teilrepublik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow.

Kadyrows „treue Mannen“

Die tschetschenische Spezialeinheit Achmat kehrt aus Rostow, wohin sie zur Niederschlagung der „Wagner-Meuterei“ und zur „bedingungslosen“ Unterstützung Präsident Putins entsandt worden war, in das Kriegsgebiet zurück.

Dies teilte der Kommandeur der Spezialeinheit Apty Alaudinow mit, wie [aus dem Video](#) des staatlichen tschetschenischen Nachrichtensenders *TSCHGTRK Grosny* hervorgeht.

Alaudinow erklärte dazu wörtlich, „jetzt haben wir den Befehl, zu unseren Kampflinien zurückzukehren, wo der Gegner auf uns wartet.“

Das Oberhaupt der russischen Teilrepublik Tschetschenien Ramsan Kadyrow dankte den tschetschenischen Kämpfern, die am 24. Juni nach Rostow am Don geschickt worden waren, und lobte sie in seinem [Telegram-Kanal](#). Er bezeichnete ihre Handlungen als „äußerst effektiv und durchdacht“.

Seite E 335 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Kadyrow *schrieb* dazu sinngemäß, „unsere Jungs haben ihre hohe Kampfkraft sowie die Bereitschaft gezeigt, das Heimatland um jeden Preis auf den ersten Befehl hin zu verteidigen.“

Stellungen wurden indes von russischer Reserve gehalten

Die Kämpfer seien schnell am Ort des Geschehens eingetroffen und hatten auf weitere Befehle gewartet. Jede selbst getroffene Entscheidung hätte dabei zu einem Massaker führen können.

Die Kämpfer hätten strikt nach dem Befehl gehandelt und ihre Aufgabe mit Bravour erfüllt, schrieb Kadyrow. Er fügte hinzu, dass in der Zwischenzeit auch ihre Stellungen an der Front von den russischen Reserven erfolgreich gehalten wurden.

Am Morgen des 24. Juni, waren Kämpfer der Spezialeinheit Achmat und des 78. motorisierten Regiments der Spezialeinheit Nord Achmat, die am Frontabschnitt bei Marjinka kämpfen, vorübergehend in die Nähe der Stadt Rostow am Don verlegt worden, um dort Antiterroroperationen gegen rebellierende Wagner-Kämpfer durchzuführen.

Das alles konnte ohne Blutvergießen beendet werden.

Verteidigungsminister Schoigu angeblich in FSB Gewahrsam

Bisher unbestätigten Meldungen Moskauer Quellen zu Folge, soll der russische Verteidigungsminister Schoigu bereits am Morgen des 24. Juni seines Amtes enthoben worden sein.

„Schoigu befindet sich bereits in Isolation und wird von einer persönlichen Wache aus FSB-Offizieren überwacht. Diese wurde gestern vor Ort verstärkt.“

Interessanter Weise wurde bereits am Donnerstag den 22. Juni seitens des FSB wie auch eines eingesetzten Untersuchungskomitees der russischen Föderation mit Untersuchungen der Strafakten über Veruntreuung im Verteidigungsministerium, begonnen.

Es könnte somit den Anschein haben, dass Präsident Putin in der Aufdeckung der „Machenschaften“ des Verteidigungsministeriums, wie auch dessen sich mehrenden „Alleingängen“ in den Kampfhandlungen, eng mit dem „russischen Parade-Patrioten“ Prigoschin, zusammengearbeitet hatte.

Der weißrussische Präsident Lukaschenko könnte in dieser „vortrefflichen russischen Inszenierung“, als treuer Vasall Putins, ebenfalls eine der Hauptrollen zugeordnet worden sein.

In Russland scheint offenbar, zur Enttäuschung des Wertewestens, alles nach Plan zu laufen

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

**06) Russland an der Schwelle zum Bürgerkrieg? +UPDATE 25.6. – 13h45+
Kadyrow: Prigoschin handelte „aus Wut“**

25. 06. 2023



+++ UPDATE v. 25.06.2023 – 13:45 +++

Kadyrow: Prigoschin handelte „aus Wut“ wegen erfolglos verlaufener Geschäftsabschlüsse

Der tschetschenische Führer Ramsan Kadyrow kritisierte auf „Telegramm“ die „Arroganz“ von Jewgeni Prigosch, und meinte, dessen Putschistenaktion könne zu „katastrophalen Folgen“ führen.

Nach Angaben der BBC hatte Kadyrow zuvor erfolglos versucht, Prigoschin davon abzubringen:

„Ich habe ihn ermutigt, seine geschäftlichen Ambitionen aufzugeben und sie nicht mit Themen von nationaler Bedeutung zu vermischen. Ich dachte, er hört mir zu, aber es stellte sich heraus, dass diese Wut in ihm die ganze Zeit nur noch größer wurde.“

Und weiter:

„Eine Reihe erfolgloser Geschäfte löste bei dem Geschäftsmann eine unterschwellige und latente Wut aus, die darin gipfelte, dass die Behörden in St. Petersburg seiner Tochter nicht das Land gaben, das sie wollte.“

+++ UPDATE v. 25.06.2023 – 9:14 +++

Täuschte Prigoschin die russische Führung?

Seite E 337 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Dies behauptet zumindest [CNN](#) unter Berufung auf US-Geheimdienste. Jene vermuteten schon seit längerem, dass Jewgeni Prigoschin einem putschartigen Coup vorbereitete. So etwa habe die Wagner-Gruppe große Mengen an Waffen und Munition an der russischen Grenze gesammelt.

Insofern habe Prigoschin die russische Führung absichtlich getäuscht, indem er behauptete, es gäbe einen Munitionsmangel in seiner Söldnerarmee.

US-Geheimdienste sollen also bereits Mitte Juni über Putsch-Pläne des russischen Söldnerführers gegen die Moskauer Militärführung Bescheid gewusst haben. Und bereits einen Tag vor Beginn des Aufstands Vertreter des Weißen Hauses, des Verteidigungsministeriums und des Kongresses darüber informiert haben – wie die »Washington Post« und die »[New York Times](#)« am Samstagabend (Ortszeit) berichteten.

Laut „WP“ soll der russische Präsident Wladimir Putin selbst bereits mindestens einen Tag vor dem Beginn des Aufstands über die geplante Rebellion informiert gewesen sein.

+++ Update 19 Uhr +++

Auf Vermittlung Lukaschenkos: Prigoschin stoppt Vormarsch auf Moskau



Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko führte im Einvernehmen mit Wladimir Putin Gespräche mit Jewgeni Piroshin, dem Anführer der Wagner-Söldner-Truppe. Laut „[rianowosti](#)“ hätte Prigoschin, Putins Forderung akzeptiert: Nämlich den Vormarsch auf Moskau einzustellen und weitere Schritte zum Abbau der Spannungen zu unternehmen.

Lukaschenkos Pressedienst ließ außerdem verlautbaren: Dass es nun einen Entwurf für Sicherheitsgarantien für die Wagner-Kämpfer gebe.

Russischer Geheimdienst: Berichte über Angriffe auf Wagner-Söldner waren Provokation

Dies berichtete abends das FSB: Alle im Namen von Prigoschin in den sozialen Medien verbreitete Mitteilungen über „Raketen- und Bombenangriffe des Verteidigungsministeriums auf die rückwärtigen Einheiten des PMC Wagner“ wären falsch und Provokation gewesen. Dasselbe verlautbarte das russische Verteidigungsministerium.

+++ UPDATE 14 Uhr 45 +++

Wagner-Militärkonvoi auf dem Weg nach Moskau (VIDEO)

Ein Facebook-Video von Anton Bendarzhevsky zeigt (mit Wagner-Soldaten beladene) Militärfahrzeug und Panzer, wie sie sich auf der Autobahn Richtung Moskau bewegen. Mit einer zynischen Replik:

„Vor anderthalb Jahren wollten sie Kiew in 72 Stunden einnehmen. Die Dinge können sich sehr ändern...“

– schrieb der Experte.

+++ ERST-Artikel 13:45 +++

Russland an der Schwelle zum Bürgerkrieg

In einer am Samstagmorgen auf „Telegram“ veröffentlichten Meldung sagte Jewgeni Prigoschin: Seine Wagner-Söldner-Truppe hätte einen bewaffneten Aufstand begonnen und wäre „bereit zu sterben“. Der Söldner-Anführer schwor, die russische Militärführung zu stürzen.

„Wir sind alle bereit zu sterben, alle 25.000 von uns, und dann noch einmal 25.000. Wir sterben für das russische Volk. Wir werden Russland retten.“

Unübersichtliche Lage

Die Regierungschefs der von Moskau zurückeroberten ukrainischen Gebiete stellten sich bisher an die Seite des russischen Präsidenten Wladimir Putin, während Moskau sich darauf vorbereitete, die Unruhen niederzuschlagen.

Der britische Geheimdienst und das britische Verteidigungsministerium bezeichneten die jetzige Lage als die größte Herausforderung bezüglich der inneren Sicherheit Russlands in jüngster Zeit.

In den kommenden Stunden wird entscheidend sein, ob die russischen Sicherheitskräfte, insbesondere die Armee, sich loyal zu Putin verhalten oder nicht.

Das russische Verteidigungsministerium wiederum sprach davon: Prigoschin hätte seine Wagner-Soldaten getäuscht und sie zu einer unglückseligen Militäraktion getrieben – wie „The Telegraph“ berichtete. Auf „Telegram“ gab das russische Ministerium eine Erklärung an die Soldaten ab: Indem es diese dazu aufforderte, sich an Strafverfolgungsbeamte zu wenden, und versprach, ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Wer oder was steckt hinter dem Machtkampf in Russland?

24. 06. 2023



Was plant Prigoschin wirklich?

Es kann wohl niemand ernsthaft annehmen, dass Prigoschin diesen Aufstand ganz von alleine ausgeheckt hat. Es muss Akteure im Hintergrund geben, die ihn unterstützen. Alles andere wäre für ihn der direkte Weg in die Lagerhaft.

In der Zwischenzeit hat sich alles in Wohlgefallen aufgelöst: Es fiel kein einziger Schuss, niemand wurde verletzt, die Wagner-Truppe hat ihre Aktion abgebrochen und niemand wird strafrechtlich verfolgt. Prigoschin übersiedelt nach Weißrussland. Das Ganze sieht im Nachhinein nach einer wohl orchestrierten Inszenierung zwischen der Wagner-Truppe und zumindest Teilen der russischen Armee aus.

Westliche Vorfrende verfrüht

Doch was wollen diese Akteure erreichen? Die Behauptungen, die Prigoschin aufgestellt hat, kann man vergessen. Es geht um Grundsätzliches, nicht darum, ob der Krieg geführt werden soll, oder nicht, sondern um die Art und Weise, wie der Krieg weitergeführt werden soll. Darüber gibt es seit Langem eine Kontroverse. Insofern ist jede Vorfrende in den westlichen Medien, dass damit der Krieg zu Ende wäre, verfrüht. Es ist vielmehr anzunehmen, dass Prigoschin eher ein Exponent der Falken als der Tauben ist, von denen es in der derzeitigen russischen Führung so gut wie keine gibt.

Es sei an die derzeitige Diskussion in Russland über den Einsatz von Atomwaffen erinnert. Diese Kontroverse hat sogar ihren Weg in Russia Today gefunden. Dabei geht es darum, durch den Einsatz von Atomwaffen den Krieg in der Ukraine schnell zu beenden. Putin ist strikt gegen den Einsatz von Atomwaffen zum jetzigen Zeitpunkt. Putin besteht darauf,

Seite E 340 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Atomwaffen erst einzusetzen, wenn die Existenz Russlands gefährdet ist. Die Einschätzung, ob die Existenz Russlands schon jetzt, oder vielleicht erst in zwei Jahren gefährdet ist, ist beliebig. Es gibt dafür ja keine Kriterien.

Zwar kann man die gegenwärtige ukrainische Gegenoffensive als gescheitert betrachten: Man denke nur an die Erwartungen, die die westlichen Medien in die westlichen Panzer gesetzt hatten. Diese Erwartungen haben sich buchstäblich in Luft aufgelöst. Die ukrainischen Panzergrenadiere beschädigen „ihre“ Panzer, um nicht damit in den sicheren Tod zu fahren. Solange Russland die Luftüberlegenheit hat, ist jede ukrainische Offensive zum Scheitern verurteilt. Diese Luftüberlegenheit Russlands ist aber auch nicht in Stein gemeißelt. Schon wird überlegt der Ukraine Kampfflugzeuge zur Verfügung stellen und die Luftabwehr zu stärken.

Letztlich führt Russland einen Krieg gegen den kollektiven Westen. Die Ukraine ist nur der westliche Rammbock, mit dem man Russland zerstören möchte. Das industrielle Potential des Westens ist letztlich viel größer als das von Russland. Wenn Russland nicht von anderer Seite (z.B. von China) Unterstützung erfährt, muss es in dieser Auseinandersetzung langfristig unterliegen. Selenski ist gerade dabei, eine Generalmobilmachung durchzuziehen. Es werden alle männlichen Wesen von 16 bis 60 eingezogen. Diesen Wettlauf um Kanonenfutter will man in Russland nicht mitmachen. Außerdem muss damit gerechnet werden dass, wenn Selenski das Kanonenfutter ausgeht, westliche Söldner nachgeschoben werden.

Offen wird im Westen darüber diskutiert, die Ukraine schnell in die EU und die NATO aufzunehmen. Frau von der Leyen will das EU Budget um 50 Milliarden aufstocken. Diese Mittel sind hauptsächlich für die Ukraine gedacht. Russland muss also fürchten, auf sich alleine gestellt, diesen Druck auf Dauer nicht standhalten zu können.

Obendrein hat man in Russland jede Hoffnung auf eine Verhandlungslösung aufgegeben. Erst unlängst hat Putin den afrikanischen Präsidenten den Vertragsentwurf gezeigt, nachdem sich die Ukraine zu einem Neutralitätsstatus bereit erklärt hatte. Dieser Vertrag wurde von ukrainischer Seite sogar paraphiert. Putin zog darauf, um guten Willen zu demonstrieren, die russischen Truppen von Kiew ab, was im Westen als „Sieg“ der Ukraine gefeiert wurde. Der Vertragsentwurf wurde allerdings nach der Intervention von Boris Johnson von der ukrainischen Seite verworfen. Somit war dieser Vertrag nach dem Minsker Abkommen der Zweite, den Selenski ignorierte.

Folglich ist es für Russland aussichtslos, irgendein weiteres Abkommen mit Selenski zu schließen. Irgendein Waffenstillstand, oder einem „eingefrorenen Konflikt“, von dem in den westlichen Medien hin und wieder die Rede ist, würde der Ukraine nur eine notwendige Verschnaufpause verschaffen. Danach ginge der Krieg wieder weiter. Russland muss also, um nicht langfristig stranguliert zu werden, einen schnellen Sieg erringen. Dieser ist aber, unter den gegenwärtigen Umständen, nur durch den Einsatz von Atomwaffen möglich. Insbesondere müsste Russland die Versorgungslinien der Ukraine nachhaltig unterbrechen und das geht nur mit Atomwaffen. Dies könnten im Großen und Ganzen die Überlegungen sein, die die Putschisten angestellt haben.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Ansprache Putins nach Prigoschins Handlungen auf eigene Faust

Von REDAKTION

24. 06. 2023



2023.6.24: Präsident Wladimir Putin in seiner Rede an die Nation

Zur Vorgeschichte

Wie berichtet, sind die Zerwürfnisse zwischen der militärischen Führung Russlands und dem Chef, Jewgeni Prigoschin der PMC *Wagner Gruppe* – eine russische nichtstaatliche paramilitärische Organisation – mittlerweile eskaliert. Prigoschin wirft «5. Kolonnen» innerhalb der russischen Streitkräfte vor, rund 2.000 seiner Kämpfer vorsätzlich bombardiert und getötet zu haben.



Offizielles Emblem der PMC Wagner

Vor diesem Hintergrund hat sich Prigoschin dazu hinreißen lassen, durch einen «Marsch der 25.000 seiner Kämpfer» auf eigene Faust gegen vermeintliche Verräter innerhalb des russischen Militärs vorzugehen. Obwohl Prigoschin über eine Videobotschaft verbreiten ließ, dass es sich bei seinem Kraftakt um keinen «Militärputsch» handle, er vielmehr nur herausfinden wolle, warum es in Russland «Gesetzlosigkeit» gebe.

General Surowikin versuchte zu vermitteln



2023.6.23: Armeegeneral Sergei Surowikin in seinem Appell an alle Soldanten

Der russische stellvertretende Befehlshaber der Gemeinsamen Streitkräftegruppe, Armeegeneral Sergei Surowikin, appellierte am 23.6.2023 an die Führung, die Kommandeure und die Kämpfer des PMC Wagner im Versuch zu vermitteln:

«Ich komme gerade von der Front, wo unsere Truppen, unsere Kommandeure, unsere Soldaten, unsere Kämpfer, unsere Freiwilligen die Aufgabe erfüllen, den Feind bis zum Tod zu bekämpfen, gegen die überlegenen Kräften des Feindes, Verluste erleidend, aber auf ihren Positionen stehen.

Ich appelliere an die Führung, an die Kommandeure und Kämpfer des PMC Wagner. Gemeinsam mit Euch haben wir einen schwierigen, harten Weg zurückgelegt, wir haben gemeinsam gekämpft, Risiken auf uns genommen, Verluste erlitten, wir haben gemeinsam gewonnen. Wir sind vom gleichen Blut, wir sind die Krieger.

Ich rufe euch auf, aufzuhören. Der Feind wartet nur darauf, dass sich unsere innenpolitische Lage verschlechtert. Wir dürfen dem Feind in dieser für das Land schwierigen Zeit nicht in die Hände spielen.

Bevor es ist zu spät, wir müssen etwas tun – wir müssen dem Willen und dem Befehl des Präsidenten der Russischen Föderation, der vom Volk gewählt wurde, gehorchen, wir müssen die Kolonnen stoppen, sie in ihre ständigen Stützpunkte und Konzentrationsgebiete zurückbringen und alle Probleme nur friedlich lösen, unter der Führung des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der Russischen Föderation“.»

Putin möchte alle Probleme auf evolutionärem Weg lösen

Präsident Putin geht es darum, die Probleme im eigenen Land auf evolutionärem und nicht revolutionärem Wege zu regeln, mit dem obersten Ziel alle russischen Kräfte – besonders in unseren stürmischen Zeiten – zu einen und alle Angriffe des vereinten Westens geschlossen und effizient zurückzuschlagen. In einer solchen Situation kann der russische Präsident keine Alleingänge – von wem auch immer – tolerieren.

Vor diesem Hintergrund richtete W. Putin die folgende Rede an Russlands Bürger:

24.Juni 2023

Ansprache Putins an die Bürger Russlands

«Ich wende mich an die Bürger Russlands, an die Angehörigen der Streitkräfte, der Strafverfolgungsbehörden und der Sicherheitsdienste sowie an die Soldaten und Kommandeure, die jetzt in ihren Kampfstellungen stehen und feindliche Angriffe abwehren, und zwar heldenhaft – das weiß ich, weil ich gestern Abend noch einmal mit den Kommandeuren aller Frontabschnitte gesprochen habe. Ich wende mich auch an diejenigen, die durch Täuschung oder Drohungen in dieses kriminelle Abenteuer hineingezogen und auf den Weg eines schweren Verbrechens – einer bewaffneten Meuterei – getrieben wurden.

Russland führt heute einen harten Kampf um seine Zukunft und wehrt die Aggression der Neonazis und ihrer Gönner ab. Die gesamte militärische, wirtschaftliche und informationelle Maschinerie des Westens ist gegen uns gerichtet. Wir kämpfen für das Leben und die Sicherheit unseres Volkes, für unsere Souveränität und Unabhängigkeit, für das Recht, Russland zu sein und zu bleiben, ein Staat mit einer tausendjährigen Geschichte.



Dieser Kampf, in dem sich das Schicksal unserer Nation entscheidet, erfordert die Bündelung aller Kräfte.



Dieser Kampf, in dem sich das Schicksal unserer Nation entscheidet, erfordert die Bündelung aller Kräfte. Er erfordert Einigkeit, Zusammenhalt und Verantwortungsbewusstsein. Alles, was uns schwächt, jeder Zwist, den unsere äußeren Feinde nutzen können, um uns von innen heraus zu untergraben, muss verworfen werden.

Deshalb sind alle Aktionen, die unsere Nation spalten, im Grunde ein Verrat an unserem Volk, an unseren Mitstreitern, die jetzt an der Front kämpfen. Das ist ein Dolchstoß in den Rücken unseres Landes und unseres Volkes.

Ein solcher Schlag wurde Russland 1917 versetzt, als das Land im Ersten Weltkrieg kämpfte. Doch der Sieg wurde ihm gestohlen: Intrigen, Streitereien und politische Machenschaften hinter dem Rücken der Armee und der Nation führten zu den größten Wirren, zur Zerstörung der Armee und zum Zusammenbruch des Staates sowie zum Verlust riesiger Gebiete, was schließlich zur Tragödie des Bürgerkriegs führte.

Russen töteten Russen und Brüder töteten Brüder, während alle möglichen politischen Abenteurer und ausländischen Kräfte von der Situation profitierten, indem sie das Land auseinanderrissen, um es zu spalten.



Wir werden unser Volk und unsere Staatlichkeit vor jeder Bedrohung schützen, auch vor internem Verrat.



Wir werden nicht zulassen, dass sich so etwas wiederholt. Wir werden unser Volk und unsere Staatlichkeit vor jeder Bedrohung schützen, auch vor internem Verrat.

Was wir erleben, ist im Grunde ein Verrat. Aufgeblähter Ehrgeiz und persönliche Interessen haben zu Verrat geführt – Verrat an unserem Land, an unserem Volk und an der gemeinsamen Sache, für die die Soldaten und Kommandeure der Wagner-Gruppe Schulter an Schulter mit unseren anderen Einheiten und Truppen gekämpft haben und gestorben sind.



Neurussland | Quelle: de.wikipedia.org/wiki/Neurussland
Attribut: Discover With Dima, CC BY-SA 4.0 <creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>; via Wikimedia Commons

Die Helden, die Soledar und Artjomowsk, Städte und Dörfer im Donbass befreit haben, kämpften und gaben ihr Leben für Neurussland und die Einheit der russischen Welt. Ihr Andenken und ihr Ruhm wurden auch von denen verraten, die versuchen, einen Aufstand zu inszenieren und das Land in Richtung Anarchie und Brudermord – und letztlich in Richtung Niederlage und Kapitulation – zu treiben.

Noch einmal: Jede innere Revolte ist eine tödliche Bedrohung für unsere Staatlichkeit und unsere Nation. Sie ist ein Schlag für Russland, für unser Volk.

Unsere Maßnahmen zur Verteidigung des Vaterlandes gegen diese Bedrohung werden hart sein. Alle, die bewusst den Weg des Verrats gewählt, eine bewaffnete Meuterei geplant und den Weg der Erpressung und des Terrorismus eingeschlagen haben, werden unweigerlich bestraft werden und sich vor dem Gesetz und unserem Volk verantworten müssen.

Die Streitkräfte und andere staatliche Stellen haben die notwendigen Befehle erhalten. In Moskau, im Moskauer Gebiet und in mehreren anderen Regionen sind jetzt zusätzliche Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung in Kraft. Auch in Rostow am Don werden entschlossene Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage ergriffen. Es bleibt schwierig; die Arbeit der zivilen und militärischen Behörden ist faktisch blockiert.

Als Präsident Russlands und Oberbefehlshaber sowie als Bürger Russlands werde ich alle Anstrengungen unternehmen, um das Land zu verteidigen und die verfassungsmäßige Ordnung sowie das Leben, die Sicherheit und die Freiheit unserer Bürger zu schützen.

Diejenigen, die die Meuterei inszeniert und gegen ihre Kameraden zu den Waffen gegriffen haben, haben Russland verraten und werden zur Rechenschaft gezogen werden. Ich fordere diejenigen, die in dieses Verbrechen hineingezogen werden, auf, keinen fatalen und tragischen Fehler zu begehen, sondern die einzig richtige Entscheidung zu treffen: Sich nicht mehr an kriminellen Aktionen zu beteiligen.

Ich bin sicher, dass wir das, was uns lieb und heilig ist, bewahren und verteidigen werden, und gemeinsam mit unserem Vaterland werden wir alle Schwierigkeiten überwinden und noch stärker werden.»

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Lawrow nach Treffen der CSTO: «NATO möchte kämpfen... Wir sind bereit!»

Von REDAKTION

22. 06. 2023

Collective Security Treaty Organisation



Die obige Abbildung zeigt die Wappen der Verteidigungsministerien der sechs OVKS-Mitgliedstaaten und das Emblem des gemeinsamen Stabes der *Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit* (OVKS) oder der *Collective Security Treaty Organisation* (CSTO). Das CSTO-Militärbündnis wurde am 7. Oktober 2002 in der moldauischen Hauptstadt Chişinău geschlossen, ist seit 18. September 2003 in Kraft und umfasst die Mitgliedstaaten: Armenien; Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Russland und Tadschikistan.



Das OVKS-Militärbündnis – Mitgliedstaaten in grün

Quelle: en.wikipedia.org/wiki/Collective_Security_Treaty_Organization; Attribute : Firdavs Kulolov, CC BY-SA 4.0 <creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>; via Wikimedia Commons

Nach dem letzten Treffen des Rates der Außenminister des CSTO-Militärbündnisses in Minsk am 20. Juni 2023 trat der Außenminister der Russischen Föderation, Sergei Lawrow vor die Presse und beantwortete Fragen, die angesichts der laufenden Eskalation durch den Westen für alle Betroffenen von höchstem Interesse sind.



Nach dem Treffen der CSTO-Minister: Sergei Lawrow vor der Presse

Die Erklärung des russischen Außenministers

Werte Kollegen,

wir haben die Sitzung des OVKS-Außenministerrats unter dem Vorsitz des Außenministers der Republik Belarus, Sergei Aleinik beendet. Die Liste der vom Generalsekretär der OVKS verlesenen Dokumente enthält eine Reihe von Vereinbarungen und Protokollen über die Verbesserung der Leistung des Sekretariats und der OVKS-Charterorgane sowie die Verstärkung ihrer Koordinierung bei der Lösung einer Reihe von aktuellen Verwaltungs- und Haushaltsfragen.

Von den Dokumenten zu den verschiedenen politischen Aspekten der aktuellen Situation möchte ich die Erklärung zur Verbesserung der Sicherheit in der OVKS-Region im Zusammenhang mit der Lage in Afghanistan erwähnen. Sie spiegelt die gemeinsamen Ansätze unserer Länder und aller unserer Verbündeten zur Wahrung unserer Interessen in einer Situation wider, in der Afghanistan nach dem Abzug der NATO-Koalition in einem beklagenswerten Zustand zurückgelassen wurde. Der Terrorismus und der Drogenhandel blühen in diesem Land, und die Ursachen dafür sind noch nicht beseitigt. All dies beeinträchtigt unmittelbar die rechtmäßigen Interessen unserer Staaten. In unserer Erklärung werden die Ziele festgelegt, die Arbeitsgruppe der OVKS zu nutzen und die Koordinierung mit anderen Vereinigungen, einschließlich der SOZ (Shanghai Organisation für Zusammenarbeit oder Shanghai Cooperation Organisation/SCO), zu entwickeln, die ebenfalls über einen speziellen Mechanismus zur Berücksichtigung der vom afghanischen Hoheitsgebiet ausgehenden Bedrohungen und Risiken verfügt.

Zweitens unterstreicht die Erklärung die gemeinsamen Ansätze unserer Länder bei den Bemühungen der Vereinten Nationen, spezifische Vorschläge zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum zu prüfen. Dies ist eine seit langem bestehende russische Initiative. Wir unterstützen dies auch auf der Abrüstungskonferenz in Genf. Gemeinsam mit unseren chinesischen Partnern haben wir einen entsprechenden Vertragsentwurf vorgelegt. Parallel zur Abrüstungskonferenz beginnen die Vereinten Nationen in diesem Jahr mit Diskussionen darüber, wie der Weltraum sicher gemacht und verhindert werden kann, dass Bedrohungen aus dem Weltraum die Sicherheit eines Landes beeinträchtigen.

Ich denke, das Treffen war nützlich. Wir haben die Entwicklung der geopolitischen Lage in unserer Region und in Eurasien insgesamt eingehend erörtert. Auf globaler Ebene sind unsere Ansichten ähnlich. Wir alle wollen, dass die OVKS eine tragende Säule in der multipolaren Weltordnung, die jetzt Gestalt annimmt, spielt. Wir wollen, dass die OVKS stärker und erfolgreicher wird und wir haben eine Reihe von praktischen Schritten zu diesem Zweck festgelegt.

Frage: Wie sehen Sie die Zukunft der OVKS im Zusammenhang mit den heutigen Gesprächen? Verfügt die Organisation über Gliederungen, die sich bei der militärisch-politischen Zusammenarbeit mit anderen regionalen Organisationen, einschließlich der SCO und der BRICS, als nützlich erweisen könnten? Ist es an der Zeit, die Möglichkeit der Schaffung eines militärisch-politischen Blocks zu prüfen, der ein Gegengewicht zur NATO bilden könnte?

Sergej Lawrow: Die SCO und die BRICS sind keine militärischen Organisationen. Die SCO wurde in erster Linie gegründet, um die Sicherheitsziele ihrer Mitgliedsländer zu verwirklichen. Später wurde die Agenda um wirtschaftliche, kulturelle, humanitäre und investitionsbezogene Fragen der Zusammenarbeit sowie um politische Fragen im Zusammenhang mit den Sicherheitszielen erweitert.

BRICS hat keine militärische Dimension; die OVKS und andere brüderliche und andere Organisationen bauen jedoch ihre Zusammenarbeit weiter aus. Wir pflegen Kontakte mit der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten bzw. Commonwealth of Independent States/CIS; Organisation von UdSSR Nachfolgestaaten) und der SCO. Dies fördert die Arbeitsteilung zur Erhaltung der Stabilität auf unserem gemeinsamen eurasischen Kontinent.



Dies beweist einmal mehr, dass NATO darauf versessen ist zu dominieren, um im Alleingang seine eigenen Regeln durchzusetzen, die dem Völkerrecht zuwiderlaufen.



Was die NATO betrifft, so haben wir heute daran erinnert, dass die OVKS vor vielen Jahren vorgeschlagen hat, Arbeitskontakte zwischen dem Sekretariat und NATO zu knüpfen, um Vertrauen aufzubauen, das gegenseitige Verständnis zu stärken und Lösungen für komplizierte Probleme zu finden, bevor sie sich verschärfen und zu einer Gefahr für die OVKS- und NATO-Mitglieder würden. Die NATO lehnte dies arrogant ab, nachdem sie mehrere Vorschläge, einschließlich offizieller Schreiben, zu diesem Thema erhalten hatte. Dies beweist einmal mehr, dass das Bündnis darauf versessen ist zu dominieren, um im Alleingang seine eigenen Regeln durchzusetzen, die dem Völkerrecht zuwiderlaufen.

Ich denke, wir sollten die OVKS nicht zu einem konfrontativen Block gegen irgendjemanden machen. Die Organisation entwickelt sich im Einklang mit den legitimen Sicherheitsinteressen ihrer Mitgliedsstaaten. Die OVKS beansprucht nicht das Recht, eine führende Rolle auf dem eurasischen Kontinent zu spielen. Dies macht jedoch NATO. Ein chinesischer Journalist fragte kürzlich NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, warum NATO große Vorstellungen in der asiatischen Region verfolge. Letzterer versuchte, seine Zuhörer davon zu überzeugen, dass das Bündnis sich weiterhin der euro-atlantischen Region verpflichtet fühle und keinen anderen Absichten nachginge. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die NATO nicht tatenlos zusehen könne, wie China kontinuierlich auf Tuchfühlung zum nordatlantischen Bündnis ginge. Dies erinnert an einen Witz aus der Sowjetzeit, in dem es hieß, die Sowjetunion befinde sich zu nahe an US-Militärbasen.

Jens Stoltenberg beteuerte weiterhin, dass NATO Sicherheitsinteressen nachgehen werde, einschließlich solcher mit Risiken und Bedrohungen, die von der indopazifischen Region ausgingen. Jeder weiß bereits, dass das Bündnis mit solchen Äußerungen seine globalen Ambitionen bekräftigt und das Recht beansprucht, die Regeln für alle Regionen zu bestimmen. Das betrifft den europäischen Teil unseres Kontinents und den Osten Eurasiens, vor allem die Provokationen der NATO gegenüber China, die Förderung der Bildung von Militärblöcken wie AUKUS und die Ausweitung der Infrastruktur und der Präsenz der NATO in dieser Region. Dies ist ein gefährliches Spiel.



NATO wird das Entstehen einer multipolaren Weltordnung, in der es keine Befehlshaber oder Lehensherren geben wird, akzeptieren müssen.



Früher oder später wird die NATO erkennen müssen, dass dieser Ansatz keine Zukunft hat und in eine Sackgasse mündet. Sie wird die Realität akzeptieren müssen, insbesondere das Entstehen einer multipolaren Weltordnung, in der es keine „Befehlshaber“ oder „Lehensherren“ mehr geben wird, die einseitig über das Schicksal anderer entscheiden.

Frage: Armenien und Aserbaidschan gelingt es nicht, eine Friedenslösung für Berg-Karabach zu finden. Gleichzeitig sehen wir, dass westliche Länder parallel zu Russland an der Vermittlung beteiligt sind. Die Außenminister beider Länder trafen sich in Washington, und unter der Ägide der EU sind Gespräche geplant. Wie bewertet Moskau die Ambitionen des Westens, den Konflikt beizulegen, wenn man bedenkt, dass Armenien ein Verbündeter Russlands im Rahmen der OVKS ist?

Sergej Lawrow: Wir haben den Grundstein für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan im November 2020 gelegt, als die persönliche Intervention des russischen Präsidenten Wladimir Putin zur Unterzeichnung der ersten trilateralen Erklärung über die Grundsätze einer endgültigen Lösung führte. Später wurden mehrere weitere Erklärungen auf höchster Ebene (1, 2, 3) mit den erforderlichen Bemühungen zu verschiedenen Aspekten angenommen, um eine vollständige Normalisierung der Lage zu erreichen. Dazu gehört unter anderem die Freigabe der Verkehrs- und Wirtschaftsverbindungen zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie im gesamten Südkaukasus.

Wir sind nicht dagegen, dass sich andere internationale Parteien an der Vermittlung beteiligen. Das Wichtigste ist, dass solche Vermittlungen das Ziel verfolgen, Vereinbarungen zu ermöglichen, die einen Interessenausgleich zwischen den Völkern und Staaten Armeniens und Aserbaidschans abbilden.

Wir sehen in dem, was die Vereinigten Staaten und die Europäische Union betreiben, deren Wunsch, sich in die Region einzumengen, die legitimen Interessen der Russischen Föderation zurückzudrängen und sich als Kräfte, die eine nahezu entscheidende Rolle ausüben, geltend zu machen. Darin spiegelt sich das Bestreben des Westens wider [wie ich in meiner vorherigen Antwort erläutert habe], in Regionen zu expandieren, die weit von den Grenzen der NATO und der EU entfernt liegen. Dies hat wenig mit dem aufrichtigen Wunsch zu tun, bei der Stabilisierung der Lage zu helfen. Ich hoffe, dass unsere Partner in Eriwan und Aserbaidschan dies verstehen. Jedenfalls diskutieren wir mit ihnen offen über die aktuellen Entwicklungen.

Eine Gesamteinigung ist nur über die vollständige Umsetzung der trilateralen Vereinbarungen möglich, die von den Präsidenten Russlands und Aserbaidschans sowie dem armenischen Premierminister unterzeichnet worden sind.

Frage: Jens Stoltenberg hat auf einem NATO-Treffen gesagt, dass die Allianz gegen ein Einfrieren des Ukraine-Konflikts und gegen den russischen Friedensplan sei. Auf dem kommenden NATO-Gipfel wird darüber gesprochen, Kiew noch mehr Waffen zu liefern. Bedeutet dies, dass der Konflikt künstlich in die Länge gezogen würde? Was werden wir als Nächstes tun, wenn am Rande des Gipfels sogar über die mögliche Entsendung von Atomwaffen gesprochen wird?



***... [so] bedeutet das, dass sie kämpfen wollen.
So sollen sie kämpfen: Wir sind dazu bereit!***



Sergej Lawrow: Falls Herr Stoltenberg im Namen der NATO erneut sagt, dass sie gegen ein Einfrieren des Konflikts in der Ukraine wären, bedeutet das, dass sie kämpfen wollen. So sollen sie kämpfen: Wir sind dazu bereit! Wir haben die wahren Ziele der NATO in der Ukraine schon vor einiger Zeit erkannt, als ihre Pläne in den Jahren nach dem Putsch Gestalt annahmen. Heute versucht die NATO, sie umzusetzen.

Wir können feststellen, dass zumindest einige Politiker, Politikwissenschaftler und Experten im Westen allmählich zur „*Ernüchterung*“ kommen und die wahren Gründe für die derzeitige Lage und die tatsächlichen Vorgänge vor Ort erkennen.

Es ist ihre Entscheidung. Sie behaupten zwar, dass sie keinen Krieg gegen Russland führen, aber in Wirklichkeit tun sie genau das, wenn sie eingestehen, dass die Ukraine-Krise schon lange entschärft worden wäre, wenn sie dem ukrainischen Regime nicht Waffen, Geheimdienstinformationen und Satellitendaten mit Zielkoordinaten geliefert hätten. Das ist defacto das Eingeständnis, dass sie direkt in den hybriden und heißen Krieg gegen Russland verwickelt sind.

Frage: Welche Bedeutung haben der Besuch von Antony Blinken in der Volksrepublik China und die Änderung der US-Rhetorik gegenüber China?

Sergej Lawrow: Diese Frage betrifft die bilateralen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China. Unsere chinesischen Freunde haben ihre Beurteilungen wiederholt geäußert und sie während des Besuchs von Außenminister Blinken bestätigt.

Wir betrachten dies als Realität, die zum einen die China-Politik Washingtons widerspiegelt. Auf der anderen Seite gibt es die prinzipielle Politik Chinas, die sich Versuchen widersetzt, seine legitimen Interessen zu untergraben, auch in der Region, die direkt an China angrenzt.

Frage: Die Russische Föderation hilft den Volksrepubliken Donezk und Lugansk und demonstriert ihre Stärke mit Selbstbewusstsein und dem Wissen vom Recht. Alle Bürger Russlands wollen wissen, wann die spezielle Militäroperation beendet sein wird?

Sergej Lawrow: Ich kann nicht zustimmen, dass die Russische Föderation den Donezker und Lugansker Volksrepubliken helfe. Sie sind Teil unseres Staates, ebenso wie die Regionen Saporischschja und Cherson. Als unveräußerliches Territorium Russlands, dessen Bewohner in ihren jeweiligen Referenden für den Beitritt zu diesem Land gestimmt

haben (was sich in der Verfassung der Russischen Föderation widerspiegelt), genießen sie alle Rechte als Gebietskörperschaften Russlands. Der russische Präsident Wladimir Putin, Ministerpräsident Michail Mischustin und die Regierung erörtern praktisch in Echtzeit und täglich die Pläne zur Wiederherstellung ihrer Wirtschaft und Infrastruktur. Diese Pläne werden umgesetzt.

Was die Aussichten für die spezielle Militäroperation betrifft, so werden alle ihre Ziele erreicht werden. Ich darf Sie auf die ausführlichen Ausführungen von Präsident Wladimir Putin zu diesem Thema bei seinem Treffen mit Kriegsberichterstatern und auf der SPIEF-Plenartagung hinweisen.

Übersetzung aus dem Russischen: Unser-Mitteuropa

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Russland: Nawalny Sprecherin zeigt sich für baldigen Umsturz optimistisch

07. 06. 2023

Alexej Nawalny spricht im Dezember 2019 vor Journalisten, hinter ihm eine Sicherheitskraft. Bild: Alexander Zemlianichenko

Die Pressesprecherin des inhaftierten russischen Oppositionspolitikers Alexei Nawalny, Kira Jarmysch, betonte die vermeintliche Unzufriedenheit der Bevölkerung mit Präsident Putin.

Jarmysch, die sich anlässlich von Nawalneys 47. Geburtstag zu einer Kundgebung in Berlin einfand, betonte, dass die Opposition in Russland nicht verschwunden sei. Trotz des Kriegs blieben viele Menschen im Land, obwohl sie ihre Meinung nicht mehr öffentlich äußern könnten.

Nawalny selbst wandte sich mit einem offenen Brief aus seinem Gefängnis an die Öffentlichkeit und dankte allen politischen Gefangenen in Russland, Weißrussland und anderen Ländern. Unterstützer versammelten sich in über 120 Städten weltweit, um seinen Geburtstag symbolisch zu feiern.

Es bleibt die Frage, wie realistisch und zutreffend diese Aussagen sind. Dass Putin diesen Krieg verlieren könnte, ist eher unwahrscheinlich. So ist es eher wahrscheinlich, dass die Oppositionssprecherin für ihre Sache Hoffnung stiften möchte und von Dingen spricht, die man in Deutschland gerne hören möchte.

Doch angesichts der anhaltenden Propaganda beider Seiten, wird wohl noch einige Zeit vergehen, bis wir wieder zur Tagesordnung übergehen können.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -

- Keine Berichte -

- Keine Berichte -

Schweden (Seiten E 356 – E 357)

01) Schweden will aus Scheitern einer völlig verfehlten Migrationspolitik die Konsequenzen ziehen

27.06.2023



Zu den geplanten und längst überfälligen Maßnahmen Schwedens, wo das Scheitern einer völlig verfehlten Migrationspolitik nicht mehr zu leugnen ist, erklärt Bernhard Zimniok, außenpolitischer Sprecher der AfD-Delegation im EU-Parlament:



Seite E 357 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Um auf die dramatischen Entwicklungen in ihrem Land reagieren zu können, will Schwedens Regierung das Asylrecht weiter verschärfen. So soll der Bewegungsradius von Asylbewerbern stark eingeschränkt werden, damit das Asylverfahren und auch das Rückführungsverfahren funktionieren können, ergo Asylbewerber nicht untertauchen. Auch eine Meldepflicht sowie die Aufnahmevorschriften sollen geprüft werden. Dabei soll eruiert werden, ob Asylbewerber einen größeren finanziellen Beitrag zu ihrer eigenen Aufnahme leisten können, bspw. auch hinsichtlich der medizinischen Versorgung.

Zwar stimme ich zu, dass das Asylrecht verschärft werden muss. Allerdings halte ich diese Vorschläge für reine Makulatur, die an der Gesamtsituation wenig ändern wird. Wenn wir unsere Nationalstaaten retten wollen, brauchen wir umgehend einen Aufnahmestopp und eine Abschiebeoffensive – und viele weitere Maßnahmen, die ich in meinem Lösungskonzept aufgeschrieben habe. [Dieses finden Sie hier](#).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER